

[Zur Übersicht](#)

**abgeordnetenwatch.de**  
weil transparenz vertrauen schafft



- [Bundestag](#)
- [Landtage](#)
  - [Baden-Württemberg](#)
  - [Bayern](#)
  - [Berlin](#)
  - [Brandenburg](#)
  - [Bremen](#)
  - [Hamburg](#)
  - [Hessen](#)
  - [Mecklenburg-Vorpommern](#)
  - [Niedersachsen](#)
  - [Nordrhein-Westfalen](#)
  - [Rheinland-Pfalz](#)
  - [Saarland](#)
  - [Sachsen](#)
  - [Sachsen-Anhalt](#)
  - [Schleswig-Holstein](#)
  - [Thüringen](#)
- [EU](#)
- [Blog](#)
- [Über uns](#)
- [Login](#)

## **Bundestag ratifiziert UN-Konvention gegen Korruption - nach elf Jahren**

Elf Jahre brauchte der Bundestag zur Ratifizierung einer UN-Konvention gegen Korruption, doch ausgerechnet bei Abgeordneten wird Korruption weiterhin kaum nachweisbar sein. Macht nichts, meint CDU-Mann Ansgar Heveling, viel wichtiger sei sowieso das "gesellschaftliche Klima der Transparenz" in Deutschland. Wie bitte? Dass das entstehen kann, verhindert seine Partei seit Jahren.

Veröffentlicht von Martin Reyher am 29.09.2014 - 16:11

- [Lobbyismus & Transparenz](#)
- [Korruption \(Blog\)](#)



Der Bundestagsabgeordnete Frank Tempel ist ein Mann vom Fach. Drei Jahre lang, so erzählte der Linken-Politiker vergangenen Donnerstag im Bundestag, war er beim Landeskriminalamt Thüringen ausschließlich mit Korruptionsdelikten befasst. Aus dieser Zeit wisse er: Deutschland hat beim Thema Korruption keinen Grund, auf andere Länder zu zeigen.

"Wenn zum Beispiel ein Konzern einem Abgeordneten Geld oder geldwerte Vorteile zukommen lässt und dafür nur allgemein ein Handeln in seinem Sinne erwartet und bekommt, ist das nach wie vor nicht strafbar," so Tempel. Kurzum: Das im Februar [beschlossene Gesetz](#) gegen Abgeordnetenbestechung ist weitgehend wirkungslos. Ein Staatsanwalt muss nämlich nachweisen, dass ein korrupter Volksvertreter "im Auftrag oder auf Weisung" gehandelt hat. Wer sich nicht allzu dumm anstellt, hat strafrechtlich [nichts zu befürchten](#).

All die Kritik von Juristen, Strafverfolgern, Wirtschaftsvertretern, NGOs oder der Opposition an dem Gesetz mit eingebautem Schlupfloch ficht zumindest den CDU-Abgeordneten Ansgar Heveling nicht an. "Ich glaube, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht", [verkündete](#) Heveling vergangene Woche im Bundestag. Genau genommen habe die GroKo ihre Hausaufgaben sogar "gut gemacht", findet er.

Ironischerweise hat ausgerechnet das Murks-Gesetz zur Abgeordnetenbestechung den Weg dafür freigemacht, dass der Bundestag am Donnerstagabend mit den Stimmen aller Fraktionen eine UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren konnte - nach elf Jahren! Seit deren Unterzeichnung durch die damalige rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2003 war dies nicht möglich gewesen, weil es all die Jahre schlichtweg an einem umfassenden Gesetz gegen Korruption bei Abgeordneten fehlte. Das gibt es seit Inkrafttreten am 1. September 2014 zwar, aber in der Praxis taugt es nicht viel.

Für Ansgar Heveling kommt es beim Thema Korruption auch gar nicht so sehr auf Gesetze an. "Das Entscheidende ist, dass wir ein gesellschaftliches Klima der Transparenz haben, das dafür sorgt, dass korruptive Verhaltensweisen tatsächlich ans Licht kommen", meint der CDU-Abgeordnete. "Damit wird Korruption in all ihren Formen am besten der Boden entzogen."

Hevelings Schlussfolgerung ist vollkommen richtig: Transparenz entzieht Korruption den Boden. Falsch ist allerdings seine Grundannahme von einem existierenden "gesellschaftlichen Klima der Transparenz". Denn damit dieses sich entfalten kann, braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen - und die verhindern ausgerechnet Heveling und seine Parteiliebe seit Jahren.

Einige Beispiele:

- Parteispenden über 10.000 Euro zeitnah veröffentlichen? Mit der Union nicht zu machen.
- Sponsoringeinnahmen in den Rechenschaftsberichten der Parteien auflisten? Nicht mit CDU/CSU.
- Nebeneinkünfte von Abgeordneten auf Euro und Cent offenlegen? Heveling und seine Fraktion sind dagegen.
- Die Namen der Mandanten und Kunden transparent machen, von denen Abgeordnete im Nebenjob als Anwälte oder Berater Geld erhalten? CDU und CSU sagen nein.
- Ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen, in dem Lobbyisten angeben, mit welchem Budget, in wessen Auftrag und zu welchem Thema sie Einfluss auf die Politik nehmen? Die Union weigert sich.
- Ein allgemeines Transparenzregister wie in Hamburg einführen, in das Behörden und Ministerien von sich aus Dokumente wie Verträge, Aktenvermerke o.ä. öffentlich verfügbar machen müssen? Daran ist schon mal gar nicht zu denken.

Selbst die GroKo-Kollegen von der SPD mochten sich in der Plenarsitzung vom Donnerstag einen Seitenhieb auf den Blockadekurs der Union nicht verkneifen. "Jahrelang", so die SPD-Abgeordnete Christina Jantz, "sträubte sich Schwarz-Gelb, den Bereich der Abgeordnetenbestechung anzufassen." Aber das sei jetzt ja endlich gesehen, der SPD sei Dank. Dass das Gesetz weitgehend wirkungslos ist?

Macht nichts.

#### ***Update 13.10.2014:***

Am 10. Oktober hat auch der Bundesrat für die Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption gestimmt. Damit ist der parlamentarische Prozess elf Jahre nach Unterzeichnung der Konvention durch die Bundesrepublik abgeschlossen.

*Sehen Sie hier noch einmal: "Entspannt verarscht werden mit der GroKo": Die "heute show" über das Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung*

**Heute Show: Entspannt verarscht werden mit der #GroKo (28.3.2014)**



[Zur Übersicht](#)

**abgeordnetenwatch.de**  
weil transparenz vertrauen schafft



- [Bundestag](#)
- [Landtage](#)
  - [Baden-Württemberg](#)
  - [Bayern](#)
  - [Berlin](#)
  - [Brandenburg](#)
  - [Bremen](#)
  - [Hamburg](#)
  - [Hessen](#)
  - [Mecklenburg-Vorpommern](#)
  - [Niedersachsen](#)
  - [Nordrhein-Westfalen](#)
  - [Rheinland-Pfalz](#)
  - [Saarland](#)
  - [Sachsen](#)
  - [Sachsen-Anhalt](#)
  - [Schleswig-Holstein](#)
  - [Thüringen](#)
- [EU](#)
- [Blog](#)
- [Über uns](#)
- [Login](#)

## Deutschland offenbart Lücken bei Korruptionsbekämpfung

Am vergangenen Sonntag, dem 30. September 2018, lief eine Frist der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) für Gründungsmitglied Deutschland ab. Aktuell laufen zwei Prüfungsverfahren, in denen Deutschland Maßnahmen zu Problemen vorlegen musste. Bei diesen hatte die GRECO zuvor Handlungsbedarf gesehen. Gegenstand waren unter anderem die Ratifizierung des Strafrechtsübereinkommens über Korruption, die Transparenz bei der Parteienfinanzierung und Korruptionsprävention.

### Das ältere Prüfungsverfahren

### Deutschlands To-Do-Liste

- Schnellere Veröffentlichungen von Parteifinanzierung

- Transparenz für Einfluss von Interessenvertretern schaffen
- Veröffentlichung von Interessenkonflikten der Abgeordneten
- Unternehmensbeteiligungen und Anstellungen der Ehepartner offenlegen
- Einführung von geregelten Kontrollen der Anzeigepflicht

Das ältere Prüfungsverfahren läuft bereits seit Dezember 2009. Die Vollversammlung der GRECO hatte damals eine Reihe von Forderungen verabschiedet, die Deutschland nicht komplett erfüllte. Im Nachtrag zum bereits zweiten Umsetzungsbericht wurden Maßnahmen vorgestellt, mit denen Deutschland auf einzelne, zuvor nicht bearbeitete Forderungen reagiert hat.

Die wichtigste GRECO-Forderung war wohl die **Ratifizierung des Strafrechtsübereinkommens über Korruption**. Die Bundesregierung reagierte schrittweise, ratifizierte das Abkommen jedoch schlussendlich und stellte damit die GRECO zufrieden.

Die GRECO rief außerdem zu einer **expliziten Kriminalisierung der missbräuchlichen Einflussnahme** auf. Darunter kann man verstehen, dass es ein Straftatbestand werden soll, wenn einem Politiker Vorteile versprochen werden, wenn er im Sinne der versprechenden Person handelt. Darauf antwortete das Bundesjustizministerium, dass Deutschland keine Notwendigkeit zur weiteren Kriminalisierung sehe, da die schon in anderen Punkten des Berichtes abgearbeitet worden war. Die Bundesregierung legte einen Vorbehalt ein, dem die GRECO stattgeben musste. Sie zeigte sich dennoch teilweise zufrieden mit Deutschlands Maßnahmen.

Die GRECO verlangte außerdem, dass Parteispenden und die Wahlkampffinanzierung schneller offengelegt werden. Die Bundesrepublik antwortete, dass es möglicherweise erst im nachfolgenden und damit jetzt agierenden Bundestag zur Diskussion dieses Punktes kommen könne. Die GRECO problematisierte die Antwort insofern, als dass Deutschland keine relevanten Maßnahmen treffe und damit den Forderungen nicht entspreche. Sie mahnte an, dass der Bericht schon seit 2009 existiert und erwartet weitere Maßnahmen.

abgeordnetenwatch.de sieht ebenfalls Nachbesserungsbedarf in puncto Parteispenden. Per Petition (<https://www.abgeordnetenwatch.de/bundestag/petitionen/lobbyistenspenden-parteien-verbieten>) fordern wir ein Verbot von Unternehmensspenden und eine Veröffentlichung aller Spenden ab 2.000 Euro.

## Das neuere Prüfungsverfahren

Im Oktober 2014 gab die GRECO neue Ziele für Deutschland vor. Der erste Bericht des neueren Prüfungsverfahrens wurde im März 2017 herausgegeben und enthält unter anderem Bewertungen zu Deutschlands Maßnahmen gegen Korruption bei Abgeordneten.

Die GRECO empfahl Deutschland eine **Verbesserung der Transparenz des parlamentarischen Verfahrens**, insbesondere was den Einfluss von Interessensvertretern angeht. Ein Grundschrift dorthin wäre unter anderem ein verpflichtendes Lobbyregister. Doch laut GRECO-Bericht blockiert hier vor allem der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung die Umsetzung der GRECO-Empfehlungen. Festgelegt wurde jedoch bereits, dass Hausausweise für Lobbyisten im Deutschen Bundestag nur noch über eine Eintragung in eine Verbändeliste vergeben werden können. Die Einsicht in die Liste kann inzwischen jede Bürgerin und jeder Bürger beantragen. Außerdem wurde die Anzahl der Hausausweise pro Organisation von fünf auf zwei beschränkt. Alle Fortschritte in diesem Punkt gehen direkt auf die Arbeit von [abgeordnetenwatch.de](https://www.abgeordnetenwatch.de) zurück. Ende 2015 erzwangen wir vor Gericht die Veröffentlichung der Verbändelisten ([link](#)). Direkt im Anschluss erfolgte dann die Limitierung der Hausausweise ([link](#)). Die GRECO ist mit diesen Fortschritten in Deutschland zufrieden, sieht aber nach wie vor Nachbesserungsbedarf im Bereich der Transparenz.

Des Weiteren fordert die GRECO die **sofortige Veröffentlichung von**

**Interessensverknüpfungen der Abgeordneten**, egal ob privater oder geschäftlicher Natur.

Deutschland antwortet, dass über weitere Maßnahmen verhandelt wird. Auch hier blockiert jedoch laut GRECO-Bericht der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Hierbei wird auf die bereits bestehenden Verhaltensregeln im Bundestag hingewiesen. Diese sehen vor, dass in einem Ausschuss vor der Beratung Interessenskonflikte offenzulegen sind. Allerdings gilt diese Regelung nur, wenn eine Interessenverknüpfung nicht aus den von vornherein veröffentlichten Angaben hervorgehe. Die Abgeordneten müssen dabei offenlegen, von wem sie Einkünfte beziehen und wie hoch diese sind. Die Veröffentlichungen erfolgen in Gehaltsstufen von 1 (1.000 bis 3.500 Euro) bis 10 (ab 250.000 Euro) und sind auf der Website des Deutschen Bundestages einzusehen. Die GRECO hält diese Regelung jedoch für unzureichend und hält für bedenklich, dass Deutschland offenbar nicht willens ist, Reformen an sich heran zu lassen.

Die GRECO brachte auch die Forderung nach der **Ausweitung von Offenlegungen** ein, zum Beispiel auf die Verknüpfung von Ehepartnern oder Unternehmensbeteiligungen, die unter dem anzeigepflichtigen Schwellwert von 1.000 Euro liegen. Auch hier lehnt die Bundesrepublik ab und führt verfassungsrechtliche Bedenken an. Ihrer Meinung nach sei dies ein Eingriff sowohl in die Ausübung des freien Mandats, als auch in die Grundrechte Dritter. Außerdem habe man schon 2013 eine erweiterte Offenlegung nur unter Schwierigkeiten einführen können. Die GRECO hält die Argumente für irrelevant, insbesondere das Argument, dass man zuvor Schwierigkeiten hatte. Man erwartet dort nun die Ergebnisse einer juristischen Prüfung, die Deutschland in Auftrag gegeben hat. Da man jedoch bei der GRECO nur die Erwägung weiterer Offenlegungen gefordert hatte, sieht man diesen Punkt zumindest als teilweise erfüllt an.

Abschließend wurden von Deutschland **geeignete Kontrollen zur Umsetzung der Anzeigepflicht** gefordert, zum Beispiel durch personelle Aufrüstung in der Bundestagsverwaltung. Die Regierung stockte zwar die Kontrolle um eine Stelle auf, die GRECO hielt aber Deutschlands Maßnahmen dennoch für nicht zufriedenstellend, da sie Reformen verlangt. Deutschland argumentierte, dass durch den interparteilichen Konkurrenzkampf Verfehlungen sofort aufgezeigt würden, doch die GRECO erwartet klarere Ansätze.

Deutschland hat nun Berichte zu den ausstehenden Forderungen des älteren Prüfungsverfahrens vorgelegt und bereitet Berichte zum neueren Prüfungsverfahren vor. Ob die Bundesrepublik von sich aus weitere Zugeständnisse macht, ist jedoch fraglich.

**Deshalb kämpft abgeordnetenwatch weiter!** Wir fordern mit unserer Petition

(<https://www.abgeordnetenwatch.de/bundestag/petitionen/schluss-mit-geheimem-lobbyismus>) ein Lobbyregister, in das sich alle Einflussnehmer auf Bundestag und –regierung verpflichtend eintragen, mit Informationen über Auftraggeber, Einflussnahme auf Gesetzentwürfe und Budget für Lobbytätigkeiten.

- [Impressum](#)
- [Jobs](#)
- [Kontakt](#)
- [Datenschutz](#)
- [Newsletter anfordern](#)
- [Presse](#)
- [More Information in English](#)

[Zur Übersicht](#)

**abgeordnetenwatch.de**  
weil transparenz vertrauen schafft



□

- [Bundestag](#)
- [Landtage](#)
  - [Baden-Württemberg](#)
  - [Bayern](#)
  - [Berlin](#)
  - [Brandenburg](#)
  - [Bremen](#)
  - [Hamburg](#)
  - [Hessen](#)
  - [Mecklenburg-Vorpommern](#)
  - [Niedersachsen](#)
  - [Nordrhein-Westfalen](#)
  - [Rheinland-Pfalz](#)
  - [Saarland](#)
  - [Sachsen](#)
  - [Sachsen-Anhalt](#)
  - [Schleswig-Holstein](#)
  - [Thüringen](#)
- [EU](#)
- [Blog](#)
- [Über uns](#)
- [Login](#)

## **Geheimen Lobbyismus verhindern! Unser Vorschlag: Ein Lobby-Transparenzgesetz**

**Lobbyregister: Worum geht es und was kann ich tun?**

## Warum ist geheimer Lobbyismus so gefährlich?



### 1. Wofür brauchen wir ein Lobbyregister in Deutschland?



Lobbyismus ist in Deutschland unbeschränkt und niemand weiß, wie viele Lobbyisten es gibt. Viele Menschen verunsichert der unbekannte Einfluss von Lobbyisten auf die Politik. Es gibt in Berlin schätzungsweise 5.000 - 7.000 Lobbyisten, genaue Zahlen kennt aber niemand. Lobbyisten stehen immer wieder wegen intransparenter Beeinflussung der Politik in der Kritik. Um den Lobbyismus transparenter zu machen, sollen sich in ein Lobbyregister alle eintragen müssen, die ihre Interessen in der Politik vertreten möchten. Damit würde erstmals offengelegt, welche Akteure die Politik beeinflussen.

Denn ein Lobbyregister:

- gibt zweifelsfrei Auskunft über Auftraggeber und Finanzierung von Lobbyisten
- erschwert Versuche der verdeckten Einflussnahme massiv
- macht Lobbyeinflüsse auf Parlament und Regierung nachvollziehbarer und damit öffentlich kontrollierbar
- legt klare Regeln und Standards für alle Lobbyisten fest.



- Lobbyisten, die sich nicht an die Regeln halten, werden sanktioniert.

## Zeichnen Sie unsere Petition!

### Schluss mit geheimem Lobbyismus:

- Bereits über 200.000 Menschen fordern ein Lobbyregister.
- [Hier können Sie sich unserer Petition anschließen.](#)

### 2. Warum gibt es bislang noch kein Lobbyregister?

Derzeit gibt es im Bundestag eine theoretische Mehrheit für ein Lobbyregister. Alle Bundestagsfraktionen außer der Union haben sich bereits für ein Lobbyregister eingesetzt. Grüne und Linke haben in dieser Legislaturperiode Anträge zur Einführung gestellt, in der SPD setzt man sich aus Koalitionsgründen derzeit nicht aktiv für ein Register ein. CDU und CSU blockieren die Einführung mit [teilweise absurden Aussagen](#).

### 3. Welche Informationen sollen im Lobbyregister gespeichert werden?

Wir fordern, dass sich alle Lobbyisten eintragen müssen, die Einfluss auf politische Vorgänge nehmen wollen. Neben den Kontaktdaten der Person oder des Unternehmens müssen auch das Budget und die Anzahl der Mitarbeiter offengelegt werden. Außerdem müssen die Akteure angeben, zu welchen Themen sie aktiv sind.

### 4. Wie ist der aktuelle Stand?



Im Gegensatz zu anderen Ländern (z.B. [Kanada](#)) gibt es in Deutschland auf Bundesebene kein verpflichtendes Lobbyregister, sondern lediglich ein [Verbänderegister](#). Doch dort sind bei weitem nicht alle Lobbyisten aufgeführt und die Eintragung in das Verzeichnis ist überdies freiwillig. 2015 haben wir mit einer Klage die [Namen derjenigen Lobbyakteure erstreiten](#) müssen, die über einen Hausausweis Zugang zum Bundestag hatten. Insgesamt waren dies Vertreter von mehr als 400 Unternehmen, Verbänden und Organisationen. Dies hat einmal mehr gezeigt, dass Lobbyismus reguliert werden muss. Zusammen mit der Organisation LobbyControl haben wir einen Gesetzentwurf erarbeitet, den wir 2016 [öffentlich diskutiert](#), anschließend überarbeitet haben und am 08. März 2017 an Ansgar Heveling, CDU, dem Vorsitzenden des Innenausschusses übergeben haben. Nach den Grünen und den Linken hat im Sommer 2017 auch die [SPD](#)

[angekündigt](#), sich für ein Lobbyregister einsetzen zu wollen, konnte diese Forderung im [Koalitionsvertrag jedoch nicht durchsetzen](#).

Zu Beginn der 19. Legislaturperiode hat nun allerdings die Linksfraktion als erste einen [Gesetzentwurf für ein Lobbyregister](#) eingebracht, der auf unseren Vorschlägen beruht. Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung [zur weiteren Beratung überwiesen](#). Auch die Anti-Korruptions-Kommission des Europarates (GRECO) sieht in Deutschland in vielen Punkten Handlungsbedarf, unter anderem fordert sie [mehr Transparenz für Lobbyisten](#). Einen Zwischenerfolg konnten wir dennoch erzielen, so [einigte sich die Bundesregierung im November 2018](#) darauf, künftig alle Stellungnahmen von Lobbyisten zu Gesetzesverfahren standardmäßig zu veröffentlichen.

In einigen Bundesländern wurde außerdem bereits ein Lobbyregister eingeführt, den aktuellen Stand haben [wir einmal festgehalten](#).

### **Gesetzentwurf für ein Lobby-Transparenzgesetz**

- [Zum Einstieg: Kurz erklärt - das Lobby-Transparenzgesetz](#)
- [Der komplette Entwurf für das Lobby-Transparenzgesetz \(verpflichtendes Lobbyregister\)](#)
- [Was bedeuten die Paragraphen im Detail - Erläuterungen zum Gesetzentwurf](#)
- [Häufige Fragen und Antworten zum Lobbyregister](#)
- [Beispiel für das Lobbyregister anhand unserer Aktivitäten](#)

### **5. Was kann ich tun, damit Deutschland ein Lobbyregister bekommt?**

- Abgeordnete befragen (anrufen, mailen Sprechstunde besuchen), wie sie zu einem verpflichtenden Lobbyregister stehen.
- Auch nach den [Übergaben der Unterschriften](#) an Ansgar Heveling (CDU), Eva Högl (SPD), Ulrich Kelber (SPD) und Andrea Lindholz (CSU), müssen wir den Druck aufrechterhalten. Deshalb können Sie unsere Petition für ein Lobbyregister auch weiterhin [zeichnen und weiterverbreiten](#).
- Um [abgeordnetenwatch.de](#) langfristig zu stärken, können Sie unsere Arbeit auch [als Förderin / Förderer unterstützen](#).

## **Chronologie**

### **2018**

- [#GläserneGesetze: Bundesregierung beschließt standardmäßige Veröffentlichung von Lobby-Stellungnahmen](#)
- [Weder Protokolle noch Notizen: Lobbyistentreffen von Ministern bleiben unter dem Radar](#)
- [Seitenwechsel von FDP-Abgeordneten: Einmal Lobbyist und zurück](#)
- [VW warb Lobbyist beim Außenministerium ab](#)
- [Regierungsbeamte arbeiten im Sonderurlaub als Lobbyisten](#)
- [Nebenjobs in Lobbyvereinen: Wie die Rüstungsindustrie Politiker umgarnt](#)
- [Premiere: Bundestag debattiert über Lobbyregistergesetz](#)
- [GroKo streicht das Lobbyregister](#)
- [Gibt die SPD das Lobbyregister auf?](#)
- [40 Millionen Lobbyausgaben der DAX Unternehmen - in den USA](#)

### **2017**

Startseite › Wirtschaft › Nach der Finanzkrise: Wie es Griechenland heute geht

[EU-RETTUNGSSCHIRM](#)

04.07.2018

# Nach der Finanzkrise: Wie es Griechenland heute geht



Marktstände in Athen: Griechenland soll bald wieder finanziell auf eigenen Beinen stehen. Doch wirtschaftlich gesundet ist das Land noch nicht.

Bild: Socrates Baltagiannis, dpa

## **Das europäische Rettungsprogramm wird abgeschlossen, das Land soll bald auf eigenen Füßen stehen. Doch die Wirklichkeit vor Ort sieht noch nicht rosig aus.**



VON DETLEF DREWES

Ist es wirklich bald geschafft? Athen jedenfalls zählt die Tage. Am 20. August, so jubelt die griechische Regierung, sei man die internationalen Geldgeber nach acht Krisenjahren endlich los. Das Land kann es nicht erwarten, wieder auf eigenen finanziellen Füßen zu stehen. Doch das Bild trügt, wie Europa-Parlamentarier vor Ort erfahren konnten. Viele Maßnahmen zur Sanierung wirken erst später als erhofft. Also doch kein Happy End für die griechische Tragödie?

„Die Situation vor Ort bleibt schwierig. Vieles wird noch Zeit brauchen“, stellte Währungskommissar Pierre Moscovici diese Woche fest. Aber auch er beschreibt den „drängenden Wunsch des hellenischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit.“ Gleichzeitig ist die Wirklichkeit kompliziert.

### **CSU-Politiker Ferber: „Niemand wurde je so abgesichert“**

Einer, der mit dem Wirtschafts- und Währungsausschuss vor Ort war, ist der Europa-Abgeordnete und schwäbische CSU-Chef [Markus Ferber](#). Der weiß zwar: Die von den Euro-Partnern aufgehäufte Rücklage beläuft sich auf nicht weniger als 24 Milliarden Euro. „Das bedeutet Stabilität bis 2033. Niemand wurde je so abgesichert“, sagt Ferber. Doch bis wichtige Sozialreformen nicht nur im Parlament verabschiedet, sondern auch in der Realität praktiziert werden, dauert es zwei Jahre, mussten die EU-Volksvertreter hören. Ferber ist entsprechend unzufrieden: „In Deutschland wird ein Baukindergeld rückwirkend beschlossen. Die lange Dauer der Umsetzung von neuen Gesetzen gehört zum Kernproblem des griechische Reformprozesses.“



Auch im aufgeblähten Sozialbereich knirscht es noch: Alleine 80 verschiedene Rentensysteme existierten nebeneinander her, ohne dass deren Leistungen miteinander verrechnet wurden. Das geschieht erst jetzt – in anderen EU-Staaten sind solche gegenseitigen Anerkennungen selbstverständlich. „Dies führt zu einer starken Verschiebung der Auswirkungen“, berichtet Ferber. „Mehreinnahmen des Staates sind erst für die nächsten Jahre absehbar. Und dann muss sichergestellt sein, dass sie auch nachhaltig investiert werden, um wirklich Jobs und Sozialbeiträge zu generieren.“ Fazit der Visite: Die fast 450 von den Geldgebern durchgedrückten Reformen sind zwar angekommen, wirken aber noch nicht. [Griechenland](#) muss einmal mehr Geduld haben.


## Die Wirtschaft wächst schwächer als erhofft

Dabei seien durchaus die Grundlagen für ein ausgewogenes Wachstum geschaffen. „Seit 2016 schreibt das Land, dessen Defizit noch 2009 bei 15 Prozent der Wirtschaftsleistung lag, beständig eine schwarze Null“, beschreibt der Chef des ESM-Eurorettungsfonds, Klaus Regling, die Situation – um den Preis „tiefgreifender und schmerzhafter Strukturreformen“.

Doch eine schwarze Null ist eben nicht alles: Zwar wächst Griechenlands Wirtschaft seit 2017 wieder – aber deutlich schwächer als erhofft. Kein Wunder, dass die Geldgeber bis zuletzt nach geeigneten Maßnahmen suchten, um sicherzustellen, dass so etwas wie heilsamer Druck erhalten bleibt. Das Instrument, auf das sich die Eurogruppe einigte, klingt allerdings so strikt, dass es den Traum der Hellenen von einem Leben ohne Lenkung von außen Lügen zu strafen scheint: Denn Griechenland bleibt unter Beobachtung des ESM – bis zum Jahr 2066.

### THEMEN FOLGEN

# Dänemark: Wirtschaft

04.04.2019 - Artikel 

## Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur Dänemarks zeichnet sich durch eine Vielzahl oft mittelständischer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus, die oft hoch spezialisiert sind und technologisch zur Spitzenklasse gehören. Beispiele hierfür sind Novo Nordisk, Bang & Olufsen, Vestas, Danfoss, Ecco, Lego und Rockwool. Traditionell verfügt Dänemark aber auch in der Schifffahrt (A.P. Møller – Mærsk), im Lebensmittelbereich (Arla) und in der Brauereibranche (Carlsberg) über weltweit agierende Großunternehmen. Daneben spielen der Maschinen- und Anlagenbau, die pharmazeutische Industrie und die Tourismusbranche sowie die Lebensmittelindustrie eine besondere Rolle. Die dänische Landwirtschaft ist exportorientiert. Der öffentliche Sektor hat aufgrund des umfangreichen Sozialsystems einen sehr hohen Stellenwert und beschäftigt über 30 Prozent der Erwerbstätigen.

Dänemark praktiziert das Arbeitsmarktmodell der sog. Flexicurity, das vergleichsweise geringen Kündigungsschutz mit einem hohen Niveau sozialer Absicherung verbindet und durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik ergänzt wird. Letztere beinhaltet neben strengen Bedingungen und Kontrollen auch Umschulungen, Weiterbildungen und andere Aktivierungsmaßnahmen.

## Aktuelle wirtschaftliche Lage

Nach Jahren der Hochkonjunktur hatte sich auch die dänische Wirtschaft in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar abgekühlt. Das BIP schrumpfte in den Jahren 2009 und 2010 deutlich, wuchs aber im Zeitraum 2011 bis 2017 jedes Jahr leicht an, zuletzt mit jährlich ca. 1-2 %.

Die Arbeitslosigkeit war wegen der Finanzkrise stark angestiegen, ging dann mit anziehender Konjunktur in den Folgejahren wieder deutlich zurück und lag 2018 durchschnittlich bei 5,3%. Bei zurückgehender Beschäftigung in den traditionellen Industriebereichen strebt Dänemark Wachstum in den wissensbasierten und hochtechnologischen Zukunftsbranchen an. (Biotechnologie, Arzneimittel, Informationstechnologie, Umwelttechnologie usw.).

Nach einem Anstieg der Inflationsrate bis auf 4,3 % (2008) sank diese auch aufgrund der niedrigen Energiepreise auf 0,9 % (2015) und lag 2017 bei 1,4 %.

## Währungspolitik

Dänemark gehört nicht zur Gruppe der Euro-Länder.

Da die dänische Bevölkerung in einer Volksabstimmung über den Beitritt zur Währungsunion im Jahre 2000 die Teilnahme an der Gemeinschaftswährung mit knapper Mehrheit ablehnte, behielt Dänemark seine nationale Währung in der Krone bei. Die dänische Krone ist jedoch in einem engen Wechselkursverhältnis an den Euro gebunden (offizielle Schwankungsbreite: +/- 2,25 Prozent, in der Praxis nur ca. 0,5 Prozent). Eine erneute Abstimmung über die Einführung des Euro ist derzeit nicht vorgesehen.

Dänemark unterstützt den „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ der EU und strebt den Abbau der Haushaltsdefizite an. Es hat auch den Fiskalpakt unterzeichnet. Eine mögliche Teilnahme an der EU-Bankenunion ist gelegentlich Teil der politischen Diskussion, steht aber nicht unmittelbar bevor.

## Staatshaushalt

Der staatliche Gesamthaushalt 2017 betrug ca. 95 Mrd. Euro. Das Haushaltsdefizit lag in den letzten Jahren zwischen 0 und 2,7 % des BIP/Jahr, womit die Maastricht-Kriterien eingehalten werden.

Die hohen Überschüsse in früheren Jahren wurden zum Schuldenabbau eingesetzt, so dass die Auslandsverschuldung inzwischen komplett abgebaut werden konnte. Die öffentliche Verschuldung ist 2017 auf 36 % des BIP gesunken. Damit steht Dänemark im EU-Vergleich sehr gut dar. Mit dem Ziel der Haushaltssanierung wird seitens der Regierung das Wachstum im öffentlichen Sektor begrenzt und verschiedene Einrichtungen zusammengelegt oder geschlossen. Dies geht vom Militär, Schulen und Krankenhäusern bis zur Staatskirche.

## Außenhandel

Ein gutes Drittel des dänischen Bruttoinlandsproduktes wird durch Export erwirtschaftet. Exportartikel sind insbesondere Maschinen und Maschinenteile, Nahrungsmittel, Pharmazeutika und Elektronik. Deutschland ist mit Abstand Dänemarks wichtigster Außenhandelspartner, gefolgt von Schweden, Großbritannien bzw. Niederlande, Norwegen und China.

Dänemark zeigte sich in den letzten Jahren exportstark. Die Zahlungsbilanz ist seit einigen Jahren mit zwischen 7 und 8 % deutlich positiv. Der bilaterale Handel mit Deutschland ist traditionell ziemlich ausgeglichen, allerdings zeigten

dänische Warenexporte nach Deutschland 2016 und 2017 Schwächen, u.a. da im Bereich Windmühlenanlagen eine Boomphase ausläuft. Damit ist Deutschland der wichtigste Handelspartner für Dänemark.

## **Wirtschaftspolitik**

Dänemark betreibt eine Wirtschaftspolitik, die zum einen als liberal, innovations- und wirtschaftsfreundlich bezeichnet werden kann, die zum anderen aber auch über eine sehr hohe Staatsquote auf die Bewahrung und Unterhaltung des Wohlfahrtsstaates klassischer skandinavischer Prägung ausgelegt ist. Durch die Schaffung einer wettbewerbsfähigen „Gesellschaft des Wissens“ will man sich den Herausforderungen der Globalisierung stellen. Forschung und Entwicklung werden groß geschrieben. Dänemark betreibt aktive Förder- und Ansiedlungspolitik für Hochtechnologieunternehmen in den Bereichen Biotechnologie, Pharma und Informationstechnologie. Die dänische Regierung legt in ihrem Koalitionsvertrag wichtige wirtschaftspolitische Ziele fest. Durch eine wirtschaftsfreundliche Politik sollen bis 2025 ca. 60.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, das BIP um 80 Mrd. Kronen (ca. 11 Mrd. Euro) angehoben und damit der umfassende Sozialstaat abgesichert werden.

Dänemark gehört allen wichtigen internationalen Wirtschaftsorganisationen (u.a. OECD, WTO, IWF, Weltbank) an.

## **Umweltpolitik**

Da auch Grönland zur dänischen Reichsgemeinschaft gehört, sind den Dänen die Auswirkungen der globalen Erderwärmung sehr bewusst. Die dänische Regierung konzentriert sich im Energiebereich auf eine Verbesserung des Wirkungsgrades und höhere Energieeffizienz. Priorität bei der Energieerzeugung genießt der weitere Ausbau der Windkraftanlagen, vor allem offshore.

2012 vereinbarte die dänische Regierung überparteiliche Absprachen für einen Umwelt- und Energieplan, die 2013 und 2014 ergänzt und auch im aktuellen Regierungsprogramm von 2016 bestätigt wurden. So will Dänemark u.a. bis 2050 von Öl, Gas und Kohle völlig unabhängig werden. Eine neue parteiübergreifende Energieabsprache für die Zeit nach 2020 wurde im Juni 2018 getroffen. Sie wird durch einen langfristigen Klimaplan der dänischen Regierung ergänzt, der im Oktober 2018 vorgestellt wurde.



Dänemark ist Vorreiter, wenn es darum geht, die CO<sub>2</sub>-Einsparziele zu verschärfen. Im eigenen Land möchte man bis zum Jahr 2020 40 % Einsparung gegenüber 1990 erreichen. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung beträgt inzwischen weit über 50 %. Die Windkraft alleine steht für weit über 40 % der Stromerzeugung.

In Dänemark gibt es keine Atomkraftwerke. Die deutsche Energiewende wird aufmerksam verfolgt.

Herausforderungen im Bereich Umweltschutz ergeben sich für Dänemark unter anderem durch den Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden in der intensiv betriebenen Landwirtschaft mit Massentierhaltung und den daraus resultierenden Belastungen von Gewässern und Böden.

***Hinweis:***

*Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Er wird regelmäßig aktualisiert. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.*



---

# Korruption



Die kriminologische Forschung definiert Korruption als "Missbrauch eines öffentlichen Amtes, einer Funktion in der Wirtschaft oder eines politischen Mandats zugunsten eines Anderen, auf dessen

Veranlassung oder in Eigeninitiative, zur Erlangung eines Vorteils für sich oder einen Dritten, mit Eintritt oder in Erwartung des Eintritts eines Schadens oder Nachteils für die Allgemeinheit (Täter in amtlicher oder politischer Funktion) oder für ein Unternehmen (betreffend Täter als Funktionsträger in der Wirtschaft)".

#### Situative und strukturelle Korruption

Die Richtlinien für den polizeilichen Nachrichtenaustausch bei Korruptionsdelikten unterscheiden zwischen situativer und struktureller Korruption.

Als **situative Korruption** werden Korruptionshandlungen bezeichnet, denen ein spontaner Willensentschluss zugrunde liegt, d.h. die Tatbestandsverwirklichung erfolgt als unmittelbare Reaktion auf eine dienstliche Handlung und unterliegt keiner gezielten Planung oder Vorbereitung.

Bei **struktureller Korruption** handelt es sich um Fälle, bei denen die Korruptionshandlung auf der Grundlage längerfristig angelegter korruptiver Beziehungen

bereits im Vorfeld der Tatbegehung bewusst geplant wurde. Es liegen demnach konkrete bzw. geistige Vorbereitungshandlungen vor, die eine Spontaneität der Handlung ausschließen.

#### Art der Vorteile

Die Vorteile, die der Amts- oder Funktionsträger, der Nehmer, erhält, können z. B. Bargeld, Restaurantbesuche, Sachzuwendungen, Arbeits- und Dienstleistungen oder auch Reisen sein. Hierfür vermitteln sie dem Geber beispielsweise Aufträge, erteilen Genehmigungen, zahlen fingierte Rechnungen oder geben interne Informationen weiter.

#### Ziele von Korruption

Ziele von Korruption sind die allgemeine öffentliche Verwaltung, die Wirtschaft, Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie die Politik. Wie aus dem jährlichen polizeilichen Bundeslagebild Korruption ersichtlich, waren die beiden erstgenannten in den vergangenen Jahren mit Abstand die häufigsten Korruptionsziele.

#### Schäden

Generell können im Bereich der Korruption Aussagen zur monetären Dimension des verursachten Gesamtschadens nur sehr schwer getroffen werden, da gerade die durch Erlangung von Genehmigungen oder Aufträgen bedingten finanziellen Schäden in der Regel nur vage darstellbar sind.

Korruption verursacht aber nicht nur wirtschaftliche Schäden. Ebenso schwerwiegend sind die immateriellen, abstrakten und kaum messbaren Schäden, die durch Korruption hervorgerufen werden. So schädigt Korruption das Grundvertrauen des Bürgers in die Unabhängigkeit, Unbestechlichkeit und Handlungsfähigkeit des Staates bzw. die Integrität der Wirtschaft.

#### Gesetzliche Regelungen

Korruptionstatbestände finden sich im Strafgesetzbuch (StGB):

Wählerbestechung/Abgeordnetenbestechung (§ 108b / § 108e  
StGB )

Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299  
StGB )

Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen (§ 299a , §  
299b StGB )

Vorteilsannahme/Bestechlichkeit/Vorteilsgewährung/Bestechung (§§  
331 - 335 StGB)  
Ausländische und internationale Bedienstete (§ 335a StGB )

Darüber hinaus ist für die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem geschäftlichem Verkehr das Gesetz zur Bekämpfung der internationalen Bestechung (IntBestG) relevant.

#### Zuständigkeiten

Aufgrund des föderalen Staatsaufbaus Deutschlands obliegt die originäre Zuständigkeit im Bereich der Korruptionsbekämpfung den einzelnen Bundesländern. Das BKA wird hier lediglich im Rahmen seiner Zentralstellenfunktion tätig.

---

## Zu den Lagebildern Korruption

### Richtiges Verhalten bei...

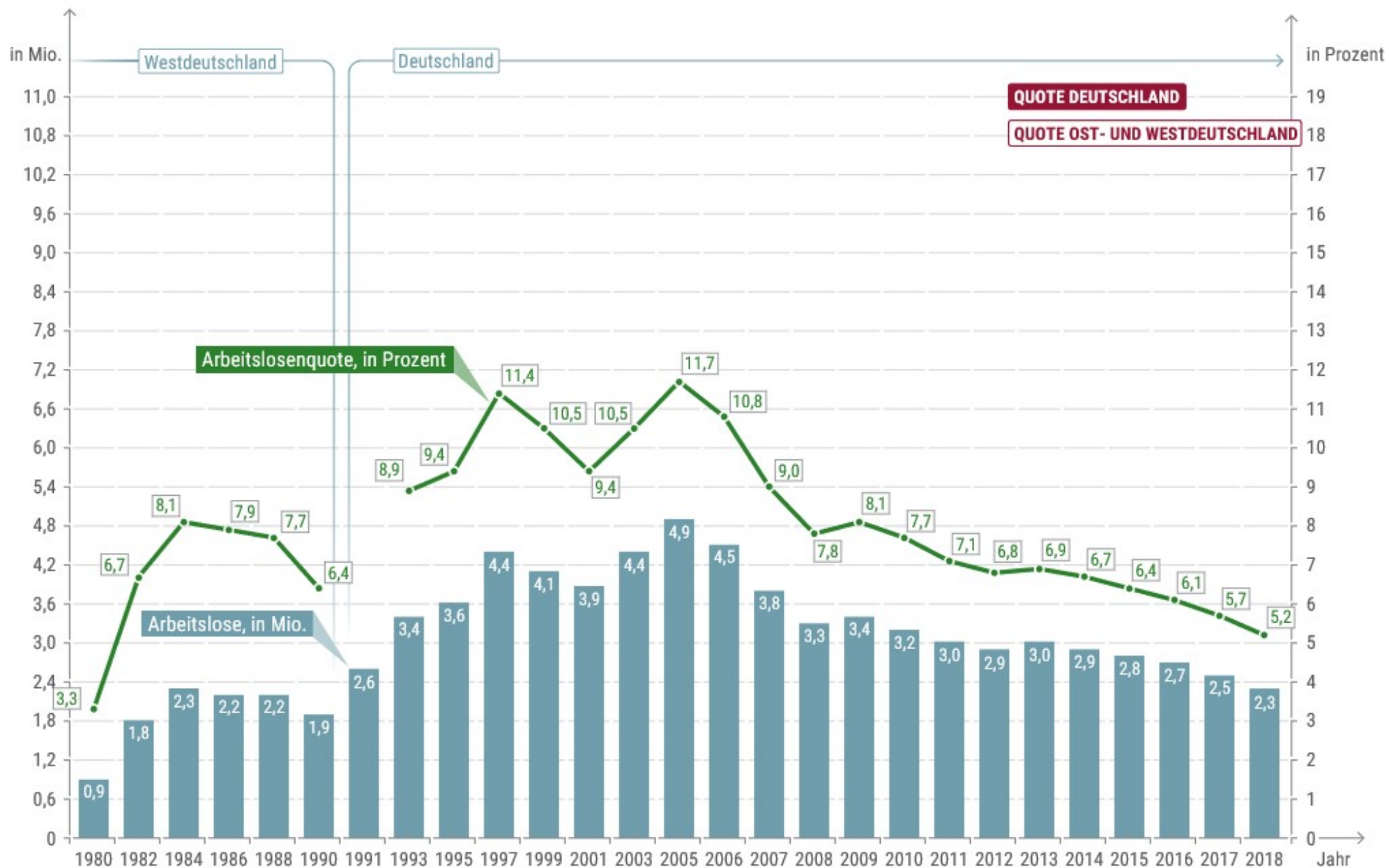
## Häufig gestellte Fragen und Antworten zum Thema Korruption

---

---

# Arbeitslose und Arbeitslosenquote

In absoluten Zahlen und in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen, 1980 bis 2018



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 01/2019

Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

3–4/2009 · 12. Januar 2009



## Korruption

*Hans Leyendecker*

Korruption: Spiegel der politischen Kultur

*Wolfgang Hetzer*

Kapitulation vor der Korruption?

*Angelos Giannakopoulos · Dirk Tänzler*

Deutsche Ansichten zur Korruption

*Johann Graf Lambsdorff · Lotte Beck*

Korruption als Wachstumsbremse

*Tanja Rabl*

Der korrupte Akteur

*Konstadinos Maras*

Lobbyismus in Deutschland



## Editorial

Korruption wird in Deutschland häufig als ein Phänomen unterentwickelter Staaten wahrgenommen, das hierzulande kaum vorkommt. Während Korruption zum Beispiel in Staaten Südosteuropas zur Tagesordnung gehöre, sei Deutschland im Wesentlichen „sauber“, so die weit verbreitete Ansicht. Doch dass dies ein Irrtum ist, belegen spektakuläre Korruptionsfälle in der jüngeren Vergangenheit. Selbst bei deutschen Vorzeigeunternehmen ist es zu Schmiergeldzahlungen in Milliardenhöhe gekommen. Korruption hat in den reichen Staaten häufig Erscheinungsformen, die im gleichen Maße „weiter entwickelt“ sind wie diese Staaten selbst.

Möglichkeiten, solche Delikte strafrechtlich zu ahnden, waren in Deutschland lange Zeit nicht oder nur ungenügend vorhanden. Zwar fanden Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr mit dem „Gesetz zur Bekämpfung der Korruption“ 1997 Eingang in das Strafgesetzbuch, aber dennoch war es deutschen Unternehmen noch bis 1999 möglich, Bestechungsgelder als „nützliche Aufwendungen“ von der Steuer abzusetzen. Die Bestechung von Angestellten ausländischer Unternehmen ist sogar erst seit 2002 gesetzlich verboten.

Die Skandale in den vergangenen Jahren scheinen mancherorts einen heilsamen Schock bewirkt zu haben. In vielen Unternehmen werden Antikorruptionsbeauftragte („Compliance Officers“) eingesetzt, welche das rechtmäßige Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intern überwachen sollen. Diese freiwillige Selbstkontrolle geht manchen Experten nicht weit genug – sie fordern unter anderem die Einführung eines deutschen Unternehmensstrafrechts, das es ermöglichen würde, statt nur einzelne Personen ganze Unternehmen strafrechtlich haftbar zu machen.

*Johannes Piepenbrink*

Hans Leyendecker

# Korruption: Spiegel der politischen Kultur

Essay

Das Wort „corruptio“ war in der katholischen Kirche und vor allem in den Bekenntnisschriften der Reformation der Begriff für Erbsünde. „Meyers Neues Lexikon“ prangert sie als Synonym für den allgemeinen

**Hans Leyendecker**

Geb. 1949; seit 1997 leitender Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“, vorher knapp zwei Jahrzehnte beim „Spiegel“ (Enttüllung u. a. der Affären Flick, Lamsdorff, Späth, Schreiber und Kohl).

moralischen Verfall an; bei der umlaufenden Diskussion wird sie häufig mit Schmutz, Fäulnis und Verderbenheit der Sitten gleichgesetzt. Die kriminologische Forschung definiert Korruption als „Missbrauch eines öffentlichen Amtes, einer Funktion in der Wirtschaft oder eines politischen Mandats – zugunsten eines anderen, auf dessen Veranlassung oder aus Eigeninitiative, zur Erlangung eines Vorteils für sich oder für einen Dritten“.

Korrupt sind alle, die sich auf Kosten des Gemeinwohls eigene Vorteile verschaffen; bestechlich ist auch derjenige, der beispielsweise seine akademische Karriere vorwärtsbringt, indem er gegen die eigene Überzeugung die wissenschaftliche Meinung derjenigen stützt, welche die Fäden seiner Karriere in der Hand halten. Korruption führt nach Meinung des Soziologen Karl Rennstich unweigerlich „zu einer Verletzung der Norm, der Pflicht und der Wohlfahrt“. Sie sei „begleitet, von Geheimnistuerei, Verrat und Betrug und hat als ein besonderes Kennzeichen die unempfindliche, abgestumpfte, zynische Missachtung und Geringschätzung der Folgen für die Gesellschaft, ja für die Öffentlichkeit allgemein“.

Eine der wichtigsten Definitionen stammt von dem Amerikaner Joseph S. Nye. In einem 1978 erschienenen Aufsatz mit dem Titel „Corruption and Political Development“ beschrieb er Korruption als ein „Verhalten, das von den normalen Pflichten einer öffentlichen Rolle aus Gründen privater Interessen (Familie, enge private Cliquenbildung) oder um eines Geld- oder Statusgewinns willen abweicht oder das Regeln zugunsten der Anwendung unterschiedlicher Typen von privat verpflichtetem Einfluss bricht“.

Alle unterschiedlichen Erläuterungen bündeln sich in einem Punkt: Geber und Nehmer nehmen den Eintritt eines Schadens oder Nachteils für die Allgemeinheit oder für ein Unternehmen wegen des eigenen Vorteils in Kauf.

## Der Fall Siemens

Das Ausmaß der Korruption im Lande wurde einem staunenden Publikum durch den Siemens-Skandal bewusst: Eine Schmiergeldaffäre mit problematischen Zahlungen in Höhe von mindestens 1,3 Milliarden Euro hat es in dieser Republik noch nie gegeben und die Konsequenzen sind einmalig: Ein Siemens-Zentralvorstand saß tagelang in Untersuchungshaft, der Vorstand wurde völlig umgebaut. Der langjährige Vorstandsvorsitzende Heinrich von Pierer, vormals auch „Mr. Siemens“ genannt, wurde im Unternehmen zur Unperson. An frühere Spitzenmanager wurden hohe Schadensersatzforderungen gestellt. Siemens drohen Strafzahlungen in beträchtlicher Milliardenhöhe.

Der Fall zeigt, dass mit unsauberen Geschäften (auf lange Zeit jedenfalls) kein Geld gewonnen, sondern viel Geld verloren wird. Wer langfristig Geschäfte machen will, kann sich Bestechung schon wegen der drohenden Sanktionen nicht mehr leisten. Die Regelverstöße zahlen sich auch deshalb am Ende nicht aus, weil sie das Image, die Reputation eines Unternehmens zerstören. Amerikanische Anwälte durchforsten den Konzern, der in seiner 160-jährigen Geschichte eine solche Krise noch nicht erlebt hat. Die Münchner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen rund 300 Beschuldigte. Einen eigenen Straftatbestand „Korruption“ gibt es allerdings nicht.

## Verspätete Gesetzgebung

In den Paragraphen 331 bis 335 des Strafgesetzbuches wird festgehalten, wo die Verletzung der politischen Moral strafbar wird und verfolgt werden muss. Sie beschäftigt sich mit der „Vorteilsannahme“ beziehungsweise „Vorteilsgewährung“, sozusagen einer dezenten Form der Bestechung. Von der Bestechlichkeit trennt denjenigen, der einen Vorteil nach Paragraph 331 annimmt, ein einziges Detail: Seine Diensthandlung, für die ihm ein Vorteil gewährt wird, ist an und für sich pflichtgemäß. Um den Tatbestand der Bestechlichkeit zu erfüllen, muss eine „Unrechtsvereinbarung“ hinzukommen. Die Übereinkunft, für amtliche Tätigkeiten Vorteile zu geben und zu nehmen, kann dabei gewissermaßen im Geiste stattfinden. Sie muss keineswegs ausdrücklich erklärt sein. Auf besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung reagiert seit 1997 der neu gefasste Paragraph 335. In Verbindung mit den Paragraphen 332 und 334 erweitert er den Strafrahmen auf bis zu zehn Jahre Freiheitsentzug. Bestraft wird sowohl derjenige, der besticht, als auch der, der sich bestechen lässt.

Die Verschärfung der Gesetze ließ lange auf sich warten. Bis Mitte der 1990er Jahre konnten in Deutschland Bestechungszahlungen, ganz gleich, ob sie im In- oder im Ausland getätigt worden waren, sogar als „nützliche Aufwendungen“ von der Steuer abgesetzt werden. Den Finanzbehörden war es untersagt, Informationen über Bestechungsdelikte an die Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten. Mit dem Jahressteuergesetz 1996 wurde zwar die steuerliche Absetzbarkeit von Betriebsausgaben für Bestechung aufgehoben, wenn in der Sache ein Bußgeld verhängt oder eine rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung erfolgt war. In der Praxis hatte dieses Gesetz jedoch keine Konsequenzen.

Verbandsvertreter der deutschen Wirtschaft legten sich sogar noch quer, als im selben Jahr die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) drängte, zumindest die steuerliche Abzugsfähigkeit von Gaben an ausländische Amtsträger zu streichen. Erst 1999 wurden die schmutzigen Steuererleichterungen im Zusammenhang mit dem Erlass des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung gestrichen. Im selben Jahr wurde die Beste-

chung ausländischer Amtsträger unter Strafe gestellt. Mit ausschlaggebend war dafür der zunehmende Druck aus den USA. Denn bereits 1977 wurde in den Vereinigten Staaten durch den Foreign Corrupt Practices Act die Bestechung staatlicher Entscheidungsträger im Ausland unter Strafe gestellt. Amerikanische Unternehmen hatten (aus ihrer Sicht) fortan den Nachteil, dass sie beim Wettbewerb um Aufträge, anders als ihre Konkurrenten in Deutschland, Beschränkungen unterlagen.

Das Vorgehen der zumeist durch die US-Administration unterstützten amerikanischen Konzerne im internationalen Wettbewerb ist ein weites Feld, aber die herkömmliche Korruption, die im Siemens-Fall aufgedeckt wurde, wird von amerikanischen Unternehmen selten praktiziert. Das Interesse der Vereinigten Staaten, die eigenen Nachteile abzubauen und die Belange der amerikanischen Unternehmen zu schützen, führt auf lange Sicht zu einer Amerikanisierung des Wirtschaftsrechts und zur Änderung der Spielregeln.

## Das Feindbild Korruption

Allerdings ist der Korruption, wie sie in dieser Themenausgabe intensiv beschrieben wird, durch strafrechtliche Konsequenzen allein nie beizukommen gewesen. Auch drakonische Strafen haben sie nicht verhindert, künden heute aber davon, welche Spielarten einer Gesellschaft als besonders verwerflich galten.

In Ägypten zum Beispiel mussten Priester um das Jahr 1300 vor Christus die Todesstrafe gewärtigen, wenn sie sich in Ausübung ihres Richteramtes bestechen ließen. Der Rat der Stadt Basel verlangte 1372 nach Christus jedem seiner Mitglieder einen Schwur zu den Heiligen ab, von niemandem kompromittierende Gaben anzunehmen. Wer den Schwur brach, wurde ein Jahr aus der Stadt verbannt und lebenslang von allen Ämtern ausgeschlossen. Später wurde die Verbannungsstrafe auf fünf Jahre erhöht. Dennoch kam es immer wieder vor, dass Ratsmitglieder in Streitfällen Geschenke annahmen, von städtischen Gefangenen Geld erpressten und bei der Bestellung städtischer Ämter die Hand aufhielten. Im Mittelalter wurden der Augs-

burger und der Zürcher Bürgermeister wegen Korruption hingerichtet. 1513 gab es wegen der damals üblichen Durchstechereien einen Aufstand am Oberrhein. Ein Ratsherr wurde gelyncht. Etwa zur selben Zeit schrieb Erasmus von Rotterdam, den man einen Humanisten nannte und nennt: „Stiehlt einer ein Geldstück, dann hängt man ihn. Wer öffentliche Gelder unterschlägt, wer durch Monopole, Wucher und tausenderlei Machenschaften und Betrügereien noch so viel zusammenstiehlt, wird unter die vornehmen Leute gerechnet“.

Immer wieder hat es das Feindbild einer totalen, absoluten Bedrohung durch Korruption gegeben und ebenso oft gab es Entwarnungen oder Relativierungen. Die Korruptionsmuster unserer Tage waren in der Nachkriegsrepublik schon früh angelegt. 1949 soll bei der Abstimmung, ob Bonn oder Frankfurt Regierungssitz werden sollte, kräftig geschmiert worden sein. So soll etlichen Bundestagsabgeordneten, insbesondere von der Bayernpartei, die ursprünglich für Frankfurt votieren wollten, Gelder für eine Stimmabgabe zugunsten Bonns übergeben worden sein. Der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, wollte unbedingt das nahe seinem Wohnsitz Rhöndorf gelegene Bonn zur Hauptstadt machen.

Ein Lehrstück in Sachen politischer Kultur war die Flick-Affäre, die in den 1980er Jahren die Republik erschütterte. Der gleichnamige Konzern hatte die Republik inventarisiert, um einen Steuervorteil von umgerechnet einer knappen halben Milliarde Euro zu erhalten. Es kam heraus, dass Geld eingesetzt worden war, um den wirtschaftspolitischen Kurs von Unionspolitikern und FDP zu beeinflussen, die Chancen von Linken in SPD und FDP zu neutralisieren, loyale Nachwuchspolitiker zu fördern und in innerparteiliche Flügelkämpfe zu intervenieren. Schwarze Kassen, Scheinberatungsverträge, direkte Alimentierung von Politikern sicherten kapitalkräftigen Finanziers meist sogar steuersparend politischen Einfluss. Gerade am Beispiel Flick fiel auf, dass es um systematische, flächendeckende Maßnahmen ging, bei denen die individuelle Korruptionsbereitschaft nur ein Randaspekt war. Politische Korruption erwies sich als Teil der gesellschaftlichen Normalverfassung.

Die Flick-Affäre machte auch auf ein Geflecht illegaler Parteienfinanzierung von erheblichem Ausmaß aufmerksam. Die staatstragenden Parteien hatten am Staat vorbei Gelder in dreistelliger Millionenhöhe nach Liechtenstein auf die Konten angeblich gemeinnütziger Einrichtungen verschoben und als sie erwischt wurden, wollten sie in die Amnestie flüchten. Dies immerhin wurde dann durch die Medien verhindert.

Ein Gemeinwesen, in dem diejenigen, welche die Gesetze machen, diese nur als Richtschnur für die anderen betrachten, Staatsparteien ohne Staatsgefühl regieren, Zugriffsdenken an die Stelle politischer Verantwortung tritt, ist gemein, eigennützig. Der Parteispendenfall der 1980er Jahre hatte, wie das Publikums dank der Ende 1999 publik gewordenen Affäre des Altkanzlers Helmut Kohl erfuhr, nicht einmal die fragwürdige heilsame Wirkung von Umweltkatastrophen, die benötigt werden, damit wenigstens ein bisschen was passiert. Die Parteispendenskandale lösten allerdings immer wieder einen beachtlichen rhetorischen Rigorismus aus. Die Herrschenden, hieß es oft, seien „Abzocker“, „Absahner“ und auch deshalb unfähig zur Reform.

## Neue Sensibilität

Eigenartig an der gegenwärtigen Entwicklung ist, dass die Sensibilität gegenüber vielen Erscheinungsformen des Unrechts zugenommen hat und dass gleichzeitig Gier und Egoismus mitgewachsen sind. Die Gießener Wissenschaftlerin Britta Bannenberghat vor einigen Jahren mehr als hundert einschlägige Strafverfahren ausgewertet und dann eine Art Typologie der Korruption verfasst. Danach unterscheiden sich Geber und Nehmer in einem geringeren Maße, als es vermutet wird. „Beide Seiten“ seien „ehrgeizig, berufsorientiert“, hätten „grundsätzlich legale Wertvorstellungen“ und wollten dennoch illegal abkassieren. Viele hätten das Bestechungsgeld und die teuren Einladungen als Ausgleich für eine Leistung empfunden, die ihnen nicht ausreichend entgolten worden sei.

Die nach Branchen geordnete Hierarchie des Abkassierens ist immer noch ein weißer Fleck; die wichtigsten Branchen sind: das Speditionswesen, die Abfallwirtschaft, die Immobilienbranche, die pharmazeutische

Industrie, medizintechnische Gerätehersteller. Anzunehmen ist, dass alles, was sich um Bau, Steine, Erden dreht, ebenfalls ganz vorne liegt. Wenn eine Behörde quasi als Monopolist darüber bestimmt, wer Straßen, U-Bahnen, Deponien bauen darf, ist die Korruption, wie Altlinke sagen würden, systemimmanent.

Korruption war früher oft risikolos, weil qualifizierte Kontrollen fehlten. Es mangelte nicht an Wirtschaftskriminellen, sondern an Wirtschaftskriminalisten. Das hat sich, ein wenig zumindest, geändert. Die Heimsuchungen der Staatsmacht in den Vorstandsetagen der Deutschen und der Dresdner Bank, bei Infineon, VW, Siemens, EADS signalisieren einen justizpolitischen Wandel.

Mittlerweile gibt es eine Menge kompetenter Strafverfolger wie auch der Fall der im Siemens-Komplex erfolgreich ermittelnden Staatsanwaltschaft München I zeigt. Die Anti-Korruptionsabteilung verfügt über 15 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Auch Oligarchen besitzen keinen Sonderstatus mehr. Allerdings ist es schon aus statistischen Gründen sehr unwahrscheinlich, dass Wirtschaftsgrößen und auch die politische Klasse mit mehr Defekten belastet sind als die übrige Bevölkerung. Richtig ist vermutlich die These, die Herrschenden seien eine Art soziologisches Lackmuspapier. Das heißt, an ihrem Verhalten lassen sich die Auffälligkeiten einer Gesellschaft ablesen. Nicht mehr und nicht weniger.

Wolfgang Hetzer

## Kapitulation vor der Korruption?

Korrumpierung zählt zu den ältesten und wirkungsvollsten Techniken gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Selbstorganisation.<sup>1</sup> In der politischen Diskussion ist „Korruption“ einer der meistbenutzten Begriffe. Inzwischen wird gar das Porträt einer „Wachstumsbranche“ gezeichnet.<sup>2</sup> In Deutschland gibt es die Behauptung, dass selbst Vorstände großer Konzerne nicht nur ihre Aufsichtspflicht verletzt, sondern sogar Bemühungen zur Eindämmung von Korruption behindert hätten. Rechtsgutachten zufolge hätte fast jeder der seinerzeit im Amt befindlichen Zentralvorstände des Siemens-Konzerns gegen das in ihrer Firma bestehende „Korruptionssystem“ einschreiten müssen.<sup>3</sup>

Auch verdiente Schriftsteller äußern sich zum Thema. Martin Walser zum Beispiel hält Bestechung durch deutsche Unternehmen bei der Auftragsbeschaffung für gerechtfertigt. Er sieht Manager wie Heinrich von Pierer (ehemals Siemens) oder Klaus Zumwinkel (ehemals Deutsche Post) zu Unrecht unter Beschuss. Walser vermutet, dass ein Unternehmen wie Siemens derart konstruiert sei, „dass bis zu einer gewissen Ebene alle wissen, wir müssen bestechen, aber wir müssen für den Fall des Falles die Spitze davon freihalten“. Dieses sei dann „eine sehr solide, vernünftige Konstruktion“.<sup>4</sup>

### Wolfgang Hetzer

Dr. jur., geb. 1951; Berater des Generaldirektors des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung, European Anti-Fraud Office (OLAF), Rue Joseph II 30, 1049 Brüssel/Belgien.  
wolfgang.hetzer@ec.europa.eu

<sup>1</sup> „Korruption gibt es seit Menschengedenken.“ Rudolf Claussen/Heribert Ostendorf, Korruption im öffentlichen Dienst, Köln u. a. 2002<sup>2</sup>, S. 3.

<sup>2</sup> Vgl. Britta Bannenberg/Wolfgang Schaubenstein, Korruption in Deutschland: Porträt einer Wachstumsbranche, München 2004.

<sup>3</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 23. 7. 2008, S. 17.

<sup>4</sup> Martin Walser in einem Interview mit der Zeitschrift „Capital“, in: [www.capital.de/unternehmen/100013069.html](http://www.capital.de/unternehmen/100013069.html) (24. 11. 2008).

## Kampagnen

Diese Weltsicht ist zwar verbreitet. Sie ist aber nicht haltbar, weil sie in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu unserer Rechts- und Werteordnung steht. Ausländische Amtsträger und Mitarbeiter ausländischer Unternehmen dürfen nach deutschem Recht genauso wenig bestochen werden wie einheimische Amtsträger oder Mitarbeiter deutscher Unternehmen. Auch die beabsichtigte Sicherung von Arbeitsplätzen kann die Missachtung der einschlägigen Vorschriften nicht legitimieren. Weder steht das Strafrecht unter einem Wirtschaftlichkeitsvorbehalt noch genießen kriminelle Vereinigungen aus beschäftigungspolitischen Gründen Bestandsschutz. Es gibt keinen Grund, warum moralische und rechtliche Wertorientierungen im Hinblick auf die Korruption außerhalb des eigenen Heimatlandes und Firmensitzes nicht gelten sollten.<sup>15</sup> Korruption ist in vielen Ländern nämlich nicht nur ein unrechtmäßiges Mittel im Wettbewerb. Sie ist auch ein Hauptgrund für Unterentwicklung und ein Hemmnis für die Demokratie.<sup>16</sup>

Ein Ökonom stellte dennoch unverdrossen öffentlich die Frage, welchen Nutzen der deutsche Staat davon hätte, die Wirtschaftskorruption im Ausland zu verfolgen. Er hält es für zweifelhaft, ob Bestechung „moralisch“ so verwerflich ist, dass man entsprechende Zahlungen dem Strafrecht unterwerfen sollte. Die Idee, Bestechung im Ausland unter Strafe zu stellen, komme aus der Entwicklungspolitik und sei den Politikern von einigen Nichtregierungsorganisationen eingeflößt worden. Die Entwicklungshilfe auf diese Weise zu unterstützen, sei aber ineffektiv und teuer, weil sich an der Korruption nichts ändere und bei uns die Aufträge wegfielen, während andere die Geschäfte machten.<sup>17</sup> Aus dieser Sicht ist es anscheinend bedeutungslos, dass sich im Wettbewerb um lukrative Aufträge Mitarbeiter und Führungskräfte ganzer Konzerne auf allen Hierarchieebenen so weit korruptiv ver-

strickt haben, dass eine „Systemkriminalität“ entstanden ist. Wirtschaftsunternehmen haben sich in Hochburgen krimineller Machenschaften verwandelt, in denen Handlungsmuster der Organisierten Kriminalität alltägliche Geschäftspraxis geworden sind.<sup>18</sup>

Umso erstaunlicher ist es, dass sich die bisherige strafrechtliche Aufarbeitung überwiegend auf nachgeordnete Mitarbeiter konzentriert und auf den Vorwurf der Untreue (§ 266 Strafgesetzbuch, StGB) beschränkt. Das Landgericht München I hat am 28. Juli 2008 den früheren Siemens-Direktor Reinhard Siekaczek zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 108 000 Euro verurteilt. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, Untreue begangen zu haben, indem er allein zwischen Juni 2002 und September 2004 in 49 Fällen Zahlungen von insgesamt knapp 50 Millionen Euro durch ein „undurchdringliches Geflecht von Scheinfirmen“ geschleust habe. Damit sind weltweit Bestechungstransaktionen finanziert worden. Der Verurteilte hatte sich dabei nicht persönlich bereichert, sondern die Beträge auf Aufforderung leitender Mitarbeiter als „nützliche Aufwendungen“ bewilligt. Das Wort „Schmiergeld“ soll dabei jedoch stets verpönt gewesen sein, Korruption habe bei Siemens einfach „das Thema“ geheißen.<sup>19</sup>

Als Siekaczek für die Anweisung „nützlicher Aufwendungen“ zuständig geworden war und wissen wollte, wofür sie im Einzelnen vorgesehen waren, habe er die Antwort erhalten: „Das wollen Sie nicht wirklich wissen.“ Die Manager hätten mit einem „Augenzwinkern“ darüber geredet. Nach den Angaben von Siekaczek habe sogar ein Zentralvorstand Wirtschaftsprüfer angewiesen, bestimmte korruptive Praktiken nicht zu durchleuchten. Ein Vorstand der Telekom-Sparte, so der Delinquent weiter, habe gar gesagt, dass sie im Bedarfsfall jemanden hätten, der mit einem Vertreter der Justiz in die Sauna gehe und der Fall dann geregelt sei. Dies habe die mit den Schmiergeldzahlungen Beauftragten beruhigt. Im Übrigen habe es

<sup>15</sup> Vgl. Heinrich von Pierer, Zwischen Profit und Moral, in: Ders./Karl Homann/Gertrude Lübke-Wolff, Zwischen Profit und Moral: Für eine menschliche Wirtschaft, München 2003, S. 7 und 27.

<sup>16</sup> Vgl. zutreffend: Rüdiger Jungbluth, Untreu waren sie nicht, in: Die Zeit vom 31. 7. 2008, S. 25.

<sup>17</sup> Vgl. „Nutzen fraglich“, Interview mit Jochen Zimmermann in: Die Zeit vom 24. 1. 2008, S. 24.

<sup>18</sup> Vgl. Wolfgang Hetzer, Organisierte Kriminalität und Korruption, in: APuZ, 32–33/2001, S. 30–38.

<sup>19</sup> „Eine Million in der Aktentasche“, Interview mit Reinhard Siekaczek, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 1. 8. 2008, S. 28 und in: [www.sueddeutsche.de/finanzen/566/304542/text](http://www.sueddeutsche.de/finanzen/566/304542/text) (25. 11. 2008).

ständig neue Begründungen zur Erforderlichkeit von Bestechungshandlungen gegeben: „Erst zahlte man, um den Auftrag zu bekommen, dann für die Einfuhrgenehmigung in das Land, später, damit der Kunde die Ware überhaupt bezahlte. Oder: Mitarbeiter in Osteuropa oder Afrika sagten: ‚Es gibt Versprechungen, wenn Ihr nicht zahlt, ist unser Leben in Gefahr.‘“<sup>10</sup>

Hinter der Korruptionskultur habe eine Kalkulation gestanden: Ohne Aufträge aus den Ländern, in denen man schmieren „musste“, wäre eine Milliarde Euro Umsatz weggefallen, also 25 Prozent allein in diesem Bereich. Das ganze Telefon-Netzwerk-Geschäft mit 50 000 Mitarbeitern wäre ohne Bestechung untergegangen, behauptet Siekaczek. Man sei allerdings „quer durch den Konzern“ so vorgegangen. Er selbst habe ein bereits bestehendes „Modell“ nur übernommen, das „keine große Sache“ gewesen sei: Der Treuhänder in Liechtenstein habe nur ein Papier gewollt, das seine Berechtigung nachwies, für Siemens Konten zu eröffnen. Dies habe die Rechtsabteilung des Konzerns bestätigt. Allen Managern, „bis nach ganz oben“, sei klar gewesen, „dass wir etwas Strafbares tun“.<sup>11</sup>

Auch das Gericht äußerte erhebliche Zweifel daran, dass der gesamte Zentralvorstand von dem Vorgehen keine Kenntnis gehabt haben soll. Den Aussagen des Finanzvorstandes Joe Kaeser entnahm der Vorsitzende Richter Peter Noll immerhin, dass es bei Siemens ein „weithin erodiertes Rechtsbewusstsein“ und ein „System organisierter Unverantwortlichkeit“ gegeben habe.<sup>12</sup> Er erinnerte in seiner Urteilsbegründung auch daran, dass die Anklage gegen Siekaczek nicht wegen Korruption erfolgt war – diese sei höchstens mittelbar ein Thema gewesen. In ersten Kommentaren wurde das Urteil als „Startschuss“ bezeichnet. Der Vorsitzende Richter habe gewichtige Indizien dafür gefunden, dass die höchste Führungsebene über das ausgeklügelte Bakschisch-System Bescheid gewusst habe. Die Staatsanwälte könnten sich nun noch einmal überlegen, ob sich ihr Verdacht gegen von Pierer & Co. wirklich nur auf eine „Ordnungswidrigkeit“ richte.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> FAZ vom 29. 7. 2008, S. 11.

Korruption ist kein unbekannter Kontinent, dessen Entdeckung überraschen müsste. Geographisch und zeitlich lässt sich von jedem beliebigen Punkt aus aufbrechen – schon nach wenigen Schritten beginnt ein Streifzug durch ganze Landschaften. Der Weg führt dabei immer wieder in Gerichtssäle, wo eine Topographie besonderer Art sichtbar wird. Aber auch von dort aus sind nicht alle Höhen und Tiefen hinreichend klar zu ermessen. Patientrezepte gegen die Korruption gibt es nicht. In der Priorisierung strafrechtlicher Instrumente liegt jedenfalls nicht das Heil.<sup>13</sup>

Korrupative Verflechtungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik spiegeln möglicherweise einen dramatischen Bewusstseinswandel wider, der mit dem groben Raster von Strafgesetzen überhaupt nicht erfassbar ist. Dies gilt auch im Hinblick auf objektive Strukturen. Gesellschaftliche Einrichtungen, politische Parteien, demokratische wie undemokratische Regierungen, Justiz, Verwaltung, aber auch Polizei und Armee sowie Wirtschaftsunternehmen haben in etlichen Ländern Verknüpfungen gebildet, welche die Leistungskraft konventioneller krimineller Vereinigungen oft überschreiten. Dass sich die Gewinnabsichten von Wirtschaftssubjekten, die Ambitionen von Politikern, die Finanzierungsbedürfnisse von Parteien und die Geldgier von Amtsträgern immer häufiger kreuzen, ist nicht mehr zu übersehen. Daraus entsteht eine besonders „anspruchsvolle“ Korruption, an der die vergleichsweise einfachen Begriffe des Strafrechts zerschellen.<sup>14</sup>

Wenn Käuflichkeit den inneren Charakter eines Gemeinwesens prägt, degeneriert Rechtsgehorsam zur lächerlichen Attitüde. Justizielle Bewältigungsversuche werden zur leeren Geste. Die mit der Korruption einhergehende Entkopplung von Arbeit und Erfolg, Leistung und Einkommen destabilisiert früher oder später jedes gesellschaftliche System.

<sup>13</sup> Vgl. Wolfgang Hetzer, Strafrecht ist kein Allheilmittel, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Korruption in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen, Bekämpfungsstrategien, Berlin 1995, S. 123 ff.

<sup>14</sup> Vgl. aber: Johann Rzeszut, Gerichtliche Strafrechtspflege als Antikorruptionssignal, in: Martin Kreutner (Hrsg.), The Corruption Monster: Ethik, Politik und Korruption, Wien 2006, S. 345 ff.

Polizei und Justiz können in diesem Zusammenhang die etwaigen Verklammerungen durch Lebenslügen nicht lösen.<sup>15</sup> Fatalistische Erkenntnisse („Jeder Mensch hat seinen Preis . . .“<sup>16</sup>) dürfen einen klaren Blick auf die weiten Ebenen des „Kontinents Korruption“ aber nicht verhindern.

Im Jahre 1982 konzentrierten sich umfangreiche staatsanwaltschaftliche Ermittlungen auf die „Flick-Gruppe“: Der Flick-Konzern hatte seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig Zahlungen an die großen, im Bundestag vertretenen Parteien geleistet („Landschaftspflege“). 1976 und 1978 hatten die Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff dem Konzern auf Grundlage von § 6 b des Einkommensteuergesetzes und § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes eine Steuerbefreiung für die Neuanlage des Erlöses aus dem Verkauf von 29 Prozent der Daimler-Aktien genehmigt. Die Staatsanwälte gingen nun davon aus, dass durch die jahrelangen Zuwendungen des Hauses Flick an die verschiedenen Parteien Abhängigkeiten entstanden waren, welche die Minister dazu veranlasst hatten, die entsprechenden Anträge zu befürworten. In seinem Urteil stellte das Landgericht Bonn zwar fest, dass die Zahlungen und die Entscheidungen der Ministerien nicht in einen kausalen Zusammenhang zu bringen waren. Aber aus der Sicht eines Beteiligten hatte der Freispruch vom Vorwurf der Bestechlichkeit und Vorteilsnahme im Amt einen „Schönheitsfehler“. Denn das Gericht erkannte ein klares Versäumnis der Beteiligten in der Art und Weise, wie sich die Parteien über Jahre hinweg die von ihnen benötigten Geldmittel – mutmaßlich am Gesetzgeber und am Fiskus vorbei – aus der Wirtschaft besorgt hatten. Die Spender sahen indes in ihren Leistungen nichts anderes als eine Form von indirekten Steuern.<sup>17</sup>

Es ließe sich darüber spekulieren, ob die große Verwirrung über den Wert oder Unwert von Korruption erst durch die egalisie-

<sup>15</sup> Vgl. Wolfgang Hetzer, Korruption. Legalisierung oder Bekämpfung?, in: Kriminalistik, 58 (2004) 2, S. 86–92.

<sup>16</sup> Akatshi Schilling/Uwe Dolata (Hrsg.), Korruption im Wirtschaftssystem Deutschland. Jeder Mensch hat seinen Preis, Murnau 2004<sup>2</sup>.

<sup>17</sup> Vgl. Eberhard von Brauchitsch, Der Preis des Schweigens, Berlin 1999, S. 102 ff.

renden Effekte der Demokratie entstanden sind und ob bis dahin, also bis zur Aufhebung der Grenzen zwischen unten und oben, korrupte Praktiken wie selbstverständlich zum Verhaltensrepertoire der Mächtigen gehörten. Hier mag der Hinweis genügen, dass zu jener Zeit (1983) das Wort von der „gekauften Republik“<sup>18</sup> in der öffentlichen Diskussion prägende Kraft entfaltete.

Dieser Tage beginnt ein ähnlicher Begriff Karriere zu machen: „Der gekaufte Staat“.<sup>19</sup> Das Buch mit diesem Titel könnte allerdings genauso gut „Der verkaufte Staat“ heißen. Es werden darin zahlreiche Beispiele dafür geschildert, wie Vertreter der Privatwirtschaft an Gesetzgebungsvorhaben in den zuständigen Bundesministerien mitwirken – ein klarer Fall von „Korruption“, wie Kritiker betonen.<sup>20</sup> Nationale Grenzen sind in diesem Zusammenhang nicht mehr wichtig, wie anhand der europäischen Chemikalienverordnung „REACH“ (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) deutlich wird. Konfrontiert mit journalistischen Rechercheergebnissen, soll der auch für Betrugs- und Korruptionsbekämpfung zuständige Kommissar der Europäischen Kommission, Siim Kallas, erklärt haben, dass es das Beste wäre, überhaupt keine Leute mehr aus der Privatwirtschaft zu engagieren und dass diese Praxis endgültig gestoppt werden sollte. Die Mitarbeit der Privatkonzerne sei eine „deutsche Idee“ gewesen.<sup>21</sup>

Wie dem auch sei: Während des vergangenen Vierteljahrhunderts haben sich auf unserem mysteriösen Kontinent weitere Gebirge aufgetürmt. Auch wenn sie hier nicht alle genau zu benennen sind, ist Eines klar erkennbar: Es gibt mittlerweile beunruhigende Beispiele dafür, dass die Gesetzgebung aufgrund von Inkompetenz besonderen Korruptionrisiken ausgesetzt ist. Besonders eindrucksvoll zeigt dies das deutsche Invest-

<sup>18</sup> Hans Werner Kilz/Joachim Preuss, Flick. Die gekaufte Republik, Reinbek 1983.

<sup>19</sup> Sascha Adamek/Kim Otto, Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, Köln 2008. Ebenfalls instruktiv: Thomas Leif, Beraten & verkauft: McKinsey & Co. – der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006<sup>4</sup>.

<sup>20</sup> Vgl. S. Adamek/K. Otto (Anm. 19), mit Hinweis auf Hans Herbert von Arnim.

<sup>21</sup> Ebd., S. 17.



mentmodernisierungsgesetz. Bei der Vorbereitung und Formulierung dieses Gesetzes haben diejenigen Personen und Institutionen maßgeblich mitgewirkt, die davon selbst am meisten profitiert haben.<sup>122</sup>

Eine weitere Erhebung auf dem Kontinent: Im Dezember des Jahres 1999 verbreiteten deutsche Nachrichtenagenturen, dass der Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl eingeräumt habe, in seiner Amtszeit anderthalb bis zwei Millionen DM Spenden angenommen zu haben. Unter Hinweis auf sein Ehrenwort verweigert Kohl bis heute gesetzwidrig Angaben zur Identität der Finanziere. Für seine Nachfolgerin im Amt, Angela Merkel, stellte die Bewältigung der sich daraus entwickelnden Lage eine besondere Herausforderung und Chance dar. Am 22. Dezember 1999 forderte das Präsidium der CDU Kohl auf, die Namen der Spender offenzulegen. Aus der Sicht von Beobachtern markierte dies auch den endgültigen Bruch zwischen Kohl und dem heutigen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble.<sup>123</sup> Das Verhalten Kohls in dieser Angelegenheit war und ist kein Beitrag, die Grenzziehung zwischen Politik, Korruption und Erpressung zu erleichtern. Er hatte der deutschen Öffentlichkeit am 30. November 1999 zudem mitgeteilt, dass für ihn in seinem gesamten politischen Leben persönliches Vertrauen wichtiger gewesen sei als rein formale Überprüfungen. Pressekommentatoren sahen darin den „härtesten Satz“, die „wahre Wahrheit“ und sogar einen „katastrophalen Zusammenbruch“.<sup>124</sup>

Das fragliche Finanzgebaren spielte zwar in den Dimensionen der Politik. Diese ist aber kein rechtsfreier Raum. Ein „Ehrenwort“ steht nicht über dem Gesetz. Schon gar nicht, wenn es exklusiv dem parteilichen Interesse dienstbar gemacht wird und Teil einer

<sup>122</sup> Vgl. dies., S. 83 ff. Ausführlich auch: Wolfgang Hetzer, *Tatort Finanzmarkt*, Hamburg 2003, S. 115 ff.; ders., *Globalisierte Kriminalität auf internationalen Finanzmärkten?*, in: *Kriminalistik*, 60 (2006) 10, S. 579–587.

<sup>123</sup> Vgl. Hans Leyendecker, *Helmut Kohl, die CDU und die Spenden. Eine Fortsetzungsgeschichte*, in: Hans Leyendecker/Heribert Prantl/Michael Stiller, *Helmut Kohl, die Macht und das Geld*, Göttingen 2000, S. 213 ff.; Klaus Dreher, *Kohl und die Konten. Eine schwarze Finanzgeschichte*, Stuttgart 2002.

<sup>124</sup> Zu den parteirechtlichen Hintergründen vgl. Wolfgang Hetzer, *Parteispenden – Eine Spielart der Korruption?*, in: *Kriminalistik*, 54 (2000) 2, S. 83–87.

vorsorglichen Selbstverteidigungsstrategie ist. Andernfalls wäre ein derartiger Sprachgebrauch nur Ausdruck einer mafiosen Degeneration. Auch die Anwendung des strafrechtlichen Untreuetatbestands wäre in diesem Fall sinnlos. Transparenz bei der Parteienfinanzierung wäre in jedem Fall ein erster Schritt, um der Aufweichung der politischen Macht durch korruptive „Handelsgeschäfte“ entgegenzuwirken.<sup>125</sup>

## Konkurrenzen

In der Praxis der Strafverfolgung spielen Korruptionsdelikte in Deutschland ungeachtet der Aufsehen erregenden Presseberichterstattung der jüngeren Zeit immer noch keine bedeutende Rolle. Nur ein geringer Anteil der bekannt gewordenen Fälle gelangt überhaupt zur Anklage. Die Dunkelziffer ist sehr hoch, die Schadensberechnung schwierig.<sup>126</sup> Es sind daher nur grobe Schätzungen möglich.<sup>127</sup> Gleichwohl wird mittlerweile ein vorsichtiger Wandel im Umgang mit der Korruption konstatiert. Bislang beschäftigten sich, so der Eindruck eines erfahrenen Beobachters, die wenigen Korruptionsfahnder vorwiegend mit „Durchstechereien“ in der öffentlichen Verwaltung. Die Wirtschaft sei unterdessen „Terra incognita“ geblieben. Nun sei dieses Reich als Aufgabengebiet entdeckt worden. Ein Fall wie Siemens wäre früher vermutlich längst nicht so konsequent wie heute bearbeitet worden.<sup>128</sup>

Die Tatbestände der Straftaten gegen den Wettbewerb sind erst durch das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption vom 13. August

<sup>125</sup> Vgl. ders., *Ehre oder Untreue?*, in: *Recht und Politik*, 36 (2000), S. 100 und 107.

<sup>126</sup> Zu den Schäden gehören: Arbeitsplatzverluste, unnötiger Ressourcen- und Energieverbrauch, Umweltschädigungen, Vermögensnachteile, allgemeine Verteuerung durch Preisabsprachen, Beeinträchtigung des Vertrauens in die Unabhängigkeit, Unbestechlichkeit und Handlungsfähigkeit des Staates, Verringerung der Akzeptanz staatlichen Handelns, Beeinträchtigung der Integrität der Wirtschaft, negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Verringerung der Transparenz volkswirtschaftlicher Prozesse.

<sup>127</sup> Vgl. Thomas Fischer, *Strafgesetzbuch und Nebengesetze*, München 2008<sup>55</sup>, vor § 298, Rz. 4; Britta Banzenberg, *Korruption in Deutschland und ihre strafrechtliche Kontrolle*, Neuwied–Kriftel 2002.

<sup>128</sup> Vgl. Hans Leyendecker, *Die grosse Gier*, Berlin 2007, S. 18.

1997 in das Strafgesetzbuch (StGB) eingeführt worden.<sup>129</sup> Einerseits sollte damit die Verfolgung korrupten Verhaltens effektiviert werden. Andererseits strebte man vor allem eine Stärkung generalpräventiver Aspekte an. Man erkannte auch, dass die wirksame Verfolgung der Korruption insbesondere von präventiven Maßnahmen und der Stärkung eines korruptionshemmenden Rechtsbewusstseins der Bevölkerung abhängt.<sup>130</sup>

Das von den §§ 298 ff. StGB geschützte Rechtsgut ist zunächst der freie Wettbewerb, also die Freiheit der Marktkonkurrenz vor unlauteren, nicht offenbarten Einflüssen, die das Austauschverhältnis von Waren und Leistungen einseitig zugunsten eines Beteiligten verzerren. Dahinter soll letztlich die marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung als Ganzes stehen. Für diese seien das Funktionieren des auf dem Leistungsprinzip beruhenden Wettbewerbs und das Bewusstsein der Bevölkerung von der Rationalität und Öffentlichkeit des Marktes schlechthin konstituierend. Es handelt sich mithin um ein „offenes Rechtsgut“, das in hohem Maße von gesetzlichen Vorgaben bestimmt und vielfältigen Wandlungen unterworfen ist. Das ändert nichts an der strafrechtlichen Schutzbedürftigkeit, verlangt aber eine rechtsstaatlich klare Begrenzung des Unrechtstatbestandes.<sup>131</sup>

Wer als Angestellter oder Beauftragter eines geschäftlichen Betriebes im geschäftlichen Verkehr einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er einen anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen im Wettbewerb in unlauterer Weise bevorzuge, muss mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe rechnen. Ebenso macht sich strafbar, wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs einem Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebes einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er ihn oder einen anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen in unlauterer Weise bevorzuge.

Diese Regelungen gelten auch für Handlungen im ausländischen Wettbewerb (§ 299 StGB). Daraus ergeben sich erhebliche Probleme. In der Literatur ist die Behauptung zu finden, dass in nicht unerheblichen Teilen des Weltmarktes Vorteils-gewährungen nicht nur weithin üblich seien, sondern für den Abschluss größerer Geschäfte vielfach geradezu vorausgesetzt würden. Gleichwohl sind Schmiergeldzahlungen, für welche in manchen Bereichen des Exportgeschäfts regelmäßig mindestens fünf Prozent des Auftragsvolumens eingeplant werden, nicht als „sozialadäquat“ anzusehen. Es ergibt sich keine Rechtfertigung im Rechtssinne daraus, dass wirtschaftliche Erfolge auf korruptiven Auslandsmärkten nur mit Hilfe von Schmiergeldzahlungen möglich seien; selbstverständlich auch nicht aus der (ehemaligen) steuerlichen Anerkennung solcher Leistungen als Betriebsausgaben („nützliche Aufwendungen“).<sup>132</sup> Die kriminalpolitische Bedeutung der Vorschrift liegt im Schutz des freien Wettbewerbs. Die Vermögensinteressen der Mitbewerber sowie des Geschäftsherrn sind nur mittelbar geschützt. Bei der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr handelt es sich um ein abstraktes Gefährdungsdelikt. Auf das Täuschungselement zu Lasten Dritter sowie auf den Eintritt eines Vermögensvorteils in Folge der Bevorzugung kommt es nicht an.<sup>133</sup>

Eine gesetzwidrige oder sittenwidrige geschäftliche Betätigung fällt grundsätzlich nicht unter den Anwendungsbereich des § 299 StGB. Wettbewerb *illegaler* oder *sittenwidriger* geschäftlicher Betätigung als solcher wird durch diesen Straftatbestand nicht geschützt. Das Rechtsgut des freien *legalen* Wettbewerbs kann jedoch durch Taten im Zusammenhang mit illegaler Geschäftstätigkeit gefährdet sein, etwa durch einzelne gesetzwidrige Betätigungen im Rahmen eines im Übrigen rechtmäßigen Geschäftsbetriebes, zum Beispiel bei der Anlage von „Schwarzgeld“ oder bei Geldwäsche-geschäften im Zusammenhang mit einem legalen Geschäftsbetrieb. Ausgeschlossen sind daher nur Geschäftsbereiche mit ausschließlich illegaler Tätigkeit, nicht aber einzelne gesetzwidrige Betätigungen innerhalb eines im Übrigen legalen geschäftlichen Betriebs. Der „freie

<sup>129</sup> BGBl. I 2038.

<sup>130</sup> Vgl. T. Fischer (Anm. 27), Rz. 5.

<sup>131</sup> Vgl. ebd., Rz. 6.

<sup>132</sup> Vgl. ebd., Rz. 23 a.

<sup>133</sup> Vgl. ebd., Rz. 2 a.

Wettbewerb“ des Drogen- oder Menschenhandels ist also kein „Schutzgut“.<sup>34</sup>

Die Problematik reicht weit über die materiellrechtlichen Grundlagen der Korruptionsstrafbarkeit im Wirtschaftsverkehr hinaus. Das Bemühen, Verhaltensänderungen mit den Mitteln des Strafrechts zu erzielen, konzentriert sich in Deutschland – auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung ebenso wie in anderen Bereichen – bislang auf die beteiligten Personen. Es gibt hier keine Strafbarkeit von Unternehmen (Juristische Personen). Gerade im Hinblick auf Korruptionsgeschäfte, die zugunsten von Unternehmen eingegangen werden, ist dies „inadäquat“.<sup>35</sup> Die Strafbarkeit von Unternehmen stößt insbesondere in Deutschland traditionell auf grundsätzliche Vorbehalte. Sie gilt als unvereinbar mit dem Grundsatz, dass Strafe Schuld voraussetzt. Unternehmen seien nicht in demselben Sinne schuldfähig wie natürliche Personen. Daraus folgt aber nicht, dass es für Unternehmen keine Strafbarkeit geben kann. Es gibt keinen Grund, weshalb Unternehmen nicht in der Lage sein sollten, auch strafrechtliche Verantwortung zu tragen. Der deutsche Gesetzgeber weigert sich seit vielen Jahren, dem Beispiel fast aller europäischer Nachbarstaaten zu folgen und stützt sich dabei auf Argumente, die offen lassen, wessen Interessen damit letztlich geschützt werden.<sup>36</sup>

## Konklusionen

Im Anfang war nicht das Wort. Alles begann mit Mord und Totschlag. Diese Art der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung ist nicht nur Geschichte. Sie dauert mit wechselnder Intensität an. Der Ursprung von Wirtschaftssystemen war Raub, Diebstahl und Erpressung, nicht Vertragsschlüsse nach Treu und

<sup>34</sup> Vgl. ebd., Rz. 5.

<sup>35</sup> So Gertrude Lübke-Wolff, Die Durchsetzung moralischer Standards in einer globalisierten Wirtschaft, in: H. von Pierer/K. Homann/G. Lübke-Wolff (Anm. 5), S. 89.

<sup>36</sup> Vgl. Wolfgang Hetzer, Verbandsstrafe in Europa – Wettbewerbsverzerrung durch Korruption, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW), 18 (2007) 3, S. 75–80; ders., Korruption: Konzerne und Komplizen – Unternehmenskriminalität oder Ordnungswidrigkeit?, in: Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (EWS), 19 (2008) 3, S. 73–83; ders., Korruption als Betriebsmodus?, in: Kriminalistik, 62 (2008), S. 284–292.

Glauben. Mittlerweile scheint sich einiges geändert zu haben. Das zivile Recht soll den Austausch von Waren und Dienstleistungen moderieren und die gewaltsame Durchsetzung von einzelnen Absichten verhindern. Überspitzt ausgedrückt: Aus dem Schlachtfeld wird der gemeinsame Markt.

Vor diesem Hintergrund ist Korruption vielleicht sogar ein „kultureller“ Quantensprung, scheint sie doch auf den Gipfel der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zu führen: Heutzutage muss man Menschen, die bestimmten Interessen im Wege stehen, nicht mehr vernichten. Gewaltanwendung wird durch Verführung abgelöst. Zahlungsanweisungen machen Kriegserklärungen überflüssig. Im Medium des Geldes wandeln sich Gegensätze in Kooperation. Moralische Grundsätze werden im Verhältnis zur Höhe vermögenswerter Zuwendungen geschmeidig interpretiert. Machtfragen lassen sich einvernehmlich behandeln. Die Überzeugungskraft von Argumenten wird unerheblich. Selbst die angebliche „historische Gerechtigkeit“ von Staatsgründungen lässt sich durch Entnahmen aus „Reptilienfonds“ befördern, und (mindestens) ein parlamentarisches Misstrauensvotum ist mit Hilfe von Barzahlungen zu überstehen.

Im politischen Alltagsgeschäft bietet sich ein breites Spektrum zur Emanzipation von wirtschaftlichem Sinn, Sachverstand und demokratischer Kontrolle. Der Instrumentenkasten ist übervoll. Er enthält lukrative Posten, Gefälligkeiten, Gesetzesinitiativen, Subventionen und Versorgungszusagen. In einer Welt, in der materieller Wohlstand Lebenssinn geworden ist und zwischen Arbeit und Einkommen kein nachvollziehbarer Zusammenhang mehr besteht, ist Korruption allgegenwärtig. Sie hat eine unverzichtbare Scharnierfunktion. Rechtstreue zählt nicht mehr zu den wichtigsten Funktionsprinzipien von Gemeinschaften als Solidarverband. Und solange die Beteiligten nicht verstehen wollen oder nicht verstehen können, dass sie innerhalb einer korruptiven Beziehung ihre Selbstachtung riskieren, bleiben alle Debatten über Korruptionsbekämpfung ohnehin eine nutzlose Leidenschaft. Dieser Hinweis kann nicht beeindrucken, wenn mangelnder Respekt vor der eigenen Würde zur Entwertung aller Beziehungen führt, die durch Arbeit und Loyalität geprägt sein sollten. Dennoch: Die kor-

rumpierende Annahme von Geld ist ein Angriff auf die Selbstachtung. Wer das nicht einsehen, ist vermutlich auch durch Strafdrohungen nicht zu beeindrucken. Dann wäre nur eine Forderung plausibel: *Abschaffung der Strafvorschriften zur Korruptionsbekämpfung!*

Darüber, ob damit zwangsläufig nachteilige Auswirkungen auf den Rechtsfrieden und die soziale Gerechtigkeit verbunden wären, kann nur spekuliert werden. Wer der Hypothese über die „friedensstiftende“ Wirkung der Korruption folgt, mag derartige negative Effekte einer Legalisierung vielleicht ausschließen. Die Anarchie der Gewalt scheint ohnehin bereits weitgehend durch die „geometrische“ Ordnung des Geldes abgelöst zu sein. Doch genau darin steckt möglicherweise eine ganz besondere anarchische Kraft. Diese könnte ganze Gesellschaften zum beschriebenen Beginn der Geschichte zurückschleudern. Das mag dann geschehen, wenn die Masse der Rechtsunterworfenen verstanden hat, dass ihr Selbstwertgefühl und ihr sozialer Achtungsanspruch sowohl durch eine korruptiv zersetzte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, gekaufte Machthaber sowie durch eine strategisch wirkungslose Strafrechtspflege missachtet werden. Keine Rechtsordnung kann dann noch Abhilfe schaffen. Der Souverän wird andere Mittel einsetzen.



euro|topics

[www.eurotopics.net](http://www.eurotopics.net)

Angelos Giannakopoulos ·  
Dirk Tänzler

## Deutsche Ansichten zur Korruption

Bis in die 1990er Jahre hinein lebte es sich in der Bundesrepublik ganz gut mit der Vorstellung vom „sauberen Deutschland“. Korruption galt als ein Problem moralisch verdorbener Kulturen transalpiner oder orientaler, auf jeden Fall aber weit entfernter, unterentwickelter und in ihren Traditionen befangener Gesellschaften. Diese Sichtweise wurde unterstützt durch die Politikwissenschaft der 1960er Jahre, die Korruption zum Übergangsphänomen sich modernisierender Gesellschaften erklärte.<sup>1</sup> Das Modell ließ sich auch plausibel auf die postsozialistische Transformation anwenden.<sup>2</sup> Dieses modernisierungstheoretische (Fortschritts-)

Modell kam in Zeiten der Postmoderne in Verruf. Empirisch erweisen sich Demokratie und Marktwirtschaft als durchaus mit Korruption verträglich.<sup>3</sup> Mit der Gründung der Nichtregierungsorganisation (NGO) Transparency International,<sup>4</sup> die sich dem Kampf gegen Korruption verschrieben hat, wurde dieses Umdenken gesellschaftlich und poli-

### Angelos Giannakopoulos

Dr. soz., geb. 1962, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz, Universitätsstr. 10, 78457 Konstanz. [angelos.giannakopoulos@uni-konstanz.de](mailto:angelos.giannakopoulos@uni-konstanz.de)

### Dirk Tänzler

Dr. phil., geb. 1955, Professor an der Universität Konstanz, Universitätsstr. 10, 78457 Konstanz. [dirk.taenzler@uni-konstanz.de](mailto:dirk.taenzler@uni-konstanz.de)

<sup>1</sup> Vgl. Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven 1968.

<sup>2</sup> Vgl. Ilja Srubar, *Korruption in Osteuropa*, in: Oskar Kurer (Hrsg.), *Korruption und Governance aus interdisziplinärer Sicht*, Neustadt 2003, S. 149–175; Stephen Kotkin und Andras Sajó (eds.), *Political Corruption in Transition: A Sceptic's Handbook*, Budapest 2002.

<sup>3</sup> Vgl. Susan Rose-Ackerman, *Corruption. A Study in Political Economy*, New York 1978.

<sup>4</sup> Siehe auch die Homepage der Organisation unter: [www.transparency.org](http://www.transparency.org) (10. 12. 2008).

## Untersuchungsgegenstand „Korruptionskultur“

tisch wirksam. Die modernen westlichen Länder sahen sich plötzlich als Hauptschuldige für das durch Korruption verursachte Elend in Afrika, Asien und Lateinamerika an den Pranger gestellt. Zivilgesellschaftliches Engagement setzte eine Moralisierung der Politik und der Wirtschaft in Gang – mit der Folge, dass Anti-Korruption zum Grundsatz wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturpolitik in einer sich globalisierenden Welt erhoben wurde. So fungierte Anti-Korruption zunehmend auch als wesentlicher Mittler neoliberaler Politik.<sup>15</sup>

Wie ein roter Faden zieht sich das Eingeständnis durch die wissenschaftliche Literatur, dass moderne Institutionen (das heißt Regelwerke des Rechts, Markts, Parlaments) allein Korruption nicht verhindern können, solange eine ihr Funktionieren gewährleisten- de „Gesinnung“ fehlt, die überhaupt erst Vertrauen als Grundlage sozialen Handelns schafft. Interessanterweise ist „Religion“ (neben der „Offenheit der Wirtschaft“) der robusteste statistische Indikator für das Ausmaß an Korruption,<sup>16</sup> auch wenn über die Deutung dieses Phänomens noch gestritten wird.

Das internationale Projekt „Crime and Culture“ unternimmt daher erste Schritte, im Rahmen eines europäischen Kulturvergleichs empirische Daten für die Rekonstruktion der „Gesinnung“ (im zeitgenössischen Soziolog- enjargon: Habitus) zu erheben.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Vgl. Ivan Krastev, *Shifting Obsessions. Three Essays on the Politics of Anticorruption*, Budapest 2004.

<sup>16</sup> Vgl. Philip Manow, *Korruption als Gegenstand der Politikwissenschaft*, in: Hans Herbert von Arnim (Hrsg.), *Korruption. Netzwerke in Politik, Ämtern und Wirtschaft*, München 2003, S. 239–279; Ulrich von Alemann, *Protestanten an die Macht*, in: *Der Überblick*, (2006) 2, S. 13; Johann Graf Lambsdorff, *Wieso schadet Korruption?*, in: Ulrich von Alemann (Hrsg.), *Dimensionen politischer Korruption*, Wiesbaden 2005, S. 233–248.

<sup>17</sup> Der komplette Titel der Projekts, an dem beide Autoren des vorliegenden Beitrags beteiligt sind, lautet: „Crime as a Cultural Problem. The Relevance of Perceptions of Corruption to Crime Prevention. A Comparative Cultural Study in the EU-Accession States Bulgaria and Romania, the EU-Candidate States Turkey and Croatia and the EU-States Germany, Greece and United Kingdom.“ Siehe auch die Homepage des Projekts unter: [www.uni-konstanz.de/crimeandculture/index.htm](http://www.uni-konstanz.de/crimeandculture/index.htm) (10. 12. 2008).

Korruption ist nicht die Manifestation einer durch „kriminelle Energie“ geprägten Persönlichkeit oder eines milieuspezifischen Typus sozialer Beziehung, sondern schlicht die Bewertung eines sozialen Handelns hinsichtlich kultureller Grundwerte einer modernen Gesellschaft. Die Blickrichtung verschiebt sich damit von den objektiven Ursachen und Wirkungen des Phänomens zu den subjektiven Wahrnehmungsweisen des Phänomens, den kulturellen Bedingungen („Gesinnung“), die Korruption als soziales Problem erst möglich machen. Im Sinne einer Ethnographie der eigenen Kultur ist deshalb im Rahmen des Projekts danach gefragt worden, was die Menschen als Korruption ansehen und wie sie das Phänomen bewerten. Gesucht wurden empirische Definitionen von Korruption im gesellschaftlichen Alltag von Menschen.<sup>18</sup> Dabei stellte sich heraus, dass die in der deutschen Gesellschaft allgemein verbreitete Definition der von Transparency International entspricht, wonach Korruption die private Zweckentfremdung öffentlicher Güter meint.<sup>19</sup> Eine solche alltagsweltliche Definition enthält bereits eine Unterscheidung zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre, die zwar für die Kultur moderner Gesellschaften typisch ist, nicht aber für diejenige traditioneller Gesellschaften. Es ist ein Effekt von Modernität (also „Gesinnung“), dass individuelle und gesellschaftliche, private und öffentliche Erwartungen sich niemals vollständig decken und dass dies dort, wo das doch der Fall sein sollte, als Korruption angesehen wird. Eine im privaten Verkehr unverfängliche und sehr schöne Sache, nämlich die Herstellung von Gegenseitigkeit und Vertrauen in persönlichen Beziehungen durch den Austausch von Gaben und Geschenken, wird im öffentlichen Verkehr zum Problem.

Diese Unvereinbarkeit von privaten und öffentlichen Angelegenheiten ist eine normative Festlegung, deren gesellschaftliche Gel-

<sup>18</sup> Vgl. Dirk Tänzler/Konstadinos Maras/Angelos Giannakopoulos, *Breaking New Ground in Corruption Research. Project Crime and Culture*, Discussion Paper Series, University of Konstanz, Discussion Paper No. 1 (2007).

<sup>19</sup> Vgl. die Homepage von Transparency International (Anm. 4).

tung durchgesetzt werden muss. Dies geschah und geschieht immer wieder in kritischen historischen Situationen. So etwa Ende des 19. Jahrhunderts, als der bis dahin im englischen Parlament übliche Ämter- und Stimmenkauf, also die selbstverständliche Haltung, ein öffentliches Amt als Königsweg zur persönlichen Bereicherung anzusehen, in Misskredit geriet und schließlich per Gesetz verboten wurde. Erst danach galt die Vermischung von privaten und öffentlichen Interessen als moralisch und rechtlich verwerflich. Was wir seit den 1990er Jahren mit dem Auftreten des Antikorruptionsdiskurses erleben, ist ebenfalls eine Neujustierung des Verhältnisses von privaten und öffentlichen Angelegenheiten. Plötzlich wurde politisches und wirtschaftliches Handeln neuen moralischen Ansprüchen unterworfen und das Rechtssystem gezwungen, sich diesen neuen Herausforderungen anzupassen. Die politischen und wirtschaftlichen Akteure, so zeigen die aktuellen Skandale, scheinen sich der neuen Situation nicht bewusst zu sein – zumindest haben sie ihr Handeln noch nicht an den neuen Standards ausgerichtet.

In unserer Gesellschaft weiß jede beziehungsweise jeder, was Korruption ist und was nicht. Aber nicht die allgemeine Definition von Korruption ist handlungsleitend, sondern die konkrete Wahrnehmung und die Praxis der Grenzziehung in den entscheidenden Situationen. Mit anderen Worten: Nicht die Korruption als solche ist das soziologische Problem, sondern die *Veränderungen* der Wahrnehmungs- und Deutungsmuster von Korruption und die Gründe dafür sind es. Die Herangehensweise unseres Forschungsprojektes ist aber alles andere als rein akademisch. Gesucht wird eine Antwort auf ein unmittelbar praktisches Problem von historischer Relevanz, nämlich die Unzufriedenheit der EU-Kommission mit der gängigen Praxis der Korruptionsprävention der Europäischen Union. Bislang funktioniert dieses nach dem *top down*-Prinzip: Auf der oberen Ebene denkt sich jemand etwas aus, das auf den unteren Ebenen in die Praxis umgesetzt werden soll. Der geringe Erfolg, der solchen Programmen bisher beschieden ist, dürfte unter anderem daraus resultieren, dass das Alltagsverständnis und die spezifischen soziokulturellen Gegebenheiten bislang außer Acht geblieben sind. Bevor solche Programme aber gestartet werden, ist es zunächst

einmal unabdingbar, herauszufinden, was in den einzelnen Ländern überhaupt unter Korruption verstanden wird beziehungsweise wie Korruption wahrgenommen wird.

Eine solche zu untersuchende „Korruptionskultur“ umfasst nicht nur die Praxis korrupten Verhaltens im engeren Sinne, sondern alles auf Korruption bezogene Denken und Handeln in den einzelnen Handlungsbereichen einer Gesellschaft. Die Wahrnehmung von Korruption von Wirtschaftsführern unterscheidet sich ebenso deutlich von der eines Polizisten, Staatsanwalts oder Richters wie die eines NGO-Vertreters von der eines Politikers oder Journalisten. Es gibt also eine Pluralität von Kulturen der Korruption nicht nur in unterschiedlichen Ländern, sondern auch innerhalb einer Gesellschaft. In diesem Beitrag beschränken wir uns darauf, die Grundmuster der Korruptionswahrnehmung in Deutschland zu skizzieren.<sup>10</sup>

## Empirische Befunde und Versuch einer Deutung

Einen ersten Hinweis auf die allgemeine gesellschaftliche, insofern „typisch“ deutsche Korruptionswahrnehmung lieferte ein von uns interviewter Polizeibeamter.<sup>11</sup> Obwohl dieser Beamte sein halbes Leben lang erfolgreich gegen Korruption gekämpft hat und einen außerordentlich guten Ruf als Korruptionsexperte genießt, antwortete er auf die Frage nach seinen Ansichten über Korruption in Deutschland überraschend, dass es hierzulande keine gebe. Diese Einschätzung ist mit seiner einstigen polizeilichen Tätigkeit kaum vereinbar, stimmt aber mit den Daten des

<sup>10</sup> Der internationale Kulturvergleich ist noch nicht abgeschlossen. Die einzelnen Länderstudien liegen vor und können auf der Projekthomepage heruntergeladen werden (siehe Anm. 7). Hardcopies können bei den Verfassern angefordert werden.

<sup>11</sup> Die folgenden Ausführungen basieren auf der Auswertung des empirischen Materials aus der ersten und zweiten Phase des Projekts. Das Material bezieht sich auf sechs *target groups* (die Gruppen, die untersucht wurden): Politik, Justiz, Polizei, Medien, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. In der ersten Phase wurden Dokumente wie Parlamentsprotokolle, Gerichtsurteile, polizeiliche Ermittlungs- und Vernehmungsprotokolle, Zeitungsartikel, Berichte und offizielle Stellungnahmen analysiert. Die Analyse in der zweiten Projektphase basiert auf Material, das in Interviews mit Vertretern aller *target groups* gewonnen wurde.

Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International scheinbar überein.<sup>12</sup> Auf einer internationalen Antikorruptionskonferenz in Lissabon im Jahr 2006 interpretierte ein amerikanischer Kollege den CPI auf die gleiche Art und Weise, wie der deutsche Polizeibeamte („Deutschland ist sauber“). Eingedenk all der Skandale in der deutschen Politik und Wirtschaft<sup>13</sup> überzeugt eine solche Bewertung jedoch kaum. Augenscheinlich wird hier von zwei verschiedenen Dingen gesprochen.

Worauf der Polizeibeamte hinweisen wollte, ist die doppelte Moral, die in Deutschland im Hinblick auf unterschiedliche Formen der Korruption herrscht. Zum einen bestätigte der Fachmann die von Laien geteilte Erfahrung, dass es im Alltagsleben der Deutschen Gelegenheitskorruption (so gut wie gar) nicht gibt. Dafür sei die strukturelle Korruption als eine Form organisierter Kriminalität eine weit verbreitete und allgemein bekannte gesellschaftliche Praxis, etwa in der Bauwirtschaft, im Gesundheitswesen und bei den Automobilzulieferern. Warum dann die Beteuerung, das gesamte deutsche Volk sei gänzlich frei von Korruption? Gilt Gelegenheitskorruption, im Englischen *petty corruption*, also Kleinkriminalität, als verabscheuungswürdiger Normenverstoß, so wird dagegen *grand corruption* als Kavaliersdelikt angesehen und als eine unter bestimmten Bedingungen (zum Beispiel: die Tat wurde im Ausland begangen) bis vor Kurzem sogar steuerlich absetzbare legitime unternehmerische Maßnahme. Beide Formen der Korruption korrelieren mit der Wahrnehmung beziehungsweise Nichtwahrnehmung – und das heißt Intoleranz beziehungsweise Toleranz gegenüber korruptem Verhalten. Dieser Zusammenhang bildet das Grundmuster der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Korruption in Deutschland.

Der Effekt ist der Folgende: Die verpönte alltägliche Gelegenheitskorruption ist eine „virtuelle“, die es in Wirklichkeit nach allgemeiner Auffassung nicht zu geben scheint,

<sup>12</sup> Zum Corruption Perception Index siehe auch den Beitrag von Lotte Beck und Johann Graf Lambsdorff in dieser Ausgabe.

<sup>13</sup> Zu Korruptions-Skandalen in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit siehe auch die Beiträge von Hans Leyendecker sowie Wolfgang Hetzer in dieser Ausgabe.

weil die „kleinen Leute“, die sich ihrer bedienen könnten, sich brav und bieder an die Regeln halten. Im Bewusstsein aber wird Korruption mit Gelegenheitskorruption gleichgesetzt und verabscheut. Sie wird als typisches Verhalten von „Ausländern“ angesehen. Das Tabu der schäbigen Gelegenheitskorruption wirkt aber als Verschleierung der insgeheim von allen akzeptierten, viel eleganteren *grand corruption*, die von der vornehmen Elite geschäftsmäßig betrieben wird – und zwar nicht nur im „Ausland“ und keinesfalls „genötigt“ durch die dort angeblich geltenden Sitten und Bräuche.<sup>14</sup> Diese deutsche Sichtweise gerät zwangsläufig in Konflikt mit dem neuen Antikorruptionsdiskurs, woraus vielleicht verständlich wird, warum Deutschland bei der Korruptionsbekämpfung (mit einigen Ausnahmen, zum Beispiel der Frankfurter und Bochumer Staatsanwaltschaft) – gelinde gesagt – eher zögerlich agiert im Unterschied etwa zu Österreich. Neben dieser gesamten deutschen Grundeinstellung gegenüber Korruption zeigen sich aber auch deutliche und bedeutsame Unterschiede, wie Korruption von Politik, Ökonomie, Justiz, Polizei, Zivilgesellschaft und Medien wahrgenommen wird.

## Unterschiedliche Wahrnehmungen

Unter Politikern würde man Unterschiede in der Wahrnehmung von Korruption abhängig von ihren politischen Überzeugungen und Ideologien erwarten. Politikerinnen und Politiker aller im sogenannten „Kohl-Ausschuss“ vertretenen Parteien gaben aber einmütig zu Protokoll, Korruption sei in Deutschland kein strukturelles Problem. Ein linker Politiker erklärte unumwunden, dass es für alle Themen in der Politik, so auch für Korruption, Konjunkturen gebe. Auffällig war auch die übereinstimmende Ablehnung einer radikalen Offenlegung der Einkünfte aus Nebenbeschäftigungen, die bekanntlich auch eine Quelle politischer Korruption sein können. Diese Beobachtungen lassen sich so deuten, dass Politiker sich in ihren öffentlichen Reden vor ihren Wählern von politischen Ideologien leiten lassen. Ansonsten folgen sie der „Logik“ politischen Handelns, das heißt der strategischen Ausrichtung auf die Eroberung

<sup>14</sup> Vgl. Dirk Tänzler, Korruption als Metapher, in: *Mittelweg* 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, (2008) 1, S. 69–84.

rung und Sicherung der Macht. Aus dieser Perspektive kann politische Korruption gar nicht als strukturelles Problem in den Blick geraten, sondern nur ein Mittel zum Zweck sein. Politisch relevant ist nur, was auf der Agenda steht und als Objekt der Profilierung der Partei und des Politikers funktionalisiert werden kann. Was innerhalb des politischen Feldes als rationale Befolgung der geltenden Regeln angesehen werden kann und dem entspricht, was die Bürgerinnen und Bürger von den Politikern erwarten, nämlich den von ihnen vertretenen Ideen und Interessen Macht zu verleihen, kann diesen Bürgerinnen und Bürgern als außenstehende Laien zugleich als opportunistisch erscheinen und das in Deutschland weit verbreitete Vorurteil von der „schmutzigen Politik“ bestätigen.

Ist die Politik (einschließlich der öffentlichen Verwaltung) als Sachwalter des Allgemeininteresses das bevorzugte Ziel der Korruption, so liegt deren *Quelle* und Kraftzentrum in der Wirtschaft als dem Hort der Privatinteressen. Daher ist es gleichzeitig überraschend und bezeichnend, dass sowohl Repräsentanten der Wirtschaft als auch die Politiker Korruption nicht als strukturelles Problem ansehen. Allerdings sind die Gründe und Motive für diese Sicht hier andere. Aus der Sicht der Wirtschaft ist Korruption kein ökonomisches, sondern ein individuelles, rein psychologisches Problem. Marktwirtschaft kann nur gedeihen, so die innere Überzeugung der Wirtschaftsführer, wo ehrliche Kaufleute agieren, was nicht ausschließt, dass es schwarze Schafe gibt, die ihrem schwachen Charakter erliegen und sich nicht ökonomisch rational verhalten. Unternehmer suchen nach Gelegenheiten erfolgreichen unternehmerischen Handelns und lehnen jede (Über-)Regulierung ab, die sie in ihrer unternehmerischen Freiheit blockiert. Als Mittel der Korruptionsprävention ziehen sie es vor, die Moral des Einzelnen zu stärken, beziehungsweise an diese zu applizieren, anstatt eine strenge institutionelle Kontrolle zuzulassen. Entsprechend beschränken sich die einschlägigen Maßnahmen in der Wirtschaft auf die Formulierung ethischer Grundsätze und die Berufung innerbetrieblicher Sittenwächter, neudeutsch: *compliance officers*.

Auch in den Gewerkschaften wird das Thema eher stiefmütterlich behandelt, nicht zuletzt wegen der Verstrickung einiger von

ihnen in die Skandale der vergangenen Jahre. Immerhin fühlen sie sich zu Schutzmaßnahmen gegenüber ihren Mitgliedern verpflichtet, die als *whistleblower* über dubiose Vorgänge im eigenen Betrieb informieren und sich damit der Gefahr aussetzen, entlassen und als Spitzel oder Verräter denunziert zu werden. Gewerkschaftsfunktionäre, die sich aktiv gegen Korruption einsetzen, sind in der Minderheit und meist dem linken Flügel zuzuordnen. Diese sehen Korruption wiederum ausschließlich als ein Elitenproblem – die Skandale hätten letztlich zur Stärkung von Moral und Solidarität unter den „kleinen Leuten“ beigetragen.

Richter, Staatsanwälte und Polizisten (Kriminalbeamte) lassen im Hinblick auf ihre berufliche Handlungsorientierung und auch bei Antikorruptionsmaßnahmen nicht nur eine legalistische Grundeinstellung, sondern ebenfalls eine stark ethische Ausrichtung erkennen. Sie halten sich nicht nur für die Wächter des Gesetzes, sondern auch für eine moralische Instanz der Gesellschaft. In Deutschland, klagen sie, sei das Bewusstsein für das Ausmaß und die Folgen von Korruption nicht ausgeprägt. Sie sehen in der Korruption eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, weil durch sie die Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen verletzt würden, was letztlich auch das allgemeine Rechtsempfinden unterminiere. Zu einer Verbesserung der Lage (also zu einer veränderten Einstellung der Bürgerinnen und Bürger), so ihre Einschätzung, könnten erfolgreiche Ermittlungen und Strafverfahren beitragen. Allerdings zeige die Praxis der Korruptionsbekämpfung, dass Polizei und Justiz stark angewiesen seien auf die Unterstützung durch die Politik, die Zivilgesellschaft und die Medien, ohne die sie gegen die massiven Pressionen seitens politischer und wirtschaftlicher Interessengruppen ihre Aufgaben nicht erfüllen könnten.

Von zentraler Bedeutung für die aktuelle Veränderung der Korruptionswahrnehmung und -bekämpfung ist Transparency International als zivilgesellschaftlicher Initiator des Antikorruptionsdiskurses der vergangenen Jahre. Zivilgesellschaftliche Akteure und Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen sind per definitionem Mitglieder einer Moralinstitution und daher bestrebt, den legalen Rahmen für soziales Engagement zu stärken. Sie begreifen sich als Erfinder neuer



*common goods* (Gemeingüter), neuer Werte wie Umweltschutz, Menschenrechte und Anti-Korruption, die sie in die Öffentlichkeit tragen und auf die politische Agenda zu setzen versuchen. Korruption ist für diese zivilgesellschaftlichen Aktivisten das wirtschaftliche und politische Grundübel unserer Zeit, Anti-Korruption eine Mission, die aber nicht gegen die „Mächtigen“ aus Politik und Wirtschaft, sondern nur als breites Bündnis und neuer Gesellschaftsvertrag zwischen allen Mitgliedern der Weltzivilgesellschaft durchgesetzt werden kann.

Neben diesen zivilgesellschaftlichen Akteuren nehmen vor allem die Medien Einfluss auf das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger und deren Einstellung zur Korruption. Die nach dem politischen links-rechts-Schema für die Analyse ausgewählten (Print-)Medien, die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, zeigen zum Beispiel deutlich unterschiedliche Wahrnehmungs- und Deutungsmuster. Die Beiträge in der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ lassen eine funktionalistische Erklärung von Korruption als Störung oder Irritation erkennen, welche die Selbstheilungskräfte des Systems mobilisiert, wodurch es zu einer Erneuerung und Verstärkung der politischen und sozialen Ordnung kommt. Korruption erscheint hier als eine Form abweichenden Verhaltens, das – gemäß des konservativen Menschenbildes –, seine Wurzeln in den konstitutionellen menschlichen Schwächen habe. In der progressiven („linksliberalen“) „Süddeutschen Zeitung“ wird Korruption dagegen als Verletzung grundlegender sozialer Normen („Gerechtigkeit“) und Ursache von Politikverdrossenheit betrachtet, die zu einer Delegitimierung der politischen Ordnung und damit zur politischen Strukturkrise führen kann. Gefordert werden daher Reformen zur Stärkung der Institutionen.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Die hier zusammengefasste Analyse aus dem Zeitungsmaterial beruht auf ca. 250 ausgewerteten Artikeln. Vgl. exemplarisch: Georg Paul Hefty, Geld, Macht und Unrecht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), vom 2. 12. 1999, S. 1; ders., Schuld und Sühne, in: FAZ vom 7. 2. 2000, S. 1; Wahrheitssuche, in: FAZ vom 5. 2. 2000, S. 1; Berthold Kohler, Kohls zweiter Sturz, in: FAZ vom 20. 1. 2000, S. 1; Im Augias-Stall, in: FAZ vom 19. 1. 2000, S. 1; Günther Nonnenmacher, Im Strudel, in: FAZ vom 18. 1. 2000, S. 1; Berthold Kohler, Die Schuld der CDU, in: FAZ

Vergleicht man die verschiedenen Ansichten zur Korruption in Deutschland aus den sechs Handlungsbereichen, zeigt sich ein klarer Gegensatz. Vertreter aus Politik und Wirtschaft stimmen darin überein, dass Korruption kein strukturelles Problem in Deutschland sei. Genau dieses aber glauben Polizisten, Richter, Staatsanwälte und zivilgesellschaftliche Akteure und halten Korruption für ein ernsthaftes und weit verbreitetes Delikt, das die Gesellschaft bedroht. Wie Justiz und Polizei sehen auch die zivilgesellschaftlichen Akteure im „Allgemeininteresse“ oder „Gemeinwohl“ den höchsten Wert. Dies scheint für Politiker und Wirtschaftssubjekte nur mittelbar der Fall zu sein. Unternehmer, Manager und Politiker sind strategisch Handelnde mit einer strengen Erfolgsorientierung. Sie bewerten alle Mittel relativ zum politischen oder ökonomischen Erfolg und erfüllen – laut liberaler Doktrin – das Allgemeininteresse oder Gemeinwohl als mehr oder weniger nichtintendierte (Neben-)Folge ihres Handelns.

Jenseits dieser „klaren Fälle“ treten im Bereich der Medien konkurrierende Wahrnehmungsmuster auf. Eine Erklärung könnte sein, dass Staatsbeamte und zivilgesellschaftliche Akteure sich an liberalen Vorstellungen orientieren, ökonomische und politische Akteure eine wertkonservative Legitimationsstrategie bevorzugen und die Vertreter der Medien relativ zu deren politischer Tendenz entweder einem auf liberale („Süddeutsche Zeitung“) oder konservative („Frankfurter Allgemeine Zeitung“) Werte ausgerichteten Weltbild verpflichtet sind. Das Wahrnehmungs- und Deutungsschema der Beiträge in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ verdient besondere Aufmerksamkeit, denn es reproduziert die Ansicht der wirtschaftlichen und politischen Elite – allerdings in einer elaborierteren Form. Der festgestellte Wider-

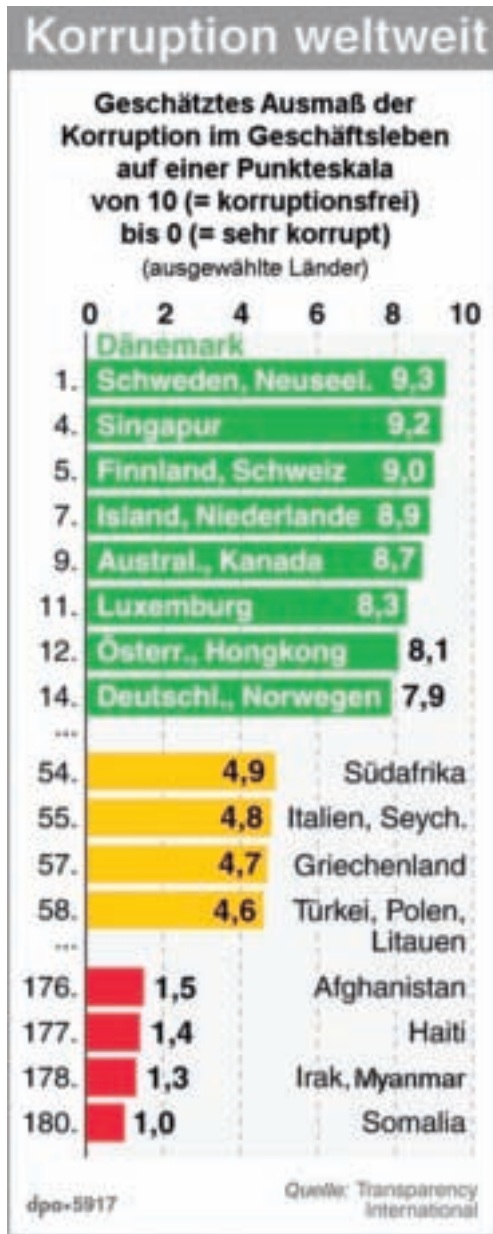
vom 17. 1. 2000, S. 1; Heribert Prantl, Die Schuld verbirgt sich hinter den Nullen, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 5. 3. 2001, S. 4; Am Pranger steht: die Staatsanwaltschaft, in: SZ vom 7. 2. 2001, S. 1; Die CDU auf dem Weg zur Selbstkontrolle, in: SZ vom 25. 1. 2000, S. 4; Herbert Riehl-Heyse, Eine Krankheit im Vollbild, in: SZ vom 22. 1. 2000, S. 4; Heribert Prantl, Ein Schritt zur Rettung der CDU, in: SZ vom 19. 1. 2000, S. 4; Herbert Riehl-Heyse, Vereidigt auf die Partei, in: SZ vom 4. 12. 1999, S. 4; Kurt Kister, Der Winter des Patriarchen, in: SZ vom 1. 12. 1999, S. 4.

spruch zwischen der Behauptung, Korruption sei kein strukturelles Problem, und den anderslautenden Tatsachen wird aufgehoben in der Erklärung von Korruption als eine die Selbstheilungskräfte des Systems mobilisierende Störung – oder, mit Mephisto, als eine Manifestation der Macht, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Johann Graf Lambsdorff ·

Lotte Beck

# Korruption als Wachstumsbremse



In der allgemeinen Wahrnehmung scheinen sich Korruption, also der Missbrauch von öffentlicher Macht für private Zwecke, und Wachstum nicht unbedingt auszuschließen. Diese Auffassung wird auch in dem gebräuchlichen Euphemismus

für Bestechungszahlungen deutlich: „Schmiergeld“. Korrupte Zahlungen scheinen Dinge, die sich in der öffentlichen Verwaltung im Stillstand befinden, wieder auf den rechten Weg zu bringen. Somit könnte man meinen, dass Korruption das Wachstum einer Volkswirtschaft fördern kann, da sie die Realisierung von Investitionen und Projekten beschleunigt. Diese Betrachtungsweise ist jedoch verkürzt. Sie berücksichtigt viele Auswirkungen der Korruption auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht und ist von einer eher individuellen Sicht dominiert.

**Johann Graf Lambsdorff**

Dr. rer. pol., geb. 1965; Professor für Volkswirtschaftstheorie an der Universität Passau; „Vater“ des Korruptionsindexes von Transparency International; Universität Passau, Innstraße 27, 94032 Passau. [jlambsd@uni-passau.de](mailto:jlambsd@uni-passau.de)

**Lotte Beck**

Dipl.-Volkswirtin, geb. 1979; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie an der Universität Passau; promoviert derzeit zu der Rolle von Korruption in Auktionen; Universität Passau, Innstraße 27, 94032 Passau. [lieselotte.beck@uni-passau.de](mailto:lieselotte.beck@uni-passau.de)

Im vorliegenden Beitrag soll gezeigt werden, wie sich Korruption auf das Wachstum einer Volkswirtschaft auswirken kann. Hierbei wird zuerst die Methodologie des Korruptionsindexes von Transparency International als Messgröße für Korruption skizziert. Anschließend werden Schäden der Korruption durch theoretische Argumente auf Basis des sogenannten Prinzipal-Agenten-Ansatzes

präsentiert. Es folgt eine empirische Überprüfung, die aufzeigt, welche Wirkung Korruption, also der Korruptionsindex als erklärende Variable, auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Nettokapitalimporte eines Landes hat. Dies veranschaulicht letztlich die Rolle der Korruption als Wachstumsbremse.

## Der Korruptionsindex von Transparency International

Wirtschaftliche Entscheidungen und Planungen benötigen objektive Daten und Informationen. Deshalb berücksichtigen Unternehmen und private Individuen bei ihren Investitionsentscheidungen eine Vielzahl von Indikatoren wie zum Beispiel Daten zum Steuersystem, der Rechtssicherheit oder über die konjunkturelle Entwicklung. Der Einfluss der Korruption auf Investitionsentscheidungen konnte lange nur theoretisch dargelegt werden. Eine empirische Überprüfung dieser Ergebnisse war nicht möglich, da es hierzu bis 1995 an einem geeigneten Vergleichsindex mangelte. Dies resultierte aus der Tatsache, dass Korruption nicht einfach und objektiv gemessen werden kann wie beispielsweise Zinssätze, da korrupte Handlungen im Verborgenen stattfinden und schwer zu beobachten und zu erfassen sind. Ein Versuch, das nicht direkt zu beobachtende Phänomen Korruption zu quantifizieren, ist der Transparency International Korruptionsindex (CPI). Der CPI zeigt auf einer Skala von 10 (besonders saubere Länder ohne Korruption) bis 0 (besonders korrupte Länder), als wie korrupt ein Land wahrgenommen wird.

In die Berechnung des Indexes gehen verschiedene Quellen internationaler Institute ein, die zum Beispiel zur Bestimmung von Länderrisiken Unternehmen bzw. deren Mitarbeiter über ihre Einschätzung bezüglich des Ausmaßes der Korruption befragen. Manche Befragungen richten sich an ein Panel von Spezialisten. Andere Quellen befragen ihre Mitarbeiter vor Ort. Diese verschiedenen Einschätzungen werden in einem Index zusammengefasst. Der Vorteil in der Verwendung mehrerer Quellen pro Länderbewertung liegt darin, dass die Ergebnisse des Indexes weniger fehleranfällig sind, falls eine Quelle mit ihren Einschätzungen der Korruptionslage falsch liegen sollte. Die Auswahl

der Quellen und die Zusammenfassung der Daten erfolgt an der Universität Passau, wo der Index im Auftrag von Transparency International erstellt wird.

In der Namensgebung des Indexes wird bereits deutlich, dass hier eine Einschätzung des Korruptionsniveaus basierend auf subjektiven Wahrnehmungen erfolgt. Das wirft die Frage auf, ob nicht auch objektive Daten zur Messung des Korruptionsniveaus eines Landes vorliegen könnten. Bisher konnte ein solcher objektiver und allgemeingültiger Indikator nicht identifiziert werden. Es gibt Vorschläge, die Anzahl von Gerichtsverfahren in Korruptionsfällen als Indikator zu verwenden. Allerdings misst ein solcher nicht wirklich das Korruptionsniveau. Er quantifiziert vielmehr, wie effektiv die Justiz und die Polizei eines Landes in der Verfolgung und Aufklärung von Korruptionsfällen sind. Ein weiteres Problem mit solchen objektiven Ansätzen der Korruptionsmessung sind unterschiedliche rechtliche Definitionen des Tatbestandes der Korruption. Einige Länder haben strenger gefasste Definitionen als andere. Während eine bestimmte Tat in einem Land bereits ein Vergehen und strafbar ist, wird die gleiche Tat in anderen Ländern noch vom Rechtssystem akzeptiert. Es folgen Verzerrungen in den Messergebnissen zwischen den verschiedenen Ländern, welche bei dem Ansatz des CPIs vermieden werden.

Im CPI 2008 werden 180 Länder betrachtet. Für die Berechnung des CPIs 2008 wurden 13 verschiedene Umfragen von 11 unabhängigen Quellen verwendet.<sup>1</sup> Zu diesen Quellen gehören zum Beispiel die Economist Intelligence Unit (EIU), das World Economic Forum und das International Institute for Management Development in Lausanne. Der CPI weist derzeit für Deutschland einen Indexwert von 7,9 aus. Deutschland belegt damit im aktuellen Index von 2008 den 14. Platz (siehe *Grafik* auf S. 19). Im ersten Index von 1995 erreichte Deutschland einen Wert von 8,14 und stand damit auf dem 13. Rang.<sup>2</sup> Allgemein wird die Bundesrepublik als relativ korruptionsfrei eingeschätzt. Dennoch lässt

<sup>1</sup> Die Daten des Indexes und weitere Informationen zum Index finden sich im Internet unter: [www.icgg.org/corruption.cpi\\_2008.html](http://www.icgg.org/corruption.cpi_2008.html) (26. 11. 2008).

<sup>2</sup> Eine Zusammenstellung der verschiedenen Indizes findet sich unter: [www.icgg.org](http://www.icgg.org) (26. 11. 2008).

sich feststellen, dass die Wertung anderer Länder wie zum Beispiel Dänemark, Neuseeland und Schweden über die Jahre immer wieder zeigt, dass in Deutschland noch Raum für Verbesserungen ist.

## Zur Schädlichkeit der administrativen Korruption

Korruption wird allgemein mit der Bestechlichkeit von Amtsträgern gleichgesetzt, die sich für die Ausübung ihrer Dienstpflichten von privaten Wirtschaftssubjekten bezahlen lassen. Solche Beziehungen zwischen öffentlichen Amtsträgern und privaten Wirtschaftssubjekten können in einem Prinzipal-Agenten-Ansatz analysiert werden. Die öffentlichen Angestellten (Agenten) besitzen einen Informationsvorsprung gegenüber ihren öffentlichen Auftraggebern (Prinzipal). Diesen Vorsprung suchen sie zu ihrem persönlichen Vorteil auszunutzen, indem sie sich über die Regeln, die ihnen von ihrem wohlwollenden Prinzipal auferlegt wurden, hinwegsetzen. Sie nehmen Bestechungsgelder von Dritten für die Vergabe von Aufträgen, Lizenzen oder Genehmigungen an.<sup>13</sup>

Solche Korruptionsfälle führen nicht nur zu einem Vertrauensschwund unter der Bevölkerung in die Unparteilichkeit und Verlässlichkeit der öffentlichen Amtsträger. Sie haben darüber hinaus schwerwiegende Auswirkungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene. Früher verwies die theoretische Literatur auf mögliche Vorteile der Korruption, wenn eine exzessive Bürokratie vorliegt. Durch „Schmiergelder“ – so war die Auffassung – könnten bürokratische Hindernisse umgangen werden. Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz: Übermäßige Bürokratie wird nicht durch Bestechung überwunden. Vielmehr schafft die Bestechung den Nährboden für eine Überregulierung. Diese Regulierungen werden zum Selbstzweck. Je undurchdringlicher das Dickicht aus Regeln und Gesetzen den privaten Wirtschaftssubjekten erscheint, desto bereitwilliger sind sie, Bestechungsforderungen zur Überwindung dieser Hinder-

<sup>13</sup> Vgl. Susan Rose-Ackerman, *Corruption. A Study in Political Economy*, New York 1978; Arvind Jain, *Models of Corruption*, in: Arvin Jain (ed.), *Economics of Corruption*, Boston–London–Dordrecht 1998; Robert Klitgaard, *Controlling Corruption*, Berkeley 1988.

nisse nachzugeben. Um ihren Forderungen noch mehr Überzeugungskraft zu verleihen, werden die Bürokraten zusätzlich ihr Arbeitstempo verlangsamen. Die resultierenden Warteschlangen dienen als Nötigung für notwendige Zahlungen. Daniel Kaufmann und Shang-Jin Wei haben gezeigt, dass Manager in Ländern mit einem hohen Korruptionsniveau mehr Zeit in Verhandlungen mit Bürokraten aufwenden müssen als ihre Kollegen in Ländern mit einem niedrigeren Korruptionsniveau.<sup>14</sup> In Einzelfällen mag sich der Eindruck von Bestechung als Schmiermittel bestätigen, in der wissenschaftlichen Diskussion wird dieser Standpunkt aber seit geraumer Zeit nicht mehr vertreten.

Der Schaden, den die Korruption verursacht, besteht in einer Verzerrung ökonomischer Beschlüsse. Entscheidungsträger werden Investitionsprojekte bevorzugen, welche hohe Bestechungsgelder erwarten lassen. In Ausschreibungen wird beispielsweise nicht mehr dasjenige Unternehmen den Zuschlag erhalten, welches für dieses Projekt das beste Angebot einreicht, sondern dasjenige, welches am besten besticht oder die besten Verbindungen zu Entscheidungsträgern besitzt. Korruption führt so auf vielseitige Art und Weise zu ineffizienten Projekten, die den offenkundigen Bedarf nur suboptimal decken.

Gordon Winston argumentiert, dass das Entdeckungsrisiko der Korruption mit der Anzahl und der Dauer der Transaktionen, der Anzahl der involvierten Personen und der Einfachheit und Standardisierung der Prozedur zunehme.<sup>15</sup> Das Risiko steigt aber nicht mit dem Wert der Transaktion. Dies bewirkt, dass einmalige, große Käufe eine geeignete Basis für Bestechungszahlungen darstellen. Hierdurch wird die Entscheidung von öffentlich Bediensteten verzerrt. Kapitalintensive,

<sup>14</sup> Vgl. Daniel Kaufmann/Shang-Jin Wei, *Does 'Grease Money' Speed up the Wheels of Commerce?*, National Bureau of Economic Research Working Paper 7093, Cambridge/MA 1999. Eine genauere Darstellung der Diskussion findet sich in: Johann Graf Lambsdorff, *The Institutional Economics of Corruption and Reform. Theory, Evidence, and Policy*, Cambridge 2007, und Toke Aidt, *Economic Analysis of Corruption. A Survey*, in: *The Economic Journal*, 113 (2003), S. 632–652.

<sup>15</sup> Vgl. Gordon Winston, *The Appeal of Inappropriate Technologies. Self-Inflicted Wages, Ethnic Price and Corruption*, in: *World Development*, 7 (1979) 8–9, S. 835–845.

technologisch fortgeschrittene und maßgeschneiderte Produkte werden bevorzugt, ganz unabhängig davon, ob sie den öffentlichen Bedarf optimal decken. Hierfür werden arbeitsintensive Projekte wie im Bereich Bildung und Gesundheit vernachlässigt, da sie weniger leicht korrupte Einkommen versprechen. Dem benevolenten Prinzipal bleibt nur die Möglichkeit, durch Anreize und Strafanrohungen die Korruption seiner Agenten einzudämmen. Aber auch diese Maßnahmen verursachen Kosten. Dies hat zur Folge, dass der Prinzipal dem Agenten keine Verträge anbieten wird, die sich nur dann lohnen, wenn der Agent sich regelkonform verhält. Hieraus kann das Unterlassen notwendiger Investitionen resultieren.

## Zur Schädlichkeit der politischen Korruption

Neben der bereits behandelten Korruption durch die Agenten ist auch die sogenannte *grand corruption*, die hochkarätige, politische Korruption in den Mittelpunkt der ökonomischen Betrachtung gerückt. Hier ist nicht der Agent, sondern der Prinzipal korrupt. In diesem Fall resultiert ein definitorisches Problem. Während im Falle korrupter Agenten ein Verstoß des Agenten gegen Regeln, die der Prinzipal definiert hat, vorliegt, kann der Missbrauchs begriff in dieser Situation nicht so ohne weiteres auf den korrupten Prinzipal übertragen werden. Ein korrupter Prinzipal hat die notwendige Machtfülle, sich seine eigenen Regeln zu geben, die sein korruptes Handeln legitimieren. Der Missbrauch lässt sich somit nicht an einer justiziablen Regelübertretung festmachen. Vielmehr bedarf der Korruptionsbegriff eines Bezuges zu den Verhaltensweisen, welche die Öffentlichkeit als illegitim oder schädlich erachtet.<sup>16</sup>

Welche Wohlfahrtsverluste ein korrupter Prinzipal verursacht, ist nicht leicht festzustellen. Diese mehr oder weniger allmächtigen Prinzipale haben ein Interesse daran, Wohlfahrtsverluste durch Korruption bei Agenten möglichst gering zu halten, da sie direkt Ressourcen absorbieren, die sonst dem korrupten Prinzipal gehören. Die Regierung

<sup>16</sup> Zu verschiedenen definitorischen Abgrenzungen des Korruptionsbegriffs vgl. Arnold J. Heidenheimer/Michael Johnston (eds.), *Political Corruption: Concepts and Contexts*, New Brunswick/NJ 2002, S. 3–14.

wird versuchen, Korruption wie ein optimales Steuersystem zu organisieren, welches alle Sektoren gleich belastet. Ein starker Prinzipal wird versuchen, Verschwendungen im Rahmen von Korruption in allen Bereichen des Staatsapparates zu vermeiden, um seinen eigenen Nutzen zu maximieren. Bevor er in ineffiziente Projekte investiert, wird er es bevorzugen, die Ressourcen gleich zu unterschlagen, die für ein solches Projekt notwendig wären.

Verzerrungen können verhindert werden, wenn ein besonders starkes und korruptes Regime vorliegt. Ein derartiger Prinzipal wird in der Literatur auch als „Kleptokrat“ bezeichnet. Eine kleptokratische Regierung ist in der Lage, große Bestechungssummen einzutreiben. Die Wohlfahrtskonsequenzen dieser Regierungsform sind unklar. Martin McGuire und Mancur Olson argumentieren, dass ein solcher eigennütziger und durchsetzungsstarker Prinzipal seine Macht wohl im Einklang mit den Interessen der Gesellschaft nutze.<sup>17</sup>

Diese Argumentation kann durch ein Beispiel aus Indonesien gestützt werden: In den 1990er Jahren versuchte ein Enkel des damaligen Präsidenten Haji Mohamed Suharto, einen Gewinn aus einer neuen Biersteuer zu erzielen, welche von seiner privaten Firma eingetrieben werden durfte. Als Folge hiervon ging der Tourismus auf Bali zurück, da der Bierpreis anstieg und in der Versorgung Engpässe auftraten. Dies veranlasste Suharto dazu, die Biersteuer wieder aufzuheben. Die Zeitschrift „The Economist“ vermutete, dass die Reaktion Suhartos damit zu begründen sei, dass andere Verwandte des Familienclans im Hotelgewerbe tätig sind.<sup>18</sup> Dieses Argument illustriert das, was als *encompassing interest* bezeichnet wird: Ein starker Prinzipal mit Engagement in vielen Sektoren wird sich bewusst, dass sich Ineffizienzen in einem Sektor negativ auf andere Sektoren auswirken. Er wird daher versuchen, solche Ineffizienzen zu vermeiden.

<sup>17</sup> Vgl. Martin McGuire/Mancur Olson, *The Economics of Autocracy and Majority Rule. The Invisible Hand and the Use of Force*, in: *Journal of Economic Literature*, 34 (1996), S. 72–96. Herschel Grossman, *Rival Kleptocrats. The Mafia versus the State*, in: Gianluca Fiorentini und Sam Peltzman (Hrsg.), *The Economics of Organized Crime*, Cambridge 1997.

<sup>18</sup> Vgl. Indonesia. When trouble brewed, in: *The Economist*, 10. 2. 1996.

Doch es ist fragwürdig, ob diese Argumentation stichhaltig ist. Selbst besonders mächtige Kleptokraten müssen ihre Macht teilen. Diese geteilte Macht erfordert eine komplizierte Koordination und kann zu neuen, unerwünschten Ineffizienzen führen. Die Kleptokraten müssen zur Machtsicherung eigene Eigentumsrechte an potentielle Rivalen verteilen. Statt dieser Rivalen wären aber eventuell andere Marktteilnehmer besser in der Lage, den größten Ertrag aus einer überlassenen Ressource zu erzielen.<sup>9</sup> Eine florierende Wirtschaft könnte auch eine Gefahr für den Prinzipal darstellen und deshalb von ihm hintertrieben werden, da ansonsten potentielle Rivalen mit Ressourcen ausgestattet würden, welche sie für einen Umsturz einsetzen könnten.<sup>10</sup> Ferner könnten Ineffizienzen auch aus einem kurzen Planungshorizont eines Prinzipals resultieren.<sup>11</sup>

Diese Einschränkungen zeigen, dass das Modell eines allmächtigen Kleptokraten etwas Utopisches hat. Die resultierenden Wohlfahrtsergebnisse bleiben mehrdeutig. Wohlfahrtseinbußen sind hier sowohl der eigennützigen Motivation des Prinzipals als auch seiner fehlenden Allmacht zuzurechnen. Das entscheidende Argument für auftretende Wohlfahrtsverluste resultiert aber aus dem Glaubwürdigkeitsproblem eines starken Kleptokraten. Dieser kann sich nicht überzeugend an eine beschlossene politische Entscheidung binden.<sup>12</sup> Er steht über allen Regeln und kann damit jedes gegebene Versprechen in der Zukunft wieder brechen, sobald dies opportun erscheint. Aber gerade eine solche Bindung an eigene Versprechen ist erforderlich, um Investoren anzulocken. Diese

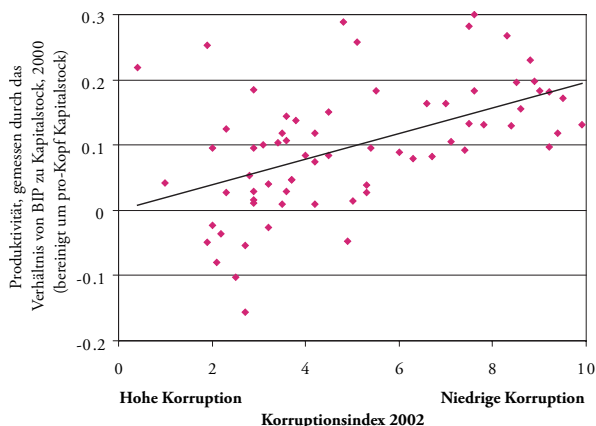
<sup>9</sup> Vgl. Douglas North, *Structure and Change in Economic History*, New York-London 1981.

<sup>10</sup> Vgl. ders., *Institutions and Credible Commitment*, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 151 (1993), S. 11–23.

<sup>11</sup> Vgl. M. McGuire/M. Olson (Anm. 7).

<sup>12</sup> Eine ökonomische Modellierung von Glaubwürdigkeitsproblemen wurde in der Vergangenheit zunehmend auf politische Institutionen und die politische Ökonomie von Diktaturen angewandt. Vgl. Douglas North/Barry Weingast, *Constitutions as Governance Structures. The Political Foundations of Secure Markets*, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 151 (1993), S. 286–311; Roland Wintrobe, *The Political Economy of Dictatorship*, Cambridge 1998; Joseph Stiglitz, *Distinguished Lecture on Economics in Government. The Private Uses of Public Interests. Incentives and Institutions*, in: *The Journal of Economic Perspectives*, 12 (1998) 2, S. 3–22.

Abbildung 1: Korruption und Produktivität



Jeder Punkt = Position eines Landes

Quelle: Eigene Darstellung

sind mit ihrem finanziellen Engagement langfristig von der Situation in einer Volkswirtschaft abhängig. Baut ein Investor beispielsweise ein Kraftwerk in einem Land, so vertraut er damit auch immer auf das lokale Rechtssystem, das in der Zukunft seine Eigentumsrechte schützt und ausgehandelte Verträge zur Strom einspeisung durchsetzt.

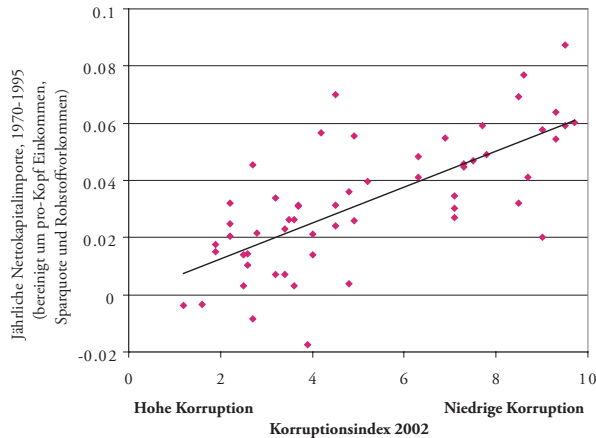
Investoren haben nur beschränkte Möglichkeiten, sich gegen eine organisierte Abschöpfung ihres Investitionsertrags zu wehren. In dieser Situation werden sie die Glaubwürdigkeit politischer Zusagen bezüglich des Schutzes ihres Eigentums bewerten. Die Zusagen eines Politikers werden nur dadurch glaubwürdig, dass dieser zu ihrer Einhaltung motiviert oder gezwungen ist.<sup>13</sup> Ein korrupter Politiker widmet sich primär seiner eigenen Bereicherung und wird auch entgegen früherer Zusagen eine profitable Gelegenheit nicht verstreichen lassen.<sup>14</sup> Ein starker Prinzipal hat die Rechtsschaffung und -auslegung in seiner Hand und kann deshalb nicht dazu gezwungen werden, seine früheren Zusagen einzuhalten. Er wird unglaubwürdig. Das Problem fehlender Glaubwürdigkeit kann gemildert werden, wenn Diktaturen relativ stabil sind und sich der Kleptokrat darum bemüht, eine Reputation der Verlässlichkeit aufzubauen.<sup>15</sup> Aber da die meisten Investitio-

<sup>13</sup> Vgl. D. North (Anm. 9).

<sup>14</sup> Vgl. Susan Rose-Ackerman, *Corruption and Government. Causes, Consequences and Reform*, Cambridge 1999.

<sup>15</sup> Vgl. Herschel Grossman und Suk-Jae Noh, *Proprietary public finance and economic welfare*, in:

Abbildung 2: Korruption und Kapitalzuflüsse



Jeder Punkt = Position eines Landes

Quelle: Eigene Darstellung

nen langfristiger Natur sind und Regierungsperioden in ihrer Länge teilweise schwer vorhersehbar sind, ist dieser Effekt kaum stark genug, um Investoren anzulocken. Somit entstehen hohe Wohlfahrtseinbußen als Folge von *grand corruption*.

## Korruption senkt Produktivität

Die Resultate des Prinzipal-Agenten-Modells lassen erkennen, dass Korruption einen negativen Einfluss auf die Produktivität haben kann. Eine eigene empirische Untersuchung zum Einfluss der wahrgenommenen Korruption auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität ergänzt die theoretische Analyse. Makroökonomisch entspricht die Kapitalproduktivität dem Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dem gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock. Dieser lässt sich durch die abgeschriebenen und zusammengefassten Investitionen der Vergangenheit bestimmen. Um den Zusammenhang zwischen Korruption und Produktivität zu messen, wurde eine Regressionsanalyse unternommen, deren Ergebnisse in der *Abbildung 1* dargestellt sind.

Die Analyse zeigt: Fehlende Korruption wirkt positiv auf das Verhältnis von BIP zum Kapitalstock, erhöht also die Produktivität.

Journal of Public Economics, 53 (1994) 2, S. 187–204; Joshua Charap/Christina Harm, Institutionalized Corruption and the Kleptocratic State, in: Claude Ménard (ed.), Institutions, Contracts and Organization. Perspectives from New Institutional Economics, Cheltenham 2000.

Dies wird durch die positive Steigung der Regressionsgeraden veranschaulicht. Die Gerade zeigt, dass sich die Produktivität eines Landes um etwa zwei Prozent erhöht, wenn sich die Korruptionslage in einem Land um einen Punkt der CPI-Skala verbessert. Da der Kapitalstock etwa doppelt so hoch ist wie das BIP, resultiert hiermit ein Anstieg des BIP um vier Prozent. Anders ausgedrückt: Würde die Korruption in Deutschland auf das Niveau von Dänemark sinken, also der CPI um ca. 1,5 ansteigen, so würde das Einkommen der Deutschen durchschnittlich um sechs Prozent steigen.

Diese Analyse ist robust. Weitere durchgeführte Untersuchungen mit zusätzlichen erklärenden Variablen wie Humankapital, Rohstoffexporten oder dem Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft (Summe aus Importen und Exporten im Verhältnis zum BIP) ergaben keine wesentliche Änderung für den grundsätzlich positiven Einfluss des CPIs als Indikator für das Korruptionsniveau. Der positive Einfluss der Abwesenheit von Korruption auf die Produktivität bleibt signifikant.

## Korruption und Nettokapitalimporte

In der theoretischen Analyse wurde aufgezeigt, dass Investoren korruptionsfreie Länder bevorzugen, da es korrupten Regimen an Glaubwürdigkeit mangelt. Im Folgenden wird nun der empirische Nachweis eines negativen Zusammenhangs zwischen dem Korruptionsniveau und den Nettokapitalimporten eines Landes überprüft.

Die Nettokapitalimporte eines Landes stimmen weitgehend mit dem Saldo der Leistungsbilanz überein. Länder, die ein Defizit in der Leistungsbilanz ausweisen, sind dementsprechend Nettokapitalimporteure; Länder mit einem Überschuss in der Leistungsbilanz sind Nettokapitalexporteure. Solche Nettokapitalexporte sind von vielen Einflussgrößen abhängig, die nicht vernachlässigt werden dürfen. So zeigt sich, dass reiche Länder Kapital in ärmere Länder exportieren. Zudem wird Kapital von Ländern mit einer hohen Sparquote exportiert und fließt in Länder mit einem hohen Bevölkerungswachstum. Solche Einflussgrößen werden im Rahmen von neoklassischen Wachstumsmodellen prognostiziert und sind empirisch zumeist ro-

bust.<sup>16</sup> Rohstoffexporte wirken zudem negativ auf die Kapitalimporte. Das liegt wohl an der Tatsache, dass rohstoffexportierende Länder selbst ausreichend mit Kapital ausgestattet sind.

Das Ergebnis einer weiteren Regressionsanalyse ist in *Abbildung 2* dargestellt. Diese zeigt die resultierende Regressionsgerade und die zugrunde liegenden Beobachtungen, welche den Einfluss des Korruptionsniveaus auf die Nettokapitalimporte fokussieren. Die Regressionsgerade hat eine positive Steigung. Eine Verbesserung im Korruptionsindex um einen Punkt führt zu einem Anstieg der Nettokapitalimporte in Höhe von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Würde Deutschland sich im CPI auf das Niveau von Dänemark verbessern (um 1,5 Indexpunkte), so würden die Nettokapitalimporte um 0,75 Prozent des BIP steigen, also fast um 20 Milliarden Euro. Eine Summe, mit der zahlreiche hochkarätige Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Im Rahmen zusätzlicher Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass Variablen wie Stabilität der Regierung und Stabilität des bürokratischen Systems sowie zivile Freiheiten keinen signifikanten Einfluss auf Nettokapitalimporte haben, während die Variable Recht und Ordnung mit einem positiven und signifikanten Einfluss auf Nettokapitalimporte wirkt. Wird diese Variable berücksichtigt, so verringert sich der Einfluss von Korruption auf die Nettokapitalimporte. Das Ergebnis impliziert, dass der Einfluss der Korruption auf die Nettokapitalimporte teilweise darauf zurückzuführen ist, dass Korruption mit dem Fehlen einer rechtsstaatlichen Tradition einhergeht. Dies ist im Einklang mit der vorher etablierten Theorie: Die Korruption eines starken Kleptokraten beinhaltet das Fehlen einer unabhängigen und starken Justiz und eines geordneten Machtwechsels. Aufgrund der hierdurch fehlenden Glaubwürdigkeit von Eigentumsrechten werden Investoren abgeschreckt.

Korruption ist ein Wachstumshemmnis. Die landläufige Meinung, dass Korruption der Beseitigung von Investitionshemmnissen dient, lässt sich nicht bestätigen. Dazu wurden im Rahmen einer modelltheoretischen Analyse zwei stilisierte Korruptionsmodelle mit einem korrupten Agenten und einem korrupten Prinzipal vorgestellt. Diese Modelle führten zu Hypothesen der jeweils resultierenden Wohlfahrtseffekte. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass Nettokapitalimporte insbesondere deswegen negativ von Korruption beeinflusst werden, weil Korruption mit dem Fehlen einer rechtsstaatlichen Tradition einhergeht. Korruption unterminiert eine solche Tradition dadurch, dass Gerichtsurteile käuflich sind und Regierungen nicht durch klare Gesetze beschränkt werden. Dies ist eine Form der Korruption, von der primär der Prinzipal betroffen ist.

Des Weiteren wurde empirisch aufgezeigt, dass Korruption mit einer geringeren Produktivität einhergeht. Wie anhand des Prinzipal-Agenten-Modells gezeigt wurde, ergibt sich dieser Einfluss insbesondere bei administrativer Korruption. Reformen sollten sich daran orientieren, ob Länder primär ihre Produktivität erhöhen oder ausländisches Kapital anlocken wollen. Reformen des öffentlichen Sektors bieten sich an, wenn die Produktivität erhöht werden soll. Um verstärkt Kapital aus dem Ausland anzulocken, sollte hingegen der Fokus auf den Aufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung gelegt werden.

<sup>16</sup> Humankapital, z. B. gemessen durch den Besuch weiterführender Schulen (*secondary school enrollment*), war insignifikant. Auch der Offenheitsgrad einer Wirtschaft (Verhältnis von Exporten und Importen zum Inlandsprodukt) stellte sich als insignifikant heraus. Auf diese Ergebnisse wird hier nicht eingegangen.



# Der korrupte Akteur

Weltweit wird Korruption als gravierendes Problem wahrgenommen, das längst nicht mehr nur Politik und öffentliche Verwaltung betrifft, sondern auch den privaten Sektor. Gerade im internationalen Geschäftsverkehr spielt Korruption eine große Rolle. In Deutschland ist Korruption derzeit so aktuell wie nie. So gingen in den vergangenen Monaten zahlreiche spektakuläre Korruptionsfälle durch die Presse. Es fanden sich

Schlagzeilen wie „Willkommen in der Bakschischrepublik“, „Korruption – Bei neun von zehn Unternehmen werden Sie fündig“ und „Selbstbedienung in DAX-Konzernen – Korruption ist Chefsache“.

**Tanja Rabl**

Dr. rer. pol., geb. 1980; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Personalwesen und Führungslehre an der Universität Bayreuth, Universitätsstraße 30, 95440 Bayreuth. [tanja.rabl@uni-bayreuth.de](mailto:tanja.rabl@uni-bayreuth.de)

Doch was wird eigentlich allgemein unter Korruption verstanden? Den Begriff knapp und prägnant zu fassen fällt schwer. Ein einheitliches Verständnis existiert nicht. In den Wissenschaftsdisziplinen, die sich mit dem Phänomen der Korruption beschäftigen (z. B. Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft, Soziologie, Kriminologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftsethik), hat sich eine Vielzahl von Definitionen herausgebildet. Bringt man diese auf einen Nenner, so lässt sich Korruption wie folgt definieren:

Korruption ist von der Norm abweichendes Verhalten, das sich im Missbrauch einer Funktion in Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft zugunsten einer anderen Person oder Institution äußert. Dieser Funktionsmissbrauch erfolgt auf Initiative eines anderen oder aus Eigeninitiative, um einen Vorteil für sich oder einen Dritten zu erlangen. Als Ergebnis wird ein Schaden oder Nachteil für Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft erwartet oder tritt tatsächlich ein. Die korrupten Handlungen werden einvernehmlich geheim gehalten.<sup>1</sup>

Die Korruptionsforschung konzentrierte sich bisher überwiegend auf die politische und öffentliche Korruption, während private Korruption, also Korruption in und zwischen Unternehmen, vernachlässigt wurde. Mein Fokus liegt daher auf Korruption in der Privatwirtschaft, wo Bestechungsleistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen nachgefragt und angeboten werden.<sup>2</sup>

Die bisherige Korruptionsforschung liefert vielfältige Ansätze zur Konzeptualisierung und Erklärung des Phänomens und untersucht Ursachen und Konsequenzen. Allerdings nimmt sie nur selten den korrupten Akteur in den Blick. Betrachtet man bei aufgedeckten Korruptionsfällen, wer eigentlich korumpiert hat beziehungsweise wer korumpiert worden ist, so stellt sich insbesondere die Frage nach dem „Warum“. Was bewegt Entscheidungsträger in Unternehmen dazu, korrupt zu handeln? Was bringt sie dazu, ein Korruptionsangebot anzunehmen (passive Korruption) beziehungsweise ein Korruptionsangebot zu unterbreiten (aktive Korruption)? Der vorliegende Beitrag versucht, ausgehend von der bisherigen Forschung und auf der Grundlage einer in Deutschland unternommenen empirischen Studie,<sup>3</sup> Antworten auf diese Fragen zu geben.

## Die bisherige Forschung

Längst ist es nicht mehr nur eine provozierende These, sondern Ergebnis zahlreicher empirischer Untersuchungen: Männer handeln eher korrupt als Frauen.<sup>4</sup> Dies ist nicht

<sup>1</sup> Vgl. Tanja Rabl/Torsten M. Kühlmann, Understanding corruption in organizations – Development and empirical assessment of an action model, in: Journal of Business Ethics, 82 (2008) 2, S. 477–495; Werner Vahlenkamp/Ina Knauß, Korruption – Hinnehmen oder handeln?, Wiesbaden 1995.

<sup>2</sup> Vgl. Christian Brünner, Zur Analyse individueller und sozialer Bedingungen von Korruption, in: ders. (Hrsg.), Korruption und Kontrolle, Wien 1981.

<sup>3</sup> Vgl. Tanja Rabl, Private corruption and its actors – Insights into the subjective decision making processes, Lengerich 2008, zugl. Diss., Universität Bayreuth 2008. Die zugrunde liegende empirische Studie wurde finanziell unterstützt von der Stiftung „Wertevolle Zukunft“, der Business Keeper AG, der Telekom AG und der ABB AG.

<sup>4</sup> Dies zeigt sich in kriminologischen Studien mit überführten korrupten Akteuren. Die Ergebnisse experimenteller Studien mit standardisierten Lebens-

verwunderlich, da Männer nach wie vor in Managementpositionen überrepräsentiert sind. Die Täter sind auch keineswegs Betrügerpersönlichkeiten, im Gegenteil: Der typische Täter ist nicht vorbestraft und zeigt keine abweichenden Wertvorstellungen. Vielmehr handelt es sich um gesellschaftliche Aufsteiger und erfahrene Leistungsträger, die eine Vielzahl von Aus- und Fortbildungen absolviert haben. Gerade weil sie sich durch hohe Fachkompetenz auszeichnen, wird ihnen viel Vertrauen entgegengebracht. Sie sind ehrgeizig und karriereorientiert und verfügen über Macht- und Entscheidungsbefugnis in ihrer beruflichen Position. Statusbewusst führen sie im Vergleich zur Bezugsgruppe einen hohen Lebensstandard. Die an Korruption Beteiligten zeigen ausgeprägte Rechtfertigungs- und Neutralisierungstendenzen. Sie leugnen die persönliche Verantwortung, den unmoralischen Charakter ihres Handelns wie auch den entstandenen Schaden.<sup>15</sup> Diese Ergebnisse decken sich mit Eigenschaften, die für Wirtschaftskriminelle identifiziert wurden.<sup>16</sup> Korrupte Akteure ähneln dabei stark „normalen“ erfolgreichen Managern,<sup>17</sup> weisen sie doch Eigenschaften auf, die offensichtlich sowohl für legale als auch für illegale Geschäfte hilfreich sind.<sup>18</sup> Forschungsergebnisse zu den Persönlichkeitseigenschaften von korrupten Akteuren zeigen Zusammenhänge

- mit einer externalen Kontrollüberzeugung,<sup>19</sup> nach welcher die Konsequenzen des eigenen Verhaltens anderen Personen

oder äußeren Umständen zugeschrieben werden,

- mit Machiavellianismus (der Neigung, andere um des eigenen Vorteils willen zu täuschen oder zu manipulieren),<sup>10</sup>
- mit einer hohen Risikobereitschaft<sup>11</sup> sowie
- mit pathologischem Narzissmus.<sup>12</sup>

Ihr Motiv ist nur in seltenen Fällen eine finanzielle Notlage. Neben beruflichem Ehrgeiz, der puren Lust an der Machtausübung, der Überforderung am Arbeitsplatz oder auch der Enttäuschung über verpasste Karrierechancen ist es vor allem die Aussicht auf risikolose Bereicherung, welche die Korrupten zu ihrem kriminellen Tun antreibt.<sup>13</sup> Die Täter wollen ihren Eigennutz maximieren und stellen Kosten-Nutzen-Überlegungen an. Voraussetzung für das Zustandekommen einer korrupten Transaktion ist, dass die daraus resultierenden erwarteten Erträge sowohl für den Korruptierenden als auch für den Korruptierten die von ihnen erwarteten Kosten übersteigen. Der Anreiz, einen korrupten Vertrag einzugehen, steigt, wenn der Wert der Leistung steigt, das Aufdeckungs- und Ahndungsrisiko, das Strafmaß und die Transaktionskosten der Korruption aber sinken. Durch die geringe Wahrscheinlichkeit, entdeckt und damit auch bestraft zu werden, werden die Kosten im Vergleich zu dem Nutzen, der aus der Korruption für den Einzelnen oder dessen Unternehmen gezogen werden kann, als gering eingeschätzt.<sup>14</sup>

und Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer zeigen überwiegend keine Geschlechterunterschiede.

<sup>15</sup> Vgl. z. B. Britta Bannenberg, Korruption in Deutschland und ihre strafrechtliche Kontrolle, Neuwied 2002.

<sup>16</sup> Vgl. z. B. James W. Coleman, The criminal elite. Understanding white-collar crime, New York 1998.

<sup>17</sup> Vgl. Kai Bussmann, Kriminalprävention durch Business Ethics: Ursachen von Wirtschaftskriminalität und die besondere Bedeutung von Werten, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, 5 (2004) 1, S. 35–50.

<sup>18</sup> Vgl. Michael R. Gottfredson/Travis Hirschi, A general theory of crime, Stanford/CA 1990.

<sup>19</sup> Vgl. z. B. John Cherry/John Fraedrich, An empirical investigation of locus of control and the structure of moral reasoning: Examining the ethical decision-making processes of sales managers, in: The Journal of Personal Selling & Sales Management, 20 (2000) 3, S. 173–188.

<sup>10</sup> Vgl. z. B. W. Harvey Hegarty/Henry P. Sims, Some determinants of unethical decision behavior: An experiment, in: Journal of Applied Psychology, 63 (1978) 4, S. 451–457.

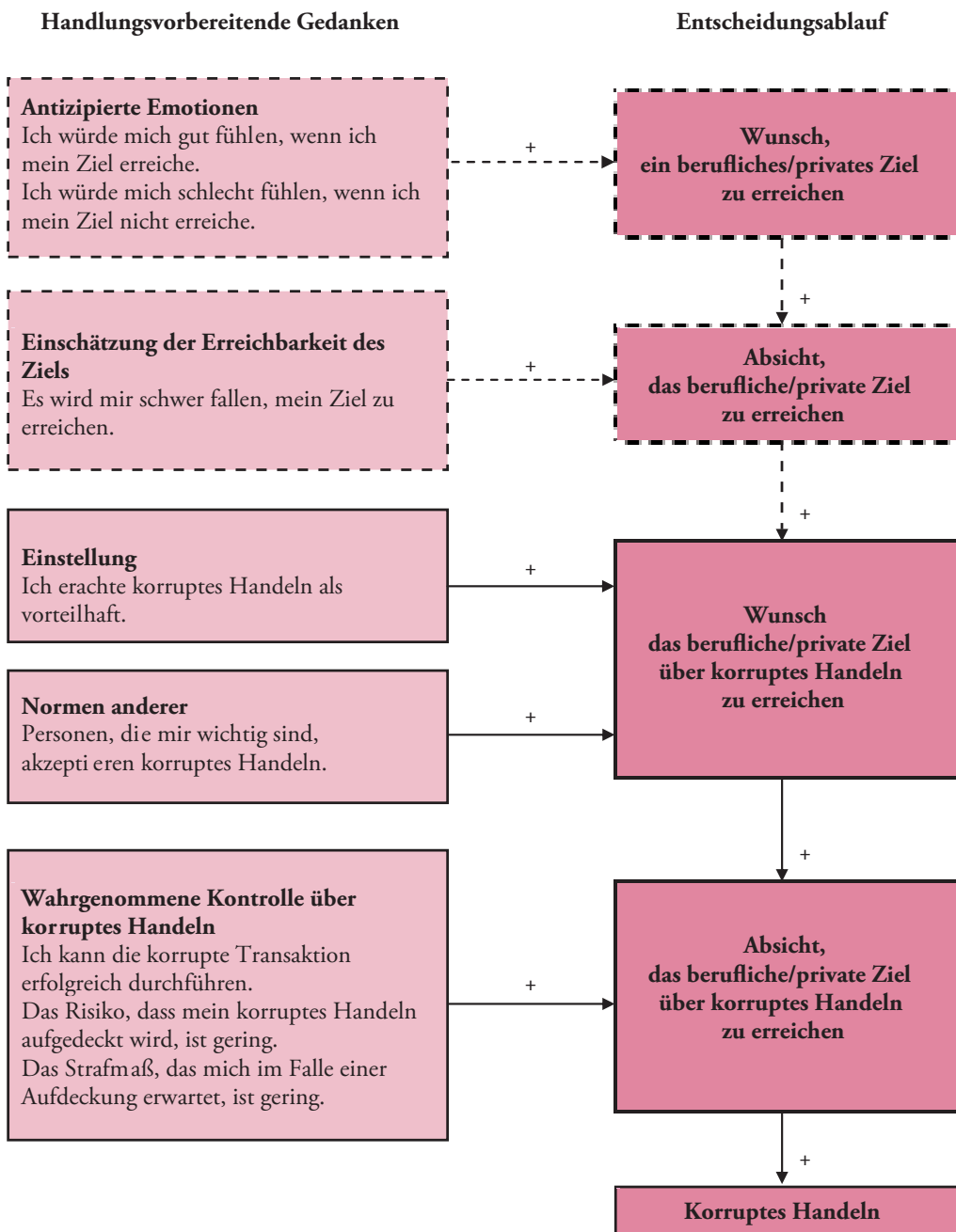
<sup>11</sup> Vgl. z. B. Andreas O. Vogt, Korruption im Wirtschaftsleben. Eine betriebswirtschaftliche Schaden-Nutzen-Analyse, Wiesbaden 1997.

<sup>12</sup> Vgl. David P. Levine, The corrupt organization, in: Human Relations, 5 (2005) 6, S. 723–740.

<sup>13</sup> Vgl. Britta Bannenberg/Wolfgang J. Schaubenstein, Korruption in Deutschland, München 2004.

<sup>14</sup> Vgl. Silvio Borner/Christophe Schwyzer, Bekämpfung der Bestechung im Lichte der Neuen Politischen Ökonomie, in: Mark Pieth/Peter Eigen (Hrsg.), Korruption im internationalen Geschäftsverkehr. Bestandsaufnahme, Bekämpfung, Prävention, Neuwied 1999; Rajeev K. Goel/Daniel P. Rich, On the economic incentives for taking bribes, in: Public Choice, 61 (1989) 3, S. 269–275.

Abbildung: Kalküle im Entscheidungsablauf korrupt handelnder Akteure



+ = positive Beziehung: „je stärker – desto stärker“

Zu beachten ist: Gestrichelte Komponenten und Beziehungen erwiesen sich im finalen Modell als nicht relevant!

Quelle: Eigene Darstellung

## Entscheidungsprozesse

Auch wenn einige Daten zu Persönlichkeitscharakteristika und Motiven von korrupten Akteuren existieren, wurde bislang das Zusammenspiel verschiedener Verhaltenskomponenten, das letztlich zu korruptem Handeln führt, kaum untersucht. Die von mir unternommene Studie<sup>15</sup> zielte daher darauf ab, die personbezogenen Komponenten korrupten Handelns in Interaktion mit einem spezifischen situationalen Kontext, nämlich der Privatwirtschaft, zu untersuchen. In erster Linie sollte dabei herausgefunden werden, welche motivationalen, volitionalen (willentlichen), emotionalen und kognitiven Komponenten eine Rolle spielen und wie ihr Zusammenspiel letztlich zu korruptem Handeln führt.

Um das Entscheidungskalkül korrupter Akteure abzubilden, entwickelte ich ein Modell korrupten Handelns (*Abbildung*), das im Rahmen einer experimentellen Simulation mit Hilfe eines Unternehmensplanspiels anhand einer Studentenstichprobe empirisch überprüft wurde. Dieses Modell bezieht sich auf die Erstinitiierung einer Korruptionsbeziehung zwischen zwei Einzelakteuren.

Nach der Datenanalyse ergab sich ein reduziertes Modell korrupten Handelns (*Abbildung*, nichtgestrichelter Teil). Ausgangspunkt im finalen Modell ist der Wunsch, für die Erreichung eines beruflichen oder privaten Ziels korrupt zu handeln. Dieser Wunsch ist umso stärker, je positiver die Einstellung des Akteurs zu Korruption ist und je mehr andere wichtige Personen im Umfeld des Akteurs Korruption akzeptieren. Mit dem willentlichen Entschluss, korrupt zu handeln, wird der Wunsch zu einer Intention. Diese ist umso stärker, je stärker nicht nur der Wunsch zu korruptem Handeln ist, sondern auch je mehr Kontrolle der Akteur glaubt, über sein korruptes Handeln zu haben. Diese wahrgenommene Kontrolle über eigenes Verhalten ist umso höher, je geringer zum Beispiel das Aufdeckungsrisiko, das Strafmaß und die Kosten sind, die vor, während und nach der Korruptionsbeziehung entstehen. Dabei kann es sich um Kosten handeln, um zum Beispiel einen korruptions-

willigen Partner zu finden, um den korrupten Austausch sicher zu stellen oder auch um die Korruptionsbeziehung geheim zu halten. Je stärker die Intention, korrupt zu handeln, umso wahrscheinlicher wird korruptes Handeln auch tatsächlich erfolgen.

Die Ergebnisse zeigen, dass alle Komponenten des theoretischen Ausgangsmodells, welche die Erreichung eines bestimmten privaten oder beruflichen Ziels betreffen (positive und negative antizipierte Emotionen, Schwierigkeit der Zielerreichung, der Wunsch und die Absicht, ein bestimmtes privates oder berufliches Ziel zu erreichen), keine Prognose über korruptes Handeln zulassen. Doch warum? Eine Erkenntnis aus der Einstellungs-Verhaltens-Forschung ist, dass allgemein formulierte private und berufliche Ziele zur Vorhersage spezifischen Verhaltens, wie es korruptes Handeln darstellt, nicht geeignet sind. Des Weiteren scheint Korruption nicht in einen übergeordneten Handlungsplan eingeordnet zu sein. Vielmehr erfolgt eine individuelle Entscheidung erst, wenn sich die Gelegenheit zu Korruption ergibt. Da diese bei vergleichbarer Ausgangssituation der Probanden unterschiedlich ausfällt, zeigt dies die Bedeutung personbezogener Komponenten für die Vorhersage korrupten Handelns. Kognitive Komponenten – die Einstellung zu Korruption, die Normen anderer bezüglich Korruption, die wahrgenommene Kontrolle über eigenes korruptes Verhalten – spielen daher den Ergebnissen zufolge bei der Vorhersage korrupten Handelns eine sehr wichtige Rolle. Auch die Unterscheidung zwischen Wunsch und Wille erweist sich als relevant. Somit führt das Zusammenspiel motivationaler, volitionaler und kognitiver – nicht aber emotionaler – Komponenten innerhalb eines situativen Kontexts bei entsprechender Gelegenheit zu korruptem Handeln. „*The person matters!*“ – so ließe sich die Quintessenz der Ergebnisse zusammenfassen.

## Rationalisierungsstrategien

Wie bereits oben erwähnt, weisen korrupte Akteure starke Rechtfertigungs- und Neutralisierungstendenzen auf. Die Forschungsliteratur schreibt diesen Rationalisierungsstrategien eine bedeutende Rolle bei der Normalisierung von Korruption in Unter-

<sup>15</sup> Vgl. T. Rabl (Anm. 3); Dies./T. M. Kühlmann (Anm. 1).

Tabelle: Rationalisierungsstrategien

Rationalisierungsstrategie	Typische Aussagen (Items)
Legalität	„Aber es steht doch nirgends geschrieben, dass ich das nicht darf.“
Leugnung der Verantwortung	„Es war die einzige Möglichkeit, unseren Gewinn zu steigern.“  „Das macht doch jeder so!“
Leugnung des Schadens	„Das hat doch niemandem geschadet. Es hatten doch alle etwas davon.“  „Es ging doch nur um verhältnismäßig kleine Beträge.“
Leugnung der Opfer	„Sie meinen wegen der Konkurrenz? Die können ruhig auch mal den Kürzeren ziehen.“  „Warum denn? Weil die Mitbewerber leer ausgehen? Tja, so ist das Geschäft!“
Soziale Gewichtung	„Andere machen da noch ganz andere Sachen, um an Aufträge zu kommen.“
Appell an höhere Ziele	„Ich habe nur alles getan, um die Auftragslage und den Gewinn unseres Unternehmens zu steigern.“  „Ich habe nur versucht, die gute Geschäftsbeziehung zu einem guten Kunden zu erhalten.“
Metapher des Kontos	„Wieso soll ich die guten Beziehungen, die ich über Jahre hinweg aufgebaut habe, nicht auch nutzen?“
Refokussierung der Aufmerksamkeit	„Immerhin habe ich den Auftrag für unser Unternehmen an Land gezogen.“

Quelle: Eigene Darstellung

nehmen zu.<sup>16</sup> Sobald sie korrupt gehandelt haben, nutzen die Akteure diese Strategien, um sich selbst als moralische und ethische Individuen zu sehen, um sich von ihrem schlechten Gewissen zu befreien und sich ein positives Selbstbild zu bewahren.<sup>17</sup> Korrupte Akteure lösen sich dabei nicht von den gesellschaftlichen Werten, sie konstruieren Situationen nur anders. Sie lehnen konventionelle Normen nicht ab und sind auch nicht der Ansicht, dass die Normen, die sie verletzen, ersetzt werden sollen. Sie behaupten aber, dass diese Normen unter bestimmten Umständen nicht zutreffen.<sup>18</sup> Rationalisierungsstrategien weisen negative Interpretationen korrupter Handlungen zurück und neutralisieren das potenzielle Stigma von Korruption. Die meisten dieser Techniken sind kulturell gelernt und werden sozial verstärkt. Der Unternehmenskultur kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Würde eine bestimmte Technik erfolgreich eingesetzt, führt dies zum erneuten Einsatz in vergleichbaren Situationen.<sup>19</sup> So können Rationalisierungsstrategien zur Ausbreitung von Korruption in und zwischen Unternehmen beitragen. Es werden dabei acht verschiedene Rechtfertigungen unterschieden,<sup>20</sup> die auch in der von mir durchgeführten Studie überprüft wurden (Tabelle).<sup>21</sup>

Im Planspiel meiner Studie rechtfertigen korrupte Akteure ihr Verhalten am häufigsten, indem sie die Metapher des Kontos nutzen. Sie fühlen sich berechtigt, korrupt zu handeln, weil sie meinen, durch die im Job erbrachten Anstrengungen ein „Guthaben“ angesammelt zu haben, von dem sie nun zehren könnten. Sehr häufig ist auch der Appell an höhere Ziele. Hier argumentieren die Akteure, dass ihr korruptes Handeln nötig war, um ein höheres Ziel (z. B. Unternehmensziel) zu

<sup>16</sup> Vgl. Blake E. Ashforth/Vikas Anand, The normalization of corruption in organizations, in: Research in Organizational Behavior, 25 (2003), S. 1–25.

<sup>17</sup> Vgl. Vikas Anand/Blake E. Ashforth/Mahendra Joshi, Business as usual: The acceptance and perception of corruption in organizations, in: The Academy of Management Executive, 19 (2005) 4, S. 9–23.

<sup>18</sup> Vgl. Gresham M. Sykes/David Matza, Techniques of neutralization: At theory of delinquency, in: American Sociological Review, 22 (1957) 6, S. 664–670.

<sup>19</sup> Vgl. Scott J. Vitell/Stephen J. Grove, Marketing ethics and the techniques of neutralization, in: Journal of Business Ethics, 6 (1987) 6, S. 433–438.

<sup>20</sup> Vgl. B. E. Ashforth/V. Anand (Anm. 16).

<sup>21</sup> Vgl. T. Rabl (Anm. 3).

erreichen. Beide Strategien spiegeln den Bezug zur Organisation und zur Arbeit des Individuums wider. Während sich die Metapher des Kontos auf die bislang im Job erbrachten Verdienste bezieht, konzentriert sich der Appell an höhere Ziele auf die Unternehmensziele, die erreicht werden sollen. Die Leugnung der Verantwortung, der Schädigung und der Opfer spielen eine untergeordnete Rolle. Dies zeigt, dass Rationalisierungsstrategien nicht primär auf eine Leugnung der negativen Implikationen korrupten Handelns abzielen, sondern vielmehr die „positive“ Absicht hervorheben, die hinter dem korrupten Handeln steht.

## Handlungsempfehlungen

Das empirisch validierte Modell korrupten Handelns bietet Unternehmen Anhaltspunkte, geeignete Maßnahmen für die Prävention und Bekämpfung von Korruption zu entwickeln. Da der Fokus des Modells auf den psychologischen Faktoren liegt, können vor allem Handlungsempfehlungen für das Personalmanagement<sup>22</sup> abgeleitet werden. Nichtsdestotrotz müssen diese vorsichtig ausgesprochen werden, da das experimentelle Design mit einer Studentenstichprobe nur eine eingeschränkte Übertragung der Ergebnisse auf Managementpositionen in Unternehmen zulässt.

Drei Faktoren konnten als wesentliche Einflussgrößen im Entscheidungsprozess korrupter Akteure identifiziert werden: die Einstellung des Individuums zu Korruption, die Normen anderer bezüglich Korruption und die wahrgenommene Kontrolle über eigenes korruptes Handeln.

Um korruptionsaverse Normen zu schaffen, sollte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf verschiedene Art und Weise gezeigt werden, dass Korruption im Unternehmen keinesfalls toleriert wird und die Integrität aller absolut gefordert ist. Anzustreben ist ein ethisches Unternehmensklima und eine strikte Ablehnung von Korruption, selbst dann, wenn korruptes Handeln vordergründig dem Unternehmen zu nützen scheint. Es muss klar gemacht werden, dass ethische Werte höher stehen als kurzfristige wirtschaftliche Ziele, da Korruption dem Un-

ternehmen langfristig schadet. Das Ziel rechtfertigt nicht die (illegalen und unethischen) Mittel. Eine Möglichkeit, Korruption institutionell zu verurteilen, ist die Einführung eines Ethik-Kodexes durch das Top-Management. Des Weiteren kommt diesem die Aufgabe als Rollenvorbild zu. Es sollte der Korruptionsbekämpfung höchste Priorität einräumen und unmissverständlich kommunizieren, dass alle Gesetze einzuhalten sind. Selbstverpflichtungen des Managements gegen Korruption, die in Mitarbeiterbriefen, Newslettern oder Aushängen innerhalb des Unternehmens kommuniziert werden, können diese Bemühungen unterstützen.

Selbstverständlich müssen alle Unternehmensmitglieder in die Schaffung einer korruptionsaversen Unternehmenskultur integriert sein. Eine Beschränkung auf das höhere Management ist zu kurz gegriffen. Ethik- oder Antikorruptionskomitees, die sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Unternehmensbereiche und Hierarchien zusammensetzen und deren Mitgliedschaft rotiert, können dabei helfen. Solche Komitees diskutieren ethische Dilemmata, besonders solche, die mit Korruption zu tun haben. Zusätzlich unterstützen sie die Realisierung der Antikorruptionsmaßnahmen. Ein positives Signal, das ebenfalls zu korruptionsaversen Normen im Unternehmen beitragen kann, ist die Kooperation mit anderen Unternehmen, der Regierung, Arbeitnehmerverbänden und Nichtregierungsorganisationen im Kampf gegen Korruption.

Die Einstellung zu Korruption ist eine wichtige Determinante des Wunsches, korrupt zu handeln. Wie können Unternehmen einerseits eine korruptionsaverse Einstellung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellen und andererseits Maßnahmen ergreifen, um die Einstellung der Belegschaft zu verändern? Eine Möglichkeit besteht darin, bereits bei der Auswahl neuer Mitarbeiter deren Einstellung zu Korruption zu überprüfen. Dabei sollte nicht nur auf allgemeine Integritätstests zurückgegriffen werden, sondern es sollten auch spezifische korruptionsrelevante Fragen zum Einsatz kommen. Des Weiteren können Unternehmen ihren Ethik-Kodex in das Recruiting-Material mit aufnehmen und in den Auswahlinterviews direkt ansprechen. Dies ermöglicht den Bewerberinnen und Bewerbern den Selbstab-

<sup>22</sup> Vgl. ebd.; T. Rabl/T. M. Kühlmann (Anm. 1).

gleich ihrer persönlichen Einstellung mit der des Unternehmens. Außerdem können Unternehmen die Bewerberinnen und Bewerber auffordern, sich durch die Unterzeichnung eines obligatorischen Statements zur Antikorruptionspolitik des zukünftigen Arbeitgebers zu bekennen.

Weitere Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, die auf bereits eingestelltes Personal abzielen, stellen Trainings und Workshops dar. Auch hier ist wieder Spezifität gefordert. Allgemeine Ethik-Trainings reichen nicht aus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen für das Korruptionsproblem sensibilisiert werden, sodass sie verstehen, was Korruption ist, warum sie abzulehnen ist und welche Konsequenzen sie hat. Die Auseinandersetzung mit gängigen Rationalisierungsstrategien sollte Teil eines Antikorruptionstrainings sein. Eine andere Möglichkeit, Einstellungen zu ändern, ist der Einsatz von Prämien und Sanktionen. Ethisches Verhalten ist zu belohnen und korruptes Verhalten zu bestrafen. So könnten zum Beispiel Leistungsbeurteilungen und die damit verbundenen Belohnungen an ethisches Verhalten geknüpft sein.

Die hier vorgestellte Studie zeigt weiterhin, dass die Absicht, korrupt zu handeln, umso stärker ist, je höher die wahrgenommene Kontrolle über das eigene Verhalten ist. Daher ist es wichtig, effektive Kontrollmechanismen zu etablieren, die das Risiko für korrupte Akteure maximieren. Dies kann auf unterschiedliche Art und Weise realisiert werden. Die Arbeitsgestaltung bietet eine Reihe von Möglichkeiten, um größtmögliche Transparenz und eine hohe Entdeckungswahrscheinlichkeit zu erzielen: klar definierte Verantwortlichkeiten, Funktionstrennung, ein Mehr-Augen-Prinzip in wichtigen Entscheidungen, Personalrotation sowie ein effektives Dokumentationssystem. Dies kann ergänzt werden um institutionelle Kontroll- und Unterstützungswerkzeuge, die helfen, Korruption am Arbeitsplatz zu entdecken: der Einsatz eines Antikorruptionsbeauftragten oder Ombudsmannes, die Implementierung von inter-

nen Audits oder Revisionen, die Einführung eines effektiven *whistleblowing*-Systems,<sup>123</sup> sowie die Realisierung regelmäßiger Leistungsbeurteilungen und Mitarbeitergespräche. Letztere können helfen, korrupte Tendenzen zu erkennen und das Vertrauen der Mitarbeiter aufzubauen, ihrem Vorgesetzten korrupte Angebote anzuzeigen.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen, welche die Aufdeckungswahrscheinlichkeit erhöhen können, sollten Unternehmen ganz klar die Sanktionen kommunizieren, die im Falle der Aufdeckung drohen. So ist das Bewusstsein der Mitarbeiter für das Risiko bei korrupten Handlungen zu schärfen. Es reicht nicht aus, nur hohe Strafen zu verhängen. Sämtliche Konsequenzen korrupten Handelns für das Individuum müssen klar hervorgehoben werden. Dies kann in Reden, Leitlinien, Newslettern, Antikorruptionskampagnen oder Trainings und Seminaren passieren.

## Fazit

Die hier referierte Untersuchung liefert Einblicke in das subjektive Entscheidungskalkül korrupter Akteure. Nichtsdestotrotz zeigt dieser Beitrag aber auch auf, wie defizitär die Forschung gerade im Hinblick auf den korrupten Akteur immer noch ist. Daher ist es wichtig, dass Forscher und Praktiker ihre Anstrengungen und Ressourcen bündeln, um das Thema der Korruption gemeinsam anzugehen. Nur so kann sie zukünftig in und zwischen Unternehmen, aber auch in anderen Bereichen, effektiv verhindert und bekämpft werden.

<sup>123</sup> Darunter versteht man das uneigennütziges Bekanntmachen von Beobachtungen korrupter, illegaler oder unmoralischer Praktiken oder Vermutungen über solche Vorgänge. Unternehmen können ihre Mitarbeiter explizit dazu anhalten. Die Anlaufstelle kann direkt im Unternehmen angesiedelt sein. Möglich ist auch die anonyme Hinweisgabe im Internet (z. B. bei

der Internetplattform der Business Keeper AG). Es gilt, den Informationsgebern die Furcht vor negativen Konsequenzen zu nehmen, auch wenn es in Deutschland noch keine Schutzgesetze für *whistleblower* gibt.

# Lobbyismus in Deutschland

Zum Kern politikbezogener Korruptionsforschung gehören Erklärungsansätze, für die der Begriff der Amtspflichtverletzung im Mittelpunkt steht. Der Standarddefinition zufolge liegt eine Verletzung der Amtspflicht beziehungsweise korruptes Verhalten dann vor, wenn sich eine Abweichung von den Regeln der Amtsführung aufgrund von Vorteilsnahme beziehungsweise Bestechlichkeit, Nepotismus oder Aneignung von öffentlichen Ressourcen für private Zwecke feststellen lässt.<sup>1</sup> In Bezug auf politische Korruption lässt diese Definition jedoch einige bedeutende Aspekte außer Acht. Zum einen muss Vorteilsnahme nicht unbedingt finanzieller Natur sein. Zum anderen ist zwischen administrativen und politischen Formen der Vorteilsnahme zur privaten Bereicherung zu unterscheiden. Darüber hinaus bedarf auch der Begriff der *unrechtmäßigen Aneignung öffentlicher Ressourcen* aus folgenden Gründen einer Konkretisierung:

– Die öffentlichen Ressourcen, die privaten Zwecken zugeführt werden, variieren.  
– Private Bereicherung ist nicht das einzig denkbare Motiv für korruptes Verhalten.  
– Private Aneignung ist nicht nur solches Verhalten, welches als gesetzwidrig und als juristisch zu ahnden gilt. Sie umfasst auch das, was von der Zivilgesellschaft als illegitimer Umgang mit administrativen Ressourcen wahrgenommen wird.

## Nicht immer illegal, aber illegitim

In Bezug auf die staatliche Administration und die Frage nach möglichen Formen *illegitimer Aneignung öffentlicher Ressourcen*

erscheint die Sachlage zunächst relativ unproblematisch. Geschult im Weberschen Werkethos<sup>2</sup> verwaltungstechnischer Professionalisierung genießen öffentliche Ämter beziehungsweise das Beamtenpersonal einen hohen Ruf aufgrund der Effizienzstandards, denen sie zu genügen haben.<sup>3</sup> Die ihnen zugeschriebenen Statusmerkmale – Unkündbarkeit, bürokratische Sachgerechtigkeit, gemeinwohlorientierte Handlungsidentität und überparteiliche Integrität – scheinen erklären zu können, warum sich Beamte fast nie auf „abweichendes Verhalten“ einlassen.<sup>4</sup> Angesichts dieser unterstellten Korruptionsimmunität ist nicht unmittelbar einsehbar, inwiefern das administrative System dennoch eine Tendenz aufweisen kann, *illegitime Aneignung öffentlicher Ressourcen* zuzulassen. Dies scheint nun aber der Fall zu sein, wenn öffentliche Verwaltungen externe, von der Privatwirtschaft bezahlte Experten engagieren.

Vor dem Hintergrund der objektiven Sachrationalität und des Berufsethos der Ministerialbürokratie stellt dies einen bemerkenswerten Vorgang dar, und zwar umso mehr, als er die Vermutung nahelegt, dass öffentlichen Ressourcen und administrativem Know-how nicht länger zugetraut wird, der Bewältigung wirtschaftspolitischer Aufgabenstellungen gerecht zu werden. Das Ziel des neuen „Managerialismus“ in den öffentlichen Verwaltungen ist eine Leistungs- und Effektivitätsopti-

<sup>1</sup> Vgl. Jeffrey S. Nye, Corruption and Political Development: A Cost-Benefit Analysis, in: American Political Science Review, 61 (1967) 2, S. 417–427.

<sup>2</sup> Vgl. Max Weber, Die drei Typen der legitimen Herrschaft, in: ders., Soziologie, weltgeschichtliche Analysen, Politik, Stuttgart 1964, S. 152 ff.

<sup>3</sup> Gleichwohl bietet die Integrität des administrativen Staatsapparats keine Gewähr dafür, dass die Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft gegen Korruptionsabweichungen immun sind. Vgl. John Girling, Corruption, Capitalism, and Democracy, London–New York 1997, S. 172.

<sup>4</sup> Vgl. Wolfgang Seibel, Corruption in the Federal Republic of Germany before and in the wake of reunification, in: Donatella Della Porta/Yves Mény (eds.), Democracy and Corruption in Europe, London 1997, S. 85–102, hier S. 93. Im Gegensatz dazu fällt die Risikokalkulation bei Politikern einigermaßen leicht, denn sie können zwar Justizermittlungen unterworfen werden, genießen aber doch Immunität. Vgl. Bettina Wieselmann, Wenn aus der Tasse Kaffee schwere Untreue wird, in: Der Tagesspiegel 26. 2. 2008, in: www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/art122,2483596 (30. 8. 2008).



mierung, die durch eine grundlegende Neuorientierung in Gesetzesverfahren erfolgen soll. Dahinter steht die Auffassung, dass die Staatsbürokratie auf die Kooperation mit sozialen und ökonomischen Akteuren (z. B. privaten Unternehmen) angewiesen ist, um die immer komplexer werdenden Umweltbedingungen für staatliches Steuerungshandeln effektiv handhaben zu können.

In bestimmten Fällen läuft diese Zusammenarbeit darauf hinaus, dass die öffentliche Verwaltung einen Teil des Gesetzentwurfverfahrens in einer Art *Outsourcing* auslagert und privatwirtschaftlichen Interessen eine aktive Rolle bei der inhaltlichen Gestaltung der Gesetze einräumt. Unter dem Deckmantel objektiver Expertise und fachkundigen Insiderwissens schafft ein Teil der Ministerialbürokratie so die Bedingungen für den Einzug privatwirtschaftlicher Interessen in den Bereich öffentlicher Gesetzgebung.

Diesen Vorwurf hat sich der Staatsapparat durch eine Planinitiative zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen eingehandelt,<sup>15</sup> in deren Rahmen ein „Personalaustauschprogramm“ zwischen Administration und Wirtschaft ins Leben gerufen wurde (ab 2002).<sup>16</sup> Durch eine Art Arbeitsplatzwechsel sollte jene vom professionellen Know-how dieser profitieren. Vertretern von großen Unternehmen wurde die Chance gegeben, eine Beratungsfunktion bei der Ausgestaltung der Gesetzesentwürfe auszuüben. Die Beamten konnten sich ihrerseits mit den „Gepflogenheiten“ der Privatwirtschaft vertraut machen. Dieses „grenzüberschreitende“ Experiment erfreute sich zunächst beachtlicher Resonanz – zahlreiche Großunternehmen erklärten ihre Beteiligungsbereitschaft (Deutsche Bank, BASF, Siemens, SAP, Lufthansa, DaimlerChrysler, etc.).

Gleichwohl gab es von Beginn an Kritik: Zunächst wurde in den Medien bemängelt, dass es die Regierung an Transparenz fehlen lasse, wollte sie doch nur zögerlich das An-

heuern externer Experten bekannt machen. Noch schwerer fiel die Tatsache ins Gewicht, dass während der Beschäftigungszeit in den Ministerien die Referenten weiterhin in der Gehaltsliste ihrer früheren Arbeitnehmer standen. Über die berechtigten Zweifel am rein sachlichkeitsbezogenen Expertenwissen dieser Referenten hinaus wurde der Verdacht geäußert, dass diese Kooperation die Grundlage für die Beeinflussung öffentlicher Gesetzgebungsverfahren durch private Interessenvertretungen herstelle. Die gegenseitigen Vorteile wurden so als ein scheinhafter Austauschprozess interpretiert, in dem in Wirklichkeit eine einseitige, *illegitime Aneignung von öffentlichen Ressourcen* stattfand.

Dieser Vorwurf erscheint durchaus berechtigt, denn die Vorteile für die externen Experten lagen auf der Hand: Ihre Anwesenheit ermöglichte den Unternehmensverbänden einen direkten Zugang zum Entstehungsprozess der Gesetzentwürfe und entlastete sie so zumindest teilweise von der üblichen Arbeit indirekter Einflussnahme.<sup>17</sup> Durch dieses Verfahren erhielten sie Einsicht in die Routineverfahren der Gesetzentwürfe, Zugang zu vertraulichen administrativen und politisch-rechtlichen Sachverhalten sowie persönliche Kontakte zu Schlüsselfiguren der ministerialen Bürokratie.<sup>18</sup>

Korruptionsverdächtig ist diese Form lobbyistischer „Unterwanderung“ öffentlicher Verwaltungen auch insofern, als der Informationsgewinn, den sich die externen Experten durch ihre Mitwirkung an gesetzadministrativen Verfahren sichern, in einen Handlungsvorsprung umgemünzt werden kann. Durch den privilegierten Zugang zu Informationen über Gesetzesentwürfe ist die Verbandslobby in der Lage, politisch-administratives Handeln zu konterkarieren: Schon im Vorfeld, also schon bevor die Gesetze in Kraft treten, kann sie durch gezielte Kampagnen diverse Reforminitiativen, die ihren Geschäftsinteres-

<sup>15</sup> Vgl. S. Adamek/K. Otto (Anm. 5), S. 12.

<sup>15</sup> Vgl. Sascha Adamek/Kim Otto, *Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben*, Köln 2008, S. 11 ff.

<sup>16</sup> Vgl. Seitenwechsel – Schreibtisch tauschen, in: *economy*, 37/2006, in: [www.bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Magazine/emags/economy/2006/038/t-2-seitenwechsel-schreibtisch-tauschen.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Magazine/emags/economy/2006/038/t-2-seitenwechsel-schreibtisch-tauschen.html) (30. 8. 2008).

<sup>18</sup> Die Bundesregierung hat jede Kritik am Austauschprogramm bzw. jeden Verdacht von Korruption zurückgewiesen: Die Hierarchiestruktur und die Kontrollmechanismen der Staatsbürokratie seien stark genug, um jeder lobbyistischen Einflussnahme standzuhalten. Vgl. Antwort der Bundesregierung, Drucksache 16/3395, 13. 11. 2006, in: <http://dip.bundestag.de/btd/16/033/1603395.pdf> (30. 8. 2008).

sen entgegenstehen, diskreditieren.<sup>9</sup> Bedauerlicherweise erfreuen sich manche dieser (Des-) Informationskampagnen einer gewissen gesellschaftlichen Resonanz. Denn aufgrund der Komplexität der Gesetzesvorhaben fällt es den Bürgerinnen und Bürgern immer schwerer, einen Überblick über die relevanten Sachverhalte zu gewinnen und Einflussnahmeversuche der Privatwirtschaft zu durchschauen. Transparenz aber ist das Mindeste, was die Zivilgesellschaft von staatlichem Handeln erwarten kann.<sup>10</sup>

## Interessenverbände und lobbyistische Einflussnahme

Nach der skizzenhaften Bestandsaufnahme von aktuellen Formen *illegitimer Aneignung öffentlicher Ressourcen* lassen sich bestimmte Aspekte lobbyistischer Einflussnahme nun näher beleuchten. Man kann zunächst davon ausgehen, dass die privatwirtschaftlichen Interessenverbände sowohl über direkte als auch indirekte Einflussmöglichkeiten verfügen.<sup>11</sup> Zu den direkten Möglichkeiten zählen einerseits Zuwendungen (z. B. Spenden, Sponsoring, aber auch finanzielle Bestechung),<sup>12</sup> andererseits Formen von Informationspolitik (d. h. die Bereitstellung von In-

<sup>9</sup> Vgl. Thomas Leif/Rudolf Speth, Anatomie des Lobbyismus. Einführung in eine unbekanntere Sphäre der Macht, in: dies. (Hrsg.), Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 7–32, hier S. 25. Zur Diskreditierungsstrategie in Bezug auf das Rentenversicherungssystem vgl. Albrecht Müller, Macht-wahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet, München 2006, S. 294 ff.

<sup>10</sup> Vgl. Anke Martiny, Lobbyinteressen im Gesundheitssektor, in: T. Leif/R. Speth (Anm. 9), S. 115–130, hier S. 130. Obwohl nicht direkt dem Bereich illegitimer bzw. korrupter Aneignung öffentlicher Ressourcen zuzurechnen, stellen doch bestimmte Formen der Kooperation von Staat und Privatwirtschaft, wie z. B. das private Sponsoring von Ministerien und Veranstaltungen öffentlicher Ämter, gewissermaßen Vorbedingungen illegitimen Verhaltens dar.

<sup>11</sup> Vgl. Frank Daumann, Interessenverbände im politischen Prozess. Eine Analyse auf Grundlage der Neuen Politischen Ökonomie, Tübingen 1999, S. 120.

<sup>12</sup> Zudem lassen sich die Finanzinstrumente in den Händen der Wirtschaftsverbände auf eine Weise einsetzen, dass politischen Akteuren verschiedene Posten entweder in der Verbandsorganisation selbst oder im Aufsichtsrat eines ihrer Mitgliederunternehmen gewährt werden. Vgl. Ulrich von Alemann, Aktionsformen der Verbände, in: Interessenverbände, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 253 (1996), S. 36–40, hier S. 36.

formationen über wirtschaftliches Potenzial und Marktstellung der Mitgliederunternehmen).

Gegenüber der Politik können sich die Verbände zudem indirekt durch kollektive Aktionen Gehör verschaffen: entweder durch politische (z. B. wahlkampfbezogene Mobilisierung ihrer Mitglieder zugunsten einer bestimmten Partei) oder ökonomische Einflussnahme (z. B. Richtungsentscheidungen in Bezug auf das Marktverhalten der Unternehmen). Getrennt oder kombiniert werden diese Einflussressourcen dazu eingesetzt, die Steuerungsinstrumente staatlich-administrativen Handelns in privatwirtschaftlich günstige Anwendungsbahnen zu lenken.

In Bezug auf den Sachverhalt *illegitimer Aneignung öffentlicher Ressourcen* ist insbesondere die zweite Möglichkeit direkter Einflussnahme interessant, denn der Informationstransfer kann sich als Vollzugsform korrupter Interessendurchsetzung erweisen. Die Verbandsorganisationen verfügen über informationelle Ressourcen, auf die jede staatliche Wirtschaftspolitik zurückgreifen können muss, um die Sachhaltigkeit der Gesetzgebung zu gewährleisten. Durch die Verarbeitung solcher Informationen in Gesetzesentwürfen kann die Exekutive die Mittel der Wirtschaftspolitik effektiv einsetzen. Es kommt auch vor, dass Lobbyverbände Gesetze selbst entwerfen und dann an Regierungsvertreter weiterleiten.<sup>13</sup> Der informationelle Aspekt lobbyistischer Arbeit wird umso wichtiger, je stärker die folgenden Faktoren ausgeprägt sind:

- die wahlpolitische Relevanz der jeweiligen Segmente der öffentlichen Administration,
- der Informationswert für jede einzelne Ministerialbürokratie, denn dieser erhöht die Dringlichkeit administrativen Handelns und dementsprechend die zuzuweisenden Budgetmittel vom Haushalt, und
- die Kohärenz, Einigkeit und Koordination, welche die Verbandsorganisationen unter sich herstellen können.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Walter Wittmann, Verbände in der politischen Willensbildung, in: Ernst-Bernd Blümle/Walter Wittmann (Hrsg.), Verbände, Stuttgart–New York 1976, S. 2–5, hier S. 3.

<sup>14</sup> Vgl. F. Daumann (Anm. 11), S. 213–215.

Das Hauptziel der Einflussnahme der Verbandsorganisationen besteht darin, ihren Mitgliederunternehmen spezifische Vorteile zu verschaffen – in Form von finanziellen oder Ressourcentransfers. Diese sind aus ihrer Sicht erfolgreich, wenn a) eine selektive, für die Unternehmen günstige Allokation von administrativen Ressourcen erfolgt, die zur Regulierung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Konkurrenz eingesetzt werden (z. B. durch das Regelwerk öffentlicher Auftragsvergabe), und b) neue Regularien eingesetzt werden.

## Wirtschaftliche Effekte des Lobbyismus

Neben den offensichtlichen wirtschaftlichen Konsequenzen, welche die Verbandsarbeit für die Unternehmen nach sich zieht, sind vor allem die daraus erwachsenden spezifischen Vorteile von Interesse. Diese sollen als wirtschaftliche Gewinneffekte betrachtet werden – und zwar sowohl in Bezug auf die Befriedigung spezifischer korporatistischer Zielsetzungen als auch hinsichtlich der Förderung nationalwirtschaftlicher Interessen. Was erstere anbelangt, so sind die Vorteile redistributiver Natur, das heißt, sie liegen in bestimmten Akzentsetzungen beziehungsweise Gewichtsverlagerungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, deren Effekt eine Umverteilung zu Gunsten der Verbände ist. In diesem Sinne besteht die Einflussnahme lobbyistischer Interessenvertretung darin, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zur Erreichung bestimmter Ziele herbeizuführen, wie beispielsweise

- privatwirtschaftlich günstige Wettbewerbsbedingungen,
- eine selektive und „moderate“ Wirtschaftspolitik (also eine „Lockerung“ staatlicher Restriktionsmaßnahmen in Bezug auf die Regulierung privatwirtschaftlichen Handelns) und
- bessere Wettbewerbschancen für bestimmte Korporationen im System der öffentlichen Auftragsvergaben.<sup>15</sup>

Der Charakter indirekter Interessendurchsetzung tritt auch in solchen Fällen zutage, in denen Vorteile im Bereich der wirtschaftspo-

<sup>15</sup> Vgl. Gary S. Becker, A Theory of Competition among Pressure Groups for political Influence, in: Quarterly Journal of Economics, 98 (1983), S. 371–400.

litisch festgelegten Wettbewerbsbestimmungen erzielt werden (z. B. Regelungen in Bezug auf Zugang zu Märkten, Preise, Produktqualität etc.). Dies bedeutet jedoch nicht, dass Lobbyverbände in bestimmten Konjunkturlagen darauf verzichten, Druck auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse ausüben, um *direkte* Verteilungseffekte zu erzielen. Zu diesen gehören reale Transfers und finanzielle Vorteile wie etwa Steuersenkungen oder Subventionen.

Die lobbyistische Einflussnahme kann aber auch auf indirekte Weise zur Geltung kommen, indem die Intensität des Wettbewerbs einfach gesenkt wird. Dieser „oligopolistische“ Zug von Einflussnahme zielt natürlich darauf, die Gewinnmargen bestimmter Unternehmen zu erhöhen. Dieser Effekt wird noch verstärkt, wenn zuvor durchgesetzt werden konnte, dass neuen Unternehmen der Marktzugang durch restriktive Regelungen erschwert wird. Die Umverteilungseffekte zeitigen sich dann unmittelbar, denn diese Wettbewerbsbedingungen ermöglichen es einigen marktführenden Unternehmen, die Preise zum Nachteil der Konsumenten zu erhöhen.<sup>16</sup>

## Informationelle Ressourcen des Lobbyismus

Bei der weiteren Konkretisierung des Begriffes der *illegitimen Aneignung von öffentlichen Ressourcen* liegt der Fokus im Folgenden auf den informationellen Ressourcen. Als kollektive Repräsentation einzelwirtschaftlicher Interessen kommt der Verbandslobby gegenüber den Ministerialbürokratien die zentrale Rolle der Informationsvermittlung zu. Die Informationsressourcen in Bezug auf die einzelnen Mitgliederunternehmen beziehen sich auf

- Rahmenbedingungen ihres wirtschaftlichen Agierens,
- ihr wirtschaftliches Potenzial (Absatzvolumen, Profitraten, Zahl der beschäftigten Mitarbeiter, Höhe der Investitionen, etc.) und

<sup>16</sup> Vgl. Norbert Eickhof, Wettbewerbspolitische Ausnahmebereiche und staatliche Regulierung, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 36 (1985), S. 63–79, hier S. 73. Für diese Art oligopolistischen Lobbyismus stellt der deutsche Energiesektor ein Paradebeispiel dar.

– die Ausformung ihres ökonomischen Handelns, das heißt langfristige Zielsetzungen beziehungsweise strategische Präferenzen.

Zusammengenommen scheinen diese Aspekte informationeller Ressourcen eine gewisse Vorteilsposition der Verbände sowohl gegenüber ihren einzelnen Mitgliedern als auch dem administrativen Staatsapparat zu begründen. Ohne dieses Expertenwissen wären die Ministerialbürokratien gezwungen, die notwendigen Informationen auf anderen, weniger komfortablen Wegen einzuholen. Angesichts dessen und angesichts der Komplexität gegenwärtiger Gesetzesverfahren verwundert es daher nicht, dass der informationelle Einfluss der Verbandsorganisationen, der in die Entscheidungsprozesse öffentlicher Verwaltungen einfließt, immer größer wird. Diese Entwicklung steht einerseits dem traditionellen, am Prinzip objektiver, sachbezogener Rationalität orientierten Selbstverständnis der Staatsadministration entgegen. Sie stellt aber andererseits auch eine unvermeidliche Nebenwirkung des Versuchs des Staates dar, zur Wirtschaft (und Gesellschaft) aufzuschließen. In jedem Fall muss der informationellen Zuarbeit der Lobbyorganisationen ein zentraler Stellenwert im Beziehungsgefüge von Politik und Wirtschaft zugewiesen werden.

## Die Rationalitätsfiktion

Wer die Verbandsvertretung privatwirtschaftlicher Einzelinteressen als legitimen Partner wirtschaftspolitischer Staatsplanung betrachtet, wird die Diskussion über illegitime Einflussnahme oder sogar korrupte *Aneignung öffentlicher Ressourcen* nicht nachvollziehen können. Wer aber den gegenwärtigen Rückzug des *Homo administrativus* vor dem *Homo oeconomicus* registriert und den Verdacht nicht los wird, dass durch den Informationstransfer *illegitime Aneignung von öffentlichen Ressourcen* stattfindet, muss realistische Bezugnahme und kritische Intention kombinieren. Hierfür bietet der Begriff der „Rationalitätsfiktion“<sup>17</sup> ein geeignetes Instrument. Denn dieser kann sowohl die (scheinbar oft unwiderstehliche) Überzeu-

gungskraft lobbyistischer Informationsstrategien erklären, als auch die Kritik an der Einflussnahme der Interessenverbände als Verzerrung des demokratischen Rechts der Interessenrepräsentation stützen.<sup>18</sup>

Zunächst sind Rationalitätsfiktionen unmittelbar präskriptiv, das heißt, sie weisen bestimmten Entscheidungsproblemen eindeutige Entscheidungslösungen zu. Mit anderen Worten: Rationalitätsfiktionen blenden Alternativvorschläge aus und reduzieren die Offenheit der Entscheidungssituation auf scheinbar unstrittige Festlegungen. Dadurch suggerieren sie den „Zwang des besseren Arguments“. Den Entscheidungsträgern wird eine gewisse Unausweichlichkeit des Lösungsvorschlags nahegelegt, der als der einzige rationale erscheint.

Die vermeintliche Eindeutigkeit, die an die Stelle aufwendiger Entscheidungsverfahren tritt, wird dadurch noch verstärkt, dass Rationalitätsfiktionen eine entlastende Funktion in Bezug auf den zeitlichen Entscheidungsdruck innewohnt. Das Vertrauen in ihre Problemlösungskapazität resultiert nicht zuletzt daraus, dass sie statt aufwendiger Such- und Bewertungsprozesse eine Alternativlosigkeit offerieren, die der Zeitknappheit Rechnung trägt. Durch diese „Vorteile“ statten Rationalitätsfiktionen die Akteure mit gewissen Sicherheitsgarantien für ihre Entscheidungen aus: Da die Anzahl der Optionen stets auf eine einzige schrumpft, können sich die Akteure ruhigen Gewissens auf die Rationalität ihrer Entscheidungen berufen.

Diese Überlegungen lassen sich mühelos auf den Kontext der lobbyistischen Einflussnahme durch informationelles Expertenwissen übertragen. In gewissem Sinne ist schon im Weberschen Idealtypus bürokratischer Rationalität eine Komponente von Rationalitätsfiktion auszumachen – und zwar insofern, als der standardisierte Professionalismus verfahrenstechnischer Entscheidungsprozesse auf die bloße Anpassung vorhandener Mittel an vorgegebenen Zwecken hinausläuft. Dieses Mittel-Zweck-Verhältnis wird im Fall des Lobbyismus durch das zur Verfügung ge-

<sup>17</sup> Vgl. Uwe Schimank, Rationalitätsfiktionen in der Entscheidungsgesellschaft, in: Dirk Tänzler/Hubert Knoblauch/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), Zur Kritik der Wissensgesellschaft, Konstanz 2006, S. 57–81.

<sup>18</sup> Vgl. Andreas Skowronek, Bloß nichts Verbindliches. Das Zusammenspiel von Ministerien und Lobbyisten, in: T. Leif/R. Speth (Anm. 9), S. 372–377, hier S. 372.

stellte Expertenwissen der Verbände verstärkt, wobei allerdings administrative Mittel (illegitimerweise) privatwirtschaftlichen Zwecken angepasst werden. In dem Maße nun, wie die informationellen Ressourcen des institutionalisierten Lobbyismus als Expertenwissen mit präskriptivem Status eingesetzt werden, lassen sie sich den Rationalitätsfiktionen zurechnen.

Die Tatsache, dass die informationelle Einflussstrategie der Verbände in zunehmender Weise die Gesetzentwurfsverfahren durchdringt, ist in doppelter Hinsicht einer Veränderung des Verhältnisses zwischen Politik beziehungsweise Administration und Wirtschaft geschuldet: Zum einen gerät die Wirtschaftspolitik im Zuge der Durchsetzung neoliberaler Ordnungsvorstellungen unter Druck, dem nationalen Standortwettbewerb alle anderen Ziele unterzuordnen. Da für die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Reduktion der Produktionskosten als oberste Priorität gilt, erhöht sich die Abhängigkeit der wirtschaftspolitischen Planung von den informationellen Ressourcen lobbyistischer Verbandsorganisationen. Zum anderen wird diese Abhängigkeit insofern unumgänglich, ja sogar normativ ver-

bindlich, als sich administrative Verwaltungen auf die Rolle eines kollaborativen Partners privatwirtschaftlicher Akteure einlassen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich nun nachvollziehen, wie die private *illegitime Aneignung öffentlicher Ressourcen* vor sich geht. Die Rationalitätsfiktionen der lobbyistischen Einflussnahme drängen sich als unverzichtbares Informationspotential staatlicher Wirtschaftspolitik auf und befördern so, dass wesentliche Komponenten der Gesetzentwurfsverfahren aus der Hand gegeben werden. Unter dem Druck privatwirtschaftlicher Rationalitäts- und Effizienzkriterien treten die öffentlichen Verwaltungen somit einen Teil ihrer verfahrenstechnischen Gesetzentwurfskompetenz an Partikularinteressen ab. Fraglich ist allerdings, inwieweit diese Entwicklung durch Maßnahmen zur Förderung der Transparenz aufgehalten werden kann. Denn vermutlich können transparentere Regeln allein nicht die Kraft entwickeln, die notwendig wäre, um dem gegenwärtigen Trend der „Durchökonomisierung“ des politischen und sozialen Lebens etwas entgegenzusetzen.

## Wir müssen reden.

Über die Zeitenwende 1989 und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft. Seit den Friedlichen Revolutionen in der DDR und in Ostmitteleuropa sind 20 Jahre vergangen. Zeit für Gespräche und offene Auseinandersetzungen.

28. bis 31. Mai 2009 in Berlin  
[www.geschichtsforum09.de](http://www.geschichtsforum09.de)

Vorträge  
Filme  
Diskussionen  
Theater  
Ausstellungen  
Lesungen  
Workshops  
Musik



# APuZ

Nächste Ausgabe 5/2009 · 26. Januar 2009

## Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten

*Birgit Rommelspacher*

Muslimen in Deutschland

*Carsten Wippermann · Berthold Bodo Flaig*

Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten

*Naika Foroutan · Isabel Schäfer*

Hybride Identitäten – muslimische Migrantinnen und Migranten

*Heinz Reinders*

Integrationsbereitschaft jugendlicher Migranten

*Halit Öztürk*

Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund

*Hans-Joachim Roth*

Jugendliche mit Migrationshintergrund – einige Thesen

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
Manuel Halbauer (Volontär)  
Johannes Piepenbrink  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 9 95 15-0

### Internet

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.

### Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
*APuZ* zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
[parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de)

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

*Hans Leyendecker*

## 3–6 Spiegel der politischen Kultur

Bis Mitte der 1990er Jahre konnten Schmiergelder als „nützliche Aufwendungen“ sogar von der Steuer abgesetzt werden. Doch die Heimsuchungen der Staatsmacht in den Vorstandsetagen großer Unternehmen signalisieren einen justizpolitischen Wandel.

*Wolfgang Hetzer*

## 6–13 Kapitulation vor der Korruption?

In einer Welt, in der materieller Wohlstand Lebenssinn geworden ist und zwischen Arbeit und Einkommen kein nachvollziehbarer Zusammenhang mehr besteht, ist Korruption allgegenwärtig. Sie hat eine unverzichtbare Scharnierfunktion. Rechtstreue zählt dort nicht mehr zu den wichtigsten Prinzipien.

*Angelos Giannakopoulos · Dirk Tänzler*

## 13–19 Deutsche Ansichten zur Korruption

Das EU-Forschungsprojekt „Crime and Culture“ zeigt, dass Korruption in unterschiedlichen Handlungsfeldern auch sehr unterschiedlich wahrgenommen wird. Es wird ein für die deutsche Gesellschaft typisches Einstellungssyndrom rekonstruiert, das die zaghafte Antikorruptionspolitik verständlich macht.

*Johann Graf Lambsdorff · Lotte Beck*

## 19–25 Korruption als Wachstumsbremse

Korruption ist ein Wachstumshemmnis. Die Meinung, dass sie der Beseitigung von Investitionshemmnissen dient, lässt sich nicht bestätigen. Untersuchungen belegen, dass korruptes Verhalten die Produktivität eines Landes senkt und einen negativen Einfluss auf die Nettokapitalimporte hat.

*Tanja Rabl*

## 26–32 Der korrupte Akteur

Was bewegt Entscheidungsträger in Unternehmen dazu, korrupt zu handeln? Ausgehend von einer Skizze der Persönlichkeitscharakteristika und der Motive des korrupten Akteurs werden seine subjektiven Entscheidungsprozesse und gängigen Strategien zur Rechtfertigung seines Handelns aufgezeigt.

*Konstadinos Maras*

## 33–38 Lobbyismus in Deutschland

Bestimmte Formen lobbyistischer Einflussnahme schaffen die Bedingungen dafür, dass öffentliche Ressourcen privatwirtschaftlichen Interessen dienstbar gemacht werden. Durch ihren Informationsvorsprung haben Lobbyverbände die Möglichkeit, Gesetzentwurfsverfahren direkt zu beeinflussen.



URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138632/einleitung>  
Pfad: Politik / Grundfragen / Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde / Wirtschaftsordnung / Einleitung

31.5.2012 | Von: Johannes Berger ▾

## Johannes Berger

Johannes Berger, geb. 1939, Dr. phil., Professor (em.) an der Universität Mannheim. 1974-1989 Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld, 1989-2004 an der Universität Mannheim. 1993/94 German Professorship for European Studies an der Stanford University, Kalifornien. Nach der Pensionierung Gastprofessuren an den Universitäten Konstanz, Münster und Göttingen.  
Arbeitsgebiete: Soziologische Theorie, Gesellschaftstheorie, politische Ökonomie, sozialer Wandel in Industriegesellschaften, Wirtschaftssoziologie. Jüngste Buchpublikation: Der diskrete Charme des Marktes. Zur sozialen Problematik der Marktwirtschaft, Wiesbaden 2009.

## Einleitung

**Der Lebensstandard und die Lebenschancen der Bevölkerung eines abgrenzbaren Gebiets werden im Wesentlichen von zwei Sachverhalten geprägt: dem Niveau der Produktion von Gütern und Diensten aller Art einerseits und der Regelung des Zugangs zu diesen Gütern und Diensten andererseits.**

Keinem anderen Faktor kommt im Blick auf den Lebensstandard und die Lebenschancen der Bewohner des Landes eine größere Bedeutung zu. Jedenfalls gilt dies für Friedenszeiten. Es ist daher unerlässlich, sich eine genaue Vorstellung von der Ordnung der Wirtschaft zu verschaffen. Das bisher erreichte Niveau, die weitere wirtschaftliche Entwicklung, vor allem aber die Allokation (Zuteilung) knapper Ressourcen zu Betrieben einerseits, die Verteilung der jährlichen Ergebnisse der Volkswirtschaft auf soziale Gruppen andererseits sind fundamental davon bestimmt, wie dieses so zentrale Feld menschlicher Aktivitäten geordnet ist. Ein Blick auf die jüngere Wirtschaftsgeschichte reicht aus, dieses Urteil zu bestätigen. Am Beginn dieses Überblicks über die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland steht daher die Analyse ihrer 1948 etablierten Ordnung (Abschnitt "Soziale Marktwirtschaft"). Unter der Ordnung der Wirtschaft ist eine Kombination basaler Strukturen sowie elementarer Regeln zu verstehen, die das Wirtschaftsspiel normieren. Die faktischen Abläufe können von diesem Normenbestand mehr oder weniger abweichen. Die Verfassung der Wirtschaft ist jedoch keine Konstante, sondern unterliegt Kräften des geschichtlichen Wandels. Immer steht die Frage im Raum, ob dieser Wandel den Kern der Ordnung selbst verändert oder nur eine Variation des Grundmusters bedeutet, ohne diesen Kern wirklich zu tangieren.

Auf die Analyse des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft folgt die Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Ihr hervorstechendes Merkmal ist die immense Ausdehnung der Reichtumsproduktion. In Abschnitt 4 geht es um die materiellen und institutionellen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Erfolgs und danach (5) um die wichtigsten wirtschaftspolitischen Kontroversen, die auf die weitere Gestaltung der Wirtschaftsordnung einen erheblichen Einfluss ausgeübt haben: die Frage nach der "richtigen" Wirtschaftspolitik und die Frage nach dem »richtigen« Verhältnis von Markt und Staat. Im Zusammenhang dieses Abschnitts wird auch die Frage aufgegriffen, ob die Soziale Marktwirtschaft, welche die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik so entscheidend geprägt hat, sich mittlerweile auf der Verliererstraße befindet. Die weitere Frage, wie stark die Wirtschaft der Bundesrepublik von strikt marktwirtschaftlichen Prinzipien durchdrungen ist, wird in einem eigenen Abschnitt (6) behandelt. Abschließend werden die wichtigsten Probleme skizziert, mit denen die Wirtschaft der Bundesrepublik in naher Zukunft konfrontiert sein wird (7). Dabei sind drei Probleme vorrangig: die Bewältigung der jüngsten Finanzkrise, die Beherrschung der Staatsverschuldung und die Sicherung der produktiven Basis der Wirtschaft.

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analyse Zwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.





URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138634/wirtschaftliche-entwicklung>

Pfad: Politik / Grundfragen / Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde / Wirtschaftsordnung / Wirtschaftliche Entwicklung

31.5.2012 | Von:

Johannes Berger ▾

## Johannes Berger

Johannes Berger, geb. 1939, Dr. phil., Professor (em.) an der Universität Mannheim. 1974-1989 Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld, 1989-2004 an der Universität Mannheim. 1993/94 German Professorship for European Studies an der Stanford University, Kalifornien. Nach der Pensionierung Gastprofessuren an den Universitäten Konstanz, Münster und Göttingen.

Arbeitsgebiete: Soziologische Theorie, Gesellschaftstheorie, politische Ökonomie, sozialer Wandel in Industriegesellschaften, Wirtschaftssoziologie. Jüngste Buchpublikation: Der diskrete Charme des Marktes. Zur sozialen Problematik der Marktwirtschaft, Wiesbaden 2009.

## Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland

**Nach den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten hat sich ein schnelles Wachstum vollzogen. Das Wirtschaftswachstum ist immer wieder von konjunkturellen Auf- und Abschwüngen geprägt. Zum gravierendsten Einbruch seit Bestehen der Bundesrepublik kam es erst in jüngster Vergangenheit. Die globale Finanzkrise verursachte den massiven Rückgang des Sozialprodukts im Jahre 2009.**

### Das schnelle Wachstum in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten

Auch aus dem Abstand von sechzig Jahren seit Gründung der Bundesrepublik nimmt sich ihre wirtschaftliche Entwicklung immer noch wie ein Wunder aus. Aus einem vom Krieg zerstörten Land ist in relativ kurzer Zeit eines der reichsten Länder der Erde geworden. [1] Dieser Erfolg war der Wirtschaft keineswegs in die Wiege gelegt. Es hätte durchaus auch anders kommen können, denkt man z. B. nur an den Morgenthau Plan, der die Deindustrialisierung Deutschlands und seine Umwandlung in ein Agrarland vorsah oder an den wirtschaftlichen Ruin all der Länder Europas, denen nach dem Krieg eine sozialistische Wirtschaftsordnung aufgezwungen wurde. 1950 belief sich das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** (ohne Saarland und Berlin) auf 97 Mrd. DM (in Preisen von 1991 entspricht das 218,17 Mrd. Euro). Das BIP pro Kopf der Bevölkerung (und pro Jahr!) betrug nominal gerade einmal 1059 Euro (Statistisches Bundesamt 2007: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Tabelle 1). [2] Schon nach wenigen Jahren war dann das Vorkriegsniveau wieder erreicht. Zehn Jahre später (1960) war das BIP preisbereinigt bereits um etwa das 2,2 fache auf rund 481 Mrd. Euro (ohne Saarland und Berlin) angewachsen, umgerechnet auf die Bevölkerung hatte es sich verdoppelt. Die durchschnittliche Wachstumsrate in diesem ersten Jahrzehnt betrug 8,2 Prozent. Danach verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum von Periode zu Periode, aber bis auf wenige Krisenjahre war es ein sozusagen treuer Begleiter der Wirtschaft. 1970 belief sich das BIP (in Preisen von 1991, inklusive Saarland und Berlin) bereits auf 789 Mrd. Euro; damit wuchs es im zweiten Jahrzehnt der westdeutschen Wirtschaftsgeschichte noch einmal um das gut anderthalbfache seines Werts von 1960 an.

### Die Verlangsamung des Wachstums ab den 1970er-Jahren

In den beiden nachfolgenden Jahrzehnten wuchs die Wirtschaft zwar nicht mehr so rasch wie bisher, aber gleichwohl bleibt die Expansion des Sozialprodukts pro Kopf ein auffälliges Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Gleiche gilt für die Zeit nach der Wiedervereinigung, auch wenn sich das Wachstumtempo nochmals verlangsamte. Über den gesamten Zeitraum von Gründung der Bundesrepublik bis zur Gegenwart gerechnet betrug die Wachstumsrate des realen BIP 3,6 %, pro Kopf der Bevölkerung ca. 2,8 Prozent, ein sowohl im historischen Vergleich als auch im Ländervergleich herausragender Wert. Eine solche Rate über sechzig Jahre hochgerechnet bedeutet, dass sich das reale BIP pro Kopf in diesem Zeitraum mehr als verdreifacht. Was einmal "Proletarität" (Subsistenzlöhne, lange Arbeitszeiten, erhebliche Existenzunsicherheit) hieß, hat sich

im Verlauf der wirtschaftlichen Expansion teils verflüchtigt, teils in Nischen zurückgezogen. Die Auswirkungen auf die Selbstwahrnehmung der gesellschaftlichen Gruppen im allgemeinen, auf das Arbeiterbewusstsein im besonderen können schwerlich überschätzt werden. Dieses Wachstum hat die Bundesrepublik auch kulturell tiefgreifender geprägt als etwa das immer wieder beschworene Jahr 1968. Ohne dieses Wachstum und die durch es eingeleitete Umwälzung aller gewohnten Lebensverhältnisse wäre es zu der Kulturrevolution von 1968 wohl gar nicht gekommen.

Spätestens seit der Wiedervereinigung ist jedoch das westdeutsche Erfolgsmodell einer den Weltmarkt beliefernden Hochlohnwirtschaft, die zugleich genügend Mittel erwirtschaftet um alle, die keinen Arbeitsplatz finden, relativ komfortabel zu alimentieren, unter Druck geraten. Problematisch an diesem Modell ist nicht die Belieferung des Weltmarkts mit Qualitätsprodukten, sondern das in der Rentenreform von 1957 zementierte Prinzip, die soziale Sicherung durch Aufschläge auf die Lohnkosten zu finanzieren. [3] Die Aufnahmefähigkeit des Hochlohnsektors wird von der Absetzbarkeit seiner Waren auf dem Weltmarkt begrenzt. Wenn das Arbeitskräfteangebot aufgrund der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen, einer unkontrollierten Zuwanderung und der mit der Wiedervereinigung verbundenen geographischen Ausdehnung des Wirtschaftsgebiets steigt und gleichzeitig die Expansion des Hochlohnsektors an Grenzen stößt, bleibt kein anderer Ausweg als die sukzessive Ausdehnung eines Niedriglohnsektors (vgl. Kap. "Soziale Ungleichheit" und Kap. "Arbeitsmarkt"). Die in diesem Sektor gezahlten Löhne bilden eine Obergrenze für dem Lohnabstandsgebot gehorchende Transferzahlungen an Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

### Unstetes Wachstum

Das Wachstum der Wirtschaft verlief nicht stetig, sondern war von konjunkturellen Auf- und Abschwüngen geprägt, mit den Jahren 1967, 1975, 1982, 1993 und 2003 als den jeweiligen konjunkturellen Tiefpunkten. Zum gravierendsten Einbruch seit Bestehen der Bundesrepublik kam es erst in jüngster Vergangenheit. Das reale BIP schrumpfte 2009 um 5 %, (wuchs aber bereits in 2010 wieder um erstaunliche 3,6 %). Der massive Rückgang des Sozialprodukts 2009 war die realwirtschaftliche Folge einer globalen Finanzkrise, wie sie die Welt seit den 1930er-Jahren nicht mehr erlebt hat. Die schnelle Erholung 2010 hat sicher auch damit zu tun, dass die Krise von den Unternehmen dazu benutzt wurde, sich auf den nächsten Aufschwung vorzubereiten. Sie zeigt, dass auch eine "reife" Wirtschaft noch in der Lage ist, zu expandieren. Eine wachsende Wirtschaft bedeutet, dass im Durchschnitt die Wohnbevölkerung immer mehr Güter und Dienste konsumieren kann. Aber nicht nur der private Konsum nimmt zu, sondern vor allem auch der staatliche oder öffentliche Konsum. Aus dem wachsenden Sozialprodukt können mehr Schulen, Universitäten, Verkehrswege, Krankenhäuser, öffentliche Parks und auch Einrichtungen zum Umweltschutz, wie z. B. Kläranlagen gebaut oder errichtet werden. Alles das erhöht den Lebensstandard der Bevölkerung. Kritiker dieses Wachstums verweisen auf die schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt, auf die Zerstörung der menschlichen Gemeinschaft, die Fixierung auf den Konsum von immer mehr Gütern und auch darauf, dass die Einkommen nicht nur ungleich verteilt sind, sondern dass diese Ungleichheit immer weiter zunimmt. Soweit diese Einwände zutreffen – die zu diskutieren hier nicht der Platz ist – implizieren sie eine Einschränkung der individuellen und gesellschaftlichen Wohlfahrt. Aber das insgesamt positive Bild einer enormen Reichtumsausdehnung vermögen sie nicht so sehr abzuändern, dass die negativen Effekte überwiegen. Man muss sich z. B. nur einmal am Beispiel der Wohnverhältnisse klar machen, welcher Abstand im Lebensstandard zwischen der Vorkriegszeit sowie der unmittelbaren Nachkriegszeit und den heute herrschenden Zuständen besteht. Nicht nur sind die Wohnungen viel größer geworden (gemessen in qm pro Person), sie sind auch wesentlich besser ausgestattet als vor und unmittelbar nach dem Weltkrieg. Die Zentralheizung hat die Kohleöfen (und das damit verbundene Kohleschleppen) verdrängt, fließend warmes und kaltes Wasser ist zum Standard geworden, die Toilette liegt nicht mehr über den Flur usw.

### Die Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die wirtschaftliche Entwicklung

So erfolgreich die wirtschaftliche Entwicklung auch war, die "Erfolgsrate" hat von Periode zu Periode abgenommen. Noch im letzten Jahrzehnt vor der Wiedervereinigung belief sich die Wachstumsrate des realen BIP auf durchschnittlich 2,6 %, ein auch international beachtlicher Wert (zum Vergleich: das BIP der USA als die wirtschaftlich fortgeschrittensten Nation der Welt wuchs preisbereinigt zwischen 1947 und 2010 jährlich um 3,3 %). Seit der deutschen Einigung hat sich das wirtschaftliche Wachstum weiter abgeschwächt. Damit schrumpfen auch die Möglichkeiten, den Zuwachs des Sozialprodukts verteilungspolitisch zu instrumentalisieren. Diesen neuerlichen Rückgang des Wachstums im Verbund mit dem Anstieg der Einkommensungleichheit halten Fuchs- Schündeln u. a. (2010: 127) für so gewichtig, dass sie "zwei Deutschlands" unterscheiden: "The data tell a tale of two different countries, one that existed in the West prior to reunification, and post-reunification Germany." [4]

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analyse Zwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

### Die zwiespältigen Folgen der deutschen Wiedervereinigung

Auch wenn die ökonomisch besseren Zeiten vor der Wiedervereinigung vorbei sein mögen, die Vereinigung selbst war für die westdeutsche Wirtschaft keineswegs nur nachteilig. Die ostdeutsche Konkurrenz wurde praktisch weggefegt und die »Beitrittsgebiete« wurden zum Absatzgebiet westdeutscher Waren gemacht. Zwei Faktoren kamen zusammen, um dieses Ergebnis zu bewirken: die politisch wohl unvermeidliche, ökonomisch aber desaströse Währungsunion mit einem Wechselkurs von 1:1 von Mark der DDR und Deutscher Mark, die der ostdeutschen Wirtschaft angesichts ihrer viel geringeren Produktivität kaum eine Überlebenschance ließ, sowie eine auch von der westdeutschen Konkurrenz der Treuhandfirmen vorangetriebene Lohnsteigerung, die weit jenseits der Leistungsfähigkeit dieser Firmen lag. Nach zwanzig Jahren deutscher Einheit hat sich die ostdeutsche Wirtschaft aber von diesem Schock erholt und ist auf vielen Gebieten konkurrenzfähig geworden (Burda 2010). Die Lebensverhältnisse in Ost und West haben sich angeglichen (vgl. Krause/Ostner 2010). Besucher der ostdeutschen Innenstädte, die vielerorts zu Schmuckstücken geworden sind, könnten leicht den Eindruck gewinnen, dass der bedürftigere Teil nicht der Osten, sondern der Westen ist. Finanziert wurde der "Aufbau Ost" genauso wie der ostdeutsche Konsum durch Transfers aus dem Westen in einer Größenordnung, die historisch einmalig ist. [5] Nicht zuletzt aufgrund dieser Transfers haben sich die realen Pro-Kopf Einkommen Ostdeutschlands dem Niveau Westdeutschlands angenähert. Statistisch gesehen belaufen sie sich zwar nur auf ca. 80 % des Niveaus im alten Westen, aber diese Differenz verschwindet, wenn man die regionalen Preisdifferenzen in Rechnung stellt. Trotzdem kann nicht davon die Rede sein, dass die westdeutsche und die ostdeutsche Wirtschaft konvergierten. Dies wäre erst dann der Fall, wenn die ostdeutsche Wirtschaft sukzessive den Produktivitätsabstand zum Westen abbaute. Tatsächlich bleibt die Produktivität Ostdeutschlands aber bei ungefähr drei Viertel des Westniveaus stehen. (Burda 2010: 27)

### Der wirtschaftliche Strukturwandel

Von ähnlicher Bedeutung wie die entschiedene Verbesserung der materiellen Lebenslage der Bevölkerung erst in der alten Bundesrepublik, dann auch in Ostdeutschland ist der wirtschaftliche Strukturwandel gewesen. 1950 arbeiteten noch knapp 25 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei. Schon 1960 waren es nur noch knapp 14 %, 1990 nur noch 3,5 %. Sowohl gemessen an dem Anteil der Beschäftigten (2009 etwas mehr als 2 %) als auch nach dem Beitrag zum Sozialprodukt (unter 1 %) ist der primäre Sektor mittlerweile eine gesamtwirtschaftlich zu vernachlässigenden Größe. Das gilt jedoch nicht für die Bedeutung, die der primäre Sektor in der Politik und der öffentlichen Wahrnehmung hat. Dort dominiert die Vorstellung, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vollständig von den Erzeugnissen der Landwirtschaft abhängt und es der Bevölkerung um so besser geht, je leistungsfähiger die Landwirtschaft ist. Die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft seit 1950 stellt sogar noch die Steigerung in der Industrie in den Schatten. Im Verlauf dieser Entwicklung hat sich die Landwirtschaft zu einer Art Industrie unter freiem Himmel entwickelt. Der Umbruch im bäuerlichen Leben, den dieser Produktivitätssprung impliziert, hätte kaum größer ausfallen können.

### Deutschland auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft

Der Gewinner des strukturellen Wandels war eindeutig der Sektor Dienstleistungen. Mit einem Anteil von 32,5 % der Beschäftigten 1950, knapp 60 % im letzten Jahr der alten Bundesrepublik und 73 % im Jahr 2009 ist auch die deutsche Wirtschaft den Weg in die Dienstleistungsgesellschaft gegangen. Nach der sog. Drei-Sektoren-Theorie durchlaufen alle modernen Industriegesellschaften nach einem Stadium, in dem die Landwirtschaft dominant ist, zunächst ein zweites Stadium, in dem der industrielle Sektor die Vorherrschaft hat. Die Entwicklung endet mit der Dominanz des Dienstleistungssektors. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland weicht von diesem Muster insofern ab, als die Industrie zwar auch Prozentanteile am Sozialprodukt abgegeben hat, aber in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau verharrt. Im Jahr 2009 beschäftigt das produzierende Gewerbe (einschließlich des Bausektors) noch knapp 25 % der Erwerbstätigen (nach fast 43 % 1950). Einer der Gründe, warum Deutschland schneller aus der jüngsten Krise herausfindet als z. B. Großbritannien, ist darin zu suchen, dass hier die Tertiärisierung anders als in Großbritannien nicht gleichbedeutend mit flächendeckender Deindustrialisierung war.

### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

Weniger erfreulich stellt sich die wirtschaftliche Entwicklung aus der Sicht des Arbeitsmarkts dar (vgl. dazu Kap. "Arbeitsmarkt"). Im Ausgangsjahr 1950 betrug die Arbeitslosigkeit 11 % der abhängig Erwerbstätigen. Im darauf folgenden Jahrzehnt wurde sie bis auf einen Restbestand von 154.000 Arbeitslosen (1962) abgebaut. Damit herrschte nicht nur Vollbeschäftigung in der üblichen Definition der Arbeitsmarktforschung (bereits bei einer Arbeitslosigkeit von 3 Prozent der Beschäftigten wird von Vollbeschäftigung gesprochen), sondern der Arbeitsmarkt war praktisch leergefegt. Die Entwicklung seit Mitte der 70er-Jahre ist dann von einem stufenweisen Anstieg der Arbeitslosigkeit von einem Konjunkturzyklus zum nächsten gekennzeichnet. Der Anstieg im Verlauf des Rückgangs der Konjunktur wurde nicht mehr wettgemacht durch einen parallelen Abbau der Arbeitslosigkeit im nächsten Aufschwung. Weil auch z. B. Frankreich und Italien sowie weitere

Volkswirtschaften Europas trotz beträchtlicher Heterogenität der Arbeitslosenraten dieses treppenförmige Verlaufsmuster zeigen, spricht die Forschung von "European Unemployment" (z. B. Nickell 1997, Blanchard 2006) und kontrastiert dieses Muster mit der konjunkturellen Schwankung um einen Mittelwert als dem für die USA typischen Muster. Die Arbeitslosigkeit erreichte ihren numerischen Höhepunkt 2005 mit 4,86 Millionen Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote in diesem Jahr betrug (trotz neuer Zählart) 13 % und übertraf damit die Quote des Ausgangsjahres 1950. Allerdings ist die Zahl der Arbeitslosen seitdem wieder im Abnehmen begriffen; im Herbst 2010 war diese Zahl auf rund drei Millionen abgesunken. Es wäre daher voreilig, aus dem treppenförmigen Anstieg der Arbeitslosigkeit seit den 1970er-Jahren auf einen ständigen und unvermeidlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit auch in der Zukunft als unvermeidlicher Begleiterscheinung einer kapitalistischen Wirtschaft (Marx: das Anschwellen der industriellen Reservearmee) zu schließen.

### Kein Ende der Arbeitsgesellschaft

Auch die in Deutschland so beliebte These vom "Ende der Arbeitsgesellschaft" wird von den Daten nicht bestätigt. Zwar ist das Arbeitsvolumen (die Zahl der Arbeitsstunden in der Gesamtwirtschaft) tendenziell immer weiter abgeschmolzen, aber die Beschäftigung ist z. B. im letzten Jahrzehnt wieder gestiegen. Der Rückgang des Arbeitsvolumens hat in Deutschland nicht in gleichem Maß zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, sondern zu einer Zunahme der freien Zeit pro Beschäftigten. Ordnet man die Länder nach dem Grad dieser Befreiung von der Arbeit, dann ist Deutschland mit nur noch gut 1.600 Stunden, die jeder Beschäftigte im Jahr durchschnittlich arbeitet, auf einem der vordersten Plätzen zu finden. Die Deutschen lassen sich die Produktivitätssteigerung der Wirtschaft zu einem erheblichen Teil nicht in der Form von Einkommenssteigerungen ausbezahlen, sondern in der Form des Gewinns an freier Zeit. Dieser Zugewinn ist eine zentrale Komponente des wirtschaftlichen Fortschritts der letzten Jahrzehnte. Addiert man ihn zu den Einkommenssteigerungen hinzu, dann verschwindet sogar der ansonsten auffällige Einkommensabstand zu den USA, deren Arbeitsbevölkerung ca. 200 Stunden im Jahr länger arbeitet als die deutsche.

### Die Entwicklung der Einkommen

Die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter sind wie das BIP pro Kopf seit Bestehen der Bundesrepublik kontinuierlich gestiegen, seit Mitte der neunziger Jahre allerdings stark verlangsamt. Auch die durchschnittlichen Nettolöhne- und -gehälter sind seit der Wiedervereinigung weiterhin angestiegen. Allerdings sind sie, anders als in der "alten" Bundesrepublik, im Zeitraum von 1991 bis 2010 u. a. wegen der Zunahme von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung etc. in "realer" Betrachtung gesunken. Erschwerend kommt hinzu, dass wegen der seit zwei Jahrzehnten wieder zunehmenden Einkommensungleichheit nicht alle Schichten der Bevölkerung an der wirtschaftlichen Entwicklung gleichmäßig teilhaben (vgl. dazu Kap. "Soziale Ungleichheit"). Aussagen über die Größe der Einkommensungleichheit hängen allerdings von vielen methodischen Vorentscheidungen ab, so etwa der Definition des Einkommens (z. B. brutto oder netto, Stundenlohn, jährliches Gehalt oder Lebenszeiteinkommen), der Wahl des zeitlichen Bezugsrahmens (seit 1950 oder später), der Wahl der Einkommenseinheit (Haushalt oder Individuum) usw. Auch bei der Entscheidung für die Messgröße der Einkommensungleichheit (z. B. Gini, Theil oder Atkinson) bestehen Alternativen. Hält man alle damit verbunden Probleme für gelöst, dann findet die meiste Unterstützung durch die Daten wahrscheinlich eine Skizze der Entwicklung, wonach die Einkommensungleichheit bis in die 80er-Jahre tendenziell abnahm und sie danach vor allem in den 90er-Jahren merklich anstieg. Es fällt auf, dass die Ungleichheit der Haushaltsbruttoeinkommen deutlich höher ist als die der Nettoeinkommen. Darin kommt zum Ausdruck, dass der Sozialstaat in Deutschland, anders als vielfach vermutet, keine Illusion ist, sondern in die Einkommensverhältnisse deutlich korrigierend eingreift. Über die Ursachen der wieder steigenden Einkommensungleichheit sagt der Befund ihres Anstiegs selbst nichts aus. Bei aller Kritik an der zunehmenden Einkommensungleichheit sollte jedoch im Auge behalten werden, dass steigende Ungleichheit nicht zwangsläufig sinkende Wohlfahrt bedeutet, wenn gleichzeitig der Mittelwert der Einkommen ansteigt.

### Fußnoten

1. Ausweislich des Human Development Index der Vereinten Nationen (einem Maß, in das außer dem Sozialprodukt pro Kopf auch die Lebenserwartung bei der Geburt, die Schuljahre sowie die Lese- und Schreibfähigkeit eingehen) rangiert die Bundesrepublik 2007 auf Platz 22 einer »Weltrangliste«, die von Norwegen angeführt wird. Im ersten Bericht von 1990, der noch getrennte Daten für die DDR und die Bundesrepublik ausweist, rangiert die Bundesrepublik auf Platz 12 (und Japan auf Platz 1).
2. Trotz der anhaltenden Kritik am (realen) BIP-pro-Kopf als Reichtumsmaß ist es der bis heute in der internationalen Forschung geläufigste Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwar gehen in dieses Maß nur Leistungen ein, die am Markt gehandelt werden (und damit auch solche, die (wie die Reparatur von Umweltschäden) gar keinen Beitrag zur Steigerung der Wohlfahrt leisten, aber mangels eines Ersatzes kann bis auf absehbare Zeit auf diesen Indikator schwerlich verzichtet werden.

War die Steigerung der Altersvorsorge und die Finanzierung der Personengruppen im Sozialsystem die einzige vorzuziehende Finanzierung  
Stabilität und Abkehr von der (West-Rente den) das ist ein Ersatz für den Namen des Arbeitsministers, Reservefonds  
Informationen von 2001 und der Einführung eines demographischen Faktors 2004 wurden sowohl das Ziel der Lebensstandardsicherung als  
auch das Prinzip der Teilhabe der an der Einkommensentwicklung preisgegeben. Diese Reformen haben aber den Sozialstaat vor dem

vorzeitigen Kollaps bewahrt. Die Einführung der Pflegeversicherung in der letzten Amtszeit von Helmut Kohl folgte noch einmal dem bekannten Muster, obwohl Pflegebedürftigkeit im Alter nichts mit dem Arbeitsverhältnis zu tun hat.

4. Zu einem ähnlichen Urteil aus sozialpolitischer Sicht gelangt Ritter (2006). Die Übertragung des westdeutschen Sozialsystems auf die neuen Bundesländer hat zu einem rapiden Anstieg der Staatsschulden geführt und die Krise des Sozialstaats verschärft.
5. Verlässliche Schätzungen der Kosten der Einheit hängen von einer Vielzahl methodischer Annahmen ab, aber die Summe von 1,3 Billionen Euro ist wohl nicht zu hoch gegriffen.

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analysezwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.



**URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52584/finanz-und-wirtschaftskrise>**

Pfad: Nachschlagen / Zahlen und Fakten / Globalisierung / Finanzmärkte / Finanz- und Wirtschaftskrise

**Die globale Finanzkrise, die 2007 als Immobilienkrise in den USA begann, hat fast überall auf der Welt zu einem deutlich abgeschwächten Wirtschaftswachstum oder zur Rezession geführt. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der ökonomisch entwickelten Staaten. Und in den ökonomisch sich entwickelnden Staaten reduzierte sich das Wachstum des BIP deutlich. Durch die Probleme zahlreicher Finanzunternehmen und den allgemeinen Vertrauensverlust schlug die Krise auch auf den Nicht-Finanzbereich durch und führte beispielsweise zu einer deutlichen Reduzierung des Welthandels.**

## Fakten

Die globale Finanzkrise, die 2007 als Immobilienkrise auf dem Subprime-Markt in den USA begann, hat fast überall auf der Welt zu einem deutlich abgeschwächten Wirtschaftswachstum oder zur Rezession geführt. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der ökonomisch entwickelten Staaten ist nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IMF – International Monetary Fund) im Jahr 2009 zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg geschrumpft und zwar um 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Und während sich das reale BIP der ökonomisch sich entwickelnden Staaten und der GUS in den Jahren 2007 und 2008 noch um 8,5 bzw. 5,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht hatte, nahm es 2009 um lediglich 2,8 Prozent zu. Weltweit lag das Wachstum des realen BIP in 161 Staaten im Jahr 2009 unter dem Wert von 2007. In nur 29 Staaten fiel es 2009 höher aus als 2007 – darunter vor allem Staaten mit geringer Integration in den Weltmarkt und relativ niedrigem BIP-pro-Kopf. Im Jahr 2007 lag das Wachstum des realen BIP in 147 Staaten bei mindestens 3,0 Prozent. 2009 galt dies nur für 61 Staaten.

Die Finanzkrise wurde dadurch ausgelöst, dass die jahrelang steigenden Immobilienpreise in den USA, die sich zu einer Immobilienblase entwickelt hatten, stagnierten und gebietsweise fielen. Bei steigenden Kreditzinsen und fallenden Wiederverkaufswerten konnten viele Kreditnehmer ihre Kreditschuld nicht begleichen. Zuvor waren die Kreditrisiken in Wertpapieren gebündelt (Verbriefung) und weltweit gehandelt worden. Die Spekulation mit Kreditderivaten hatte die Investitionsrisiken zusätzlich potenziert. Die verbrieften Immobilienkredite waren zunächst von Rating-Agenturen als "mit geringem Risiko behaftet" bewertet worden – im Verlauf der Immobilienkrise wurden die Papiere jedoch zunehmend schlechter bewertet.

Mehrere große amerikanische Finanzunternehmen, die entweder direkt oder indirekt über die Verbriefung auf dem Immobiliensektor aktiv waren, mussten im Zuge der Krise Insolvenz anmelden oder von der Regierung gerettet werden (Lehman Brothers, Merrill Lynch, AIG, Bear Stearns, Fannie Mae, Freddie Mac). Rasante Kurseinbrüche an den globalen Aktienmärkten verschärfen die Krise und der Interbankenmarkt kam weltweit nahezu vollständig zum Erliegen. Die Verknappung der Liquidität von Banken und die allgemeine Verunsicherung führten letztlich auch zu einem Überspringen der Krise auf den Nicht-Finanzbereich. So verringerte sich beispielsweise der weltweite Warenimport real – also gemessen in konstanten Preisen – von 2008 auf 2009 um 11,8 Prozent. Beim Export lag der entsprechende Rückgang nach Angaben des IMF bei 11,2 Prozent.

## Datenquelle

International Monetary Fund (IMF): World Economic Outlook (WEO), Okt. 2017

## Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das BIP ist gegenwärtig das wichtigste gesamtwirtschaftliche Produktionsmaß. Das reale BIP ist unabhängig von Preisveränderungen, da es zu den Preisen eines Basisjahres, also in konstanten Preisen, berechnet wird.

Auf dem **Subprime-Markt** erhalten auch Kreditnehmer mit geringer Bonität ein Hypothekendarlehen.

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analyse Zwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

**GUS** – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten / CIS – Commonwealth of Independent States

Informationen zu den größeren Finanzkrisen seit 1970 finden Sie [hier...](#)

### Globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 / 2009

Prozentuale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr (in konstanten Preisen), Stand: Okt. 2017

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Welt</b>	5,6	3,0	-0,1	5,4	4,3	3,5
davon:						
<b>ökonomisch entwickelte Staaten</b>	2,7	0,1	-3,4	3,1	1,7	1,2
davon:						
Euroraum	3,0	0,4	-4,5	2,1	1,6	-0,9
G-7-Staaten <sup>1</sup>	2,0	-0,3	-3,8	2,8	1,6	1,4
andere Staaten	5,1	1,7	-0,9	5,9	3,4	2,1
<b>ökonomisch sich entwickelnde Staaten</b>	8,5	5,8	2,8	7,4	6,4	5,4
davon:						
GUS <sup>2</sup>	9,0	5,3	-6,4	4,7	5,3	3,6
Asien	11,2	7,2	7,5	9,6	7,9	7,0
Europa	5,6	3,1	-3,0	4,6	6,5	2,4
Lateinamerika und Karibik	5,8	4,0	-1,8	6,1	4,7	3,0
Mittlerer Osten, Nordafrika, Afghanistan und Pakistan	5,3	4,7	1,1	4,7	4,5	5,2
subsaharisches Afrika	7,1	5,9	3,9	7,0	5,1	4,4
	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Afghanistan</b>	13,3	3,9	20,6	8,4	6,5	14,0
<b>Ägypten</b>	7,1	7,2	4,7	5,1	1,8	2,2
<b>Albanien</b>	6,0	7,5	3,4	3,7	2,5	1,4
<b>Algerien</b>	3,4	2,4	1,6	3,6	2,8	3,4
<b>Angola</b>	22,6	13,8	2,4	3,4	3,9	5,2
<b>Antigua und Barbuda</b>	9,3	0,0	-12,1	-7,2	-2,1	3,5
<b>Äquatorialguinea</b>	15,3	17,8	1,3	-8,9	6,5	8,3
<b>Argentinien</b>	9,0	4,1	-5,9	10,1	6,0	-1,0
<b>Armenien</b>	13,7	6,9	-14,2	2,2	4,7	7,1
<b>Aserbaidschan</b>	25,0	10,8	9,3	5,0	-1,6	2,2
<b>Äthiopien</b>	11,8	11,2	10,0	10,6	11,4	8,7
<b>Australien</b>	4,5	2,6	1,7	2,3	2,7	3,6
<b>Bahamas</b>	1,4	-2,3	-4,2	1,5	0,6	3,1
<b>Bahrain</b>	8,3	6,2	2,5	4,3	2,0	3,7
<b>Bangladesch</b>	6,5	5,5	5,3	6,0	6,5	6,3
<b>Barbados</b>	1,8	0,4	-4,0	0,3	0,8	0,3
<b>Belarus</b>	8,6	10,2	0,2	7,7	5,5	1,7
<b>Belgien</b>	3,4	0,7	-2,3	2,7	1,8	0,1
<b>Belize</b>	1,1	3,2	0,8	3,3	2,1	3,7
<b>Benin</b>	6,0	4,9	2,3	2,1	3,0	4,8
<b>Bhutan</b>	12,6	10,8	5,7	9,3	9,7	6,4
<b>Bolivien</b>	4,6	6,1	3,4	4,1	5,2	5,1
<b>Bosnien und Herzegowina</b>	6,0	5,6	-0,8	0,8	0,9	-0,9
<b>Botsuana</b>	8,3	6,2	-7,7	8,6	6,0	4,5
<b>Brasilien</b>	6,1	5,1	-0,1	7,5	4,0	1,9
<b>Brunei Darussalam</b>	0,1	-2,0	-1,8	2,7	3,7	0,9
<b>Bulgarien</b>	7,3	6,0	-3,6	1,3	1,9	0,0
<b>Burkina Faso</b>	4,1	5,8	3,0	8,4	6,6	6,5
<b>Burundi</b>	3,5	4,9	3,8	5,1	4,0	4,4

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik und Analyse Zwecken (Web Tracking). Wie Sie dem Web Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Cabo Verde	9,2	6,7	-1,3	1,5	4,0	1,1
Chile	4,9	3,5	-1,6	5,8	6,1	5,3
China	14,2	9,6	9,2	10,6	9,5	7,9
Costa Rica	8,2	4,7	-1,0	5,0	4,3	4,8
Côte d'Ivoire	1,8	2,5	3,3	2,0	-4,2	10,1
Dänemark	0,9	-0,5	-4,9	1,9	1,3	0,2
Demokrat. Rep. Kongo	6,3	6,2	2,9	7,1	6,9	7,1
Deutschland	3,4	0,8	-5,6	3,9	3,7	0,7
Dominica	6,4	7,1	-1,2	0,7	-0,2	-1,1
Dominikanische Republik	7,4	3,2	0,9	8,3	3,1	2,8
Dschibuti	5,0	5,8	1,6	4,1	7,3	4,8
Ecuador	2,2	6,4	0,6	3,5	7,9	5,6
El Salvador	3,8	1,3	-3,1	1,4	2,2	1,9
Eritrea	1,4	-9,8	3,9	2,2	8,7	7,0
Estland	7,7	-5,4	-14,7	2,3	7,6	4,3
Fidschi	-0,9	1,0	-1,4	3,0	2,7	1,4
Finnland	5,2	0,7	-8,3	3,0	2,6	-1,4
Frankreich	2,4	0,2	-2,9	2,0	2,1	0,2
Gabun	6,3	1,7	-2,3	6,3	7,1	5,3
Gambia	3,6	5,7	6,5	6,5	-4,3	5,6
Georgien	12,6	2,4	-3,7	6,2	7,2	6,4
Ghana	4,3	9,2	4,8	7,9	14,0	9,3
Grenada	6,1	0,9	-6,6	-0,5	0,8	-1,2
Griechenland	3,3	-0,3	-4,3	-5,5	-9,1	-7,3
Guatemala	6,3	3,3	0,5	2,9	4,2	3,0
Guinea	6,5	4,1	-1,5	4,2	5,6	5,9
Guinea-Bissau	3,3	3,2	3,4	4,6	8,1	-1,7
Guyana	7,0	2,0	3,3	4,4	5,4	4,8
Haiti	3,3	0,8	3,1	-5,5	5,5	2,9
Honduras	6,2	4,2	-2,4	3,7	3,8	4,1
Hongkong, China	6,5	2,1	-2,5	6,8	4,8	1,7
Indien	9,8	3,9	8,5	10,3	6,6	5,5
Indonesien	6,3	7,4	4,7	6,4	6,2	6,0
Irak	1,9	8,2	3,4	6,4	7,5	13,9
Iran	7,1	0,3	0,3	5,8	3,5	-7,7
Irland	5,2	-3,9	-4,7	1,8	2,9	0,0
Island	9,4	1,5	-6,9	-3,6	2,0	1,2
Israel	6,2	3,0	1,5	5,5	5,2	2,2
Italien	1,5	-1,1	-5,5	1,7	0,6	-2,8
Jamaika	1,4	-0,8	-3,4	-1,4	1,4	-0,5
Japan	1,7	-1,1	-5,4	4,2	-0,1	1,5
Jemen	3,3	3,6	3,9	7,7	-12,7	2,4
Jordanien	8,2	7,2	5,5	2,3	2,6	2,7
Kambodscha	10,2	6,7	0,1	6,0	7,2	7,3
Kamerun	3,3	2,9	1,9	3,3	4,1	4,6
Kanada	2,1	1,0	-3,0	3,1	3,1	1,7
Kasachstan	8,9	3,3	1,2	7,3	7,5	5,0
Katar	18,0	17,7	12,0	18,1	13,4	4,7
Kenia	6,9	0,2	3,3	8,4	6,1	4,6
Kirgisistan	8,5	7,6	2,9	-0,5	6,0	-0,1
Kiribati	2,2	-1,4	1,1	1,6	0,6	5,1
Kolumbien	6,9	3,5	1,7	4,0	6,6	4,0

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik und Analyse Zwecken (Web Tracking). Wie Sie dem Web Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.



	2007	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Komoren</b>	0,5	1,0	1,8	2,1	2,2	3,0
<b>Kongo</b>	-1,6	5,6	7,8	8,7	3,4	3,8
<b>Kosovo</b>	8,3	4,5	3,6	3,3	4,4	2,8
<b>Kroatien</b>	5,2	2,1	-7,4	-1,7	-0,3	-2,2
<b>Kuwait</b>	6,0	2,5	-7,1	-2,4	10,9	7,9
<b>Laos</b>	7,9	7,8	7,4	8,0	8,0	7,8
<b>Lesotho</b>	5,0	5,1	4,5	6,9	4,5	5,3
<b>Lettland</b>	9,9	-3,6	-14,3	-3,8	6,4	4,0
<b>Libanon</b>	9,3	9,2	10,1	8,0	0,9	2,8
<b>Liberia</b>	12,7	6,0	5,1	6,1	7,4	8,2
<b>Libyen</b>	6,4	2,7	-3,0	3,2	-66,7	124,7
<b>Litauen</b>	11,1	2,6	-14,8	1,6	6,0	3,8
<b>Luxemburg</b>	8,4	-1,3	-4,4	4,9	2,5	-0,4
<b>Macau, China</b>	14,4	3,4	1,3	25,3	21,7	9,2
<b>Madagaskar</b>	6,4	7,2	-4,7	0,3	1,5	3,0
<b>Malawi</b>	9,6	7,6	8,3	6,9	4,9	1,9
<b>Malaysia</b>	6,3	4,8	-1,5	7,5	5,3	5,5
<b>Malediven</b>	8,1	9,5	-6,6	7,1	8,4	2,3
<b>Mali</b>	3,5	4,8	4,7	5,4	3,2	-0,8
<b>Malta</b>	4,0	3,3	-2,4	3,5	1,4	2,6
<b>Marokko</b>	3,5	5,9	4,2	3,8	5,2	3,0
<b>Marshallinseln</b>	-1,6	-1,6	6,5	1,2	3,5	2,9
<b>Mauretanien</b>	2,8	1,1	-1,0	4,8	4,7	5,8
<b>Mauritius</b>	5,9	5,5	3,0	4,1	3,9	3,2
<b>Mazedonien, ehem. j.R.</b>	6,5	5,5	-0,4	3,4	2,3	-0,5
<b>Mexiko</b>	3,1	1,4	-4,7	5,1	4,0	4,0
<b>Mikronesien</b>	-1,9	-2,2	1,2	3,3	1,0	-1,7
<b>Mongolei</b>	8,8	7,8	-2,1	7,3	17,3	12,3
<b>Montenegro</b>	10,7	6,9	-5,7	2,5	3,2	-2,7
<b>Mosambik</b>	7,4	6,9	6,4	6,7	7,1	7,2
<b>Myanmar</b>	12,0	3,6	5,1	5,3	5,6	7,3
<b>Namibia</b>	3,6	2,7	0,3	6,0	5,1	5,1
<b>Nauru</b>	-24,9	34,4	8,7	13,6	11,7	10,1
<b>Nepal</b>	3,4	6,1	4,5	4,8	3,4	4,8
<b>Neuseeland</b>	4,0	-0,4	0,4	2,0	1,9	2,5
<b>Nicaragua</b>	5,1	3,4	-3,3	4,4	6,3	6,5
<b>Niederlande</b>	3,7	1,7	-3,8	1,4	1,7	-1,1
<b>Niger</b>	3,2	9,7	-0,7	8,4	2,2	11,9
<b>Nigeria</b>	7,3	7,2	8,4	11,3	4,9	4,3
<b>Norwegen</b>	2,9	0,4	-1,6	0,6	1,0	2,7
<b>Oman</b>	4,5	8,2	6,1	4,8	-1,1	9,3
<b>Österreich</b>	3,6	1,5	-3,8	1,9	2,8	0,7
<b>Pakistan</b>	5,5	5,0	0,4	2,6	3,6	3,8
<b>Palau</b>	-0,1	-5,8	-9,1	3,0	5,1	3,9
<b>Panama</b>	12,1	8,6	1,6	5,8	11,8	9,2
<b>Papua-Neuguinea</b>	11,1	-0,3	6,8	10,1	1,1	4,6
<b>Paraguay</b>	5,4	6,4	-4,0	13,1	4,3	-1,2
<b>Peru</b>	8,5	9,1	1,0	8,5	6,5	6,0
<b>Philippinen</b>	6,6	4,2	1,1	7,6	3,7	6,7
<b>Polen</b>	7,2	3,9	2,6	3,7	5,0	1,6
<b>Portugal</b>	2,5	0,2	-3,0	1,9	-1,8	-4,0
<b>Puerto Rico</b>	-1,2	-1,8	-2,0	-0,4	-0,4	0,0

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik und Analyse Zwecken (Web Tracking). Wie Sie dem Web Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Republik Moldau	3,0	7,8	-6,0	7,1	6,8	-0,7
Ruanda	7,6	11,2	6,3	7,3	7,8	8,8
Rumänien	6,9	8,5	-7,1	-0,8	1,1	0,6
Russland	8,5	5,2	-7,8	4,5	5,1	3,7
Salomonen	6,4	7,1	-4,7	6,8	13,2	4,6
Sambia	8,4	7,8	9,2	10,3	5,6	7,6
Samoa	0,5	3,6	-6,1	-2,0	5,6	0,4
San Marino	7,1	1,7	-12,8	-4,6	-9,5	-7,5
São Tomé und Príncipe	0,6	8,1	4,0	4,5	4,8	4,5
Saudi-Arabien	1,8	6,3	-2,1	4,8	10,3	5,4
Schweden	3,4	-0,6	-5,2	6,0	2,7	-0,3
Schweiz	4,1	2,1	-2,2	2,9	1,8	1,0
Senegal	4,9	3,7	2,4	4,3	1,9	4,5
Serbien	5,9	5,4	-3,1	0,6	1,4	-1,0
Seychellen	10,4	-2,1	-1,1	5,9	5,4	3,7
Sierra Leone	8,1	5,4	3,2	5,3	6,3	15,2
Simbabwe	-3,4	-16,3	7,4	15,4	16,3	13,6
Singapur	9,1	1,8	-0,6	15,2	6,2	3,9
Slowakei	10,8	5,6	-5,4	5,0	2,8	1,7
Slowenien	6,9	3,3	-7,8	1,2	0,6	-2,7
Spanien	3,8	1,1	-3,6	0,0	-1,0	-2,9
Sri Lanka	6,8	6,0	3,5	8,0	8,4	9,1
St. Kitts und Nevis	1,5	5,9	-1,0	-2,9	-0,9	-0,8
St. Lucia	1,6	5,2	-0,8	0,1	3,4	-0,7
St. Vincent u. die Grenadinen	3,1	-0,5	-2,0	-2,3	0,2	1,3
Südafrika	5,4	3,2	-1,5	3,0	3,3	2,2
Sudan	8,5	3,0	4,7	2,5	-1,2	-3,0
Südkorea	5,5	2,8	0,7	6,5	3,7	2,3
Suriname	5,1	4,1	3,0	5,2	5,8	2,7
Swasiland	3,9	2,8	4,5	3,5	2,0	3,5
Syrien	5,7	4,5	5,9	3,4	-	-
Tadschikistan	7,8	7,9	3,9	6,5	7,4	7,5
Taiwan	6,5	0,7	-1,6	10,6	3,8	2,1
Tansania	8,5	5,6	5,4	6,4	7,9	5,1
Thailand	5,4	1,7	-0,7	7,5	0,8	7,2
Timor-Leste	11,4	14,2	13,0	10,2	7,9	5,0
Togo	2,1	2,4	3,5	4,1	4,8	5,9
Tonga	-0,6	2,7	2,9	3,2	1,8	-1,1
Trinidad und Tobago	4,8	3,4	-4,4	3,3	-0,3	1,3
Tschad	3,3	3,1	4,1	13,6	0,1	8,8
Tschechien	5,6	2,7	-4,8	2,3	1,8	-0,8
Tunesien	6,3	4,5	3,1	2,6	-1,9	3,9
Türkei	5,0	0,8	-4,7	8,5	11,1	4,8
Turkmenistan	11,1	14,7	6,1	9,2	14,7	11,1
Tuvalu	6,3	8,0	-4,4	-3,1	7,9	-3,8
Uganda	8,1	10,4	8,1	7,7	6,8	2,2
Ukraine	8,2	2,2	-15,1	0,3	5,5	0,2
Ungarn	0,4	0,9	-6,6	0,7	1,7	-1,6
Uruguay	6,5	7,2	4,2	7,8	5,2	3,5
USA	1,8	-0,3	-2,8	2,5	1,6	2,2
Usbekistan	9,5	9,0	8,1	8,5	8,3	8,2
Vanuatu	5,2	6,4	3,3	1,6	1,2	1,8

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik und Analyse Zwecken (Web Tracking). Wie Sie dem Web Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Venezuela</b>	8,8	5,3	-3,2	-1,5	4,2	5,6
<b>Vereinigte Arabische Emirate</b>	3,2	3,2	-5,2	1,6	6,4	5,1
<b>Vereinigtes Königreich</b>	2,6	-0,6	-4,3	1,9	1,5	1,3
<b>Vietnam</b>	7,1	5,7	5,4	6,4	6,2	5,2
<b>Zentralafrikanische Rep.</b>	4,6	2,1	1,7	3,0	3,3	4,1
<b>Zypern</b>	4,8	3,9	-1,8	1,3	0,3	-3,2

<sup>1</sup> Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, USA, Vereinigtes Königreich / Deutschland, Frankreich und Italien sind auch in der Euroraum-Gruppe enthalten.

<sup>2</sup> GUS – Gemeinschaft unabhängiger Staaten / CIS – Commonwealth of Independent States

Quelle: International Monetary Fund (IMF): World Economic Outlook (WEO), Okt. 2017



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-nd/3.0/  
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den  
Abbildungen.

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analysezwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.



URL: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/261320/anti-korruptions-tag>

Pfad: Politik / Hintergrund aktuell / Dezember 2017 / Anti-Korruptions-Tag

8.12.2017

## Internationaler Anti-Korruptions-Tag

**Am 9. Dezember ist der jährliche Anti-Korruptions-Tag der Vereinten Nationen. Die UN will damit das Bewusstsein für das Phänomen der Korruption und seine gesellschaftsschädlichen Auswirkungen stärken. Für viele Länder ist die Korruption eines der größten Entwicklungshemmnisse.**

Eine Billion Dollar (rund 850 Milliarden Euro) sollen den **Vereinten Nationen (UN)** zufolge weltweit jährlich an Bestechungsgeldern bezahlt werden. Die durch Korruption pro Jahr veruntreute Summe wurde 2016 sogar auf 2,6 Billionen Dollar (etwa 2,2 Billionen Euro) geschätzt. Das entspricht nach UN-Berechnungen über 5 Prozent des weltweit erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts somit ungefähr dem Zehnfachen aller offiziellen Entwicklungshilfeszahlungen.

Aus Sicht der Vereinten Nationen ist die Korruption "ein ernstes Verbrechen, das die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in allen Gesellschaften untergräbt." Kein Land, keine Region und keine Gemeinschaft sei dagegen immun.

Bereits im Oktober 2003 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Konvention gegen Korruption und erklärte den 9. Dezember zum Internationalen Anti-Korruptions-Tag der Vereinten Nationen. Dieser soll das Bewusstsein für Korruption stärken und die Rolle der Konvention bei deren Bekämpfung und Verhinderung in das öffentliche Bewusstsein rücken.

In der Vergangenheit machte die UN an diesem Tag beispielsweise darauf aufmerksam, wie Korruption Demokratie und Rechtsstaatlichkeit untergräbt, zu Menschenrechtsverletzungen führt und Märkte verzerrt. In diesem Jahr liegt der Fokus darauf, wie Korruption weltweit das Erreichen der von den UN formulierten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung "**Sustainable Development Goals**" behindert. Unter dem Motto "Zusammen gegen Korruption" will die Kampagne Menschen dazu bewegen, ihre Haltung gegenüber den alltäglichen Formen der Korruption zu reflektieren und gemeinsam dagegen vorzugehen, um Entwicklung, Frieden und Sicherheit zu fördern.

### Weniger gemeldete Korruptionsfälle in Deutschland

Doch was genau ist Korruption? Es gibt keine einheitliche Definition dieses Begriffs. Die **Nichtregierungsorganisation (Non-governmental organization, NGO)** Transparency International versteht darunter den "Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil". Korruption komme etwa im nationalen oder internationalen Geschäftsverkehr vor und drücke sich unter anderem durch die Käuflichkeit von Politikern, Polizisten oder Staatsbediensteten aus – oder ganz generell durch Versuche, durch Schmiergelder Vorteile zu erlangen.

Das Bundeskriminalamt (BKA) bezeichnet Korruption in seinem **Bundeslagebild Korruption 2016** als "Missbrauch eines öffentlichen Amtes, einer Funktion in der Wirtschaft oder eines politischen Mandats". Die Sicherheitsbehörde führt weiter aus, dass der Machtmissbrauch aus Eigennutz, zugunsten von Dritten oder für Unternehmen stattfinden könne. Im Vergleich zum Vorjahr registrierte das BKA 2016 etwa ein Viertel weniger gemeldete Straftaten. Für die in der Gesamtschau rückläufige Anzahl sieht das BKA etwa die Schaffung von Compliance-Strukturen, also die Einführung von Anti-Korruptionsrichtlinien sowie die Einstellung Compliance-Beauftragter in vielen Unternehmen und "die im Rahmen der Korruptionsprävention in Bund und Ländern durchgeführten Maßnahmen wie E-Learning-Systeme zur Sensibilisierung von Bediensteten" als Ursache an.

2016 war dabei der Rückgang der Fälle auffällig, in denen die öffentliche Verwaltung Zielbereich der Korruption war. Nachdem der Anteil der öffentlichen Verwaltung zuvor auf bis zu 71 Prozent gestiegen war, lag er 2016 mit 49 Prozent unter dem Niveau der vergangenen Jahre. Die Wirtschaft ist nach Schwankungen in den vergangenen Jahren für etwa ein Drittel (30 %) der Delikte 2016 das Zielgebiet. Im Bereich der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden hat die Korruption an relativer Bedeutung gewonnen: sie erreicht mit 18 Prozent den höchsten anteiligen Wert der vergangenen fünf Jahre. Eine kleinere Fallzahl (3 %) betrifft auch die Politik als Zielbereich.

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analyse Zwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

Die beiden Vorteile, die sich die "Geber" durch ihre korrupten Handlungen hauptsächlich sicher möchten, sind die Erlangung

von behördlichen Genehmigungen (37,9 %) und von Aufträgen (33,0 %). Insgesamt ist laut BKA der aus Korruption entstandene finanzielle Schaden von 222 Millionen im Jahr 2015 auf 123 Millionen Euro im Jahr 2016, also um 45 Prozent, gesunken.

### Deutschland hat strengere Gesetze eingeführt

Deutschland hat zuletzt seine Gesetze zum Kampf gegen Bestechung und Vetternwirtschaft verschärft. Mit Inkrafttreten des "Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption" (Korruptionsbekämpfungsgesetz) im November 2015 wurde die Strafbarkeit im Korruptionsbereich erweitert und Vorschriften des Korruptionsstrafrechts aus dem Neben- in das Kernstrafrecht überführt.

Im Juni 2016 trat nach langer politischer Diskussion zudem das "Gesetz zur Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen" in Kraft. Seither gelten auch für niedergelassene Ärzte strenge Regeln – bestechliche Mediziner riskieren bis zu drei Jahre Haft. Schätzungen zufolge entsteht den gesetzlichen Krankenkassen durch Korruption und falsche Abrechnungen ein Schaden im Milliardenbereich. Transparency International hält dieses Gesetz jedoch für noch nicht ausreichend. Auch in anderen Bereichen fordert die NGO von der Bundesregierung noch strengere Regelungen zur Korruptionsbekämpfung.

Lange Zeit gehörte Deutschland der UN-Konvention gegen Korruption nicht an. Erst am 12. November 2014 ratifizierte die Bundesrepublik das bereits 2003 unterzeichnete internationale Vertragswerk und war damit das letzte Land der Europäischen Union. Fast alle Staaten haben das Abkommen mittlerweile ratifiziert und sich damit verpflichtet, Korruption von Amtsträgern zu bestrafen und bei der Korruptionsbekämpfung international miteinander zu kooperieren. Transparency International sieht hier jedoch noch immer Verbesserungsbedarf auf deutscher Seite.

Eine frühere Ratifizierung der UN-Konvention war seitens Deutschlands wegen fehlender gesetzlicher Regelungen gegen Bestechung von Abgeordneten nicht möglich. Erst 2014 verabschiedete der Bundestag eine entsprechende Gesetzesreform. Nach dieser kann ein Abgeordneter, der für sich oder für Dritte einen "ungerechtfertigten Vorteil" fordert und im Gegenzug dafür bei der Wahrnehmung seines Mandats eine Handlung vornimmt oder unterlässt, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe bestraft werden. Die Internetplattform [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) kritisierte damals, das Gesetz sei im Grunde wirkungslos. Denn nachzuweisen, dass ein Parlamentarier "im Auftrag oder auf Weisung" gehandelt habe, wie es das Gesetz fordert, sei in der Praxis kaum möglich.

### Deutschland schneidet im internationalen Vergleich gut ab

Trotz aller Kritik: Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland relativ gut ab. Im **Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perception Index, CPI)** von Transparency International aus dem Jahr 2016 belegt die Bundesrepublik unter den 176 aufgeführten Ländern zusammen mit Luxemburg und Großbritannien Rang 10. Auf einer Skala von 0 (hohes Maß an Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption) erzielte sie 81 Punkte. 2014 erreichte Deutschland noch zwei Punkte weniger.

Der CPI ist ein Meta-Index, der sich aus 13 verschiedenen Untersuchungen speist, die auf der Befragung von Geschäftsleuten und Länderanalysten basieren. Mit dem Index wird Transparency International zufolge aber nur die wahrgenommene Korruption bei Politikern und Beamten gemessen. Die tatsächliche Korruption dürfte höher sein.

Dem Index zufolge teilten sich Dänemark und Neuseeland die Spitzenposition 2016. Auch die nordeuropäischen Länder Schweden, Norwegen und Finnland waren in den vergangenen Jahren in den oberen Positionen vertreten. Unter den fünf Schlusslichtern des Rankings sind vier Bürgerkriegsländer: Somalia, Südsudan, Syrien und Jemen sowie das diktatorisch regierte Nordkorea. Transparency International nennt neben strengen gesetzlichen Bestimmungen auch gefestigte demokratische Strukturen mit einer unabhängigen Justiz und Pressefreiheit als wichtige Faktoren im Kampf gegen Korruption.

### Mehr zum Thema:

**Tom Burgis: Der Fluch des Reichtums. Warlords, Konzerne, Schmuggler und die Plünderung Afrikas** (Schriftenreihe, Band 10067)

**Hans Leyendecker: Korruption: Spiegel der politischen Kultur** – Essay (APuZ 3-4/2009)

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu **Wolfgang Hetzer: Organisierte Kriminalität und Korruption** (APuZ B32-33/2001) Statistik- und Analysezwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.



URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20089/marktwirtschaft>  
Pfad: Nachschlagen / Lexika / Das Lexikon der Wirtschaft / M / Marktwirtschaft

## Marktwirtschaft

### freie Verkehrswirtschaft

Wirtschaftsordnung, in der Privateigentum an den Produktionsmitteln sowie die Abstimmung aller wirtschaftlichen Handlungen bei dezentraler Wirtschaftsplanung über den Markt typisch ist. Eine Marktwirtschaft besteht aus einer Vielzahl von Märkten, innerhalb derer Anbieter und Nachfrager sich gegenseitig beeinflussen. Der Staat setzt in der Marktwirtschaft nur Rahmenbedingungen fest, greift selbst aber nicht in das Marktgeschehen ein. Das Recht auf selbstständige Betätigung und eigenständige wirtschaftliche Entscheidungen ist sichergestellt. Jedes Unternehmen entscheidet nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, welche Güter und Leistungen produziert werden sollen. Der Wettbewerb der Unternehmen um die Verbraucher beeinflusst dabei Qualität, Menge und Preis der Waren und Leistungen, sodass die Verbraucher indirekt Einfluss auf das Angebot der Erzeugnisse haben (Konsumfreiheit). Die Preise für Waren und Leistungen bilden sich nach Angebot und Nachfrage auf Märkten. Die volkswirtschaftlichen Produktionsmittel gehören privaten Unternehmen und die Höhe des Gewinns ist der entscheidende Auslöser für deren wirtschaftliches Handeln. Die Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, die in den meisten westlichen Industriestaaten praktiziert wird. Besondere Formen dieser Wirtschaftsordnung sind die im Zeitalter des Kapitalismus bestehende **freie Marktwirtschaft (siehe dort)** und die in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 umgesetzte **soziale Marktwirtschaft (siehe dort)**.

*Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.*

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analysezwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.



URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20292/planwirtschaft>  
Pfad: Nachschlagen / Lexika / Das Lexikon der Wirtschaft / P / Planwirtschaft

## Planwirtschaft

Bezeichnung für eine Wirtschaftsordnung, in der das gesamte wirtschaftliche Geschehen von einer zentralen Stelle nach politischen und wirtschaftlichen Zielvorstellungen geplant, gelenkt und verwaltet wird. Der Staat bzw. staatliche Planungsbehörden auf allen Planungsebenen bestimmen die gesamte Produktion (d. h., wer welche Güter womit herstellt), die Verteilung (d. h., wer welche Güter wo erhält) und die Preise aller Güter und Dienstleistungen.

Der deutsche Ökonom Walter Eucken (\* 1891, † 1950) prägte für die Planwirtschaft die Bezeichnung **Zentralverwaltungswirtschaft** (siehe dort), um den Unterschied zu einer Marktwirtschaft, in der alle Unternehmen und alle Haushalte ebenfalls planen, besser zu verdeutlichen. Der Begriff Zentralverwaltungswirtschaft trifft deshalb den Charakter dieser durch den Staat zentral geleiteten und verwalteten Wirtschaft genauer. Begriffe wie Kommando- oder Befehlswirtschaft sind jedoch auch gebräuchlich für diese Wirtschaftsordnung, da in einer solchen Wirtschaft Anweisungen und Planvorgaben der staatlichen Planungsbehörden verbindlich sind und keine oder nur ganz geringe Entscheidungsspielräume bestehen. Die Planwirtschaft war bis 1990 die Wirtschaftsordnung der meisten sozialistischen Staaten im Einflussgebiet der ehemaligen Sowjetunion und der Volksrepublik China.

*Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.*

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analyse Zwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.



## soziale Marktwirtschaft

### Ludwig Erhard

Der deutsche Politiker und Wirtschaftswissenschaftler wurde 1897 geboren. Als Direktor der Wirtschaftsverwaltung des »Vereinigten Wirtschaftsgebietes« (1948/49) erklärte Erhard 1948 mit der Währungsreform gegen den Widerstand der Besatzungsmächte das Ende der Zwangswirtschaft. Zusammen mit Alfred Müller-Armack entwarf er in den 1940er-Jahren das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, die er dann auch als erster Bundeswirtschaftsminister (1949 bis 1963) unter dem Bundeskanzler Konrad Adenauer erfolgreich durchsetzte. Der von ihm eingeleitete wirtschaftliche Aufschwung begründete seinen Ruf als »Vater des deutschen Wirtschaftswunders«. Von 1957 bis 1963 war der CDU-Politiker zugleich Vizekanzler. 1963 wählte ihn der Bundestag zum Nachfolger Adenauers; 1966/67 war er auch Vorsitzender der CDU. Nach innerparteilicher Kritik trat Erhard 1966 als Bundeskanzler zurück. Von 1949 bis ein Jahr vor seinem Tod 1977 war Erhard auch Bundestagsabgeordneter.

die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland; so benannt und wesentlich mitgeprägt von dem Ökonomen und Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Alfred Müller-Armack (\* 1901, † 1978) und vom ersten Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (\* 1897, † 1977) und nach dem Zweiten Weltkrieg praktisch umgesetzt. Die soziale Marktwirtschaft baut auf Elementen der freien Marktwirtschaft auf, ist in der tatsächlichen Ausgestaltung jedoch durch die wirtschaftstheoretischen Vorstellungen des **Neoliberalismus** (siehe dort) und des **Ordoliberalismus** (siehe dort), vor allem vom Nationalökonom Walter Eucken (\* 1891, † 1950) und der Freiburger Schule geprägt.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates in der sozialen Marktwirtschaft ist die Schaffung eines rechtlichen Rahmens, innerhalb dessen sich das wirtschaftliche Handeln abspielen kann. Dazu gehört die Sicherung persönlicher Freiheitsrechte wie das Recht auf freie wirtschaftliche Betätigung und die Möglichkeit, ein selbstständiges Gewerbe gründen zu können, das Privateigentum an den Produktionsmitteln oder das Recht, Vereinigungen zur Wahrung wirtschaftlicher und sozialer Interessen zu bilden. Die Gewährleistung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs sowie dessen Erhaltung durch eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung, die wettbewerbsbeschränkende Vorgänge auf den Märkten verhindert, sind ebenfalls von grundsätzlicher Bedeutung. Weitere Gestaltungsmerkmale der sozialen Marktwirtschaft sind z. B. freie Preisbildung für Güter und Leistungen am Markt, Gewinnstreben als Leistungsanreiz, eine von staatlichen Weisungen unabhängige Zentralbank, das Recht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, über ihre jeweiligen Verbände die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung ohne staatlichen Eingriff zu regeln (Tarifautonomie), eine aktive Wirtschafts-, Konjunktur- und Steuerpolitik des Staates sowie ein Netz von Sozialleistungen, das z. B. Alte, Kranke, Einkommensschwache oder Arbeitslose vor wirtschaftlicher Not schützt, wenn eine Eigenversorgung nicht möglich ist.

Der Anspruch der sozialen Marktwirtschaft ist, die Vorteile einer freien Marktwirtschaft wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit oder hohe Güterversorgung zu verwirklichen, gleichzeitig aber deren Nachteile wie zerstörerischer Wettbewerb, Ballung wirtschaftlicher Macht oder unsoziale Auswirkungen von Marktprozessen (z. B. Arbeitslosigkeit) zu vermeiden. Die Zielsetzung der sozialen Marktwirtschaft ist deshalb ein größtmöglicher Wohlstand bei bestmöglicher sozialer Absicherung. Der Staat verhält sich aus diesem Grund nicht passiv, sondern greift aktiv in das Wirtschaftsgeschehen z. B. durch konjunkturpolitische, wettbewerbspolitische und sozialpolitische Maßnahmen ein. Eingriffe des Staates in die Wirtschaft erfolgen im allgemeinen Interesse und in solchen Bereichen, wo Anbieter oder Nachfrager durch angepasste, marktwirtschaftlich vertretbare Maßnahmen geschützt werden müssen (z. B. beim Verbraucherschutz oder der Wettbewerbsgesetzgebung).

Die soziale Marktwirtschaft hat sich seit ihrer Einführung nach 1948 in der Bundesrepublik Deutschland bewährt und zu einer bis dahin nicht gekannten Steigerung des Wohlstandes bei breiten Bevölkerungsschichten und zu einem hohen Maß an sozialer Sicherheit geführt. Allerdings waren Art und Umfang der staatlichen Eingriffe z. B. mit dem Hinweis auf den **Wohlfahrtsstaat** (siehe dort) politisch immer wieder umstritten. Informationen dazu finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.





# KURZGEFASST: Arten und Umfang von Korruption

Grundsätzlich können drei Arten von Korruption unterschieden werden, die insbesondere in Umfang und Dauer voneinander abweichen. Diese sind:

- die situative Korruption
- die strukturelle Korruption und
- die systematische Korruption

"Gelegenheit macht Diebe" - mit diesem geflügelten Wort kann das Aufkommen "situativer Korruption" erklärt werden. Der Mitarbeiter, der zwischen den überreichten Antragsunterlagen plötzlich einen Geldschein entdeckt, muss in Sekundenbruchteilen entscheiden, ob er empört aufschreckt oder sich bestechen lässt. Dass in dieser Überraschungssituation die Entscheidung häufig anders ausfallen wird, als es nach reiflicher Überlegung und Abwägung geschehen würde, liegt auf der Hand.

Problematischer als die nur gelegentlich vorkommende "situative Korruption" ist dagegen die "strukturelle Korruption", bei der sich Strukturen gebildet haben, in denen es leicht ist, Einfluss zu nehmen. Hier kennt der Täter sein Gegenüber und weiß es einzuschätzen - die Gefahr, zur Rechenschaft gezogen zu werden, ist für ihn damit niedriger. Gegebenenfalls hat er sein gegenüber auch schon "angefüttert". Dieses typische Vorgehen bei der Einflussnahme, bei dem Zuwendungen unscheinbar beginnen und dann im Lauf der Zeit so gesteigert werden, dass der "Nehmer" - häufig ohne es selber wahrzunehmen - die Schwelle zum Unrecht überschreitet, kann hier gut erklärt und "vorgespült" werden.

Es liegt auf der Hand, dass solche Strukturen zumindest in Bereichen mit erhöhter Korruptionsgefahr aufgebrochen werden sollten.

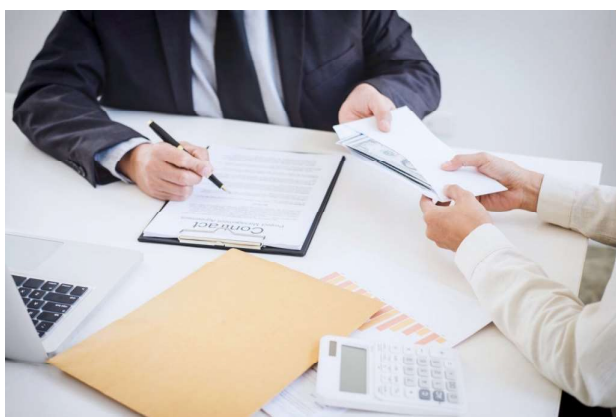
Am schlimmsten und am wenigsten greifbar ist die "systematische Korruption", bei der ganze Verwaltungsbereiche zielgerichtet mit einem Netzwerk überzogen werden oder ein paralleles System, das von Korruption geprägt ist, geschaffen wird, um Einfluss zu nehmen.

Ob und in welchem Umfang der öffentliche Dienst und die eigene Behörde von unlauteren Machenschaften betroffen ist, kann empirisch nicht oder nur schwer belegt werden. Es ist aber wichtig, dass die Annahme, dass neben dem normalerweise kleinen Hellfeld ein großes Dunkelfeld existiert (unter der Spitze des Eisberges ein im Wasser befindlicher Eisberg), begründet ist.

Mit Ihrer Hilfe können wir die Gefahren an Ihrem Arbeitsplatz, die zum Schaden aller sind, wirksam bekämpfen.

# Aufklärung von Korruption und Bestechung

## Aufklärung von Korruption und Bestechung durch die Wirtschaftsdetektei corma



### Korruption und Bestechung: Was ist das eigentlich?

Über 6.500 gemeldete Fälle an Korruptionsstraftaten im Jahr 2016, hinzu kommen knapp 2.800 Begleitdelikte. Die plakative Aussage, dass die Korruption Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist, greift zu kurz. Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt, wie groß die Schwankung bei den gemeldeten Vorfällen ist.

Dennoch müssen Unternehmen ein wachsames Auge auf ihre Abläufe halten, um beim ersten Verdacht einer drohenden Korruption zu reagieren. Die Wirtschaftsdetektei corma ist als Gesellschaft für Wirtschaftsermittlungen im nationalen und internationalen Raum Ihr Ansprechpartner für Recherchen und intelligente Lösungen rund um Korruptions- und Bestechungsdelikte. Nachfolgend erfahren Sie, was sich hinter dem Begriff Korruption verbirgt, wie Sie diese erkennen und welche Maßnahmen Sie im Schadenfall treffen sollten.

### Der Korruptionsbegriff umfasst viele Tatbestände

Im deutschen Strafrecht ist keine Definition des Korruptionsstraftatbestands genannt. Auf die Frage „Was ist Korruption?“ gibt es keine kurze und knappe Antwort. Das Strafgesetzbuch fasst darunter die Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung, die Bestechlichkeit und die Bestechung zusammen. Hinzu kommen begleitende Straftatbestände wie die Geldwäsche oder die Steuerhinterziehung. Im Geschäftsleben steht dabei die Vergabe von Aufträgen im Vordergrund. Zwar hat sich Deutschland auf dem Korruptionsindex Transparency International von Rang 12 im Jahr 2014 auf Rang 10 im Jahr 2015 verbessert. Doch die finanziellen Schäden durch Wirtschaftskriminalität werden in Deutschland auf rund 100 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

### Das Korruptionsdelikt: Wie erkennt man es?

Da es auf die Frage „Was ist eine Korruption?“ keine einheitliche Antwort gibt, sollten Sie als Unternehmer bei einem Anfangsverdacht genau hinsehen. Für den juristischen Laien ist der Unterschied zwischen Korruption zu Bestechung nur schwer verständlich. Dennoch gibt es klare Anzeichen, die Sie misstrauisch machen sollten. Vereinfacht gesagt spricht man im Wirtschafts- und Geschäftsleben von einem Korruptionsverdacht, wenn eine Vertrauensstellung missbraucht wird, um einen materiellen oder einen immateriellen Vorteil zu bekommen, der juristisch nicht begründet ist.

Um unsere Webseite für Sie optimal zu gestalten und fortlaufend verbessern zu können, verwenden wir Cookies. Durch die weitere Nutzung der Webseite stimmen Sie der Verwendung von Cookies zu. [Weitere Informationen](#)

## Korruption und Bestechung nach dem Strafgesetzbuch

Die häufigste Korruptionsstraftat ist die Bestechung. Eine Definition des Begriffs ist im Strafgesetzbuch in den Paragraphen 331 bis 334 nachzulesen. Danach ist die **Bestechung** ein Amtsdelikt oder ein Angriff, der von einem staatlich Bediensteten verübt wird. Das schützenswerte Gut ist in diesem Fall die ordnungsgemäße Ausübung des jeweiligen Amtes. Und damit das Vertrauen, das die Öffentlichkeit dem jeweiligen Amt und dem Amtsträger gewährt. Bestechung wird mit einer Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren bestraft, sofern die vorgelegten Beweismittel den Verdacht zweifelsfrei belegen. Ähnlich schwerwiegend sind die **Bestechlichkeit** sowie die **Vorteilsgewährung** und die **Vorteilsnahme** StGB. Nach dem **§ 299 StGB** gelten Angestellte oder Beauftragte eines Unternehmens als Täter, sofern sie sich durch Korruptionsdelikte einen wirtschaftlichen Vorteil im Wettbewerb verschaffen.

Als Wirtschaftsdetektei unterstützt Sie corma durch professionelle externe Ermittler für Ihre internen Ermittlungen. Im Auftrag unserer Kunden führen wir **Internetrecherchen** durch, wir übernehmen **Wirtschaftsermittlungen** und **überprüfen Geschäftspartner**, und wir kümmern uns um **Intelligence Analysen** sowie um **Lösungen für Brand Protection**. Nehmen Sie bei Fragen zur Korruptionsbekämpfung für Ihr Unternehmen gerne jederzeit **Kontakt** mit uns auf.

## Prävention und Schadensfall: Wie kann ich mich schützen?

Korruptionsbekämpfung sollte Bestandteil Ihrer Geschäftsphilosophie sein. In vielen Unternehmen ist sie Teil der Compliance. Sie fördert den guten Ruf und mindert Risiken. Nicht nur deshalb fordern immer mehr große internationale Unternehmen von ihren Lieferanten und Zulieferern Antikorruptionsmaßnahmen und -systeme. Die Unternehmensleitung sollte eine eindeutige Entscheidung für die Einführung eines Antikorruptionsprogramms treffen. In einer Risikoanalyse gilt es herauszufinden, welche Teile des Unternehmens besonders anfällig sind. Im nächsten Schritt planen Sie konkrete Maßnahmen, um Korruption vorzubeugen und zu bekämpfen. Diese Planung beziehen sich zum einen auf die Mitarbeiter des Unternehmens, zum anderen auf die Geschäftspartner.

Im Schadensfall sind unsere professionellen Ermittler für Sie da, um Fälle von Bestechung und Bestechlichkeit, von Vorteilsgewährung und Vorteilsannahme schnell und effektiv aufzuklären.

## Profis am Werk: Wie gehen wir vor?

Als international tätige Wirtschaftsdetektei setzt die corma GmbH bei allen Ermittlungen auf ein professionelles und strukturiertes Vorgehen. Wir informieren Sie gerne über unsere **Ermittlungsmethoden**. Natürlich steht Ihnen auch unser Datenschutzbeauftragter zur Verfügung, damit wir die für bestmögliche Vereinbarung finden.

Jede unserer Ermittlungen basiert auf einem durchdachten **Ermittlungsplan**, um alle Fakten lückenlos aufzuklären und gerichtlich verwertbare Beweise einzuholen. Das gilt für die Beweispflicht bei Vorteilsannahme ebenso wie für alle anderen Korruptionstatbestände.

Für alle Fragen oder für ein unverbindliches Angebot kontaktieren Sie uns bitte unter der Rufnummer **0800-349 00 80**, oder nutzen Sie das **Kontaktformular**.

### Wie können wir Ihnen helfen?

Sie wollen Ihren Fall durch professionelle Ermittlungen klären lassen? Kontaktieren Sie uns und wir finden für Sie eine passgenaue Lösung

- unentgeltlicher Kostenvorschlag natürlich inklusive!

Senden Sie uns eine **E-Mail**, nutzen Sie unser **Formular** oder

Um unsere Webseite für Sie optimal zu gestalten und fortlaufend verbessern zu können, verwenden wir Cookies. Durch die weitere Nutzung der Webseite stimmen Sie der Verwendung von Cookies zu. **Weitere Informationen** **OK**

COUNCIL OF EUROPE



Avenue de l'Europe  
F-67075 Strasbourg Cedex  
Tel. +33 (0)3 88 41 20 00  
www.coe.int

CONSEIL DE L'EUROPE

Sie sind hier: Portal > View

STAATENGRUPPE GEGEN KORRUPTION (GRECO)

# Der Europarat ermutigt Dänemark, seine Instrumente zur Korruptionsprävention weiterzuentwickeln

STRABBURG | 16/04/2014



In Dänemark scheinen die Maßnahmen zur Prävention der Korruption von Abgeordneten, Richtern und Staatsanwälten in der Praxis gut wirksam zu sein. Allerdings gewährleistet das aktuelle System, das auf Vertrauen basiert, in Zukunft möglicherweise nicht immer ausreichende Sicherheit gegen Korruptionsrisiken.

Dies sind die wichtigsten Ergebnisse eines [Evaluierungsberichts](#), den die Staatengruppe des Europarates gegen Korruption (GRECO) heute veröffentlicht hat.

Der Bericht hält fest, dass Dänemark traditionell als eines der am wenigsten korrupten Länder Europas gilt und dass die unter Abgeordneten, Richtern und Staatsanwälten wahrgenommene Korruption relativ gering ist. Es besteht jedoch noch Raum für Verbesserung, insbesondere im Hinblick auf Interessenskonflikte von Parlamentariern.

GRECO empfiehlt deshalb, einen Verhaltenskodex für Abgeordnete sowie Regeln für Interessenskonflikte und Vermögenserklärungen auszuarbeiten. ([weiter...](#))

[Dänemark im Europarat](#)

DER EUROPARAT AUF



FACEBOOK



Sei der/die Erste deiner Freunde, dem/der das gefällt



Council of Europe

vor 21 Stunden

SG Jagland comments on the decision to re-run the local elections in Istanbul.



COE.INT

**Secretary General Jaglan...**

Secretary General Strasbourg...

32 5 10

@COE AUF TWITTER

COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE

Avenue de l'Europe  
F-67075 Strasbourg Cedex  
Tel. +33 (0)3 88 41 20 00  
www.coe.int

Vertragsbüro

Sie sind hier: [Conventions](#) > [Suche](#)

# Suche nach Verträgen

## Details zum Vertrag-Nr.173

*Strafrechtsübereinkommen über Korruption*

<b>Titel</b>	Strafrechtsübereinkommen über Korruption
<b>Referenz</b>	SEV Nr.173
<b>Zeichnungsauflegung</b>	Straßburg, 27/01/1999 - Vertrag aufgelegt zur Unterzeichnung durch die Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedstaaten, die an seiner Weiterentwicklung, und zum Beitritt durch andere Nichtmitgliedstaaten und durch die Europäische Union teilgenommen haben
<b>Inkrafttreten</b>	01/07/2002 - 14 Ratifikationen.
<b>Zusammenfassung</b>	<p><a href="#">DE</a> <a href="#">EN</a> <a href="#">FR</a> <a href="#">IT</a> <a href="#">RU</a></p> <p>Das Übereinkommen ist ein ehrgeiziges Vorhaben mit dem Ziel, eine große Anzahl korrupter Praktiken koordiniert unter Strafe zu stellen. Es sieht ferner ergänzende strafrechtliche Maßnahmen und bessere internationale Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Bestechungsdelikten vor. Das Übereinkommen steht Nichtmitgliedsstaaten zum Beitritt offen. Über seine Durchführung wacht eine Gruppe von Staaten, die sich zum Kampf gegen Korruption zusammengetan und am 1. Mai 1999 die Arbeit aufgenommen haben, die sog. Group of States against Corruption (GRECO). Mit der Ratifizierung werden Staaten automatisch Mitglied der GRECO-Gruppe, falls sie es nicht schon sind.</p> <p>Das Übereinkommen ist sehr weitreichend und ergänzt bestehende rechtlich verbindliche Texte. Es umfasst folgende Formen korrupten Verhaltens, die üblicherweise als besondere Arten von Korruption betrachtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• aktive und passive Bestechung in- und ausländischer Amtsträger öffentlicher Behörden,</li> <li>• aktive und passive Bestechung von Abgeordneten in nationalen oder ausländischen Parlamenten oder von Mitgliedern internationaler parlamentarischer Versammlungen,</li> <li>• aktive und passive Bestechung im Privatsektor,</li> <li>• aktive und passive Bestechung internationaler Beamter,</li> <li>• aktive und passive Bestechung in- und ausländischer und internationaler Richter und von Beamten internationaler Gerichtshöfe,</li> <li>• aktiver und passiver Handel mit Einfluss und Beziehungen,</li> <li>• Geldwäsche als Folge von Bestechungsdelikten,</li> <li>• Buchführungsdelikte im Zusammenhang mit Bestechungsdelikten (Rechnungen, Bilanzen usw.).</li> </ul> <p>Die Staaten sind gehalten, wirksame und abschreckende Strafen und Maßnahmen einschließlich evtl. Auslieferungshaft vorzusehen. Auch juristische Personen haften für zu ihren Gunsten begangene Delikte; ihnen drohen wirksame strafrechtliche oder nichtstrafrechtliche Sanktionen einschließlich Geldbußen. Das Übereinkommen enthält auch Bestimmungen über Anstiftung und Beihilfe, Straflosigkeit, Kriterien zur Bestimmung des staatlichen Gerichtsstands, Haftung juristischer Personen, Schaffung besonderer Dienststellen zur Korruptionsbekämpfung, Schutz von Personen, die mit den Untersuchungsbehörden und der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten, Sammlung von Beweismaterial sowie die Einziehung erlangter Gewinne.</p> <p>Das Übereinkommen fordert verstärkte internationale Zusammenarbeit (Amtshilfe, Auslieferung und Übermittlung von Informationen) bei der Untersuchung und Verfolgung von Bestechungsdelikten.</p>
<b>Offizielle Texte</b>	
<b>DE, IT, RU Texte</b>	
<b>Links zum Thema</b>	<a href="#">Unterzeichnungen und Ratifizierungen</a> <a href="#">Vorbehalte und Erklärungen</a> <a href="#">Erläuternder Bericht</a> <a href="#">Protokolle</a>
<b>Verwandte Texte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <a href="#">Chart of renewal of declarations or reservations.</a></li> <li>• Zivilrechtsübereinkommen über Korruption (<a href="#">SEV Nr. 174</a>).</li> <li>• <a href="#">Übersetzungen nach nicht-offiziellen Sprachen sortiert.</a></li> <li>• <a href="#">Note for information</a> - Accession to the Criminal Law Convention by a State which is not a member of the Council of Europe.</li> </ul>

COUNCIL OF EUROPE



Avenue de l'Europe  
F-67075 Strasbourg Cedex  
Tel. +33 (0)3 88 41 20 00  
www.coe.int

CONSEIL DE L'EUROPE

Sie sind hier: [Portal](#) > [Neuigkeiten](#)

# Pressesaal

## GRECO: Nichtkonformitätsverfahren für Dänemark eingeleitet

[DE](#) [EN](#) [FR](#) [IT](#) [RU](#)

STAATENGRUPPE GEGEN KORRUPTION | STRASBURG | 12. SEPTEMBER 2018



Shutterstock.com

Die Antikorruptionsexperten des Europarates (**GRECO**) haben entschieden, gegen Dänemark ein Nichtkonformitätsverfahren einzuleiten, heißt es in einem heute veröffentlichten **Compliance-Bericht**. Die Gründe dafür liegen in dessen unzureichenden Maßnahmen zur Korruptionsprävention bei Parlamentariern und im Justizwesen. Die GRECO kommt zu dem Schluss, dass Dänemark nur eine von sechs Empfehlungen, die vor mehr als vier Jahren erlassen wurden, zufriedenstellend umgesetzt hat.

Trotz der Wahrnehmung Dänemarks als eines der am wenigsten von Korruption betroffenen Länder in Europa bedarf es konkreter Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Korruption.

GRECO empfiehlt, dass Dänemark einen Verhaltenskodex aufstellt, der tatsächlich angewendet, wirksam durchgesetzt und bei Parlamentariern angewendet wird. Er sollte durch praktische Maßnahmen wie Ausbildung und Beratung ergänzt werden.

- > [Pressemitteilung \[EN\]- GRECO places Denmark in its non-compliance procedure](#)

### • Neuigkeiten

- [News 2019](#)
- [News 2018](#)
- [News 2017](#)
- [News 2016](#)
- [News 2015](#)
- [News 2014](#)
- [News 2013](#)
- [News 2012](#)
- [News 2011](#)

### TERMINE

4. - 6. MAI 2019  
NORDMAZEDONIEN  
**PACE beobachtet 2.**  
Wahlgang bei  
Präsidentschaftswahlen  
in Nordmazedonien

[Die Woche in Kürze >](#)

### RESSOURCEN

- > [Direktion für Kommunikation](#)
- > [Termine](#)
- > [Pressemitteilungen](#)
- > [Reden](#)
- > [Kanal für Menschenrechte](#)
- > [Bilderdatenbank](#)
- > [Video-on-Demand-Dienste](#)
- > [Dossiers](#)

### FÜR DIE PRESSE

- [Unsere Pressemitteilungen per E-Mail](#)
- [Akkreditierung](#)

COUNCIL OF EUROPE



Avenue de l'Europe  
F-67075 Strasbourg Cedex  
Tel. +33 (0)3 88 41 20 00  
www.coe.int

Sie sind hier: [Portal](#) > [Neuigkeiten](#)

# Pressesaal

## GRECO-Bericht über Dänemark: Mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung benötigt

DE EN FR IT RU

STAATENGRUPPE GEGEN KORRUPTION (GRECO) | STRASBURG | 6. JUNI 2018



Die Antikorruptionsgruppe des Europarates (GRECO) hat heute ihren [sechsten zwischenzeitlichen Compliance-Bericht](#) zur Transparenz der Parteienfinanzierung in Dänemark veröffentlicht. Seit dem [im Jahr 2010 veröffentlichten Evaluierungsbericht](#) ist zwar ein gewisser Fortschritt erzielt worden, dennoch ist die GRECO eher enttäuscht angesichts der in den vielen Jahren insgesamt erzielten wenigen Fortschritte.

Die GRECO begrüßt, dass die dänischen Behörden ein Verbot von Spenden durch anonyme Spende eingeführt haben, ist jedoch besorgt, dass das Verbot nur für Spenden an politische Parteien und Kandidatenlisten und nicht für einzelne Kandidaten gilt. Die hoch angesetzte Grenze (derzeit ca. 2 700 Euro), unterhalb welcher anonyme Spenden angenommen werden dürfen, ist hinsichtlich der Transparenz ebenfalls kritisch zu sehen.

Die GRECO ist darüber erfreut, dass eine klare Verpflichtung zur Kontrolle von Parteien, die an nationalen und/oder europäischen Wahlen teilnehmen, durch einen unabhängigen Prüfer ins Gesetz aufgenommen wurde. Allerdings fehlt es weiterhin an spezifischen Richtlinien für politische Parteien, und es ist bedauerlich, dass nach wie vor kein unabhängiger Mechanismus für die Überwachung der politischen Finanzierung von Parteien und Wahlkampagnen eingerichtet wurde, obwohl europäische Normen dies erfordern. Nach Ansicht der GRECO wäre beispielsweise die staatliche Rechnungsprüfung geeignet, eine solche Funktion auszuüben.

Dänemark hat sich seit dem Evaluierungsbericht 2010 zufriedenstellend mit sechs von vierzehn Empfehlungen befasst. Während dies Dänemark ermöglichte, das Nichteinhaltungsverfahren abzuschließen, hat die GRECO die Dänemark aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2018 einen Bericht über weitere Maßnahmen zur Umsetzung der noch nicht umgesetzten Empfehlungen vorzulegen.

### Neuigkeiten

- [News 2019](#)
- [News 2018](#)
- [News 2017](#)
- [News 2016](#)
- [News 2015](#)
- [News 2014](#)
- [News 2013](#)
- [News 2012](#)
- [News 2011](#)

### TERMINE

4. - 6. MAI 2019  
NORDMAZEDONIEN  
[PACE beobachtet 2.](#)  
Wahlgang bei  
Präsidentschaftswahlen  
in Nordmazedonien

[Die Woche in Kürze >](#)

### RESSOURCEN

- > [Direktion für Kommunikation](#)
- > [Termine](#)
- > [Pressemitteilungen](#)
- > [Reden](#)
- > [Kanal für Menschenrechte](#)
- > [Bilderdatenbank](#)
- > [Video-on-Demand-Dienste](#)
- > [Dossiers](#)

### FÜR DIE PRESSE

- [Unsere Pressemitteilungen per E-Mail](#)
- [Akkreditierung](#)

COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE

Avenue de l'Europe  
F-67075 Strasbourg Cedex  
Tel. +33 (0)3 88 41 20 00  
www.coe.int

Vertragsbüro

Sie sind hier: Conventions &gt; Suche

# Suche nach Verträgen

## Unterschriften und Ratifikationsstand des Vertrags 173

*Strafrechtsübereinkommen über Korruption*

Datum 18/04/2019

<b>Titel</b>	Strafrechtsübereinkommen über Korruption
<b>Referenz</b>	SEV Nr.173
<b>Zeichnungsauflegung</b>	Straßburg, 27/01/1999 - Vertrag aufgelegt zur Unterzeichnung durch die Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedstaaten, die an seiner Weiterentwicklung, und zum Beitritt durch andere Nichtmitgliedstaaten und durch die Europäische Union teilgenommen haben
<b>Inkrafttreten</b>	01/07/2002 - 14 Ratifikationen.

Staat unterzeichnet Staat, ratifiziert Staat, der weder unterzeichnet noch ratifiziert Staat, suspendiert Staat, der gekündigt

	Zeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Anmerkungen	V.	E.	O.	T.	M.	Ew.
<b>Mitgliedstaaten des Europarates</b>										
<a href="#">Albanien</a>	27/01/1999	19/07/2001	01/07/2002		V.	E.	O.			
<a href="#">Andorra</a>	08/11/2001	06/05/2008	01/09/2008		V.		O.			
<a href="#">Armenien</a>	15/05/2003	09/01/2006	01/05/2006		V.		O.			
<a href="#">Aserbaidschan</a>	21/05/2003	11/02/2004	01/06/2004		V.	E.	O.			
<a href="#">Belgien</a>	20/04/1999	23/03/2004	01/07/2004		V.		O.			
<a href="#">Bosnien und Herzegowina</a>	01/03/2000	30/01/2002	01/07/2002				O.			
<a href="#">Bulgarien</a>	27/01/1999	07/11/2001	01/07/2002		V.		O.			
<a href="#">Dänemark</a>	27/01/1999	02/08/2000	01/07/2002		V.		O.	T.		
<a href="#">Deutschland</a>	27/01/1999	10/05/2017	01/09/2017		V.	E.	O.			
<a href="#">Estland</a>	08/06/2000	06/12/2001	01/07/2002		V.	E.				
<a href="#">Finnland</a>	27/01/1999	03/10/2002	01/02/2003		V.		O.			
<a href="#">Frankreich</a>	09/09/1999	25/04/2008	01/08/2008		V.					
<a href="#">Georgien</a>	27/01/1999	10/01/2008	01/05/2008			E.	O.			
<a href="#">Griechenland</a>	27/01/1999	10/07/2007	01/11/2007		V.		O.			
<a href="#">Irland</a>	07/05/1999	03/10/2003	01/02/2004				O.			
<a href="#">Island</a>	27/01/1999	11/02/2004	01/06/2004			E.				
<a href="#">Italien</a>	27/01/1999	13/06/2013	01/10/2013		V.	E.	O.			
<a href="#">Kroatien</a>	15/09/1999	08/11/2000	01/07/2002				O.			
<a href="#">Lettland</a>	27/01/1999	09/02/2001	01/07/2002		V.	E.	O.			
<a href="#">Liechtenstein</a>	17/11/2009	09/12/2016	01/04/2017				O.			
<a href="#">Litauen</a>	27/01/1999	08/03/2002	01/07/2002				O.			
<a href="#">Luxemburg</a>	27/01/1999	13/07/2005	01/11/2005		V.		O.			
<a href="#">Malta</a>	20/11/2000	15/05/2003	01/09/2003			E.	O.			
<a href="#">Monaco</a>	19/03/2007	19/03/2007	01/07/2007		V.		O.			
<a href="#">Montenegro</a>		18/12/2002 b	06/06/2006	54						
<a href="#">Niederlande</a>	29/06/2000	11/04/2002	01/08/2002		V.		O.	T.		
<a href="#">Nordmakedonien</a>	28/07/1999	28/07/1999	01/07/2002							
<a href="#">Norwegen</a>	27/01/1999	02/03/2004	01/07/2004				O.			
<a href="#">Österreich</a>	13/10/2000	25/09/2013	01/01/2014				O.			
<a href="#">Polen</a>	27/01/1999	11/12/2002	01/04/2003		V.	E.	O.			
<a href="#">Portugal</a>	30/04/1999	07/05/2002	01/09/2002		V.	E.				
<a href="#">Republik Moldau</a>	24/06/1999	14/01/2004	01/05/2004			E.	O.			
<a href="#">Rumänien</a>	27/01/1999	11/07/2002	01/11/2002				O.			
<a href="#">Russische Föderation</a>	27/01/1999	04/10/2006	01/02/2007				O.			
<a href="#">San Marino</a>	15/05/2003	30/08/2016	01/12/2016				O.			



	Zeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Anmerkungen	V.	E.	O.	T.	M.	Ew.
Schweden	27/01/1999	25/06/2004	01/10/2004		V.	E.	O.			
Schweiz	26/02/2001	31/03/2006	01/07/2006		V.	E.	O.			
Serbien		18/12/2002 b	01/04/2003	54	V.		O.			
Slowakische Republik	27/01/1999	09/06/2000	01/07/2002				O.			
Slowenien	07/05/1999	12/05/2000	01/07/2002		V.		O.			
Spanien	10/05/2005	28/04/2010	01/08/2010		V.	E.	O.			
Tschechische Republik	15/10/1999	08/09/2000	01/07/2002		V.		O.			
Türkei	27/09/2001	29/03/2004	01/07/2004							
Ukraine	27/01/1999	27/11/2009	01/03/2010			E.	O.			
Ungarn	26/04/1999	22/11/2000	01/07/2002		V.	E.	O.			
Vereinigtes Königreich	27/01/1999	09/12/2003	01/04/2004		V.	E.	O.			
Zypern	27/01/1999	17/01/2001	01/07/2002		V.		O.			

### Nichtmitgliedstaaten des Europarates

	Zeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Anmerkungen	V.	E.	O.	T.	M.	Ew.
Belarus	23/01/2001	06/11/2007	01/03/2008				O.			
Heiliger Stuhl										
Japan										
Kanada										
Mexiko	15/05/2002									
Vereinigte Staaten von Amerika	10/10/2000									

<b>Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifikation</b>	2
<b>Gesamtzahl der Ratifikationen/Beitritte</b>	48

### Anmerkungen

- (54) Date of accession by the state union of Serbia and Montenegro.

b.: Beitritt - na.: Nachfolge - r.: Unterzeichnung "ad referendum" - u.: Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifizierung.

V.: Vorbehalte - E.: Erklärungen, Kündigungen, Abweichungen - O.: Obrigkeiten - T.: Territorialer Anwendungsbereich - M.: Mitteilungen -

Ew: Einwand.

Quelle : Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.int> - \* Disclaimer.

TRANSPARENZ

# Dänemark verliert Führungsplatz in Anti-Korruptions-Ranking

CVT/RITZAU

*21. Februar 2018 Kopenhagen*

*Zuletzt aktualisiert um: 19:16 Uhr*



Foto: Ben Rosett/Unsplash

**Dänemark ist nicht mehr das Land, in dem Politik und Verwaltung weltweit als am wenigsten korrupt wahrgenommen werden. Das zeigt das neue Ranking der Organisation Transparency International.**

Dänemark wird nicht mehr als am wenigsten von Korruption gebeuteltes Land der Welt wahrgenommen – zumindest nicht laut der jährlichen Liste der Organisation

Transparency International. Nach vielen Jahren an der Spitze ist Dänemark von Neuseeland abgelöst worden.

Einer der Gründe für die verschlechterte Bewertung Dänemarks ist, dass das World Economic Forum Dänemark für 2017 eine schlechtere Benotung gegeben hat als im Vorjahr. Außerdem hat ein neues Jurymitglied Dänemark härter bewertet.

Im dänischen Büro von Transparency International, das an der Ausarbeitung der Liste nicht beteiligt war, führt man das auf mehrere Ursachen zurück: „Einige deutliche Schwächen liegen bei den Regeln für Parteispenden“, sagt die Vorsitzende Natascha Felix. „Man kann anonym Spender für Parteien sein. Du kannst Mitglied eines Wirtschaftsclubs sein und so an eine Partei oder ein Mitglied spenden. Und in der Parteibilanz wirst du niemals auftauchen“, sagt sie. Es sei also nicht nachvollziehbar, wer wie viel spendet.

Der Organisation fehlt zudem ein Register über Lobbyisten sowie ein verbessertes Öffentlichkeitsgesetz. Felix verweist darauf, dass die Wahrnehmung der Korruption in einem Land nicht nur auf Gesetzen und Rechtsinstanzen beruht – auch die Wahrnehmung der Integrität von Politikern spiele eine Rolle.

Deutschland belegt in dem Ranking den zwölften Platz.

# Korruptionsbekämpfung in Deutschland

## Artikel

Korruption lässt sich definieren als Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Darunter fällt Bestechung, Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Untreue sowie Betrug, welche in Deutschland Straftatbestände sind.

Korruption lässt sich definieren als Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Darunter fällt Bestechung, Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Untreue sowie Betrug, welche in Deutschland Straftatbestände sind. Dies kann beispielsweise in der Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Politik oder nichtwirtschaftlichen Organisationen vorkommen. Gemäß Schätzungen des Internationalen Währungsfonds richtet Korruption weltweit jährlich einen Schaden von 1,5 bis 2 Billionen US-Dollar an. Dies führt zu einer Schwächung des globalen Wirtschaftswachstums. Aber wie wird in Deutschland gegen Korruption vorgegangen? Wie lässt sich Korruption wirkungsvoll bekämpfen? Was unternimmt Deutschland, um anderen Ländern aus der Korruption zu helfen?

### **Korruptionswahrnehmungsindex**

Korruption ist ein weltweites Problem. Schon bei kleinen Gefälligkeiten ist davon zu sprechen. Ein Polizist, der etwas Geld in die eigene Tasche steckt; ein Richter, der durch Bestechung des Angeklagten ein geringes Urteil fällt oder ein Politiker, der seinen Verwandten und Bekannten eine gute Position verschafft. Die Nichtregierungsorganisation Transparency International misst seit 1995 jährlich in 180 Ländern mithilfe des „Korruptionswahrnehmungsindex“ das Ausmaß der Korruption bei Amtsträgern und Politikern. Er gibt das wahrgenommene (!) Korruptionsniveau im öffentlichen Sektor eines Staates an. Laut des Indexes liegt Deutschland mit Großbritannien und Luxemburg auf Platz 10. Sie befinden sich somit in den Top Ten und weisen eine relativ geringe Korruption auf.

### **Korruptionsprävention im öffentlichen Dienst**

Es ist wichtig gegen Korruption im öffentlichen Sektor vorzugehen. Das Vertrauen in den öffentlichen Dienst wird durch Korruption erheblich geschwächt und die Verwaltung verliert dadurch an Legitimation. Hier ist das Verhalten jedes einzelnen Mitarbeiters entscheidend. Angestellte in der öffentlichen Verwaltung sind dem Gesetz und deutschen Recht untergeordnet. Ihr Handeln muss gerecht, transparent und uneigennützig sein. Deshalb wird in Deutschland durch Kontrolle, Aufdeckung und Sanktionen gegen korruptes Verhalten vorgegangen. Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung werden durch Sensibilisierung, Seminaren, Fortbildungen und interaktive Schulungen über Gefahren und Situationen, in welchen Korruption vorkommen kann, informiert. Beschäftigte erhalten zudem einen Verhaltenskodex, welcher die Grundsätze für transparentes Verhalten erläutert. Den Vorgesetzten wird ein Leitfaden vorgelegt, um sie darüber zu unterrichten, welche Maßnahmen unternommen werden müssen um das Korruptionsrisiko zu senken.

#### **Antikorruptionsbeauftragte/r**

Eine weitere Maßnahme um gegen Korruption in Deutschland vorzugehen, sind sogenannte Antikorruptionsbeauftragte (AKB). Das sind Ansprechpersonen für Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung und in einigen Bundesländern auch für Bürger. Sollte eine Person einen Fall von Korruption kennen, so kann er diesen anonym an die Antikorruptionsbeauftragten (AKB) weitergeben. Dieser ist der Verschwiegenheit verpflichtet und behandelt Hinweise vertraulich. Liegt ein Korruptionsverdacht vor, leitet der AKB den Hinweis an die Polizei oder die Staatsanwaltschaft weiter. Ein AKB steht auch für Beratungen und Aufklärungen von Beschäftigten einer Dienststelle durch beispielsweise Informationsveranstaltungen zur Verfügung.

#### **„Compliance“ in Unternehmen**

Es ist zudem sehr wichtig, dass sich Wirtschaftsunternehmen und deren Mitarbeiter an das Gesetz und Recht halten. „Compliance“ steht im Deutschen für Regelkonformität. Vorstände sind in der Pflicht, Vorschriften zu erlassen und Vorkehrungen zu treffen, um die Einhaltung von Regeln zu garantieren. Verhält sich ein Mitarbeiter korrupt, kann das ganze Unternehmen verurteilt werden. Um dies zu verhindern könnten Verhaltenskodizes, Mitarbeiterschulungen, Kommunikationsmaßnahmen oder beispielsweise die Einstellung eines „Compliance-Officer“ eingeführt werden.

#### **Hilfe Deutschlands bei der Korruptionsbekämpfung im Ausland**

Korruption stellt ein Hindernis bei der Armutsbekämpfung dar. Länder mit einer hohen Korruption schrecken ausländische Investoren ab, führen zu Rechtsunsicherheit, verwirtschaften Ressourcen und nehmen Entwicklungspotenziale nicht wahr. Dies führt zu einem Anstieg der Armut. Deshalb versucht das z.B. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Lösungen zur Korruptionsprävention zu entwickeln. Es werden Programme in die Wege geleitet, die gute Regierungsführung und den Kampf gegen Korruption unterstützen. Das BMZ versucht staatliche Institutionen, die private Wirtschaft und die Zivilgesellschaft mit einzubinden. In den entsprechenden Ländern hilft das BMZ die öffentlichen Institutionen transparenter zu gestalten, die Zivilgesellschaft zu unterstützen sowie das öffentliche Finanzwesen zu reformieren.

#### **Internationale Organisationen**


































Es gibt einige internationale Organisationen, die sich für Antikorruption einsetzen, wie beispielsweise Transparency International e.V. (TI). TI ist eine Nichtregierungsorganisation, die sich für den Kampf gegen Korruption einsetzt. Sie ist eine parteipolitisch unabhängige und gemeinnützige Organisation. Sie wurde in Deutschland 1993 gegründet und hat mittlerweile um die 1200 Mitglieder und ist in über 100 Ländern tätig. Transparency International hilft bei der Korruptionsprävention, versucht Schwachstellen im betroffenen Land aufzudecken und neue Handlungsalternativen aufzuzeigen sowie Instrumente zur Korruptionsbekämpfung zu entwickeln.

Substantive :: Präpositionen :: Adjektive :: Verben :: Beispiele :: Ähnliche :: Suchumfeld :: Diskussionen












Substantive	
  <a href="#">compliance</a>	  die Zustimmung <i>Pl.</i> : die Zustimmungen
  <a href="#">compliance</a> (with)	  die Einhaltung <i>Pl.</i> : die Einhaltungen - <i>bestimmter Anforderungen; von Gesetzen und Richtlinien</i>
  <a href="#">compliance</a> (with)	  das Einverständnis (mit) <i>Pl.</i> : die Einverständnisse
  <a href="#">compliance</a>	  die Befolgung <i>Pl.</i> : die Befolgungen
  <a href="#">compliance</a>	  die Erfüllung <i>Pl.</i> : die Erfüllungen
  <a href="#">compliance</a>	  die Übereinstimmung <i>Pl.</i> : die Übereinstimmungen
  <a href="#">compliance</a>	  die Konformität <i>kein Pl.</i>
  <a href="#">compliance</a>	  die Willfähigkeit <i>Pl.</i> : die Willfähigkeiten
  <a href="#">compliance</a>	  die Lernfähigkeit <i>Pl.</i> → 
  <a href="#">compliance</a>	  die Ordnungsmäßigkeit <i>Pl.</i> → 
  <a href="#">compliance</a>	  die Einwilligung <i>Pl.</i> : die Einwilligungen
  <a href="#">compliance</a>	  die Unterwürfigkeit <i>Pl.</i> → 
  <a href="#">compliance</a>	  die Folgsamkeit <i>Pl.</i> → 
  <a href="#">compliance</a>	  die Fügsamkeit <i>Pl.</i> → 

Weitere Substantive anzeigen (13 / 63) 

Präpositionen / Pronomen / ...	
  <a href="#">in compliance with</a>	 <a href="#">gemäß</a> <i>Präp. +Dat.</i>

Adjektive / Adverbien	
  <a href="#">subject to compliance with</a>	 <a href="#">nur in Übereinstimmung mit</a>
  <a href="#">in compliance</a>	 <a href="#">in Übereinstimmung</a>
  <a href="#">in compliance with</a>	 <a href="#">in Übereinstimmung mit</a>
  <a href="#">in compliance with the law</a>	 <a href="#">gesetzmäßig</a>
  <a href="#">in compliance with a condition</a>	 <a href="#">in Übereinstimmung mit einer Bedingung</a>
  <a href="#">in compliance with the regulations</a>	 <a href="#">in Beachtung der Vorschriften</a>
  <a href="#">in compliance with the requirements</a>	 <a href="#">in Erfüllung der Voraussetzungen</a>
  <a href="#">in compliance with the law [JURA]</a>	 <a href="#">bestimmungsgemäß</a>
  <a href="#">in compliance with a condition</a>	 <a href="#">in Erfüllung einer Bedingung</a>
  <a href="#">in compliance with a law</a>	 <a href="#">in Beachtung eines Gesetzes</a>
  <a href="#">in compliance with a rule</a>	 <a href="#">in Befolgung einer Regel</a>

Verben	
  <a href="#">to facilitate compliance with regulations</a>	 <a href="#">die Einhaltung der Vorschriften erleichtern</a>

Beispiele	
  <a href="#">In compliance with your desire ...</a>	 <a href="#">Ihrem Wunsche nachkommend ...</a>
  <a href="#">In compliance with your instructions ...</a>	 <a href="#">Gemäß Ihren Weisungen ...</a>
  <a href="#">In compliance with your order ...</a>	 <a href="#">Ihrem Auftrag entsprechend ...</a>
  <a href="#">In compliance with your request ...</a>	 <a href="#">Gemäß Ihrer Bitte ...</a>
  <a href="#">In compliance with your request ...</a>	 <a href="#">Ihrem Wunsche nachkommend ...</a>
  <a href="#">In compliance with your wish ...</a>	 <a href="#">Gemäß Ihrer Bitte ...</a>
  <a href="#">In compliance with your wishes ...</a>	 <a href="#">Ihren Wünschen entsprechend ...</a>
  <a href="#">in compliance with your instructions</a>	 <a href="#">gemäß Ihren Anweisungen</a>

Weitere Aktionen

-  [Neue Diskussion starten](#)
-  [Gespeicherte Vokabeln sortieren](#)
-  [Suchhistorie](#)

Orthographisch ähnliche Wörter
<a href="#">compliance</a>

Aus dem Umfeld der Suche	
<a href="#">agreement</a> , <a href="#">assent</a> , <a href="#">conformance</a> , <a href="#">compliance</a> , <a href="#">consent</a> , <a href="#">accordance</a>	<a href="#">Ordnungsmäßigkeit</a> , <a href="#">Befolgung</a> , <a href="#">Folgsamkeit</a> , <a href="#">Lernfähigkeit</a> , <a href="#">Einverständnis</a> , <a href="#">Nachgiebigkeit</a> , <a href="#">Fügsamkeit</a> , <a href="#">Nadelnachgiebigkeit</a> , <a href="#">Willfähigkeit</a> , <a href="#">Einhaltung</a> , <a href="#">Federung</a> , <a href="#">Einwilligung</a> , <a href="#">Komplianz</a> , <a href="#">Prüfzeichen</a> , <a href="#">Konformität</a> , <a href="#">Regeltreue</a>

Forumsdiskussionen, die den Suchbegriff enthalten
<a href="#">MEHR</a>

---

## Synonyme zu *Korruption* INFO

- Bestechlichkeit, Käuflichkeit

---

## Herkunft INFO

lateinisch corruptio, zu: corrumpere, korrumpieren



Eurostat ist das statistische Amt der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg. Sein Auftrag ist es hochwertige Statistiken für Europa bereitzustellen. Neben der Erfüllung dieses Auftrages steht Eurostat für die folgenden Werte: Respekt und Vertrauen, Streben nach hervorragender Leistung, Förderung von Innovation, Dienstleistungsorientierung, professionelle Unabhängigkeit. Auf der Suche nach Möglichkeiten zur kontinuierlichen Verbesserung ihrer Produkte und Dienstleistungen wurde Eurostat im November 2016 von der Europäische Stiftung für Qualitätsmanagement (EFQM) „Committed to Excellence“ (Verpflichtung zur Exzellenz) anerkannt.

Eine Schlüsselaufgabe ist es für die Europäische Union Statistiken auf europäischer Ebene bereitzustellen, die Vergleiche zwischen Ländern und Regionen ermöglichen. Eine solide Grundlage an zuverlässigen und objektiven Statistiken ist unerlässlich, wenn eine demokratische Gesellschaft reibungslos funktionieren soll. Zum einen müssen Entscheidungsträger auf EU-Ebene, in den Mitgliedstaaten, bei regionalen und kommunalen Behörden sowie in den Unternehmen auf Statistiken zurückgreifen können. Zum anderen brauchen Öffentlichkeit und Medien statistische Daten, wenn sie die wirtschaftliche und soziale Lage wirklichkeitsgetreu erfassen und Politiker und andere Entscheidungsträger beurteilen wollen. Selbstverständlich ist die Erstellung von Statistiken für eigene Zwecke durch die Mitgliedstaaten nach wie vor sehr wichtig, während EU-Statistiken eine unerlässliche Grundlage für Entscheidungen und Bewertungen auf europäischer Ebene bilden.

Statistiken können viele Fragen beantworten. Entwickelt sich die Gesellschaft so, wie die Politiker es versprochen haben? Nimmt die Arbeitslosigkeit zu oder ab? Hat sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den letzten 10 Jahren erhöht? Wie viele Frauen sind erwerbstätig? Wie leistungsfähig ist unsere Wirtschaft im Vergleich zu der anderer EU-Länder?

Internationale Statistiken sind ein Mittel, unsere Nachbarn in anderen Mitgliedstaaten und Ländern außerhalb der EU kennenzulernen. Sie sind eine wichtige Meßgröße, mit deren Hilfe sich objektiv und realitätsnah darstellen läßt, wie wir alle leben.

## **Eine neue Rolle für Eurostat**

Eurostat wurde 1953 für die Zwecke der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) gegründet. Im Laufe der Jahre verbreiterte sich sein Aufgabengebiet, und mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1958 wurde es zu einer Generaldirektion (GD) der Europäischen Kommission. Eurostat ist heute Teil des Portfolios von Marianne Thyssen, der Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität. Hauptaufgabe Eurostats ist es, andere Generaldirektionen mit Statistiken zu versorgen und der Kommission und anderen europäischen Institutionen Daten für Konzeption, Durchführung und Analyse der Gemeinschaftspolitik zu liefern.

Das Ergebnis: Eurostat bietet eine breite Palette wichtiger und interessanter Daten an, die für Regierungen, Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Journalisten und die breite Öffentlichkeit bei der Arbeit bzw. im Alltag von Nutzen sind.

Mit der Weiterentwicklung der Gemeinschaftspolitik hat sich die Rolle von Eurostat verändert. Heute ist die Erhebung von Daten für die Wirtschafts- und Währungsunion und der Aufbau statistischer Systeme in den beitragswilligen Ländern wichtiger als noch vor zehn Jahren.

**SIEHE AUCH**

## Fürsorglicher Staat im Wanken

Anfang der Neunzigerjahre kamen die Sozialstaaten Schweden, Dänemark und Finnland in erhebliche finanzielle Probleme. Durch drastische Sparmaßnahmen und liberale Reformen konnten die Wohlfahrtsstaaten sich dem rauen Wettbewerb der Globalisierung anpassen. In Schweden etwa sind im Gesundheitswesen Leistungen gestrichen worden: Rund 220 Euro für Medikamente müssen aus der eigenen Tasche bezahlt werden, im Krankheitsfall erhält der Arbeitnehmer an einem Tag keinen Lohn, die Kosten für den Zahnarzt müssen Erwachsene selbst tragen und eine Praxisgebühr bis zu 35 Euro beim Arztbesuch ist normal. Auch in Finnland wird auf den Sparkurs gesetzt. Die Sozialausgaben sind in den vergangenen 15 Jahren um fast 30 Prozent verringert worden. Die Dänen richteten ihren verschuldeten Staat mit der so genannten Kartoffelkur Ende der achtziger Jahre: Der private Konsum ist durch den Abbau von Steuerabzügen bei Schuldzinsen vermindert worden und damit indirekt gleichzeitig die Auslandsverschuldung. Änderungen von Arbeitsschutzgesetzen dienten der Flexibilisierung der dänischen Wirtschaft. (2), (3), (4)

Cookies erleichtern die Bereitstellung unserer Dienste. Mit der Nutzung unserer Dienste erklären Sie sich damit einverstanden, dass wir Cookies verwenden.  
[Weitere Informationen \(https://www.gevestor.de/datenschutz-datensicherheit\)](https://www.gevestor.de/datenschutz-datensicherheit) OK



(/)

[GRATIS NEWSLETTER \(/NEWSLETTER-ANMELDUNG/\)](/NEWSLETTER-ANMELDUNG/)    [SHOP \(HTTPS://WWW.GEVESTOR-SHOP.DE/\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR-SHOP.DE/)

[LOGIN \(HTTPS://WWW.GEVESTOR-LOGIN.DE\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR-LOGIN.DE/)    Suchbegriff eingeben

[STARTSEITE \(HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/)

[GELDANLAGE \(HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/GELDANLAGE\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/GELDANLAGE/)

[FINANZEN \(HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/FINANZEN\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/FINANZEN/)

[IMMOBILIEN \(HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/IMMOBILIEN\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/IMMOBILIEN/)

[VIDEOS \(HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/VIDEOS\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/VIDEOS/)

[EXPERTEN \(HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/INSIDE/TEAM/EXPERTEN\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/INSIDE/TEAM/EXPERTEN/)

[KONTAKT \(HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/KONTAKT\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/KONTAKT/)

[ÜBER GEVESTOR \(HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/INSIDE/VERLAG/UEBER-GEVESTOR\)](HTTPS://WWW.GEVESTOR.DE/INSIDE/VERLAG/UEBER-GEVESTOR/)

[Startseite \(https://www.gevestor.de\)](https://www.gevestor.de) > [Finanzen \(https://www.gevestor.de/finanzen\)](https://www.gevestor.de/finanzen) > [Ökonomie \(https://www.gevestor.de/finanzen/oekonomie\)](https://www.gevestor.de/finanzen/oekonomie) > [Bruttoinlandsprodukt \(BIP\) von Griechenland: Die Entwicklung \(https://www.gevestor.de/expert/david-gerginov-leiter-gevestorde-601345.html\)](https://www.gevestor.de/expert/david-gerginov-leiter-gevestorde-601345.html)  
(<https://www.gevestor.de/details/bruttoinlandsprodukt-bip-von-griechenland-die-entwicklung-650217.html>)

[Ökonomie \(https://www.gevestor.de/category/finanzen/oekonomie\)](https://www.gevestor.de/category/finanzen/oekonomie) - [David Gerginov \(https://www.gevestor.de/expert/david-gerginov-leiter-gevestorde-601345.html\)](https://www.gevestor.de/expert/david-gerginov-leiter-gevestorde-601345.html)

## Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Griechenland: Die Entwicklung

Lesedauer: 2 Minuten | Thema: [Inflation \(https://www.gevestor.de/themenseite/inflation\)](https://www.gevestor.de/themenseite/inflation)



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt Auskunft über die Wirtschaft eines Landes – das BIP Griechenlands wurde jedoch lange beschönigt. (Foto: sdecoret / Shutterstock.com)

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt auf, wie leistungsstark die Wirtschaft eines Landes ist.

Dazu werden alle Güter, die im Inland hergestellt wurden – also Waren, aber auch Dienstleistungen – addiert.

**Mehr zum Thema:** [Die Definition des BIP](https://www.gevestor.de/details/bruttoinlandsprodukt-definition-der-wichtigsten-wirtschaftsgroesse-648195.html)

(<https://www.gevestor.de/details/bruttoinlandsprodukt-definition-der-wichtigsten-wirtschaftsgroesse-648195.html>)

Wird diese Summe auch noch durch die Einwohnerzahl dividiert, so erhält man das BIP pro Kopf. Anhand dieser Werte lässt sich die Wirtschaftsleistung einzelner Länder einfach miteinander vergleichen.

Wichtig ist des Weiteren die Unterscheidung zwischen realem und nominalem BIP.

So bezieht das nominale BIP alle Preisniveauperänderungen, bedingt durch Inflation und Deflation, in die Berechnung mit ein. Liegt also zum Beispiel eine Inflation von circa 2% vor, so steigt das nominale BIP mindestens um diese 2% an.

Im Gegensatz dazu ist das reale BIP um diese Angaben bereinigt. Damit ist es entsprechend aussagekräftiger als das nominale BIP.

### Die Vorgeschichte der griechischen Wirtschaftslage

Seit 1981 ist Griechenland Mitglied in der Europäischen Union (EU), nachdem zuvor seit den 1970er-Jahren der Schwerpunkt der Wirtschaft vom Landwirtschafts- auf den Dienstleistungssektor verlagert wurde.

Die Wirtschaft Griechenlands entwickelte sich zunächst immer besser.

Grund dafür waren neben dem EU-Beitritt und der Beteiligung am Kohäsionsfonds der EU auch die Maßnahmen zur Verbesserung der griechischen Infrastruktur sowie die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2004 im eigenen Land.

Im Jahre 2001 trat Griechenland auch der Eurozone bei. Damit übernahm das Land den Euro, der die bis dato gültige Drachme als neue Währung ablöste.



[Yen-Abwertung, der Kampf gegen die Deflation \(https://www.gevestor.de/details/yen-abwertung-der-kampf-gegen-die-deflation-672697.html\)](https://www.gevestor.de/details/yen-abwertung-der-kampf-gegen-die-deflation-672697.html)

Japans Wirtschaftsmotor soll mit einer Yen-Abwertung angekurbelt werden. Die Maßnahmen und Folgen im Überblick. > [mehr lesen \(https://www.gevestor.de/details/yen-abwertung-der-kampf-gegen-die-deflation-672697.html\)](https://www.gevestor.de/details/yen-abwertung-der-kampf-gegen-die-deflation-672697.html)

gegen die deflation-  
Abprogram

musste sich Griechenland insbesondere für die beiden zuletzt genannten Punkte immer weiter verschulden.

Die Statistiken dazu wurde allerdings erst unter der neuen Regierung um Giorgos Papandreou bekannt.

Dementsprechend wurden die Staatsausgaben durch Klientelpolitik und Korruption manipuliert. Die massive Verschuldung des Landes wurde in diesem Zusammenhang lange geheim gehalten.

So entsprach Griechenlands Wirtschaft bereits beim EU-Beitritt nicht den Kriterien der EU (Schuldenstand bei 103,7% statt höchstens 60% des BIP).

**Mehr zum Thema:** [Schuldenschnitt: Griechenland als neustes Beispiel \(https://www.gevestor.de/details/schuldenschnitt-griechenland-als-neustes-beispiel-626402.html\)](https://www.gevestor.de/details/schuldenschnitt-griechenland-als-neustes-beispiel-626402.html)

Damit ist Griechenland der am meisten verschuldete Mitgliedsstaat innerhalb der EU.

### Das Bruttoinlandsprodukt von Griechenland

Bevor die Verschuldung Griechenlands publik wurde, konnte das Land noch einen kontinuierlichen Anstieg des BIP verbuchen.

So stieg laut einer Statistik des Internationalen Währungsfonds (engl. International Monetary Fund bzw. IMF) in den Jahren 2003 bis 2007 das griechische BIP um mindestens 2,28% und höchstens 5,94% an.

Die Wende folgte allerdings im Jahre 2008. In diesem Jahr nahm das BIP bereits um 0,22% gegenüber dem Vorjahr ab.

Seitdem sank das reale Bruttoinlandsprodukt Griechenlands immer weiter – zunächst 2009 um 3,14%, 2010 um weitere 4,94% und 2011 sogar um 7,11%.

2012 nahm das BIP Griechenlands erneut um 6,38% ab.

Hat Ihnen dieser Artikel gefallen?

Ja      Nein

# Griechenland-Blog

Aus und über Griechenland – News, Berichte, Kommentare – unverblümt subjektiv, befangen und polarisierend!

- [Home](#)
- [Archiv](#)
- [Empfehlungen](#)
- [Events](#)
- [Polls](#)
- [Kontakt](#)
- [Definitionen](#)
- [Datenschutz](#)
- 

[Griechenland-Blog](#) > [Allgemein](#) >

[Warum es in Griechenland immer noch das Fakelaki gibt](#)

## Warum es in Griechenland immer noch das Fakelaki gibt

15. Juli 2014 / Aufrufe: 1.711

**Die Tarife der alltäglichen Kleinkorruption im Griechenland der Krise mögen gesunken sein, das sogenannte Fakelaki ist jedoch weiterhin allgegenwärtig.**

In einem Land, in dem nichts aufrecht geblieben ist, setzen die alten schlechten Gewohnheiten sich fort. Sieben Redakteure des Portals NEWS247 schreiben über das unsterbliche „Fakelaki“. (Anmerkung: Der Begriff „Fakelaki“ bedeutet wörtlich „kleiner Umschlag“, wird jedoch auch als Synonym für einen Geldbetrag verwendet, der „verdeckt“ – häufig in einem Umschlag – überreicht wird.)

Im Griechenland der Krise sind wenige Dinge aufrecht geblieben, und eins davon ist die Mentalität des Deals unter dem Tisch. Täter, die Geld über alles stellen, Opfer, die zu reden zögern, und ein Staat, der mit seinen Unterlassungen diese Verhaltensweisen gestattet oder sogar auch ermuntert. *„Wir sind alle schuld,“* meint Mika Kontoroussi.

### Wer Geld hat ... kann passieren

Auch wir waren präsent. Mitschuldige und Beteiligte an dem Ungeheuer des Staats, der die Korruption aufblähte und gestattete, dass das „Fakelaki“ zur Institution wurde. Auch wir waren präsent, als die bessere Bedienung zu einem „unterirdischen“ Geben und nehmen wurde, der freie Zugang zu selbstverständlichen Diensten durch die obligatorische Einbahnstraße des „unter dem Tisch“ führte, als wir dem harten „Euro-Feilschen“ gestatteten, Synonym für die Umgehungsstraße der Wartelisten zu werden, und als die „Beschleunigungsgebühr“ es schaffte, sogar auch die Qualität der Abläufe bei Finanzämtern, Bauämtern und Krankenhäusern zu bestimmen. *„Wenn Du Geld hast ... kannst Du passieren,“* wie man sagt.

Nur dass nicht ausschließlich und allein die „Siemens-Schmiergelder“ in den Epochen der

Großprojekte, der „fetten Kühe“ und des Neureichtums, sondern auch die Epochen der Not und der wirtschaftlichen Ausweglosigkeit die passive Korruption hervorrufen. Die nach unten komprimierten Löhne, die Flut der Gesetze, die inexistenten Kontrollmechanismen, sogar auch die Streichung des Steuerfreibetrags oder die Kontenpfändungen und der „Minotaurus“ der Abzocken des Memorandums begünstigten die große Kette des schwarzen Geldes und stellten einen Ausgangspunkt der „Schlitzohrigkeit“ und der Vereinbarungen (unter der Hand) dar, welche „das Gesetz besiegen“.

Begreifen wir es endlich: Solange die politischen Parteien, die Massenmedien, staatlichen Gesetze und Regierungen nicht den notwendigen Schutzschild schaffen, um die Attacken der Absurdität in Schach zu halten zu versuchen, und solange wir selbst als Bürger mit der Mittellosigkeit „am Anschlag“ und der Hoffnung auf „Null“ leben, werden das schwarze und nicht deklarierte Geld, wie auch die außerinstitutionellen privaten Dienste eine Lebenshaltung und lassen Typen wie Tsochatzopoulos, Tompouoglou und (wie jüngst wieder) jeden Klinikleiter im Evangelismos einem „Tick“ ähneln, der zuletzt verschwindet. Vorher eher unsere Seele!

### **Christos Demetis: Das Fakelaki ist unsere zweite Natur**

Warum hält sich in Griechenland immer noch das Fakelaki? Warum wählen die Griechen immer noch die Regierungen, welche das Land „verkaufen“? „Verkaufen“ sogar mit als auch ohne Anführungsstrichen. Ich denke, dass es letztendlich ein Thema der Mentalität ist. Ich mag es nicht, zu verallgemeinern, alle „in einen Sack“ zu packen und in die selbe Kategorie einzuordnen. Ein großer Anteil der modernen Hellenen folgt jedoch dem alten Zweiparteiensystem und unterstützt immer noch das gescheiterte System, weil sie sich an die Gefälligkeiten gewöhnt haben und wie an ein zweites Evangelium daran glauben. Ich bedaure, aber das ist meine persönliche Wahrheit.

Die Kundenbeziehungen, der „Zahn“, der „Stecker“, die „Beziehung“ und im weiteren Sinn das „Schmierer“ und das „Fakelaki“ stellen immer noch ein besonderes Kennzeichen der kleinasiatischen griechischen Gesellschaft dar. Selbst wenn dieses manchen nicht gefällt, die Heilige Familie erhält die Familienherrschaft und die Beziehungen des Gebens und Nehmens in allen Manifestationen des alltäglichen Lebens.

Und dies gilt natürlich auch für die endlos strapazierte Front der Gesundheit. Ich habe den Aga zu bezahlen, damit er besser für mich sorgt, lautet das Motto. Erst recht jetzt, wo das PEDI krank ist. Und natürlich trägt der Staat Verantwortung, der nichtig für es gesorgt hat.

Das Fakelaki wird aussterben, wenn unsere Themen der Verflechtung auf essentielle Weise saniert werden. Und dann wird vielleicht die „Gefälligkeit“ aus der DNA dieses leidgeprüften Volkes verschwinden, das einfach nicht aus den Fehlern der Vergangenheit lernen will.

### **Marina Koutsoumpa: Die alten Angewohnheiten ändern sich schwer**

Es ist nun mal so, die Griechen spielen nicht mit ihrer Gesundheit. Außerdem muss sich aus der Dankbarkeit gewisser Patienten gegenüber den Ärzten auch das „Fakelaki“ etabliert haben. Da wir es inmitten von Skandalen schafften, es sogar zu einem international anerkannten Begriff zu machen, scheint es sich tief in unserem Bewusstsein verwurzelt zu haben.

Es ist schwer, dass die alten „guten“ (?) Gewohnheiten unseres Volks sich ändern. Man mag leicht das Bedürfnis eines Patienten verstehen, der beinahe sein Leben verloren hätte, sich bei seinem „Retter“ zu bedanken. Sogar auch in diesem Fall rechtfertigt dies jedoch nicht den im Gesundheitswesen Bediensteten, eine solche Handlung zu akzeptieren. Und erst recht nicht, wenn er sein „Präsent“ selbst fordert.

In einer für die Taschen der Bürger dermaßen schwierigen Periode ist das Fakelaki wirklich

unbegreiflich. Die Angst, die kultiviert wurde, ist jedoch absolut gerechtfertigt. Wer würde außerdem das Risiko eingehen, seine Gesundheit in Gefahr zu bringen? Solange jedoch solche unverantwortlichen Verhaltensweisen nicht angezeigt werden, werden wir weiterhin Opfer der gewissenlosen Amtsträger bleiben, die nicht fähig sind, dem geleisteten Eid des Hippokrates treu zu bleiben.

### **Sofia Katsareli: Eine Änderung wird Generationen brauchen**

Es gibt keine Rettung! Dies ist jedes, also wirklich jedes (und jedes) Mal meine erste Reaktion, wenn mir solche Vorfälle zur Kenntnis gelangen. Keinerlei Überraschung, keinerlei Schock ... keinerlei Rettung. Das Problem beginnt von, fokussiert sich auf und endet bei der Tatsache, dass jemand in einem gegebenen Moment die Macht in seinen Händen hält und jemand anders im selben Moment auf ihn angewiesen ist. Ist es der Herzchirurg, der unverschämt, schäbig und gefühllos ein „Fakelaki“ von Dir verlangt, um Dich zu operieren? Ist es der Finanzbeamte, der von Dir – um Dir zu helfen – die entsprechende Gegenleistung verlangt, um Dich aus der schwierigen Lage herauszubringen? Ist es der Prüfer, der sein „Bakschisch“ verlangt, um Deine misslungene Rückwärtskurve als wie von einem F1-Piloten lotgerecht ausgeführtes Manöver zu beurteilen und Dir den Führerschein zu erteilen? Auf welchem Bereich genau in Griechenland kann man einen Stein hochheben und darunter keine Schweinerei dieser Art finden?

Wir sprechen von Krise und notwendiger Änderung. Aber mal ehrlich, glaubt jemand, dass der durchschnittliche Grieche, der Superhellene, sich geändert hat? Speziell hinsichtlich des „Regimes“ des *ich-stelle-keine-Quittung-aus* und *ich-verlange-ein-Fakelaki* hat sich absolut NICHTS geändert. Und diese Mentalität ist dermaßen tief in uns verwurzelt, dass wir es praktisch als gegeben betrachten, oder – wenn wir nicht bis zu diesem Punkt gehen – sicher eine Immunität gegen das Phänomen entwickelt haben. Außerdem hat in der Vergangenheit ein Krankenhausdirektor das Fakelaki als „Gewohnheitsrecht“ charakterisiert!

Mich betrübt und enttäuscht die Tatsache (und ich glaube), dass all jene, die über die Politiker und alle schimpfen, die Macht handhabten und uns in die heutige Situation gebracht haben, bereits morgen (wieder) jeden begeistert unterstützen werden, der ihnen ein „Stückchen Käse“ verspricht. Die Änderung, deren Eintritt zumindest alle von uns wünschen, die sehen, dass dieses Land mit den selben Denkweisen keinerlei Zukunft hat, scheint nicht in naher Zukunft zu liegen. Ich fühle, dass es eine (diese) und wenigstens noch eine weitere Generation dauern wird, dieses Land zu säubern. Und ich hoffe und bete und dafür, dass die jungen Menschen andere Träume und Ideale als unsere Vorfahren haben werden. Anderenfalls gibt es tatsächlich keine Rettung!

### **Stelios Mpamiatzis: Der bürgerfeindliche Staat ist schuld**

Das Fakelaki hält sich aus zwei Gründen. Erstens, weil es ein verdammtes „Erbe“ aus älteren Zeiten ist, als der Bürger das „Bakschisch“ herausrücken musste, um seine Angelegenheiten zu erledigen. Es handelt sich um die Summe der Zahlung, damit man seine Angelegenheit über die Bühne bringt, und gleichzeitig eine Art „Dankeschön“ an den, der einem geholfen hat.

Zweitens, weil der Grieche nicht von seinen ... geliebten Angewohnheiten abzulassen vermag! Du sagst zu Deiner Mutter, Deiner Tante, Deiner Cousine im Dorf: *„Warum bereitest Du ein Fakelaki vor, Du gehst doch nur zu einem Arzttermin“* und sie antwortet Dir *„aber er ist doch Arzt“*. Was heißt das, er ist doch Arzt? Ja, ist er und macht die Arbeit, die er zu tun studiert hat. Das, was er schuldig ist. *„Das ist egal“*, antwortet sie Dir, *„ich mach das so“*. Und dieses *„ich mach das so“* übersetzt sich folgendermaßen: *„So habe ich es gelernt, so machen es alle, und ich bin ein ‚Dorfrottel‘, während der andere ein gemachter Arzt ist“*.

Und schön mit dem Arzt, höchstwahrscheinlich rettet er uns, er kommt uns auch sehr nahe, wir

„binden“ uns an ihn. In den anderen Fällen? Bei Bauämtern, Finanzämtern, etc. usw.? In diesen Fällen gilt das eingangs Angeführte. In einem auch heute noch feindlichen Staat hegt der durchschnittliche Bürger den Glauben, zahlen zu müssen, um schnell und erfolgreich aus einem Schlamassel herauszukommen. „*Er muss zahlen!*“ Ich glaube nicht, dass dies jemals vollständig aufhören wird. Und zwar ganz einfach, weil der Staat niemals dermaßen, also wirklich dermaßen bürgerfreundlich werden wird, dass letzterer (der Bürger) aufhört, das Bakschisch als einzige Lösung zu sehen.

### **Anthi Koutsoumpou: Wir sind schuld, weil wir zahlen**

Man sagt, zuerst entfleuche die Seele und dann der „Tick“. Aus dem „unsterblichen“ Fakelaki zu schließen scheint das sogar zu stimmen. Völlig in das Leben und den Alltag des modernen Hellenen integriert, „blühte“ es in den Epochen der „fetten Kühe“ auf, herrschte jedoch weiterhin auch in der Periode der Krise. Und wie sollte auch das Phänomen verschwinden, wenn die Mentalitäten sich nicht ändern?

Es wird immer die Finanzbeamten, Ärzte, Beamten des Bauamts und viele andere auf dem öffentlichen und privaten Sektor geben, mit „augeleierter“ Moral und lockeren Wertvorstellungen, die ein Fakelaki verlangen werden, wie es auch immer den einfachen Bürger geben wird, der es entweder aus Verzweiflung oder zwecks einer „Regelung“ geben wird. Das einzige, was sich im Verhältnis zu den guten, alten Zeiten vielleicht geändert haben mag, ist die Höhe der „Tarife“. Die „Philosophie“ bleibt jedoch die selbe und unverändert.

Vor einigen Jahren gelangte ein kurze Unterhaltung mit einem Arzt zufällig bei diesem Thema an. „*Ihr seid schuld, weil ihr zahlt,*“, meinte irgendwann der Arzt in einer geschwollen und kritischen Stimmung. Ich wurde bei der ersten Äußerung dieser Erklärung wütend, nehme jedoch an, dass er eine große Wahrheit aussprach. Ab dem Moment, wo es keinen staatlichen Mechanismus gibt oder er nicht fähig ist, das Problem bereits in seiner Entstehung auszumerzen, ist jeder für seine Entscheidungen verantwortlich. Wie im übrigen hinsichtlich aller Dinge.

### **Marina Chatzidimitriou: Die einfachen Bürger müssen den Anfang machen**

Ebenso viel Schuld wie der Arzt, der das (Geld) verlangt oder annimmt, hat auch der jeweilige Patient, der es gibt. Man könnte einwenden, was soll der Patient machen? Vor seiner seiner Gesundheit ist ihm alles egal. Irgend jemand muss jedoch den Anfang machen. Es gibt etliche gute Ärzte, die sich nicht schmieren lassen und ihren Beruf als Berufung sehen. Das Thema ist jedoch, warum das Fakelaki sich nicht nur im Gesundheitsbereich ... bester Gesundheit erfreut. Allgemein existiert die Mentalität, ein „Level“ aufzusteigen, wenn wir z. B. Finanzbeamte, Baubeamte usw. schmieren, und unsere Angelegenheit schneller abwickeln zu werden.

Beispielsweise bekommst Du nicht einmal am Sanktnimmerleinstag Deinen Führerschein, wenn Du nicht schmierst. Und das ist eine weltweite Konstante in unserem Land. Ich habe die Ansage eines Prüfers an einen Fahrlehrer gehört: „*Schade, der Junge fährt gut, hast Du ihm nicht gesagt, uns etwas zu geben, weil er sonst durchfällt?!*“ Ich nehme an, dass es natürlich einer Anstrengung bedarf, damit sich diese Mentalität ändert, der erste Schritt muss jedoch von uns, den Bürgern erfolgen. Machen wir also alle zusammen den Anfang und weigern wir uns beim nächsten Mal, wenn sie ein Fakelaki von uns verlangen werden.

(Quelle: [news247.gr](http://news247.gr))

Teilen mit:

Facebook



Unsere Themen: **Gesellschaft** **Kultur** **Wirtschaft****UNSERE NEUESTEN ARTIKEL**[Sehenswürdigkeiten der Peloponnes](#)[Starke Frauen – Nana Mouskouri](#)[Das griechische Gesundheitswesen](#)[Olivenerte in Griechenland](#)[Geschichte im Glas: kretische Weine](#)[Griechische Inseln im Vergleich – was haben Kreta, Kos & Korfu zu bieten?](#)[Die Urlauber in Griechenland sind zurück](#)**BELIEBTE SCHLAGWORTE**[Griechisches Kino](#)[Kykladen](#)[griechischer Wein](#)[Umwelt - Pflanzen - Tiere](#)[Literatur](#)[Rezepte](#)[Endlich Urlaub!](#)[Wandern](#)[Leben in Griechenland](#)[Epirus](#)[sportliche Griechen](#)[Thessaloniki und Chalkidiki](#)[Pilion](#)[starke Frauen](#)[Politik](#)[Kunst](#)[Mythologie](#)[Bräuche und Feiertage](#)[Essen und Trinken](#)[Nie wieder Alkohol...](#)[Gastronomie](#)[Korfu](#)[Events](#)[Historisches](#)[griechische Musik](#)**GESELLSCHAFT**

# Griechische Schüler haben es schwer

von [Maria-Efthalia](#)

Die griechischen Schüler haben es schwer. Auch wenn sie rund vier Monate im Jahr [Schulferien](#) haben – oder gerade deshalb – wird ihnen während der Unterrichtszeit einiges abverlangt. Trotz marodem Schulsystem, veralteten Unterrichtsmethoden und [düsteren Zukunftsaussichten](#) steht am Ende der Schullaufbahn für die meisten Schüler dennoch das Ziel, ein Studium an einer Hochschule zu beginnen.

## Das Schulsystem

Oberflächlich betrachtet ist das griechische Schulsystem recht unkompliziert: Sechs Jahren Grundschule folgen für alle Schüler 3 Jahre am Gymnasium. Hier ist das Pflichtprogramm zu Ende. Jedoch besuchen fast alle Jugendlichen anschließend noch drei Jahre entweder ein Lyzeum, das ihnen den Zugang zur Uni ermöglicht. Oder sie wechseln auf eine Berufsschule, um eine [Berufsausbildung](#) zu beginnen.



## Der Lehrplan

Griechische Schüler sind aber einer ziemlich hohen Belastung ausgesetzt. Denn sie sollen einerseits einem modernen, an andere europäische Länder angelegenen Lehrplan folgen. So stehen neben den klassischen natur- und geisteswissenschaftlichen Unterrichtsfächern auch solche der modernen Technologie auf dem Stundenplan. Andererseits müssen sie auch die Altgriechische Sprache, Literatur und Philosophie beherrschen. Die Odyssee und andere Klassiker des Altertums sind Pflichtlektüre für alle Schüler.

## Fremdsprachen sind ein Muss

Fünf Stunden pro Woche beschäftigen sich Schüler der 8. Klasse beispielsweise mit dem Studium des Altgriechischen, demgegenüber stehen gerade mal zwei Stunden Englisch. Weil aber Fremdsprachen gerade in Griechenland von größter Bedeutung sind, besuchen die meisten Kinder ab der zweiten Grundschulklasse am Nachmittag eine Fremdsprachenschule. Nicht selten beginnen sie später noch eine zweite Fremdsprache, so dass den 7 Schulstunden täglich 1,5 bis 2 Nachmittagsstunden zugefügt werden. Plus Hausaufgaben und Vorbereitungszeit auf entsprechende Prüfungen, denn die Bescheinigung über eine bestandene Prüfung ist enorm wichtig für den späteren Lebenslauf.

## Die Abschlussprüfung

Mit Eintritt in die Oberstufe beginnt dann die Vorbereitung auf die „Panhellenischen Abschlussprüfungen“ die nach der aktuellen Reform jeweils am Ende der drei letzten Schuljahre abgelegt werden. Diese sind der Stressfaktor Nummer 1 für Griechenlands Jugend und normalerweise nicht ohne private Nachhilfe zu bestehen. Wer ehrgeizige Ziele hat, lernt den ganzen Tag: Vormittags in der Schule, nachmittags im Nachhilfeeinstitut oder mit einem Privatlehrer und abends wird für den folgenden Tag gebüffelt.

## NEWS PER MAIL

Email

[Indem Du fortfährst, akzeptierst Du unsere Datenschutzerklärung.](#)

ABONNIEREN

## SUCHE

SUCHE

## Bevorzugte Lehrmethoden

Moderne Formen der Methodik und Didaktik sucht man in griechischen Schulen immer noch vergeblich. Der Frontalunterricht ist nach wie vor die bevorzugte Unterrichtsmethode der griechischen Lehrer. Nicht selten „rasen“ die Lehrenden durch die Bücher, denn nicht nur aufgrund der langen Ferien, sondern auch wegen Unterrichtsausfall muss der durch das Bildungsministerium vorgegebene Lehrplan in der verbleibenden Zeit „durchgezogen“ werden. Den Schülern bleibt nichts anderes übrig, als dem zu folgen und zu versuchen, den Stoff zu Hause aufzuarbeiten.

Lehrer und Schüler hoffen, dass die [Reform des Schulsystems](#), die ab dem laufenden Schuljahr schrittweise umgesetzt werden soll, eine Entlastung und Verbesserung der Situation mit sich bringt.

## Weitere interessante Artikel

Das griechische Gesundheitswesen

Griechenland hat etwa 10,5 Millionen Einwohner, über 55.000 Ärzte und damit in Relation zur Einwohnerzahl eine im EU-Vergleich hohe Zahl an Ärzten. Der medizinische Standard ... [weiterlesen](#)

Als Ausländer in Griechenland heiraten: Einfacher als gedacht!

Ein Traum für viele (griechenland)verliebte Paare: Barfuß, Hand in Hand über den mit Rosenblättern bestreuten Sand in Richtung Altar schreiten... eine leichte Brise streicht über ... [weiterlesen](#)

Was bitte ist ein „Kafenion“?

Ein karg eingerichteter Raum, bastbezogene, etwas wackelige Holzstühle um einen Tisch aus Blech, ein kleiner Fernseher an der weiß gekalkten Wand, ein Regal mit Tavli-Spielbrettern ... [weiterlesen](#)

Autor



Maria-Efthalia

Maria-Efthalia Tsoukis ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. Mittlerweile lebt sie seit über 13 Jahren in Griechenland, spricht beide Sprachen und fühlt sich in beiden Kulturen zu Hause. Hauptberuflich betreibt sie die Personaldienstleistungsagentur [Gefyra](#) für griechische Ingenieure. Besonders am Herzen liegt ihr der Austausch, das Verständnis und die Vermittlung zwischen Griechen und Deutschen.

## Schreibe einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind mit \* markiert.

KOMMENTAR

\*NAME

\*E-MAIL

WEBSITE

## INFORMATIONEN RUND UM DAS GRIECHISCHE BILDUNGSSYSTEM

---

[MYTHOLOGIE \(/MYTHOLOGIE.HTM\)](#)

---

[GÖTTER \(/GRIECHISCHE-GOETTER.HTM\)](#)

---

[RELEGION \(/RELEGION.HTM\)](#)

---

[POLITIK \(/POLITIK.HTM\)](#)

---

[GRIECHISCHES PARLAMENT \(/GRIECHISCHES-PARLAMENT.HTM\)](#)

---

[SCHIFF & FLUG \(/VERKEHRSVERBINDUNGEN.HTM\)](#)

---

[PERSÖNLICHKEITEN \(/PERSOENLICHKEITEN.HTM\)](#)

---

[BILDUNGSSYSTEM \(/GRIECHISCHES-BILDUNGSSYSTEM.HTM\)](#)

---

[GESUNDHEITSSYSTEM \(/GESUNDHEITSSYSTEM.HTM\)](#)

---

[TELEKOMMUNIKATION \(/TELEKOMMUNIKATION.HTM\)](#)

---

[GRIECHISCHE KÜCHE \(/GRIECHISCHE-RESTAURANTS.HTM\)](#)

---

[GRIECHISCHE SPRACHE \(/GRIECHISCHE-SPRACHE.HTM\)](#)

---

Das griechische Bildungssystem besteht aus 3 Teilen: Grund-, Sekundar- und Hochschulbildungsbereich. In Griechenland gibt es die Schulpflicht, diese ist in der Verfassung geregelt. In Griechenland hat der Staat gemäß Artikel 16 der Verfassung die Aufsicht über das Bildungssystem. Diese trifft einige grundlegende Festlegungen, fuer das Erziehungs- und Bildungssystem (ca. 18 Prozent des Staatshaushaltes).

Es ist festgelegt, dass jeder Griechen das Recht auf eine kostenlose Ausbildung, an einer oderer mehreren staatlichen Schulen hat. Der Staat fördert besonders qualifizierte Studenten. Die Pflichtschulzeit dauert neun Jahre. Die Hochschulausbildung obliegt den sich selbst verwaltenden Institutionen. Diese sind Personen des öffentlichen Rechtes und unterstehen der Aufsicht des

Staates. Zuständig für das Bildungswesen ist das Ministerium für Nationale Bildung und Religiöse Angelegenheiten in Griechenland. Nur 6 Prozent aller Griechischen Schulen sind Privatschulen.



**PDF druckfertig [gratis]**  
Um das PDF anzeigen, hier herunterladen [EasyPDFCombine](#)

ÖFFNEN

Zwischen 6 und 15 Jahren, muss jedes Kind die Schulbank drücken. Jungen und Mädchen werden in Griechenland normaler Weise gemeinsam unterrichtet. (Ausnahmen bilden nur kirchliche Gymnasien und Lyzeen, die Jungen auf den Priesterdienst vorbereiten.) Die ersten sechs Jahre, der Schulzeit gehen die Kinder in die Grundschule (Dimotiko). Vor dem 6. Lebensjahr, bleibt es den Eltern frei gestellt, ob sie ihre Kinder in Kindergärten unterbringen. Die sind keine Pflicht. Die Vorschule beginnt im Alter von drei Jahren und endet im Alter von Sechs mit der Einschulung.

Ca. 60 Prozent der Eltern entschliessen sich ihre Kinder in eine Vorschule, zu bringen, die sie auf die sechsjährige Grundschule vorbereitet. Schon in der Vorschule wird viel Wert auf gute Schulleistungen gelegt. Dies setzt sich auch in der Grundschule fort. Der Unterricht ist leistungsorientiert (Tests und Prüfungen). In der 1. und 2. Klasse gibt es Berichtszeugnisse, in der 3. und 4. Klasse Leistungsgruppen und in der 5. und 6. Klasse gibt es ein Punktesystem. In der ersten und zweiten Klasse der Grundschule gibt es 25 Unterrichtsstunden pro Woche, in der 3. und 4. Klasse beträgt die Zahl 30 Stunden. Anschließend an die Grundschule, werden alle Kinder ohne Ausleseverfahren in die 1. Klasse der dreijährigen Mittelstufe – Sekundarschulen (Gymnasio) übernommen. Dabei können sie zwischen einem allgemeinen „Gymnasio“ und einer Spezialschule mit Schwerpunkten, wie Musik oder Sport., wählen. Normalerweise findet der Unterricht nur halbtags statt. Nach Beendigung dieser Schulzeit, kann jeder mit der Schule aufhören. Wenn er seine Ausbildung weiter fortführen möchte, kann er entweder ein Lyzeum oder eine Technologische Berufliche Schule (TEE) besuchen.

Ein griechisches Schuljahr dauert jeweils vom 01.09 bis zum 31. 08. Im Sommer gibt es lange Sommerferien von Ende Juni bis Anfang September. Weiter gibt es jeweils 2 Wochen Ferien zu Weihnachten und zu Ostern. Einzelne freie Tage gibt es zu den Feiertagen, und davon haben die Griechen viele.

Die Hochschulbildung besteht aus Universitäten oder Instituten Höherer Beruflicher Ausbildung

(TEI). Das Bildungsministerium, entscheidet jedes Jahr, ueber die Anzahl der Schüler, die zur höheren Ausbildung zugelassen werden. Im Falle, dass die vorhandenen Studienplätze geringer sind als die Anzahl der Bewerber, dann werden die Stidienplaetze nach der Leistung vergeben. Die Studenten, die keine Möglichkeit haben, an einer Universität oder einem TEI zu studieren, haben die Moeglichkeit ein zweijähriges Studium an einem Institut Beruflicher Ausbildung (IEK), zu absolvieren. Das Studium an Universitäten wird, wie in Deutschland auch , in zwei Semester geteilt, das Wintersemester von Mitte September bis Ende Januar, und das Sommersemester von Mitte Februar bis Ende Juni.

Bildung und Ausbildung besitzen bei Griechen einen sehr hohen Stellenwert. Deshalb investieren Eltern oft viel Geld fuer die gute Ausbildung ihrer Kinder. 95% der Schüler haben mehrmals die Woche, nachmittags zusätzlichen zum privaten Schulunterricht. Diese Schulen Frontistirio genannt, findet man auch in kleinen Dörfern. Dort lernen sie entweder neue Sprachen, vertiefen den erlernten Stoff. Das alles geht von den Eltern aus, ist freiwillig und relativ teuer. Der Private Unterricht und die dazugehoerigen Schulen, werden nicht vom Staat gefoerdert. Hier sollen tatsächliche oder vermeintliche Mängel des griechischen Schulsystems ausgeglichen werden.

Viele Lehrer geben neben der Schule noch privaten Unterricht, denn die griechischen Lehrer gehoeren zu der schlechtest bezahltesten in ganz Europa. So verdiente 2006 ein Sekundarstufenlehrer, mit mehrjähriger Berufserfahrung, durchschnittlich 700 € pro Monat ( Netto). Ein Schuldirektor bekommt fuer den selben Zeitraum ca. 1000 €,( Netto)

## Mietwagen suchen

### Mietwagen Preisvergleich

Abholdatum:

Rückgabedatum:

Uhrzeit:

 ▼

Uhrzeit:

 ▼

Mit Ihrer Buchung gehen **2%** als Spende an eine Tierschutz-Einrichtung auf Rhodos.

## Facebook

Anlagen

Literaturverzeichnis

Ehrenwörtliche Erklärung

## 1 Einleitung

Diese Seminararbeit befasst sich mit der Fragestellung, ob das Okunsche Gesetz, welches sich mit dem Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit befasst, auch heute noch gültig ist. Des Weiteren soll geklärt werden, ob das Gesetz Deutschland und in den USA gleichermaßen Auswirkungen hat.

Bevor der Zusammenhang der Arbeitslosigkeit und dem Wirtschaftswachstum der beiden Länder erörtert wird, werden einige Begrifflichkeiten, die zum Verständnis der Arbeit wichtig sind, genauer definiert.

Im Gliederungspunkt fünf wird begründet, weshalb die beiden Staaten Deutschland und die USA ausgewählt wurden. Darauf folgen die empirischen Untersuchungen über das Kernthema.

## 2 Das Okunsche Gesetz

„Das Okunsche Gesetz beschreibt den Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und dem Wirtschaftswachstum in einem Land. Es wurde von Arthur Okun 1962 durch empirische Beobachtungen hergeleitet und sagt aus, dass eine um 1 Prozentpunkt höhere Arbeitslosenquote der Volkswirtschaft ungefähr 2,5 Prozent vom Wirtschaftswachstum (Bruttosozialprodukt) kostet. Auch der Umkehrschluss (es sind 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum notwendig, um die Arbeitslosigkeit zu senken) wird häufig ebenso bezeichnet. Die genaue Prozentangabe variiert jedoch je nach Volkswirtschaft und muss jeweils empirisch ermittelt werden. In den USA ergaben Beobachtungen eben diese 2,5 Prozent, während in Deutschland Untersuchungen zeigten, dass man in der deutschen Volkswirtschaft von einem Wert von 3 Prozent ausgehen muss.“ (www.wikipedia.org)

Die in der angewandten empirischen Forschung sehr gebräuchliche Formel, mit der das Okunsche Gesetz beschrieben werden kann lautet:

$$Y = \alpha_0 - \alpha_1 * u$$

Y bezeichnet die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), u steht für die Veränderung der Arbeitslosenquote im Vergleich zur Vorperiode.

$\alpha_0$  ist ein als konstant angenommener Parameter und gibt an, um wie viel der Output bei konstanter Arbeitslosenquote zunimmt, steht also für die Wachstumsrate des Produktionspotentials bei einer gegebenen Beschäftigungsmenge.

$\alpha_1$  ist der Faktor, um die sich das Wirtschaftswachstum bei gegebener Arbeitslosenänderungsrate verändert.

Da in Deutschland und den USA die Feststellung der Arbeitslosigkeit unterschiedlichen Erhebungsmethoden unterliegt und es hierbei unterschiedliche Abgrenzungen gibt, ergeben sich Unterschiede bei der Bewertung der Arbeitslosenquoten zwischen den einzelnen Staaten.

Deshalb werden im Folgenden die unterschiedlichen Messmethoden der beiden Staaten abgegrenzt.

## 3 Allgemeine Begrifflichkeiten

### 3.1 Arbeitslosigkeit

Als Arbeitslosigkeit bezeichnet man das Fehlen von Beschäftigungsmöglichkeiten für Teile der arbeitsfähigen und Arbeit suchenden Bevölkerung. In vielen Ländern ist Arbeitslosigkeit das größte makroökonomische Problem unserer Zeit, das hohe ökonomische und soziale Kosten verursacht.

Gesamtwirtschaftlich entsteht Arbeitslosigkeit immer dann, wenn die zahlungskräftige Nachfrage durch die Beschäftigten befriedigt werden kann.

Grundsätzlich ermittelt sich die Arbeitslosenquote aus folgender Formel:

$$ALQ = \text{Arbeitslosenanzahl} / \text{Arbeitskräftepotential} \times 100\%$$

Die Aussagekraft der Arbeitslosenquote ist immer wieder umstritten. Insbesondere die Frage, ob als arbeitslos diejenigen gezählt werden, die arbeitslos gemeldet sind, oder nur diejenigen aus dieser Gruppe, die wirklich eine Arbeit anstreben und nicht aus anderen Gründen "formal" arbeitslos gemeldet sind. Wie hoch die zahlenmäßige Differenz zwischen beiden Gruppen ist, ist, je nach Definition von Arbeitslosigkeit, unterschiedlich hoch.

In Deutschland ist rechtlich arbeitslos, wer Arbeit sucht und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen zum Beispiel:

- Erwerbslose in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen
- Erwerbslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)
- Erwerbslose, die bei Personal-Service-Agenturen (PSAs) beschäftigt sind

Unter registrierter Arbeitslosigkeit wird in Deutschland allgemein die Zahl der Arbeitslosen verstanden, die bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldet sind. Arbeitslos ist, wer weniger als 15 Stunden in der Woche arbeitet, aber mehr als 15 Stunden arbeiten will und jünger als 65 Jahre alt ist.

Dahingegen ist die US-Arbeitslosenquote nicht die Addition aller registrierten Arbeitslosen. Sie wird als Ergebnis einer monatlichen repräsentativen Befragung von 50 000 Haushalten hochgerechnet. Als arbeitslos gilt, wer während der Befragungswoche keine bezahlte Arbeit hatte und während der vergangenen vier Wochen spezielle Anstrengungen unternahm, einen neuen Job zu finden. Als beschäftigt gilt, wer während der Befragungswoche, wie kurz auch immer, erwerbstätig war. Wer also, seien es nur zwei Stunden am Tag, arbeitet, gilt statistisch als versorgt. Dadurch entsteht natürlich eine scheinbar geringere Arbeitslosenquote als beispielsweise in Deutschland (www.wikipedia.org).

Im Rahmen dieser Seminararbeit wurden deshalb nur Werte mit der gleichen Bemessungsgrundlage in die Statistiken aufgenommen, um vergleichbare Ergebnisse erzielen zu können.

### 3.2 Wirtschaftswachstum

#### 3.2.1 Definition

Das *Wirtschaftswachstum* wird durch die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen. Das BIP ist „(...) der Geldwert aller Güter und Dienstleistungen, die im Inland produziert werden (minus Vorleistungen).“ (Guggenbühl 2004).

Eine Zunahme der Wirtschaftskraft erfolgt durch Produktivitätssteigerung, angekurbelt durch physisches Kapital (z.B. Maschinen), Humankapital (z.B. Anzahl Erwerbstätige), natürliche Ressourcen (z.B. Uran) oder technisches Wissen (z.B. Atomphysik) (Mankiw, 2001: 532ff.).



13.06.2017

## Wirtschaftsstruktur und -chancen - Dänemark

### Inhalt

- ▶ [Dänemark im globalen und regionalen Kontext](#)
- ▶ [Sektorale Struktur](#)
- ▶ [Regionale Struktur](#)
- ▶ [Außenhandel](#)

### **Bedeutende Clusterinitiativen / Vorreiter bei der Nutzung von Offshorewindenergie / Von Heiko Steinacher (Juni 2017)**

Kopenhagen (GTAI) - Dänische Unternehmen sind oft hoch spezialisiert und agieren in anspruchsvollen Nischenmärkten. Daneben gibt es in dem kleinen nordischen Land bedeutende Großunternehmen, vor allem in der Schifffahrt, im Lebensmittelbereich und in der Brauereibranche. Zu den bedeutendsten Branchen zählen neben dem Maschinen- und Anlagenbau vor allem Elektronik und Pharma/Biotechnologie. Der wichtigste Außenhandelspartner Dänemarks ist Deutschland.

[Nach oben ▲](#)

### **Dänemark im globalen und regionalen Kontext**

Die dänische Wirtschaft ist durch eine Vielzahl kleinerer und mittelständischer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen geprägt. Bekannte Beispiele hierfür sind Novo Nordisk (Pharma und Biotechnologie), Bang & Olufsen (Elektronik), Vestas (Windkraftanlagen), Danfoss (Komponenten für Fernwärmeanlagen, Aufzüge und Kühlanlagen), Ecco (Schuhe), Lego (Spielwaren) und Rockwool (Wärmedämmung, Brand- und Schallschutz). Knapp 2.000 Industriebetriebe haben mehr als 100 Beschäftigte. Viele sind hoch spezialisiert und agieren in anspruchsvollen Nischenmärkten. Daneben gibt es in dem nordischen Land aber

auch eine Reihe bedeutender Großunternehmen, insbesondere in der Schifffahrt (A. P. Møller-Maersk), im Lebensmittelbereich (Arla Foods; schwedisch-dänische Molkereigenossenschaft mit Sitz in Dänemark) und in der Brauereibranche (Carlsberg).

Das verarbeitende Gewerbe zuzüglich der Bauwirtschaft erwirtschaftete in Dänemark 2016 knapp 21% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der Dienstleistungssektor kam auf rund 77% (darunter Handel/Transport 20%, Immobilienaktivitäten 9%, Finanz-/Versicherungswesen 5%, Information/Kommunikation 5%). Gut drei Viertel der Exporte des Königreichs machen Industriegüter und Maschinen aus, vor allem zur Lebensmittel- und Metallverarbeitung, aber auch Dieselmotoren für Eisenbahnen und Schiffe. Ein weiterer dänischer Exportschlager sind Möbel.

Dänemark verfügt nur über wenige Bodenschätze. Daher gibt es fast keine Schwerindustrie. An mineralischen Rohstoffen werden in begrenztem Umfang Kaolin und Granit abgebaut. Andererseits kann das Land dank der Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Nordsee, aber auch durch ehrgeizige Energiesparmaßnahmen, über die Hälfte seines Energiebedarfs selbst decken.

Eine Besonderheit in Dänemark ist das sogenannte Flexicurity-Modell, eine Kombination aus hoher Flexibilität für die Anstellung und Entlassung von Mitarbeitern und ökonomischer Sicherheit für die Beschäftigten. Es fußt auf einem lockeren Kündigungsschutz, kurzen Kündigungsfristen, flexiblen Löhnen, wenig Bürokratie, einem ausgebauten Sicherheitsnetz, einer aktiven Arbeitsmarktpolitik nach dem Prinzip "Fördern und Fordern", einer besonderen Förderung für junge Menschen sowie einer Dezentralisierung der Kompetenzen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Eckdaten im Überblick 2016

	Dänemark	Deutschland
Bevölkerung (Mio.)	5,7	82,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP; Mrd. Euro)	276,8	3.134
Anteil der verarbeitenden Industrie 1) am BIP (%)	15,5	25,6 2)
Anteil der Dienstleistungen am BIP (%)	76,6	69,0 2)

1) ohne Baugewerbe; 2) Anteil an der Bruttowertschöpfung

Quellen: Danmarks Statistik, Statistisches Bundesamt

[Nach oben ▲](#)

## Sektorale Struktur

Zu den bedeutendsten Wirtschaftsbereichen Dänemarks zählen neben dem Maschinen- und Anlagenbau vor allem Elektronik (insbesondere Medizintechnik, Heiz- und Kühl- sowie sensible Messgeräte) und Pharma/Biotechnologie. Dank



einer beachtlichen Wirkstoffpipeline und hohen Marktkapitalisierung sind die Hersteller von Biotecharzneimitteln in dem Land gut für die Zukunft gerüstet. Bei der Suche nach neuen Therapien gegen Infektionskrankheiten, Demenz, Krebs und Diabetes spielt Dänemark in der europäischen Top-Liga.

Mit seiner langen Nord- und Ostseeküste zählt das Königreich zu den Vorreitern bei der Nutzung von Offshorewindenergie. Ende 2016 waren dort Offshorewindkraftanlagen mit einer Gesamtkapazität von rund 1,3 GW ans Netz angeschlossen. Zu den bedeutendsten Offshorewindparks gehören der Windpark Anholt, fernerhin Rödsand II und Horns Rev 1+2. Ende Juli 2017 wird der Offshore-Windpark Sandbank rund 90 Kilometer westlich vor Sylt in Betrieb gehen; er ist nach DanTysk das zweite große Gemeinschaftsprojekt von Vattenfall und den Stadtwerken München.

Mehr als die Hälfte der Landesfläche Dänemarks wird landwirtschaftlich genutzt, wobei sich der Großteil der Produktion auf Jütland konzentriert. Die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft (1,5% des BIP) ist hoch mechanisiert und stark exportorientiert. Ausgeführt werden vor allem Rindfleisch, Milch und Eier, aber auch Fisch aus der Nordsee; in Bezug auf das Volumen bringt das kleine Land etwa 17% der gesamten Fangmenge in der EU ein.

Fernerhin gehört Dänemark zu den großen Schifffahrtsnationen. Die Handelsflotte des kleinen Königreichs zählte im April 2017 dank seiner großen Reedereien (vor allem A. P. Möller-Maersk, Torm, DFDS und Norden) 683 Schiffe, die rund 15,6 Mio. BRZ (Bruttoreaumzahl) umfassen.

Weitere wichtige Wirtschaftsbereiche sind Möbel/Bekleidung und Design/Inneneinrichtung. Die Möbelindustrie hat sich in Dänemark bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts entwickelt. Im Bereich Mode hat Dänemark dagegen keine Luxusmarken mit langer Tradition; den Erfolg der letzten Jahre verdankt seine Modbranche jungen Marken.

Bedeutung der Wirtschaftssektoren (Anteile in %)

Sektoren	Anteil am BIP 2011	Anteil am BIP 2016	Anteil an den Beschäftigten 2011	Anteil an den Beschäftigten 2016
Verarbeitende Industrie	12,8	15,5	10,8	11,1
Baugewerbe	4,6	4,9	5,7	5,7
Großhandel und Einzelhandel	12,9	13,2	16,2	16,2
Gesundheits- und Sozialwesen	11,3	10,8	19,2	19,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	9,5	9,2	1,4	1,4
Bildungswesen	6,5	6,5	8,2	8,2
Finanz- und	5,7	5,4	3,2	3,2

öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	5,7	5,2	6,1	5,6
-------------------------------------------------------------------	-----	-----	-----	-----

Quelle: Danmarks Statistik

[Nach oben ▲](#)

## Regionale Struktur

Am stärksten industrialisiert ist der Großraum der Hauptstadt mit den Zentren Kopenhagen/Frederiksberg, Helsingör, Roskilde und Hilleröd. Die wichtigsten Sparten dort sind die Nahrungsmittel-, Pharmaindustrie und Biotechnologie. Auch die meisten Dienstleistungsunternehmen (vor allem Groß- und Einzelhandel, technische, Transport- und IT-Dienstleistungen sowie Gesundheits-, Bank-, Finanz- und Versicherungswesen) konzentrieren sich in der Hauptstadtregion.

Bezogen auf die wirtschaftliche Leistungskraft schließen sich die übrigen Regionen in der Reihenfolge Mitteljütland (Industriestruktur stark differenziert), Süddänemark (nach einer Studie der Deutsch-Dänischen Handelskammer dort Wachstumsschübe durch zunehmende Aktivitäten in den Sektoren Elektronik und Software, Tourismus, Logistik, Unternehmensberatung und neue Technologien zu erwarten), Nordjütland (vor allem IT, Telekommunikation, Nano-, Biotechnologien und Pharma) und Seeland an. In Nordjütland haben viele international ausgerichtete Firmen und Forschungseinrichtungen ihre Niederlassungen, die meisten in der Regionalmetropole Aalborg.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Regionen 2015

Region	BIP (in Mio. Euro *)	BIP pro Kopf (in 1000 Euro *)
Hovedstaden	109.559	61,673
Sjaelland	27.131	32,982
Syddanmark	52.471	43,439
Midtjylland	55.201	42,903
Nordjylland	23.148	39,685
Dänemark gesamt	271.786	47,864

\*) Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank: 2015: 1 Euro = 7,4548 Dänische Kronen (dkr)

Quelle: auf Grundlage von Daten von Danmarks Statistik

Ein wichtiger Cluster ist das binationale Medicon Valley, das rund vier Fünftel aller Biotechfirmen in Dänemark beherbergt und sich über die ganze Öresund-Region von der Insel Seeland hinüber in die südschwedische Region Skane erstreckt; es zählt zu den führenden Lifescienceclustern in Europa. Trotz der Ge-

schäftspotenziale haben sich von deutscher Seite erst relativ wenige Firmen dort niedergelassen.

Gegen Ende 2014 wurde der Copenhagen Healthtech Cluster (CHC) gegründet. Mit dem Ziel, die besten Lösungen für den weiteren Ausbau der E-Health-Infrastruktur zu erarbeiten, will der CHC Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Akteure im Gesundheitswesen zusammenbringen. Dafür werden auch Kooperationspartner aus dem Ausland.

Weitere bedeutende Cluster in der transnationalen Metropolregion sind der Copenhagen Cleantech Cluster (Umwelttechnologien, Schwerpunkte: Wind, Bioenergie, Brennstoffzellen, elektrische Fahrzeuge) und Clusterland Sweden (vormals Cluster 55; Informations- und Kommunikationswissenschaften, Schwerpunkte: Nano-, Mikrotechnik und Softwareentwicklung).

Größere Cluster bilden auch der Agro Food Park (in Skejby bei Aarhus; circa 75 Firmen aus dem Agrar- und Lebensmittelsektor, darunter Arla Foods und Danish Crown) und Welfare Tech (in Odense; rund 110 Mitglieder, darunter Siemens Healthcare und Philips Danmark; unterstützende Produkte für den Haushalt, zum Beispiel Reinigungsroboter).

Im Süden Dänemarks haben sich insbesondere in Odense und im "Dreieck" Kolding - Vejle - Fredericia Logistik-Cluster entwickelt. Weitere bedeutende Clusterinitiativen bestehen im Bereich Design sowie im maritimen Sektor.

[Nach oben ▲](#)

## Außenhandel

Die dänische Wareneinfuhr hat im Jahr 2016 real nahezu stagniert, die Bezüge aus Deutschland sind indes um gut 4% gestiegen. Deutsche Lieferanten sind mit gut 21% am dänischen Warenimport beteiligt.

Deutschland ist der bedeutendste Handelspartner Dänemarks und liefert vornehmlich Maschinen, Fahrzeuge, Chemikalien, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Gebrauchsgüter in das Königreich. Die Importabhängigkeit bei Gütern für den Privatverbrauch sowie der wachsende Bedarf an ausländischen Ausrüstungen und Zwischenprodukten im Zuge öffentlicher Investitionen werden auch in Zukunft für eine hohe Nachfrage dänischer Auftraggeber sorgen.

Das reale Gesamtjahresplus bei der Warenausfuhr hat ebenfalls stagniert. Der Anteil Deutschlands an den Ausfuhren Dänemarks liegt bei 16%. Deutschland führt aus Dänemark vor allem Industrieprodukte, Maschinen und Instrumente sowie Nahrungs- und Futtermittel ein. Weitere wichtige Lieferländer Dänemarks sind Schweden, die Niederlande, die VR China, Norwegen und das Vereinigte Königreich.

Dänische Einfuhr nach Ländern (in Mio. Euro, Veränderung in %) \*)

Länder	2011	2016	Veränderung 2016/2015
--------	------	------	-----------------------

Insgesamt	68.724	77.457	0,4
Deutschland	14.056	16.528	4,6
Schweden	9.165	9.449	-0,2
Niederlande	4.848	6.229	-0,7
China	4.664	5.609	0,0
Norwegen	4.239	4.261	-8,5
Vereinigtes Königreich	4.283	3.252	-6,9
Polen	2.112	3.006	15,0
Italien	2.394	2.848	4,6
Belgien	2.189	2.542	4,9
Frankreich und Monaco	2.268	2.444	3,5

\*) Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank: 2011: 1 Euro = 7,4506 dkr;  
2016: 1 Euro = 7,4452 dkr

Quelle: Eurostat








Dänische Einfuhr nach Warengruppen (in Mio. Euro, Veränderung in %)

SITC Warengruppe (SITC-Position)	2011	2016	Veränderung 2016/2015
Straßenfahrzeuge (einschließlich Luftkissenfahrzeuge) (78)	4.480,6	6.269,8	6,6
. davon aus Deutschland	1.625,4	2.279,7	28,7
Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und Einrichtungen, a.n.g. (77)	3.558,2	4.250,3	5,4
. davon aus Deutschland	937,4	1.054,6	11,1
Maschinen, Apparate und Geräte für verschiedene Zwecke, a.n.g. , und Teile davon, a.n.g. (74)	3.269,9	4.204,3	5,0
. davon aus Deutschland	947,5	1.295,1	26,8
Bekleidung und Bekleidungszubehör (84)	3.239,6	3.814,1	0,4
. davon aus Deutschland	220,3	362,2	39,2
Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse (54)	2.762,6	3.608,1	0,5
. davon aus Deutschland	480,5	668,7	28,1
(781)	2.404,2	3.590,2	8,6
. davon aus Deutschland	860,1	1.365,7	37,0
Verschiedene bearbeitete Waren, a.n.g. (89)	3.429,1	3.564,3	3,2
. davon aus Deutschland	622,9	622,3	-0,1
Erdöl, Erdölerzeugnisse und verwandte Waren (33)	5.108,9	3.424,2	-31,2

. davon aus Deutschland	120,1	79,4	-51,3
Geräte für die Nachrichtentechnik; Bild- und Tonaufzeichnungs- und -wiedergabegeräte (76)	2.516,9	2.954,0	1,3
. davon aus Deutschland	250,4	208,7	-20,0
Büromaschinen und automatische Datenverarbeitungsmaschinen (75)	2.475,0	2.665,7	3,5
. davon aus Deutschland	462,8	357,9	-29,3

Quelle: Eurostat

## Funktionen

-  Drucken
-  PDF erstellen
-  Speichern
-  ·  ·  · 

## Kontakt

Charlotte Schneider

 +49 228 249 93 279

 [Ihre Frage an uns](#)



Suche

# Der Antikorruptionsbeauftragter und seine Aufgaben und Kompetenzen



Regula Heinzelmann  
Rechtsberatung



Bild: mauritius images / Bildagentur Hamburg / Alamy

**Antikorruptionsbeamte (AKB) haben die Aufgabe, Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung in öffentlichen Ämtern, Institutionen und Behörden durchzuführen.**

Angestellte und Bürger können dem AKB Fälle der Korruption oder Verdachtsmomente melden.

## Was ist ein Antikorruptionsbeauftragter: Definition

Antikorruptionbeauftragte gibt es bei verschiedenen Landes- und Regionalbehörden und öffentlichen Institutionen, auch in einigen Bundesämtern, z.B. bei der Bundesagentur für Arbeit. Beim Korruptionsbeauftragten können Beschäftigte eines Amtes, aber auch Bürger Korruption und sonstige Rechtsverstöße im betreffenden Amt melden. Er ist aber nicht zuständig für allgemeine Anregungen oder Petitionen.

## Straftatbestände

Gegen Korruption gibt es mehrere Straftatbestände, auch für Bestechung in der Privatwirtschaft.

- § 299 StGB Abs. 1: Fordern eines unlauteren geschäftlichen Vorteils wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.
- § 299 StGB Abs. 2: Ebenso wird bestraft, wer im geschäftlichen Verkehr einem Angestellten oder Beauftragten eines Unternehmens einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet oder gewährt, dass er bei dem Bezug von Waren oder Dienstleistungen ihn oder einen anderen im inländischen oder ausländischen Wettbewerb in unlauterer Weise bevorzugt.

Am 4. Juni 2016 ist das „Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen“, kurz Antikorruptionsgesetz, in Kraft getreten. Mit dem Gesetz wurden die neuen Straftatbestände der Bestechung und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen im Strafgesetzbuch verankert (§ 299a StGB und § 299b StGB). Diese Tatbestände betreffen die Bestechlichkeit im Gesundheitswesen. Weiter wurde das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung geändert. Die Kassenärztlichen Bundesvereinigungen sollten für ihren Bereich einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch organisieren und Berichte über Pflichtverletzungen erstellen.

Für Bestechung im Amt gibt es die Tatbestände Vorteilsnahme § 331 StGB, Bestechlichkeit § 332 StGB, Vorteilsgewährung, § 333 StGB, Bestechung § 334 StGB sowie Regelungen für besonders schwere Fälle § 335 StGB.

## Antikorruptionsbeauftragter: Aufgaben und Pflichten

In vielen obersten Landesbehörden wird ein Antikorruptionsbeauftragter (AKB) nebst Stellvertretung für den Geschäftsbereich angestellt. Der AKB soll mindestens die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes oder eine vergleichbare Ausbildung aufweisen.

In Baden-Württemberg wurde 2009 ein sogenannter Vertrauensanwalt bestellt. Dieser kann als unabhängige Anlaufstelle außerhalb der Verwaltung wegen möglicherweise korruptionsrelevanter Vorgänge kostenfrei kontaktiert werden. Das Innenministerium hat für das Land einen Rahmenvertrag mit einem Vertrauensanwalt sowie einen Einzelvertrag abgeschlossen.

Der Vertrauensanwalt steht allen Bürgern, Beschäftigten und Geschäftspartnern der Landesverwaltung als unabhängiger Ansprechpartner zur

Verfügung. Er nimmt Mitteilungen entgegen, die Verdachtsmomente für Korruptionsstraftaten enthalten und prüft diese auf ihre Glaubwürdigkeit und strafrechtliche Relevanz. Ziel seiner Arbeit ist die Aufklärung von Korruptionssachverhalten.

Der AKB hat mindestens folgende Aufgaben:

- Unterstützung der Behördenleitung bei der Korruptionsbekämpfung
- Beratung der Dienststellenleitung in Fragen der Korruptionsprävention

- Er ist Ansprechperson für Beschäftigte, auch ohne Einhaltung des Dienstweges.
- Beratung aller Dienststellen auch bei Korruptionsverdacht
- Beratung für Bürgerinnen und Bürger, die Korruptionsfälle oder einen Verdacht melden
- Aufklärung und Sensibilisierung der Beschäftigten
- Beobachtung und Bewertung von Korruptionsanzeichen

Interessante Artikel sind auch:

**Korruptionsprävention im Rahmen des Anti-Korruptions-Tages**

**Geschenke und Einladungen: Was ist tabu?**

**Weltantikorruptionstag**

**Verhaltenskodex in Unternehmen**

**Antikorruptionsgesetz in Kraft**



# Korruptionsindex

---



Regula Heinzemann  
Rechtsberatung

---



Bild: mauritius images / Zoonar GmbH / Alamy

**Der Internationale Korruptionsindex (CPI) analysiert jedes Jahr die weltweite Rangliste der Korruption. Deutschland steht auf dem zwölften Platz.**

## Was ist der Korruptionsindex: Eine Definition

Der Korruptionswahrnehmungsindex wird auch Internationaler Korruptionsindex oder Bestechungsindex genannt. International gilt: Corruption Perception(s) Index (CPI), genannt. Seit 1995 wird er von Transparency International geführt. Diese ist eine Nichtstaatliche Organisation.

Der CPI listet Länder nach dem Grad auf, in dem dort Korruption bei Amtsträgern und Politikern wahrgenommen wird. Dabei werden verschiedene Umfragen und Untersuchungen verarbeitet, die von mehr als zehn unabhängigen Institutionen durchgeführt werden und die Geschäftsleute, Länderanalysten sowie Umfragen mit Experten im In- und Ausland berücksichtigen. Der Index geht von 0 bis 100, wobei 100 die geringste Wahrnehmung von Korruption anzeigt, also das beste Ergebnis.

2017 wurden 180 Länder und Territorien untersucht. Die Mehrheit der Staaten erzielen keine oder zu wenig Fortschritte im Kampf gegen Korruption. Insbesondere Länder mit niedrigem Schutz für Presse- und Nichtregierungsorganisationen weisen tendenziell ein hohes Korruptionsniveau auf. Neuseeland (89 Punkte) steht an erster Stelle, Südsudan (12 Punkte) und Somalia (9 Punkte) rangieren auf den letzten Plätzen. In den letzten sechs Jahren haben mehrere Länder wie Senegal und Großbritannien ihre Punktzahl

deutlich verbessert, während sich Länder wie Syrien, Jemen, aber auch Australien, verschlechtert haben. In mehr als zwei Drittel der untersuchten Länder wurde ein hohes Korruptionsniveau mit einem Punktwert unter 50 Punkten festgestellt.

## Korruptionsindex Deutschland

Nach dem CPI 2017 steht Deutschland an 12ter Stelle mit 81 Punkten. Deutschland stagniert seit einigen Jahren im Korruptionswahrnehmungsindex und fiel 2017 im internationalen Vergleich sogar um zwei Plätze zurück.

Transparency International Deutschland e.V. (kurz: "Transparency Deutschland") gilt als gemeinnützige und politisch unabhängige Institution, die sich einsetzt für die Bekämpfung und Eindämmung der Korruption. Transparency Deutschland wurde 1993 gegründet und hat über 1200 Mitglieder, die ehrenamtlich in Arbeits- und Regionalgruppen organisiert sind. Thematisch orientierte Arbeitsgruppen dienen als Foren für den inhaltlichen Austausch und die Entwicklung neuer Positionen und Forderungen.

Transparency International Deutschland e.V. ist auch Träger der Initiative Transparente Zivilgesellschaft, die mittlerweile über 1.000 Unterzeichnerorganisationen umfasst. Es wurden zehn grundlegende Punkte definiert, die jede zivilgesellschaftliche Organisation der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte.

Gemäss Bundeslagebild des BKA gab es in Deutschland 2017 25 Prozent weniger Straftaten als 2016, nämlich 4.894. Die Anzahl der mit diesen Korruptionsstraftaten unmittelbar zusammenhängenden Straftaten, sog. Begleitdelikte, stieg um ca. 33 Prozent auf 3.681 an. Auch die Anzahl der Tatverdächtigen ist um 15 Prozent auf 2.939 gestiegen. Insgesamt wurden 291 Mio. Euro Schaden angerichtet, 137 Prozent mehr als 2016. Der bevorzugte Zielbereich war die öffentliche Verwaltung.

## Korruptionsindex Europa

Europa schneidet auf dem CPI gut ab. Dänemark ist auf dem zweiten Platz mit 88 Punkten, Finnland und die Schweiz (85 Punkte) auf dem dritten. Auf den ersten 12 Plätzen befinden sich 9 Europäische Länder. Frankreich landete auf dem 23. Platz, Italien ist auf dem 54. Platz eines der problematischsten Länder, noch schlechter platziert sind Kroatien und die Ukraine.

## Was ist Korruption? Arten, Formen und Auswirkungen von Korruption

Ausarbeitung, 2017

8 Seiten, Note: 1,0

[BWL - Unternehmensethik, Wirtschaftsethik](#)



eBook für nur **2,99 €**

Sofort herunterladen. Inkl. MwSt.

**Format:** PDF – für PC, Kindle, Tablet, Handy (ohne DRM)

[Kommentieren](#)

## Leseprobe

### Inhaltsverzeichnis

1. Definition des Begriffs Korruption
  - a) in der Jura
  - b) durch verschiedene Organisationen und Personen
2. Geschichte der Korruption
  - a) bis zur Neuzeit
  - b) ab dem 20. Jahrhundert
3. Arten und Formen der Korruption
  - a) Arten der Korruption
  - b) Formen der Korruption
4. Auswirkungen von Korruption
  - a) auf die Gesellschaft
  - b) auf die Wirtschaft
5. Beurteilung von Korruption
  - a) aus wirtschaftsethischer Perspektive
  - b) aus religiöser Perspektive
6. Literaturverzeichnis
  - a) Sekundärliteratur
  - b) Internet

## 1. Definition des Begriffs Korruption

### a) in der Jura

Der Begriff der Korruption kommt nicht im Gesetz vor. Der Gesetzgeber benutzt stattdessen das Wort „Vorteil“. Generell wird in den Fachwerken zwischen Straftaten gegen den Wettbewerb, Straftaten gegen Verfassungsorgane, sowie bei Wahlen und Abstimmungen, und Straftaten im Amt unterschieden. Vor allem im Paragraph 331 des Strafgesetzbuches wird auf die Bedeutung und die damit verbundenen Maßnahmen der Vorteilsbeschaffung eingegangen. So wird im eben genannten Paragraphen Vorteil als „Leistung, die den Amtsträger oder einen Dritten wirtschaftlich, rechtlich oder auch nur persönlich objektiv besser stellt und auf die er keinen Anspruch hat“ definiert.<sup>1</sup>

### b) durch verschiedene Organisation und Personen

Das in Deutschland tätige Departement der weltweit tätigen und relativ bekannten Non-Governmental Organization Transparency International definiert Korruption als „Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.“<sup>2</sup> Diese Begriffsbestimmung ist auch die gängigste. Andere, weitere, im selben Bereich tätige Stiftungen und Vereine heben in ihren Definitionen nochmal hervor, dass man auf die Leistungen und Vorteile, die einem durch Bestechung ermöglicht werden, keinen rechtmäßigen Anspruch hat und dass dadurch das allgemeine Interesse verletzt wird und der Erfolg auf Kosten Dritter geht.

## 2. Geschichte der Korruption

### a) bis zur Neuzeit

Laut dem Politologen Ulrich von Alemann ist die Korruption „so alt und vielfältig wie die Menschheit“.<sup>3</sup> Das Wort Korruption kommt selber aus dem Lateinischen und bedeutet „Verderbtheit“. Es betraf anfangs auch nicht Themen wie Schmiergeld oder Bestechung, sondern meinte den allgemeinen, negativen Zustand eines Staates, Probleme wie Werteverfall oder Staatsversagen.

Beispiele aus dem Altertum gibt es genug: schon im Alten und Neuen Testament gab es Stellen über Korruption und deren theologische Bewertung. Im alten China bemängelte speziell der Philosoph Konfuzius die Bestechlichkeit der Beamten am Hof des Kaisers und erwirkte so die Errichtung eines „Zensorrats“, der die Missstände dieser Beamten kontrollieren sollte. Diese Einrichtung kann man als erste Maßnahme der Geschichte gegen Korruption sehen. In der ersten Demokratie Europas, in Griechenland, wurden die Volksvertreter per Losentscheid gewählt, um Bestechungen bei der Wahl zu vermeiden. Auch im Römischen Reich erließ speziell der Machthaber Konstantin viele Gesetze zur Bekämpfung von Bestechungen. Im Mittelalter verhielt sich das Ganze anders: Bestechungen gehörten zum guten Ton und waren salonfähig. Als Beispiele hierfür können das Kaufen von Parlamentssitzen in Großbritannien, die Machenschaften einiger Beamter am Hof des Französischen Königs oder der Stimmenkauf bei Einwanderergruppen in den USA aufgezählt werden. Als Meilenstein im Korruptionskampf ist hier der „Corrupt and Illegal Practices Prevention Act“ von 1883 zu sehen. Auch in Deutschland war Korruption keine Seltenheit. So wurde 1871 Wilhelm I. nur dadurch Kaiser des Deutschen Reiches, indem man die Stimme des Märchenkönigs Ludwig II. von Bayern kaufte.<sup>1</sup>

### b) ab dem 20. Jahrhundert

Anfang des 20. Jahrhunderts war vielen der „Reptilienfond“ von Otto von Bismarck ein Begriff. Durch diesen Geldtopf konnte er, indem er die Stimmen der Parlamentarier kaufte, die deutsche Politik nach seinen Vorstellungen lenken. In Deutschland herrschte jedoch trotzdem das Verständnis, dass Korruption kein deutsches Problem sei, sondern vielmehr ein Amerikanisches, Britisches oder Orientalisches. Nichtsdestotrotz sprach auch Hitler in seinem Wahlkampf oft

davon, dieser Verderbtheit ein Ende zu setzen. Der „Kampf gegen die Korruption“ der Nazis war aber tatsächlich eher eine Ausrede im Kampf gegen Andersdenkende. Die Nationalsozialisten selber waren auch sehr korrupt. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die Geschichte von Oskar Schindler, der viele Juden dadurch befreien konnte, indem er Offiziere bestach.

Nach dem Krieg herrschte die Auffassung, dass Korruption ein Übergangsphänomen sich modernisierender Gesellschaften sei.<sup>2</sup> Dadurch konnten auch bequem die Korruption in den ehemaligen sozialistischen Staaten erklären. Ab den 1990' er Jahren begann dann der verstärkte Kampf dagegen.

### 3. Arten und Formen der Korruption

#### a) Arten der Korruption

Das Bundeskriminalamt unterscheidet bei der Korruption zwischen situativer und struktureller Korruption. Zusätzlich gibt es noch die Netzwerk-Korruption, die eine Eigenart der strukturellen Korruption ist.<sup>1</sup>

**Situative Korruption:** Die situative Korruption, die auch Gelegenheitskorruption genannt wird, entsteht fast immer spontan aus einer Situation heraus. Sie ist nicht geplant, sondern wird bei Gelegenheit durchgeführt. Es handelt sich fast ausschließlich um zwei Personen. Die Tat ist einmalig, eine Wiederholung ist nicht geplant. Eine situative Korruption ist beispielsweise dann gegeben, wenn ein Polizist, der einen betrunkenen Autofahrer kontrolliert, zwischen den Fahrzeugpapieren des Betroffenen einen 50-Euro-Schein entdeckt. **Strukturelle Korruption:** Im Gegensatz zur situativen Korruption ist die Tat bei der strukturellen Korruption, die auch Struktur der gewachsenen Beziehungen genannt wird, schon geplant. Meist wird dabei so vorgegangen, dass der zu Bestechende schon zuvor mit kleinen Geschenken „angefüttert“ und somit getestet wird. Strukturelle Korruption ist räumlich und zeitlich begrenzt. Meist spielt sich das Ganze im Wirtschaftsraum des Bestechenden ab. Wenn beispielsweise eine Firma, die Medikamente herstellt, Ärzten Geld dafür zahlt, dass diese speziell ihren Patienten diese Pharmazeutika empfehlen, spricht man von struktureller Korruption. **Netzwerk-Korruption:** Hierbei handelt es sich um eine Unterart der strukturellen Korruption, die meist über Jahre, gar Jahrzehnte, hinweg läuft. Es gibt viele Geber, aber wenig Nehmer. Auch die Internationalisierung der Machenschaften ist eine Eigenschaft. Meist ist diese Art der Korruption mit anderen Verbrechen verbunden.

#### b) Formen der Korruption

Das Strafgesetzbuch unterscheidet bei den Formen der Korruption zwischen aktiv und passiv. Zur aktiven Korruption zählen Fordern, Anbieten und Versprechen eines Vorteils, Vorteilsgewährung, Bestechung, Schmiergeldzahlung, während hingegen Vorteilsannahme und Bestechlichkeit auf eine passive Korruption schließen lassen.

### 4. Auswirkungen von Korruption

#### a) auf die Gesellschaft

In hochkorrupten Ländern empfinden Bürger Korruption genau als das, was es auch ursprünglich bedeutete: als staatliches Versagen. Somit steigt der Zorn auf die Regierenden und auf eine „Elite“, die als Schuldige für die gegebene Situation gesehen werden. Als direkte Folge von Korruption lässt sich der Ausfall von Investitionen ableiten. Dies führt wiederum zu weniger Steuerzahlungen. Dadurch hat der Staat weniger Geld für soziale Projekte. Daraus kann man schließen, dass durch Korruption Sozialkapital abgebaut wird. Dadurch dass weniger Geld für den Staat da ist, kann es auch sein, dass keine neuen Beamten eingestellt werden können. Für die Unternehmen bedeutet Korruption ein Vertrauensbruch mit ihren Kunden. Laut Transparency International bewirkt Korruption auch eine Rechtsunsicherheit, die sich in einer geringeren Rechtstreue und schlechteren Alltagsmoral zeigt.<sup>1</sup>

#### b) auf die Wirtschaft

Korruption führt dazu, dass Unternehmen bei abnehmender Leistungen immer noch den selben oder gar einen höheren Preis für ihre Dienstleistungen und Produktverlangen können. Nach Angaben der Weltbank, muss jeder Mensch rund sieben Prozent seiner Arbeitsleistung dafür aufbringen, Korruptionsschäden zu begleichen. Laut der Europäischen Union schaden Bestechungen und Schmiergelder der EU-Wirtschaft jährlich um 120 Milliarden Euro. Ein weiterer, nicht vernachlässigbarer Punkt, der gegen Korruption spricht ist der, dass Unternehmen ohne Bestechungen ihre Produktpaletten und Dienstleistungen ständig verbessern und modernisieren müssen. Durch Korruption entziehen sich manche Unternehmen jedoch diesem Innovationsdruck. Kurzfristig haben sie sicherlich einen Vorteil erlangt, langfristig jedoch schadet sich ein Unternehmen dadurch nur selbst.<sup>1</sup> Auch für seine eigenen Mitarbeiter bringt Korruption für ein Unternehmen keine positiven Effekte mit. Illoyalität und mangelnde Motivation liegen an der Tagesordnung eines Unternehmens, in dem Bestechungen zum Tagesgeschäft gehören. Wie vorher erwähnt, garantiert Korruption zwar meistens einen Erfolg, jedoch nur auf Kosten von Dritten. In der Wirtschaft kann dies dazu führen, dass nicht-korrupte Firmen durch Bestechungen Schaden tragen oder ihnen sogar die Insolvenz droht.

### 5. Beurteilung von Korruption

#### a) aus wirtschaftsethischer Perspektive

**Um die moralische Verwerflichkeit von Korruption aufzuzeigen, reicht es nicht, dies mit Illegalität zu begründen. Im Endeffekt können sich Gesetze ändern. Dies macht das Thema dann nicht weniger unmoralisch. Also muss man hier Aspekte zugrunde ziehen, die für alle gelten:**

Tugendhafte Werte, die für alle gelten, werden durch die Korruption untergraben. Seien es Ehrlichkeit oder Glaubwürdigkeit - durch Bestechungen zeigen Unternehmen oder Privatpersonen auf, dass diese Werte für sie nicht gelten. Weiterhin hat man das Problem, dass - falls die Schmiergelder, die ein Unternehmen gezahlt hat - ans Tageslicht kommen, man stets ein Vertrauensproblem hat. Ebenfalls ist der Aspekt des Sozialkapitalabbaus problematisch.<sup>1</sup>

#### b) aus religiöser Perspektive

Alle großen Weltreligionen sprechen sich explizit gegen Korruption aus, weil dadurch universelle Werte in Frage gestellt werden. Im Folgenden werden speziell das Christentum und der Islam herausgegriffen, weil diese beiden Religionen knapp die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren:

**Christentum:** Durch Korruption werden äußerst wichtige christliche Werte wie Gerechtigkeit, Rechenschaft ablegen und Maß halten untergraben. Außerdem heißt es in der Bibel: „Du sollst dich nicht durch Geschenke bestechen lassen; denn Geschenke machen die Sehenden blind und verdrehen die Sache derer, die im Recht sind.“<sup>3</sup>

**Islam:** Der bekannteste Ausspruch des islamischen Propheten Mohammed zu diesem Thema ist folgender: "Gott verflucht denjenigen, der besticht, denjenigen, der sich bestechen läßt und denjenigen, der die Bestechung vermittelt."<sup>4</sup>

[...]

<sup>1</sup> <https://dejure.org/gesetze/StGB/331.html>

<sup>2</sup> <https://www.transparency.de/was-ist-korruption.2176.0.html>



International

Nr. 19257

# Länderschwerpunkt Dänemark

Viele verbinden mit Dänemark das Land in dem früher die Wikinger lebten und in dem man heute an den zahlreichen Stränden Urlaub in Sommerhäusern machen kann.

Doch das kleine Land hat noch viel mehr zu bieten. Es ist ein hoch entwickelter Industriestaat; Die größten Exporte von Dänemark nach Deutschland sind dabei vor allem Industrieprodukte, Maschinen und Instrumente sowie landwirtschaftliche Produkte.

Außerdem hat Dänemark ein vorbildliches Geschäftsklima – Behördengänge sind dank der Digitalisierung schnell und einfach über das Internet zu erledigen und viele Dänen sprechen ausgezeichnet Englisch und Deutsch.

Dies ist nicht nur für die Dänen ein Vorteil, sondern erleichtert auch die Kooperationsmöglichkeiten zwischen dänischen und deutschen Unternehmen.

Die IHK Flensburg unterstützt Unternehmen die den Weg nach Dänemark suchen mit zahlreichen Angeboten. Von der individuellen Erstberatungen, regelmäßig stattfindenden Informationsveranstaltungen bis hin zum Bereitstellen allgemeiner und regionaler Informationen auf dieser Seite oder der Seite [www.ihkregion.de](http://www.ihkregion.de) – einen Überblick des gesamten Portfolios des deutsch-dänischen Regionalmanagements der IHK Flensburg können Sie in der entsprechenden [Broschüre](#) online einsehen.

Im Folgenden bieten wir Ihnen außerdem die Möglichkeit, sich weiter über Dänemark zu informieren.



Mogens Lykketoft

## Das Dänische Modell

Eine europäische Erfolgsgeschichte

- Das Dänische Modell ist eine Referenz für viele Länder der Welt, wenn es um die Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik geht. Das Modell zeichnet aus:
- eine nahezu gleichmäßige Verteilung von Qualifikationen, eine hohe Beteiligung am Arbeitsmarkt von sowohl Männern als auch Frauen
- eine umfangreiche Umverteilung durch ein progressives Steuersystem, das öffentliche Leistungen im Bereich der Bildung, Kinderbetreuung, Altenpflege und im Gesundheitswesen finanziert
- außergewöhnlich geringfügige Unterschiede im Lebensstandard zwischen Arm und Reich im Vergleich mit anderen Ländern
- die relativ hohe Steuerquote – besonders bei Privateinkünften und beim Konsum – die eng verbunden ist mit Erfolgen bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, in eine gute Infrastruktur etc.; ferner niedrige Unternehmenssteuern und geringe gesetzliche Beiträge in die Sozialversicherung für die Arbeitgeber
- ein Öffentlicher Dienst, der im internationalen Vergleich sehr effektiv und bürgerfreundlich ist. Korruption gibt es so gut wie gar nicht.

DEZEMBER 2009

## Inhalt

1	Der triumphale Fortschritt der Demokratie . . . . .	3
2	Das Dänische Modell: Fortschritt des Sozialstaats. . . . .	4
3	Zusammenspiel zwischen Gewerkschaften und politischem System. . . . .	8
4	Nach der Ölkrise: Arbeitslosigkeit und Strategien zur Abwertung der Währung. . . . .	11
5	1982–1993: Von einer aktiven Reformpolitik zu einer erneut hohen Arbeitslosigkeit. . . . .	12
6	Die Erneuerung des Dänischen Modells 1993–2001 . . . . .	13
7	Leben von Transfereinkommen . . . . .	16
8	»Wahlfreiheit« und »das Einfrieren des Steuersystems« . . . . .	17





## 1 Der triumphale Fortschritt der Demokratie

Zuerst einige Daten zur neueren dänischen Geschichte, zu seinen politischen Strukturen und seiner Wirtschaft:

Dänemark ist ein kleines Land mit 5,5 Millionen Einwohnern und einer Gesamtfläche von 44 000 Quadratkilometern. 1973 wurde Dänemark Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und damit der heutigen Europäischen Union (EU). Dänemark hatte im Jahr 2007 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von 35 800 Dollar. Gemessen an der Kaufkraftparität ist es das elftreichste Land der Welt – das heißt ohne Berücksichtigung offizieller Wechselkurse sondern aufgrund der nationalen Kaufkraft.

Der Wettbewerbsindex des Weltwirtschaftsforums 2008 setzt Dänemark auf die Liste der drei Besten der Welt. Transparency International bewertet Dänemark als das Land mit der geringsten Korruption weltweit. Darüber hinaus sollte erwähnt werden, dass die Dänen internationalen Studien zufolge die glücklichsten Menschen der Welt sind! Über einen langen Zeitraum hinweg hatten die Dänen keinerlei Ambitionen, andere Länder zu dominieren, ob groß oder klein. Aber sie sind der festen Überzeugung, dass sie mit guten Erfahrungen und Ideen aufzeigen können, wie eine Gesellschaft durch Demokratie und soziale Strukturen bereichert werden kann.

Die Demokratie hielt in Dänemark sehr früh Einzug. Der Verlust Dänemarks an Territorium und Macht – als letztes Beispiel sei der Verlust Schleswig-Holsteins an Deutschland im Krieg von 1864 zu nennen – machte das Land zu einem sehr kleinen, homogenen Nationalstaat mit einer besonderen kulturellen, sozialen und demokratischen Entwicklung, die die Stärke der dänischen Gesellschaft erklärt.

Die Landwirtschaft, lange Zeit die wichtigste Branche in Dänemark, wurde von einer Gruppe unabhängiger und selbstbewusster Landwirte dominiert, die eine starke Genossenschaftsbewegung gründete und ab 1901 die politische Macht übernahm. »Volkshochschulen« wurden zu einer Hochburg für die Entwicklung demokratischer Überzeugungen und eines Nationalbewusstseins, das auf dem Christentum basierte.

Die schnelle Industrialisierung zum Ende des 19. Jahrhunderts führte zu einem schnellen Wachstum in den Städten und zur Gründung starker Gewerkschaften als Gegengewicht zur Macht der privaten Kapitalgeber. Von Beginn an war die Bewegung der Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten sowohl politisch als auch organisatorisch eng verbunden. In Dänemark, und auch in anderen nordischen Staaten, führte die starke Verbindung zwischen den Gewerk-

schaften und der Partei dazu, dass sie zu den Hauptakteuren bei der Ausarbeitung eines Modells für einen effizienten Wohlfahrtsstaat werden konnten. Wirtschaftliche Ungleichheiten wurden durch steuerfinanzierte Leistungen im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens, der Altenpflege und Kinderfürsorge sowie durch finanzielle Leistungen für Arbeitslose, Kranke, Arbeitsunfähige und Rentner ausgeglichen.

Ursprünglich war es eines der wichtigsten politischen Ziele der Sozialdemokraten, die Produktionsmittel zum öffentlichen Eigentum zu machen. Aber tatsächlich ging es bei dem Dänischen Modell niemals um die Abschaffung des Kapitalismus, sondern eher darum, ihm ein menschlicheres Gesicht zu verleihen: Die Gesellschaft sollte mit fundamentalen Strukturen versehen werden, die dem Einzelnen mehr Rechte verleihen und ihm soziale Sicherheit garantieren sollten, anstatt ihn den freien Kräften des Marktes zu überlassen. Das Dänische Modell ist nicht das Ergebnis eines einzelnen, großen Gesamtplans. Es war ein langer Prozess, sozialen Fortschritt für normale Menschen mit geringerem Einkommen zu erzielen, der sich schrittweise vollzog – er bestand aus Kämpfen und Kompromissen mit den Arbeitgebern und den Mitte-Rechts-Parteien.

Es war entscheidend, dass die Sozialdemokraten zusammen mit der kleineren Sozialliberalen Partei zu Beginn des 20. Jahrhunderts erheblichen politischen Einfluss erlangten und so die Richtung für die soziale Reform bestimmen konnten. Anfänglich stellten sich die meisten Liberalen und Konservativen dagegen, aber nach und nach akzeptierten sie die wichtigsten Bestandteile der Reform, auch weil sich die Reformvorhaben großer Beliebtheit in der Öffentlichkeit erfreuten.

Die Kommunisten spielten in der dänischen politischen Arena nur kurz eine wichtige Rolle, nämlich in der Zeit nach Beendigung der deutschen Besatzung 1945 – aufgrund ihrer Rolle in der Widerstandsbewegung. Aber 1959 wurde eine neue, linke Partei – die Sozialistische Volkspartei – von ehemaligen Kommunisten gegründet, die sich von Moskau abgewandt hatten. Diese Partei hat sich sehr gut und dauerhaft etabliert. Heute sind nur einige wenige programmatische Unterschiede zwischen den Sozialdemokraten und der Sozialistischen Volkspartei zu finden.

Nur selten gab es eine »sozialistische« parlamentarische Mehrheit, die von den Sozialdemokraten und der Sozialistischen Volkspartei gestellt wurde, nämlich nur drei Jahre lang (1967 und 1971–1973). Diese Mehrheit führte aber keine Wiederbelebung des traditionellen sozialistischen Gedankenguts herbei. Im Jahr 1967 gelang es diesen Parteien jedoch, die zwei wichtigsten Einnahmequellen des Sozialstaats zu si-

**Mogens Lykketoft** ist erster Vizepräsident des dänischen Parlaments (Folketinget) und stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

chern – die Quellensteuer (oder die einkommensabhängige Steuer) und die Mehrwertsteuer (MwSt).

Zwischen 1924, als die erste sozialdemokratische Regierung an die Macht kam, und dem Jahr 1982 war die Partei nur zwölf Jahre lang nicht in der Regierung vertreten. Nach 1982 war nur neun Jahre lang, von Januar 1993 bis November 2001, eine sozialdemokratische Regierung im Amt. Dennoch wurde das Dänische Modell in dieser Zeit erneuert und Dänemark erfuhr – im europäischen Vergleich – einen außergewöhnlichen, wirtschaftlichen Fortschritt und einen Anstieg der Zahl der Beschäftigten.

## 2 Das Dänische Modell: Fortschritt des Sozialstaats

Natürlich wurde das Dänische Modell als Reaktion auf grundlegende Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterentwickelt. Die erste große Herausforderung – und auch der erste große Schritt nach vorne – ergab sich aus der Krise und der Massenarbeitslosigkeit in den 30er Jahren.

Genau an demselben Tag, an dem Hitler in Deutschland im Jahr 1933 an die Macht kam, erzielte der dänische sozialdemokratische Premierminister Thorvald Stauning eine bahnbrechende politische Einigung mit den Liberalen in der Opposition. Diese Vereinbarung umfasste Maßnahmen für Arbeitslose, konsolidierte Einkünfte aus der Landwirtschaft und legte den Grundstein für soziale Reformen, denen zufolge Ansprüche auf Leistungen der Sozialversicherung den Bedürftigen gesetzlich zustehen – und nicht als eine Art Almosen verstanden werden sollten.

In den 30er Jahren verfolgte Dänemark eine Wirtschaftspolitik, die durch hohe öffentliche Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen gekennzeichnet war. Dies entsprach weitestgehend den bahnbrechenden Ideen des großen, britischen Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes, dessen Theorie besagt, dass der Staat in Krisenzeiten Kapital investieren und Arbeitsplätze schaffen muss. Es ist strittig, ob die Entscheidungsträger der damaligen Zeit tatsächlich mit dieser Theorie von Keynes vertraut waren. Aber sie haben dennoch das Richtige getan.

Nach der Befreiung von 1945 beschlossen die Politiker, die Arbeit, die durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen worden war, fortzusetzen. Die Gesellschaft sollte eine aktivere Rolle dabei spielen, den Weg zur Vollbeschäftigung zu finden. Wie generell in der westlichen Welt hatten auch die Menschen in Dänemark in dieser Zeit erfahren, welche dramatischen Auswirkungen technologische Entwicklungen und die

Öffnung der Märkte auf die Beschäftigungssituation haben konnten und wie plötzlich neue und andere Fertigungs- und Fähigkeiten gefordert wurden. Seit den 50er Jahren hat sich der Lebensstandard grundlegend verändert. Traditionelle Familienstrukturen sind revolutioniert worden und ein Ende dieser Entwicklungen ist noch nicht in Sicht. Aber es ist so: Die dänische Bevölkerung lebt und arbeitet unter ganz anderen Bedingungen als noch vor ein paar Jahrzehnten.

In den 60er Jahren vollzogen sich Veränderungen in Windeseile. Die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen wurden vor allem durch zwei einzigartige Revolutionen herbeigeführt: durch die sehr umfangreiche Migration aus ländlichen Gebieten in die Städte sowie durch den Eintritt von Frauen in den organisierten Arbeitsmarkt. Im Jahr 1950 lebten 545 000 Menschen in Dänemark von der Landwirtschaft. Im Jahr 2008 belief sich diese Zahl auf nur 86 000. Diese Entwicklung belegt eine starke Landflucht und führte in den großen Städten zu umfangreichen Investitionen in Wohnungsbau und Infrastruktur. Die wenigen Personen, die noch in der Landwirtschaft tätig sind, produzieren heute vierzehnmal so viel wie im Jahr 1950. Und damals waren es sechsmal so viele Menschen!

Im Jahr 1950 waren 33 Prozent der arbeitenden Bevölkerung Frauen. Im Jahr 2008 waren es 48 Prozent. Im Jahr 2005 betrug die Beschäftigungsrate für Männer 80 Prozent, die für Frauen 74 Prozent. Vor noch wenigen Generationen war es die Aufgabe der meisten verheirateten Frauen, auf die Kinder aufzupassen, sich um die älteren und kranken Familienmitglieder zu kümmern. Sie waren gesellschaftlich nicht besonders sichtbar. Und sie wurden auch nicht bezahlt. Heutzutage aber sind die Frauen der neuen Generation – auch Frauen mit jungen Kindern – ebenso stark auf dem Arbeitsmarkt vertreten wie ihre Ehemänner. Wo sind die Leute hingegangen – all diejenigen, die sich von der Arbeit in der Landwirtschaft oder zu Hause verabschiedet haben?

In gerundeten Zahlen stellen sich die Veränderungen bis 2008 wie folgt dar: In der Landwirtschaft wurden 460 000 Arbeitsplätze und in der Industrie 170 000 Stellen abgebaut. In der Baubranche und im Tiefbau gab es einen Zuwachs von 60 000 Stellen, im öffentlichen Dienst war ein Anstieg von 635 000 (!) zu verzeichnen und seit 1950 gab es im Privatsektor 655 000 zusätzliche Angestellte. Zwischen 1950 und 2008 stieg das dänische Bruttoinlandsprodukt real um 276 Prozent an.

Es ist schwierig, die einzelnen Faktoren zu quantifizieren, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Dennoch sollen einige Punkte hervorgehoben werden:

1. An erster Stelle zu nennen ist ein solides allgemeines Bildungssystem mit gutem Unterricht in den Grund- und weiterführenden Schulen, in denen ein Schwerpunkt auf zwischenmenschliche Interaktion – zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der Fähigkeit, zu improvisieren – gelegt wird. Darüber hinaus gibt es eine lange Tradition beruflicher Bildung. Auch die Anzahl der Schüler einer Generation, die einen Universitätsabschluss erlangen, ist stark gestiegen – wie in vielen anderen europäischen Ländern auch: von 25 Prozent im Jahr 1980 auf 47 Prozent im Jahr 2006.
2. Viele kleine anpassungsfähige Privatunternehmen bieten die meisten Beschäftigungsmöglichkeiten im Privatsektor. Aber es gibt auch noch ein einziges, internationales Großunternehmen – A. P. Møller / Mærsk – das im Bereich der Reedereien und der Förderung von Öl und Gas, um nur einige seiner zahlreichen Betätigungsbereiche zu nennen, tätig ist. Dieses Unternehmen schafft einen erheblichen, stetig anwachsenden Mehrwert und erzielt in Dänemark bedeutende Devisenerlöse.
3. In Dänemark gibt es eine sehr liberale Industriepolitik, weshalb die Regierung Unternehmen auch in Krisensituationen nie zu Hilfe kommen musste. Zudem gibt es keine großen, unflexiblen Unternehmen im Bergbau oder in der Schwerindustrie, die Subventionen benötigen.  

Auf der anderen Seite besitzt die öffentliche Hand traditionell Anteile an Unternehmen wie zum Beispiel im Bereich der Telekommunikation, Elektrizität, Wasserversorgung oder dem öffentlichen Verkehr oder kontrolliert diese Unternehmen. Die technologischen Entwicklungen, die notwendige, vom Markt geforderte Wettbewerbsfähigkeit und strengere Anforderungen der EU zur Förderung des Wettbewerbs führten dazu, dass der Sektor des öffentlichen Verkehrs für den privaten Wettbewerb geöffnet wurde – und Aktien aus dem Telekommunikationssektor, die der öffentlichen Hand gehörten, wurden zum Beispiel direkt verkauft. Das sind die wichtigsten Beispiele von Veränderungen bei Unternehmen, die traditionell dem Staat unterstanden. Die Theorie, die dem zugrunde liegt, besagt, dass zum jetzigen Zeitpunkt durch verstärkten internationalen Wettbewerb und die effektive Anwendung nationaler und europäischer Regularien die Verbraucher besser gegen die Ausbeutung durch private Monopole geschützt werden können, als durch Ausübung staatlicher Kontrolle über einzelne Unternehmen.
4. Die Umsetzung dieser Wirtschaftspolitik hat zu mehr Wachstum und guten Erfolgen im Sektor der Privatwirtschaft geführt. Mit den Steuergesetzen

wurden schon seit den 50er Jahren den Unternehmen sehr großzügige Abschreibungsmöglichkeiten für viele Arten von Maschinen eröffnet. Dadurch wurde ein erheblicher Beitrag zur Erneuerung der Industriebranche Dänemarks geleistet.

Darüber hinaus hat die Tatsache, dass ein Schwerpunkt auf gute Dienstleistungen für alle Bürger, zum Beispiel im Bereich des Gesundheitswesens, gelegt wurde, schon früh zur Entstehung eines nationalen Marktes geführt. So war der dänischen Industrie die Möglichkeit gegeben, sich in wertvollen Nischen des internationalen Marktes an führender Stelle zu etablieren. Zum Beispiel konnte die Firma NOVO bei der Insulinvermarktung die erste Position erlangen. Auch andere dänische medizinische Produkte sind marktführend. Es ist kein Zufall, dass das ehemalige chinesische Staatsoberhaupt Deng Xiaoping ein sehr hoch entwickeltes, dänisches Hörgerät von Oticon besaß; oder dass eine andere dänische Firma, Danavox, ein robustes und preisgünstiges Hörgerät in Massenproduktion für den chinesischen Markt und auch andere Länder herstellt.

Vor allem in den 90er Jahren führte der steigende Bedarf an umweltfreundlicher Energie dazu, dass der dänische Staat die Entwicklung der Windradtechnologie durch Steuererleichterungen und Investitionen in Forschung und Entwicklung förderte. Es entstand ein ganz besonders wichtiges Produkt für den Export, das entscheidend zur Verbesserung der Beschäftigungssituation beitrug. Dies war vor allem für die nicht gut ausgebildeten Arbeitskräfte in den entlegenen Regionen Dänemarks hilfreich. Vestas ist der größte, international immer mehr an Bedeutung gewinnende Hersteller von Windrädern.

Es kann sicherlich ein noch größeres Potenzial geschaffen werden, wenn auf der einen Seite ein Bedarf an Produkten dieser Art in der Öffentlichkeit besteht und Mittel für umweltfreundliche oder sozial wünschenswerte Entwicklungen durch den Staat bereitgestellt werden und auf der anderen Seite die Privatindustrie an solchen Entwicklungen beteiligt ist. Es sollte zum Beispiel auch ein Schwerpunkt auf andere Arten erneuerbarer Energien gelegt werden, die zu einer Reduzierung der Kohlenstoffemissionen beitragen – um so die ehrgeizigen, aber unerlässlichen Ziele des Klimaschutzes erreichen zu können.

5. Da Dänemark ein kleines Land ist und verstärkt internationalen Handel betreibt, begann man in Dänemark schon Ende der 50er Jahre damit, Einfuhrbeschränkungen aufzuheben und sich dem internationalen Wettbewerb zu stellen.

Dadurch wurden zwar sehr viele Veränderungen nötig, es boten sich jedoch auch viele neue Exportmöglichkeiten. Ganze Industriebranchen brachen zu Beginn dieser Entwicklungen ein – z. B. mussten die traditionellen Produktionsstätten für Textilien und Bekleidung aufgegeben werden.

6. Gleichzeitig wurde schon früh damit begonnen, neue Produktionsmöglichkeiten zu schaffen, mit denen man ein angemessenes Gehalt verdienen konnte. An diesen Entwicklungen war die Gewerkschaftsbewegung stark beteiligt. Sie bemühte sich nachdrücklich um Weiterbildungsmaßnahmen zum Erlernen neuer Technologien und traf Vereinbarungen zur Einführung neuer finanzieller Anreize für Arbeitnehmer. Relativ hohe Mindestlöhne in den Tarifvereinbarungen spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Auf diese Art und Weise ist es gelungen, den Niedriglohnsektor in Dänemark langsam aber sicher abzubauen. Das war beabsichtigt und Taktik. Die Entwicklung zeigt deutlich, dass zusätzliche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Beschäftigten und Investitionen in Produktionsanlagen zu hoher Beschäftigung geführt haben, trotz der vergleichsweise hohen Mindestlöhne.

In anderen Worten heißt das: Das relativ geringe Lohndifferential in Dänemark ist das Ergebnis von Tarifverhandlungen, die durch bedeutende Maßnahmen im Bereich der Bildung ergänzt wurden. Letztere haben dazu geführt, dass die Anzahl der ungelerten Arbeitskräfte reduziert und das Niveau der wenig oder mittelmäßig ausgebildeten Arbeitskräfte angehoben werden konnte. Die Kompetenzen sind deshalb in Dänemark gleichmäßiger verteilt als in den meisten anderen Ländern.

7. Die Vereinbarungen zu den Arbeitsbedingungen in Verbindung mit der Struktur der Arbeitslosenversicherung – das sogenannte Flexicurity-Modell – haben zu einer Entwicklung geführt, die sich auf dem dänischen Arbeitsmarkt in mehr und besser bezahlten Arbeitsplätzen niederschlug:

Es war ein wichtiger Bestandteil des ungeschriebenen Sozialvertrages, dass die Gewerkschaften nicht auf langen Kündigungsfristen für die Arbeitskräfte bestanden. Deswegen wurde es den Arbeitgebern viel leichter gemacht, in Reaktion auf die sich verändernden Marktbedingungen Personal einzustellen und zu entlassen, als das zum Beispiel in Deutschland und Frankreich – oder sogar im benachbarten Schweden – möglich ist. Wenn die Arbeitgeber wissen, dass es möglich ist, bei schlechteren Marktbedingungen Personal zu entlassen, werden sie auch nicht zögern, neues Personal einzustellen, sobald es einen Aufschwung gibt. Dänemark erfuhr zum Beispiel im Bereich der privaten

Beschäftigung ab 1994 schnelleren und größeren Fortschritt als die meisten anderen europäischen Länder in den letzten 15 Jahren.

Ein anderer Aspekt des Sozialvertrages ist das System der Arbeitslosenversicherung, das den Beschäftigten mit dem geringsten Einkommen vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit an über mehrere Jahre hinweg einen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 90 Prozent des vorherigen Einkommens verschafft. Es gibt einen Höchstbetrag – das bedeutet, dass die Leistungen für Beschäftigte mit höherem Einkommen geringer ausfallen. Facharbeiter in der Metallindustrie erhalten zum Beispiel nur ungefähr 60 Prozent ihres vorherigen, normalen Nettoeinkommens in Form von Arbeitslosengeld ausbezahlt.

Die Ideologie, die diesem großzügigen Anspruch für gering verdienende Arbeitskräfte zugrunde liegt, ist die, dass niemand aus Gründen der Arbeitslosigkeit dazu gezwungen werden sollte, sein Zuhause aufgeben zu müssen. Um aber einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu bekommen, muss man sich voll und ganz dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Diese Bedingung muss erfüllt sein.

Damit ein solches System effizient sein und gut funktionieren kann, ist es unerlässlich, dass Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik so aufeinander abgestimmt werden, dass jeder, der arbeitslos wird, schnell vom System aufgefangen wird und zusätzliche Fähigkeiten erwerben, sich weiterbilden oder eine neue Arbeitsstelle finden kann. Dies war aber in den frühen 90er Jahren, als die Arbeitslosenquote sich auf 12 Prozent belief, keine Option. Deswegen verfolgte die Sozialdemokratische Regierung in den 90er Jahren mit der Intensivierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik das Ziel, allen Arbeitslosen ein gutes Angebot zu machen, das sie nicht ausschlagen konnten: Sie sollten der Anforderung, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, gerecht werden; alle Arbeitslosen sollten sich neue Qualifikationen aneignen, um neue Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt nutzen zu können.

Die Leistungen im Krankheitsfall entsprechen den Leistungen der Arbeitslosenversicherung – auch den Leistungen, die im Mutterschaftsurlaub bezogen werden können. Der Mutterschaftsurlaub kann zurzeit einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betragen. Anspruch auf Leistungen im Krankheitsfall oder während des Mutterschutzes wird schon nach nur kurzer Zeit aktiver Beschäftigung erworben, während Leistungen der Arbeitslosenversicherung erst nach zwölfmonatiger Beschäftigung und

Mitgliedschaft in einer Arbeitslosenversicherung bezogen werden können.

Wenn die Anforderungen zur Arbeitslosenversicherung nicht erfüllt werden, kann der Bewerber lediglich – und auch nur unter bestimmten Umständen – einen geringeren Geldbetrag in Anspruch nehmen. Im System der sozialen Sicherheit gelten für diese Sozialleistungen unterschiedliche Bestimmungen. Diese Sozialleistungen hängen von der jeweiligen, individuellen Haushaltslage ab; das gesamte Einkommen des Ehepartners und fast alle verfügbaren Nettovermögensgegenstände der Familie werden angerechnet und führen zu einer Reduzierung der finanziellen Hilfsleistungen.

Das dänische System der sozialen Sicherheit finanziert sich wie folgt:

- die gesamten Kosten für Sozialleistungen im Krankheitsfall oder während des Mutterschutzes sowie auch alle Finanzleistungen und ein Großteil der Kosten für Leistungen bei Arbeitslosigkeit werden mit gewöhnlichen Steuereinnahmen finanziert (Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer, etc.),

- die Arbeitnehmer finanzieren einen geringen Teil der Kosten für die Sozialleistungen durch ihre Mitgliedsbeiträge,

- die Arbeitgeber leisten keinen Beitrag zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung.

8. Darüber hinaus ist die dänische Unternehmenssteuer relativ niedrig und die Abschreibungsmöglichkeiten etc. sind günstig. Die Unternehmenssteuer wurde vor kurzem auf 25 Prozent gesenkt. Auch aus diesem Grund ist es attraktiv, sich mit einem Unternehmen in Dänemark niederzulassen. Gesetzlich festgelegte Beiträge für Arbeitgeber oder Unternehmen zur Sozialversicherung (oder zur sozialen Rentenversicherung oder freiwilligen Versicherung für Vorruhestandsregelungen) gibt es nicht.

Ein Großteil der Kosten für soziale Sicherheit wird aus Steuern finanziert, die die gesamte Bevölkerung dem Einkommen und Verbraucherverhalten entsprechend entrichtet. Soziale Rechte werden allen Bevölkerungsgruppen garantiert. Das ist der Grund dafür, dass sowohl die persönliche Einkommenssteuer, die Mehrwertsteuer als auch die Steuern für Autos, Energie, Bier, Wein, Alkohol, Tabak etc. so hoch sind.

Es gibt grundlegende Unterschiede bei der Besteuerung in Dänemark und in Deutschland – das ist teilweise darauf zurückzuführen, dass Kinder- und Altenfürsorge in Dänemark weitestgehend mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Aber noch größere Unterschiede werden besonders beim Vergleich der *Steuerstrukturen* in Dänemark auf der

einen Seite und Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite sichtbar: In Dänemark ist die persönliche Einkommenssteuer sehr hoch, die Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung sind sehr niedrig. In Deutschland und Frankreich haben die Arbeitgeber die gesetzliche Verpflichtung, zusätzlich zu Löhnen und Gehältern zur Sozialversicherung beizutragen. Deswegen war es in Dänemark viel leichter möglich, eine beachtliche Erhöhung von Löhnen und Gehältern herbeizuführen. Der Staat behält jedoch einen viel größeren Anteil der Löhne und Gehälter durch die direkte Einkommenssteuer für sich ein. Das Endergebnis für den Einzelnen – das heißt der Betrag, der für den privaten Haushalt zur Verfügung steht – ist in diesen drei Ländern durchaus vergleichbar. Der wichtigste Unterschied der Steuersysteme dieser Länder besteht jedoch darin, dass im dänischen System den Geringverdienenden prozentual am meisten Geld übrig bleibt und den Höchstbezahlten am wenigsten. Der derzeitigen Progression der Einkommenssteuer in Dänemark wird jedoch dadurch entgegengewirkt, dass die Besserverdienenden in der Bevölkerung die meisten steuerfreien Kapitalgewinne durch privaten Immobilienbesitz erzielen können und den größten Anteil an steuerbegünstigten Rentenversicherungen besitzen. Aber davon abgesehen ist das verfügbare Einkommen in Dänemark wesentlich gleichmäßiger verteilt als in den meisten anderen Ländern der Welt.

Innerhalb der Bevölkerung besteht nicht nur der Wunsch nach einem besseren materiellen Lebensstandard – wie zum Beispiel nach besserer Kleidung und gesünderen Nahrungsmitteln, einem schönen Zuhause, moderner Einrichtung, Informationstechnologien, Urlaub und Abenteuer. Die Bürger erwarten ebenso gute Ressourcen und Qualität in den Schulen für ihre Kinder, in den Bereichen der Bildung insgesamt, in der Jugendfürsorge, der Altersfürsorge und im Gesundheitswesen. In einem System, in dem Schulen, der Bereich der Bildung, die Altersfürsorge und das Gesundheitswesen durch Steuergelder und nicht durch Beiträge von Einzelpersonen finanziert werden, wird das verfügbare Einkommen gleichmäßiger verteilt.

Die wichtigsten Merkmale des Dänischen Modells sind die folgenden:

- Bildung kostet nichts. Sogar 85 Prozent der Kosten der Privatschulen werden von der öffentlichen Hand getragen – als Alternative zu den öffentlichen Grundschulen und weiterführenden Schulen. Berufliche Bildung und universitäre Ausbildung kosten nichts. Dem ist noch hinzuzufügen, dass es in Dänemark das großzügigste

System für Stipendien gibt – die Studenten sind z. B. nicht verpflichtet, die Studienbeihilfen zurückzahlen. Darüber hinaus wurde durch Gesetze und Vereinbarungen ermöglicht, zahlreiche Programme für kostenfreie, zusätzliche Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten.

- Die Betreuung von Kindern auf lokaler Ebene in Kindertagesstätten, Kindergärten und Einrichtungen, die die Kinder nach der Schule besuchen können, ist für Eltern kostengünstig. Hier beläuft sich der Anteil der Kosten für die Eltern normalerweise auf weniger als ein Drittel der Ausgaben; Familien mit mehr als einem Kind oder mit niedrigem Einkommen bezahlen sogar noch weniger. Dreiviertel der Gesamtkosten werden durch Steuergelder finanziert. Finanziell haben diese Maßnahmen den Frauen den Einstieg in das Berufsleben erleichtert. Das erklärt, warum 96 Prozent der Kinder zwischen zwei und fünf Jahren in Kindertagesstätten oder ähnlichen Einrichtungen betreut werden.
- Älteren Personen, die Schwierigkeiten haben, für sich selbst zu sorgen, selbst zu kochen oder zu putzen, etc., wird nach einer Überprüfung durch die öffentlichen Behörden eine für sie kostenlose Haushaltshilfe zur Verfügung gestellt. Weitere umfangreiche finanzielle Mittel werden hilfsbedürftigen älteren Menschen zum Beispiel in der Form von Mietzuschüssen zur Verfügung gestellt.
- Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte sind kostenfrei.

Nur wenige europäische Länder verfügen über vergleichbare Systeme sozialer Sicherheit. Und im Vergleich zu den Vereinigten Staaten sind die Unterschiede geradezu dramatisch. Der Grund dafür ist offensichtlich: Während die Bürger in Dänemark mit geringem Einkommen nur proportional zu ihrem Einkommen und ihren Fixkosten Beiträge ans Sozialsystem zu entrichten haben, ist die Situation in den USA eine völlig andere. Wohlhabende Amerikaner zahlen nur sehr wenig Steuern – sie zahlen jetzt sogar noch weniger als vor Präsident George W. Bush. Dafür müssen Familien aber sehr viel ansparen, damit ihre Kinder eine gute Universität besuchen können oder ältere Familienmitglieder angemessen versorgt werden. Die Einkünfte der Familien müssen die Gebühren für den Besuch einer Kindertagesstätte vollkommen abdecken können. Darüber hinaus ist eine private Krankenversicherung unerlässlich, um eine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten. Mitgliedsbeiträge zu Privatversicherungen, bei denen Prämien aufgrund des Risikos, krank oder arbeitslos zu werden, be-

rechnet werden, stellen natürlich für Familien mit geringerem Einkommen eine viel größere finanzielle Belastung dar als für wohlhabende Familien.

Die Professoren John L. Campbell und Ove K. Pedersen von der Kopenhagener Business School haben die Unterschiede zwischen Dänemark und den USA analysiert und sind zu den folgenden Ergebnissen gekommen: Das Realeinkommen pro Kopf, die Produktivität, die Arbeitslosen- und die Inflationsrate befanden sich seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf ungefähr dem gleichen Niveau. Während Dänemark einen großen Haushaltsüberschuss erwirtschaftete und somit seine Schulden tilgen konnte, hatten die USA ein großes Haushaltsdefizit und eine sehr hohe Verschuldung seit dem Wechsel im Präsidentschaftsamt 2001.

Der UN Human Development Index 2002 (Index für menschliche Entwicklung) setzt Dänemark und die USA an die gleiche Stelle – innerhalb der Gruppe der führenden Länder der Welt. Aber die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung sind in den USA viel größer als in Dänemark: Der Gini-Koeffizient, der besagt, wie viel des Gesamteinkommens umzuverteilen wäre, um eine gleiche Verteilung des Einkommens zu erzielen, belief sich in Dänemark Mitte der 90er Jahre auf 25 Prozent, in den USA auf 40 Prozent.

Der Bevölkerungsanteil mit einem Einkommen, das sich auf weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens beziffern lässt, betrug in Dänemark 9 Prozent, in den USA jedoch 21 Prozent. (Das Durchschnittseinkommen ist das Einkommen, das jeweils die Hälfte der Bevölkerung über-, beziehungsweise unterschreitet). Mitte der neunziger Jahre betrug der Anteil der Analphabeten an der Bevölkerung im Alter von 16 bis 65 Jahren in Dänemark 10 Prozent, in den USA 21 Prozent. In Dänemark ist der Anteil der Steuern und Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt doppelt so hoch wie in den USA.

### 3 Zusammenspiel zwischen Gewerkschaften und politischem System

Wie bereits erwähnt, sind die charakteristischen Sozialstrukturen, die in Dänemark im 20. Jahrhundert eingeführt wurden, zu einem Großteil auf den starken Organisationsgrad, die engen Beziehungen und den großen politischen Einfluss der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokraten zurückzuführen. Es gab eine sehr effiziente, aber auch sehr pragmatische Arbeitsteilung zwischen der gewerkschaftlichen und der parteipolitischen Arbeiterbewegung. Die Ge-

werkschaftsbewegung wurde schon vor mehr als 100 Jahren als Verhandlungspartner der Arbeitgeber anerkannt. Auf Empfehlung der Sozialpartner wurde ein Streikverzicht vereinbart, der eingehalten wurde, während Tarifverträge in Kraft waren. Deshalb hat es in Dänemark, solange die Tarifverträge eingehalten wurden, relativ wenige »wilde« Streiks gegeben. Aber auch bei Neuverhandlungen der Tarifverträge konnte in den meisten Fällen eine Einigung ohne große Konflikte herbeigeführt werden.

Die Gewerkschaftsbewegung erzielte große Erfolge bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern zur Anhebung der Löhne und Gehälter. Auch die Arbeitsbedingungen wurden erheblich verbessert. Wenn sich in Tarifverträgen keine für beide Verhandlungspartner angemessene Lösung finden ließ, übernahmen die Freunde der Gewerkschaftsbewegung in den politischen Parteien die Verantwortung. So wurde zum Beispiel bereits zu einem frühen Zeitpunkt ein Gesetz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erlassen. Die gewerkschaftseigene Vorsorge für Arbeitslose und Kranke wurde durch ein neues Gesetz ersetzt, das über bestimmte Berufsfelder hinausgehend eine ausgewogenere Risikoverteilung vorsah. So mussten Beschäftigte in riskanteren Berufen keine höhere Versicherungsprämie mehr zahlen.

Es gab zahlreiche Situationen, in denen Gesetze zur allgemeinen Verbesserung der Arbeitsbedingungen erlassen wurden, die ursprünglich Inhalt von Tarifverträgen gewesen waren. So wollte man sicherstellen, dass alle Beschäftigten davon profitieren konnten, und zwar unabhängig davon, ob sie Mitglied einer starken, einer schwachen oder überhaupt Mitglied einer Gewerkschaft waren.

Auf dem dänischen Arbeitsmarkt gab es niemals große, miteinander konkurrierende Gewerkschaften innerhalb einer bestimmten Branche. Das war und ist eines seiner wesentlichen Merkmale. Darüber hinaus hatten die Gewerkschaften schon immer sehr viele Mitglieder und waren hervorragend organisiert – in diesem speziellen Bereich wurde Dänemark nur von Schweden übertroffen.

Die Tatsache, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit einer Arbeitslosenversicherung verbunden war, leistete einen entscheidenden Beitrag zur ständig hohen Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Auch heute noch wird die Arbeitslosenversicherung politisch und administrativ mit den Gewerkschaften in Verbindung gebracht. Die meisten Beschäftigten hielten Gewerkschaften und Versicherungen für untrennbar. Als aber 2001 die Mitte-Rechts-Regierung an die Macht kam, begann sie vorsätzlich damit, den Zusammenhalt zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitslosenversicherungen

durch Gesetze und Bestimmungen aufzulösen. So haben die Gewerkschaften durch die Politik der Mitte-Rechts-Regierung zahlreiche Mitglieder verloren, was dazu geführt hat, dass immer mehr Beschäftigte nicht mehr durch eine Arbeitslosenversicherung abgesichert sind.

Die Fabrikarbeiter sind fast alle Mitglied der Landsorganisationen i Danmark (LO), dem dänischen Gewerkschaftsbund, der schon immer eng mit den Sozialdemokraten verbunden war. In den letzten 50 Jahren haben die zwei anderen Gewerkschaftsverbände an Stärke gewonnen – die Funktionærernes og Tjenestemændenes Fællesråd (FTF, die gemeinsame Gewerkschaft für Angestellte und Beamte), in der zahlreiche Angestellte des Öffentlichen Dienstes vertreten sind, wie zum Beispiel Lehrer, Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen, Sozialarbeiter und Angestellte aus den Finanzverwaltungen, und Akademikerne Centralorganisation (AC, der Dänische Bund der Berufsverbände), in dem sich Akademiker aus dem privaten und öffentlichen Sektor zusammenfinden. Es war schon immer so, dass die Mitglieder der Gewerkschaften einerseits und der Verbände andererseits klar voneinander getrennt werden. Die Verbände sind in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern vertreten. Sie nehmen an den Sitzungen zahlreicher öffentlicher Gremien, Räte, Kommissionen mit Arbeitgeberorganisationen, Unternehmensverbänden und dem Öffentlichen Dienst teil und haben somit zum Beispiel Einfluss auf die Ausarbeitung neuer arbeitsrechtlicher Bestimmungen.

Es sollte erwähnt werden, dass die Gewerkschaftsbewegung mehrmals – vor allem in der Zeit von 1960 bis zu den 80er Jahren – ihre Zustimmung zu sogenannten »Einkommenspolitik«-Paketen gegeben hat. Einfach gesagt haben die Gewerkschaften einen geringeren Anstieg der Löhne und Gehälter als es marktmöglich gewesen wäre akzeptiert. Als Ausgleich für diesen Verzicht wurden ihnen arbeitnehmerfreundliche Gesetze zur sozialen Verbesserung und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die zu mehr Beschäftigung führen sollten, versprochen. Natürlich waren solche Vereinbarungen nur möglich, weil die Gewerkschaften stark genug und fähig dazu waren, sich auf eine solche Verlangsamung im Anstieg von Löhnen und Gehältern einzulassen *und* weil die Regierungen in der Lage waren, *ihre* Versprechen in der Wirtschaftspolitik auch einzuhalten.

Seit Ende der 80er Jahre hat das Dänische Modell eine neue Facette: die Einführung der beruflichen Rentenversicherung für Fabrikarbeiter. Bis zu dieser Zeit nahm die Mehrheit der Fabrikarbeiter im Ruhestand einzig eine Zahlung aus dem relativ niedrigen, steuerfinanzierten Rentensystem in Anspruch,

das für jeden Bürger den gleichen Betrag bereithielt. Die anwachsende Gruppe der Beamten und Angestellten hatte sich jedoch schon darauf verständigt, ein zusätzliches Rentensystem einzurichten, in das die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam 10 bis 15 Prozent der Löhne und Gehälter einzahlten. Der LO wurde klar, dass diese Situation langfristig nicht haltbar war. Eine Arbeiterfamilie, in der beide Partner beschäftigt waren, hatte nicht die Möglichkeit, im Ruhestand denselben Lebensstandard wie vorher aufrechtzuerhalten, wenn sie keine zusätzlichen Rentenversicherungsansprüche über Tarifverträge stellen konnte. In den letzten 15 bis 20 Jahren haben führende Persönlichkeiten der LO erfolgreich ihre Mitglieder davon überzeugt, bei den üblichen Erhöhungen von Löhnen und Gehältern auch bessere Leistungen der beruflichen Rentenversicherung einzufordern. Jetzt ist es gar nicht mehr ungewöhnlich, dass 10 Prozent des Arbeitslohnes eines normalen Arbeitnehmers in eine zusätzliche berufliche Rentenversicherung einbezahlt werden.

Die Einführung der beruflichen Rentenversicherung für Fabrikarbeiter hatte bedeutende, positive Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Ersparnisse hatten sich angesammelt. In Verbindung mit sehr beeindruckenden, steigenden Einnahmen durch die Öl- und Gasförderung in der Nordsee führte dies zu einer Umkehr: Nach einem chronischen Defizit in der Zahlungsbilanz bis in die 80er Jahre gab es nun plötzlich einen erheblichen Überschuss ab den 90er Jahren.

Gleichzeitig hat die geringe Anhebung der Löhne und Gehälter zu einer besseren Haushaltslage der Regierung beigetragen, denn die gesetzlichen Mechanismen zur Regelung der Transfereinkommen entwickeln sich parallel zu der Entwicklung der *ausgezahlten* Löhne an die Arbeitnehmer, aber schließen eine Ausgleichszahlung für den Teil des Lohnes nicht mit ein, der für das berufliche Rentensystem vorgesehen ist. Und in der Tat sind die Regularien für das Transfereinkommen für soziale Renten, Arbeitslosengeld und Sozialleistungen im Krankheitsfall etc. ein wenig langsamer angepasst worden, als sich die Entwicklung der ausgezahlten Löhne vollzogen hat.

Langfristig gesehen wird der Staatshaushalt durch einen Anstieg der Ersparnisse in den Rentenfonds sogar noch weiter entlastet werden, denn ein Großteil der Leistungen des sozialen Rentensystems wird lediglich Personen ausbezahlt werden, die nur eine ganz geringe Zusatzrente haben. Und die Anzahl dieser Personen wird in der Zukunft weiter sinken. Ein immer größer werdender Teil der allgemeinen Renten wird heute aus Ersparnissen bedient. Deswegen teilt Dänemark die Erfahrungen vieler anderer westlicher Länder mit der ihnen eigenen problematischen Finan-

zierung des Rentensystems nicht. Alle diese Länder stehen aber mehr oder weniger vor den gleichen Herausforderungen:

In den letzten Jahrzehnten ist die durchschnittliche Lebenserwartung glücklicherweise erheblich angestiegen. Und es gibt keinen Grund dafür, anzunehmen, dass diese Entwicklung nicht weiter andauern sollte, denn ältere Menschen sind heute gesünder und arbeitsfähiger als das in der Vergangenheit der Fall war. Gleichzeitig wurden die Rentensysteme so entwickelt, dass mehr Menschen einen Anspruch auf deren Leistungen und die finanziellen Möglichkeiten haben, frühzeitig in den Ruhestand zu gehen.

Etwas vereinfacht sieht die Situation in Dänemark so aus: In den 70er Jahren gingen die Dänen normalerweise im Alter von 67 in den Ruhestand und erreichten durchschnittlich ein Lebensalter von 73 Jahren. Im Jahr 2006 gingen die Dänen durchschnittlich im Alter von 62 in den Ruhestand. Das durchschnittliche Lebensalter belief sich nun auf 78.

Die Herabsetzung des Rentenalters steht in enger Verbindung mit dem 1978 eingeführten sogenannten System für den vorzeitigen Ruhestand: Arbeitskräfte im Alter von 60 Jahren, die ihr Arbeitsleben lang Mitglied einer Arbeitslosenversicherung waren, konnten beschließen, dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung zu stehen, aber dennoch Sozialleistungen in der Höhe des Arbeitslosengeldes bis zum Alter von 67 Jahren zu beziehen; danach befanden sie sich im Ruhestand und hatten Anspruch auf eine gesetzliche Rente. Die zusätzlichen Ausgaben wurden vollständig durch normale Steuereinnahmen finanziert; dieser neue gesetzliche Anspruch ging nicht mit einer Erhöhung der Mitgliedsbeiträge einher.

In dem ursprünglichen Gesetzentwurf zu Leistungen im vorzeitigen Ruhestand ging man davon aus, dass 35 000 Menschen früher oder später auf dieses Angebot des vorzeitigen Ruhestands zurückgreifen würden, vor allem Arbeitskräfte, die über 40–45 Jahre hinweg harte körperliche Arbeit geleistet hatten. Aber es kam ganz anders. In den späten 90er Jahren nahmen 180 000 Personen das System des vorzeitigen Ruhestands für sich in Anspruch; und obwohl die Gruppe der ungelerten Arbeitnehmer dabei die größte war, nutzten viele Beschäftigte mit einem guten Rentenanspruch das System, um sich den vorzeitigen Ruhestand zu finanzieren. Im Jahr 1998 bewilligte daraufhin die Mehrheit im dänischen Parlament einen Änderungsvorschlag zur Vorruhestandsregelung, um die Ausgaben der Regierung und die sinkende Anzahl an Beschäftigten zu begrenzen. Ohne weitere Veränderungen zu berücksichtigen, ist aber schon jetzt klar, dass sich die Anzahl der Beschäftigten in den nächsten Jahren erheblich reduzieren wird, da



die geburtenstarken Jahrgänge der 40er Jahre in Rente gehen werden und nun die (wenigen) Kinder aus Kleinfamilien der 80er Jahre auf den Arbeitsmarkt kommen werden.

Mit der Gesetzesänderung von 1998 verfolgte man vier Ziele: Ein zusätzlicher Beitrag sollte von denen entrichtet werden, die das System des vorzeitigen Ruhestands für sich in Anspruch nehmen wollten – aber nur in Höhe eines Bruchteils der tatsächlichen Kosten, die dadurch entstanden. Wenn eine Person Leistungen der Vorruhestandsregelung vor Erreichen des 62. Lebensjahres in Anspruch nehmen wollte, wurden die Leistungen auf die Höhe des Rentenanspruchs reduziert. Wenn eine Person völlig davon absah, dieses System in Anspruch zu nehmen, sollte dieser Person im Alter von 65 Jahren ein beachtlicher Bonus zugebilligt werden. Das Rentenalter für die gesetzliche Rente wurde von 67 Jahren auf 65 Jahre herabgesetzt. Das bedeutete, dass es nicht mehr 7 Jahre lang, sondern nur noch über 3 Jahre hinweg Leistungen für den Vorruhestand gab, ohne dass dadurch andere Rentenansprüche gemindert wurden. Die Änderung der Vorruhestandsregelung muss vor dem Hintergrund bewertet werden, dass die Leistungen für den vorzeitigen Ruhestand höher sind als die gesetzlichen Renten. Außerdem ging die Mehrheit der Beschäftigten in den Ruhestand, bevor sie das offizielle Rentenalter erreichte.

Jegliche Veränderung des Rentensystems ist natürlich politisch gesehen sehr heikel. Wütende Reaktionen von vielen Seiten, einschließlich der Gewerkschaften, führten dazu, dass die Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung durch die Wähler erheblich abnahm. Diese Reaktion der Wähler kann auf die Überraschung und die Wut zurückgeführt werden, die durch einige Äußerungen des Premierministers hervorgerufen worden waren, der bestritten hatte, dass es Änderungen an den Vorruhestandsregelungen geben werde.

Trotz der Reaktionen auf die Reform von 1998 wurden durch eine gemeinsame Entscheidung der Mitte-Rechts-Regierung und der sozialdemokratischen Opposition bereits 2006 weitere Änderungen am Vorruhestandssystem beschlossen. Die wichtigste Änderung soll darin bestehen, das Alter, mit dessen Erreichen man Leistungen für den Vorruhestand oder eine gesetzliche Rente für sich in Anspruch nehmen kann, parallel zur Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung in Dänemark anzuheben – das wird jedoch nicht vor 2019 passieren.

#### **4 Nach der Ölkrise: Arbeitslosigkeit und Strategien zur Abwertung der Währung**

Ein kurzer Rückblick auf die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte zeigt auf, welche Erfahrungen man machte und welche Fehler am Dänischen Modell aufgrund der sich stets verändernden wirtschaftlichen und politischen Bedingungen behoben werden mussten – oder eben auch nicht.

Nach Jahren stetigen Wachstums war Dänemark im Jahr 1973 – wie alle anderen Länder der Welt auch – von steigender Arbeitslosigkeit als Folge der ersten Ölkrise betroffen. In den ersten Jahren bestand große Unsicherheit, da man nicht wusste, wie man darauf reagieren sollte. Dänemark erlebte die unangenehme Mischung aus Inflation und Stagnation – verbunden mit einem sehr hohen Zinssatz, der Investitionen verhinderte und die Situation dadurch noch verschlimmerte.

In Dänemark wurden die Probleme noch weiter dadurch verschärft, dass es in den Tarifverträgen eine Klausel zur automatischen »Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenshaltungskosten« gab. Das bedeutete, dass nach dem Anstieg der Ölpreise auch die Löhne erheblich angehoben wurden. Um die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit abzuwehren, wertete die dänische Regierung die Währung im Verhältnis zu den wichtigsten Handelspartnern Dänemarks in den 70er Jahren und zu Beginn der 80er Jahre ab.

Diese Abwertung führte dazu, dass die dänische Wirtschaft zumindest zeitweise wieder wettbewerbsfähig wurde. Im Jahr 1979 wurde eine sehr umfassende Abwertung der Währung als Präventivmaßnahme vorgenommen und die Klausel zur Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten zeitweise außer Kraft gesetzt. Das Problem, das damit einherging, bestand darin, dass die internationalen Kapitalmärkte nun von Dänemark erwarteten, dass das Land nach kurzer Zeit erneut eine Abwertung vornehmen würde. Dadurch stiegen die Zinssätze enorm. Und die Zahl der Beschäftigten sank noch weiter, als 1980 die zweite Ölkrise ausbrach. Diese Probleme zehrten an der damaligen sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Sie war nicht in der Lage, eine angemessene, kohärente Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen umzusetzen und es entstand ein sehr hohes Haushaltsdefizit.

## 5 1982–1993: Von einer aktiven Reformpolitik zu einer erneut hohen Arbeitslosigkeit

Dies war die Ausgangslage, als eine Mitte-Rechts-Regierung im Herbst des Jahres 1982 unter Führung des Konservativen Poul Schlüter an die Macht kam. Schlüter gelang es, über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren bei wechselnden Mitte-Rechts-Koalitionen im Amt zu bleiben.

Am Anfang war die Mitte-Rechts-Regierung sehr aktiv und steckte Leitlinien ab, die unter wechselnden Regierungen seitdem erhalten geblieben sind und zur Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der dänischen Wirtschaft beigetragen haben. Schritte zur notwendigen Abkehr von der Abwertung der Währung und zur Einführung einer Politik stabiler Wechselkurse wurden auf glaubwürdige Art und Weise vollzogen und von der sozialdemokratischen Opposition voll und ganz unterstützt. Seitdem war die dänische Währung in ein System fester Wechselkurse mit ursprünglich noch der Deutschen Mark und später dem Euro eingebunden.

Die Einführung der Politik stabiler Wechselkurse ging einher mit der notwendigen, endgültigen Abschaffung der Klausel zur automatischen Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten. Als die Politik stabiler Wechselkurse als überzeugend angesehen und die Lohninflation unter Kontrolle gebracht worden waren, entstand nach einer erheblichen Absenkung der Zinssätze ein verbessertes Investitionsklima. In Verbindung mit einem allgemeinen leichten, internationalen Aufschwung führte das zu einem spürbaren Anstieg der Beschäftigung in der Zeit von 1983–87.

Der Regierung gelang es, auch die Finanzsituation zu stabilisieren: Für eine Übergangszeit wurden die Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit und im Krankheitsfall und andere Transferleistungen nominal festgeschrieben – so wurde die automatische Anpassung an die Inflation abgeschafft. Darüber hinaus konnte die Regierung, da sie die Subventionen für Gemeinden abschaffte, zusätzliche Einnahmen erzielen. Die Gemeinden wiederum mussten daraufhin die Steuern erhöhen.

Aber der bedeutendste und nachhaltigste Schritt zur Stabilisierung des Regierungshaushalts war die Einführung einer Steuer für die Marktzinseinnahmen und Vermögenszuwächse von Rentenfonds und Versicherungsunternehmen, die zuvor hohe Zinsen auf die noch ausstehenden Forderungen von den Bürgern erhoben hatten. Die sozialdemokratische Regierung hatte sich ohne Erfolg darum bemüht, die Unterstützung der Mitte-Rechts-Partei für die Einführung einer

solchen Steuer zu erhalten. Jetzt wurde der Vorschlag dafür von einer Mitte-Rechts-Regierung selbst unterbreitet und mit der Unterstützung der sozialdemokratischen Opposition angenommen!

Aber gleichzeitig schaffte es die Mitte-Rechts-Regierung in den 80er Jahren nicht, jene drei Defizite in den Griff zu bekommen, die ab 1973 zu einem chronischen Problem in der dänischen Wirtschaft geworden waren: das Defizit an Arbeitsplätzen, das Haushaltsdefizit und das Defizit der Zahlungsbilanz.

Bis zum Jahr 1987 wurde erfolgreich an der Reduzierung der beiden erstgenannten Defizite gearbeitet. Zahlreiche neue Arbeitsplätze wurden geschaffen und trugen automatisch zur Stabilisierung des Staatshaushalts bei. Gleichzeitig aber behinderten schnell ansteigende Verbraucherausgaben ein frühes Exportwachstum. Dadurch wurde die Zahlungsbilanz auf gefährliche Art und Weise geschwächt. Als Reaktion auf diese Entwicklung einigten sich dann im Sommer des Jahres 1985 die Mitte-Rechts-Regierung, die Sozialdemokraten und die Sozialliberalen darauf, eine Reform der Einkommenssteuer vorzunehmen. Diese Reform hatte zur Folge, dass die Abschreibungsmöglichkeiten für Zinsaufwendungen bei Immobilien, die besonders dem wohlhabenderen Teil der Bevölkerung zugutegekommen waren, drastisch reduziert wurden.

Bis dahin hatten Personen mit einem hohen Einkommen über die Steuer 73 Prozent ihrer Zinsausgaben einsparen können. Der Rest wurde durch die Inflation abgedeckt. D. h., der Teil der Bevölkerung, der am ehesten in der Lage war, etwas anzusparen, wurde bis zur Einkommenssteuer-Reform für das Schuldenmachen belohnt. Dies hatte dazu beigetragen, dass die Grundstückspreise während der Blütezeit in den 60er und 70er Jahren und erneut nach dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung nach 1983 in die Höhe getrieben wurden.

Dies hatte eine gesteigerte Umverteilung zur Folge, die den Hauseigentümern zugutekam, die schon lange auf dem Markt vertreten waren; vor allem Hauseigentümern mit den teuersten Immobilien. Es wurde ihnen erleichtert, aufgrund gestiegener Immobilienwerte neue Kredite aufzunehmen. Diese Maßnahme mündete in einem explosionsartigen Anstieg des privaten Verbrauchs und verstärkte das ohnehin schon chronische Problem des Defizits der Zahlungsbilanz weiter.

Aus politischer Sicht war es jedoch einfach, die Ängste der Hauseigentümer vor steuerlichen Interventionen zu schüren; und das ist der Grund dafür, dass eine solche Intervention nicht vor 1987 angegangen wurde. Diese nahm dann ungeahnte Ausmaße an, vor allem, da die Regierung – die aufgrund der Zahlungs-

bilanzentwicklung in Panik geraten war – nicht abwartet, welche Auswirkungen diese steuerlichen Veränderungen auf das Verhalten der Bürger haben würde. Um eine weitere Verschuldung der Bürger zu vermeiden, wurden Sparmaßnahmen (die sogenannte »Kartoffelkur«) zum gleichen Zeitpunkt wie die Steuerreform eingeführt.

Das führte zu einem völligen Stillstand auf dem Immobilienmarkt in den Jahren bis 1990 und zu einem drastischen Preisverfall, vielen Zwangsverkäufen und einem starken Rückgang des Privatverbrauchs. Die Zahlungsbilanz jedoch stabilisierte sich. Der Konsumrückgang führte jedoch zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Finanzsituation der Regierung wurde dramatisch verschlechtert.

Im Jahr 1987 wurde Dänemark international wieder wettbewerbsfähig, da die Löhne schneller stiegen. Niemand wagte es jedoch, die Glaubwürdigkeit des Systems fester Wechselkurse infrage zu stellen und zur Politik von 1983 zurückzukehren, was Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gehabt hätte. Eine andere Lösung wurde gefunden: Die Mitte-Rechts-Regierung beseitigte zusammen mit der Gewerkschaftsbewegung und den Sozialdemokraten fast alle Beiträge der Arbeitgeber zum Sozialversicherungssystem und finanzierte die ausbleibenden Einnahmen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2,5 Prozent. (Eine ähnliche Maßnahme wurde von der Koalitionsregierung der CDU/SPD in Deutschland nach den Wahlen von 2005 umgesetzt).

Die gesteigerte Konkurrenzfähigkeit als Ergebnis dieser Umstrukturierung hielt einige Jahre an. Dies ist nur teilweise darauf zurückzuführen, dass die Arbeitslosigkeit erneut zunahm und die Löhne und Gehälter nicht mehr so sehr unter dem Druck des Marktes standen. Es war langfristig gesehen von sehr großer Bedeutung, dass die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeitgeber in Zusammenarbeit mit der Mitte-Rechts-Regierung und den Sozialdemokraten einen »Sozialvertrag« verabschiedeten, mit Hilfe dessen ein drastischer Anstieg der Löhne verhindert werden sollte, um die dänische Wettbewerbsfähigkeit nicht erneut zu schwächen.

Wie bereits erwähnt, war die Gewerkschaftsbewegung damals damit beschäftigt, betriebliche Altersversorgungssysteme einzuführen, um sicherzustellen, dass ein Großteil der moderaten Lohnerhöhungen angespart und nicht für den privaten Verbrauch verwendet wurde.

In den letzten Amtsjahren der Mitte-Rechts-Regierung zu Beginn der 90er Jahre unternahm die Regierung nichts gegen die rasant in die Höhe schnellenden Arbeitslosenzahlen; sie ließ immer wieder nur verlauten, dass ein Aufschwung, der durch äußere Bedin-

gungen hervorgerufen werden würde, in Reichweite sei. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsbewegung vertraten die Ansicht, dass es der Regierung nicht gelingen würde, den neuen Sozialvertrag auch einzuhalten, da sie keine neuen Arbeitsplätze schuf. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde zu einem sich selbst erneuernden Dauerproblem und erreichte ein Rekordhoch von 350 000 Arbeitslosen, bis sie im Sommer des Jahres 1994 erneut zu sinken begann.

## 6 Die Erneuerung des Dänischen Modells 1993–2001

Die neue sozialdemokratische Regierung kam im Januar 1993 an die Macht. Die Sozialdemokraten hatten die Wahl mit der Ankündigung gewonnen, die vorhergehende Entwicklung durch nationale politische Maßnahmen in Dänemark so schnell wie möglich umzukehren.

Der Ansatz sah folgendermaßen aus: Die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 1993 hatte deutlich gezeigt, dass es sowohl notwendig als auch möglich war, die Beschäftigung zu steigern, die Produktion anzukurbeln und so einen Mehrwert und mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen – im Bewusstsein, dass eine hohe Arbeitslosenquote die schlimmste Ursache für eine soziale Polarisierung innerhalb der Gesellschaft ist. Die neue Regierung wusste, dass der wirtschaftliche Aufschwung vorübergehend sein würde. Nach einem erneuten Anstieg der privaten Nachfrage mussten in der Wirtschaftspolitik wieder stringenter Maßnahmen ergriffen werden. Es sollte bewiesen werden, dass es möglich sei, zyklischen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die Mitte-Rechts-Regierung hatte erklärt, dass sie nichts gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen könne, weil es unmöglich sei, zyklische Schwankungen zu kontrollieren, die sich im Laufe der Zeit automatisch wieder einpendeln würden.

Die Sozialdemokraten vertraten im Gegensatz dazu die Ansicht, dass der blinde Glaube an die Kräfte des Marktes zu unvernünftig hohen Verlusten für sowohl den Einzelnen als auch die Gesamtgesellschaft führt. Leider steigt die Arbeitslosigkeit in Krisenzeiten immer sehr schnell an, und es dauert sehr lange, bis es gelingt, eine gegenläufige Entwicklung einzuleiten. Deswegen ist es so wichtig, dass die Regierungen stark auf das Geschehen des Marktes einwirken und Maßnahmen gegen steigende Arbeitslosigkeit vornehmen. Längerfristig gesehen ist das viel kostengünstiger, als auf Veränderungen des Marktes zu warten. Es scheint, dass sich solche Auseinandersetzungen über die Aufgaben des Staates bei der Steuerung scheinbar naturgesetzlich zyklischer Krisen im Jahr 2009 ange-

sichts der Herausforderung wiederholen, wie am besten auf die globale Finanzkrise reagiert werden kann.

Es ist die Überzeugung der Sozialdemokraten, dass es in großem Umfang möglich ist, zyklische Bewegungen zu kontrollieren; man muss dafür nur jeweils genau den richtigen Zeitpunkt finden – und das politische System muss in der Lage sein, schnell genug auf Schwankungen und Veränderungen bei zyklischen Entwicklungen reagieren zu können. Der Grund dafür, dass andere gescheitert sind, die versucht haben, eine auf Annahmen basierende Politik zu verfolgen, besteht darin, dass sie die Probleme nicht vollständig analysiert und nicht den jeweils richtigen Zeitpunkt für die Umsetzung politischer Maßnahmen gefunden haben – oder einfach falsche Annahmen gemacht haben.

Die Sozialdemokraten sind überzeugt, dass sie die richtigen Analysen anstellten und jeweils den richtigen Zeitpunkt in der gesamten Zeitspanne von 1993 bis 2001 fanden. Sie hatten glücklicherweise den Mut und die politischen Möglichkeiten, ihre Absichten in praktische, politische Maßnahmen umsetzen zu können. Darauf sind sie stolz. Aber das Ziel der Sozialdemokraten bestand nicht nur darin, zyklischen Schwankungen entgegenzuwirken. Es war ebenso wichtig, makroökonomische Politik mit grundlegenden, strukturellen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und innerhalb des Steuersystems zu verbinden. So sollte verhindert werden, dass ein erneuter stetiger Anstieg der Beschäftigung durch Engpässe oder neue inflationäre Entwicklungen aufgehalten werden konnte.

Die Politik, die in der Zeit von 1993–2001 verfolgt wurde, kann folgendermaßen zusammengefasst werden:

1. Es gab eine Arbeitsmarktreform, um die Rechte und Pflichten der Arbeitslosen abzusichern. Es wurde viel in die Bildung sowie Aus- und Weiterbildung investiert. Gleichzeitig wurden jedoch auch strengere Regularien eingeführt, die besagten, dass Arbeitslose dem Arbeitsmarkt jederzeit zur Verfügung stehen müssen. Auch wurde der Zeitraum, in dem man einen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung erlangen konnte, verkürzt. Der Umfang der Leistungen wurde nicht geschmälert – jedoch mit einer Ausnahme: Junge Menschen unter 25 Jahren ohne Ausbildung oder Qualifikationen, die Langzeitarbeitslose waren, mussten sich mit geringeren Leistungen abfinden; gleichzeitig wurden ihnen neue Ausbildungsprogramme angeboten. Von Beginn an wurden den Arbeitskräften, die sich aus Gründen der Ausbildung, Weiterbildung oder des Elternurlaubs von der Arbeit befreien ließen, eine gute finanzielle Absicherung angeboten. Aber mit der Verbesserung

der Beschäftigungssituation wurden diese großzügigen Angebote wieder gestrafft und der Schwerpunkt wurde auf Aus- und Weiterbildung gelegt. In den 50er Jahren wurde der Zeitraum, in dem Langzeitarbeitslose dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen müssen, ein wenig verlängert. Als sich jedoch einige Jahre später die Beschäftigungssituation erheblich verbessert hatte, wurde diese Maßnahme wieder abgeschafft. Im Herbst des Jahres 1998 wurde – wie bereits erwähnt – vereinbart, Änderungen an den Vorruhestandsregelungen für Menschen im Alter von über 60 vorzunehmen, um sie dazu zu ermutigen, sich erst später aus dem Arbeitsleben zurückzuziehen. Dies war die natürliche Fortsetzung anderer Versuche, das Arbeitskräftepotenzial dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt entsprechend weiter auszuschöpfen. Dieser Prozess – ganz im Gegensatz zu vorherigen Reformen – löste vehemente Kritik an der Regierung aus und behinderte sie sehr stark bei der Durchführung weiterer Reformen.

2. Eine Kreditreform zielte auf den Markt der Privateigentümer von Immobilien ab. Sie ermöglichte es den Wohnungseigentümern, alte Kredite mit belastend hohen Zinsen in Kredite mit niedrigeren Zinssätzen und längeren Laufzeiten umzuwandeln. Dies war entscheidend, um Zwangsverkäufe zu verhindern und dem Immobilienmarkt neuen Schwung zu verleihen. Für eine kurze Zeit wurde diese Maßnahme durch ein Subventionsprogramm für Reparatur- und Wartungsarbeiten an Privateigentum unterstützt.
3. Die Steuerreform, die anfänglich positive Auswirkungen hatte und mit dem Ziel verfolgt wurde, die Wirtschaft anzukurbeln, rief im Laufe der folgenden Jahre fragwürdige strukturelle Veränderungen hervor. Diese trugen zu einer Reduzierung der Einkommenssteuersätze bei, bewirkten eine Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit bestimmter Finanzposten und mündeten in der Einführung einer zusätzlichen »grünen« Steuer für Energie- und Wasserverbrauch. Diese Maßnahmen führten aber nicht nur zu zusätzlichen Staatseinnahmen, sondern – und dies war beabsichtigt – sie senkten auch den Verbrauch knapper Ressourcen. Die gesamten Steuereinnahmen sollten jedoch nicht gemindert werden. Lediglich zu Beginn der Reform sollte es einen kleinen wirtschaftlichen Anreiz geben. Das neue Steuersystem nach Einführung der Reform war so strukturiert, dass mehr Leistungen auf dem Arbeitsmarkt erbracht und gleichzeitig mehr Ersparnisse angesammelt wurden. Beim Verbrauch sollte der Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Um-

weltfreundlichkeit gelegt werden. Dänemark boten sich im Jahr 1998 hervorragende Exportmöglichkeiten. Diese wurden jedoch sehr stark durch hohe Verbraucherausgaben, die hauptsächlich über Schulden finanziert waren, in Gefahr gebracht. Dieser Entwicklung folgten zahlreiche Änderungen an der Steuergesetzgebung und es wurden Sparmaßnahmen eingeführt – das sogenannte »Pinsepakke« (das bedeutet: das »Pfungstpakke«, da es um Pfingsten herum eingeführt wurde). Es führte zu einer leichten Anhebung der Steuern auf Immobilienwerte und einer weiteren Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zinsausgaben. Zweck und Folge dieses Maßnahmenpaketes bestanden darin, den dramatischen Anstieg der Immobilienpreise aufzuhalten und somit auch gleichzeitig den Konsum, der durch Schulden finanziert wurde, einzudämmen. Diese Maßnahmen führten nicht zu einem dauerhaften Anstieg der Steuersätze, sondern ebneten den Weg für eine einkommenssteuerliche Entlastung der Beschäftigten mit geringem Einkommen. Im Jahr 1993 belief sich die gesamte Steuerlast auf 48 Prozent des Bruttonationalproduktes und im Jahr 2001 – sogar noch vor Einführung der letzten Maßnahmen zur steuerlichen Erleichterung durch das »Pinsepakke« – auf 48,6 Prozent.

4. Eine aktive Industrie-, Umwelt- und Energiepolitik wurde betrieben, die – mit Hilfe indirekter Besteuerung und direkter Subventionen – zu der Entwicklung erneuerbarer Energien und insgesamt zu nachhaltigen Produktionsstrukturen führte. In einem experimentartigen Projekt wurden Subventionen für Reinigungsarbeiten in Privathaushalten vergeben.
5. Es wurde in die öffentliche Infrastruktur investiert, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes weiter voranzutreiben (im Bereich des Verkehrs, der Informationstechnologien etc.).
6. In dieser Zeit wurden auch die Projekte zum gemeinsamen Bau der Brücke und der Tunnel zwischen den dänischen Hauptinseln sowie zwischen Dänemark und Schweden durchgeführt. Darüber hinaus wurde in Kopenhagen eine neue Metro (Untergrundbahn) gebaut.
7. Die Ausgaben für den öffentlichen Dienst stiegen leicht an, was weitestgehend hingenommen wurde, weil es sich bei den zusätzlichen Kosten hauptsächlich um solche für Aus- und Weiterbildung, Forschung, Kindertagesstätten, die Gesundheitsfürsorge und die Altenpflege handelte. In den Bereichen der Aus- und Weiterbildung und der Forschung waren Investitionen absolut unerlässlich, um die zukünftige Konkurrenzfähigkeit des Landes

zu sichern. Auch die Einrichtung von 200 000 zusätzlichen Plätzen in Kindergärten und Kindertagesstätten durch die dafür zuständigen lokalen Behörden war eine notwendige Reaktion darauf, dass immer mehr Eltern auch mit noch jungen Kindern einer Beschäftigung nachgingen, die sie nicht zu Hause ausüben konnten.

Die politischen Ziele wurden erreicht oder sogar noch übertroffen: Den Sozialdemokraten wurde eine Arbeitslosenquote von 12 Prozent überlassen, und sie senkten diese auf 5 Prozent. Als die Regierung nach neun Jahren zurücktreten musste, war die Zahl der Arbeitslosen von einem Höchststand bei 358 000 auf 142 000 gesunken, und es waren Arbeitsplätze für 200 000 Dänen geschaffen worden. Zweidrittel dieser neuen Arbeitsplätze waren in der Privatwirtschaft zu finden.

Der Anstieg der Beschäftigung war viel ausgeprägter als in den meisten anderen europäischen Ländern. Aus den Zahlen lässt sich jedoch auch ablesen, dass sich ein dramatischer Erneuerungsprozess vollzog, denn in jeder zweiten Jahreshälfte der 90er Jahre gingen 200 000 alte Arbeitsplätze verloren, während gleichzeitig 230 000 neue Stellen geschaffen wurden – und dies auf einem Arbeitsmarkt mit einer Gesamtzahl von nur ungefähr 2,6 Millionen Beschäftigten insgesamt! Viele dieser neuen Arbeitsplätze boten bessere Berufsaussichten, bessere technologische Möglichkeiten und bessere Qualifikationen und Fachwissen als die alten, abgebauten Arbeitsplätze. Diese Zahlen geben Anlass zu der Hoffnung, dass europäische Länder mit der Fähigkeit und dem Willen, strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt durchzuführen, tatsächlich erfolgreich auf eine Vollbeschäftigung hinarbeiten können, trotz der Tatsache, dass sich das Konzept der Arbeitsteilung global dramatisch verändert und traditionelle Arbeitsarten und Tätigkeitsformen aus diesem Teil der Welt nach China, Südostasien, Indien etc. verlagert werden.

Eine ganz wichtige Anmerkung an dieser Stelle: Im Januar des Jahres 1993 waren die klügsten Köpfe in den Ministerien der Ansicht, dass die »strukturelle Arbeitslosigkeit« Dänemarks sich auf neun Prozent beliefe. Das hätte bedeutet, dass es nicht möglich gewesen wäre, diese Zahl zu senken, ohne dass die Wirtschaft zusammengebrochen wäre, da ein so großer Mangel an qualifizierten Arbeitskräften herrschte. Aber dadurch, dass auf die Förderung beruflicher Fähigkeiten und die Weiterbildung – und dies ist vielleicht der allerwichtigste Erfolgsfaktor der neuen Politik gewesen – ein Schwerpunkt gelegt wurde, ist es den Sozialdemokraten tatsächlich in den Jahren bis 2001 gelungen, die »strukturelle« Arbeitslosigkeit ge-

nauso stark zu reduzieren wie die Arbeitslosigkeit insgesamt.

Eine bessere Beschäftigungssituation führt zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Ausgewogenheit in der Gesellschaft. Deswegen versuchte die sozialdemokratische Regierung weiterhin, Verbesserungen an den gemeinschaftlich steuerfinanzierten Produkten und Leistungen vorzunehmen und das Steuersystem vor Hinterziehung durch Steuerschlupflöcher und Betrug zu schützen. Aber der erneute Anstieg der Immobilienpreise und der Aktienpreise, um nur Einzelfaktoren zu nennen, deutete darauf hin, dass es größere Vermögensungleichgewichte geben würde.

Im Sommer des Jahres 1998 befand sich Dänemark in einer sehr ungewöhnlichen Lage, da die Mitglieder der LO einen Vorschlag für neue Tarifverträge ablehnten, den ursprünglich die Vertreter der Gewerkschaften selbst mitverhandelt und weiterempfohlen hatten. Die Regierung war gezwungen, dem abgewiesenen Vorschlag zu Tarifverträgen mit einigen Änderungen Rechtskraft zu verleihen. Das öffentliche Verständnis für die Wirtschaftspolitik und die sozialpolitischen Vereinbarungen, denen die LO sich seit 1987 angeschlossen hatte, begann zu schwinden.

Die harte, nicht objektive Kritik der Opposition an dem »Pinsepakke« im Jahr 1998 – die besonders vom Eigeninteresse der Immobilienbesitzer herrührte – führte zu einer Schwächung der Regierung. Und durch die erzielte Einigung hinsichtlich der Vorruhestandsregelungen im Herbst desselben Jahres wurde die Lage noch schlimmer. Die Kritik an der sogenannten Einwanderungspolitik – vor allem bezüglich der Zusammenführung von Familien aus einigen muslimischen Ländern (wie z. B. der Türkei, Pakistans, der arabischen Staaten) – und die Sorge über die mangelnde Integration der Einwanderer aus diesen Ländern wurde zu einem der Hauptangriffspunkte auf die Regierung. Das waren die Grundlagen für die Wahlniederlage der Regierung, die die längste Phase ununterbrochenen wirtschaftlichen Wachstums seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht hatte.

## 7 Leben von Transfereinkommen

Nicht nur die Arbeitslosenzahlen, sondern auch die Anzahl derer, die von den öffentlichen Behörden ein Transfereinkommen bekamen, ging leicht zurück.

Dass viele Menschen in Dänemark ein Transfereinkommen bekommen, führt oft dazu, dass die Situation des Landes falsch verstanden wird. Es kommt häufig zu Missverständnissen, sowohl in dänischen Debatten, als auch in denen anderer Länder. Es ist tatsächlich so, dass in allen Gesellschaften, zeit-

weise oder auch langfristig, ein Teil der Bevölkerung nicht in der Lage ist, einen aktiven Beitrag zum Arbeitsmarkt zu leisten. Der Anteil dieser Personen ist in Dänemark nicht größer als in anderen wohlhabenden Ländern. Aber das dänische Sozialsystem hat sich in den letzten 40 Jahren so verändert, dass diese Personen nun von den öffentlichen Behörden und nicht mehr von ihren Familien unterstützt werden.

Durchschnittlich arbeiten oder studieren acht von zehn Dänen im Alter von 18 bis 62 Jahren. Das ist fast ein Weltrekord. Deswegen gibt es in Dänemark nicht Hunderttausende von Menschen, die im Zuge der Umsetzung neuer, andersartiger politischer Maßnahmen plötzlich wieder auf dem Arbeitsmarkt Beschäftigung finden können. Es wird immer Personen geben, die sich gerade im Mutterschaftsurlaub befinden oder aus Krankheitsgründen nicht arbeiten können. Für sie wurden günstige Bestimmungen erlassen. Einige Personen befinden sich im Übergang zwischen einer Arbeitsstelle zur nächsten ohne ein echtes, soziales Problem darzustellen. Aber sie erscheinen in den Statistiken, da das Arbeitslosengeld vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit an ausbezahlt wird. Viele Menschen haben Anspruch auf gesetzliche Renten aufgrund von physischen oder psychischen Erkrankungen. Und viele Menschen haben sich natürlich für einen vorzeitigen Ruhestand entschieden, da die Vorruhestandsregelungen so attraktiv geworden sind.

Nachhaltige Maßnahmen für langfristig Erkrankte, eine bessere Rehabilitation, eine erfolgreichere Politik für ältere Beschäftigte und die bereits beschlossene, langfristige Anhebung des Rentenalters werden eines Tages dazu führen, dass das Arbeitsleben für viele Menschen besser und länger werden wird.

Es besteht eine besondere Herausforderung darin, die Integration von Einwanderern zu fördern. In der Zeit von 1993 bis 2008 stieg der Anteil der Einwanderer und ihrer Angehörigen aus nicht-westlichen Ländern an der Bevölkerung von 2,8 auf 6,4 Prozent an. Dies ist besonders auf den Zustrom von Flüchtlingen, auf Familienzusammenführungen und eine hohe Geburtenrate bei Einwanderern zurückzuführen. Während die Beschäftigungsrate der dänischen Bevölkerung sich auf 79 Prozent beläuft, beträgt sie 59 Prozent bei Einwanderern aus nicht-westlichen Ländern und 68 Prozent bei ihren Nachkommen.

Wenn die Jobangebote steigen, sinkt auch drastisch die Anzahl der Arbeitslosen nicht-dänischer Herkunft. Viele dieser Arbeitslosen besitzen nicht die erforderlichen Sprachkenntnisse und verfügen nicht über ausreichende Qualifikationen. Und auch denen, die sich die sprachlichen Kenntnisse angeeignet haben und die die erforderlichen Qualifikationen besit-

zen, wird ungerechtfertigtes Misstrauen entgegengebracht. Das Klima auf dem Arbeitsmarkt bleibt nicht unberührt von den oftmals sehr harten politischen Diskussionen über Probleme, die durch eine kleine Gruppe von Einwanderern entstanden sind.

Aber der wichtigste Punkt ist der folgende: Die aktive Arbeitsmarktpolitik war entscheidend, um die strukturelle Arbeitslosigkeit schrittweise von neun Prozentpunkten in den frühen 90er Jahren auf drei bis vier Prozentpunkte im Jahr 2009 senken zu können – und es besteht die Möglichkeit, sie sogar noch weiter, auf zwei Prozentpunkte zu reduzieren.

Im Jahr 2006 – zu einer Zeit, als die registrierte Arbeitslosigkeit knapp unter 5 Prozent betrug – sagte der Autor dieses Textes voraus, dass 80 000 Empfänger von Transfereinkommen durch die Einführung besonders günstiger Marktbedingungen, intensive Bemühungen um eine aktive Arbeitsmarktpolitik (wie zum Beispiel durch zusätzliche Weiterbildungsmaßnahmen) und durch die Schaffung gesicherter Arbeitsplätze für Menschen mit begrenzten Fähigkeiten in kurzer Zeit wieder einen Arbeitsplatz finden würden.

Interessanterweise konnte Dänemark zwischen dem Frühjahr 2006 und dem Ende des Jahres 2008, als die Finanzkrise ausbrach, eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit in genau diesem Ausmaß erzielen. Das war das Ende eines Zeitraums extrem hohen Wachstums – international wie auch national. Das große Wachstum war dadurch möglich geworden, dass die letzten Reserven auf dem nationalen Arbeitsmarkt mobilisiert wurden und Zehntausende von Arbeitskräften aus dem Ausland, vor allem aus den Nachbarländern Polen und den baltischen Staaten, eingeladen wurden, nach Dänemark zu kommen, um hauptsächlich in der Baubranche tätig zu werden.

Den Sozialdemokraten ist jetzt bewusst, dass dieser extreme Aufschwung – angetrieben durch den Privatverbrauch und Investitionen – auf umfangreichen Anleihen für Anteile und Grundstücke, die mit einem viel zu hohen Wert angesetzt waren, basierte. Ausreichende Investitionen in den Arbeitsmarkt wurden jedoch nicht getätigt. Aber es wurde ein Gefühl dafür entwickelt, wie weit die Arbeitslosigkeit in einer Zeit relativ großen Wachstums mit Hilfe aktiver Arbeitsmarktpolitik gesenkt werden kann.

## 8 »Wahlfreiheit« und »das Einfrieren des Steuersystems«

Nach der Wahl 2001 kam die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung unter dem Liberalen Anders Fogh Rasmussen an die Macht, und nach den Wahlen in den

Jahren 2005 und 2007 änderte sich nicht viel an dem Kräfteverhältnis zwischen der Regierung und der Opposition.

Die Regierung besteht aus Liberalen und Konservativen, aber bei wichtigen Angelegenheiten benötigt sie eine Mehrheit und hängt von der Unterstützung der populistischen Dänischen Volkspartei ab. Diese Partei zeichnet sich durch Ausländerfeindlichkeit Einwanderern gegenüber aus. Sie steht für den Rechtsnationalismus und lehnt die EU ab. Im Bereich der Wirtschaftspolitik erweist sich die Partei als treuer Anhänger der Mitte-Rechts-Regierung, geht aber in ihren Forderungen sogar noch weiter – vor allem beim Thema »Senioren«.

Die Mitte-Rechts-Regierung und ihre Anhänger haben von sich selbst ein Bild gezeichnet, das glauben machen soll, sie seien in der Lage, die Zuwanderung von Muslimen einzudämmen, Sozialleistungen für Einwanderer zu kürzen und eine Politik von Recht und Ordnung zu verfolgen. Dabei soll das Sozialmodell für die Dänen selbst jedoch insgesamt aufrechterhalten werden – gleichzeitig soll das Steuersystem eingefroren oder sollen die Steuern sogar gesenkt werden.

Die Regierung hat von den grundlegenden Verbesserungen der wirtschaftlichen Strukturen, die in den 90er Jahren vor allem auf dem Arbeitsmarkt herbeigeführt wurden, sehr stark profitiert. In den ersten drei Jahren unter dieser Regierung ist die Arbeitslosenzahl leicht angestiegen – von fünf auf 6,5 Prozent, um danach auf zwei Prozent zu sinken. Doch seit dem Herbst des Jahres 2008 steigt sie stetig. Dabei könnten möglicherweise sogar noch vor Ende des Jahres 2009 die fünf Prozentpunkte leicht wieder überschritten werden.

Bis 2008 wies der Staatshaushalt einen überwältigenden Überschuss auf, als Ergebnis zahlreicher, ungewöhnlicher Ereignisse: ein unglaublicher Anstieg hauptsächlich durch Schulden finanzierter Ausgaben; Profitabilität der Unternehmen; eine Absenkung der Zinssätze; steuerliche Kapitalgewinne durch Rentenfonds und beachtliche Steuereinnahmen durch die Förderung von Öl und Gas in der Nordsee als Folge der außergewöhnlich hohen Energiepreise. Der letztgenannte Faktor führte zudem zu einem großen Überschuss in der Zahlungsbilanz. Aber im Jahr 2009 wird es wieder ein großes Haushaltsdefizit geben. Es wird deutlich machen, dass dieser Super-Aufschwung auf wackeligem Boden stand und nicht von nachhaltiger Dauer sein konnte.

Die Ausgaben des Öffentlichen Dienstes – die hauptsächlich auf lokaler oder regionaler Ebene anfallen – sind von der Regierung stark in Grenzen gehalten worden, auch in den Jahren des Wachstums. Mit dem Slogan »Wahlfreiheit« ist es der Regierung

gelingen, den privaten Wettbewerb im Öffentlichen Dienst zu schüren. Dies macht sich besonders im Bereich der Krankenhäuser bemerkbar, da private Anbieter viel besser für ihre Leistungen entlohnt werden. Auf diese Art und Weise wird durch Maßnahmen der Regierung die Bevölkerung dazu verleitet, Steuergelder nicht mehr für das öffentliche Gesundheitssystem, sondern für Privatkrankenhäuser auszugeben. Dies kann ein großes Risiko darstellen, wenn immer mehr Angehörige der Mittelklasse sich von dem finanziell unter Druck geratenen Öffentlichen Dienst abwenden – und ihr Geld und ihre Unterstützung nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Wenn sich immer mehr Personen privat versichern und nicht mehr bereit dazu sind, mit ihren Steuern für die Aufrechterhaltung guter Leistungen im öffentlichen Dienst, die jedem Einzelnen zustehen, zu bezahlen – dann hätte das vor allem negative Folgen für finanziell und sozial Schwache.

In der jetzigen Krise ist es ganz offensichtlich geworden, dass die Regierung viel zu wenig in die Bildung, die Forschung und Entwicklung investiert hat, um Dänemarks führende Position in der Weltwirtschaft aufrechtzuerhalten. Aber vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit wird es immer wichtiger, die Kürzungen der letzten Jahre zu beenden und in aktive Arbeitsmarktpolitik zu investieren: Es besteht der dringende Bedarf an besseren Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für ungelernete Arbeitskräfte, die nun in die Arbeitslosigkeit fallen und sicherlich auch keine Arbeitsplätze in traditionellen Industriebranchen mehr finden können, da es diese auch in der Zukunft in Dänemark einfach nicht mehr geben wird.

Die Krise verdeutlicht ebenfalls, dass sich viele Menschen heute in einer weitaus schlechteren Position befinden als zur Hochzeit des dänischen Modells, da sie aus der Arbeitslosenversicherung ausgetreten sind und sich auch nicht mehr gewerkschaftlich organisieren.

Die Bevorzugung des Privatsektors durch die Regierung – die »Wahlfreiheit« und die damit einhergehende, den Privatsektor begünstigende Steuerpolitik – hat dazu geführt, dass die Ressourcen, die für den öffentlichen Dienst benötigt werden, knapp geworden sind.

»Das Einfrieren der Steuerquote« war das wichtigste Verkaufsargument der Mitte-Rechts-Regierung. Sie hat versprochen, dass weder die Einkommenssteuersätze noch die Steuern für den privaten Immobilienbesitz, die normalerweise an die Entwicklung der Verkaufspreise gebunden sind, angehoben werden. Das Einfrieren des Steuersystems wurde durch zwei weitere, geringfügigere Reduzierungen der Einkom-

menssteuersätze für Menschen mittleren oder gehobenen Einkommens in den Wahljahren 2005 und 2007 ergänzt.

Im März des Jahres 2009 – als die Finanzkrise sich bemerkbar machte – entschied sich die Mehrheitsregierung zu einer grundlegenden Reform des Steuersystems, das bis zu den nächsten Wahlen sehr stark unterfinanziert sein wird und nur den oberen zehn Prozent der Bevölkerung sehr weitreichende Steuervergünstigungen gewährt. Die theoretische Grundlage dieser Steuerreform besagt, dass geringere Grenzsteuersätze für die Besserverdienenden in der Bevölkerung zu einem größeren Angebot an Arbeitskräften führen und einer möglichen Abwanderung der Menschen mit Hochschulausbildung aus Dänemark entgegenwirken können. Den empirischen Beleg dafür sind die Regierungsparteien jedoch bisher weitestgehend schuldig geblieben. Die Dänen arbeiten bereits sehr viel und viele derer, die ins Ausland gehen, um sich dort ausbilden zu lassen oder einen Arbeitsplatz zu finden, kehren nach einigen Jahren wieder nach Hause zurück.

Während die Regierungsparteien beschlossen haben, Milliarden in die unterfinanzierte Steuerreform zu investieren, wurde ein alternativer Vorschlag der Opposition zur Einführung eines umfangreichen Maßnahmenpaketes für öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, Krankenhäuser, Schulen, Energieerhaltung und die Entwicklung einer Strategie für eine nachhaltige Energieversorgung abgelehnt. Der Vorschlag der Opposition hätte unter Verwendung desselben Betrages, der jetzt für die unterfinanzierte Steuerreform ausgegeben wird, zur Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze führen können. In Krisenzeiten sind die Privathaushalte sehr zurückhaltend, das durch Steuersenkungen eingesparte Geld auszugeben, da viele Menschen ihren Arbeitsplatz verloren oder Angst davor haben, ihn zu verlieren – und die Mehrheit der potenziellen Wähler hat große Verluste hinnehmen müssen, da ihre Renten und Immobilieneigentümer an Wert verloren haben.

Natürlich ist es an sich sehr attraktiv für die Bevölkerung, wenn die Steuerquote eingefroren und Steuervergünstigungen vorgenommen werden. Aber in der Zeit von 2005–2008 hat die Steuerpolitik der Regierung im Zusammenhang mit steigenden Aktienpreisen, extrem niedrigen Zinssätzen und neuen, günstigen Krediten für privaten Immobilienbesitz zu einem explosionsartigen Anstieg des Wertes von Immobilien geführt, so dass der Privatverbrauch, der hauptsächlich mit Krediten finanziert wurde, ebenfalls in die Höhe schnellte. Dies waren die treibenden Kräfte, die zum Zerplatzen der Blase im Herbst des Jahres 2008 in Amerika und dem Rest der Welt, ein-



schließlich Dänemark, führten. In den Jahren des Aufschwungs trugen die Steuererleichterungen zu mangelnder Stabilität bei. In Krisenzeiten eignen sie sich nicht, um effektiv gegen steigende Arbeitslosigkeit vorzugehen!

Dänemark ist aber immer noch das Land mit den geringsten sozialen Ungleichheiten. Aber das Ergebnis der Politik der letzten sieben bis acht Jahre unter der Mitte-Rechts-Regierung ist ein Anwachsen von Ungleichheiten und sozialen Unterschieden: zwischen den Wenigen mit einem außergewöhnlich hohen Einkommen und großem Vermögen und der steigenden Zahl der Armen; zwischen Wohnungseigentümern und Mietern; zwischen den gut-etablierten und den jüngeren, neuen Vertretern auf dem Immobilienmarkt; zwischen den großen Städten und den Randregionen; zwischen Menschen mit Beschäftigung und denen, die ein Transfereinkommen beziehen; zwischen etablierten Dänen und neuen Einwanderern.

Es gibt also ernsthafte Bedrohungen für das Dänische Modell. Aber die größte Herausforderung ist nicht der steigende Druck, dem das Land als Folge der Globalisierung ausgesetzt ist, sondern eine möglicherweise schwindende Unterstützung für das Dänische Modell durch die Wähler als Folge der Politik der Mitte-Rechts-Regierung.



#### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse  
Abteilung Internationaler Dialog  
D-10785 Berlin

[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)  
E-Mail: [info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

ISBN 978-3-86872-229-1

#### Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse  
Nora Neye  
D-10785 Berlin

E-Mail: [info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)  
Fax: +49 (30) 2 69 35-92 48

#### Alle Texte sind online verfügbar:

[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.

## Korruption: Was bedeutet „korrupt“ und wie ist die Lage in Deutschland?

Lexikon | [Jetzt kommentieren](#)

### ERKLÄRUNG ZUM BEGRIFF KORRUPTION

Durch **Korruption** werden jährlich Schäden in Millionenhöhe in Deutschland hervorgerufen. Dabei sind Korruptionsdelikte in allen Bereichen zu beobachten. Vor allem die **öffentliche Verwaltung** ist stark von **Bestechungen** und **Bestechlichkeiten**, aber auch von **Schmiergeldern** und **Vorteilsgewährungen** betroffen.

### Definition: Was ist Korruption?

Korruption leitet sich vom lateinischen Wort „corruptio“ ab und bedeutet Verdorbenheit oder auch Bestechlichkeit.

In der Rechtswissenschaft steht Korruption für den **Missbrauch einer Funktionsstellung im politischen, privaten, juristischen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Bereich**, aber auch bei Organisationen und sonstigen nichtwirtschaftlichen Vereinigungen.

**Ziel** der Korruption ist es, sich einen **materiellen oder nicht materiellen Vorteil** zu verschaffen, auf dem im Regelfall kein **Anspruch** besteht.

Korruption kann mitunter erfolgen durch:\*

- Bargeld (69,8 %)
- Reisen (0,9 %)
- Sachleistungen (6,5 %)
- Teilnahme an Veranstaltungen (2,0 %)
- Restaurantbesuche und Feiern (1,6 %)
- Arbeits- und Dienstleistungen (2,1 %)
- Sonstige monetäre Vorteile (6,8 %)
- Sonstiges und nicht Bekanntes (10,4 %)

\* Die Zahl in der Klammer verweist auf die polizeilichen, registrierten Korruptionsfälle aus dem Jahr 2017 gemäß dem Bundeslagebild 2017.

In **Korruptionsdelikten** sind in der Regel zwei bis drei Akteure mit eingebunden. Diese wären:

- der Bestechende (Geber)
- der Bestochene (Nehmer)
- und gegebenenfalls der Auftraggeber des Bestochenen

Dabei kann Korruption in aktiver und in passiver Form vorliegen. Die **aktive Form** umfasst mitunter das in Aussichtstellen und Fordern eines Vorteils, die **Vorteilsgewährung** (§ 333 StGB), Schmiergeldzahlungen und **Bestechung** (§ 334 StGB). Die **passive Korruption** hingegen umfasst vor allem Bestechlichkeit (§ 332 StGB) und die **Vorteilsannahme** (§ 331 StGB).

Weitere strafrechtliche Korruptionsdelikte können sein:

- Besonders schwere Fälle von Bestechung (§ 335 StGB) bei internationalen Bediensteten (§ 335a StGB)
- Bestechung (§ 299b StGB) und Bestechlichkeit (§ 299a StGB) im Gesundheitswesen
- Abgeordnetenbestechung (108e StGB)
- Wählerbestechung (§ 108b StGB)
- Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)

### Beispiele

Korruption kann polizeilich in situativen und strukturellen Korruptionsdelikten unterschieden werden.

Eine **situative Korruption** bezeichnet eine Tatbestandsverwirklichung, der keiner geplanten Handlung zugrunde liegt und als spontane Reaktion auf eine Situation folgt.

**Beispiel:** Ein Pkw-Fahrer wird wegen erhöhter Geschwindigkeit von der Polizei angehalten. Damit er keinen **Strafzettel** bekommt, bietet er den Polizisten Geld an.

Bei einer **strukturellen Korruption** hingegen erfolgt die Korruptionshandlung geplant. Dabei kann eine längerfristige Planung bewusst vorgenommen werden. Im Gegensatz zur situativen Korruption erfolgt die strukturelle Korruption damit nicht spontan.

**Beispiel:** Ein Mitarbeiter eines großen Unternehmens im öffentlichen Dienst beschenkt in regelmäßigen Abständen seinen Teamleiter, damit er bei der nächsten Höhergruppierung in eine höhere Entgeltgruppe eingestuft wird.



Korruption: Wann ist man korrupt? (© sabthai / Fotolia.com)

**JuraForum-Anwalts-Tipp:** Gerade im Arbeitsleben kommt es immer wieder zu Bestechungsfällen. Ein häufiger Fall stellt die Bestechung des Chefs mit Bargeld, Geschenken oder sexueller Hingabe dar. Im Gegenzug erhält der Bestechende eine höherrangige Position. Wenn auch Sie direkt oder indirekt von Korruption betroffen sind, so können Sie sich an einen Anwalt für [Strafrecht](#) wenden.

### Korruptionsdelikte bei der Polizei / Justiz

Im Bereich der Justiz und der Polizei kommt es gelegentlich in Deutschland zu Korruptionsdelikten. Diese führen einerseits zu erheblichen finanziellen Schäden und andererseits zum Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Staats- und Sicherheitsorgane. Besonders können Korruptionsfälle jedoch im subsaharischen Afrika beobachtet werden. In Kenia beispielsweise liegt die Vertrauensquote in die Polizei im sehr niedrigen Bereich. Grund dafür sind die weitverbreiteten Schmiergeldzahlungen an Polizisten, damit diese Straftaten nicht verfolgen oder vertuschen.

### Korrumpierte Politiker / Abgeordnete

Auch die Politik ist von Korruptionsdelikten überschattet. Dabei liegen häufig Wählerbestechung und Abgeordnetenbestechung vor. Jüngst wurden bei den Wahlen in der Türkei und den USA Korruptionsvorwürfe laut. Sollte ein Korruptionsdelikt in Deutschland vorliegen, so kann im Rahmen der Abgeordnetenbestechung das aktive und passive Wahlrecht aberkannt werden.

### Korruption im Gesundheitswesen

Korruption im Gesundheitswesen kann zu einem erschwerten Zugang zu Therapieformen und sonstigen medizinischen **Leistungen**, zu erhöhten Preisen sowie zur Etablierung von medizinisch weniger optimalen Medikamenten führen. Zudem kam es in der Vergangenheit häufig zu einer korrupten Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Pharmakonzernen aber auch zwischen Ärzten und Apothekern.

Erst im Jahr 2017 gab es in Niedersachsen einen größeren Fall von Rezeptzuweisen zwischen einem Apotheker und mehreren Ärzten. Weitere Fälle von Korruption im Gesundheitswesen stellen Sanitätshäuser dar, die an Gewinnen beteiligt werden sowie die Bevorzugung von Laboren. Aber auch die Bestechung



▼ Europa

➤ Asien

➤ Nordamerika

➤ Südamerika

➤ Australien

➤ Afrika



## Dänemark

Daten & Fakten

Alltag & Kinder

Mitmachtipp

Buchtipps

Länderrätsel

Steckbrief

Land

Leute

Tiere & Pflanzen

Wirtschaft

Geschichte & Politik



Dänemark setzt auf Windkraft.  
[ © Dirk Goldhahn / CC BY-SA 2.5 ]



In der Nordsee fördert Dänemark Erdgas, wie hier auf dem Tyra-Feld.  
[ © tom jervis / CC BY-2.0 ]



In Dänemark zahlt man mit der Dänischen Krone.  
[ © Quelle: pixabay.com ]

### Dänemarks Wirtschaft

In Dänemarks Wirtschaft spielen die **Industrie** und der **Tourismus** eine bedeutende Rolle. Hergestellt werden zum Beispiel Maschinen, Metallwaren und Medikamente. Sie werden auch ins Ausland verkauft. Etwa 23 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung stammen aus der Industrie. Urlauber kommen vor allem aus Norwegen, Schweden und Deutschland nach Dänemark. Sie übernachten meist in Ferienwohnungen oder auf Campingplätzen.

Bedeutsam für die Wirtschaft ist auch die **Energie**. In der Nordsee fördert Dänemark Erdöl und Erdgas. Außerdem wird der Wind, der an der Küste ja meistens weht, für Windenergie genutzt. Es gibt auf dem Meer vor den Küsten viele Windparks, die Strom erzeugen.

**Landwirtschaft** trägt nur noch zu einem sehr kleinen Teil zur Wirtschaftsleistung des Landes bei, nämlich mit 1,3 Prozent - obwohl mehr als die Hälfte der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt wird. Angebaut werden vor allem Gerste, Weizen, Kartoffeln und Zuckerrüben. Den größten Anteil an der Wirtschaft haben die **Dienstleistungen** mit knapp 76 Prozent.

Fischfang ist bedeutsam. **Fleisch** und Milchprodukte werden ebenfalls hergestellt. Besonders groß ist die Haltung von Schweinen. 12 Millionen von ihnen leben in Dänemark - das ist doppelt so viel wie das Land Einwohner zählt. Und dabei sind die Ferkel noch nicht einmal mitgerechnet.

Es gibt wenige Arbeitslose in Dänemark. Sie lag 2017 bei 5,8 Prozent. Der Lebensstandard ist hoch, dafür zahlen die Dänen aber auch hohe Steuern. Dänemark ist Mitglied der EU, aber nicht der Eurozone: Man bezahlt hier nicht mit dem Euro, sondern mit der Dänischen Krone. Eine Dänische Krone sind 100 Öre (*Øre*). Die größten Handelspartner sind Deutschland, Schweden und Großbritannien, gefolgt von den USA und Norwegen. Es wird mehr aus- als eingeführt, damit ist die Handelsbilanz positiv.

letzte Aktualisierung am 13.03.2019



## Griechenland

Daten & Fakten

Alltag & Kinder

Mitmachtipp

Buchtipps

Länderrätsel

Steckbrief

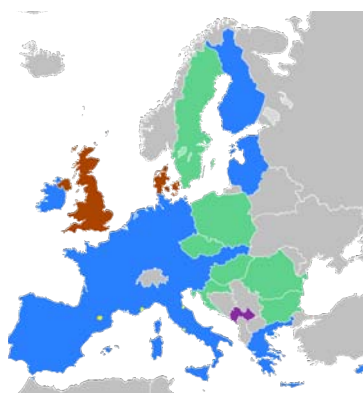
Land

Leute

Tiere & Pflanzen

Wirtschaft

Geschichte & Politik



Blau Eurozone (19)  
 Grün: EU-Mitgliedstaaten, die aufgrund vertraglicher Verpflichtung den Euro einführen müssen (7)  
 Braun: EU-Mitgliedstaat mit Ausstiegsklausel zur Euroeinführung (2)  
 Gelb: Nicht-EU-Mitglieder, die den Euro offiziell benutzen (Andorra, Monaco, San Marino und Vatikan)  
 Lila: Nicht-EU-Mitglieder, die den Euro inoffiziell benutzen (2)  
 [ © Edroeh / CC BY-SA 3.0 ]

### Der griechischen Wirtschaft geht es schlecht

Um es kurz zu sagen, der griechischen Wirtschaft geht es schlecht. Zum einen liegt das an den Folgen der **Finanzkrise**, die Griechenland immer noch zu spüren bekommt, aber auch an der Sparpolitik, die dem Land auferlegt wurde. Viele Menschen haben Angst, arm zu werden oder sie sind schon arm.

Der griechische Staat nimmt zu wenig Geld ein und gibt zu viel aus. Das ist ein Problem, das nicht erst seit kurzer Zeit besteht, aber bis heute noch nicht gelöst wurde. Griechenland ist Mitglied der EU, hat aber seinen Beitritt, wie manche behaupten, erschlichen. Man legte falsche Zahlen vor und machte den Staat reicher als er in Wirklichkeit war. So wurde Griechenland am Ende unter falschen Voraussetzungen in die EU aufgenommen.

Die Folgen sind bis heute zu spüren. Die Europäische Union hat Griechenland immer wieder mit **Kredit** gestützt, das heißt Geld geliehen. So wurde Griechenland bisher vor der kompletten Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Aber es steht immer noch nicht gut um die Staatsfinanzen. Während die einen sagen, dass die Europäische Union Griechenland gar kein Geld mehr geben sollte und das Land austreten müsse, finden andere den strengen Sparkurs, den man Griechenland auferlegt hat, nicht sinnvoll. Sie meinen, dass die Krise dadurch nur noch schlimmer würde. Wie du siehst, können Wirtschaftsexperten ebenso wie Politiker völlig gegenteiliger Meinung sein. Bisher hat noch keiner die Lösung für diese Krise gefunden.

#### Selbstständige

In Griechenland sind 50 von 100 Leuten selbstständig. Sie haben also keinen Arbeitgeber, sondern sind selbst verantwortlich. Lange Zeit war es in Griechenland fast schon eine Art Volkssport, möglichst keine oder weniger Steuern zu zahlen. Wer Steuern zahlte, wurde für dumm gehalten. Diese Einstellung müsste sich ändern, denn sie herrscht nicht nur bei den Leuten, die wenig Geld verdienen, vor, sondern vor allem bei den

#### Reiche Leute zahlen oft gar keine Steuern

So streiten sich die Wirtschaftsexperten und Politiker in Griechenland, aber auch in der Europäischen Union. Einig ist man sich allerdings in dem Punkt, dass Griechenland weitere Reformen benötigt, um wieder wirtschaftlich auf die Beine zu kommen. Den einen sind die Reformen nun aber viel zu viel, den anderen viel zu wenig.



Ein großes Problem in Griechenland: Viele reiche Leute, die sich solche Schiffe leisten können, zahlen in Griechenland keine Steuern.  
 [ © Ben Salter / CC BY 2.0 ]

Großverdienern, wie zum Beispiel den Reedern. Diese verdienen zwar eine Menge Geld, zahlen aber oft keine oder nur wenig Steuern. Dies führte mit zur schlechten wirtschaftlichen Lage in Griechenland.

Große Probleme Griechenlands sind zudem die Korruption und die Steuerflucht. So gehen viele reiche Griechen ins Ausland und zahlen keine oder nur wenige Steuern. Diese Leute zur Verantwortung zu ziehen, ist bisher keiner griechischen Regierung gelungen. Würden diese Leute ihre Steuern im Land zahlen, hätte Griechenland sehr viel weniger Probleme, so wenigstens haben es kluge Leute errechnet.



Griechenland führt Oliven aus, doch davon allein kann die griechische Wirtschaft nicht leben.

[ © Ole Husby / CC BY-SA 2.0 ]

## Oliven allein reichen nicht aus

Mittlerweile versucht man Griechenlands Export zu stärken. So gibt es im Land sehr viel Edelmetall, wie zum Beispiel Silber, das sich fördern ließe. Hier besteht aber das Problem, dass die Förderung die Zerstörung der Umwelt zur Folge hätte, so dass sich viele dagegen wehren. Doch manche sehen nur die zusätzlichen Arbeitsplätze, die durch die Minen zum Abbau von Silber und Kupfer geschaffen würden. Auch hier gibt es keine Einigkeit.

Was wird aus Griechenland noch ausgeführt? Die wichtigsten Exportgüter sind Oliven, Textilien, Olivenöl, Obst, Tomaten, Produkte aus Erdöl und Zement.

## Abhängig vom Tourismus

Der Tourismus hat für Griechenland eine große Bedeutung. Bleiben die Touristen aus, dann geht es der griechischen Wirtschaft schlechter. Und gerade in Krisenzeiten suchen Touristen sich gerne andere Urlaubsziele. Doch viele Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt mit dem Tourismus verbunden. Seit 2013 steigen die Zahlen allerdings wieder. So kamen 2012 15 Millionen Touristen nach Griechenland, 2015 waren es 23 Millionen.



Viele Arbeitsplätze in Hotels oder Restaurants sind im Griechenland von den Touristen abhängig. Bleiben die aus, fehlt das Geld.

[ © boaski / CC BY-SA 2.0 ]

letzte Aktualisierung am **12.01.2018**

## LaenderDaten

- [Home](#)
- [Länderdaten](#)
  - [Geographie](#)
  - [Bevölkerung](#)
  - [Staat & Politik](#)
  - [Militär](#)
  - [Wirtschaft](#)
  - [Infrastruktur](#)
  - [Länderinfos](#)
  - [Länderrankings](#)
- [Links](#)
- [Glossar](#)
- [Sitemap](#)

[Länderdaten](#) > [Länderrankings](#) > [Länder-Indizes](#) > Korruptionswahrnehmungsindex (CPI)

### Karte druckfertig [PDF]

MapsGalaxy

Um die Karte anzuzeigen, hier herunterladen





























*Am 29. Februar 2019 wurde der Korruptionswahrnehmungsindex 2018 veröffentlicht. Die Daten sind bereits eingearbeitet.*


















































## Korruptionswahrnehmungsindex (CPI)

Der **Korruptionswahrnehmungsindex**, (auch **Internationaler Korruptionsindex** oder **Bestechungsindex**) international auch englisch **Corruption Perception(s) Index (CPI)**, wird seit 1995 von **Transparency International**, einer Nichtstaatlichen Organisation, die sich dem Kampf gegen Korruption widmet, weltweit erhoben. Der CPI gibt dabei die Wahrnehmung von Korruption an. Er listet Länder nach dem Grad auf, in dem dort Korruption bei Amtsträgern und Politikern wahrgenommen wird.




























































Der **Korruptionswahrnehmungsindex** ist ein zusammengesetzter Index, der sich auf verschiedene Umfragen und Untersuchungen stützt, die von mehr als zehn unabhängigen Institutionen durchgeführt wurden. Es werden Geschäftsleute sowie Länderanalysten befragt und Umfragen mit Experten im In- und Ausland miteinbezogen. Der Index geht von 0 bis 100, wobei 100 die geringste Wahrnehmung von Korruption anzeigt und somit das bestmögliche Ergebnis darstellt.











*Für eine andere Sortierfolge jeweilige Spaltenüberschrift anklicken*

Land	Rang 2018	CPI-Wert 2018	Rang 2017	Rang 2016	Rang 2015	Rang 2014
 <a href="#">Dänemark</a>	1	88	2	1	1	1
 <a href="#">Neuseeland</a>	2	87	1	1	4	2
 <a href="#">Schweden</a>	3	85	6	4	3	4
 <a href="#">Schweiz</a>	3	85	3	5	7	5
 <a href="#">Finnland</a>	3	85	3	3	2	3
 <a href="#">Singapur</a>	3	85	6	7	8	7
 <a href="#">Norwegen</a>	7	84	3	6	5	5
 <a href="#">Niederlande</a>	8	82	8	8	5	8
 <a href="#">Kanada</a>	9	81	8	9	9	10
 <a href="#">Luxemburg</a>	9	81	8	10	10	14
 <a href="#">Deutschland</a>	11	80	12	10	10	12
 <a href="#">Großbritannien</a>	11	80	8	10	10	9
 <a href="#">Australien</a>	13	77	13	13	13	11
 <a href="#">Hongkong</a>	14	76	13	15	18	17
 <a href="#">Island</a>	14	76	13	14	13	12
 <a href="#">Österreich</a>	14	76	16	17	16	23
 <a href="#">Belgien</a>	17	75	16	15	15	15
 <a href="#">Irland</a>	18	73	19	19	18	17
 <a href="#">Estland</a>	18	73	21	22	23	26
 <a href="#">Japan</a>	18	73	20	20	18	15
 <a href="#">Frankreich</a>	21	72	23	23	23	25
 <a href="#">Vereinigte Staaten</a>	22	71	16	18	16	17
 <a href="#">Uruguay</a>	23	70	23	21	21	21
 <a href="#">Vereinigte Arabische Emirate</a>	23	70	21	24	23	21
 <a href="#">Bhutan</a>	25	68	26	27	27	30
 <a href="#">Barbados</a>	25	68	25	31		
 <a href="#">Chile</a>	27	67	26	24	23	26
 <a href="#">Seychellen</a>	28	66	36		40	43

 Bahamas	29	65	28	24		
 Portugal	30	64	29	29	28	31
 Brunei Darussalam	31	63	32	41		
 Taiwan	31	63	29	31	30	35
 Katar	33	62	29	31	22	26
 Israel	34	61	32	28	32	37
 Botsuana	34	61	34	35	28	31
 Polen	36	60	36	29	30	35
 Slowenien	36	60	34	31	35	39
 Tschechische Republik	38	59	42	47	37	53
 Zypern	38	59	42	47	32	31
 Lettland	38	59	40	44	40	43
 Litauen	41	58	38	38	32	39
 Georgien	41	58	46	44	48	50
 St. Vincent und die Grenadinen	41	58	40	35		
 Spanien	41	58	42	41	36	37
 Dominica	45	57	42	38		
 Cabo Verde	45	57	48	38	40	42
 Korea, Republik	45	57	51	52	37	43
 Ruanda	48	56	48	50	44	55
 Costa Rica	48	56	38	41	40	47
 St. Lucia	50	55	48	35		
 Malta	51	54	46	47	37	43
 Namibia	52	53	53	53	45	55
 Oman	53	52	68	64	60	64
 Italien	53	52	54	60	61	69
 Grenada	53	52	52	46		
 Slowakei	57	50	54	54	50	54
 Saudi-Arabien	58	49	57	62	48	55
 Kroatien	60	48	57	55	50	55
 Kuba	61	47	62	60	56	63
 Malaysia	61	47	62	55	54	50
 Rumänien	61	47	59	57	58	69
 São Tomé und Príncipe	64	46	64	62	66	64
 Vanuatu	64	46	71	0		
 Ungarn	64	46	66	57	50	47
 Senegal	67	45	66	64	61	76
 Montenegro	67	45	64	64	61	67
 Griechenland	67	45	59	69	58	69
 Jamaika	70	44	68	83	69	85
 Belarus	70	44	68	79	107	119
 Salomonen	70	44	85	72		
 Marokko	73	43	81	90	88	80
 Tunesien	73	43	74	75	76	85
 Südafrika	73	43	71	64	61	69
 Suriname	73	43	77	64	88	100
 Bulgarien	77	42	71	75	69	69
 Burkina Faso	78	41	74	72	76	85
 Indien	78	41	81	79	76	85
 Ghana	78	41	81	70	56	61
 Kuwait	78	41	85	75	55	67
 Lesotho	78	41	74	83	61	55
 Türkei	78	41	81	75	66	64
 Trinidad und Tobago	78	41	77	101	72	94
 Benin	85	40	85	95	83	80
 Argentinien	85	40	85	95	107	107
 China	87	39	77	79	83	100
 Serbien	87	39	77	72	71	78
 Bosnien und Herzegowina	89	38	91	83	76	80
 Indonesien	89	38	96	90	88	107



 <a href="#">Sri Lanka</a>	<b>89</b>	38	91	95	83	94
 <a href="#">Guyana</a>	<b>93</b>	37	91	108	119	124
 <a href="#">Gambia</a>	<b>93</b>	37	130	145	123	126
 <a href="#">Mongolei</a>	<b>93</b>	37	103	87	72	85
 <a href="#">Panama</a>	<b>93</b>	37	96	87	72	80
 <a href="#">Kosovo</a>	<b>93</b>	37	85	95	103	110
 <a href="#">Kolumbien</a>	<b>99</b>	36	96	90	83	94
 <a href="#">Philippinen</a>	<b>99</b>	36	111	101	95	103
 <a href="#">Albanien</a>	<b>99</b>	36	91	83	88	110
 <a href="#">Bahrain</a>	<b>99</b>	36	103	70	50	61
 <a href="#">Tansania</a>	<b>99</b>	36	103	116	117	119
 <a href="#">Thailand</a>	<b>99</b>	36	96	101	76	85
 <a href="#">Timor-Leste</a>	<b>105</b>	35	91	101	123	133
 <a href="#">Algerien</a>	<b>105</b>	35	112	108	88	100
 <a href="#">Armenien</a>	<b>105</b>	35	107	113	95	85
 <a href="#">Ägypten</a>	<b>105</b>	35	117	108	88	94
 <a href="#">Brasilien</a>	<b>105</b>	35	96	79	76	69
 <a href="#">Côte d'Ivoire</a>	<b>105</b>	35	103	108	107	115
 <a href="#">El Salvador</a>	<b>105</b>	35	112	95	72	80
 <a href="#">Peru</a>	<b>105</b>	35	96	101	88	85
 <a href="#">Sambia</a>	<b>105</b>	35	96	87	76	79
 <a href="#">Niger</a>	<b>114</b>	34	112	101	99	103
 <a href="#">Ecuador</a>	<b>114</b>	34	117	120	107	126
 <a href="#">Äthiopien</a>	<b>114</b>	34	107	108	103	110
 <a href="#">Pakistan</a>	<b>117</b>	33	117	116	117	126
 <a href="#">Moldau</a>	<b>117</b>	33	122	123	103	103
 <a href="#">Vietnam</a>	<b>117</b>	33	107	113	112	119
 <a href="#">Ukraine</a>	<b>120</b>	32	130	131	130	142
 <a href="#">Liberia</a>	<b>120</b>	32	122	90	83	85
 <a href="#">Mali</a>	<b>120</b>	32	122	116	95	94
 <a href="#">Malawi</a>	<b>120</b>	32	122	120	112	110
 <a href="#">Malediven</a>	<b>124</b>	31	112	95		
 <a href="#">Kasachstan</a>	<b>124</b>	31	122	131	123	126
 <a href="#">Nepal</a>	<b>124</b>	31	122	131	130	126
 <a href="#">Gabun</a>	<b>124</b>	31	117	101	99	94
 <a href="#">Dschibuti</a>	<b>124</b>	31	122	123	99	107
 <a href="#">Dominikanische Republik</a>	<b>129</b>	30	135	120	103	115
 <a href="#">Sierra Leone</a>	<b>129</b>	30	130	123	119	119
 <a href="#">Togo</a>	<b>129</b>	30	117	116	107	110
 <a href="#">Paraguay</a>	<b>132</b>	29	135	123	130	150
 <a href="#">Myanmar</a>	<b>132</b>	29	130	136	147	154
 <a href="#">Kirgisistan</a>	<b>132</b>	29	135	136	123	136
 <a href="#">Laos</a>	<b>132</b>	29	135	123	139	145
 <a href="#">Honduras</a>	<b>132</b>	29	135	123	112	126
 <a href="#">Bolivien</a>	<b>132</b>	29	112	113	99	103
 <a href="#">Russische Föderation</a>	<b>138</b>	28	135	131	119	136
 <a href="#">Guinea</a>	<b>138</b>	28	148	142	139	145
 <a href="#">Iran</a>	<b>138</b>	28	130	131	130	136
 <a href="#">Libanon</a>	<b>138</b>	28	143	136	123	136
 <a href="#">Mexiko</a>	<b>138</b>	28	135	123	95	115
 <a href="#">Papua-Neuguinea</a>	<b>138</b>	28	135	136	139	145
 <a href="#">Nigeria</a>	<b>144</b>	27	148	136	136	136
 <a href="#">Mauritius</a>	<b>144</b>	27	143	50	45	47
 <a href="#">Komoren</a>	<b>144</b>	27	148	153	136	142
 <a href="#">Kenia</a>	<b>144</b>	27	143	145	139	145
 <a href="#">Guatemala</a>	<b>144</b>	27	143	136	123	115
 <a href="#">Bangladesch</a>	<b>149</b>	26	143	145	139	145
 <a href="#">Uganda</a>	<b>149</b>	26	151	151	139	142
 <a href="#">Zentralafrikanische Republik</a>	<b>149</b>	26	156	159	145	150

 <a href="#">Tadschikistan</a>	<b>152</b>	25	161	151	136	152
 <a href="#">Aserbaidtschan</a>	<b>152</b>	25	122	123	119	126
 <a href="#">Kamerun</a>	<b>152</b>	25	153	145	130	136
 <a href="#">Madagaskar</a>	<b>152</b>	25	155	145	123	133
 <a href="#">Nicaragua</a>	<b>152</b>	25	151	145	130	133
 <a href="#">Eritrea</a>	<b>157</b>	24	165	164	154	166
 <a href="#">Mosambik</a>	<b>158</b>	23	153	142	112	119
 <a href="#">Usbekistan</a>	<b>158</b>	23	157	156	153	166
 <a href="#">Simbabwe</a>	<b>160</b>	22	157	154	150	156
 <a href="#">Kongo, Demokratische Republik</a>	<b>161</b>	20	161	156	147	156
 <a href="#">Haiti</a>	<b>161</b>	20	157	159	158	161
 <a href="#">Kambodscha</a>	<b>161</b>	20	161	156	150	156
 <a href="#">Turkmenistan</a>	<b>161</b>	20	167	154	154	169
 <a href="#">Tschad</a>	<b>165</b>	19	165	159	147	154
 <a href="#">Angola</a>	<b>165</b>	19	167	164	163	161
 <a href="#">Kongo</a>	<b>165</b>	19	161	159	146	152
 <a href="#">Irak</a>	<b>168</b>	18	169	166	161	170
 <a href="#">Venezuela</a>	<b>168</b>	18	169	166	158	161
 <a href="#">Burundi</a>	<b>170</b>	17	157	159	150	159
 <a href="#">Libyen</a>	<b>170</b>	17	171	170	161	166
 <a href="#">Äquatorialguinea</a>	<b>172</b>	16	171	0		
 <a href="#">Afghanistan</a>	<b>172</b>	16	177	169	166	172
 <a href="#">Guinea-Bissau</a>	<b>172</b>	16	171	168	158	161
 <a href="#">Sudan</a>	<b>172</b>	16	175	170	165	173
 <a href="#">Korea, Demokratische Volksrepublik</a>	<b>176</b>	14	171	174	167	174
 <a href="#">Jemen</a>	<b>176</b>	14	175	170	154	161
 <a href="#">Südsudan</a>	<b>178</b>	13	179	175	163	171
 <a href="#">Syrien</a>	<b>178</b>	13	178	173	154	159
 <a href="#">Somalia</a>	<b>180</b>	10	180	176	167	174

#### Siehe auch

- [Korruptionswahrnehmungsindizes vergangener Jahre](#) (bis 2013)

#### Weblinks

- [Transparency International](#) (deutsch)
- [Transparency International](#) (internationale Seite)
- [Korruptionswahrnehmungsindex-2018](#)

#### Quellen

- Seite „Korruptionswahrnehmungsindex“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 9. Oktober 2016, 14:30 UTC. URL: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Korruptionswahrnehmungsindex&oldid=158601717> (Abgerufen: 26. Januar 2017, 14:11 UTC)



[Kontakt/Impressum](#) | [Copyrightvermerk](#) | [Datenschutz](#) |  
[Disclaimer](#) | [Sitemap](#) | [Lexas Information Network](#)  
 Copyright © 2000 - 2019 ---. All Rights Reserved.

Search Lexas



Bildnachweis: Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr. 1996/04/1222

Geteiltes Deutschland: Krisenmanagement > Bundesrepublik im Umbruch

## Affären

Mitte der 1970er Jahre verkauft der Flick-Konzern Aktien im Wert von fast 2 Milliarden D-Mark. Der Erlös wird jedoch reinvestiert. Für diese Wiederanlagen beantragt das Unternehmen beim Bundeswirtschaftsministerium Steuerbefreiung. Die Anträge werden als "volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig" genehmigt. Zur selben Zeit erhalten die FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (1926-2009) und Hans Friderichs (geb. 1931) großzügige Spendengelder vom Flick-Konzern. Wegen des Verdachts der Bestechung und Steuerhinterziehung erhebt die Bonner Staatsanwaltschaft im November 1983 Anklage gegen die beiden Minister und den ehemaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch (1926-2009).

Die Flick-Spendenaffäre weitet sich rasch zu einer Parteispendenaffäre aus, als sich herausstellt, dass CDU, CSU, SPD und FDP entgegen den gesetzlichen Vorschriften in großem Umfang Spenden aus der Industrie erhalten haben. Während der 1970er Jahre verteilt allein der Flick-Manager von Brauchitsch 26 Millionen D-Mark an Spendengeldern. Der Versuch der christlich-liberalen Koalition, durch ein Gesetz Spender und Parteifunktionäre nachträglich zu amnestieren, scheitert im Mai 1984 aufgrund der öffentlichen Entrüstung.

Im Verlauf der Flick-Spendenaffäre treten Bundestagspräsident Rainer Barzel und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zurück. Der Prozess vor dem Bonner Landgericht gegen Graf Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch endet im Februar 1987 mit der Verurteilung der Angeklagten wegen Steuerhinterziehung. Ob der Flick-Konzern durch seine Parteispenden politische Entscheidungen beeinflusst hat, bleibt allerdings offen. In der Öffentlichkeit hinterlässt die Affäre trotzdem den Eindruck einer allzu engen Verflechtung von Wirtschaft und Politik.

(ag) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Stand: 05.05.2003

Text: CC BY NC SA 4.0

Empfohlene Zitierweise:

Grau, Andreas: Affären, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,

URL: <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-krisenmanagement/bundesrepublik-im-umbruch/affaeren.html>

Zuletzt besucht am: 15.04.2019



Bildnachweis: US National Archives

Nachkriegsjahre > Doppelte Staatsgründung

## Marshall-Plan und Währungsreform

Am 5. Juni 1947 präsentiert der amerikanische Außenminister George C. Marshall das European Recovery Program (ERP). Der Marshall-Plan soll der Wirtschaft in Europa wieder auf die Beine helfen, aber auch die Ausbreitung des Kommunismus verhindern. Einzige Voraussetzung ist, dass sich die europäischen Länder auf eine gemeinsame wettbewerbsorientierte Wirtschaftsordnung verständigen. Auf der Marshall-Plan-Konferenz im Juli 1947 in Paris einigen sich 16 europäische Staaten darauf. Die ebenfalls eingeladenen osteuropäischen Länder nehmen unter dem Druck der UdSSR nicht teil. Der Marshall-Plan läuft 1948 an: Die USA stellen Kredite bereit und liefern Waren, Rohstoffe und Lebensmittel. Zwischen 1948 und 1952 werden insgesamt rund 12,4 Milliarden Dollar bereitgestellt. Davon fließen 1,5 Milliarden Dollar nach Westdeutschland.

### Währungsreform im Westen

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands ist eine neue Währung. Nach dem Scheitern der Vier-Mächte-Regierung bereiten die Westmächte für ihre Zonen eine Währungsreform vor. Mit der Einführung der D-Mark am 21. Juni 1948 werden Löhne, Gehälter und Mieten im Verhältnis 1:1 umgewertet.

Sparguthaben verlieren dagegen an Wert. Durch die neue Währung entfällt auch die Preisbindung. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Marktwirtschaft eingeschlagen. Tatsächlich sind schon am nächsten Tag die Schaufenster mit zum Teil vorher gehorteten Waren prall gefüllt. Der Schwarzmarkt verschwindet spurlos.

### Währungsreform im Osten

Drei Tage später findet auch in der Sowjetischen Besatzungszone eine Währungsreform statt. Da neues Geld noch nicht gedruckt ist, werden die alten Reichsmarkscheine zunächst mit Coupons beklebt. Die Ostdeutschen erhalten 70 Mark sofort ausbezahlt. Da die Zwangsbewirtschaftung aber beibehalten wird, verbessert sich der Lebensstandard nicht spürbar.

### Zwei Wirtschaftsräume

Marshall-Plan-Hilfe und Währungsreform trennen Deutschland in zwei Wirtschaftsräume und sind damit wichtige Schritte zur unterschiedlichen Integration beider Teile nach Westen und Osten.

(ag, reh, mw) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Stand: 03.11.2014

Text: CC BY NC SA 4.0

#### Empfohlene Zitierweise:

Grau, Andreas/Haunhorst, Regina/Würz, Markus: Marshall-Plan und Währungsreform, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,  
URL: <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/doppelte-staatsgruendung/marshall-plan-und-waehrungsreform.html>

Zuletzt besucht am: 29.04.2019

# Zielkonflikt und Zielharmonie

Hier ist bereits angeklungen, dass sich nicht immer alle wirtschaftspolitischen Ziele gleichzeitig erreichen lassen. Wenn sich zwei Ziele bei ihrer Erreichung gegenseitig stören, spricht man von Zielkonflikt. Man kann dieses mit einer Situation auf einer Linie vergleichen. An einem Ende der Linie hat man das eine Ziel zu 100 % erfüllt, am anderen Ende das andere. Wenn man sich nun auf ein Ziel zu bewegt, entfernt man sich zwangsläufig von dem anderen. Bei einem Zielkonflikt ergibt sich die selbe Situation. Zielharmonie bedeutet, dass eine Bewegung auf das eine Ziel gleichzeitig eine Bewegung auf das andere Ziel ist. Beide Ziele sind gleichzeitig erreichbar. Wir wollen uns im folgende Beispiele für Zielkonflikte und Zielharmonien zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen anschauen.

## **Der Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität**

Wir stellen uns eine Situation vor, in der Vollbeschäftigung erreicht ist, und fragen uns, wie sich diese Situation auf das Preisniveau auswirkt. Es wird sich zeigen, dass das Ziel Preisniveaustabilität aus zwei Gründen verletzt sein wird.

Eine Situation mit Vollbeschäftigung gibt den Gewerkschaften eine große Verhandlungsmacht in den Tarifverhandlungen. Sie werden also ziemlich hohe Lohnabschlüsse durchsetzen können. Steigende Löhne führen aber über steigende Kosten der Unternehmen zu steigenden Preisen<sup>[1]</sup>. Gleichzeitig entfalten die vielen Beschäftigten eine große Nachfrage nach Gütern. Wie wir aus dem Abschnitt über den **Gleichgewichtspreis** wissen, führt eine steigende Nachfrage zu steigenden Preisen<sup>[2]</sup>. Aus beiden Argumenten folgt: In einer Situation mit Vollbeschäftigung ist das Ziel Preisniveaustabilität verletzt. Ähnlich kann man in einer Situation mit Unterbeschäftigung argumentieren, wenn der Staat Mittel ergreift, um die Beschäftigung zu erhöhen. Aus den oben genannten Gründen können die Preise stärker anfangen zu steigen.

## **Der Zielkonflikt zwischen außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und Vollbeschäftigung**

Wir stellen uns eine Situation vor, in der die Volkswirtschaft einen Exportüberschuss erwirtschaftet. Ein Abbau dieses Überschusses – also eine Annäherung an das Ziel außenwirtschaftliches Gleichgewicht, z.B. durch Exportsteuern, eine [Aufwertung](#) der Währung oder internationale Vereinbarungen – führt zu sinkender Nachfrage nach inländischen Gütern. Mit sinkender Nachfrage sinkt auch die Produktion und damit die Beschäftigung. Die Annäherung an das Ziel außenwirtschaftliches Gleichgewicht verletzt also das Ziel Vollbeschäftigung.

### **Die Zielharmonie zwischen außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und Preisniveaustabilität**

In der gerade beschriebenen Situation führt eine Annäherung an das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zu einer Senkung der Beschäftigung. Wie wir bereits wissen, besteht zwischen Beschäftigung und Preisniveaustabilität ein Zielkonflikt. Bei sinkender Beschäftigung werden die Preise also stabiler. Somit führt die Annäherung an das außenwirtschaftliche Gleichgewicht in dieser Situation auch zu einer Annäherung an die Preisniveaustabilität. Dies ist eine Zielharmonie.

### **Die Zielharmonie zwischen außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und Vollbeschäftigung**

Zwischen diesen beiden Zielen kann auch Zielharmonie bestehen. Dazu müssen wir nur die Ausgangssituation ändern. Wir gehen von einem Importüberschuss aus. Diesen versucht der Staat – beispielsweise durch eine [Abwertung](#) der Währung, Erhöhung von Zöllen oder Förderung der Exporte – zu beseitigen. Dadurch entsteht zusätzliche Nachfrage nach inländische Gütern mit der Folge, dass die inländische Produktion steigt. Steigende Produktion führt zu steigender Beschäftigung. Beide Ziele können gleichzeitig angestrebt werden. Aus dem oben beschriebenen Zielkonflikt ist eine Zielharmonie geworden ist, weil die Ausgangssituation geändert worden ist.

### **Der Zielkonflikt zwischen außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und Preisniveaustabilität**

In der Situation mit Importüberschuss führt die Zielannäherung an das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zu einer Beschäftigungssteigerung. Dadurch, dass es einen Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität gibt, folgt,



dass die Preise steigen. Die Erreichung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts verletzt also in diesem Beispiel das Ziel Preisniveaustabilität.

### **Der Zielkonflikt zwischen stetigem Wachstum und Vollbeschäftigung**

Damit ein vernünftiges Wachstum erreicht werden kann, muss investiert werden. Investitionen erfordern aber eine entsprechende Spartätigkeit. Vermehrtes Sparen bedeutet aber Konsumverzicht und somit sinkende Nachfrage. Sinkende Nachfrage führt zu sinkender Produktion und Beschäftigung. Daraus folgt wieder eine Zielharmonie zwischen stetigem Wachstum und Preisniveaustabilität.

### **Die Zielharmonie zwischen Vollbeschäftigung und stetigem Wachstum**

Bei Vollbeschäftigung entsteht ein hohes Einkommen, aus dem auch bei geringer Sparquote viel gespart werden kann. Höheres Sparen begünstigt hohe Investitionen. Hohe Investitionen sind ein wichtiger Beitrag zu hohem Wirtschaftswachstum. Somit fällt die Bildung von [Kapital](#) bei Vollbeschäftigung leichter als bei Arbeitslosigkeit.

### **Der Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Umweltschutz**

Hohe Beschäftigung bedeutet hohe Produktion mit einem hohen Ausstoß an Schadstoffen, durch den die Umwelt geschädigt wird.

### **Der Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und Vollbeschäftigung**

Ebenso wird vermutet, dass durch die Einführung von Umweltschutzbestimmungen Arbeitsplätze vernichtet werden, weil Produktion verhindert wird. Allerdings wird oft argumentiert, dass eine frühe Einführung von Umweltschutzbestimmungen der Industrie Wettbewerbsvorteile verschafft, da ausländische Unternehmen erst später nachziehen. Somit würde mittel- oder langfristig Zielharmonie zwischen Umweltschutz und Beschäftigung bestehen.

### **Die Zielharmonie zwischen stetigem Wachstum und gerechter Verteilung**

Die Erreichung hoher Zuwächse in einer Volkswirtschaft erleichtert die staatliche Umverteilung von Geldern. Dann können nämlich Mittel aus den Zuwächsen an die Arbeitnehmer verteilt werden ohne dass die Investitionstätigkeit leidet.

### **Der Zielkonflikt zwischen gerechter Verteilung und stetigem Wachstum**

Hingegen stört in einer Volkswirtschaft ohne großes Wachstum die Umverteilung von Mitteln zu den Arbeitnehmern die Investitionstätigkeit. Damit wird die Grundlage für künftiges Wachstum gestört. Zudem kann durch eine großzügige Umverteilung der Anreiz zur Leistung zerstört werden, was sich auch negativ auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung auswirken kann.

#### **Footnotes** (↩ returns to text)

1. Hier liegt also der Fall einer (angebotsinduzierten) Lohnkosteninflation vor.↩
2. Hier liegt also eine (nachfrageinduzierte) Konsuminflation vor.↩

 5. Mai 2013

 Michael Dröttboom

---

[← Wirtschaftspolitische Ziele](#)

[Der Konjunkturzyklus →](#)

## Schreibe einen Kommentar

Du musst [angemeldet](#) sein, um einen Kommentar abzugeben.

STOLZ PRÄSENTIERT VON WORDPRESS

THEME: ISOLA VON WORDPRESS.COM.

## Abgeordnetenkorruption

### Aus Lobbypedia

Die Geschichte der Gesetzeslage der **Abgeordnetenbestechung** in Deutschland ist gezeichnet von peinlich langen Verzögerungen und großer Kritik von internationaler und nationaler Seite. Auch nach den Neuerungen des Gesetzes (StGB §108c) im September 2014, ist Abgeordnetenbestechung nur unzureichend geregelt. Es ist fraglich, ob strafwürdiges Verhalten mit dem neuen Gesetz in der Praxis besser verfolgt werden kann.

### Inhaltsverzeichnis

- 1 Aktuelle Rechtslage
- 2 Internationale Abkommen
- 3 Internationaler Vergleich
- 4 Forderungen von LobbyControl
- 5 Parteipositionen
- 6 Fälle von Abgeordnetenbestechung
  - 6.1 Reinhard Sommerfeld
  - 6.2 Jürgen Specht und Uwe Clees
  - 6.3 Klaus Heugel und Norbert Rütger
  - 6.4 Christian Köckert
- 7 Weitere Informationen
- 8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus
- 9 Einzelnachweise

### Aktuelle Rechtslage

Im Jahr 1953, also in der ersten Legislaturperiode des Bundestages, wurde das Strafrecht so geändert, dass Abgeordnetenbestechung nicht mehr strafbar war. In den darauf folgenden Legislaturen diskutierte man über die Einführung eines neuen Gesetzes, aber wurde sich nicht einig. In der 12. Legislaturperiode unter Kanzler Helmut Kohl war es dann soweit: Am 12. November 1993 wurde das Abgeordnetenbestechungsgesetz (StGB §108e) verabschiedet.<sup>[1]</sup> Diese wurde allerdings als zu lasch empfunden. Der Bundesgerichtshof bezeichnete 2006 das Antikorruptionsgesetz als "symbolische Gesetzgebung". Er forderte den Gesetzgeber zum Handeln auf, da "weite Teile von als strafwürdig empfundenen Manipulationen" derzeit nicht unter Strafe stünden.<sup>[2]</sup> Nach langjähriger Kritik an seiner Unzulänglichkeit (auch international, siehe Abschnitt "Internationale Abkommen") wurde das Gesetz am 1. September 2014 verschärft.

Nach dem alten Gesetz war der Straftatbestand nur dann erfüllt, wenn Abgeordnete sich für ein bestimmtes Abstimmungs- oder Wahlverhalten im Plenum (oder in Ausschusssitzungen) bezahlen ließen. Wenn aber ein Abgeordneter Geld oder andere Vorteile als Gegenleistung etwa für das Einbringen eines Änderungsantrages annahm, galt das nicht als strafbares Verhalten. Auch wenn ein Abgeordneter seine Stimme bei Abstimmungen etwa in Fraktions- oder Arbeitskreissitzungen verkaufte, konnte strafrechtlich nichts unternommen werden. Ebenfalls straflos blieben sogenannte "Dankeschön-Spenden", d.h. nachträgliche Zuwendungen als "Belohnung" für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten - ein Missstand der auch mit dem neuen Gesetz von 2014 bestehen bleibt.<sup>[3]</sup>

Seit der Neuerung im September 2014 ist der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung wie folgt definiert: *"(1) Wer als Mitglied einer Volksvertretung des Bundes oder der Länder einen ungerechtfertigten Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er bei der Wahrnehmung seines Mandates eine Handlung im Auftrag oder auf Weisung vornehme oder unterlasse, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. (2) Ebenso wird bestraft, wer einem Mitglied einer Volksvertretung des Bundes oder der Länder einen ungerechtfertigten Vorteil für dieses Mitglied oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass es bei der Wahrnehmung seines Mandates eine Handlung im Auftrag oder auf Weisung vornehme oder unterlasse."*<sup>[4]</sup> Zum Vergleich der Wortlaut des Gesetzes vor September 2014: *"Wer es unternimmt, für eine Wahl oder Abstimmung im Europäischen Parlament oder in einer Volksvertretung des Bundes, der Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände eine Stimme zu kaufen oder zu verkaufen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."*<sup>[5]</sup> Seit 2014 ist das Gesetz also weiter gefasst und nicht mehr nur auf Stimmenkauf und -verkauf beschränkt. Der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung bleibt allerdings eng gefasst. Ein strafbares Verhalten soll nur dann vorliegen, wenn der oder die Abgeordnete "im Auftrag oder auf Weisung" handelt. Das ist schwer nachzuweisen. Deswegen steht das Gesetz weiterhin in der Kritik von NGOs wie LobbyControl, Transparency International und Abgeordnetenwatch. Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt an §108e StGB: Sogenannte Dankeschön-Spenden (direkte Spenden an Abgeordnete nach § 44a, Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes) sind nur dann strafbar, wenn nachgewiesen werden kann, dass sie vor der gewünschten Handlung des Mandatsträgers als Gegenleistung vereinbart wurden.<sup>[6][7]</sup>

### Internationale Abkommen

#### Strafrechtskonvention über Korruption des Europarats

Das 1999 erstellte Strafrechtsabkommen des Europarates gegen Korruption gilt seit 2002. Der offiziellen Zusammenfassung des Europarates zufolge zielt es auf die Kriminalisierung einer Vielzahl korrupter Praktiken ab. Es soll die internationale Zusammenarbeit in der strafrechtlichen Verfolgung von Korruption stärken und den Schutz von Whistleblowern sichern. Über seine Durchführung wacht die 'Staatengruppe gegen Korruption': GRECO.<sup>[8]</sup> 2015, 13 Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens haben von den 47 Staaten des Europarats 3 das Abkommen noch immer nicht in nationales Recht umgesetzt (ratifiziert), darunter Deutschland.<sup>[9]</sup> Die Ratifizierung muss aufgrund der nicht ausreichenden Strafgesetze zur Abgeordnetenbestechung und der fehlenden Transparenz bei der

Parteienfinanzierung weiter auf sich warten lassen. Politiker und Medien beklagten bereits 2012 die fehlenden Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung stark. GRECO leitete damals sogar ein Sonderverfahren gegen Deutschland ein - ein außergewöhnlicher Schritt. Die wiederholten Rügen seitens der GRECO haben aber kaum zu Veränderungen geführt.<sup>[10][11]</sup>

### UN-Konvention gegen Korruption

Auch damit die UN-Konvention gegen Korruption zu ratifizieren, ließ sich Deutschland lange Zeit - elf Jahre. Die Konvention wurde 2002 bis 2003 entwickelt und 2003 von einem Großteil der 175 Mitgliedsstaaten unterzeichnet, Ende 2005 trat sie in Kraft. Lange reichte Deutschland - als einziger EU-Staat - sich mit Saudi-Arabien, Sudan, Syrien und Myanmar in die Liste der Staaten ein, die noch nicht ratifiziert hatten. Die unzulängliche Regelung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung verhinderte es, dass Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) ratifizieren konnte. Das führte zu der bemerkenswerten Gegebenheit, dass Unternehmensvertreter die Koalitionsfraktionen dazu aufforderten, endlich die UN-Konvention in nationales Recht umzusetzen: 26 der 30 Dax-Konzerne unterstützten im Jahr 2012 den Appell, der von der Internationalen Handelskammer (ICC) gestartet wurde. Dabei wurde u.a. darauf verwiesen, dass die fehlende Ratifizierung im Kontakt mit ausländischen Geschäftspartnern durchaus zu Problemen führt.<sup>[12]</sup> Nach Beschluss des neuen Gesetzes gegen Abgeordnetenbestechung erfüllte Deutschland die Minimalstandards der UNCAC und konnte so (trotz der Unzulänglichkeit des Gesetzes) am 12. November 2014 endlich die UN-Konvention ratifizieren.<sup>[13]</sup>

## Internationaler Vergleich

Es gibt ganz unterschiedliche Möglichkeiten die Abgeordnetenbestechung im nationalen Strafrecht zu verankern. Das Strafgesetzbuch kann, wie in Deutschland, einen speziellen Tatbestand der Abgeordnetenbestechung aufweisen (z.B.: Griechenland, Finnland und Österreich). Es kann einen Tatbestand beinhalten, der Amtsträger und Abgeordnete explizit gleich behandelt (z.B.: Frankreich). Die rechtliche Definition für einen Amtsträger umfasst explizit auch Abgeordnete (z.B.: USA, Niederlande, Italien, Spanien, Estland, Slowakei und Slowenien), oder die Rechtsprechung legt den Begriff Amtsträger so aus, dass Abgeordnete stets mit einbezogen werden (z.B.: Schweiz und Belgien).<sup>[14]</sup>

In Frankreich werden ernannte Amtsträger und gewählte Abgeordnete im Rahmen der allgemeinen Bestechungsdelikte ausdrücklich gleich behandelt. Nicht nur das Annehmen, sondern auch das Sichversprechenlassen von Zuwendungen unterliegt strafrechtlicher Sanktionierung, wenn es dabei zu einer Beeinträchtigung des Mandats oder einer Einflussnahme kommt. Wichtig ist, dass das französische Recht damit - schon lange vor Deutschland - nicht nur die Stimmabgabe als strafwürdige Gegenleistung ansah, sondern jegliche Handlung, die im Zusammenhang mit der Mandatsausübung steht. In den USA umfasst die weite rechtliche Definition des "public officials" auch Abgeordnete und unterstellt sie somit der generellen Korruptionsstrafbarkeit. Auch hier wird, wie in Frankreich, jede konkrete Amtshandlung unter Strafe gestellt und nicht nur die Abstimmung („being influenced in the performance of any official act“). Darüber hinaus genügt auch eine nachträgliche Vorteilsannahme im Zusammenhang mit einer Tätigkeit des Amtsträgers („for or because of any official act performed or to be performed“). Deutschland stand diesbezüglich bis zur Neuerung des Gesetzes 2014 im Internationalen Vergleich sehr schlecht da.<sup>[15]</sup>

## Forderungen von LobbyControl

Laut LobbyControl muss bei den gesetzlichen Regelungen zur Abgeordnetenbestechung weiter nachgebessert werden.

- Der Straftatbestand muss noch weiter gefasst werden. Dass ein Abgeordneter "im Auftrag oder auf Weisung" handelt wird nur schwer nachzuweisen sein.
- Wenn die Gegenleistung nachträglich geleistet wird ("Dankeschön-Spende"), muss dies ebenfalls strafbar sein.

Weitere zu treffende Maßnahmen, um die Unabhängigkeit der Abgeordneten sicherzustellen:

- Lobbytätigkeiten als Nebenjobs für Abgeordnete müssen ganz verboten werden.
- Eine verbindliche Karenzzeit von drei Jahren für ausscheidende Regierungsmitglieder und hohe Beamte muss eingeführt werden. In dieser Zeit sollen keine Lobbytätigkeiten ausgeführt werden dürfen.

## Parteipositionen

Im Koalitionsvertrag legt sich die aktuelle Große Koalition auf den Satz fest: "Wir werden die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung neu regeln".<sup>[16]</sup> Es ist also durchaus davon auszugehen, dass es eine Neuregelung in der aktuellen Legislatur geben wird. Wie diese aussehen wird, lässt sich aus diesem Satz natürlich nicht ablesen. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hatte LobbyControl die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Auch zum Thema Abgeordnetenbestechung, sollten die Parteien Auskunft geben, was sie nach der Wahl tun werden.<sup>[17]</sup> Deutlich wird, dass sich die jetzigen Koalitionäre in ihren Positionen vor der Wahl doch stark unterschieden haben.

### CDU

Die Union sei für Korruptionsbekämpfung im Sinne der UN-Konvention gegen Korruption. Die Umsetzung der UN-Konvention sei aber juristisch komplex. Das führte dazu, dass die Union in den letzten Jahren keine eigene Initiative zur Umsetzung der UN-Konvention gezeigt hat. Stattdessen verschleppte sie mit der FDP den Beratungsprozess.

### SPD

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt, als sie noch in der Opposition war (Bundestagsdrucksache 17/8613)<sup>[18]</sup>.

### DIE LINKE

Die Linke fordert eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption. Sie hat in der vergangenen Legislaturperiode einen eigenen Gesetzesentwurf dazu eingebracht (Bundestagsdrucksache 17/1412)<sup>[19]</sup> und kündigt an, dies auch künftig zu tun.

### Bündnis 90/Die Grünen

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933)<sup>[20]</sup>.

#### FDP

Die FDP hält die bisherigen Vorschläge zur Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung verfassungsrechtlich für unzureichend. Man möchte sich aber grundsätzlich für eine „verfassungskonforme Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption“ einsetzen. In der vergangenen Legislaturperiode hat die FDP jedenfalls keine Initiative gezeigt, die verfassungsrechtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der UN-Konvention gegen Korruption aktiv anzugehen. Zusammen mit der Union hat die FDP dazu beigetragen, die Beratung verschiedener Gesetzesentwürfe zu verschleppen.

## Fälle von Abgeordnetenbestechung

Wie gezeigt ist der § 108e gegen Abgeordnetenbestechung so eng gefasst, dass seit seiner Verabschiedung 1994 lediglich vier Abgeordnete tatsächlich verurteilt wurden. Nun gilt der Grundsatz: Wo kein Gesetz, da auch kein Richter. Durch die enge Begrenzung des Gesetzes auf Spezialfälle kann in vielen potenziell problematischen Fällen gar nicht ermittelt werden bzw. werden die Ermittlungen schnell wieder eingestellt. Verlässliche Aussagen darüber, wie viele Fälle es mit einem besseren Antikorruptionsgesetz geben würde, lassen sich aber nicht treffen.

### Reinhard Sommerfeld

Dem CDU-Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates im brandenburgischen Neuruppin, Reinhard Sommerfeld, wurde von einer Investitionsgesellschaft ein persönliches Darlehen in Höhe von 100.000 Euro angeboten. Die Stadt sollte im Gegenzug einer Bürgerschaft in Millionenhöhe zustimmen. Sommerfeld ging auf den Deal ein und stimmte im Stadtrat entsprechend ab. Das Gericht sah den Stimmenkauf als gegeben an.<sup>[21]</sup> Sommerfeld wurde im Frühjahr 2007 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Der Neuruppiner Oberstaatsanwalt Frank Winter äußerte sich damals kritisch: "Hätte der Mann das Geld nach der Abstimmung als Dankeschön bekommen, wäre nach dem Gesetz alles in Ordnung gewesen, das kann nicht so bleiben".<sup>[22]</sup>

### Jürgen Specht und Uwe Clees

Im sogenannten Wuppertaler Korruptionsskandal wurden der Stadtrat Specht (SPD) und der Bauunternehmer Clees nach einer längeren Reihe von Gerichtsprozessen 2009 zu Bewährungs- und Geldstrafen in Höhe von 20.000 bzw. 200.000 Euro verurteilt. Clees hatte Specht unter anderem kostenfreie Baudienstleistungen gewährt. Specht machte sich im Gegenzug für Baugenehmigungen stark.<sup>[23]</sup> Der Bundesgerichtshof machte im Jahr 2006 in einem ersten Urteil zu dem Fall seine Kritik an dem bestehenden Gesetz zu Abgeordnetenbestechung deutlich: "In allen anderen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens hat das gewandelte öffentliche Verständnis einer besonderen Sozialschädlichkeit von Korruption zu einer erheblichen Ausweitung der Strafbarkeit von korruptivem Verhalten geführt. Diese Entwicklung ist bislang an dem Tatbestand der Abgeordnetenbestechung vorbeigegangen [...] Indes zeigen gerade Fälle wie der vorliegende, dass die Tatbestandsfassung nicht ausreicht, um alle strafwürdigen korruptiven Verhaltensweisen - insbesondere auf kommunaler Ebene - zu erfassen".<sup>[24]</sup>

### Klaus Heugel und Norbert Rüter

Die beiden Kölner SPD-Kommunalpolitiker wurden 2008 vom Kölner Landgericht zu einem Jahr und neun Monaten bzw. einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung verurteilt. Im Zusammenhang stand das Verfahren mit der Kölner Spenden- oder auch Müllaffäre, in die noch weitere Politiker und Unternehmer verwickelt waren und in der es um den Bau einer Müllverbrennungsanlage in Köln-Niehl ging. Dem Verfahren zugrunde lag eine Spende von 150.000 DM aus dem Jahr 1999, die der Entsorgungsunternehmer Trienekens - im Nachhinein selbst mehrere Male verurteilt - dem damaligen Oberstadtdirektor und Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters Klaus Heugel zukommen ließ. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Spende die Unterstützung einer Teilprivatisierung der Kölner Abfallwirtschaftsbetriebe sichern sollte. Es ging weiterhin davon aus, dass Norbert Rüter als damaliger Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion von Heugel beauftragt wurde die Spenden gezielt zu beschaffen.<sup>[25]</sup>

### Christian Köckert

Der ehemalige Innenminister des Freistaats Thüringen wurde im Januar 2014 wegen Abgeordnetenbestechung zu einem Jahr und drei Monaten auf Bewährung verurteilt. Das Landgericht Meiningen vertrat die Meinung, dass Köckert als ehrenamtlicher Beigeordneter und Stadtrat der Stadt Eisenach Geld von Investoren erhalten hat, um andere Abgeordnete im Sinne der Investoren zu beeinflussen. Konkret handelt es sich um 80.000 Euro, die er im Rahmen von Beraterverträgen erhalten hat. Die eigentliche Leistung bestand aber im Ausnutzen seiner Ämter und seines generellen Einflusses, um den Bau von Windkraftanlagen und eines Elektromarktes zu erleichtern.<sup>[26]</sup>

## Weitere Informationen

- GRECO
- Nebeneinkünfte von Abgeordneten
- Parteienfinanzierung

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



## Einzelnachweise

1. ↑ Zehn Jahre nix passiert, also auch in Zukunft weiter nix? (<http://www.transparency.de/Zehn-Jahre-nix-passiert-also.2415.0.html>), Transparency International Deutschland, 2013, abgerufen am 18.12.2013
2. ↑ Urteil des BGH vom 9. Mai 2006 (5 StR 453/05) (<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=2006-5&Seite=6&n=38616&pos=190&anz=257&Blank=1.pdf>), Bundesgerichtshof (BGH) Website, abgerufen am 18.12.2013

3. ↑ Lobbyreport 2013 (<https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyreport2013.pdf>), LobbyControl, 2013, Seite 37, abgerufen am 18.12.2013
4. ↑ Strafgesetzbuch §108e (Abgeordnetenbestechung) (<http://dejure.org/gesetze/StGB/108e.html>), abgerufen am 07.05.2015
5. ↑ Strafgesetzbuch (StGB), § 108e (Abgeordnetenbestechung) (<http://dejure.org/gesetze/StGB/108e.html>), abgerufen am 18.12.2013
6. ↑ Neues Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung reicht nicht aus (<https://www.lobbycontrol.de/2014/09/neues-gesetz-gegen-abgeordnetenbestechung-reicht-nicht-aus/>), Webseite von Lobbycontrol, gesehen am 07.05.2015
7. ↑ Gesetz zur Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung ([http://www.abgeordnetenwatch.de/gesetz\\_zur\\_strafbarkeit\\_von\\_abgeordnetenbestechung-1105-556.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/gesetz_zur_strafbarkeit_von_abgeordnetenbestechung-1105-556.html)) Webseite von Abgeordnetenwatch, gesehen am 07.05.2015
8. ↑ Europarat zur Strafrechtskonvention über Korruption (<http://conventions.coe.int/Treaty/en/Summaries/Html/173.htm>), gesehen am 07.05.2015
9. ↑ Aktueller Ratifizierungsstatus, Seite des Europarats (<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=173&CM=8&DF=&CL=ENG>), gesehen am 07.05.2015
10. ↑ Kritik des Europarats: Deutschland versagt beim Kampf gegen Korruption (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/maengel-bei-bekaempfung-von-korruption-europarat-ruegt-deutschland-a-869693.html>), Spiegel Online, gesehen am 07.05.2015
11. ↑ Die unendliche Geschichte eines Gesetzes ([http://www.deutschlandradiokultur.de/abgeordnetenbestechung-die-unendliche-geschichte-eines.1001.de.html?dram:article\\_id=317253](http://www.deutschlandradiokultur.de/abgeordnetenbestechung-die-unendliche-geschichte-eines.1001.de.html?dram:article_id=317253)), Deutschlandradio Kultur, gesehen am 07.05.2015]
12. ↑ Streit um Anti-Korruptionsabkommen: Plötzlich Moralapostel (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/korruptionsabkommen-warum-die-wirtschaft-der-politik-moral-predigt-a-849175.html>), Spiegel Online, 09. August 2012, abgerufen am 15.01.2014
13. ↑ Überblick über Signaturen und Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption (<http://www.unodc.org/unodc/en/treaties/CAC/signatories.html>), Seite der United Nations, gesehen am 07.05.2015
14. ↑ Die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung. Wege und Ziele einer Reform des § 108e StGB ([http://www.zis-online.com/dat/artikel/2013\\_1\\_729](http://www.zis-online.com/dat/artikel/2013_1_729)), Elisa Hoven, 2013, Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 8, 1, Seite 34f., abgerufen am 24.01.2014
15. ↑ Die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung. Wege und Ziele einer Reform des § 108e StGB ([http://www.zis-online.com/dat/artikel/2013\\_1\\_729](http://www.zis-online.com/dat/artikel/2013_1_729)), Elisa Hoven, 2013, Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 8, 1, Seite 35, abgerufen am 24.01.2014
16. ↑ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD (<https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/koalitionsvertrag.pdf>), LobbyControl, 2013, Seite 152, abgerufen am 15.01.2014
17. ↑ Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren? (<https://www.lobbycontrol.de/2013/09/wahlpruefsteine-2013/>), LobbyControl Website, abgerufen am 22.11.2013
18. ↑ Deutscher Bundestag Drucksache 17/8613 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/086/1708613.pdf>), abgerufen am 19.12.2013
19. ↑ Deutscher Bundestag Drucksache 17/1412 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701412.pdf>), abgerufen am 19.12.2013
20. ↑ Deutscher Bundestag Drucksache 17/5933 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/059/1705933.pdf>), abgerufen am 19.12.2013
21. ↑ Beeinflusst, nicht bestochen (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-51644676.html>), Der Spiegel 21/2007, abgerufen am 15.01.2014
22. ↑ Beeinflusst, nicht bestochen (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-51644676.html>), Der Spiegel 21/2007, abgerufen am 23.01.2014
23. ↑ Abgeordneten-Bestechung: Urteile bestätigt (<http://www.wz-newsline.de/lokales/wuppertal/abgeordneten-besteuchung-urteile-bestaetigt-1.175403>), Westdeutsche Zeitung Online, 11. August 2010, abgerufen am 23.01.2014
24. ↑ Urteil des BGH vom 9. Mai 2006 (5 StR 453/05), Abs. 52 (<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=2006-5&Seite=6&n=38616&pos=190&anz=257&Blank=1.pdf>), Bundesgerichtshof (BGH) Website, abgerufen am 23.01.2014
25. ↑ Kommunalpolitiker erhalten Bewährungsstrafe (<http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/kommunalpolitiker-erhalten-bewaehrungsstrafe-aid-1.2023366>), Rheinische Post Online, 07. August 2008, abgerufen am 23.01.2014
26. ↑ Ex-Innenminister Köckert erhält Bewährungsstrafen (<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Ex-Innenminister-Koekert-erhaelt-Bewaehrungsstrafe-435535645>), Thüringer Allgemeine Online, 08. Januar 2014, abgerufen am 23.01.2014

Von „<https://lobbypedia.de/index.php?title=Abgeordnetenkorruption&oldid=33671>“

Kategorie: Lobby-Regulierung

Start > Finanzkrise in Griechenland

## Finanzkrise in Griechenland



© European Union, Foto: Mauro Bottaro

Die Griechenland-Krise beschäftigt die Europäische Union seit 2010. Damals war bekannt geworden, dass das Haushaltsdefizit des Landes höher ist als ursprünglich angenommen. Weil Griechenland Teil der Eurozone ist, hatte die Krise Auswirkungen auf ganz Europa. Drei Rettungspakete hatten Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds inzwischen geschnürt, um Griechenland vor dem Bankrott zu bewahren. Doch die Hilfen waren mit strikten Auflagen verbunden: Griechenland soll seine Behörden verschlanken, Staatsbesitz privatisieren, die Steuerhinterziehung reduzieren, das Rentensystem reformieren und die Wirtschaft modernisieren, um die Schulden abbauen zu können. Viele Griechen leiden unter den Einschnitten, die damit verbunden sind. Insgesamt hat Griechenland seit 2010 im Gegenzug für teils umstrittene Reformen Hilfszusagen von mehr als 270 Milliarden Euro erhalten. Der Schuldenstand Athens liegt bis heute immer noch bei fast 180 Prozent der Wirtschaftsleistung. Inzwischen ist das Land wieder auf Wachstumskurs und weist kleine Haushaltsüberschüsse auf. Mit dem Auslaufen des dritten Hilfspakets am 20. August 2018 soll sich Griechenland wieder am Kapitalmarkt finanzieren und braucht dafür das Vertrauen der Anleger.

---

*Nach oben*

## Übersicht

*Einleitung: Griechenland ist noch nicht gerettet*

*Chronik: Der bisherige Verlauf der Griechenland-Krise*

*Tsipras Rücktritt führt zu Neuwahlen am 20. September*

*Drittes Hilfspaket und Reformen auf dem Weg (Juli bis August 2015)*

*Die Rettung Griechenlands vor der Pleite (Juli 2015)*

*Die Folgen des Referendums gegen die Reformvorschläge (Juli 2015)*

*Die Volksabstimmung vom 5. Juli 2015*

*Griechenland am Rande des Bankrotts (Juni 2015)*

*Die ersten Monate der Regierung Tsipras (Januar bis Mai 2015)*

---

*Nach oben*

## Einleitung: Griechenland ist noch nicht gerettet



Griechenland droht eine Staatspleite, andere EU-Länder sind heillos überschuldet, der Euro ist dadurch unter enormen Druck geraten. Griechenland lebt seit Jahren über seine Verhältnisse. Die Griechen haben immer wieder gegen den Euro-Stabilitätspakt verstoßen. Mit geschönten Zahlen schafften sie 2001 die Aufnahme in die Währungsunion. 2011 lag die Gesamtschuldenlast Athens bei rund 350 Milliarden Euro und damit bei 160 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zwei Euro-

Rettungspakete, ein erster Schuldenschnitt sowie drastische Sparmaßnahmen sollten Griechenland vor der Zahlungsunfähigkeit retten - bisher vergeblich. Trotz aller Sparbemühungen stieg der Schuldenstand bis Ende 2017 auf knapp 179 Prozent der Wirtschaftsleistung. Bis heute sehen EU-Vertreter Griechenland nach wie vor an den Märkten schwächeln und den Reformherausforderungen ohne weitere Finanzhilfen nicht gewachsen. Ein drittes Hilfspaket im Umfang von 85 Milliarden Euro für die nächsten drei Jahre sollte Griechenland helfen, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und Reformen umzusetzen.

Nach den gescheiterten Präsidentenwahlen im Dezember 2014 wurden für den 25. Januar 2015 Parlamentswahlen angesetzt. Neuer Ministerpräsident wird Alexis Tsipras mit seinem radikalen Linksbündnis Syriza. Er hatte schon im Vorfeld versprochen, das Sparprogramm zu beenden. Diese Aussicht versetzt die Finanzwelt sowie die EU in Sorge. Es geht um einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Eurozone, den sogenannten „Grexit“ (Greece Euro exit). Also ringen die EU und die neue griechische Regierung um einen Kompromiss, damit weitere Gelder fließen können. Nachdem alle Verhandlungen gescheitert waren, will die Eurogruppe das Rettungsprogramm für Athen nicht verlängern. Griechenland steuert nun auf die Staatspleite zu. Am 5. Juli hat das griechische Volk in einem Referendum gegen die Gläubigerforderungen im Schuldenstreit gestimmt. Am 9. Juli legt die griechische Regierung ein neues Reformpaket vor, das größtenteils den Forderungen der Gläubiger entspricht. Wie



es im Schuldenstreit weitergeht, ist offen. Ohne Einigung droht der Grexit.

Aus eigener Kraft kommt das Land nicht aus der Krise. Internationaler Währungsfond (IWF), Europäische Zentralbank (EZB) und Euro-Länder halfen 2010 mit Krediten in Höhe von 110 Milliarden Euro, da die Zinssätze für griechische Staatsanleihen auf dem Markt unbezahlbar waren. Doch schon 2012 benötigte Hellas weitere Kredite, um seine Gläubiger wie Banken, Versicherungen und Investmentfonds zu bedienen. Mit einem zweiten Rettungspaket in Höhe von weiteren 130 Milliarden Euro und einem Schuldenschnitt von Privatgläubigern in Höhe von 107 Milliarden Euro sollte die Schuldenkrise eingedämmt werden. Mit einem beispiellosen zusätzlichen Hilfspaket für verschuldete Länder in Höhe von bis zu 720 Milliarden Euro wollen EU und IWF Spekulationen gegen die Gemeinschaftswährung Euro verhindern.

Im Mai 2010 hatten die Hellenen mehr als acht Milliarden Euro gebraucht, allein um auslaufende Staatsanleihen zu bedienen. Zu den am Markt verlangten hohen Zinssätzen wäre das ruinös gewesen. Damit blieb den Euroländern, der EZB und dem IWF nur noch die Möglichkeit, Athen mit Milliardensummen - dafür sollte es Reformen geben - aus der Klemme zu helfen oder mit unabsehbaren Risiken bankrott gehen zu lassen.

Solange es keine grundsätzlichen Reformen im Wirtschaftssystem, im Sozialsystem und in der Besteuerung gibt, kommt das Land nicht aus der Krise. Ohne Hilfe der EU, der Euro-Länder, der EZB und des IWF kann sich Griechenland auch in den kommenden Jahren nicht im Euro halten und ohne Reformen des Landes kann es keine Gesundung der Wirtschaft geben. Griechenland braucht dringend Investitionen und Wachstum, schafft es aber seit Jahren nicht, Strukturen zu schaffen, die Rechtssicherheit bieten.

Griechenland war 2010 zahlungsunfähig. Die Ursache liegt in einer Kombination aus Überschuldung, Wirtschaftsschwäche und griechischer Lebensweise, aber auch in einer fehlenden Kontrolle durch die EU.

#### *Ursachen der Krise in Griechenland*

Griechenlands Bevölkerung muss bitter für die Versäumnisse der Vergangenheit zahlen. Eine steigende Staatsverschuldung, hohe Arbeitslosenquoten, besonders bei den Jugendlichen, eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung für weite Bevölkerungsteile und eine zunehmene Verarmung nach zahlreichen Sparpaketen, Lohn- und Rentenkürzungen sowie Steuererhöhungen machen den Menschen das (Über-)Leben schwer. Griechenland kennt keine Sozialhilfe und kein Hartz IV. Arbeitslosengeld gibt es nur für ein Jahr. Eine grundlegende Besserung der Lage ist auch 2018 nicht in Sicht. Immer mehr Griechen wandern aus, weil sie keine Perspektive mehr sehen.

2014 hatte sich die Situation das erste Mal seit Beginn der Krise ein wenig gebessert. Die Arbeitslosenquote sank 2014 leicht auf 26,3 Prozent (Ende 2013 waren es 27 Prozent). Allerdings hat jeder zweite Jugendliche immer noch keine Arbeit (50,2 Prozent). 2013 waren noch knapp 60 Prozent der jungen Menschen ohne Job. Das Wachstum war zunächst nicht nachhaltig: Schon Anfang 2015 schrumpfte das Bruttoinlandprodukt wieder um 0,2 Prozent. 2018 stieg die Wirtschaftsleistung um 1,5 Prozent.

Das griechische Parlament verabschiedete im Dezember 2014 seinen angeblich ersten ausgeglichenen Haushalt seit Jahrzehnten. Allerdings war das Budget nicht mit den Geldgebern abgestimmt. Die Troika-Kontrolleure sahen noch eine Haushaltslücke von

mindestens 2,5 Milliarden Euro und forderten weitere Spar- und Reformmaßnahmen. Das Rettungsprogramm der Europartner für Griechenland wurde zunächst um zwei Monate verlängert.

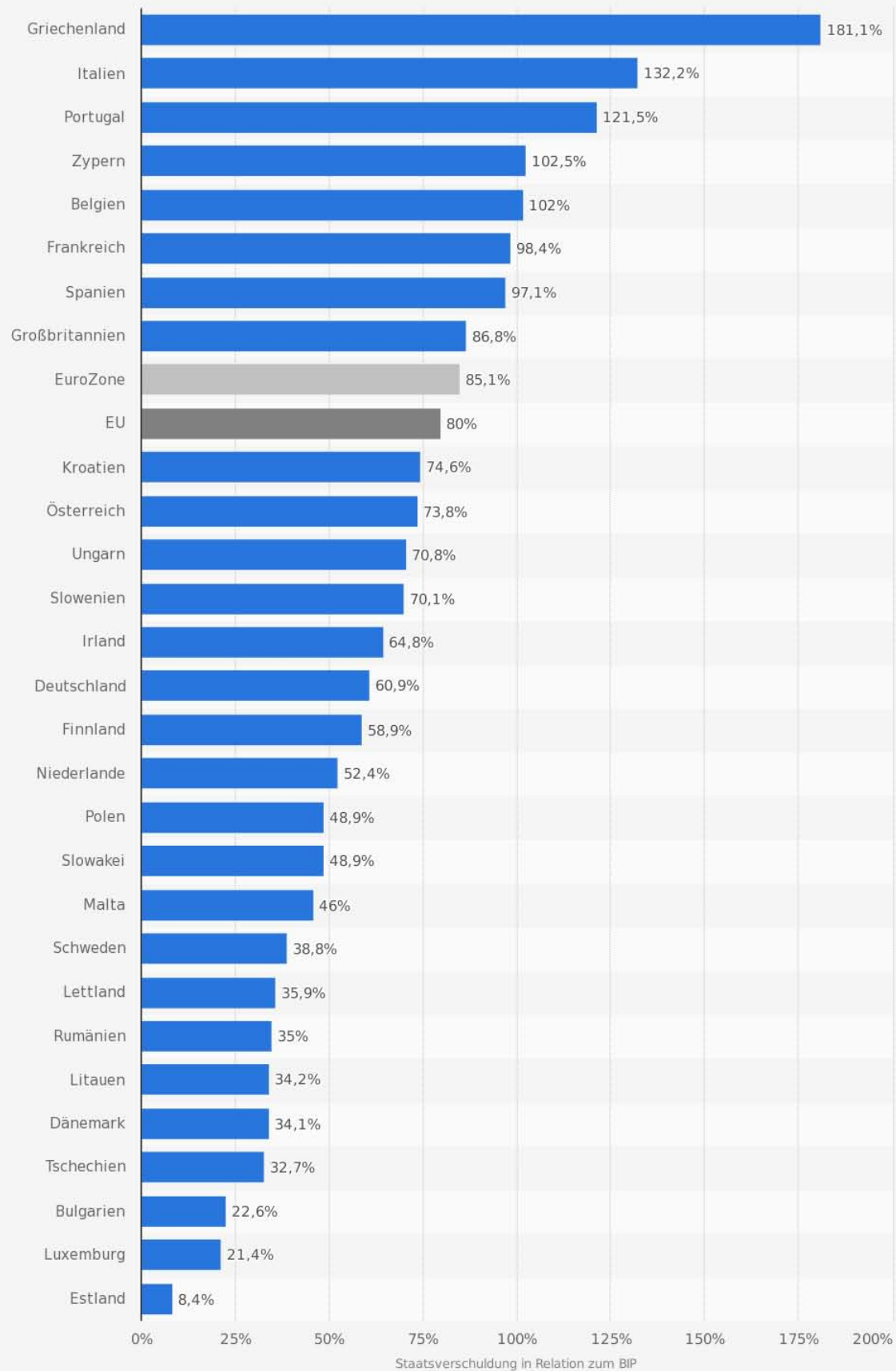
Schon 2015 stand Griechenland erneut vor der Pleite. Nach monatelangen Verhandlungen hatten sich Athen, die EU-Kommission, die Euro-Staaten, die EZB und der IWF am 11. August 2015 auf die Bedingungen für ein drittes Hilfsprogramm geeinigt. Das Hilfspaket umfasste rund 85 Milliarden Euro, im Gegenzug stimmte Griechenland weiteren tiefgreifenden Strukturreformen, Steuererhöhungen, Sparmaßnahmen und Privatisierungen zu. Viele Zusagen bleiben bis heute unerfüllt.

Das Kreditprogramm des Euro-Rettungsschirms ESM endete am 20. August 2018. Das Land verlässt den Rettungsschirm mit Rücklagen von rund 24 Milliarden Euro und kann sich notfalls knapp zwei Jahre lang selbst finanzieren. Das Schuldenproblem Griechenlands ist nicht gelöst, es ist über die langfristige Finanzierung nur auf die lange Bank geschoben worden. Athen wurde eine Verlängerung von Krediten um zehn Jahre sowie die Stundung von Zinsen und Tilgungszahlungen gewährt. ESM-Kredite etwa müssen erst von 2034 an bis 2060 zurückgezahlt werden.

---

*Nach oben*

### Europäische Union: Staatsverschuldung in den Mitgliedsstaaten im 4. Quartal 2018 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)



Mehr Statistiken finden Sie bei *Statista*

## Chronik: Der bisherige Verlauf der Griechenland-Krise

Bei den Parlamentswahlen am 20. September 2015 in Griechenland hat die linke Syriza-Partei 35,5 Prozent der Stimmen erhalten und ist damit erneut stärkste Kraft geworden. Der frühere Ministerpräsident Alexis Tsipras wird deshalb wohl auch der neuen Regierung vorstehen. Tsipras hat angekündigt, die Koalition mit der rechtspopulistischen "Partei der unabhängigen Griechen" (Anel) fortzusetzen, die 3,7 Prozent der Stimmen erhalten hat.

Die konservative Partei Nea Dimokratia mit ihrem Spitzenkandidaten Vangelis Meimarakis hat 28,1 Prozent der Stimmen erhalten. Der Syriza-Vorsitzende Tsipras hatte eine große Koalition mit Nea Dimokratia bereits vor der Wahl ausgeschlossen.

Die rechtsextreme Partei "Goldene Morgenröte", die alle Flüchtlinge aus Griechenland vertreiben will, wurde mit 6,9 Prozent drittstärkste Kraft bei den Parlamentswahlen. Die Syriza-Abspaltung "Volkseinheit" (LAE) ist an der in Griechenland geltenden Drei-Prozent-Hürde gescheitert.

Was der Wahlausgang für den griechischen Reformprozess bedeutet, ist noch unklar. Tsipras hatte im Wahlkampf betont, *das Abkommen mit den Gläubigern einhalten zu wollen*. Das dritte Rettungspaket für Griechenland in Höhe von bis zu 86 Milliarden Euro ist bereits zugesagt worden, die erste Tranche ist bereits überwiesen.

---

*Nach oben*

## Griechenland erfüllt weitere Zusagen - Drittes Hilfspaket

Bei der ersten Zwischenbilanz im April 2016 blieben viele Versprechen Athens unerfüllt. Gläubiger und Griechenland konnten sich nicht auf ein Reformpaket einigen. Seit Monaten war die Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras mit den gegenüber den Geldgebern zugesagten Reformen kaum vorangekommen. Überall im Land wurde gegen die Sparmaßnahmen und die Reformen demonstriert. Athen verhandelte mit seinen Gläubigern wieder über das laufende Hilfsprogramm. Frisches Geld aus dem Hilfspaket sollte es aber nur mit weiteren Reformen geben. Konkret ging es um 5,4 Milliarden Euro, die Griechenland mit Reformen einsparen soll. Dazu zählen Steuererhöhungen, Privatisierungen und eine umfangreiche Rentenreform.

Bis Ende 2016 soll im Staatshaushalt ohne Berücksichtigung der Zinsausgaben ein Primärüberschuss von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht werden, 2015 wurde gerade einmal ein Primärüberschuss von 0,7 Prozent erreicht.

Bedingung für das dritte Hilfspaket war u.a. der Verkauf von griechischem Staatsvermögen im Wert von 50 Milliarden Euro. Bislang haben die Privatisierungen Einnahmen von lediglich 3,5 Milliarden Euro gebracht. 14 griechischen Regionalflughäfen gingen an deutschen Flughafenbetreiber Fraport, der Hafen von Piräus an die chinesische Reederei Cosco. Alle Privatisierungsprojekte für Immobilien sind momentan festgefahren.

Das dritte Rettungsprogramm mit einem Umfang von bis zu 86 Milliarden Euro hatte 2015 begonnen und sollte im August 2018 auslaufen.

Auch die Rentenreform harpte noch des Erfolges. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 wurde zwar bereits per Gesetz beschlossen, eine Entlastung des Staatshaushalts durch die Reduzierung des Defizits im Rentensystem wurde noch nicht erreicht.

Auf der Habenseite konnte die erfolgreiche Rekapitalisierung der Banken verbucht werden. Die Schritte zur Rekapitalisierung wurden wie vereinbart ausgeführt.

Am 8. Mai 2016 wurden von der Regierungsmehrheit im Parlament weitere Rentenkürzungen und Einkommenssteuererhöhungen in Höhe von 3,6 Milliarden Euro gebilligt. Schon am 22. Mai wurden weitere Sparmaßnahmen vom Parlament beschlossen, die rund 1,8 Milliarden Euro in die Staatskasse spülen sollen. Die Mehrwertsteuer für viele Lebensmittel und Getränke soll von 23 auf 24 Prozent steigen, Benzin, Diesel und Heizöl, Strom, Pay-TV, Internet, Zigaretten und Alkohol werden teurer. Besonders umstritten war die "automatische Schuldenbremse", die in Kraft tritt, wenn Griechenland mittelfristig die vorgegebenen Sparziele verfehlt. Künftig wird bei Unterschreitung der vorgegebenen Sparziele ohne Parlamentsbeschluss in allen Ressorts bis auf den Verteidigungshaushalt und das Arbeitslosengeld automatisch gekürzt.

Nun konnte Athen auf die Auszahlung von bis zu elf Milliarden Euro aus dem laufenden Kreditprogramm hoffen. Griechenland erhält im Gegenzug für sein jüngstes Spar- und Reformpaket die nächsten 10,3 Milliarden Euro aus dem Hilfspaket. Das haben die Euro-Finanzminister und Vertreter des Internationalen Währungsfonds am 24. Mai 2016 in Brüssel beschlossen. Zu Schuldenerleichterungen, wie vom IWG gefordert, wird es vorerst nicht kommen. Die Gespräche darüber wurden auf das Jahr 2018 verschoben.

Am 22. Juni 2018 einigte sich die Euro-Gruppe über die letzte Hilfstranche. 2018 erhält Athen eine letzte Zahlung von 15 Milliarden Euro aus dem dritten Hilfsprogramm. Darüber hinaus wurden Schuldenerleichterungen vereinbart. Athen erhält damit zehn Jahre mehr Zeit, die gewährten Kredite zurückzuzahlen. Deren Laufzeit wird dementsprechend verlängert.

---

*Nach oben*

## Tsipras' Rücktritt führt zu Neuwahlen am 20. September

Neuwahlen in Griechenland am 20. September 2015. Am 19. August hatten die Euroländer am Abend die ersten Zahlungen für das neue Hilfspaket freigegeben. Am Tag darauf erklärte der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras seinen Rücktritt und macht damit den Weg für vorgezogene Neuwahlen frei. Wie sich dies auf die Spar- und Reformauflagen für das dritte Hilfspaket auswirken ist noch ungewiss.

- Spiegel Online: *Tsipras' Neuwahl-Plan: Plötzlich Reformer*
- ARD-Tagesschau: *Neuwahlen in Griechenland - Nach dem Rücktritt ist vor der Wahl*
- ZDF-heute.de: *Tsipras leitet mit Rücktritt Parlamentsneuwahl ein*

Nach dem Rücktritt von Alexis Tsipras sind die Versuche eine neue Regierung zu bilden gescheitert. Staatspräsident Pavlopoulos ernannte die Präsidentin des höchsten Gerichtshofes Vasiliki Thanou zur Regierungschefin. Sie hat nun die Aufgabe eine Interimsregierung zu bilden und die Neuwahlen im September 2015 vorzubereiten. Vasiliki Thanou ist die erste Frau, die dieses hohe Amt in der griechischen Regierung ausübt.

*Nach oben*

## Drittes Hilfspaket und Reformen auf dem Weg (Juli bis August 2015)



Plenarsaal Griechisches Parlament, flickr, CC BY-SA 2.0

Ministerpräsident Alexis Tsipras brachte schließlich am 16. Juli 2015 die ersten tiefgreifenden Reformen durch das Griechische Parlament. Die angenommenen Gesetze sehen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, Zusatzabgaben für Freiberufler sowie für Besitzer von Luxusautos, Häusern und Yachten vor sowie einen nahezu vollständigen Stopp aller Frühverrentungen. Die Opposition unterstützte Tsipras' Kurs, doch ein Viertel seiner eigenen Syriza-Fraktion verweigerte ihm die Gefolgschaft. Die Reformen wurden mit 229 von 300 Stimmen gebilligt. 64 Parlamentarier, darunter 38 Syriza-Abgeordnete, verweigerten Tsipras jedoch die Gefolgschaft, sechs enthielten sich. Nun muss sich die Syriza-Partei wahrscheinlich neu aufstellen.

Damit hat die griechische Regierung die erste Auflage der Gläubiger erfüllt. Bis zum 22. Juli musste das Parlament in Athen weiteren Reformgesetzen zustimmen. Am 17. Juli sollte der Deutsche Bundestag in einer Sondersitzung der Aufnahme von Verhandlungen für ein drittes Hilfspaket zustimmen.

Die Europäische Zentralbank erhöhte am 15. Juli die Obergrenze für die Notkredite an griechische Banken für eine Woche um 900 Millionen Euro. Damit können die Griechen auch weiterhin Bargeld aus den Automaten abheben. Zugleich verständigten sich die EU-Finanzminister darauf, Griechenland eine erste Brückenfinanzierung zu gewähren, um fällige Zahlungen an die Gläubiger zu leisten.

Der Bundestag billigte am 17. Juli 2015 neue Verhandlungen mit Griechenland. In der Sondersitzung des Parlaments erteilten die Abgeordneten mehrheitlich der Bundesregierung ein Mandat für Verhandlungen der Geldgeber mit Athen über ein drittes Hilfspaket sowie für eine kurzfristige Brückenfinanzierung.

Von den 598 abgegebenen Stimmen votierten 439 Abgeordnete mit Ja, 119 Abgeordnete stimmten mit Nein, 40 enthielten sich. Bei der namentlichen Abstimmung stimmten 241 Abgeordnete der Union mit Ja ab, 60 mit Nein, fünf enthielten sich. Von den

Sozialdemokraten sprachen sich 175 Abgeordnete dafür aus, vier stimmten dagegen. Die Linke stimmte bei zwei Enthaltungen geschlossen gegen den Antrag der Regierung. Die Grünen votierten mit 23 Ja-Stimmen, zwei stimmten mit Nein, 33 enthielten sich.

Nach einer dreiwöchigen Pause haben die griechischen Banken am 20. Juli ihre Türen wieder geöffnet. Die Griechen können weiterhin aber nur 60 Euro pro Tag abheben oder von kommender Woche an gebündelt bis zu 420 Euro.

Ebenfalls wurden von Athen Verbindlichkeiten in Höhe von 4,2 Milliarden Euro termingerecht an die EZB gezahlt sowie 2,05 Milliarden an den IWF, die seit dem 30. Juni fällig waren. Außerdem zahlte die Regierung einen 500 Millionen-Euro-Kredit an die Notenbank des Landes zurück. Griechenland hatte vergangene Woche eine Brückenfinanzierung in Höhe von 7,16 Milliarden Euro aus dem europäischen Rettungsfonds EFSM (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus) erhalten, also einen weiteren Kredit.

Eine Mehrheit der griechischen Abgeordneten billigte am 23. Juli 2015 weitere Spar- und Reformauflagen der Euro-Länder. 230 der 300 Abgeordneten im griechischen Parlament stimmten in Athen für die Reformen im Bereich der Justiz und der Banken, 63 Parlamentarier waren gegen das Reformpaket, darunter 36 der Regierungspartei Syriza. Es gab 5 Enthaltungen, zwei Abgeordnete waren abwesend. Im Bereich der Justiz wurden Maßnahmen zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren beschlossen. Mit dem neuen Bankengesetz sollen Spareinlagen bis 100.000 Euro gesichert werden. Bei höheren Geldeinlagen sollen die Kontoinhaber ebenso wie Aktionäre einen Teil der Lasten der Sanierung maroder Banken mittragen.

Nach den Reformbeschlüssen in Athen haben die Verhandlungen über milliardenschwere Finanzhilfen für Griechenland begonnen.

Fünf Wochen nach der Zwangsschließung öffnete erstmals wieder die Athener Börse am 3. August. Gleich am ersten Handelstag brachen die Kurse um 23 Prozent ein, der Handel mit Bankenaktien musste nach Verlusten von 30 Prozent ausgesetzt werden.

Nach rund zweiwöchigen Verhandlungen haben sich Athen, die EU-Kommission, die Euro-Staaten, die EZB und der IWF am 11. August 2015 auf die Bedingungen für ein drittes Hilfsprogramm geeinigt. Das Hilfspaket umfasst rund 85 Milliarden Euro, im Gegenzug stimmt Griechenland tiefgreifenden Strukturreformen, Steuererhöhungen, Sparmaßnahmen und Privatisierungen zu. Sowohl das griechische Parlament als auch die Parlamente mehrerer Euro-Länder, darunter der Bundestag, müssen dem Verhandlungsergebnis zustimmen.

Das Parlament in Athen hat am 14. August 2015 nach einer Marathondebatte dem dritten Hilfspaket und den Sparauflagen zugestimmt. Mit Ja stimmten bei der namentlichen Abstimmung 222 von 297 anwesenden Mitgliedern des Parlaments, 64 stimmten mit Nein, darunter 43 Abgeordnete der regierenden Syriza-Partei. 11 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Wieder verfehlte Alexis Tsipras bei der Parlamentsabstimmung die Regierungsmehrheit. Tsipras war erneut auf Stimmen der Opposition angewiesen. Noch am Abend stimmten auch die Finanzminister der Euro-Staaten in Brüssel den Bedingungen für das dritte Hilfspaket für Griechenland zu.

Unklar ist bislang die Beteiligung des IWF am Hilfspaket. Erst bei der nächsten regulären Sitzung des Rats des Fonds im Oktober soll darüber beraten werden. "Die Beteiligung des IWF ist für die Eurogruppe unabdingbar", betonte Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem. Bis zum Herbst soll Griechenland dennoch bereits die erste Tranche in Höhe von 26 Milliarden Euro bekommen.

In der Woche vom 17. bis 21. August stimmten die Parlamente der europäischen Länder dem dritte Hilfspaket für Griechenland zu. Am Montag, 17. August hatten bereits Lettland und Litauen - unter der Bedingung das Athen harte Spar- und Reformschritten einleitet - dem Hilfspaket zugestimmt. Einen Tag später gab Österreich, Estland und Spanien den Weg frei für weitere Finanzmittel an Griechenland.

Am Mittwoch, 19. August folgte nun die Abstimmung im Bundestag. Nach heftigen Debatten stimmten 454 Abgeordneten für das 3. Kredit- und Reformpaket für Athen. Gegenstimmen gab es 113 (davon 63 von Unionsabgeordneten) und 18 Enthaltungen.

Die Zahlungen an Griechenland sind an strenge Spar- und Reformauflagen gebunden.

- Spiegel Online: *Griechenland: Bundestag beschließt drittes Hilfspaket (mit Video: Schäubles Regierungserklärung zur Griechenlandhilfe*
- Spiegel Online: *Griechenlandhilfe: Die Wut der Unionsabweichler in Zahlen*
- ZDF-Liveblog: *Bundestag stimmt Athen-Hilfe zu*
- ARD-Tagesschau: *Bundestag sagt Ja zu Athen-Hilfen*
- FAZ: *Hilfspaket beschlossen – und nun?*

*Nach oben*

## Rettung Griechenlands vor der Pleite (Juli 2015)



Angela Merkel, Alexis Tsipras, Francois Hollande © European Union, 2015

Die 19 Staats- und Regierungschefs der Euroländer haben am 13. Juli 2015 nach einer Marathonsitzung eine Einigung im griechischen Schuldenstreit erreicht, Verhandlungen über ein weiteres Rettungspaket aufzunehmen. Alexis Tsipras musste, um Griechenland im Euro zu halten, einem Reformpaket mit harten Auflagen zustimmen. Dieses umfasst

- eine Rentenreform u.a. mit der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67,
- eine Reform der Mehrwertsteuer mit einer teilweisen Erhöhung auf 23 Prozent, ausgenommen sind Medikamente und Bücher, die weiter bei sechs Prozent liegen,
- die Einrichtung eines Privatisierungsfonds unter europäischer Aufsicht. Die Einnahmen des Fonds sollen genutzt werden, um die Kredite des europäischen Rettungsfonds ESM abzutragen,



- die Entsendung von Fachleuten der "Institutionen" nach Athen, die bei der Erarbeitung und Umsetzung der Reformen helfen,
- die Rücknahme von Gesetzen, wenn sie im Widerspruch zu einem Abkommen mit der Eurogruppe vom Februar 2015 stehen,
- Vorschläge zur Modernisierung der griechischen Verwaltung.

*Euro Summit Statement Brussels, 12 July 2015*

Dafür haben sich die Regierungschefs einstimmig auf ein drei Jahre dauerndes drittes Hilfspaket für Griechenland geeinigt. Es soll ein Volumen von mehr als 80 Milliarden Euro haben. 35 Milliarden Euro Schulden muss Athen in den kommenden drei Jahren an seine Gläubiger zurückzahlen. Mit 25 Milliarden Euro müssen griechische Banken gerettet werden, da Sparer ihre Einlagen in den letzten Monaten abgehoben haben. Zu einem Schuldenschnitt wird es nicht kommen, die Laufzeiten und Zinsen sollen noch einmal angepasst werden.

Die Staats- und Regierungschefs der Euroländer hatten Griechenland bis zum 15. Juli eine Frist gesetzt, bereits einige Reformgesetze im Parlament zu beschließen. In einigen Euroländern wie der Bundesrepublik müssen die Parlamente der Einigung zustimmen. Die Eurogruppe beriet auch über Höhe, Form und Dauer eines Überbrückungskredits für Griechenland, damit Griechenland seine kurzfristigen Schulden beim IWF und der EZB begleichen kann.

---

*Nach oben*

## Die Folgen des Referendums (Juli 2015)

Regierungschef Tsipras hat nun neue Verhandlungen mit den Geldgebern angekündigt. Erste Priorität habe aber die Wiederöffnung der geschlossenen Banken. Athen sei weiter zu Reformen bereit. Dringend notwendig seien Investitionen sowie die Umstrukturierung der Schulden. EU-Ratspräsident Donald Tusk berief einen Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der 19 Euro-Länder für den 7. Juli in Brüssel ein. Zuvor sollen am selben Tag die EU-Finanzminister zusammenkommen.

### Rücktritt von Finanzminister Varoufakis

Wenige Stunden nach dem Sieg des Nein-Lagers beim Referendum in Griechenland kündigt Finanzminister Gianis Varoufakis überraschend seinen Rücktritt an. Auf seinem Internetblog schrieb er, einige Mitglieder der Eurogruppe hätten ihm klar gemacht, dass sie es vorziehen würden, wenn er nicht mehr an ihren Treffen teilnehmen werde. Varoufakis hatte immer wieder mit Provokationen für Schlagzeilen gesorgt, zuletzt warf er den Gläubigern Griechenlands Terrorismus vor.

Varoufakis' Nachfolge übernimmt der als besonnene Intellektuelle geltende Euklidis Tsakalotos. Er hatte zuletzt die Verhandlungen für Griechenland geführt.

### Sondergipfel zu Griechenland am 7. Juli 2015

Auf ihrem Sondergipfel zu Griechenland am 7. Juli beschließen die Euro-Länder, dem vom Staatsbankrott bedrohten Griechenland eine letzte Chance zu geben. Vor einem EU-Gipfel am 12. Juli muss Athen einen neuen Antrag auf ein drittes Hilfsprogramm einreichen und "sehr detaillierte Vorschläge" für Reformen unterbreiten, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Angesichts der dramatischen Lage bereitet sich die EU auch auf ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone vor.

Am 8. Juli stellt Griechenland einen neuen Antrag für Rettungsmilliarden beim Eurorettungsschirm ESM. "Wir haben heute eine Mitteilung an den ESM vorgelegt", sagte der griechische Premier Alexis Tsipras vor dem Europaparlament in Straßburg. Athen beantragt Hilfen in Höhe von 53,5 Milliarden Euro.

Am 9. Juli liefert die griechische Regierung neue Reformvorschläge. 13 Milliarden Euro will Athen in diesem und im kommenden Jahr entweder einsparen oder zusätzlich erwirtschaften. Die neuen Vorschläge der Griechen decken sich weitgehend mit den bisherigen Forderungen der Geldgeber, die im Referendum ja eigentlich abgelehnt wurden.

Kernpunkte der 13-seitigen *Reformliste*, die Griechenland vorgelegt hat sind:

- Die Mehrwertsteuer für Restaurants wird auf 23 Prozent angehoben.
- Für Medikamente, Bücher und Theaterkarten wird der Mehrwertsteuersatz von 6,5 auf 6 Prozent gesenkt werden.
- Die Steuervorteile für die meisten Inseln sollen bis Ende 2016 abgeschafft werden.
- Die Unternehmensteuer soll von 26 auf 28 Prozent erhöht werden.
- Bis 2022 soll das Renteneinstiegalter auf 67 Jahre angehoben werden.
- Sozialrenten soll es nur noch ab 67 Jahren geben
- Die staatlich finanzierte Zusatzrente „Ekas“ soll bis 2019 nur noch beitragsfinanziert sein.
- Rentner sollen künftig 6 statt 4 Prozent in die Krankenversicherung einzahlen.
- Verteidigungsausgaben für 2015 und 2016 werden um 300 Millionen Euro reduziert.
- Steuersünder sollen verfolgt werden. Benzinschmuggel soll entschlossen bekämpft werden.
- Staatsunternehmen sollen privatisiert werden, z.B. die Häfen in Piräus und Thessaloniki und die Bahngesellschaft Trainose

Im Gegenzug hatte die Regierung Hilfen in Höhe von 53,5 Milliarden Euro beantragt, um bis 2018 die Schulden des Landes bedienen zu können.

Das Parlament in Athen billigte in der Nacht zum Samstag die Reformvorschläge. 251 Abgeordnete stimmten für die Spar- und Reformvorschläge 32 votierten dagegen, es gab acht Enthaltungen.

Am 11. und 12. Juli haben die Finanzminister der Eurostaaten über die griechischen Vorschläge beraten, ohne zu einer Vereinbarung zu kommen.

Am 13. Juli lässt Griechenland die Frist für eine weitere fällige Schuldenrate von 455 Millionen Euro beim IWF verstreichen.

---

*Nach oben*

## Die Volksabstimmung am 5. Juli 2015

Die Griechen lehnen die Sparpolitik im Referendum mit klarer Mehrheit ab. Nach Auszählung aller abgegebenen Wahlzettel stimmten 61,31 Prozent mit "Nein" und unterstützten damit den Konfrontationskurs von Ministerpräsident Alexis Tsipras. Nur 38,69 Prozent sprachen sich dafür aus, unter den Konditionen der Geldgeber weiter zu verhandeln, so das Athener Innenministerium. Wie es im Schuldenstreit weitergeht, ist vollkommen offen.

Am 5. Juli 2015 haben die Wahlberechtigten in Griechenland entschieden, ob sie die Vorschläge der Gläubiger zu Reform- und Sparmaßnahmen annehmen oder ablehnen. Nach dem Auslaufen des Hilfspakets existieren die Vorschläge nach Aussagen von IWF-Chefin Christine Lagarde allerdings gar nicht mehr, es müsse neu verhandelt werden.

Die Griechen wollen zwar mehrheitlich im Euro und in der EU bleiben, lehnen aber die Sparpolitik, die Steuererhöhungen und die von den Gläubigern geforderten Reformen ab. Damit stellen sie sich hinter ihren Regierungschef Alexis Tsipras, der empfohlen hat, gegen die Vorschläge der Kreditgeber zu stimmen.

Mit wem die Regierung nach dem Votum gegen die Reformen eigentlich verhandeln will, ist offen, da die Euroländer, die EZB und der IWF die Verhandlungen mit der griechischen Regierung abgebrochen hatten. Nach dem negativen Votum erhebt sich die Frage, warum die Geldgeber von ihren bisherigen Reformvorschlägen abweichen sollten.

Die Frage, die der Bevölkerung vorgelegt wurde, war nur schwer verständlich. Ob die Menschen verstanden haben, was die "Reforms for the Completion of the Current Program and Beyond" (Reformen für die Vollendung des laufenden Programms und darüber hinaus) und "Preliminary Debt Sustainability Analysis" (Vorläufige Schulden tragfähigkeitsanalyse) sind? Die Frage lautete:

„Soll der Plan für eine Vereinbarung, den die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds bei der Eurogruppe vom 15.6. eingebracht haben, akzeptiert werden, der überdies aus zwei Teilen besteht, aus denen sich der einheitliche Vorschlag zusammensetzt: Das erste Dokument trägt den Titel „Reform for the completion of the Current Program and beyond“ (Reform für die Abschließung des laufenden Programms und darüber hinaus) und das zweite „Preliminary Debt Sustainability Analysis“ (Vorläufige Schulden tragfähigkeitsanalyse).	NEIN
	JA

Der Wahlzettel zitiert die englischen Formulierungen aus den Dokumenten der EU. Rechts oben, neben dem Text, steht zuerst das Nein, darunter das Ja.

Erforderlich ist, dass mindestens 40 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben, damit das Quorum erreicht wird. Abstimmungsberechtigt sind insgesamt 9,8 Millionen Menschen.

Ob das Referendum verfassungskonform ist, werden wahrscheinlich Gerichte klären. In Artikel 44 der *griechischen Verfassung* ist festgelegt:

"Der Präsident der Republik kann durch Verordnung eine Volksabstimmung auch über schon verabschiedete Gesetzesentwürfe zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen – außer wenn sie die öffentlichen Finanzen betreffen – anberaumen." Das Oberste Verwaltungsgericht Griechenlands hat am 3. Juli das geplante Referendum für rechtmäßig erklärt.

Website der griechischen Regierung zum Referendum:

[www.referendum2015gov.gr](http://www.referendum2015gov.gr)

---

*Nach oben*

## Der Weg zum Beinahe-Bankrott (Juni 2015)



Mark Rutte, Angela Merkel, Christine Lagarde, IWF, Jean-Claude Juncker, Mario Draghi, EZB, François Hollande, Alexis Tsipras, Mariano Rajoy Brey, (von links nach rechts), Foto: © European Union, 2015

Auf dem Krisengipfel am 22. Juni 2015 in Brüssel wollten die Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten gemeinsam mit Spitzenvertretern des IWF, der EZB und EU-Kommission über die Freigabe der letzten Tranche des 2. Hilfspakets verhandeln. Der Sondergipfel sollte eigentlich eine Einigung bringen. Doch die neuen Reformvorschläge aus Griechenland kamen zu kurzfristig, das Treffen wurde ein Beratungsgipfel ohne Einigung.

#### *Entwurf des letzten Angebots der Geldgeber an Griechenland*

Die neue griechische Reformliste sieht vor, die Mehrwertsteuer im Tourismusbereich zu erhöhen, die meisten Frührenten abzuschaffen und die Reichen des Landes mit einer Sondersteuer zu belegen. Unternehmen, die mehr als 500.000 Euro Gewinn machten, sollen eine Sondergewinnsteuer zahlen. Die Immobiliensteuer soll bestehen bleiben. Die Regierung will die Rüstungsausgaben zudem um 200 Millionen Euro kürzen (Forderung IWF: 400 Millionen). Der Primärüberschuss (Haushaltssaldo ohne Schuldendienst) soll 2015 bei einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. 2016 dann bei zwei Prozent, was so auch von den Gläubigern verlangt wird. Uneinigkeit besteht weiterhin über die Ausgestaltung der Mehrwertsteuererhöhung.

Das Treffen der Finanzminister der Euro-Zone am 24. Juni 2015 wurde ergebnislos beendet. Das reguläre Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU am 25. Juni führte ebenfalls zu keiner Einigung. Alle Hoffnungen für einen Ausweg ruhten auf dem Sondertreffen der Euro-Finanzminister am 27. Juni. "Der Eurogruppe am Samstag kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Denn die Zeit drängt", so Bundeskanzlerin Angela Merkel.?

Griechenlands Premierminister Alexis Tsipras wollte sich den Reformplänen der Euroländer, der EZB und des IWF nicht beugen und zauberte kurz vor dem Treffen der Eurofinanzminister eine Volksabstimmung aus dem Hut. Zudem forderte Athen die Euro-Partner auf, das am 30. Juni auslaufende Hilfsprogramm um einige Wochen zu verlängern. Damit sollte es möglich werden, das für den 5. Juli geplante Referendum abzuwarten.

Damit hatte Tsipras endgültig überzogen: Auf dem Sondertreffen der Euro-Finanzminister am 27. Juni 2015 wurde nach der Ankündigung des griechischen Referendums beschlossen, das Hilfsprogramm für Griechenland über den 30. Juni hinaus nicht mehr zu verlängern. "Das Hilfsprogramm läuft dann ab. Daran können wir nichts ändern", sagte Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem in Brüssel.

Das Parlament in Athen beschloss die Durchführung der Volksabstimmung am 5. Juli. 178 Abgeordnete votierten für das Referendum, 120 dagegen.

Nachdem die Euro-Länder Griechenland nicht mehr unterstützen, musste auch die Europäische Zentralbank handeln. Die EZB hatte die Nothilfen (ELA - Emergency Liquidity Assistance) für griechische Banken verlängert. Der Rahmen dafür wurde allerdings auf dem aktuellen Niveau (90 Mrd. Euro) gehalten, teilte die Notenbank mit.

Dies trifft die Griechen unmittelbar: Da sie in den letzten Monaten Milliardenbeträge von ihren Konten abgehoben haben, reicht das Bargeld nur noch kurze Zeit. Seit dem 29. Juli gelten Kapitalverkehrskontrollen: Überweisungen ins Ausland müssen genehmigt werden. Wegen eines befürchteten Ansturms beunruhigter Sparer bleiben die griechischen Banken geschlossen, an Automaten können Griechen nur noch 60 Euro täglich abheben. Rentner, die keine Bankkarten haben, konnten Geld abheben. Sie bekommen aber nicht mehr als 120 Euro. Aus Sorge vor Kurseinbrüchen bleibt auch die Börse in Athen zunächst geschlossen.

Ministerpräsident Tsipras versuchte in einer Fernsehansprache, die Griechen zu beruhigen: "Geldeinlagen in griechischen Banken sind absolut sicher." Gehälter und Renten seien "garantiert". Ob Athen tatsächlich noch die Mittel hat, Gehälter und Renten zu bezahlen, wird sich in den nächsten Wochen herausstellen.

Selbst wenn sich die Verhandlungspartner doch noch irgendwann einigen werden, fließen Hilfskredite nicht sofort. Nötig ist die Zustimmung der Länderparlamente, z.B. in Deutschland und Finnland. Aber auch in Griechenland muss das Parlament zustimmen.

Griechenland ist faktisch zahlungsunfähig

Am 30. Juni kommt Griechenland seiner über 1,5 Milliarden Euro schweren Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht nach. Das bedeutet: Das schon zwei Mal verlängerte Hilfsprogramm für Griechenland ist auf europäischer Seite ausgelaufen. 7,2 Milliarden Euro daraus sind noch nicht an Griechenland gezahlt worden. Griechenland ist nun das erste EU-Mitglied, das beim IWF Rückstände hat. Damit gilt das Land als zahlungsunfähig. Athen könne nun nur weitere Mittel bekommen, sobald die Rückstände ausgeräumt seien, heißt es von Seiten des IWF.

Der IWF mahnt zunächst Athen. Lässt Griechenland auch den dann angemahnten zweiten Zahlungstichtag verstreichen, wäre das Land offiziell bankrott. In diesem Moment könnten alle Gläubiger ihre Forderungen fällig stellen, u.a. der IWF, die EZB und die Eurogruppe über ihre Fonds EFSF und ESM. Die Forderungen belaufen sich auf 320 Milliarden Euro. Hinzu kommen 90 Milliarden Euro an EZB-Nothilfen für griechische Banken.

---

*Nach oben*

## Die ersten Monate der Regierung Tsipras

Januar bis Mai 2015

Nach der gescheiterten Präsidentenwahl, die Ministerpräsident Samaras im Dezember 2014 vorgezogen hatte, waren für den 25. Januar 2015 Neuwahlen angesetzt. Das radikale Linksbündnis Syriza



Alexis Tsipras Foto: picture alliance/AP  
Photo, Francois Lenoir

mit seinem Chef Alexis Tsipras ging bei diesen Parlamentswahlen als Sieger hervor. Um die absolute Mehrheit zu erreichen, bildet Syriza eine Koalition mit den Rechtspopulisten Unabhängige Griechen. Ein radikaler Richtungswechsel steht für die griechische Politik an. Tsipras will sich dem "Diktat" der Geldgeber nicht länger "unterwerfen". Die Zeit der "desaströsen Sparpolitik" und der Vorgaben der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) sei vorbei, betonte er.

*Parlamentswahlen in Griechenland am 25. Januar 2015*

Kaum im Amt bekräftigte Tsipras seine Forderungen nach einem Schuldenschnitt für Griechenland. Die neue Regierung in Griechenland stoppte noch in ihrer ersten Amtswoche Privatisierungsvorhaben: Nachdem bereits der geplante Verkauf des Hafens von Piräus auf Eis gelegt wurde, sollten auch weitere geplante

Veräußerungen abgebrochen werden.

Die Privatisierung von Staatseigentum gehört zu den Auflagen der internationalen Geldgeber im Gegenzug für die Finanzhilfen an das hoch verschuldete Land. Außerdem will Tsipras entlassene Beamte wieder einstellen sowie Mindestrenten und Mindestlohn wieder aufstocken. Ein klarer Verstoß gegen die bisherigen Vereinbarungen mit der Geldgeber-Troika aus Euroländern, IWF und EZB.

Währenddessen erhöhte die EZB den Druck auf die griechische Regierung. Sie akzeptierte Staatsanleihen des Landes seit dem 11. Februar 2015 nicht mehr als Sicherheit gegen neues Zentralbankgeld. Mit der Entscheidung beendete die EZB eine Sonderregelung für griechische Anleihen, die eigentlich auch bisher schon nicht als Sicherheit ausgereicht hatten. Ihre Entscheidung begründete die EZB damit, dass derzeit nicht mehr mit einem erfolgreichen Abschluss der Überprüfung des Reformprogramms gerechnet werden könne. Die Erfüllung der Reformauflagen ist Bedingung für die Auszahlung weiterer Hilfen an Griechenland.

Am 8. Februar 2015 gab Tsipras seine erste Regierungserklärung im griechischen Parlament ab. Dabei verzichtete er auf einen Schuldenschnitt und machte Zugeständnisse bei Privatisierungen. Allerdings lehnt er eine Verlängerung des laufenden EU-Hilfsprogramms strikt ab. Das „Memorandum“, wie man in Griechenland die Kreditvereinbarungen nennt, sei durch die Entscheidung der Wähler am 25. Januar „abgeschafft“, sagte Tsipras. Er will den Sparkurs beenden und die meisten Reformen zurückdrehen. Damit steuert er auf einen Bruch mit den europäischen Partnern zu – auch wenn er das Gegenteil versichert.

tagesschau.de: *Tsipras gibt Regierungserklärung ab.*

Auf dem EU-Gipfel in Brüssel am 12. Februar 2015 gab Athens neuer Regierungschef Tsipras grünes Licht für eine Expertenmission - wenn auch nicht unter dem Namen "Troika". Die Experten von Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU-Kommission sollen ab sofort prüfen, wie das derzeitige Hilfsprogramm für Athen und die griechischen Pläne vereinbar sind.

Ein Treffen der Euro-Finanzminister am 16. Februar 2015 in Brüssel endete ergebnislos. Auf Vorschlag der Eurogruppe sollte in einem „Zwischenschritt“ die Zeit überbrückt werden, bis beide Seiten „eine Nachfolgevereinbarung“ ausgearbeitet haben. Das Angebot einer „technischen Verlängerung“ wurde von Athen als „unannehmbar“ zurückgewiesen.

Am 20. Februar 2015 einigten sich die Finanzminister der Euroländer in Brüssel auf eine Lösung des Schuldenstreits. Athen soll rund 18 Milliarden Euro erhalten, um seine Verpflichtungen bis Ende Juni zu erfüllen und damit die Staatspleite vorerst abzuwenden. Die Summe setzt sich aus der letzten Tranche des 2. Hilfspakets, Gewinnen der EZB und weiteren Mitteln aus der Kasse der EZB zusammen.

Griechenland verpflichtete sich, einen detaillierten Reformkatalog für die kommenden Monate zu erstellen. Athen hatte zudem zugesagt, Reformen nicht ohne Absprache zurückzunehmen und keine Maßnahmen zu ergreifen, die die finanzielle Stabilität des Landes gefährden. Damit der Kompromiss in Kraft treten kann, mussten bis zum 28. Februar 2015 das EU-Parlament sowie die nationalen Parlamente der Euro-Länder zustimmen. Die viermonatige Schonfrist soll genutzt werden, um ein neues Abkommen auszuhandeln. Ein Großteil der Reformverpflichtungen sollen verbindlich bleiben.

Tagesschau.de: *Die Beschlüsse und die Bedingungen*

Spiegel.de: *Das ist der Stand der Dinge.*

Am 24. Februar 2015 segnete die Eurogruppe die neuen Reformvorschläge aus Athen ab. Damit sollte die Verlängerung des Hilfsprogramms nur noch Formsache sein. Dann mussten noch nationale Parlamente der Einigung zustimmen, darunter der deutsche Bundestag. Obwohl es auch Vorbehalte gegen eine Verlängerung des Hilfsprogramms gibt, galt ein "Ja" als Formsache.

sueddeutsche.de: *Griechenlands Reformliste im Wortlaut*

Der Bundestag billigte am 27. Februar 2015 eine Verlängerung des Hilfspakets für Griechenland mit großer Mehrheit. Damit war aus Sicht der Eurogruppe die Voraussetzung dafür erfüllt, das am 28. Februar auslaufende Hilfsprogramm bis Ende Juni zu verlängern. Die Reformliste sei aber lediglich ein geeigneter "Startpunkt", um das Programm erfolgreich abzuschließen, erklärten die Eurostaaten, die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds. Die Regierung in Athen sollte die Liste weiter ausbauen.

Griechenland zahlte am 16. März 2015 weitere 588 Millionen Euro an den IWF zurück. Weil im März aber insgesamt 6,85 Milliarden Euro fällig wurden, blieben Experten und Politiker um die Liquidität des Landes besorgt. Regierungschef Tsipras pochte trotz Zeitdrucks auf eine Einigung mit den Europartnern, den Sparkurs zu lockern.

Kanzlerin Angela Merkel und Athens Regierungschef Alexis Tsipras hatten sich am 23. März 2015 beim Antrittsbesuch von Tsipras in Berlin zu einem Neustart des belasteten deutsch-griechischen Verhältnisses bekannt.

Griechenland wollte zum 30. März konkrete Reformpläne vorlegen.

Athen stand wieder vor der Herausforderung, das aktuelle Liquiditätsproblem seines Landes zu lösen. Anfang April musste Athen einen Kredit in Höhe von 460 Millionen Euro an den IWF zurückzahlen. Mitte April stand eine Refinanzierung kurzfristiger Staatsanleihen von 2,4 Milliarden Euro an. Die Kanzlerin machte deutlich, dass nicht in Berlin, sondern in Brüssel darüber entschieden wird, ob Tsipras' Reformpläne als Gegenleistung für die Hilfsmilliarden ausreichen. Tsipras wil mit Steuererhöhungen, Privatisierungen sowie Nachzahlungen von Steuersündern in Athen den Etat aufbessern.

Die am 27. März 2015 vorgelegte Reformliste stieß bei den Prüfern der Geldgeber auf Skepsis. Viele Vorschläge seien nicht konkret genug. Die meisten Vorschläge Athens zielen darauf ab, die Einnahmen zu erhöhen. Die Ausgaben Griechenlands sollen aber nicht weiter reduziert, sondern für soziale Maßnahmen oder Wiedereinstellungen im Öffentlichen Dienst erhöht werden. Notwendige Reformen in den überlasteten Renten- und Pensionskassen seien nicht vorgesehen.

Am 9. April 2015 zahlte Griechenland 458 Millionen an den Internationalen Währungsfonds zurück.

22. April 2015: Die Regierung in Athen bekommt zwei Monate mehr Zeit zur Verabschiedung ihrer Reformliste. Die im Februar vereinbarte Vorgabe, bis Ende April eine umfassende Aufstellung zu den Athener Reformplänen zu haben, sei nur noch äußerst schwierig einzuhalten, hieß es aus Brüssel. Wichtiger sei eine weitere, bis zum 30. Juni laufende Frist – dann endet die viermonatige Verlängerung des griechischen Hilfsprogramms. Ohne eine Verständigung auf die Reformliste können die derzeit blockierten 7,2 Milliarden Euro Hilfskredite nicht fließen.

Am 11. Mai 2015 hatte die griechische Regierung ihre Tilgungszahlungen von 756 Millionen Euro pünktlich an den Internationalen Währungsfonds (IWF) überwiesen. Im Vorfeld war nicht klar gewesen, ob die Griechen diese Zahlung leisten können. Im Juni werden erneut insgesamt 1,6 Milliarden Euro fällig. Diese vier fälligen Raten an den Internationalen Währungsfonds (IWF) will Griechenland Ende Juni gebündelt zahlen. Das teilte der IWF in Washington mit.

---

*Nach oben*

---



## Ursachen der Krise

Für die Finanzkrise in Griechenland gibt es eine Vielzahl von Ursachen, die einander gegenseitig verstärken: Die Griechen haben sich, finanziert über Schulden, einen Lebensstandard geleistet, der über ihrer Produktivität liegt. Griechenlands Staatsapparat ist aufgebläht, das Steuersystem ist marode, Steuerhinterziehung, Korruption, Sozialbetrug und Schattenwirtschaft blühen. Jetzt schwächelt die Wirtschaft, die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu, Griechenland ist zahlungsunfähig und auf internationale Hilfe angewiesen.

*Mehr über die Ursachen der Krise*

---

## Ausweg aus der Staatsverschuldung

Die Griechen haben in den vergangenen Jahrzehnten Rekordschulden angehäuft. Lange Zeit wurden die Zahlen offenbar gezielt verschleiert. Erst im Herbst 2010 wurde bekannt, dass das Defizit 2009 nicht bei 3,7 Prozent, sondern bei 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen werde. Erfahren Sie mehr über die Dimensionen der griechischen Krise, Maßnahmen gegen die Verschuldung und Zukunftsszenarien vom "Grexit" bis hin zu anderen



Start > Ursachen der Krise in Griechenland

## Ursachen der Krise in Griechenland



Parlament Athen, Foto: A.Savin, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Der Euro-Raum ist schnell gewachsen. Er startete 1999 mit 11 Ländern, seit dem 1. Januar 2015 sind es bereits 19. Neben Griechenland leiden auch die Euro-Länder Portugal, Spanien, Irland und Italien ebenfalls akut unter großen Defiziten. Selbst die Wirtschaft in Frankreich schwächelt, der Schuldenberg wuchs 2015 auf den Rekordwert von 95,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an.

Aber nicht nur die Euroländer leben über ihre Verhältnisse. Das Haushaltsdefizit 2010 von Großbritannien hatte z.B. die Größenordnung Griechenlands. Das Defizit der USA lag ebenfalls bei über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden die Regierungen weltweit gedrängt, Schulden zu machen, um der Rezession entgegenzuwirken. Die Summen konnten gar nicht hoch genug sein. Dabei waren die Folgen klar: Eine dramatische Erhöhung der öffentlichen Verschuldung. Griechenland war davon nach Irland unmittelbar nach der Lehman-Pleite am stärksten betroffen.

Die Staatsverschuldung von Griechenland hat sich vor allem seit 2008 stark erhöht und betrug 2016 rund 315 Milliarden Euro. Die Staatsschuldenquote stieg im gleichen Zeitraum von 109 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 179 Prozent. Griechenland steht damit auf Rang zwei der Länder mit der höchsten Staatsverschuldung weltweit, nur Japan ist noch stärker verschuldet. Die Gründe dafür sind vielfältig:

### Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Griechenland hat seinen immensen Wohlstandszuwachs seit 1990 auf einem riesigen Schuldenberg aufgebaut. Athen hatte sich, im Gegensatz zu anderen hochverschuldeten Ländern, überwiegend für Konsum und nicht für Investitionen verschuldet. Bis zur Wirtschaftskrise hatte sich das Pro-Kopf-Einkommen des Landes fast verdreifacht (Quelle

Weltbank). Die Lohnstückkosten waren in den letzten Jahren enorm gestiegen. Die Griechen haben sich einen Lebensstandard geleistet, der über ihrer Produktivität liegt, obwohl sie länger arbeiten, als z.B. Deutsche. Um bei den Lohnstückkosten auf das deutsche Niveau zu kommen, müssten die Griechen die Löhne um 25 Prozent reduzieren. Griechenland hatte dadurch seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren. Durch eine sehr großzügige Ausgabenpolitik hatte Griechenland das lange überdeckt. Über Lohnerhöhungen im Staatssektor wurde zum Beispiel der private Konsum stimuliert. Dank der Vetternwirtschaft früherer Regierungen arbeiten über ein Viertel der griechischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Exporte Griechenlands bei Waren und Dienstleistungen beliefen sich 2013 nur auf 12,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Deutschland 42,8 Prozent). Das ist der geringste Wert aller EU-Staaten. Der EU-Durchschnitt liegt bei 33,6 Prozent. Dafür waren die Importe mehr als doppelt so hoch wie die Exporte.

#### Steuerhinterziehung

Steuerhinterziehung hat sich in Griechenland zu einem konstanten und ständig wachsenden Phänomen entwickelt, mit verheerenden Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen. Die Steuermoral ist eine der großen Krankheiten des Landes, die Steuerhinterziehung ist ein Volkssport der Griechen. Milliardenbeträge wurden ins Ausland transferiert.

Die Abgabenquote, d.h. die Summe aller Steuern und Sozialbeiträge im Verhältnis zum BIP stieg in den Euro-Ländern im Jahr 2012 auf 40,4 Prozent des BIP, in Griechenland lag sie 2012 bei 33,7 Prozent (Quelle eurostat 16.06.2014).

Vor allem Selbständige wie Ärzte oder Anwälte rechneten sich bei ihren Steuererklärungen arm, Taxifahrer, Handwerker oder Gärtner gaben ungern Quittungen. 2011 sind in Griechenland etwa geschätzte 30 Milliarden Euro hinterzogen worden. Die rechtskräftigen Steuerschulden sind in Griechenland Anfang 2016 auf den historischen Rekordstand von 85 Milliarden Euro gestiegen, etwa die Hälfte der derzeitigen griechischen Wirtschaftsleistung. 6.000 juristischen Personen wie Aktiengesellschaften und GmbHs stehen beim Fiskus mit weiteren 30 Milliarden Euro in der Kreide. So haben alleine die Griechischen Staatsbahnen (OSE) rund 1,6 Milliarden Euro Steuerschulden.

Keine Regierung hat es bisher geschafft, die Steuerhinterziehung effektiv zu bekämpfen.

#### Finanzen

Jahrelang gab es nur mangelhafte Statistiken, die von Athen auch noch systematisch frisiert wurden. Das hängt auch mit den innergriechischen Strukturen zusammen. Ein großes Problem ist, dass die Regierung ihre Finanzen nicht im Griff hat. Es gelingt ihr nicht, Einnahmen und Ausgaben richtig zu planen, zu überwachen und vorherzusagen. Bis heute gibt es keine funktionierenden Finanzbehörden.

Über Nacht zeigte sich, dass das griechische Haushaltsdefizit nicht ein-, sondern zweistellig ist und 2009 bei über 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag. Das hat damit zu tun, dass der Vollzug des Haushalts bislang nicht wirklich überwacht wurde - weder von griechischen noch von externen Institutionen wie Eurostat oder der EU-Kommission. Noch immer weiß kein Außenstehender, wie prekär die Lage wirklich ist.

#### Korruption

Dazu kommt die Korruption: Sie ist in Griechenland allgegenwärtig. Beim Arzt, im Krankenhaus, auf dem Bauamt, in der Fahrprüfung: Oft kommt man nur mit "Fakelaki", ein "Umschläglein" voller Geldscheine weiter. 13,5 Prozent der Griechen haben in einer Umfrage

offen eingeräumt, Fakelaki zu zahlen, rund 1.450 Euro im Jahr. Oft erleichtert die Korruption den Bürgern das Leben im Kleinen - doch gleichzeitig hat sie mit dazu beigetragen, das Land als Ganzes in den Ruin zu treiben.

Problematisch ist die Korruption für die Gesellschaft als ganze: Wie soll sich eine Volkswirtschaft stabil entwickeln, wenn jeder einzelne Akteur immer wieder auf das Wohlwollen anderer Menschen angewiesen und ihrer Willkür ausgeliefert ist? Wie soll sich der marode Staat sanieren, wenn er sich auf seine Finanzbeamten nicht verlassen kann und die Steuern nicht eintreibt?

Die schlechte Bezahlung - der griechische Durchschnittslohn beträgt 1.600 Euro - mag ein Grund sein, warum sich so viele bestechen lassen. Ein anderer ist der Mangel an positiven Vorbildern: Warum sollte dem kleinen Mann verwehrt sein, was in der großen Politik und Wirtschaft Griechenlands gang und gäbe ist?

In ihrem Bericht von 2012 stellt "Transparency International" fest, dass Griechenland beim Korruptionsindex (*Corruption Perception Index, CPI*) auf Platz 94 von insgesamt 174 Ländern abgerutscht ist und damit innerhalb der EU-Länder den letzten Platz einnimmt, d.h. Griechenland hat die höchste Korruptionsrate in der EU.

#### Vetternwirtschaft

Die Einstellungspolitik im öffentlichen Sektor mittels der Partei- oder Günstlingsnetze bleibt der größte Skandal der modernen griechischen Geschichte. Die Familien Papandreou, Karamanlis und Mitsotakis regierten in Griechenland, von einer siebenjährigen Militärregierung unterbrochen, seit dem Ende des 2. Weltkriegs. Sie haben Griechenland mit einem dicht geknüpften Netz von Patronage und Vetternwirtschaft überzogen.

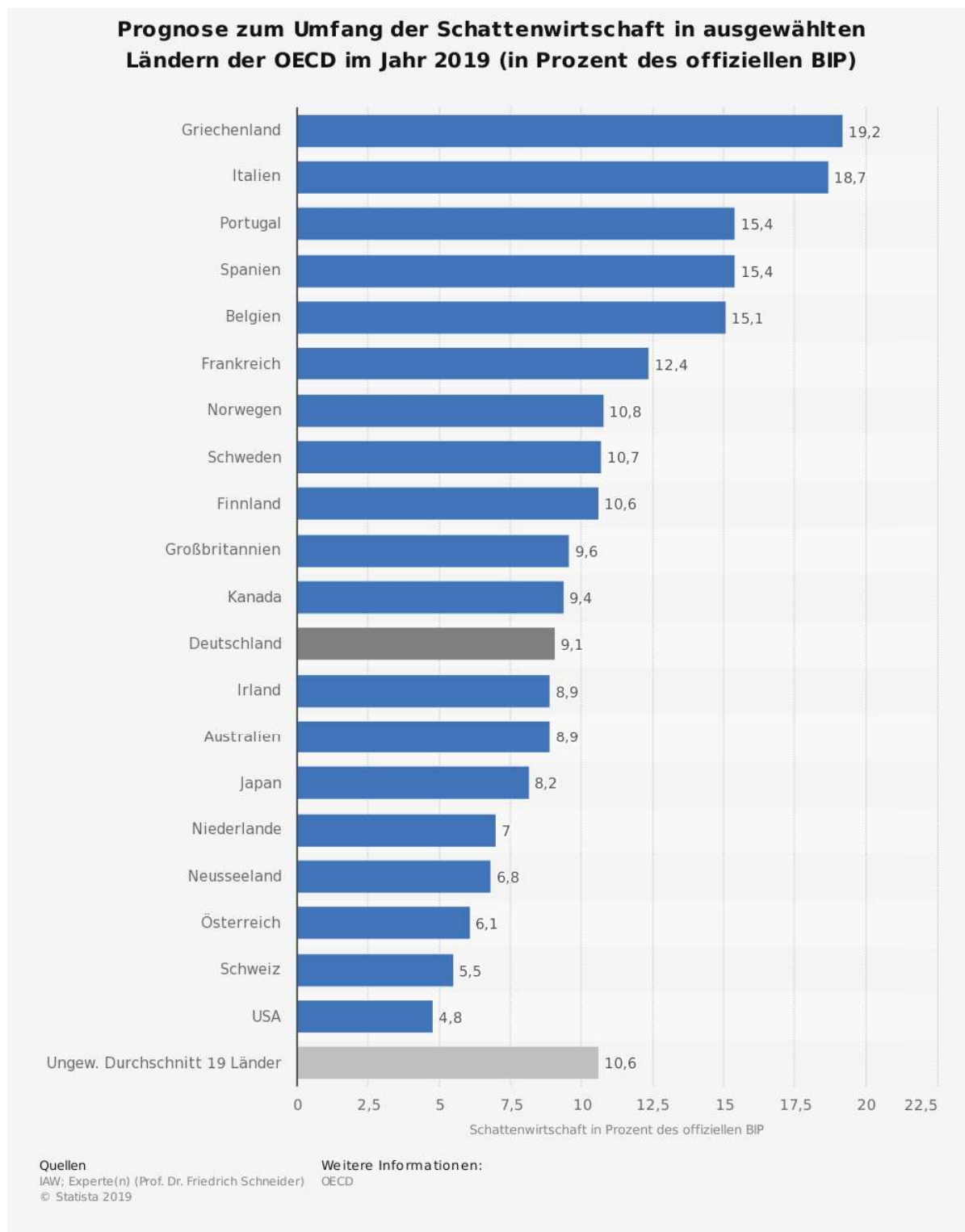
Jahrzehntelang wurden Parteigänger in Griechenland mit Beamtenposten belohnt. Unter dem Stichwort "Rousfeti" (Gefälligkeit) versorgten Abgeordnete, Bürgermeister, Präfekten und Gemeindevorsteher ihre Wahlhelfer mit Arbeitsstellen inklusive Frührentengarantie.

Nicht Leistung sondern Loyalität war das Kriterium bei Einstellungen. Das Ergebnis ist ein übermäßig aufgeblähter öffentlicher Dienst, der Dank Inkompetenz jeden wirtschaftlichen Aufschwungsversuch wirksam abwürgt und jede Reform zunichte macht. Das griechische Bürokratiemonster, das den griechischen Etat über Gebühr belastet und das chronisch ineffektiv ist, beschert dem Land zudem eine gigantische Verschwendung von Haushaltsmitteln.

Der durch Vetternwirtschaft aufgeblähte öffentliche Dienst in Griechenland ist ein riesiges Problem: Ein Viertel aller Beschäftigten, etwa eine Million Menschen, arbeitet beim Staat, in Deutschland jeder siebte (Quelle: Auswärtiges Amt). Die Zahl von Personen in Führungspositionen in den Ämtern ist dabei auch noch unverhältnismäßig groß und ineffektiv im Verhältnis zu den unter ihrer Aufsicht arbeitenden Personen. Damit der Staat überhaupt funktionieren kann, mussten oft weitere Bedienstete eingestellt werden.

#### Schattenwirtschaft

In Griechenland boomt die Schattenwirtschaft. Jeder vierte Euro wird schwarz erwirtschaftet. Das ist ein europäischer Spitzenwert. Geschätzt gehen dem griechischen Staat so jährlich mehr als 30 Milliarden Euro Steuereinnahmen flöten. Wegen des Benzinschmuggels verliert Griechenlands Staatskasse ein Vermögen durch illegalen Kraftstoffhandel und Spritpanscherei. Selbst für das Jahr 2018 wird noch immer ein Umfang der Schattenwirtschaft in Griechenland von 21 Prozent des offiziellen Bruttoinlandsprodukts prognostiziert (*Statista 2018*).



Mehr Statistiken finden Sie bei *Statista*

### Sozialpolitik

Weiterhin werden griechische Rentnerinnen und Rentner in einem Rentensystem versorgt, welches sich Athen ohne zusätzliche Schulden nicht leisten kann. Insgesamt gibt Griechenland 17,5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Renten aus, das ist mehr als die 13,2 Prozent, die EU-Staaten durchschnittlich ausgeben (Quelle: Eurostat 2014). Im Zuge der Sparprogramme der letzten Jahre wurden viele öffentlich Bedienstete nicht entlassen,

sondern in Rente geschickt. In Griechenland liegt die Durchschnittsrente bei 960 Euro, was 63 Prozent des Durchschnittseinkommens entspricht. In Deutschland z.B. lag die Durchschnittsrente im Westen Ende 2013 bei 734 Euro und im Osten bei 896 Euro.

### Spekulation

Tatsächlich macht Griechenland gerade einmal 2,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Eurozone aus. Zwar hat Athen massive Schulden angehäuft, bei der Aufnahme in den Euro-Club getrickst und die Statistiker der europäischen Behörde Eurostat seit Jahren an der Nase herum geführt. Doch verschärft wurde die Krise durch Spekulanten, die die Situation nutzten, um gegen Griechenland und gegen den Euro zu spekulieren. Dabei trieben sie die Kosten für die Aufnahme neuer Kredite an den Finanzmärkten dermaßen in die Höhe, dass Griechenland die Waffen strecken musste.

Über neun Prozent Rendite musste Griechenland 2010 Anlegern bieten, damit Athen seine Staatsanleihen los wurde. Zwei Jahre zuvor waren es noch rund sieben Prozent. Jeder Prozentpunkt, den Griechenland mehr an Zinsen zahlen muss, um Geld an den Kapitalmärkten aufzunehmen, verschärft die angespannte Finanzsituation weiter. Doch kaum ein Investor leiht den Griechen nach der Einstufung "Ramsch" durch die Ratingagenturen noch Geld und wenn nur noch gegen exorbitante Zinsen.

Spekulation ist zwar ein Teil der Marktwirtschaft. Die Situation beförderte aber Übertreibungen. Deshalb verstärkten die Spekulanten auch die Prozesse, die auf eine Pleite Griechenlands setzten. Mit gut 30 Milliarden Euro hatten sich allein Deutschlands Banken - darunter die verstaatlichte Hypo Real Estate, die WestLB und die Commerzbank - in Griechenland engagiert.

Deutsche Banken, Versicherer und Industriefirmen wollten sich zunächst mit freiwilligen Hilfen in Höhe von 8 Milliarden an einem Rettungspaket für Griechenland beteiligen, indem sie z.B. griechische Staatsanleihen kaufen. Ein Beitrag der Banken zu dem Hilfspaket wäre der Bundesregierung entgegen gekommen. Sowohl Union und FDP als auch die Opposition forderten eine Beteiligung der Banken an der Griechenland-Hilfe. Die Idee war, dass Griechenland nicht von den Finanzmärkten abgeschnitten wird, sondern sich zu einem kleinen Teil weiter bei privaten Gläubigern verschuldet. Dazu war es allerdings notwendig, dass diese Geldgeber Kapital zu einem ähnlich günstigen Zins zur Verfügung stellen wie die Euro-Zone und der Währungsfonds - also zu rund fünf Prozent. Auf dem freien Markt muss Griechenland zur Zeit 16 Prozent Zinsen für Anleihen bezahlen. Nicht nur dem Steuerzahler sollten die erheblichen Risiken der Griechenland-Kredite aufgebürdet werden, auch die Finanzindustrie, die in den vergangenen Jahren prächtig verdient hatte, sollten ihren Solidarbeitrag leisten.

Die privaten Gläubiger Griechenlands hatten am 9. März 2012 dem Forderungsverzicht zugestimmt und damit den Weg für das zweite Rettungspaket freigemacht. Banken, Fondsgesellschaften und Versicherer hatten nominal auf 53,5 Prozent ihrer ursprünglichen Forderungen verzichtet und Athen damit 107 Milliarden Euro Schulden erlassen.

---

*Nach oben*

## Der Weg in den Schuldenstaat

Auf der Suche nach den Ursachen der Krise muss man weit zurückgehen. Ein Schicksalsjahr der Griechen war 1967, das Jahr des Obristenputsches. Griechenland blieb gefangen im Korsett der Militärdiktatur. Den sieben verlorenen Jahren der Obristenherrschaft verdankt das Land auch sein antiquiertes Bildungssystem, das heute einer der Gründe für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft ist.

Die Zeitrechnung eines souveränen, demokratischen Staatswesens in Griechenland beginnt erst 1975. Seitdem sind zwar schon 40 Jahre vergangen - doch in dieser Zeit gelang es nicht, das alte System zu überwinden. Im Gegenteil: Es ist nach wie vor für den überdimensionierten Staatsapparat, die ineffektive Verwaltung und das Versenden öffentlicher Gelder verantwortlich. Der durch Vetternwirtschaft aufgeblähte öffentliche Dienst in Griechenland ist ein riesiges Problem: Ein Viertel aller Beschäftigten, etwa eine Million Menschen, arbeitet beim Staat, in Deutschland jeder siebte (Quelle: Auswärtiges Amt). Die Zahl von Personen in Führungspositionen in den Ämtern ist dabei auch noch unverhältnismäßig groß und ineffektiv im Verhältnis zu den unter ihrer Aufsicht arbeitenden Personen.

Schon kurz nach dem Ende der Militärjunta beantragte der konservative Premier Konstantin Karamanlis in Brüssel 1975 Griechenlands Aufnahme in die damalige Europäische Gemeinschaft (EG). Doch die EG-Kommission riet im Januar 1976 von einer schnellen Aufnahme ab: Griechenlands landwirtschaftlich geprägte Wirtschaft sei nicht konkurrenzfähig, Inflation, Arbeitslosigkeit und Handelsdefizit seien problematisch hoch. Am 9. Februar 1976 stimmte der Ministerrat der damals neun EG-Länder dennoch zu, mit den Griechen über den Beitritt zu verhandeln. Athens Versprechen, Ordnung in die eigenen Staatsfinanzen zu bringen, blieb aber auch nach dem formellen Beitritt zur EG 1981 unerfüllt.

1981 kam der Sozialist Andreas Papandreou an die Macht. Er sprach sich zunächst gegen eine Mitgliedschaft in der EG aus. Papandreou erkannte aber schnell die Vorzüge der EG als lukrative Geldquelle. Vor allem mit den Überweisungen aus Brüssel finanzierte Papandreou in den 80er-Jahren seine sozialen Wohltaten - und mit immer neuen Krediten. Nach Angaben der EU-Kommission erhielt Griechenland zwischen 1981 und 2006 rund 52 Milliarden Euro aus dem EU-Strukturfonds, in der Finanzperiode bis 2013 weitere 20,6 Milliarden Euro.

Löhne und Sozialleistungen stiegen kräftig in der Regierungszeit Papandreous. Bei seinem Amtsantritt 1981 betrug Griechenlands Staatsverschuldung knapp 30 Prozent des BIP, 1990 hatte sie 80 Prozent erreicht. Auch die Nachfolgeregierungen sorgten bis heute für ein Wachstum der Schulden, unter anderem durch eine Aufblähung des öffentlichen Dienstes, eine Folge der Klientelpolitik der jeweils regierenden Parteien, die Vettern, Freunde und Wähler in Behörden und Ämtern unterbrachten.

Anfang der 90er-Jahre sah es kurz so aus, als würde Griechenland sich besinnen. Nach einem Wahlsieg der Konservativen begann die Regierung damit, radikal Ausgaben zu streichen. Bald aber hatten die Griechen genug vom Sparen und wählten 1993 Papandreou zurück an die Macht. Schon bald musste er das Feld Kostas Simitis überlassen. Simitis begann mit Reformen und kürzte scheinbar erfolgreich die Staatsausgaben. Das Defizit, das noch 1993 bei 13 Prozent der Wirtschaftsleistung lag, schmolz wundersam. 1998 ließ Simitis nur noch 2,5 Prozent Haushaltsdefizit nach Brüssel melden. Im Jahr 2000, dem Jahr der Entscheidung über die Aufnahme in die Eurozone, gab es gar nur noch ein Prozent Defizit. Eurostat-Fachleute bezweifelten bereits seit Jahren die Zahlen aus Athen. Doch trotz der Warnungen nickten die europäischen Finanzminister die griechischen Berichte im Frühjahr 2000 ab. Griechenland wurde in die Eurozone aufgenommen. Die Aufnahme Griechenlands in den

Euro war letztendlich eine politische Entscheidung. Fatal für Griechenland: Das Land war mit dem harten Euro auf einmal so kreditwürdig wie Österreich und Deutschland, die Zinsen für Kredite sanken auf 5 Prozent und es wurden wieder Schulden gemacht.

Im Mai 2004 platzte die Illusion solider griechischer Finanzen wieder. Der neue, konservative Premier Kostas Karamanlis rechnete im Parlament mit seinem sozialistischen Vorgänger ab. Simitis habe das griechische Haushaltsdefizit nur mit "kreativer Buchhaltung" unter die für die Eurozone entscheidende Drei-Prozent-Grenze gerechnet. "Der Haushalt war von Anfang an eine Fiktion", gab Karamanlis zu. Dennoch ließen die EU-Regierungen, die selber die Drei-Prozent-Grenze nicht einhielten, Athen weiterhin Schulden machen. Ein Vorstoß der Kommission, den Eurostat-Inspektoren echte Prüfungsvollmacht zu geben, scheiterte 2005 im EU-Ministerrat. Doch auch Karamanlis setzte den Weg der "kreativen Buchführung" seiner Vorgänger fort

Die nächste Bombe platzte 2009 nach einem erneuten Machtwechsel in Athen. Auch der neue Regierungschef Giorgos Papandreou (der Sohn von Andreas Papandreou) führte seine Vorgänger vor: Wieder sei Brüssel jahrelang belogen worden, stellte er fest. Und wieder wurde das Haushaltsdefizit für mehrere Jahre nach oben korrigiert - für 2009 gar von 3,7 auf 12,5 Prozent. Jetzt konnte Griechenland seine Schulden nicht mehr bedienen.

Internationaler Währungsfond (IWF), Europäische Zentralbank (EZB) und Euro-Länder halfen 2010 mit Krediten in Höhe von 110 Milliarden Euro, da die Zinssätze für griechische Staatsanleihen auf dem Markt unbezahlbar waren.

### *1. Hilfspaket für Griechenland*

Doch schon 2012 benötigte Hellas weitere Kredite, um seine Gläubiger wie Banken, Versicherungen und Investmentfonds zu bedienen. Mit einem zweiten Rettungspaket in Höhe von weiteren 130 Milliarden Euro und einem Schuldenschnitt von Privatgläubigern in Höhe von 107 Milliarden Euro sollte die Schuldenkrise eingedämmt werden.

### *2. Hilfspaket für Griechenland*

Link

Financial Times Deutschland: *Zehn Gründe für die griechische Tragödie*

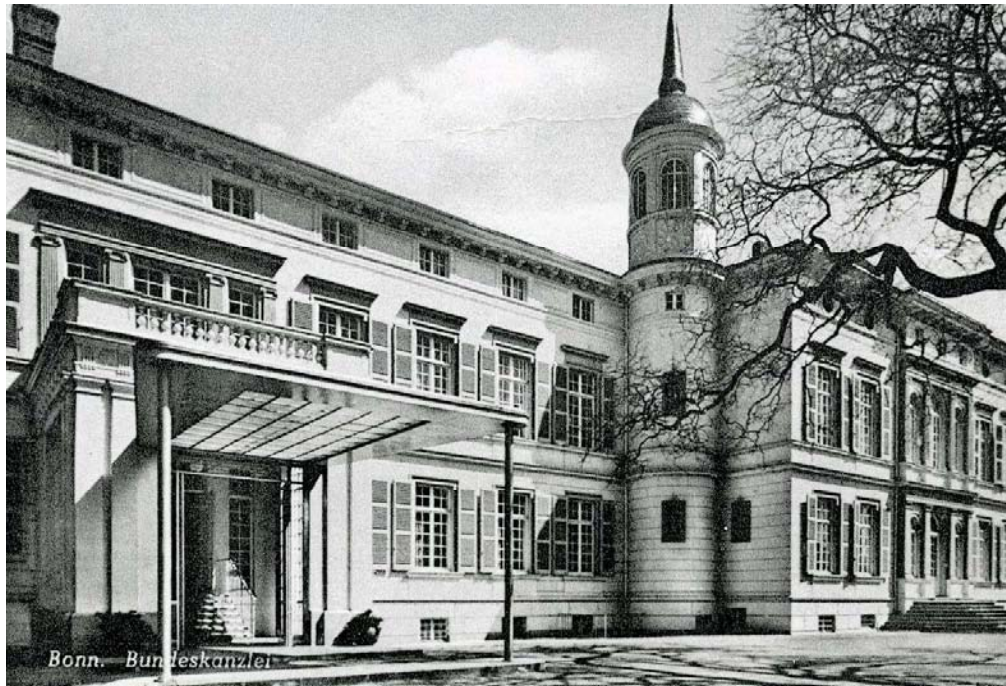
---

*Nach oben*

## Zeitschrift Deutschland & Europa



## Die Bundeshauptstadt Bonn



Palais Schaumburg © www.bilderbuch-bonn.de / Frank Warda

1949 herrschte hektische Aufbruchsstimmung in Bonn. Vier Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wurde die Pädagogische Akademie zu Bonn zum Parlamentsgebäude für den künftigen Deutschen Bundestag umgebaut. Denn wenn es nach Konrad Adenauer ging, sollte Bonn neuer Regierungssitz werden. Damit der Deutsche Bundestag rechtzeitig fertig gestellt werden konnte, wurde sogar auch darüber hinweggesehen, dass die Baugenehmigung bis zum Richtfest fehlte. Sowohl baulich als auch politisch war der Bau nicht vom Risiko befreit: Ob Bonn tatsächlich der Gründungsort der Republik werden würde, wusste man zu dem Zeitpunkt noch nicht. Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, der mit dem Rat seit dem 1. September 1948 offiziell in Bonn tagte, soll den Krach des Umbaus jedoch genossen haben, schließlich stand er gleichsam für den Aufstieg dieser Stadt.

Die Frage der Hauptstadt blieb nach dem Krieg lange ungeklärt. Da Berlin durch die Teilung der Sowjetunion keine Option mehr war, kam plötzlich jede Stadt der westlichen Hälfte Deutschlands in Frage. Auch die Option, gar keine Hauptstadt festzulegen, stand im Raum, um den provisorischen Charakter dieser Bundesregierung deutlich zu machen. Schließlich kristallisierten sich Frankfurt, Kassel und Bonn als Anwärter heraus. Die 1949 gegründete Bundessitz-Kommission sollte die drei Kandidaten bewerten. Kassel profilierte sich mit seiner zentralen Lage, aber der Krieg hatte der Stadt schwer zugesetzt und es herrschte bedrückende Wohnungsnot. Neben Bonn stand nun nur noch die Wirtschaftsmetropole Frankfurt zur Diskussion.

Bonn lag weder im Zentrum, noch war es ein wichtiger wirtschaftlicher Standort. Die Universitätsstadt mit kurfürstlicher Vergangenheit schien Adenauer jedoch nicht zuletzt durch die Nähe zu den Westalliierten der



dem die Hochburg der US-Militärverwaltung. Frankfurts großer Vorteil jedoch war die ausgebaute und fortschrittliche Infrastruktur. Im Vergleich zur Hessener Großstadt sah Bonn etwas provinziell aus. Auch politisch war die Frage nach der neuen Hauptstadt eine Grundsatzentscheidung. Wurde Frankfurt von der SPD unterstützt, so hatte Bonn die Union hinter sich stehen. Die SPD war sich des Sieges sicher, vor allem nachdem eine geheime Probeabstimmung zu Gunsten Frankfurts ausging. Die Dankesrede hatte der Oberbürgermeister schon aufnehmen lassen.

Nachdem der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher sich in einer Vorstandssitzung jedoch über eine „sichere Niederlage“ der Konservativen gefreut hatte, drang diese Information über einen Journalisten zu Adenauer, der prompt seine Abgeordneten ins Bild setzte. Die Empörung war groß. Kurz vor der Abstimmung fielen viele Unterstützer Frankfurts weg. So ging das Hauptstadtvotum mit 33 zu 29 Stimmen für Bonn aus. Eine Sensation für die Stadt!

Nachdem eine Wahlbeeinflussung im Raum stand, setzten die Anhänger Frankfurts eine Entscheidung durch den Bundestag selbst durch. Doch auch bei der Abstimmung am 3. November 1949 verlor die hessische Großstadt gegen die Universitätsstadt am Rhein. Und wieder lag Korruption in der Luft: Rund hundert Abgeordnete verschiedener Fraktionen sollen damals für insgesamt zwei Millionen Mark gekauft worden sein, damit Bonn als Sieger der Wahl hervorgeht. Trotz eines Untersuchungsausschusses konnte der Bestechungsvorwurfs nie aufgeklärt werden.

So wurde Bonn Regierungssitz der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland und blieb es länger als gedacht. Schlussendlich zog die Regierung erst 1999, zehn Jahre nach dem Mauerfall, in die heutige Hauptstadt Berlin um. Geblieben ist die „Bundesstadt Bonn“, eine kleine Metropole, die Adenauer ambitioniert zum Startpunkt unserer heutigen Republik formte.

## Regierung in Bonn heute

Einige Ministerien haben sogar noch heute ihren Hauptsitz in Bonn. Dazu gehören das Bundesministerium der Verteidigung, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (das heute im ehemaligen Bundeskanzleramt sitzt), das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, das Bundesministerium für Gesundheit sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Nicht zuletzt wegen seiner politischen Vergangenheit ist Bonn immer einen Ausflug wert. Unweit es des Neuen Kanzlerplatzes, direkt an der Adenauerallee befindet sich das ehemalige Regierungsviertel mit der Villa Hammerschmidt, dem heutigen Amtssitz des Bundespräsidenten und dem Palais Schaumburg, ehemals Bundeskanzleramt und nun Bonner Dienstsitz der Kanzlerin. Wer einen umfangreichen Blick auf die deutsche Geschichte nach 1945 erhalten möchte, der ist im Haus der Geschichte auf Bonns Museumsmeile, ebenfalls nur wenige Gehminuten vom Neuen Kanzlerplatz entfernt, genau richtig. Das Museum bietet zudem Führungen durch den Kanzlerbungalow und den ehemaligen Bundesrat am Rheinufer.

Dienstag 07. Mai 2019  14:37 Uhr Frankfurt | 13:37 Uhr London | 08:37 Uhr New York | 21:37 Uhr Tokio

Startseite >> Archiv >> Chronologie von 1950 - 2005 : Entwicklung der Arbeitslosigkeit

## ARCHIV

MITTWOCH, 02. FEBRUAR 2005

### Chronologie von 1950 - 2005

#### Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Mit über fünf Millionen hat die Arbeitslosenzahl in Deutschland Rekordniveau erreicht. Eine Chronologie zur Entwicklung der Arbeitsmarktlage seit Bestehen der Bundesrepublik:

**1950:** Im Nachkriegsdeutschland sind Anfang 1950 fast **2,3 Millionen** Erwerbslose registriert.

**1962:** Wirtschaftswunder und Wiederaufbau lassen die Arbeitslosenzahl im Sommer auf **unter 100.000** sinken. Die Quote erreicht mit 0,4 Prozent den historischen Tiefstand.

**1973/74:** Erste Ölkrise. Das Wirtschaftswachstum schrumpft um 4,7 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote steigt innerhalb eines Jahres von **1,6** im Januar 1973 auf **2,7 Prozent** im Januar 1974.

**Januar 1975:** In der zweiten Rezession suchen erstmals seit Februar 1959 **mehr als eine Million** Menschen Arbeit.

**1982/83:** Zweite Ölkrise. Die Ölpreisexplosion lässt das Wirtschaftswachstum 1981 auf praktisch Null und 1982 auf etwa minus ein Prozent sinken. Im November 1982 sind **mehr als zwei Millionen Menschen** arbeitslos.

**1990:** Die Wiedervereinigung bringt für den Westen einen vorübergehenden Boom und für den Osten einen beispiellosen Stellenabbau.

**Januar 1992:** Die Bundesanstalt für Arbeit meldet **über drei Millionen Erwerbslose**.

**Januar 1994:** Die Arbeitslosenmarke von **vier Millionen** wird übersprungen.

**Januar 1998:** Mit 4.823.200 Erwerbslosen wird der bislang höchste Arbeitslosenstand erreicht.

**1998-2001:** Der Neue Markt erlebt seinen Boom. Die Arbeitslosenquote sinkt von **11,1** im Jahresdurchschnitt 1998 auf **9,4 Prozent** im Jahr 2001.

**2001/02:** Verschärft durch die Anschläge vom 11. September 2001 bekommt die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft die Folgen eines internationalen Konjunkturerinbruchs zu spüren. Das im Vorjahr noch um fast **drei Prozent** gestiegene **Bruttoinlandsprodukt** nimmt 2001 lediglich um **0,6 Prozent** zu.

**Januar 2005:** Die Arbeitslosenzahl steigt erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte auf **mehr als fünf Millionen**.

*Quelle: n-tv.de*

Dienstag, 14. Mai 2019  15:29 Uhr  
Frankfurt |

14:29 Uhr  
London |

09:29 Uhr New  
York |

22:29 Uhr  
Tokio

Startseite >> Wirtschaft >> Korruption in Griechenland : Versickerte EU-Geld für Athen bei Novartis?

## WIRTSCHAFT

FREITAG, 23. FEBRUAR 2018

### Korruption in Griechenland

## Versickerte EU-Geld für Athen bei Novartis?

Von Hannes Vogel

**Während das griechische Gesundheitssystem am Tropf der EU-Länder hing, soll Novartis Politiker in Athen geschmiert haben, um Wucherpreise für seine Pillen durchzusetzen. Milliarden könnten illegal bei dem Pharmariesen gelandet sein.**

Es ist eine Geschichte, die in das Griechenland-Bild vieler Kritiker passt: Milliarden aus den Hilfspaketen der Steuerzahler in Deutschland und den anderen Euro-Ländern sind durch Bestechung womöglich in die Taschen des Schweizer Pharmariesen Novartis statt in den griechischen Haushalt geflossen. Während Griechenland über Jahre die Renten kürzte, Steuern erhöhte, Beamte feuerte und Krankenhäuser kaputtsparte, sollen korrupte Politiker in Athen überhöhte Preise für die Medikamente von Novartis abgenickt und sich und die Firma damit bereichert haben.

Den Bericht zu der Affäre haben griechische Antikorruptionsermittler vor zwei Wochen ans Athener Parlament geschickt. Seit Donnerstag gibt es nun einen Untersuchungsausschuss. Laut dem britischen "Guardian" soll Novartis zwischen 2006 und 2015 über 4500 Ärzte mit Reisen, Geld und Haushaltsgeräten bestochen haben. Zudem soll der Pharmariese Politiker mit bis zu 50 Millionen Euro geschmiert haben. Falls die Vorwürfe stimmen, sind dem griechischen Staat laut der Zeitung mitten in der Haushaltskrise vier Milliarden Euro verloren gegangen.

Die Elite der griechischen Politik steht am Pranger: zehn Top-Politiker der Konservativen und Sozialisten, die über Jahrzehnte die Regierung stellten, darunter der frühere Premierminister und jetzige Oppositionschef Antonis Samaras, der ehemalige Übergangs-Regierungschef Panagiotis Pikramenos, der heutige Zentralbankchef Yannis Stournaras und der griechische EU-Migrationskommissar und Ex-Gesundheitsminister Dimitris Avramopoulos.

### "Hexenjagd" auf die alte Elite

Novartis hat angekündigt, "rasch und bestimmt" vorzugehen, sollten sich die Vorwürfe als wahr erweisen. Die Politiker in Athen streiten alles als "Hexenjagd" ab.

"Die rücksichtsloseste und lächerlichste Verschwörung aller Zeiten" nennt sie Samaras. Die linksgerichtete Syriza-Regierung habe "falsche Zeugen aufgerufen, um ihre Rivalen zu beschmutzen", sagte Samaras im Parlament. Er hat Premierminister Alexis Tsipras sogar verklagt. "Schändliche Verleumdung" nennt Notenbankchef Stournaras die Vorwürfe. Sie seien das Produkt "krankter Köpfe" und politisch motiviert, wies Avramopoulos die Anschuldigungen zurück.

Völlig abwegig sind sie keinesfalls. Schon 2010 tauchten die Namen mehrerer Ex-Minister auf einer geheimen Steuersünder-Liste auf, die die damalige französische Finanzministerin Christine Lagarde in Athen übergeben hatte. Auch enge Verwandte des damaligen sozialistischen Finanzministers Georgios Papakonstantinou standen darauf. Die Lagarde-Liste verschwand zwei Jahre lang in einer Schublade. Und als sie wieder auftauchte, **waren die Namen von Papakonstantinous Verwandten von der Liste verschwunden**. Der Ex-Finanzminister bekam dafür **ein Jahr Gefängnis auf Bewährung**.

Richtig ist aber auch, dass der Skandal der populistischen Syriza-Bewegung von Regierungschef Tsipras Zulauf bescheren dürfte. Sie liegt momentan hinter Samaras' Oppositionspartei in den Umfragen zurück. "Das griechische Volk muss erfahren, wer sich an Schmerzen und Krankheit bereichert hat", donnerte Tsipras am Donnerstag im Parlament. Ein besonders glaubwürdiger Ankläger des Parteienfilzes ist er allerdings nicht: Drei Monate nach seiner Wahl 2015 bekam Tsipras Cousin einen Posten im Außenministerium. Und der Vater seines engsten Vertrauten und Informationsministers Nikos Pappas wurde kürzlich zum Chef der Verkehrsbetriebe in Thessaloniki berufen.

## **Das FBI brachte Athen auf Novartis' Spur**

Entscheidend werden die Beweise in dem Fall sein. Die Vorwürfe beruhen auf den Aussagen von drei anonymen Kronzeugen, deren Identität die Tsipras-Regierung schützt. Das amerikanische FBI hat die griechischen Ermittler offenbar auf die Spur des Skandals gebracht. Die Männer seien Top-Manager von Novartis und hätten sich 2016 und 2017 mit Informationen an die US-Behörden gewandt, sagte ihr Anwalt Pavlos Sarakis laut "New York Times" im griechischen Fernsehen.

Novartis ist bereits in einigen anderen Ländern durch Korruption aufgefallen. 2015 zahlte die Schweizer Firma 390 Millionen Dollar an die US-Regierung, um Vorwürfe aus der Welt zu schaffen, sie habe US-Apotheken bestochen, damit sie Patienten Novartis-Pillen empfehlen. 2016 folgte ein weiterer Ablass von 25 Millionen Dollar an die US-Finanzaufsicht SEC, diesmal für Korruptionsvorwürfe in China. Und im gleichen Jahr geriet Novartis wegen möglicher Bestechung auch ins Visier der türkischen Behörden.

*Quelle: n-tv.de*



Themenübersicht | Controlling | Business | Blo

Rechnungswesen-**verstehen.de**  
Wirtschaft verständlich erklärt

Suche  Anfra

- RECHNUNGSWESEN
- BWL & VWL
- FINANZEN
- LEXIKON
- FORMELN
- VIDEOS
- ÜBUNGEN
- SHOP
- Partner von AZUBI WORLD.com

- WIRTSCHAFT**
  - Grundlagen
- BWL**
  - BWL Grundlagen
  - Organisation
  - Personalwirtschaft
  - Rechtsformen
  - Materialwirtschaft
  - Unternehmensführung
- MARKETING**
  - Grundlagen
  - Marktforschung
  - Marketingmix
  - Marketingarten
  - Online Marketing
- VWL**
  - VWL Grundlagen
  - Mikroökonomie
  - Makroökonomie
- WIRTSCHAFTSPOLITIK**
  - Wirtschaftspolitik
- RECHT**
  - Verträge
  - Recht

## Wirtschaft Grundlagen / Definition

- GESPONSERTE SUCHERGEBNISSE
- übungsaufgaben rechnungswesen
  - buchhaltung grundlagen
  - dreisatz beispiele
  - bedeutung definition

**Werde Pilot**

Als Pilot kannst du außerhalb des Klassenzimmers zeigen, was ein echter Überflieger ist.

**Wirtschaft** ist ein Oberbegriff, der sämtliche Institutionen und Aktivitäten umfasst, die mit der Erzeugung und Verteilung von **Gütern** oder der Erbringung von Dienstleistungen zu tun haben.

- Zu den Akteuren der Wirtschaft gehören:
- Unternehmen
  - Verbraucher
  - öffentliche Institutionen

Die Wirtschaft dient dem Zweck, **Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen**, die er in der arbeitsteiligen Gesellschaft nicht selbst befriedigen kann.

Da es beispielsweise Bewohnern einer Stadt nicht möglich ist, ihren Bedarf an Nahrungsmitteln, Kleidung und anderen existenziell erforderlichen Gütern selbst zu decken, muss die Erzeugung und Bereitstellung dieser Güter durch die Wirtschaft gewährleistet werden.

### Prinzip von Angebot und Nachfrage

Wesentliches Kriterium für eine funktionierende Wirtschaft ist ein **der Nachfrage entsprechendes Angebot**. Eine der größten politischen Kontroversen des zwanzigsten Jahrhunderts betraf die Frage, wie dies zu erreichen ist. **Planwirtschaftliche Systeme** mit einer politisch zentral gesteuerten Produktion konkurrierten mit **marktwirtschaftlichen Systemen**. Diese setzen darauf, dass in einer freien Wirtschaft jede Nachfrage automatisch dazu führt, dass ein privater Anbieter ein entsprechendes Angebot schafft.

- PDF druckfertig [gratis]** Um das PDF anzeigen, hier herunterladen EasyPDFCombine
- Das Deutsche Schulportal** Das Schulportal stellt erfolgreiche Konzepte aus der Schulpraxis vor. Das Deutsche Schulportal

- [Unterschied BWL / VWL](#)
- [Effektivität und Effizienz](#)
- Inhalte in der Kategorie Grundlagen

Bitte bewerten (1 - 5) **3,00 / 5** (20 votes)

### Prüfungs-Rettung



MEHR INFOS!

### Buchhaltungskurs



MEHR INFOS!

### BELIEBTESTE ARTIKEL

- Unterschied nomin- und reales Bruttoinlandsprodukt
- Wirtschaftskreislauf
- Säulen der Sozialversicherung
- Effektivität und Effizienz
- Bedürfnis, Bedarf u Nachfrage
- Planwirtschaft
- Angebot und Nachfrage
- Marktwirtschaft

### NEUESTES VIDEO

Betriebs-abrechnungsbogen (BAB) 2



SEHEN & VERSTEHEN

Ja, auch wir verwenden Cookies & Google-Analytics mit Opt-Out-Funktion. Zur Nutzung dieser kostenlose Website musst du dies bestätigen! zur Datenschutzerklärung Ich bin einverstanden.

Menü | Politik Meinung Wirtschaft Panorama Sport Kultur Netzwelt Wissenschaft mehr ▾

## POLITIK

Schlagzeilen | DAX 11.991,62 | Abo

Nachrichten &gt; Politik &gt; Ausland &gt; Griechenland &gt; Griechenland: Pharmakonzern Novartis soll Politiker geschmiert haben

## Korruption in Griechenland

**"Der größte Skandal in der Geschichte des Staates"****Der Schweizer Pharmakonzern Novartis soll üppige Schmiergelder an griechische Ärzte, Beamte und Spitzenpolitiker gezahlt haben - unter anderem an zwei Ex-Premierminister. Die Bevölkerung ist schockiert.**Von [Giorgos Christides](#) ▾, Thessaloniki

Fotos

AP



Teilen



Twittern



E-Mail

Dienstag, **20.02.2018** 11:20 Uhr[Drucken](#) [Nutzungsrechte](#) [Feedback](#) [Kommentieren](#)

Wenig Zeit? Am Textende gibt's eine Zusammenfassung.

"Nichts wird geheim, nichts unter dem Teppich bleiben", versprach der griechische Premierminister [Alexis Tsipras](#) am vergangenen Montag, als er das Parlament dazu aufrief, den sogenannten Novartis-Skandal zu durchleuchten. Die Regierung nennt ihn den "größten Skandal in der Geschichte des griechischen Staates".

## ANZEIGE

**Vernachlässigung zerstört Kinderseelen  
Deutschlands vergessene Kinder**

Keine regelmäßigen Mahlzeiten, keine hübschen Kleidchen, kein Kindergeburtstag – und keine Mutter, in deren tröstende Arme sie sich jederzeit flüchten konnte: Das Schicksal der kleinen Sophie\* (7) zeigt, wie verheerend sich elterliche Vernachlässigung auf eine

**Die Homepage wurde aktualisiert. [Jetzt aufrufen](#) Kinderseele auswirken kann. [mehr ...](#)**

[Hinweis nicht mehr anzeigen.](#)

Seit mehr als einem Jahr ermittelt der Korruptionsstaatsanwalt mit Unterstützung des FBI gegen das Schweizer Pharma-Unternehmen [Novartis](#) wegen des Verdachts der tausendfachen Bestechung von Ärzten und Beamten.

Im Januar 2017 durchsuchte die Staatsanwaltschaft die Büros der Firma in Athen. Seitdem kursieren Gerüchte: Auch griechische Spitzenpolitiker wären in den Skandal verwickelt.

Anmelden

### Schwere Korruptionsvorwürfe gegen hochrangige Politiker

Als die Akten dem griechischen Parlament übergeben wurden, war dennoch niemand darauf vorbereitet, wie sehr der Inhalt die griechische Gesellschaft und das gesamte politische System erschüttern würde.

Die Unterlagen, die teilweise der Presse zugespielt und vom SPIEGEL eingesehen wurden, enthalten schwere Korruptionsvorwürfe gegen hochrangige konservative und sozialdemokratische Politiker. Die Vorwürfe basieren zu großen Teilen auf den Aussagen anonymen Zeugen.

Laut diesen Aussagen haben zehn prominente Politiker [Bestechungsgelder](#) des Pharma-Giganten angenommen. Darunter auch der frühere Premierminister Antonis Samaras, der frühere Finanzminister und jetzige Notenbankpräsident Yannis Stournaras, der frühere Gesundheitsminister und amtierende EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos.

ANZEIGE

Eurojackpot



Chance rd. 1:95 Mio. Spielteilnahme ab 18 Jahren. Glücksspiel kann süchtig machen. Infos und Hilfe unter [www.bzga.de](http://www.bzga.de)

### Fotostrecke



11 Bilder

### Korruption in Griechenland: Koffer voller Geld

Angeblich sollten die Preise der Medikamente künstlich aufgebläht, lukrative staatliche Aufträge gesichert, schnellere Genehmigungen für Novartis-Produkte eingeholt und Zahlungen vom griechischen Gesundheitssystem an das Unternehmen beschleunigt werden.

### "Bis auf den letzten Euro"

Dem Pharma-Riesen wird auch vorgeworfen, Tausende griechische Ärzte geschmiert zu haben. Sie sollten Novartis-Produkte verschreiben, und so die Verkaufszahlen ankurbeln. Die Regierung schätzt die Summe der Bestechungsgelder auf mehr als 50 Millionen Euro. Der Schaden, der dem griechischen Gesundheitssystem durch übertriebene Medikamente zugefügt wurde, ist ungleich höher: Laut Angaben der Regierung beläuft er sich auf mehr als vier Milliarden Euro. Tsipras versprach, das Geld, das den Griechen gestohlen worden sei, von Novartis zurückzuholen. "Bis auf den letzten Euro", sagte er.

Die Abgeordneten des Parlaments werden in dieser Woche in einer geheimen Abstimmung entscheiden, ob sie einen Ausschuss bilden, der die Vorwürfe gegen Top-Politiker untersuchen soll. Premierminister Tsipras fordert [diesen Untersuchungsausschuss](#). Laut griechischem Gesetz muss das Parlament

Straftaten, die Politiker während ihrer Amtszeit begangen haben sollen, als Erstes untersuchen. [Jetzt aufrufen.](#)

Die Homepage wurde aktualisiert.  
[Hinweis nicht mehr anzeigen](#)

### Ein Koffer voll Geld in der Regierungsvilla

Am schwersten wiegen möglicherweise die Vorwürfe gegen Ex-Premier [Samaras](#). Ein unter Schutz stehender Zeuge beschuldigt ihn, Schmiergeld von einer hohen Führungskraft der griechischen Zweigstelle von Novartis angenommen zu haben.



Der Manager habe ihm das Geld in einem Samsonite-Koffer direkt in die Villa Maximos, der offiziellen Residenz des griechischen Premierministers, gebracht.



Anmelden

Samaras sagte auf die Vorwürfe, das seien rücksichtslose und lächerliche Verschwörungstheorien.

Samaras hat Tsipras, den Korruptionsstaatsanwalt, der federführend den Fall ermittelt, und den Zeugen, der ihn beschuldigt, angezeigt. Unter anderem wirft er ihnen Machtmissbrauch, Verletzung der Sorgfaltspflicht und die Gründung einer kriminellen Vereinigung vor. Premierminister Tsipras sei verantwortlich für die furchtbare Verschwörung, die sich zusammenbraue, sagte Samaras in einem Statement.

Novartis hat seine volle Kooperation mit den griechischen Behörden angekündigt und versprochen "schnell und entschlossen" zu handeln, sollten sich die Vorwürfe bestätigen. Das Unternehmen sagte auch, dass keine ihrer früheren oder jetzigen Mitarbeiter angeklagt worden seien.

Für Novartis sind Vorwürfe dieser Art nicht neu. Im Oktober 2015 stimmte der Konzern einer Zahlung von 390 Millionen Dollar an das amerikanische Justizministerium zu, es ging um Bestechungsgelder, die das Unternehmen an amerikanische Apotheker gezahlt haben soll. Im August 2016 wurde ein Geschäftsführer der südkoreanischen Niederlassung wegen illegalen Zahlungen in Höhe von 2,4 Millionen Dollar an Ärzte angeklagt.

### Horrende Ausgaben für Arzneimittel

Dem SPIEGEL sagten Ärzte und Experten in zahlreichen Gesprächen, dass illegale Praktiken in der Pharmaindustrie seit Jahren die Norm seien. Für die Ärzte seien durch Bestechungsgeld und eine Vielzahl anderer Begünstigungen, Anreize geschaffen worden, bestimmte Medikamente zu verschreiben. Die Zahlungen kamen in verschiedener Form, von Bargeld in Umschlägen bis zu bezahlten Urlauben oder anderen Geschenken.

Jahrelang wuchsen die Ausgaben für die Pharmabranche in Griechenland unkontrolliert, von 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2000 bis zu 2,1 Prozent - doppelt so hoch wie im europäischen Mittel - im Jahr 2010. Es war jenes Jahr, in dem Griechenland offiziell Finanzhilfen beim Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union beantragte.

Diese horrenden Ausgaben zu senken, war eine der Schlüsselvereinbarungen des Rettungspakets. 2015 waren die Kosten für Pharma-Produkte wieder auf ein Prozent des BIP gefallen und nahe dem europäischen Standard. Hätte Griechenland sich von den Jahren 2010 bis 2015 an dieses Verhältnis von Ausgaben zu BIP gehalten, hätte das Land geschätzte 19,7 Milliarden Euro einsparen können.

### Politiker bestreiten Vorwürfe

Die Staatsanwaltschaft durchsucht nun die Büros und Privaträume von Verdächtigen. Einige von ihnen sind Vertraute der Politiker, die von den anonymen Zeugen genannt wurden. Die Staatsanwälte haben auch um Einsicht in Konten in der Schweiz und Zypern gebeten.

Alle genannten Politiker haben jegliches Fehlverhalten vehement bestritten. Die Opposition nennt die Ermittlungen eine Hexenjagd und hat Premierminister Tsipras beschuldigt, eine Verleumdungskampagne mithilfe befreundeter Richter und angeblicher Zeugen zu fahren, um sein eigenes politisches Ansehen zu verbessern.

### Tsipras könnte von Skandal profitieren

Die Homepage wurde aktualisiert. [Jetzt aufrufen.](#)

[Hinweis nicht mehr anzeigen](#)

Es ist klar, dass Herr Tsipras lediglich daran interessiert ist, seine politischen Gegner zu diffamieren. Er und seine Minister mischen sich in die Justiz ein", sagte Maria Spyraiki, Europapolitikerin und Sprecherin der liberal-konservativen Oppositionspartei Nea Dimokratia.

ANZEIGE



**Nagelpilz? Kein Grund sich zu schämen!**

Distributed by CONATIVE - Pflichtangaben

Nagelpilz möchte man am liebsten verstecken. Doch es nützt nichts, wenn sich die Fußnägel verdicken und unschön verfärben hilft nur noch behandeln. Studien zeigen: So schneiden die Therapien aus der Apotheke im Vergleich ab!

[Mehr erfahren...](#)


Anmelden

Regierungssprecher Dimitris Tzanakopoulos wiederum tut diese Verschwörungstheorie als absoluten Blödsinn ab. "Es ist schlicht unmöglich, eine Verschwörungstheorie aufzubauen, an der das amerikanische Justizministerium, die US-Regierung, das FBI, anonyme Zeugen und all die Behörden, die an diesem Fall mitgeholfen haben, beteiligt sind", sagte er.

Es gibt aber wenig Zweifel daran, dass der Fall für Tsipras politisch wichtig ist. Er wurde 2015 als Galionsfigur der Transparenz, als Reformierer des [korrupten Systems](#) gewählt. Tsipras linke Partei Syriza landet im Umfragen nun regelmäßig hinter den Konservativen. Der Novartis-Skandal könnte für ihn die politische Wende bringen - vor allem, wenn der Premierminister, wie von vielen Beobachtern vermutet, die Wahlen vorzieht.

**Zusammengefasst:** Mehrere hochrangige griechische Politiker werden beschuldigt, Schmiergelder der Schweizer Pharmafirma Novartis angenommen zu haben. Zum Teil soll es sich dabei um Millionensummen halten. Novartis soll auch Tausende Ärzte bestochen haben. Der Schaden für das staatliche Gesundheitssystem belaufe sich, so schätzt die Regierung, auf mehr als vier Milliarden Euro. Ministerpräsident Alexis Tsipras könnte politisch von dem Skandal profitieren: Seine Partei Syriza liegt seit Monaten in Umfragen hinten. Nun hofft er auf die Wende.

[🏠 Zur Startseite](#)
**Diesen Artikel...**
[Drucken](#) | [Feedback](#) | [Nutzungsrechte](#)


Teilen



Twittern



E-Mail



Die Homepage wurde aktualisiert. [Jetzt aufrufen.](#)

[Hinweis nicht mehr anzeigen.](#)



Menü | Politik Meinung Wirtschaft Panorama Sport Kultur Netzwerk Wissenschaft mehr ▼

## WIRTSCHAFT

Schlagzeilen | DAX 11.931,68 | Abo

Nachrichten > Wirtschaft > Korruption > Korruption in Griechenland: Ein Fakelaki voller Scheine

Korruption in Griechenland

### Ein Fakelaki voller Scheine

**Schmiergeld gehört in Griechenland einfach dazu. Beim Arzt, auf dem Bauamt, in der Fahrprüfung: Oft kommt man nur mit "Fakelaki" weiter - "Umschläglein" voller Geldscheine. Für die Volkswirtschaft ist das ein Desaster. Jetzt sollen die Bürger ausgerechnet in der Finanzkrise ihr Verhalten ändern.**

Von Corinna Jessen, Athen



Proteste in Athen: Der Staat als Selbstbedienungsladen

[f](#) Teilen
 [t](#) Twittern
 [e](#) E-Mail
 [+](#)

Mittwoch, **10.03.2010** 15:01 Uhr

[Drucken](#)
[Nutzungsrechte](#)
[Feedback](#)
[Kommentieren](#)

Steuerberater schmieren Finanzbeamte; Architekten "legalisieren" übertretene Bauvorschriften, natürlich gegen Bares auf dem Bauamt; Ärzte vergeben spontan Operationstermine - und nehmen dafür wie selbstverständlich ein "Fakelaki", ein "Umschläglein" voller Geldscheine: Fast jeder Grieche weiß eine solche Geschichte zu erzählen. Und fast jeder hat hier und dort einen helfenden "Freund", um Angelegenheiten zu "regeln".

ANZEIGE

Steuererklärung



Anmelden

**Von Rückzahlung profitieren**

Mehr Zeit, mehr Geld, erfüllte Wünsche – warum es sich fast immer lohnt, eine Steuererklärung abzugeben und wieso die Unterstützung von Profis dabei sinnvoll sein kann. **mehr ...**

Korruption ist in Griechenland allgegenwärtig. Es sind längst nicht nur die Reichen, die Politiker schmieren. Bestechung ist ein Phänomen des Alltags. Oft erleichtert sie den Bürgern das Leben im Kleinen - doch gleichzeitig hat sie mit dazu beigetragen, das Land als Ganzes in den Ruin zu treiben.

"Das läuft ganz offen, da brauchst du keine Hemmungen zu haben", sagt Adonis M. Er ist Elektriker und erklärt, wie er an Aufträge kommt. Zum Beispiel neulich in einer Gemeinde im südlichen Attika. Eingefädelt hat das Geschäft eine seiner "Kontaktpersonen". "Mit denen vereinbarst du deine Bezahlung, aber im offiziellen Kostenvoranschlag lässt du grundsätzlich den Kostenpunkt frei. Den füllt die Kontaktperson aus und meistens berechnet sie gut das Doppelte von dem, was du kostest." Dafür, dass er schweigt, bekommt der Handwerker natürlich auch ein wenig mehr, als er kalkuliert hat.

Manchmal geht es dabei um richtig viel Geld. Einmal wurde Adonis von seiner Kontaktperson in eine Schule gerufen, um einen Kostenvoranschlag für Internetanschlüsse zu erstellen. Dort fand er aber schon alles vor: "Steckdosen, Anschlüsse, Kabel, alles bis ins letzte Detail. Ich wusste nicht, ob das eine Falle war, aber meine Kontaktperson beruhigte mich und bestand darauf, dass ich 15.000 Euro für einen Auftrag in Rechnung stellen sollte." Am Ende hat der Staat für die Internetanschlüsse zweimal bezahlt.

**"Fließt das Geld nicht, lassen sie die Schüler durchfallen"**

Auch in kleineren Größenordnungen gehört Schmiergeld oft einfach dazu. Viele Griechen kennen das von der Fahrprüfung. Tassos G. war noch bis vor kurzem Inhaber einer Fahrschule in Athen. "Wenn ein Schüler zum ersten Mal in den Laden kam, erkundigte er sich gleich - wenn auch vorsichtig - nach dem 'Tarif' für das Prüfungskomitee." Für zwei Prüfer liege der "Tarif" bei 250 bis 300 Euro, sagt Tassos. Von den staatlichen Prüfern seien rund 80 Prozent für diese "Aufmerksamkeit" empfänglich - natürlich kennen die Fahrlehrer die betreffenden Personen. "Fließt das Geld nicht, lassen sie Schüler auch nach fehlerfreiem Fahren durchfallen. Dafür drücken sie bei Wackelkandidaten gegen Bares vier Augen zu."


ANZEIGE

**Eurojackpot**

Chance rd. 1:95 Mio. Spielteilnahme ab 18 Jahren. Glücksspiel kann süchtig machen. Infos und Hilfe unter [www.bzga.de](http://www.bzga.de)

Für den einzelnen mag das "Fakelaki" im Alltag lästig sein, vielleicht auch ärgerlich und teuer. Wirklich problematisch ist die weitverbreitete Korruption aber für die Gesellschaft als ganze: Wie soll sich eine Volkswirtschaft stabil entwickeln, wenn jeder einzelne Akteur immer wieder auf das Wohlwollen anderer Menschen angewiesen ist - und ihrer Willkür auf Gedeih und Verderb ausgeliefert? Wie soll sich der marode Staat sanieren, wenn er sich auf seine Finanzbeamten nicht verlassen kann?

Ein besonderes Feld für Korruption ist das staatliche Gesundheitswesen. Jorgos A. hat das am eigenen Leib erfahren. Der Epileptiker erlitt vor einigen Jahren beim Kochen einen Anfall und zog sich Verbrennungen dritten Grades an der linken Hand zu. Statt sofort operiert zu werden, wurde er im staatlichen Unfallkrankenhaus drei Wochen lang hingehalten und vom behandelnden Arzt mehrfach aufgefordert, doch in dessen Privatklinik die dringend notwendige Hauttransplantation vornehmen zu lassen. Wahrscheinlich wäre er gegen ein "Fakelaki" auch im öffentlichen Krankenhaus operiert worden, sagt Jorgos heute. "Ich habe das irgendwann


natürlich erkannt, aber ich wollte da nicht mitmachen." Schließlich hat sich Jorgos  Anmelden  
in Deutschland operieren lassen, wo er aufgewachsen ist.

---

### **Warum sollte der kleine Mann anders handeln als die großen Politiker?**

Natürlich gibt es auch die anderen, die Krankenhausärzte, die sich trotz ihres dürftigen Gehalts - anfangs sind es 1200 Euro im Monat - aufopfernd und ohne Schmiergeld um ihre Patienten kümmern. Viele Staatsbedienstete aber werden gerne schwach und verdienen sich bar etwa hinzu.

Die schlechte Bezahlung von Polizisten, Zöllnern, Verwaltungsbeamten mag ein Grund sein, warum sich so viele bestechen lassen. Ein anderer ist der Mangel an positiven Vorbildern: Warum sollte dem kleinen Mann verwehrt sein, was in der großen Politik Griechenlands gang und gäbe ist?

In den vergangenen Jahren sollen Politiker aller Parteien Millionen angenommen haben - allein vom deutschen Siemens-Konzern . Im Gegenzug sollen sie freigiebig Aufträge erteilt haben. Wer genau für was verantwortlich ist, versucht gegenwärtig ein Untersuchungsausschuss zu klären.

Ein anderes Beispiel ist eine Immobilienschieberei um den klösterlichen Besitz der abgewählten Konservativen unter Kostas Karamanlis. Das Geschäft soll einen Abt der Mönchsrepublik Athos, aber auch Karamanlis-Vertraute millionenschwer gemacht haben. Und das sind nur die bekanntesten Fälle.

### **Die 300 Diebe des griechischen Parlaments**

Der Großteil der Bürger geht mehr oder weniger selbstverständlich davon aus, dass "die da oben" in die eigene Tasche wirtschaften. "Die 300 Diebe" sind eine feststehende Redewendung - gemeint sind damit die Abgeordneten des griechischen Parlaments. Nur wenige Griechen empfinden den Staat als Gemeinwesen, für das alle verantwortlich sind - so wie es sich die großen Philosophen der Antike gewünscht haben. Stattdessen betrachten viele den Staat als Selbstbedienungsladen für jene, die Zugang zur Macht haben.

Woher kommt diese Haltung? Warum ist die Einstellung einer allgemeinen Verantwortungslosigkeit so tief verankert?

Eine Antwort bietet die Geschichte. Die griechischen Parteien - bezeichnenderweise "Die Englische", "Die Französische" und "Die Russische" genannt - hatten Anfang des 19. Jahrhunderts zunächst als lose Interessengemeinschaften mit den Großmächten zusammengearbeitet. Das gemeinsame Ziel: der Befreiungskampf gegen die Osmanen. Schnell dienten ausländische Gelder aber auch dazu, die Machtpositionen der Eliten zu festigen.

### **Die Krise bietet eine Chance zum Neuanfang**

Die führenden Politiker des Landes wurden so zu Statthaltern fremder Mächte. Das blieb auch so, nachdem die Osmanen 1913 endgültig aus weiten Teilen Griechenlands abgezogen waren. Die Metaxas-Diktatur in den dreißiger Jahren, die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg und der anschließende Bürgerkrieg ließen bis 1948 kein staatliches Gemeinwesen entstehen, für das sich die Bürger mitverantwortlich gefühlt hätten. Als Frontland im Kalten Krieg wurde Griechenland dann unverhohlen das Ziel amerikanischer Interventionen, 1967 wurde die Militärdiktatur installiert.

Die Zeitrechnung eines souveränen, demokratischen Staatswesens in Griechenland beginnt erst 1975. Seitdem sind zwar schon 35 Jahre vergangen - doch in dieser Zeit gelang es nicht, das Klientensystem zu überwinden. Im Gegenteil: Es ist nach wie vor für den aufgeblähten Staatsapparat, die ineffektive Verwaltung und das Versenden öffentlicher Gelder verantwortlich.

Immerhin: Die jetzt drohende Staatspleite könnte die Haltung vieler Griechen zu ihrem Gemeinwesen ändern. So mancher Publizist wertet den Druck der EU, das Land endlich strukturell zu sanieren, als Chance. Möglicherweise gelingt es

ausgerechnet in der Krise, die verkrusteten Korruptionsmechanismen aufzubrechen. Nach 1975, sagte ein Radiokommentator, könnte das Jahr 2010 "ein zweiter Neuanfang" werden.



Anmelden

[Zur Startseite](#)

Diesen Artikel...

[Drucken](#) | [Feedback](#) | [Nutzungsrechte](#)



Teilen



Twittern



E-Mail



## Auch interessant



ANZEIGE

**LIQID**

Exklusiv: Anlageexperten empfehlen diesen Wegweiser zur...



ANZEIGE

**Care by Volvo**

Auto Abo: Nur noch Tanken - alles andere ist inklusive.



ANZEIGE

**gesundheitdarm.com**

Ärzte verraten: "Es ist ein Superkraftstoff für Ihren Darm"

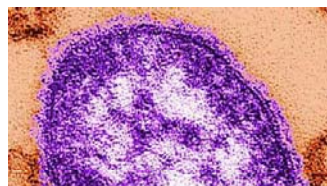
## Mehr von SPIEGEL ONLINE



**Vor der Übernahme des Airbus A3...**  
Airbus-Abnahmeflug: "Kann gut, dass jemandem schlecht wird"



**Urteil in Monsanto-Prozess:**  
Bayer muss krebserkranktem Paar zwei Milliarden Dollar zahlen



**Nach Ansteckung in der Familie:**  
Masern-Infizierter in Niedersachsen gestorben

empfohlen von

## Verwandte Artikel

**Europa-Währungsfonds:** Euroclub feilt an Einsatzbefehl für Finanzfeuerwehr (09.03.2010)

**EU-Geldpolitik:** Barroso und Merkel verteidigen Europäischen Währungsfonds (09.03.2010)

**Kommentar:** Der Euro ist stärker als die Zocker (05.03.2010)

**Griechenland am Abgrund:** Kampf der Kulturen (05.03.2010)

**Griechische Finanzmisere:** Athen fleht Berlin um politische Hilfe an (05.03.2010)

**Finanzkrise:** Privatinvestoren schnappen sich Griechen-Anleihe (04.03.2010)

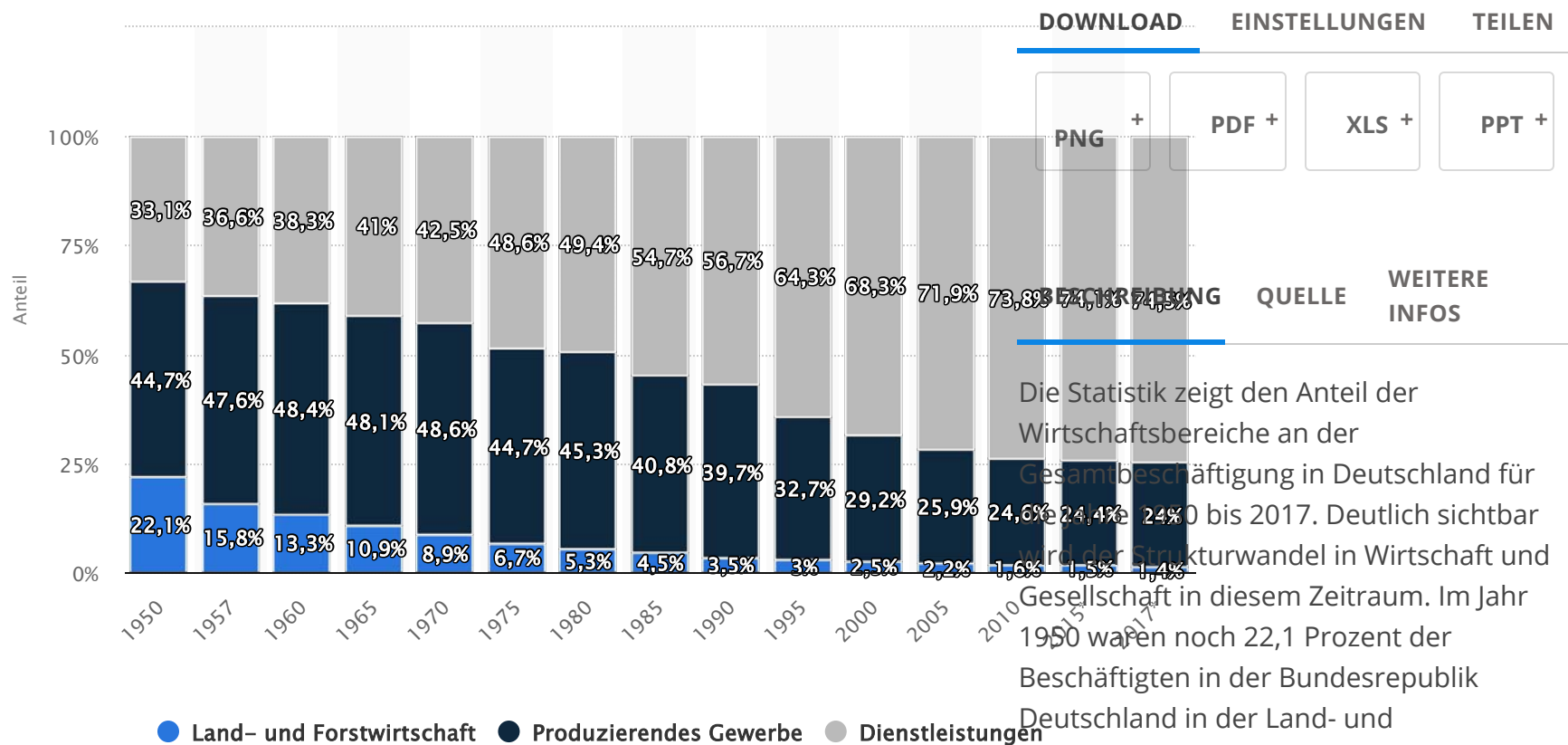
**Euro-Krise:** "Die Griechen müssen leiden" (04.03.2010)

**Themenseite:** Alles zur Finanzkrise in Griechenland

**Ex-Siemens-Manager soll nach Griechenland ausgeliefert werden**  
(08.08.2009)

## Mehr zum Thema

# Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2017



Die Statistik zeigt den Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtbeschäftigung in Deutschland für 1950 bis 2017. Deutlich sichtbar wird der Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft in diesem Zeitraum. Im Jahr 1950 waren noch 22,1 Prozent der Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Im Jahr 2017 waren dies nach vorläufigen Zahlen nur noch etwa 1,4 Prozent.

Ihre Daten visualisiert + a | b | e a u

© Statista 2019

[Details zur Statistik](#)

[Quellen anzeigen](#)

Navigation icons: Refresh, Star, Bell



Tourismus & Gastronomie › Privatreisen › Urlaubsland Griechenland

# Statistiken zum Urlaubsland Griechenland

Mit einem Anteil von fast 20 Prozent am BIP stellt der Tourismus für Griechenland einen wichtigen Wirtschaftszweig dar. Zum Vergleich: In Deutschland trägt die Tourismusbranche 10,7 Prozent zum BIP bei. In Griechenland lässt sich mit 24,8 Prozent fast jedes vierte [Beschäftigungsverhältnis der Branche Tourismus](#) zuordnen und die [Einnahmen durch eingereiste internationale Touristen](#) beliefen sich im Jahr 2016 auf über 14,6 Milliarden US-Dollar.

Der Großteil der [Griechenlandurlauber](#) kam im Jahr 2017 aus Deutschland, gefolgt von Großbritannien und Italien. Im Jahr 2017 konnte die Insel Kreta mit fast 24,5 Millionen die meisten [Übernachtungen in Hotels und auf Campingplätzen](#) verzeichnen. Auch war mit fast 67 Prozent die [durchschnittliche Belegungsrate von Hotels](#) auf Kreta im landesweiten Vergleich am höchsten. Kreta ist die größte griechische Insel und nach Mallorca die [beliebteste europäische Urlaubsinsel der Deutschen](#). Die am zweithäufigsten besuchte Zielregion war die [südliche Ägäis, bestehend aus den Inselgruppen Dodekanes und den Kykladen](#). Auf dem [griechischen Festland](#) konnte die Region [Zentralmakedonien](#) mit über 9,7 Millionen die meisten [Übernachtungen](#) zählen. Griechenland, die Hauptstadt der Region ist

Wir verwenden Cookies um Inhalte und Anzeigen zu personalisieren, Funktionen für soziale Medien anbieten zu können und die Zugriffe auf unsere Website zu analysieren. Sie können die Cookie-Einstellungen in Ihrem Browser anpassen und bereits gesetzte Cookies löschen. Details dazu finden Sie über die "Hilfe" Ihres Browsers (erreichbar über die F1 Taste). Details zu unserer Datennutzung finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

## DAS GANZE THEMA IN EINEM DOKUMENT



Redaktionell aufbereitet

Download als PPT/PDF

Sofortiger Zugriff

**Ab 295 €**

[Zum Dossier](#)



Allgemeine  
Informationen

Jährliche 27,2 Mio. [↗](#)  
[Touristenankünfte in Griechenland](#)

Jährliche 87,63 Mio. [↗](#)  
[Übernachtungen in Griechenland](#)

[Anzahl der 35.719 \[↗\]\(#\)  
Betreiberbetriebe in Griechenland](#)



Thessaloniki.

Sowohl die [Anzahl der Beherbergungsbetriebe](#) (Hotels, Pensionen, Ferienhäuser etc.) als auch die [Anzahl der Schlafgelegenheiten](#) ist seit dem Jahr 2012 nach Verlusten wieder angestiegen. Gab es im Jahr 2011 noch 27.892 Beherbergungsbetriebe mit 1,11 Millionen Schlafgelegenheiten, so waren es fünf Jahre später über 34.600 Betriebe mit 1,24 Millionen Betten. Auch die [Anzahl deutscher Touristen](#) ist seit dem Jahr 2012 wieder stark angestiegen. Eine der beliebtesten Urlaubsaktivitäten in Griechenland ist der Besuch von archäologischen Stätten und Museen. Im Jahr 2017 besuchten über 11,3 Millionen Personen [archäologische Stätten in Griechenland](#). Das am häufigsten [besuchte Museum Griechenlands](#) war das Akropolis Museum in Athen mit rund 1,6 Millionen Besuchern, die [Akropolis selbst](#) wurde im gleichen Betrachtungszeitraum von über 2,7 Millionen Personen besichtigt.

*Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden. Aufgrund unterschiedlicher Aktualisierungsrhythmen können Statistiken einen aktuelleren Datenstand aufweisen.*

[Weniger anzeigen](#) ▲

**Jährliche Touristenankünfte in Griechenland**

27,2 Mio.

**Gesamter Beitrag des Tourismus zum BIP**

35 Mrd. €

**URLAUBSLAND GRIECHENLAND - WICHTIGE STATISTIKEN**

Wir verwenden Cookies um Inhalte und Anzeigen zu personalisieren, Funktionen für soziale Medien anbieten zu können und die Zugriffe auf unsere Website zu analysieren. In den Einstellungen ihres Browsers können Sie dies anpassen bzw. unterbinden und bereits gesetzte Cookies löschen. Details dazu finden Sie über die Hilfe Ihres Browsers (erreichbar über die F1 Taste). Details zu unserer Datennutzung finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

- Kreta ist die beliebteste Region bei Touristen (Anzahl der Übernachtungen) 24,5 Mio. [↗](#)
- Juli ist der beliebteste Anreisemonat (Anteil der jährlichen Ankünfte) 18,3% [↗](#)
- Anzahl der jährlichen Kreuzfahrtpassagiere in Griechenland 4,09 Mio. [↗](#)

**HOTELAUFENTHALT**

Statista Konsument Tabellenband

Alle Top-Statistiken quantitativen Konsumenten-Expertenbefragungen

Download als XLSX

Ergebnisse einer Studie

Ab 300 € pro Tabelle

[Zur Seite](#)

**OK**

## Statistik-Lexikon: Definition Regressionsanalyse

Die Regressionsanalyse ist das Analyseverfahren zur Errechnung einer **Regression** in Form von Regressionsgeraden bzw. – funktion. Die Regression gibt an, welcher gerichtete lineare **Zusammenhang** zwischen zwei oder mehr **Variablen** besteht. Das so genannte Bestimmtheitsmaß ( $R^2$ ) drückt dabei aus, wie gut die Regressionsgerade den Zusammenhang zwischen **unabhängiger** und **abhängiger** Variable wiedergibt.  $R^2$  liegt zwischen 0 und 1, wobei der Wert  $R^2 = 1$  bedeuten würde, dass jeder beobachtete Datenpunkt direkt auf der Regressionsgeraden liegt.

Die Ermittlung einer Regressionsfunktion besagt noch nicht, dass der ermittelte Zusammenhang signifikant ist. Das heißt, dass der errechnete Zusammenhang zwischen zwei oder mehreren Variablen für die **Stichprobe** gilt, auch auf die **Grundgesamtheit** übertragen werden kann. Die Signifikanz dieser Übertragung - anders gesagt, die **Signifikanz** der Regression - wird durch den so genannten **F-Test** ermittelt. Wenn man den Zusammenhang von mehreren unabhängigen Variablen mit einer abhängigen Variable errechnet, wird die jeweilige Signifikanz der unabhängigen Variable durch den **t-Test** ermittelt.

Die Aussagekraft einer Regression beruht auf der Vollständigkeit des Modells. Wenn bei einem Modell eine oder mehrere unabhängige Variablen nicht berücksichtigt werden, kann das Ergebnis zwar rechnerisch „korrekt“ sein, die realen Zusammenhänge werden aber nicht aufgedeckt. Ein Beispiel: Der Eiscremeabsatz im Jahresschnitt wird auf Basis der unabhängigen Variablen Tagesdurchschnittstemperatur errechnet. Der errechnete Zusammenhang, wiedergegeben mit der Regressionsgerade, ist signifikant, trifft also auf die Grundgesamtheit zu. In diesem Fall steigt der Absatz von Eiscreme mit jedem Grad Celsius um 12 Prozent. Da aber nicht nur die Tagesdurchschnittstemperatur betrachtet wurde, nicht aber der Preis je Eiskugel, fehlt die maßgebliche Auswirkung auf den Eiscremeabsatz. Auch der Preis je Kugel hat in unserem Modell einen Einfluss auf den Absatz. Der Preis steigt in den Sommermonaten an und fällt zum Winter wieder ab. Die zuvor errechnete Regression ist daher verzerrt. Würde der Eiscremepreis in das Modell eingebunden werden, ließe sich feststellen, dass bei konstantem Eiscremepreis ein Grad Celsius nicht zu 12 Prozent, sondern zu 16 Prozent mehr Absatz führen würde. Durch die Preiserhöhung im Sommer wird diese Absatzzunahme jedoch ausgebremst.

**!** Bitte beachten Sie, dass es sich bei den einzelnen Definitionen in unserem Statistik-Lexikon um vereinfachte Erläuterungen handelt. Hierbei ist es das Ziel, die einzelnen Begriffe einer möglichst breiten Nutzergruppe näher zu bringen. Insofern besteht die Möglichkeit, dass einzelne Definitionen wissenschaftlichen Standards nicht entsprechen.

Wir verwenden Cookies um Inhalte und Anzeigen zu personalisieren, unsere Website zu analysieren und zu verbessern. In den Einstellungen Ihres Browsers können Sie dies anpassen bzw. unterbinden und bereits gesetzte Cookies löschen. Details dazu finden Sie über die "Hilfe" Ihres Browsers (erreichbar über die F1 Taste). Details zu unserer Datennutzung finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

[Startseite](#)  
[Über Statista](#)



Mach abends länger. Was dir Spaß macht.



Schlag 12 - Der Mittagskommentar

01. Juli 2015 15:15 Uhr

## Schluss mit Fakelaki

Die wahre Troika, die Griechenland beherrscht, besteht aus Bürokratie, Korruption und Vetternwirtschaft. Für die Rettung des Landes braucht es weit mehr als frisches Geld: einen Mentalitätswechsel.

Von Jan Rosenkranz



Schwarzarbeit im Fakelaki-Land: Zum Ausweg aus der Krise muss auch ein Mentalitätswechsel in der griechischen Bevölkerung her

©Franziska Kraufmann/DPA



**Jan Rosenkranz**

Reporter im Hauptstadtbüro

[Zur Autorensseite](#)

Forscher haben herausgefunden, dass der Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt bei zwölf Prozent liegt. In Deutschland. Nicht so in Griechenland. Hier liegt der Anteil bei einem Viertel bis einem Drittel des BIP. In ihrer Studie "[The hard shadow of the Greek economy](#)" kommen fünf Ökonomen sogar zu dem vernichtenden Schluss: 60 Prozent der griechischen Wirtschaft liegen im Schatten.

Ja, Griechenland ist pleite. Ja, [Angela Merkel](#) und die [Troika](#) mögen das ihre dazu beigetragen haben. Dass Griechenland heute ein Dasein als renitenter "failed state" am Rande Europas fristet, liegt jedoch vor allem daran, dass in diesem sonnigen Land nach wie vor so vieles im Schatten passiert. Dass Steuerhinterziehung

der Normalfall ist. Dass bei allen Fortschritten, die es in den vergangenen fünf Jahren gegeben haben mag, in Griechenland

Auch auf dieser Seite werden Cookies verwendet. Wir können damit die Seitenutzung auswerten, um nutzungsbasierte redaktionelle Inhalte und Werbung anzuzeigen. Das ist für uns wichtig, denn unser Angebot finanziert sich über Werbung. Die Nutzung der Seite impliziert Zustimmung zur Cookie-Nutzung. [Weitere Infos und Optionen](#)

OK

noch immer eine andere Troika herrscht: die Troika aus Korruption, Bürokratie und Vetternwirtschaft.

### Wozu Steuern zahlen?

Natürlich muss jetzt der unmittelbare Staatsbankrott abgewendet werden. Das schafft Luft - für Wochen, vielleicht für einige Monate. Doch wenn Griechenland nicht zum dauerhaften "EU-Protectorat" werden will, braucht das Land dringend einen grundlegenden Mentalitätswechsel.



+++ GRIECHENLAND-TICKER +++

**Dijsselbloem erinnert Tsipras an Zahlungsversprechen**

Weder Angela Merkel noch der Internationale Währungsfonds tragen Schuld daran, dass die Menschen zwischen Korfu und Kreta seit Jahrzehnten gewohnt sind, ihre Probleme mit "Fakelaki" zu lösen, kleinen Umschlägen, die mal mehr, mal weniger Scheine enthalten. Weder die Euro-Gruppe noch die Europäische Zentralbank haben erzwungen, dass jedes dritte Unternehmen Griechenlands Mitarbeiter beschäftigt, für die es weder

Steuern noch Abgaben leistet.

LIVE ABSTIMMUNG  1.523 MAL ABGESTIMMT

### Kann Griechenland finanzielle Unabhängigkeit erreichen?



Wenn der Staat nicht funktioniert, wenn er die grundlegenden Aufgaben nur schlecht oder gar nicht erfüllen kann, wenn er reiche Reeder verschont und arme Rentner schröpft, wenn alle für Alles selbst bezahlen müssen oder leer ausgehen - wofür soll man dann Steuern zahlen? Bei ihren bisherigen Versuchen, Griechenland vom Untergang zu retten, sind bislang alle auch an eben dieser Haltung gescheitert.

### Es ist auch mein Staat

Das Land steckt fest im Teufelskreis: Steuererhöhungen und steigende Arbeitslosenzahlen führen zu mehr Schwarzarbeit und weiter sinkenden Staatseinnahmen. Leere Kassen führen wiederum zu noch mehr Steuererhöhungen, zu noch mehr Arbeitslosen, noch mehr Schwarzarbeit, noch weniger Staatseinnahmen. Und der Schuldenberg wächst weiter.

"Bei einer renitenten Bevölkerung und bei Unternehmen, die an Schwarzarbeit gewöhnt sind, ist eine Verhaltensänderung nur sehr schwer zu erreichen", hat Athanassios Pitsoulis, einer der Autoren der "Schatten"-Studie, kürzlich gewarnt. Doch genau darin liegt, bei aller Schuldenlast, Griechenlands wahres Problem: Der Staat muss funktionieren, damit seine Bürger Steuern zahlen. Der Staat kann nur funktionieren, wenn seine Bürger Steuern zahlen. Das ist die eigentliche Aufgabe der Griechen-Retter: die Quadratur des Kreises.

Wahrscheinlich wird es Jahre dauern, vielleicht eine ganze Generation bis die große Mehrheit der Griechen sagen kann: Es ist auch mein Staat. Bis dahin ist Krise.

## ERFAHREN SIE MEHR:

### GRIECHENLAND VOR DER STAATSPLEITE

Die Krise in elf Tweets

### GRIECHENLAND-KRISE

Varoufakis könnte nach Referendum zurücktreten

### GRIECHEN-DRAMA VON A BIS Z

Behalten Sie den Durchblick in der Schuldenkrise

### VIDEO

**Kramp-Karrenbauer will Kanzlerkandidatur erst im Herbst 2020 regeln**

### CHAMPIONS LEAGUE

**Jürgen Klopp entfährt rüder Versprecher im TV - die Liverpool-Fans feiern ihn dafür**



DAS KLASSISCHE KARTENSPIEL!

**Solitär - Jetzt kostenlos spielen!**

SPIELEN

### FÜR EINE GESUNDE LEBER

Anzeige

**Die AOK Hessen verrät dir, wie du deine Leber bei ihrer Arbeit unterstützt.**

### JAMES CAMERON

**Der Regisseur postet sinkende Titanic**



### EINSATZ FÜR DIE ARMEN

**Kardinal knackt Stromkasten von besetztem Haus - und riskiert Gefängnisstrafe**

Von Marc Drewello

### GESUNDHEITS-PRÄMIEN

Anzeige

**Das sind die besten 7 Mittel gegen Prostata-Erkrankungen**

### RÄTSELRATEN UM POMPEOS ABSAGE DES ...

**Rätselraten um Pompeos Absage des Deutschland-Besuchs**



DAS 3-GEWINNT GAME

**Exchange - Jetzt kostenlos spielen**

SPIELEN

Home &gt; Wirtschaft &gt; Unternehmen &gt; Siemens: Korruptionsaffäre - "Das ist wie bei der Mafia"

Presseportal

14. Januar 2011, 14:20 Uhr Siemens: Korruptionsaffäre

## "Das ist wie bei der Mafia"

**330 dubiose Projekte, 4300 illegale Zahlungen und Kosten von insgesamt 2,5 Milliarden Euro: Die Ausmaße der Korruptionsaffäre bei Siemens sind immens. Sie hat aber auch die ganze Wirtschaft zum Umdenken gebracht.**

Von [Hans Leyendecker](#)

[Feedback](#)

Zerbeulte Egos, zerstörte Karrieren, eine Milliarden-Strafe - der Siemens-Skandal erwies sich als gigantischer Regelverstoß. Die Aufarbeitung der Korruptionsaffäre durch Münchner Ermittler und durch den Konzern selbst hat weltweit Maßstäbe gesetzt. Möglicherweise werden eines Tages Korruptionsforscher von der Zeit vor und der Zeit nach dem Siemens-Fall sprechen.



Die Korruptionsaffäre bei Siemens läutete in der gesamten Wirtschaft ein Umdenken ein. (Foto: REUTERS)

Davor, das war die Zeit von Heuchelei und Hybris: Dass der kurzfristige, mit illegalen Mitteln erzielte Geschäftserfolg von Übel sei, diese Losung kannten alle Siemens-Leute. Die Realität war in vielen Bereichen des Konzerns aber dennoch eine ganz andere: Es wurde kräftig bestochen. Fahnder stießen auf rund 4300 illegale Zahlungen. Sie protokollierten mehr als 330 dubiose Projekte - von Kraftwerken in Israel bis hin zu fälschungssicheren Ausweisen in Argentinien. Mit umgerechnet rund 1,3 Milliarden Euro war Landschaftspflege der besonderen Art betrieben worden.

Danach, da dominierten zunächst Wut und Verblüffung: Dass Mitglieder des Vorstands ein "Paralleluniversum gedeckt, geduldet oder gar initiiert hatten", wie Aufsichtsratschef Gerhard Cromme feststellte. Dass die staatlichen Ermittler hartnäckig nachforschten, nachdem sie am 15. November 2006 ihre Großrazzia gestartet hatten. Von oben zog niemand die Handbremse, was auch bemerkenswert ist. Am Ende kostete der Skandal den Konzern etwa zweieinhalb Milliarden Euro an Strafen, Nachsteuern sowie an zusätzlichen Honoraren für Anwälte und Wirtschaftsprüfer.

Das viele Geld war aber auch eine Investition in ein sauberes Unternehmen: Heute ist [Siemens](#) bei der Korruptionsbekämpfung das deutsche Vorzeige-

ANZEIGE

Für Projekt Manager:

Digitalisierungshürden  
identifizieren und beseitigen

- Vorteile & Anforderungen der Digitalisierung.
- Die Mitarbeiter überzeugen und motivieren.
- Verantwortung intensivieren und übertragen.
- Die übergreifende Zusammenarbeit optimieren.

Unternehmen. Der Konzern hat sich zu sauberen Geschäften verpflichtet. Bei Verstößen gilt weltweit das Gebot: null Toleranz. "Siemens wird niemanden mehr bestechen", behauptet Cromme.

Auch wegen der Aktivitäten der vielen Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften ist es heute weitaus riskanter, Schmiergeld zu zahlen - wie es früher üblich war. Und bei der Verfolgung von Korruption im Ausland ist Deutschland weltweit ganz vorn, wie im vorigen Jahr die Anti-Korruptions-Organisation Transparency International (TI) feststellte. In vielen der von ihr untersuchten Länder ignorierten Staatsanwaltschaften etwaige Schmiergeldzahlungen im Ausland.

WEITERLESEN NACH DIESER ANZEIGE



### Überall Compliance

Übertreiben die Deutschen? Bis 1999 war Korruption in Deutschland nur moralisch anstößig. Dann kamen neue Gesetze. Endlich. Der Siemens-Fall war vermutlich eine Zäsur, aber auch weitere aufgeflogene oder schon abgeurteilte Skandalfälle bei MAN, Daimler, Telekom, Bahn oder Ferrostaal lösten in der deutschen Wirtschaft eine neue Bewegung aus: Überall entstanden in [Unternehmen](#) große Compliance-Abteilungen, die für die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und internen Standards sorgen sollen. Meist werden sie mit einem neuartigen Ethik- und Wertemanagement kombiniert. Ausführlich dargestellte Compliance verbessert die Marktstellung von Unternehmen erheblich.

Aber: Sind alle mit aufwendigen Compliance-Abteilungen ausgestattete Unternehmen wirklich ganz sauber geworden? Häufige Besucher von Fachkongressen zum Kampf gegen Bestechung können bei dieser Frage schon mal ins Grübeln kommen. Zum einen verweisen bei solchen Anlässen die Praktiker gern zu späterer Stunde auf den Umstand, solche Systeme seien auch sinnvoll, um für den Fall der Fälle die Vorstände oder Geschäftsführer vor Haftung zu bewahren.



Siemens: Pierers Erbe  
Macher von einst

[Home](#) > [Wirtschaft](#) > [Siemens-Schmiergeldaffäre - Neuer Drang zur Sauberkeit](#)[Presseportal](#)19. Mai 2010, 19:55 Uhr **Siemens-Schmiergeldaffäre**

## Neuer Drang zur Sauberkeit

**Vor einem Jahr wurde der Schmiergeldskandal bei Siemens bekannt: Konzerne nehmen seitdem den Kampf gegen Korruption ernster - die Frage ist, wie lange noch.**Von [Hans Leyendecker](#)[Feedback](#)

Das Wort "Zäsur" hat nach Auskunft der etymologischen Wörterbücher die Grundbedeutung, einen Einschnitt zu markieren; auch im Zusammenhang mit "Hauen", "Hieb", "Schnitt" wurde der Ausdruck häufig verwendet.

Das Wort trifft auf eine Heimsuchung eines Weltkonzerns zu, die vor ziemlich genau einem Jahr stattfand: Am 15. November 2006 startete die Münchner Staatsanwaltschaft eine Razzia bei Siemens, die Europas größten Technologiekonzern erschütterte, die alte Führungsmannschaft paralyisierte oder hinwegfegte und deren Folgen für das weltumspannende Unternehmen noch immer nicht absehbar sind.

Einen Schmiergeldskandal mit problematischen Zahlungen in Höhe von mindestens 1,3 Milliarden Euro hatte es in der Geschichte der Republik noch nie gegeben, und die Folgen waren fatal: Vorstände rückten in Untersuchungshaft ein, die Haus-Spitze musste gehen, es drohen Strafzahlungen in hoher Milliardenhöhe. Auch durchforsten amerikanische Anwälte den 160 Jahre alten Konzern, was selbst mancher Strafverfolger für "Wirtschaftsimperialismus" hält.

Der Fall Siemens und die Folgen lösten in großen deutschen Unternehmen eine Schockwelle aus. Bei Industriebetrieben wie MAN wurden sogenannte Taskforces installiert, also besondere Teams, die die Verhaltensregeln überprüften und, wenn nötig, verschärften.

Es gab einen Wettlauf der Firmen um die besten Strafrechtler unter den Anwälten, denn die Unternehmensführung und die Rechtsabteilungen der Häuser wollten vorbereitet sein, falls der Staatsanwalt kommt.

Dass ein in der Industrie hochanerkannter Zentralvorstand wie der Siemens-Manager Johannes Feldmayer acht Tage in Untersuchungshaft verbringen musste, war ein Schock für die Kollegen.

### Nulltoleranz ausgerufen

"Ist es wahr, dass der seine Zahnbürste nicht bekam?" "Wurde er mit anderen Häftlingen in einer grünen Minna verschubt?" Das sind die Fragen bei Treffen der Wirtschaftselite dieses Landes.

ANZEIGE

**Für Projekt Manager:****Digitalisierungshürden identifizieren und beseitigen**

- Vorteile & Anforderungen der Digitalisierung.
- Die Mitarbeiter überzeugen und motivieren.
- Verantwortung intensivieren und übertragen.
- Die übergreifende Zusammenarbeit optimieren.

WEITERLESEN NACH DIESER ANZEIGE





Viele Vorstandschefs beriefen ihre Führungskreise ein und verkündeten Nulltoleranz. Er dulde keine Form der Bestechung, erklärte beispielsweise MAN-Vorstandschef Hakan Samuelsson.

Früher war es nicht nur bei Siemens die Regel, dass Mitarbeiter, die krumme Touren gemacht hatten und aufgefallen waren, in Tochterunternehmen untergebracht wurden oder gut honorierte Beraterverträge bekamen.

Das soll jetzt vorbei sein. "Wir erleben eine Zeitenwende", sagt Peter von Blomberg aus dem Vorstand der Anti-Korruptionsorganisation Transparency International Deutschland. Das "Siemens-Drama" habe vieles verändert.

Nun ist es nicht das erste Mal, dass nach Auffliegen von Affären in Politik oder Wirtschaft Reue und Einsicht beschworen und strikte Regeln angekündigt werden. Nach dem Bekanntwerden einer Schmiergeldaffäre Anfang der 90er Jahre hatte der damalige Siemens-Vorstandsvorsitzende Heinrich von Pierer 1992 in einem Interview erklärt: Er sei "überrascht" und "betroffen", aber die Öffentlichkeit könne sicher sein, dass die Konzernleitung alles tun werde, damit sich solche "Dinge" nicht wiederholten.

Die Führungskräfte des Hauses hätten Sauberkeitserklärungen abgegeben, und immerhin gebe es ja auch dazu einen Vorstandsbeschluss von Juni 1991.

Was damals als Regelverstoß missbilligt wurde, war ein Klacks verglichen mit dem, was später in dem Münchner Konzern passiert ist. Aber richtig ist auch, dass die Unternehmen nach dem Siemens-Drama das Thema Compliance entdeckt haben, und das ist ein Hinweis, dass es diesmal möglicherweise nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt.

Compliance steht für ein ganzheitliches Organisationsmodell, das die Einhaltung von internen Standards und gesetzlichen Bestimmungen sicherstellen soll. Meist werden Compliance-Systeme mit einem Ethik- und Wertemanagement kombiniert und sollen rechtlich und ethisch korrektes Verhalten von Firmen und Mitarbeitern gewährleisten - gegen Kartellbildung, Korruption, Geldwäsche oder Diskriminierung. Saubere Unternehmensführung statt Knast ist, vergrößert, das Ziel.

Compliance ist keine Erfindung dieser aufgeregten Tage, aber früher wurde der Posten häufig mit Firmenjuristen besetzt, für die es sonst keine Verwendung gab, oder der Leiter der Rechtsabteilung übernahm den Posten zusätzlich.

### **Wertewandel in Deutschland**

Das ändert sich. Personalberatungsunternehmen fahnden in diesen Tagen nach guten Compliance-Officers, wie sie genannt werden. Die Gehälter haben sich oft verdoppelt, und es wird üblich, dass ein Chief Compliance Officer (CCO) eine eigene Stabsstelle bekommt und direkt dem Vorstand verantwortlich ist.

Dass einer der renommiertesten Korruptionsbekämpfer der Republik, der Frankfurter Oberstaatsanwalt Wolfgang Schaupensteiner, im Alter von 59 Jahren vor ein paar Monaten als CCO zur Bahn wechselte, zeigt die Bedeutung der Aufgabe.

Der Werte-Wandel hängt aber auch damit zusammen, dass die Sanktionen immer härter werden und sich eine Amerikanisierung des Rechts abzeichnet. Das Vergaberecht wird neu entdeckt, über ein Unternehmensstrafrecht wird diskutiert.

WEITERLESEN NACH DIESER ANZEIGE

Zwar ist in Deutschland noch kein Manager, wie in den USA, zu vierzig Jahren Haft wegen unsauberer Praktiken verurteilt worden, aber die finanziellen Strafen wegen illegaler Preis- oder Gebietsabsprachen beispielsweise können empfindlich sein.

So verhängt mittlerweile die EU-Kommission regelmäßig bei Kartellabsprachen Bußen in dreistelliger Millionenhöhe. Vier Mitglieder eines Aufzugkartells mussten im Februar dieses Jahres Strafgebühren in Höhe von 992 Millionen Euro zahlen.

Mit 479 Millionen Euro muss Thyssen-Krupp Elevator die höchste Einzelstrafe leisten, weil der Konzern schon früher bei illegalen Absprachen aufgefallen war.

#### 40 Jahre Haft für Manager

Der Konzern BASF, der Ende der 90er Jahre wegen illegaler Preisabsprachen im Vitamingeschäft eine hohe Geldbuße erhielt, hatte danach ein Compliance-Programm aufgelegt und strikte Verhaltensregeln für die Mitarbeiter erlassen. Vier-Augen-Prinzip, Rotation, Dokumentationspflichten gelten mittlerweile, und wer die Regeln dennoch verletzt, dem droht der Rauswurf.

Wer bei Preisabsprachen in den USA erwischt wird, muss zudem damit rechnen, in den USA eine Haftstrafe absitzen zu müssen, auch wenn er mittlerweile wieder in Deutschland arbeitet.

Als vorbildlich gilt den deutschen Compliance-Experten das Anti-Korruptionsprogramm des Siemens-Konkurrenten General Electric (GE), der seit 1954 Compliance-Regeln kennt. "Ich weiß nicht genau, wie GE es macht, aber wir müssen es genauso machen", hatte Siemens-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme in den Anfangstagen der Affäre intern erklärt.

Der Kampf um mehr Sauberkeit kostet Geld, ist aufwendig und sehr bürokratisch, worüber in diesen Tagen viele Manager klagen. Aber: "Wenn Sie Compliance für teuer halten, versuchen Sie es einmal mit Nicht-Compliance", spottet der Münchner Anwalt Christoph E. Hauschka.

Der Siemens-Fall, der seit einem Jahr aufgerollt wird, könnte also tatsächlich eine Zäsur sein, aber früher wurde der Begriff auch im Zusammenhang mit "Unterbrechung" verwendet.

[zur Startseite](#)

Diskussion zu diesem Artikel auf: [Rivva](#)

©SZ vom 16.11.2007/bpr

Das könnte Sie auch interessieren

powered by plista

ANZEIGEN

Transparency International

## Korruption beherrscht griechischen Alltag

| apn, AFP, t-online.de



In Griechenland beherrscht laut Transparency Korruption den Alltag (Foto: imago)



Teilen



Finnen



Drucken



Mailen

Redaktion

**Misswirtschaft und Korruption: Griechenland leidet neben der selbstverschuldeten Finanzkrise auch unter einer Kultur der Bestechung. Einer Studie von Transparency International (TI) zufolge zahlten Griechen im vergangenen Jahr durchschnittlich gut 3000 Euro sogenanntes Fakelaki, wie "Die Welt" unter Berufung auf die Untersuchung berichtete. In Deutschland hielt zugleich die Diskussion darüber an, wie dem hochverschuldeten Land geholfen werden kann.**

### TOP-LINKS ZUM THEMA KONZERNE

- » **Großes Ranking:** Deutschlands umsatzstärkste Unternehmen
- » **Fortune Ranking:** Die weltweit umsatzstärksten Konzerne
- » **Krisensicher anlegen:** Goldshop

### 787 Millionen Euro Bestechungsgeld

Laut Transparency International zahlten griechische Haushalte 2009 insgesamt 787 Millionen Euro Bestechungsgeld. Davon flossen 462 Millionen Euro an Staatsdiener und 325 Millionen Euro in den Privatsektor. Die Summe der Bestechungsgelder wäre damit in nur zwei Jahren um gut 23 Prozent gestiegen. Diese Zahlen gäben nur einen kleinen Teil der Korruption in Griechenland wider, denn längst nicht jeder Befragte gebe die Zahlung zu. Außerdem werde die Korruption auf Staats- und Unternehmensebene wie etwa beim Siemens-Bestechungsskandal davon nicht erfasst, hieß es in der Studie.

### Fakelaki für Führerschein, Baugenehmigung oder Arztbehandlung

Dem Bericht zufolge zahlten Griechen im vergangenen Jahr durchschnittlich 1355 Euro Bestechungsgeld, wenn sie etwa die Ausstellung eines Führer- oder Fahrzeugscheins beschleunigen, eine Baugenehmigung kaufen, schneller in ein öffentliches Krankenhaus aufgenommen oder die Ergebnisse einer Steuerprüfung manipulieren wollten. Im privaten Bereich etwa bei Anwälten, Ärzten oder Banken lag die durchschnittliche Bestechungssumme sogar bei 1671 Euro Bestechungsgeld, das gewöhnlich in einem Briefumschlag unter dem Tisch übergeben wird. Grundlage der Untersuchung ist dem Bericht zufolge eine Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Public Issue im Auftrag von TI unter 6122 erwachsenen

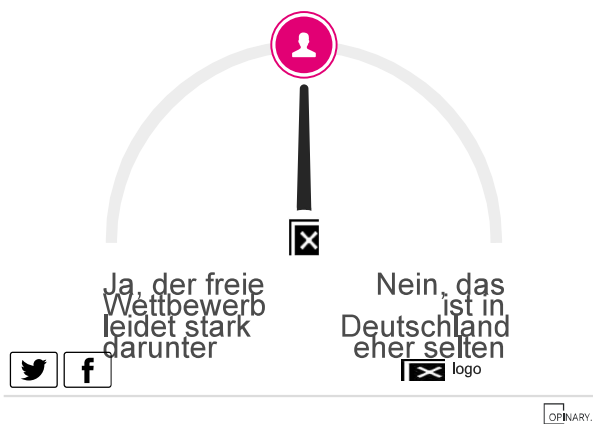
Griechen durchführte. Den Meinungsforschern gaben 13,4 Prozent der Befragten zu Protokoll, dass von ihnen Bestechungsgeld verlangt worden sei.

### "Bei jedem Schritt auf die Finger schauen"

Unterdessen wird der Ton gegenüber der griechischen Regierung rauer: So hält der deutsche Regierungsberater Otmar Issing eine strikte Kontrolle Griechenlands bei der Konsolidierung seiner Haushaltslage für nötig. "Man muss den Griechen bei jedem Schritt auf die Finger schauen", sagte der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank im Deutschlandradio Kultur. Zwar habe die griechische Regierung selbst einen Nachholbedarf festgestellt. Es stelle sich aber die Frage, inwieweit solche Pläne auch durchgeführt würden. Die Lösung müsse bei den Ursachen ansetzen, nämlich "einer unverantwortlichen Finanzpolitik Griechenlands in der Vergangenheit".

LIVE ABSTIMMUNG  69 MAL ABGESTIMMT

**Glauben Sie, dass Korruption in Deutschland ein Problem ist?**



### Westerwelle fordert konsequente Konsolidierung

Bundesaußenminister Guido Westerwelle forderte Griechenland auf, seine Konsolidierungspolitik konsequent fortzusetzen. Griechenland müsse seine Hausaufgaben machen, "bevor man über Schecks oder Blankoschecks reden kann". Dass die Konsolidierungspolitik umgesetzt werden müsse, werde man dem griechischen Premierminister Georgios Papandreou bei seinem Besuch in Berlin am Freitag sagen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am Montag erklärt, es sei Aufgabe Griechenlands, "dass das Vier-Prozent-Reduktionsziel wirklich umgesetzt wird". Zuvor hatte die Bundesregierung die Verwendung deutscher Haushaltsmittel zur Linderung der griechischen Finanznöte ausgeschlossen. Die griechische Regierung hat der EU bereits zugesagt, das Rentenalter anzuheben, die Beamtenbezüge zu kürzen und die Verbrauchssteuern zu erhöhen. Mitte März muss Griechenland Brüssel über die Umsetzung seiner Sparpläne Bericht erstatten.

     
 Teilen   Pinnen   Twittern   Drucken   Mailen   Redaktion

## MEHR AUS DER REDAKTION

Textilfrei entspannen

**Die wichtigsten Verhaltensregeln für Ihren FK...**

Symptome

**Das ist der Unterschied zwischen ADHS und ADS**

Anzeigen von Taboola

**Neuwagen online bestellen & sorgenfrei leasen**

Sixt Neuwagen

**Experten in Bonn begeistert: Dieser Kredit kostet fast nichts.**

finanzcheck.de

# CPI

[Startseite](#) [CPI](#) [CPI Ranking 2016](#)

## Tabellarisches Ranking



Rang	Land/Gebiet	CPI Wert 2016	Anzahl der Quellen	Umfang		Standardfehler	Konfidenzintervall 90%		CPI-Wert 2015	Rang 2015
				Min.	Max.		untere Grenze	obere Grenze		
1	Dänemark	90	7	83	99	2,46	86	94	91	1
1	Neuseeland	90	7	79	99	2,56	86	94	88	4
3	Finnland	89	7	83	94	1,46	87	92	90	2
4	Schweden	88	7	83	93	1,33	85	90	89	3
5	Schweiz	86	6	80	90	1,57	83	89	86	7
6	Norwegen	85	7	80	93	1,85	82	88	87	5
7	Singapur	84	8	73	91	2,35	81	88	85	8





# CPI

Startseite CPI

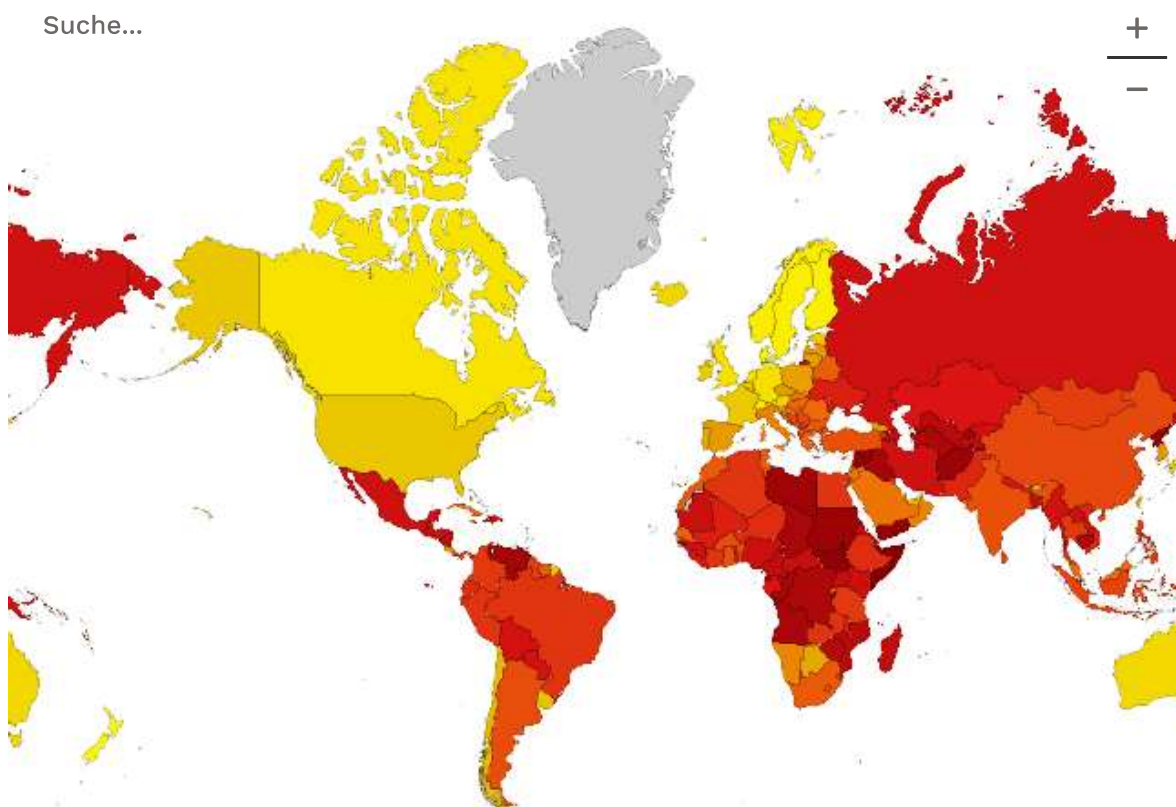
# Korruptionswahrnehmungsindex 2018

Der Corruption Perception Index (CPI) misst die in Politik und Verwaltung wahrgenommene Korruption und fasst 13 Einzelindizes von 12 unabhängigen Institutionen zusammen, deren Daten auf Expertinnen- und Experteninterviews, Umfragen und weitere Untersuchungen beruhen. Im Jahr 2018 wurden 180 Länder untersucht.



# Korruptionswahrnehmungsindex

2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018



Transparency International CC BY-ND 4.0

Kei



Deutschland erreicht dieses Jahr 80 Punkte – ein Punkt weniger als im Vorjahr. Dennoch rückt Deutschland im Ranking einen Platz nach vorne und teilt sich nun mit Großbritannien, das zwei Punkte verliert, den 11.





Rang. Während die meisten für Deutschland relevanten Indizes unverändert bleiben, gibt es bei einem Index eine deutliche Verschlechterung: Der World Economic Forum Executive Opinion Survey (EOS), der jährlich Führungskräfte aus der Wirtschaft befragt, sinkt von 74 auf 66 Punkte (von 100) – aus Sicht der Wirtschaftschefs nimmt Korruption und Bestechung in Wirtschaft und öffentlichen Institutionen in Deutschland zu.

Weltweit ist Dänemark mit 88 Punkten Spitzenreiter im CPI 2018 vor Neuseeland und Finnland, den letzten Platz belegt Somalia mit 10 Punkten. Mehr als zwei Drittel aller Länder erhalten eine Punktzahl von unter 50 Punkten, der Durchschnitt liegt bei nur 43 Punkten. Während die Mehrzahl der Staaten stagniert, sind in einigen Ländern deutliche Rückschritte zu verzeichnen. So rutschen die Vereinigten Staaten von Platz 16 auf Platz 22 ab – Korruption wird in den USA in der Wirtschaft und in staatlichen Institutionen als zunehmendes Problem wahrgenommen. Außerdem werden Interessenkonflikte in der Politik als Gefahr gesehen. Den deutlichsten Rückgang verzeichnet Aserbaidshans, das von Rang 122 auf Rang 152 abstürzt. 2017 waren Korruptionsvorwürfe bekannt geworden, wonach sich Politikerinnen und Politiker mehrerer europäischer Staaten, darunter auch in Deutschland, als Interessenvertreter Aserbaidshans im Europarat haben einkaufen lassen.

## Weiterführende Informationen





You are currently - [Home](#) [What we do](#) [Research](#) [Corruption perceptions index](#) Overview

# CORRUPTION PERCEPTIONS INDEX

## OVERVIEW

- CPI 2018
- CPI 2017
- CPI 2016
- CPI 2015
- CPI 2014
- CPI 2013
- CPI 2012
- CPI 2011
- CPI 2010
- CPI 2009
- CPI 2008
- CPI 2007
- CPI 2006
- CPI 2005
- CPI 2004
- CPI 2003
- CPI 2002
- CPI 2001
- CPI 2000
- CPI 1999
- CPI 1998
- CPI 1997
- CPI 1996
- CPI 1995

FIRST LAUNCHED IN 1995, THE CORRUPTION PERCEPTIONS INDEX HAS BEEN WIDELY CREDITED WITH PUTTING THE ISSUE OF CORRUPTION ON THE INTERNATIONAL POLICY AGENDA.

What does a number mean to you? Each year we score countries on how corrupt their public sectors are seen to be. Our Corruption Perceptions Index sends a powerful message and governments have been forced to take notice and act.

Behind these numbers is the daily reality for people living in these countries. The index cannot capture the individual frustration of this reality, but it does capture the informed views of analysts, businesspeople and experts in countries around the world. [How does your country score?](#)

### FOLLOW US ON SOCIAL MEDIA





# Scheinwerfer

Themenschwerpunkt: Best Practice – Strategien der Korruptionsbekämpfung

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit –  
Erfolgsmodelle in der Praxis



Anna Stetter: Zertifizierung im globalen  
Diamantenhandel – Good Governance  
oder nur Greenwashing? ..... 5

Interview mit Transparency Dänemark:  
Ein Gespräch mit Knut Godfredson  
..... 9

Transparency Deutschland wählt neuen  
Vorstand ..... 19

# Scheinwerfer 72

Editorial .....	3
<b>Best Practice – Strategien der Korruptionsbekämpfung</b>	<b>4</b>
Dorthe Siegmund und Martin Lycko: Best Practice – Wie effizient sind Erfolgsmodelle der Korruptionsbekämpfung in der Umsetzung?.....	4
Anna Stetter: Zertifizierung im globalen Diamantenhandel – Good Governance oder nur Greenwashing? .....	5
Interview mit Thomas Küchenmeister: Selbstverpflichtungen in der Wirtschaft .....	6
Wissenschaft: Führen Selbstverpflichtungen zu mehr Transparenz? .....	7
Welche Maßnahmen sind am effektivsten bei der Korruptionsprävention? – Erfahrungen aus der Verwaltungspraxis... ..	8
Wie machen die Dänen das? Erfahrungen des dänischen Chapters von Transparency International – ein Gespräch mit Knut Gotfredsen.....	9
Nico Herold: Korruptionsbekämpfung durch Whistleblowing – Was es mit Hinweisgebern auf sich hat .....	10
<b>Nachrichten und Berichte</b>	<b>11</b>
Politik .....	11
Informationsfreiheit .....	11
Hinweisgeber.....	12
Gesundheit.....	13
Wirtschaft .....	14
International.....	15
<b>Über Transparency</b>	<b>18</b>
Compliance oder Non-Compliance – das ist hier die Frage.....	18
Transparency Deutschland wählt neuen Vorstand – Vorsitzende Edda Müller im Amt bestätigt.....	19
Transparency beim OECD Integrity Forum in Paris .....	20
Korruptionsprävention im Beschaffungssamt der Bundeswehr .....	20
Große Verantwortung – Wenig Spielregeln .....	21
Schleswig-Holstein: Kein weißer Fleck mehr auf der Transparency-Landkarte.....	22
Vorstellung korporativer Mitglieder: GIZ – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH .....	23
Vorstellung nationaler Chapter: Transparency International USA .....	24
<b>Bundesländer im Vergleich</b>	<b>25</b>
Schleswig-Holstein.....	25
<b>Rezensionen</b>	<b>26</b>
Impressum .....	22



Edda Müller,  
Vorsitzende Transparency  
International Deutschland e.V.

## Liebe Leserinnen und Leser,

aus Schaden wird man klug, sagt der Volksmund. Der Schaden als Folge von Korruption und verschiedenste Formen von unethischem Verhalten bei Siemens, MAN, Ferrostaal und der Deutschen Bank lässt sich beziffern – er geht in die Milliarden Euro. Wie hoch der Schaden durch die Abgasmanipulationen bei VW am Ende sein wird, ist heute noch gar nicht absehbar. Ist man in den Chefetagen all dieser Unternehmen klüger geworden? Gibt es gute Beispiele zur Korruptionsprävention in Unternehmen? Und was ist von den Selbstverpflichtungen und Compliance-Management-Systemen zu halten, die in vielen Unternehmen zum Alltag gehören?

Diesen Fragen will unser Scheinwerfer nachgehen. Er wirft Fragen auf, die wir bei Transparency Deutschland intensiv diskutieren – ohne dafür in allen Fällen umfassende Lösungen anbieten zu können. Es geht um den Stellenwert von Integrität in einem globalen Wirtschaftssystem, das den Erfolg viel zu häufig am kurzfristigen *Shareholder Value* misst. Es geht um die Einordnung wirtschaftlicher Interessen in einen demokratischen Willensbildungsprozess, der ohne ausreichende

Transparenz, Fairness und Gleichbehandlung seine Legitimation verspielt. Es geht um ein gesellschaftliches Klima, bei dem die rücksichtslose Selbstbedienung als chic und cool gilt und der Ehrliche das Gefühl bekommt, der Dumme zu sein. Wir diskutieren über die Notwendigkeit des Kulturwandels in den Chefetagen der Banken. Wir verlangen, dass in allen Unternehmen das Topmanagement in seinem Verhalten ethischen Normen gehorcht und ein Vorbild an Wertorientierung und Integrität ist. Wir glauben an die Wirksamkeit von Fortbildung und innerbetrieblicher Schulung und freuen uns über die Unterstützung von Anwaltskanzleien und Unternehmensberatern, für die die Korruptionsprävention ein bedeutendes Geschäftsfeld ist. Wir fragen aber auch, ob das Vertrauen in die Lernfähigkeit einflussreicher Akteure in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft den notwendigen Wertewandel ausreichend rasch bewirken kann. Debatten, die wir in diesem Zusammenhang führen, betreffen den Handlungsspielraum von Individuen in einem institutionellen Kontext, der von ihnen selbst kaum beeinflussbar und veränderbar ist. Wir treten für ein Unternehmensstrafrecht ein, weil die

Suche nach dem Schuldigen die Verantwortlichen in den Vorstandsetagen aus der Schusslinie bringt und von Anstrengungen zur Schaffung korruptionsfeindlicher Strukturen abhält. Wir fordern einen wirksamen Schutz für Hinweisgeber, weil viele Arbeitnehmer Zivilcourage nicht ohne erhebliche Nachteile für sich selbst und ihre Familien praktizieren können.

Die Notwendigkeit zur Korruptionsprävention geht über den Bereich der Wirtschaft weit hinaus. Sie betrifft die institutionellen Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre ebenso wie die Strukturen unseres Gesundheitswesens, die Bedingungen einer freien und unabhängigen Presse sowie die Transparenz und Verantwortlichkeit zivilgesellschaftlicher Akteure und ihrer Organisationen – um nur einige Themen zu nennen. Der Scheinwerferredaktion, der ich für ihre kompetente Arbeit danke, werden daher die Themen nicht ausgehen. Ich wünsche eine anregende Lektüre.

*Ihre  
Edda Müller*

# Best Practice – Wie effizient sind Erfolgsmodelle der Korruptionsbekämpfung in der Umsetzung?

Von Dorte Sigmund und Martin Lycko

In den Schwerpunktthemen des *Scheinwerfer* beschäftigen wir uns meist mit den Missständen von Korruption, legen den Finger in die Wunde der Auswirkungen von Intransparenz in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Unsere Idee für diese Ausgabe war es, das Blatt zu wenden und uns auf die Erfolgsstrategien der Korruptionsbekämpfung zu konzentrieren. Wir begannen zu recherchieren. Rasch wurde klar: Wo viel Licht ist, ist auch Schatten. *Best Practice* kann als Vorbildfunktion fungieren und Einzelpersonen und Gruppen zu Höchstleistung und zur Reflektion anspornen, aber im schlechteren Fall auch ein Lippenbekenntnis bleiben.

So zeichnet unter anderem die kürzlich von Ernst & Young veröffentlichte Studie „14. Global Fraud Survey“ für die Korruptionsbekämpfung und Umsetzung von *Best Practice*-Strategien im Bereich der Wirtschaft ein kontroverses Bild. Strafverfolgungsbehörden erhöhen zwar durch nationale und internationale Zusammenarbeit den Druck auf Unternehmen, doch trotz der Risiken erwischt zu werden, setzen viele Unternehmen die Anti-Korruptionsprogramme nicht effizient um. Korruption und Bestechung bleiben somit weiterhin eine „substanzielle Gefahr“, ergab die Umfrage unter Führungskräften.

## Chancen und Hindernisse

Auf verschiedenen Ebenen erörtern unsere ExpertInnen in dieser Ausgabe *Best Practice*-Strategien wie Zertifizierung im internationalen Rohstoffhandel, Selbstverpflichtungen, Whistleblowing, Mitarbeiterschulungen und Rechtsgrundlagen. Dabei haben sie die unterschiedlichsten Facetten der praktischen Umsetzung von Erfolgsmodellen der Korruptionsbekämpfung und -prävention fest im Blick.

Thomas Küchenmeister, Vorsitzender von *Facing Finance*, erörtert im Interview, dass Unternehmen zwar öffentlichkeitswirksame Selbstverpflichtungen zur Korruptionsprävention nach außen tragen, zwischen Anspruch und Wirklichkeit jedoch eine große Lücke klafft. Auch im zivilgesellschaftlichen Bereich werden zahlreiche Selbstverpflichtungen formuliert. Ob und wie Hochschulen diese umsetzen, erläutert Arne Semsrott, Leiter der Transparency-Arbeitsgruppe Wissenschaft.

Die Politologin Dr. Anna Stetter diskutiert in ihrem Beitrag die Effizienz von Zertifizierung im globalen Diamantenhandel. Dabei erörtert sie die Fallstricke des Kimberly-Prozesses und deren Auswirkung auf die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards.

Dr. Klaus Stadler, früherer Korruptionsbeauftragter im Bundesverkehrsministerium, betont: Korruptionsprävention kann nur dann erfolgreich sein, wenn sich jedes Mitglied einer Or-



ganisation daran orientiert. Dementsprechend hält er interaktive Mitarbeiterseminare für die beste Option. Im Optimalfall bleibe das Thema Korruptionsbekämpfung dabei nachhaltig im Gedächtnis und werde Bestandteil der täglichen Aufgabenerledigung.

Der Jurist Dr. Nico Herold erörtert in seiner Studie die Motivation und das oftmals schwierige Arbeitsumfeld für Hinweisgeber. So ist Whistleblowing ausdrücklich politisch gewünscht, entsprechende rechtlich-politische Entscheidungen auf Bundestagebene bleiben allerdings aus. Untergräbt das Lobbying der Wirtschaft den geforderten Schutz von Whistleblowern?

Geht es auch fast ohne Korruption? Das Interview mit Knut Gotfredsen, Vorsitzender von Transparency Dänemark, erklärt, warum Korruption in Dänemark und anderen nordischen Staaten wenig verbreitet ist und wie er und sein Team Unternehmen durch Workshops dabei unterstützen, Korruptionsrisiken zu mindern.

Die Komplexität von Korruption zeigt einmal mehr, dass nur ein multidimensionaler Ansatz diese nachhaltig bekämpfen kann. *Best Practice*-Strategien effizient umsetzen, können wir nur gemeinsam – in Kooperation zwischen Rechtsinstanzen, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – packen wir es an!

*Dorte Sigmund und Martin Lycko sind Redaktionsmitglieder des Scheinwerfer und schreiben regelmäßig Artikel. Gemeinsam haben Sie den Schwerpunkt dieser Ausgabe konzeptionell betreut.*

# Zertifizierung im globalen Diamantenhandel – Good Governance oder nur Greenwashing?

Von Anna Stetter

Produktions- und Handelsbedingungen des 21. Jahrhunderts hinterlassen Spuren bei Mensch und Umwelt. Manchmal schüren sie soziale Konflikte, die bisweilen bürgerkriegsähnliche Ausmaße annehmen. Diese möglichen Begleiterscheinungen des globalisierten Wirtschaftens tragen sich meist weit entfernt vom Verbraucher zu. Diamanten sind dafür ein gravierendes Beispiel. In den 1990er Jahren beleuchteten Nichtregierungsorganisationen wie *Global Witness* und *Partnership Africa Canada* die zentrale Rolle des globalen Diamantenhandels in bewaffneten Konflikten in afrikanischen Ländern wie Angola, Sierra Leone oder Liberia. Die Strahlkraft des Brillianten als Symbol ewiger Liebe trübte sich. Ein weltweiter Boykottaufruf, ähnlich wie ihn die Pelzindustrie in den 1970ern erlebte, und ein unwiderruflicher Imageverlust drohten, die Zukunft der gesamten Diamantenindustrie zu gefährden. Politisch stabile Diamantenproduzenten wie Botswana, Namibia oder Südafrika fürchteten um wichtige Einnahmen. Vor diesem Hintergrund entstand 2003 das *Kimberley Process Certification Scheme* (Kimberley Prozess) – eine Zertifizierung für „konfliktfreien“ Diamantenhandel.

## Labels versprechen Transparenz in Handelsbeziehungen

Der Kimberley Prozess ist nur ein Beispiel von vielen. Auf Produkten platzierte Etiketten vermitteln dem Konsumenten, dass die Herstellungsbedingungen im Einklang mit Standards wie Sozialgerechtigkeit oder Umweltverträglichkeit stehen. Eine Zertifizierung bestätigt die nachweisliche Prüfung der Konformität des Produkts mit entsprechenden Anforderungen und unterstreicht die Glaubwürdigkeit. So entsteht Transparenz in sonst undurchschaubaren Produktions- und Handelsbeziehungen.

Allerdings setzt ein solches Label auf der Produktverpackung großes Vertrauen des Konsumenten voraus. Schlimmstenfalls gaukelt es Transparenz nur vor. Fälle von sogenanntem *Greenwashing* – bloße Behauptungen eines vermeintlich nachhaltigen Unternehmens zu Marketing-Zwecken – sind weit verbreitet. Letztlich bleibt die Frage: Bringt das Label tatsächlich bessere Sozial- und Umweltbedingungen? Um dies einschätzen zu können, muss der Verbraucher zunächst wissen, welche Standards hinter dem Label stecken. Dann bleibt es zu beurteilen, ob das Zertifizierungssystem die Einhaltung der Standards gewährleisten kann.

## Nüchternheit anstelle anfänglicher Euphorie

Der Kimberley Prozess galt bei seinem Inkrafttreten als einzigartiges Befriedungsinstrument im Kontext rohstoffbezogener Konflikte und Menschenrechtsverletzungen. Mittlerweile ist Nüchternheit an die Stelle der anfänglichen Euphorie getreten. Denn der Standard beruft sich auf eine enggefaste Definition von „Konfliktdiamanten“. Demnach tritt der Kimberley Prozess nur dann in Kraft, wenn Diamanten zur Finanzierung bewaffneter Konflikte gegen legitim gewählte Regierungen eingesetzt werden. Menschenrechtsverletzungen, die von gewählten Regierungen an der eigenen Bevölkerung begangen werden, können hingegen nicht geahndet werden. So schauten die am Kimberley Prozess beteiligten Länder beispielsweise jahrelang tatenlos zu, während staatlich autorisierte Sicherheitskräfte auf den Diamantenfeldern in Marange im Osten Zimbabwes schwere Übergriffe auf Zivilisten ausübten.

## Das Label erlöst den Konsumenten nicht von eigenverantwortlichem Handeln

Ein Grund für die Handlungsunfähigkeit des Kimberley Prozesses liegt in dem konsensbasierten Entscheidungsmodus. So kann der Ausschluss eines Mitglieds verhindert werden, wenn auch nur ein Staat seine Zustimmung verwehrt. Der Sinn dieser Zertifizierung – wie auch vieler anderer sozialer und ökologischer Labels – ist unstrittig. Der Kimberley Prozess konnte die Verstöße des Mugabe-Regimes zwar nicht unterbinden, hat aber das Forum für eine offene Debatte darüber geboten. Somit bringen zertifizierte Handelsketten zumindest etwas Transparenz in die sonst völlig undurchschaubaren Handelsbeziehungen. Allerdings bleibt es dem Konsumenten nicht erspart, genau hinzuschauen, um zum einen zu verstehen, was das Label eigentlich verspricht und zum anderen zu beurteilen, inwieweit es das Versprechen einhalten kann. |

*Dr. Anna Stetter ist Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Global Governance/Wirtschaftsethik. Das Thema ihrer Dissertation, die in Kürze publiziert wird, lautet „Global Standards and Certification Schemes: Institutional Design and Successful Sustainability Governance“.*



# Selbstverpflichtungen in der Wirtschaft: Interview mit Thomas Küchenmeister

*Thomas Küchenmeister ist geschäftsführender Vorstand von Facing Finance e.V. Die Organisation fordert von der Finanzbranche mehr Transparenz ein und sensibilisiert Investoren und Verbraucher dafür, nicht in Unternehmen zu investieren, die von Verletzungen der Menschenrechte, Umweltzerstörung, Korruption und der Herstellung völkerrechtswidriger Waffen profitieren.*



## *Welche Formen nehmen Selbstverpflichtungen bei Unternehmen an?*

Soziale und ökologische Selbstverpflichtungen gibt es zum Beispiel in Form von Mitgliedschaften in Initiativen wie dem UN Global Compact oder in Form des RSPO [Standard für die nachhaltige Produktion von Palmöl]. Unternehmen, Investoren und Banken formulieren aber auch in den Bereichen Klima, Menschenrechte oder Waffen mehr oder weniger präzise und umfangreiche sogenannte ESG-Richtlinien [Richtlinien zur Beachtung von ökologischen und sozialen Standards sowie guter Unternehmensführung], die unterschiedlich transparent beschreiben, wie sich ein Unternehmen beziehungsweise Investor in Bezug auf Fragen der Umwelt, der Gesellschaft und der Unternehmensführung verhalten will. Wichtig ist dabei immer, ob Selbstverpflichtungen lediglich das Innenverhältnis, zum Beispiel in Bezug auf den Umgang mit Mitarbeitern eines Unternehmens, oder eben auch das Außenverhältnis, wie in Bezug auf Beteiligungen oder Finanzierungen, regeln sollen.

## *Können Selbstverpflichtungen einen Beitrag zur Prävention und Bekämpfung von Korruption leisten?*

Finden Selbstverpflichtungen in allen Geschäftsbereichen Anwendung und werden sie dann auch transparent angewendet, können sie bis zu einem gewissen Grad durchaus wirksam sein und auch Korruption eindämmen. Das passiert aber viel zu selten und macht Regulierung durch den Gesetzgeber umso notwendiger. Im Rüstungssektor zum Beispiel spielt laut Expertenmeinung Korruption bei 50 Prozent aller Waffenprojekte eine Rolle, obwohl die Branche mittlerweile immer mehr Selbstverpflichtungen eingegangen ist. Das spricht nicht gerade für deren Wirksamkeit oder für einen ernsthaften Ansatz.

## *In Ihrem Bericht „Dirty Profits“ heißt es, dass Firmen sich nicht an Selbstverpflichtungen halten. Wie effektiv sind Selbstverpflichtungen in der Praxis?*

Das stimmt. Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Bezug auf die Beachtung von sozialen und ökologischen Normen eine große Lücke klafft. Selbstverpflichtungen sind eben nur dann ef-

ektiv, wenn sie umfassend formuliert und transparent sind sowie in allen Geschäftsbereichen Anwendung finden. Sehr häufig sind sie zudem unverbindlich, sanktionsfrei oder nur vage formuliert, so dass man eigentlich nicht mehr von effektiven Regeln sprechen kann.

## *Warum gehen Unternehmen dann Selbstverpflichtungen ein?*

Gern nutzen einige Unternehmen Selbstverpflichtungen um ihr Image aufzupolieren. Man spricht in diesem Zusammenhang von *Greenwashing* oder *Bluwashing*, wenn es zum Beispiel um UNO-Standards geht. Bestimmte Selbstverpflichtungen können mit relativ wenig Aufwand, beispielsweise durch Unterstützung von sozialen Einrichtungen, umgesetzt werden und sind öffentlichkeitswirksam und gut zu „verkaufen“. Oft decken Selbstverpflichtungen nur Teile des Geschäftsmodells ab und werden trotzdem und vollmundig als vollständiger Ausstieg aus einem kontroversen Geschäft verkauft, wie unter anderem beim Thema Streumunition. Sicherlich dienen Selbstverpflichtungen auch dazu, dem Gesetzgeber anzuzeigen, dass gesetzliche Regulierungen nicht notwendig sind, da die Unternehmen sich ja selbst kontrollieren. Klingt gut, funktioniert aber meistens nicht. Leider wollen noch viel zu wenige Unternehmen, etwa Banken, wirklich etwas verändern und Nachhaltigkeit und damit verbundene Selbstverpflichtungen als Wettbewerbsvorteil begreifen.

## *Gibt es Situationen, in denen Selbstverpflichtungen trotzdem Sinn machen, vor allem in der Korruptionsprävention?*

Korruptionsbekämpfung muss signifikanter Bestandteil der Unternehmensrichtlinien sein, welche regelmäßig und transparent kontrolliert werden müssen. Das wäre die Grundlage für erfolgreiche Prävention. Große Banken wie die Deutsche Bank versuchen gegenwärtig, in Form der FATF-Empfehlungen [Standard zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismus- und Proliferationsfinanzierung] oder der Wolfsberg-Prinzipien Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu verhindern. Der tägliche Blick auf Medienberichte zeigt uns, dass das noch nicht wirklich funktioniert. |

Die Fragen stellte Martin Lycko.



# Wissenschaft: Führen Selbstverpflichtungen zu mehr Transparenz?

Kann der Staat die Wissenschaft zwingen, transparent zu agieren? Können Behörden Hochschulen vorschreiben, wie sie mit ihren Geldern umzugehen haben? Die Regulierung staatlicher Hochschulen in Deutschland ist ein umkämpftes Feld. Während sich Hochschulen häufig gegen Eingriffe in ihre Angelegenheiten wehren und dabei auf die Unabhängigkeit der Wissenschaft verweisen, stellen Kritiker die Rechenschaftspflicht zur Verwendung öffentlicher Gelder in den Vordergrund.



Deutlich wird dies etwa im Streit um mehr Transparenz beim Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen Hochschulen und Unternehmen. Unter anderem weigert sich die Universität Köln seit Jahren, ihren Kooperationsvertrag mit dem Chemiekonzern Bayer herauszugeben. Nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen ist diese Haltung rechtmäßig: Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundeslandes ist zu schwach, um Hochschulen zur Herausgabe von Verträgen zu zwingen.

Der Konflikt wird damit nicht gelöst: Wenn Hochschulen Stillschweigen über die Inhalte ihrer Kooperationen mit der Wirtschaft behalten, wird damit längerfristig auch das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit erschüttert, wie dies in den USA bereits seit einigen Jahren zu beobachten ist. Daher haben einige Hochschulen in letzter Zeit erkannt, dass sie den Forderungen nach mehr Transparenz offen begegnen müssen. Das Karlsruher Institut für Technologie etwa hat für seine MitarbeiterInnen eine Handreichung zum Umgang mit Sponsoring und Spenden erarbeitet. Das niedersächsische Wissenschaftsministerium hat gemeinsam mit der Landeshochschulkonferenz 2015 Leitlinien zur Transparenz in der Forschung beschlossen, die Hochschulen unter anderem verpflichten, die Namen ihrer Sponsoren auf der eigenen Homepage zu veröffentlichen.

## Eine Kultur der Transparenz fördern

Zwar sind dies keine Instrumente, um Hochschulen zu verpflichten und zu zwingen, transparent zu agieren. Wer gegen die Leitlinien verstößt, muss nicht mit starken Sanktionen rechnen. Die Regelungen bergen jedoch eine andere Chance: Durch die dauerhafte Thematisierung von Transparenz im Hochschulsektor kann eine Kultur der Transparenz entstehen, in der Offenheit im Umgang mit den Hochschulfinanzen zur Regel wird. Wenn gerade die Spitzen der

Hochschulen, KanzlerInnen und Dekane, Transparenz vorleben, können Verfehlungen schneller skandalisiert und korrigiert werden. Transparency International unterstützt Hochschulen dabei mit der „Checkliste für Self-Audits zur Korruptionsprävention“. Die Liste kann als Anregung für eigene Leitlinien zur Transparenz benutzt werden und thematisiert

unter anderem Indikatoren zur Unabhängigkeit der Hochschulen (wie die Bildung einer interdisziplinären Drittmittelkommission) und Integrität (etwa Regelungen zur Annahme von Geschenken). Gemeinsam mit gesetzlichen Regelungen – zum Beispiel der Einbindung von Hochschulen in die Informationsfreiheitsgesetze – kann so eine Balance geschaffen werden, in der Unabhängigkeit der Wissenschaft und öffentliches Interesse an einer Transparenz der Hochschulen gleichermaßen zum Tragen kommen.

Arne Semsrott leitet die Arbeitsgruppe Wissenschaft bei Transparency Deutschland.

## Checkliste für Hochschulen – Praxisempfehlungen von Transparency Deutschland (Auszug)

### Grundsätzlich gilt:

In der Hochschule gibt es schriftliche Verhaltenskodizes, Leitsätze und Regeln guter wissenschaftlicher Praxis, die für alle Beschäftigten und Studierenden zugänglich und verbindlich sind.

### Im Umgang mit Drittmitteln:

Drittmittelgeber besitzen in akademischen Gremien wie beispielsweise in Berufungskommissionen und im Hochschulrat keine Mehrheit beziehungsweise kein Vetorecht.

Alle Kooperationsverträge sowie vereinnahmte Drittmittel werden unter Angabe des Drittmittelgebers, der Art und des Wertes der Zuwendung sowie des Verwendungszwecks auf der Internetseite der Hochschule veröffentlicht.

Alle Protokolle der Sitzungen des Aufsichtsgremiums werden grundsätzlich – nach in einer Geschäftsordnung definierten Transparenz-, Offenlegungs- und Vertraulichkeitspflichten – veröffentlicht.

Zwischen Einwerbenden und Annehmenden/Genehmigen besteht eine personelle Trennung.

# Welche Maßnahmen sind am effektivsten bei der Korruptionsprävention? – Erfahrungen aus der Verwaltungspraxis

Das wichtigste Ziel einer aktiven Korruptionsprävention ist, zu sensibilisieren und Gefahren und mögliche Verstrickungen bewusst zu machen. Bei der Umsetzung von Leitlinien und konkreten Verhaltensregeln ist es notwendig, dass Mitarbeiter das dahinterstehende Prinzip verstehen, das heißt, warum Fehlverhalten der eigenen Organisation schadet. Dann steigt die Akzeptanz von Präventionsmaßnahmen, und Risiken können reduziert werden. Dabei kommt es darauf an, wie die Mitarbeiter angesprochen werden. Der größte Erfolg bei der Korruptionsprävention wird immer mit einer Kombination verschiedener Maßnahmen erreicht:

- Anlassbezogen und/oder turnusmäßig bei der Einstellung des Mitarbeiters, bei einem aktuellen Vorfall oder als ausgewählter Themenschwerpunkt.
- In Schriftform anhand von Merk- und Informationsblatt, Verhaltenskodex, Richtlinie, Rundschreiben, Broschüre, Hausmitteilung oder Information, die in ein hausinternes Intranet eingestellt ist. Schriftliche Aussagen können präzise ausformuliert werden und auf sie kann immer wieder zurückgegriffen werden. Sie bedürfen jedoch einer ergänzenden Vermittlung, beispielsweise über Schulungen, um wirklich in der täglichen Praxis beachtet zu werden.
- Elektronisches Lernprogramm, das die selbständige und eigenverantwortliche Bearbeitung verschiedener Themenschwerpunkte ermöglicht.
- Mündlich durch Ansprache von Mensch zu Mensch, zum Beispiel durch persönliche Gespräche, bei Besprechungen, in Infoveranstaltungen und Seminaren.

Je nach Größe und Struktur der Organisation ist es sinnvoll, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass die Beschäftigten auf die für sie passende Weise angesprochen werden.

## Durchführung von Seminaren

Die effektivste Maßnahme gegen Korruption ist die zielgruppenorientierte, individuelle Fortbildung von Mensch zu Mensch, möglichst im Rahmen von Seminarveranstaltungen. Sie wirkt am besten gegen Korruption und stärkt die persönliche Integrität. Die persönliche Ansprache in Seminaren ermöglicht die Diskussion von Praxisfällen, direkte Rückfragen der Seminarteilnehmer zum Verständnis sowie Gruppenarbeit. Unsicherheiten können gleich ausgeräumt

und der Praxisbezug kann unmittelbar hergestellt werden. So können beispielsweise aufgetretene Korruptionsfälle angesprochen oder in Fallbeispielen mit Bezug zum eigenen Aufgabengebiet thematisiert werden. Damit wird das Thema Korruptionsprävention greifbar und besonders interessant.

## Lessons learned – Persönliche Ansprache ist entscheidend

Die Erfahrung im Bereich der öffentlichen Verwaltung zeigt, dass interaktive Schulungen das Thema Korruptionsprävention effektiv vermitteln können.

Oftmals sind die Beschäftigten unsicher im Umgang mit den bestehenden Regelungen zu Geschenken und Bewirtungen. Die „richtige“ Verhaltensweise kann in Seminaren optimal vermittelt werden. Hier können die TeilnehmerInnen bereits selbst erlebte Fälle diskutieren und eigene

Fallbeispiele bilden. Das Thema Korruptionsprävention bleibt damit viel intensiver und nachhaltiger im Gedächtnis. Sie wird dadurch zum Bestandteil der täglichen Aufgabenerledigung. Aufklärung und intensive Sensibilisierung im Hinblick auf Korruptionsgefahren sollten weiterhin einen hohen Stellenwert besitzen.

*Dr. Klaus Stadler war über neun Jahre als Antikorruptionsbeauftragter des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur tätig und hat dort über 200 Seminare zur Korruptionsprävention durchgeführt.*

Aufgrund des hohen Investitionshaushalts misst das Bundesverkehrsministerium nach eigenen Aussagen der Korruptionsprävention große Wichtigkeit bei. Das Ministerium hat ein eigenes Fortbildungskonzept entwickelt, um Wissen und Aktivitäten weiterzugeben. Bis Anfang 2015 wurden fast 50 Prozent des Personalbestandes in mehr als 700 Seminaren fortgebildet. Außerdem wurden ein elektronisches Lernprogramm sowie monatliche Veranstaltungen für neue Mitarbeiter eingeführt.

# Wie machen die Dänen das?

## Erfahrungen von Transparency Dänemark – Ein Interview mit Knut Gotfredsen



*Im Korruptionswahrnehmungsindex hält Dänemark sich dauerhaft an der Spitze: Das Land gilt als eines der am wenigsten korrupten Länder der Welt. Seit 2013 ist Knut Gotfredsen Vorsitzender von Transparency International Denmark. Der frühere Partner für Risikomanagement der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsfirma Deloitte spricht über das niedrige Level an Korruption in Dänemark und die Arbeit des dänischen Chapters. Gegründet im Jahr 1995 hat Transparency Dänemark derzeit 120 Mitglieder.*

*Dänemark ist seit 2012 gemäß Corruption Perception Index (CPI) das am wenigsten korrupte Land. Warum ist das so?*

Wir können das niedrige Level an Korruption bis zu Reformen des Staatsdienstes 1660 zurückverfolgen, seitdem Angestellte des öffentlichen Dienstes nach ihrer Qualität und nicht nach Verbindungen ausgewählt werden. Auch gute Gehälter und Pensionen sowie staatliche Kontrolle halten von Korruption ab. Und wir sehen außerdem eine starke Verbindung zwischen Vertrauen und niedriger Korruption: Wenn das Vertrauen in Mitmenschen und die Regierung hoch ist, so wie in Dänemark, ist auch die Korruption niedrig.

*Andere nordische Staaten liegen im Korruptionswahrnehmungsindex ebenfalls weit vorne. Gilt das gleiche auch für sie?*

Dänemark, Norwegen und Schweden waren um 1300 noch ein Königreich. Dänemark und Norwegen waren sogar bis 1814 vereint. Es gibt also eine Historie gemeinsamer Entwicklungen. So ist das Unternehmensrecht der letzten 100 Jahre in den nordischen Staaten identisch gewesen. Ähnliche Entwicklungen setzen sich daher auch heute noch fort.

*Wie hat das Dänische Chapter von Transparency International zu der Entwicklung beigetragen?*

Ich glaube nicht, dass es fair ist, Transparency diesen Verdienst anzurechnen, da es eine Entwicklung innerhalb der letzten 350 Jahre war. Da wir keine großen Fälle an Korruption haben, versuchen wir Impulsgeber bei kleineren Themen zu sein, beispielsweise bei Whistleblowerschutz, Informationszugang oder Parteienfinanzierung.

*Wie gehen Sie diese Probleme an?*

Grundsätzlich vertreten wir diese Themen gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik. Wir versuchen, interviewt und zitiert zu werden, wann immer diese Themen auftauchen und geben den Medien dadurch Input. Aber wir kommunizieren auch mit dem Parlament, besonders wenn sich eine Möglichkeit bietet, Gesetze zu ändern.

*Gibt es eine „Best Practice“, die Sie anderen Transparency Chapters mitgeben möchten?*

Im letzten Jahr hatten wir ein interessantes Projekt. Wir haben Anti-Korruption-Workshops für Manager von kleinen und mittelständischen Unternehmen in verschiedenen Regionen des Landes veranstaltet. Nachdem die Materialien jetzt einmal erstellt sind, wollen wir sie zukünftig für weitere Workshops verwenden.

*Wie hat der Workshop den Teilnehmern geholfen?*

Wie in Deutschland gibt es viele mittelständische Unternehmen, die einen großen Teil ihres Umsatzes im Ausland machen – auch in Ländern, in denen Korruption als Teil der Kultur angesehen wird. Firmen müssen sich dem entweder anpassen oder werden in diese Länder nicht erfolgreich exportieren. Ganz abgesehen davon, dass Korruption ethisch verwerflich ist, besteht das Risiko, erwischt und weltweit belangt zu werden. Deshalb haben wir den Teilnehmern Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, dem Training der Mitarbeiter und zur Evaluierung von Länderrisiken vermittelt.

*Ist korruptes Verhalten dänischer Unternehmen im Ausland ein großes Thema?*

Wir sind gerade dabei, die TRAC-Berichte endgültig festzulegen. Dies ist eine Methode, Antikorruptionsmaßnahmen von Unternehmen zu bewerten. Dieses Jahr haben wir dabei nicht nur die größten börsennotierten Unternehmen, sondern auch große private Firmen einbezogen. Wir stellen fest, dass bei diesen Antikorruptionsmaßnahmen stark ausgeprägt sind. Die Berichte dienen dem Vergleich von Firmen untereinander. Aber da es sich um einen einfachen und strukturierten Ansatz handelt, können Unternehmen sich damit andererseits auch selbst einschätzen. Wir denken, mit dem Bericht weisen wir den Unternehmen einen guten Weg, gegen Korruption vorzugehen. |

*Das Interview führte Martin Lycko. Er hat den Text aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.*

# Korruptionsbekämpfung durch Whistleblowing – Was es mit Hinweisgebern auf sich hat

Von Nico Herold

*Whistleblowern wird weltweit eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung von Korruption im öffentlichen und privaten Sektor zugeschrieben. Bisher nur wenig bekannt sind Entscheidungsfindung und Beweggründe von Hinweisgebern.*

„Korruption ist so schlimm wie Terrorismus“ hieß es im vergangenen Mai auf dem Anti-Korruptions-Gipfel in London. Nach aktuellen Schätzungen des Internationalen Währungsfonds verursacht sie jährlich 1,5-2 Billionen US-Dollar Schaden. Die 40 teilnehmenden Nationen erklärten zum wiederholten Mal, die weltweite Korruption konsequent zu bekämpfen. Das Mittel der Wahl ist dabei, für mehr Transparenz zu sorgen und so verborgene Korruptionsstrukturen aufzudecken. Wie jüngst im Fall der *Panama Papiere*, sollen Whistleblower dabei eine wichtige Rolle spielen. Von ihnen versprechen sich die Staaten, dass sie die Strafverfolgungs- und Kontrollbehörden mit Insider-Informationen versorgen. Allerdings: Hinweisgeber agieren häufig auf unsicherer Rechtsgrundlage.

## Situation und Motivation von Whistleblowern – Jeder Fall ist anders

Welche Faktoren bestimmen das Engagement von Hinweisgebern und wie kann man sie unterstützen? Diesem Thema widmet sich der Verfasser in einer umfassenden Studie. Diese basiert auf der Auswertung von 28 Tiefen-Interviews, davon 18 mit externen Whistleblowern, die beispielsweise an Strafverfolgungsbehörden oder die Medien herantraten, und sechs, die ausschließlich organisationsintern meldeten. Weitere vier Personen hatten Insider-Kenntnisse und standen an der Schwelle zum Whistleblowing.

Die Auswertung zeigt, wie kompliziert der Whistleblowing-Prozess ist. Es gibt weder die typische Whistleblowing-Persönlichkeit, noch -Situation oder definitive Faktoren. Die Gemeinsamkeit der Fälle besteht jedoch darin, dass Insider fast immer erst einmal an organisationsinterne Personen unterhalb der Whistleblowing-Grenze herantreten, etwa an Kollegen oder direkte Vorgesetzte. Das erscheint ihnen meist fairer, effektiver und weniger aufwendig. Auch besteht eine klare Hemmschwelle gegenüber den Strafverfolgungsbehörden und Medien. Auf diese Weise setzen Insider häufig einen Eskalationsprozess in Gang, bei dem repressiv gegen sie vorgegangen wird, damit sie weitere Aktionen unterlassen. Denn die Verantwortlichen haben in der Regel kein Interesse daran, dass der Missstand organisationsintern bekannt wird und die Organisation will grundsätzlich verhindern, dass etwas davon nach außen dringt. Entsprechende Gegenreaktionen bringen die Insider je nach Persönlichkeit dann dazu, durch (weiteres) internes Whistleblowing Druck aufzubauen.

So entsteht eine Spirale aus Aktion und verschärfter Reaktion, an deren Ende sie häufig keine Alternative mehr zu externem Whistleblowing sehen. Spätestens dann treten eigennützige Motive hinzu, die sich um persönliche Rehabilitation und Schutz vor (weiteren) Konsequenzen drehen.

## In Deutschland fehlt ein zentrales Whistleblowing-Gesetz

Zugunsten externen Whistleblowings lässt sich dieser Prozess allerdings nur schwer beeinflussen. Um das vorhandene Aufdeckungspotenzial von Whistleblowern gegen Korruption zu nutzen, fehlt in Deutschland die Basisvoraussetzung, nämlich ein zentrales Whistleblowing-Gesetz, das klar und verständlich die Bedingungen formuliert, unter denen Whistleblowing erlaubt ist und geschützt wird.

Anders als Europa haben die USA seit Mitte der 1980er Jahren zahlreiche umfassende Erlaubnis- und Schutzgesetze erlassen. Diese sehen beispielsweise im Bereich der Wirtschaftskriminalität zusätzlich eine Whistleblowing-Prämie in Höhe von 10-30 Prozent der verhängten oder verglichenen Strafzahlungen vor. Solche Maßnahmen werden auch auf EU-Ebene und in Deutschland immer wieder diskutiert, treffen aber jedes Mal auf vehementen Widerstand. Besonders die Privatwirtschaft befürchtet Missbrauch und eine Verschlechterung des Arbeitsklimas. Abgesehen von Spezialnormen, wie dem am 2. Juli in Kraft getretenen § 4d Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz, hat der Bundestag bisher alle Entwürfe eines zentralen Whistleblower-Gesetzes abgelehnt.

*Dr. Nico Herold ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Dissertation „Whistleblower – Entscheidungsfindung, Meldeverhalten und kriminologische Bewertung“ ist soeben erschienen.*

Foto: Rainer Sturm / pixelio.de



## POLITIK

### Union blockiert verpflichtendes Lobbyregister weiter

Ein öffentlich einsehbares, verpflichtendes Lobbyregister ist erneut in weite Ferne gerückt. Bei der Debatte des Bundestags über Gesetzentwürfe von Bündnis 90/Die Grünen und von den Linken Anfang Juni lehnte die Union die Gesetzentwürfe strikt ab.

Mit ihren Gesetzentwürfen wollen Grüne und Linke ein verpflichtendes Lobbyregister erreichen. Darin sollen alle Unternehmen und Organisationen aufgelistet werden, die sich mit Abgeordneten oder Regierungsmitgliedern der Bundesregierung treffen. Außerdem soll darin dokumentiert werden, zu welchen Themen sie sich äußern und welche finanziellen Mittel sie in ihre Arbeit investieren. Für Lobbyisten, die sich nicht daran halten, sehen beide Gesetzentwürfe Sanktionen vor. In einer Expertenanhörung des Bundestagsfachausschusses für „Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung“ machte Jochen Bäumel als Vertreter von Transparency Deutschland deutlich: Ein verpflichtendes Lobbyregister würde „das Vertrauen in das

Handeln der Regierung und des Parlaments stärken.“ In einer gemeinsamen Stellungnahme hatten Transparency Deutschland und Transparency EU zuvor kritisiert, dass Deutschland im internationalen Vergleich in Sachen Transparenz ins Hintertreffen geraten sei. Das liegt auch an einem fehlenden Lobbyregister. In acht anderen europäischen Ländern und bei den EU-Institutionen ist ein solches Register bereits etabliert.

In der Plenardebatte knapp einen Monat später argumentierten die Unionsabgeordneten, sie sähen keinen Grund für mehr Transparenz. Die bestehenden Regelungen seien ausreichend. Britta Haßelmann von Bündnis 90/Die Grünen verwies dagegen darauf, dass ein verpflichtendes Lobbyregister selbst von vielen Lobbyisten gefordert werde. Für Kopfschütteln sorgte Hans-Peter Uhl (CDU) mit seiner Behauptung, die Sachverständigen von Transparency Deutschland hätten an den vorliegenden Gesetzentwürfen mitgeschrieben. Ein Blick ins Protokoll der öffentlichen Anhörung genügt jedoch, um zu sehen: Alle sechs Experten haben diese Frage mit einem eindeutigen und wahrheitsgemäßen Nein beantwortet. *as |*



## INFORMATIONSFREIHEIT

### Neues Offenlegungsgesetz in Schleswig-Holstein

Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien kommunaler Einrichtungen und Unternehmen in Schleswig-Holstein müssen ihre Bezüge auf der Internetseite des Finanzministeriums und gegebenenfalls auch im Jahresabschluss individualisiert veröffentlichen. Dies schreibt das Gesetz mit dem barockromanhaften Titel „Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein“ vor. Es wurde bereits im Juli

2015 verabschiedet. Häufig wird es als sogenanntes „Transparenzgesetz“ – was angesichts gleichlautender, aber inhaltlich unterschiedlicher Gesetze in Hamburg und Rheinland-Pfalz zu Verwirrung führt – oder auch „Vergütungsoffenlegungsgesetz“ abgekürzt. Die Kommunalaufsichtsbehörden (Landräte und Innenministerium) müssen darüber wachen, dass die Einrichtungen und Unternehmen ihren Veröffentlichungspflichten nachkommen. Als Hilfestellung hat das Ministerium einen Erlass für die kommunalen Einrichtungen und Unternehmen zur Einführung des Gesetzes herausgegeben. Das Finanzministerium hat darüber

hinaus zusätzliche Verfahrenshinweise zur Veröffentlichung der Bezüge auf der entsprechenden Internetseite bereitgestellt.

Unternehmen müssen die Jahressummen aller erfolgsunabhängigen Bezüge und Leistungen, aller erfolgsabhängigen Leistungszusagen sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung unter namentlicher Nennung jedes einzelnen Empfängers angeben. Die Veröffentlichung der Daten auf der Internetseite des Finanzministeriums soll im dritten Quartal eines jeden Jahres erfolgen. *lg |*



### Saarland: Neues Gesetz zur Vergütungsveröffentlichung sorgt für Kritik

Der saarländische Landtag hat Mitte Juni ein Gesetz verabschiedet, wonach

öffentliche Unternehmen und landeseigene Stiftungen künftig die Gehälter ihrer Vorstände und Aufsichtsräte offenlegen müssen. Dieses „Gesetz zur Schaffung von Transparenz in öffentlichen Unternehmen“ wird auch als „Transparenzgesetz“ abgekürzt. Mit den Transparenzgesetzen aus Hamburg und Rheinland-Pfalz, die dort die nächste Generation von Informationsfreiheitsgesetzen bezeichnen, hat das Gesetz allerdings nichts zu tun. Das saarländische Gesetz beschränkt

sich auf die Veröffentlichung der kumulierten Gesamtbezüge der Vorstände und Aufsichtsräte in öffentlichen landeseigenen Unternehmen; die Einzelbezüge der Verantwortlichen werden nicht veröffentlicht. Damit bleibt das

saarländische Gesetz hinter dem Vergütungs-offenlegungsgesetz Schleswig-Holsteins zurück.

Auf diese Schwäche des Gesetzes hatte Transparency Deutschland bereits in der Expertenanhörung beim Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen im Mai hingewiesen. In der schriftlichen Stellungnahme heißt es dazu: „Die Offenlegung der Vergütungen im öffentlichen Bereich ist eine wesentliche Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Integrität der Beschäftigten.“ Deshalb hält Transparency einen individualisierten Ausweis der Vergütungen auf Landes- und Kommunalebene für erforderlich. Ähnlich sieht das die Opposition im Landtag. Die Regierungskoalition von SPD und CDU hingegen scheint mit der Regelung zufrieden. Sie schaffe genug Transparenz und wahre das individuelle Recht auf Datenschutz, hieß es laut Informationen des Saarländischen Rundfunks in der Plenardebatte. *as |*

### Chemnitz beschließt Informationsfreiheitssatzung

Mit 34 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen hat der Stadtrat in Chemnitz eine Informationsfreiheitssatzung für die Stadt beschlossen. Das berichtet das Bündnis Informationsfreiheit für Bayern auf seiner Webseite. Chemnitz ist nach Dresden und Leipzig die letzte der drei sächsischen Großstädte, die nun eine solche Regelung geschaffen hat. Die Informationsfreiheitssatzung schließt zumindest in

Teilen eine Lücke, die in Sachsen besteht, weil das Land noch immer kein Informationsfreiheitsgesetz auf Landesebene etabliert hat.

Die neue Satzung der Stadt Chemnitz sieht die Herausgabe von Informationen auf Antrag, aber keine Verpflichtung der Verwaltung vor, Informationen von allgemeinem Interesse aktiv im Internet zu veröffentlichen. Das Informationsrecht gilt für die Einwohner der Stadt und bezieht sich auf die Stadtverwaltung einschließlich der Eigenbetriebe, hingegen nicht auf die

kommunalen Unternehmen der Stadt. Unter anderem sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse generell vom Informationszugang ausgenommen. Die gewünschten Informationen müssen innerhalb eines Monats offengelegt werden, bei umfangreichen Informationen kann es auch zwei Monate dauern. Mit der Veröffentlichung der Satzung soll eine Informationsseite im Internet eingerichtet werden. Dort können Bürger alle wichtigen Informationen zum Antragsverfahren nachlesen. *as |*

## HINWEISGEBER

### EU: Grüne fordern besseren Schutz für Whistleblower

Die Grünen/EFA-Fraktion hat Anfang Mai im Europaparlament einen eigenen Richtlinienentwurf für die Verbesserung des Whistleblower-Schutzes auf EU-Ebene präsentiert. Anlass für die Initiative waren das Verhalten der EU-Kommission und ihre Positionie-

rung gegenüber einer Reihe jüngerer, prominenter Whistleblowing-Fälle.

Nach der Affäre um den Steuerskandal in Luxemburg hatte der sogenannte „LuxLeaks“-Ausschuss im Europaparlament Handlungsbedarf von Seiten der EU-Kommission gesehen. Der Ausschuss hatte einen Gesetzesvorschlag eingefordert, der bis Juni 2016 vorliegen und die Rechte von Hinweisgebern stärken, konkretisieren und auf

europäischer Ebene vereinheitlichen sollte. Bis jetzt hat die Kommission auf diese Forderung nicht reagiert. Allerdings wurde durch das Europaparlament im April eine EU-Richtlinie verabschiedet, die dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen höhere Priorität und Bedeutung zugesteht. Kritiker der Richtlinie verweisen darauf, dass sie die Rechte von Hinweisgebern und Journalisten weiter einschrän-

ke. Die stellvertretende Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion Julia Reda machte deutlich, wie widersprüchlich das Vorgehen vor dem Hintergrund aktueller Whistleblower-Vorfälle wie den Panama-Papieren sei. Die verabschiedete Richtlinie würde Hinweisgeber nicht ermutigen und schützen, sondern kriminalisieren.

Der Vorstoß der Grünen/EFA-Fraktion macht auch auf den Umstand aufmerksam, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für Hinweisgeber auf europäischer Ebene immer noch sehr uneinheitlich geregelt sind. Transparency International hatte bereits im EU-Whistleblowerbericht von 2013 in einem Vergleich darauf hingewiesen. Aktuell fordert das Transparency Inter-



Julia Reda

national EU-Office in deutschen Medien einen einheitlich hohen Standard

für den Schutz von Hinweisgebern vor strafrechtlicher Verfolgung. It |

## Deutschland macht beim Whistleblower-Schutz nur halbe Sachen

Seit Juli gilt ein neues Gesetz, wonach Hinweisgeber aus der Finanzbranche künftig weder strafrechtlich noch arbeitsrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, wenn sie Rechtsbrüche oder Gesetzesverstöße ihrer Unternehmen melden. Banken, Versicherungen und Vertriebe von Fi-

nanzprodukten sind von der Regelung betroffen. Sie müssen zudem organisatorische Mittel und Wege finden, damit ihre Mitarbeiter Rechtsverstöße anonym an eine zentrale Stelle melden können.

Noch immer können Whistleblower in Deutschland kaum rechtlichen Schutz für sich in Anspruch nehmen. Wenn sie Informationen öffentlich machen, die auf Missstände hinweisen, müssen sie nach wie vor mit Strafen rechnen.

Das soll sich ändern – zumindest im Bereich der Finanzdienstleistungen. Deutschland setze damit allerdings nur eine EU-Vorgabe um und das noch dazu halbherzig, kritisiert der Münchner Fachanwalt Peter Mattil in der Süddeutschen Zeitung. Dass sich das Gesetz nur auf die Finanzbranche beschränkt, ist ein weiterer Kritikpunkt. Mitarbeiter von Wirtschaftsprüfungskanzleien könnten sich zum Beispiel nicht auf das Gesetz berufen. as |

## GESUNDHEIT

### Antikorruptionsgesetz für das Gesundheitswesen in Kraft

Seit Juni ist das Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen in Kraft. Damit ist eine Gesetzeslücke

geschlossen, die der Bundesgerichtshof 2012 offengelegt hatte. Niedergelassene Kassenärzte konnten wegen Kor-

ruption nicht belangt werden, da sie weder als Amtsträger noch als Beauftragte der gesetzlichen Krankenkassen handelten.

In das Strafgesetzbuch wurden zwei neue Straftatbestände „Bestechung und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen“ eingefügt: Ärzte, Apotheker und Therapeuten machen

sich strafbar, wenn sie bei der Verordnung von Arznei-, Heil- oder Hilfsmitteln für sich oder Dritte einen Vorteil als Gegenleistung verlangen. Umgekehrt drohen Industrievertretern die gleichen Strafen, wenn sie Vorteile für eine Bevorzugung versprechen. Bei Verstößen sieht das neue Gesetz bis zu drei Jahre Haft oder eine Geldstrafe vor. Wenn Korruptionsverdacht besteht, muss die Staatsanwaltschaft von Amts wegen ermitteln.

Transparency Deutschland begrüßt die Neuregelung, bemängelt aber, dass die im Gesetzentwurf vorgesehene Strafbarkeit der Verletzung von berufrechtlichen Pflichten gestrichen



wurde; dies hätte dem Patientenschutz gedient.

Bei der Anwendung des neuen Gesetzes kommen auf die Justiz große Herausforderungen zu. In der Praxis könne sich die Abgrenzung zwischen legalen

Kooperationen und Unrechtsvereinbarungen als schwierig erweisen, befürchtet Alexander Badle, Oberstaatsanwalt und Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung von Vermögensstraftaten und Korruption im Gesundheitswesen.

Legale Kooperationen dienen ausschließlich der Verbesserung der medizinischen Versorgung der Patienten, während Unrechtsvereinbarungen nur den wirtschaftlichen Vorteil der Akteure zum Ziel haben. *cd |*

## Freispruch für Laborunternehmer Bernd Schottdorf

Bernd Schottdorf und seine frühere Ehefrau wurden im Januar 2016 am Landgericht Augsburg vom Vorwurf des gewerbsmäßigen Abrechnungs Betrugs freigesprochen. Sämtliche Ermittlungen und die Schottdorf-Klage wurden inzwischen eingestellt.

In den Jahren 2004 und 2007 soll das Ehepaar von kassenärztlichen Vereinigungen bis zu 13 Millionen Euro falsch abgerechnet haben. Hierzu sollen scheinselfständige Außenlabore

gegründet worden sein, um nicht unter die gesetzliche Honorardeckelung für Großlabore zu fallen. Die Vorsitzende Richterin am Augsburger Landgericht sah den Tatbestand des Betrugs als nicht nachweisbar und kritisierte die Staatsanwaltschaft scharf. Die Staatsanwaltschaft Augsburg hat Revision gegen das Urteil eingelegt.

2010 hatte der Journalist Hubert Denk eine Spende des Augsburger Laborunternehmers Schottdorf an den CSU-Politiker Edmund Stoiber aufgedeckt. Vorangegangen waren Recherchen Denks zu betrügerischen Abrechnungen des

Laborunternehmers. Das Verfahren gegen Schottdorf war jedoch 2007 „mangels eines strafrechtlichen Anfangsverdachts“ eingestellt worden und wurde 2010 wegen der Verjährungsfrist nicht wiederaufgenommen. Im Zuge der Berichterstattung geriet Hubert Denk selbst in den Fokus des Bundeskriminalamtes unter dem Vorwurf der „Anstiftung zum Geheimnisverrat“ und einer Unterlassungsklage durch Bernd Schottdorf. Über die Ermittlungen gegen den Journalisten hatte der Scheinwerfer im Februar (Nr. 70) berichtet.

*lg |*

## WIRTSCHAFT

### Panama Papiere: Transparency Deutschland fordert Offenlegung von wirtschaftlich Berechtigten

Im Zuge der Veröffentlichung der Panama-Papiere fordert Transparency Deutschland von der Bundesregierung, das versprochene Register von wirtschaftlich Berechtigten auch für Medien und Zivilgesellschaft zu öffnen. Der Begriff „wirtschaftlich Berechtigte“ beschreibt die tatsächlichen Eigentümer eines Unternehmens. Hintergrund der Forderung: Medien und

Zivilgesellschaft haben eine wichtige Rolle beim Aufdecken von illegalen und illegitimen Geschäftspraktiken gespielt. Bisher ist geplant, den Registerzugang in erster Linie Behörden und Personen mit „berechtigtem Interesse“ zu ermöglichen. Wer genau das ist, bleibt allerdings unklar. Im Gegensatz zur angedachten deutschen Regelung wollen Länder wie die Niederlande und Großbritannien die Beschränkung beim Registerzugang abschaffen, darauf macht Transparency Deutschland aufmerksam. Das geplante Register ist

als Teil der Umsetzung in der Vierten EU-Antigeldwäscherichtlinie vorgesehen. Es ist aber nicht vorgeschrieben, dass das Register von jedem eingesehen werden kann.

Da Schattenfinanzplätze außerdem häufig Beihilfe zu illegalen und illegitimen Finanztransaktionen leisteten, müsse es Ziel sein, alle Staaten am Informationsaustausch und beim Aufbau von Registern zum wirtschaftlich Berechtigten zu beteiligen. Das betreffe auch befreundete Staaten wie die USA mit der Steueroase Delaware und Schattenfinanzplätze in den ehemaligen Kolonien Großbritanniens wie den Virgin Islands.

Zudem fordert Transparency Deutschland die Bundesregierung auf, sich nochmals dafür einzusetzen, dass einfache Steuerhinterziehung als Vortat zur Geldwäsche angesehen wird: „Damit wäre jeder Kundenberater einer Bank auf der Welt verpflichtet, sich die ordnungsgemäße Versteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen vom ausländischen Kunden nachweisen zu lassen“, erklärt Vorstandsmitglied Caspar von Hauenschild. *mm |*

Panama-Stadt mit ca. 1,5 Millionen Einwohnern ist die Hauptstadt und der Regierungssitz des mittelamerikanischen Staates Panama.





## INTERNATIONAL

# Antikorrupptionsgipfel in London: Wichtige Fortschritte im Kampf gegen Geldwäsche erzielt



US-Außenminister John Kerry im Gespräch mit dem britischen Premierminister David Cameron beim Antikorrupptionsgipfel in London.

Die Enthüllung der Panama-Papiere lag gerade einen Monat zurück, als der britische Premierminister Cameron am 12. Mai zum ersten Antikorrupptionsgipfel nach London einlud. So stand der Kampf gegen Steueroasen und Geldwäsche im Mittelpunkt des Gipfels, bei dem Vertreter aus 40 Staaten, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und Nichtregierungsorganisationen zusammenkamen.

Mit der Unterzeichnung einer internationalen Erklärung gegen Korruption verpflichteten sich die Regierungen, ihre gemeinsamen Anstrengungen bei der Aufdeckung, Verfolgung und Sanktionierung von Korruption zu verstärken. In der Erklärung betonten die Unterzeichner, dass Korruption die Bemühungen im Kampf gegen Armut und Terrorismus untergräbt. Großbritannien und fünf weitere Staaten verpflichteten sich zudem, bei Immo-

bilien geschäften keine anonymisierten Briefkastenfirmen mehr zuzulassen. Transparency International begrüßte die Beschlüsse, forderte jedoch weitere Schritte.

## *Der Londoner Immobilienmarkt gilt als besonders anfällig für Geldwäsche*

Zum Auftakt des Gipfels kündigte Cameron ein öffentlich zugängliches Register für ausländische Firmen an, in dem tatsächliche Nutznießer von Immobiliengeschäften offengelegt werden. Bislang weigern sich allerdings einige britische Überseegebiete, die besonders vom Geschäft mit Briefkastenfirmen profitieren, das Register einzurichten. Maggie Murphy von Transparency International: „Premierminister Cameron hat eine Vorrei-

terrolle bei der Schaffung von Transparenz hinsichtlich der tatsächlichen Nutznießer eingenommen und er hat es geschafft, viele Staaten dazu zu bringen, die gleichen hohen Standards einzuführen. Es ist allerdings offensichtlich, dass ihn seine Überseegebiete im Stich lassen. Diese sollten sich zu den Transparenzstandards verpflichten, die Cameron von anderen fordert.“

Nachdem Frankreich, die Niederlande, Afghanistan, Nigeria und Kenia bereits beim Gipfel zugesagt hatten, dem Vorbild Großbritanniens zu folgen, haben Neuseeland, Australien, Jordanien, Indonesien, Irland und Georgien eine Prüfung angekündigt. Und Deutschland? Bundesjustizminister Maas, der Deutschland beim Gipfel vertrat, hat sich dafür ausgesprochen, ein

öffentliches Register zu schaffen. Bundesfinanzminister Schäuble dagegen möchte ein Register nur für amtliche Stellen, nicht aber der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Ohne Zweifel wurden in London wichtige Fortschritte erzielt. Unter anderem einigten sich die Staaten darauf, ein internationales Koordinationszentrum zur Bekämpfung von Korruption zu schaffen. Zu den Gründungsgesellschaften gehört auch die deutsche Bundesregierung. Sitz des Zentrums soll London sein. Der Londoner Immobilienmarkt gilt als besonders anfällig für Geldwäsche: Laut der Studie „Corruption On Your Doorstep: How Corrupt Capital Is Used to Buy Property in the UK“ von Transparency International Großbritannien aus dem Jahr 2015 sind 36.000 Londoner Immobilien auf intransparente Briefkastenfirmen eingetragen. SS |



### Strukturelle Korruption in Tunesien: Kein Schutz für Whistleblower

In Tunesien genießen Whistleblower keinen gesetzlichen Schutz, wenn sie Informationen über korruptes Verhalten preisgeben. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, I WATCH und andere zivilgesellschaftliche Organisationen beraten die tunesische Regierung bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs, der mehr Schutz für Whistleblower erreichen soll.

Fünf Jahre nach dem Sturz von Präsident Zine el Abidine Ben Ali hat Tunesien weiterhin mit einer flächendeckenden Alltagskorruption in zahlreichen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen zu kämpfen. Das Spektrum umfasst dabei Bestechungen von Polizeibeamten und Richtern bis hin zu einer tiefsitzenden Korruption in der tunesischen Verwaltung. Dies kritisiert Rechtsanwalt Samir Annabi, der seit 2012 die Leitung des staat-

lichen „Committee against Corruption and Misappropriation of Funds“ innehat. Laut *Tunisian Association for Public Auditors* wurden im Jahr 2013 rund 200 Millionen Euro an Bestechungsgeldern an Staatsbedienstete gezahlt. Im September 2015 verhinderten Bürgerproteste einen Gesetzesentwurf, der eine Generalamnesie für bis dahin korrupte Straftäter vorsah. Im Mai 2016 wurde Abdelmajid Idani mit einem Preis von I WATCH, dem Chapter von Transparency International in Tunesien, für sein Engagement als Whistleblower ausgezeichnet. Er veröffentlichte Dokumente, aus denen hervorging, dass führende Bankmitarbeiter Geldbeträge unterschlagen haben. Trotz eindeutiger Hinweise auf korruptes Verhalten wurden die Verantwortlichen nicht bestraft, sondern sogar befördert.

Auch ein gesetzlicher Schutz für Whistleblower fehlt weiterhin. Sie müssen mit Einschüchterungen, Drohungen oder gar dem Tod rechnen, wie das Beispiel Anis Azizi zeigt. Er veröffentlichte über sein Facebook-Profil detaillierte Informationen über die Korruption in einer Zweigstelle des Ministeriums für Staatseigentum und Grundbesitz. Zwei Wochen später wurde er vor seinem Haus ermordet.

lg |

### Transparency Nepal: Erdbebenhilfe transparent machen und besser koordinieren

Als ob das große Himalaya-Erdbeben nicht genug gewesen wäre, haben circa 450 weitere Beben dafür gesorgt, dass Nepal im Innersten tragisch erschüttert wurde. Ein Jahr nach dem großen Beben sind die Zahlen erdrückend – fast 9.000 Tote, 22.000 Verletzte, 900.000 Haushalte zerstört, zahlreiche historische Gebäude einsturzgefährdet, viele Dörfer dem Erdboden gleich gemacht, eine halbe Million Menschen heimatlos und die gesamte Bevölkerung noch immer in einer Art Angstzustand. Vor dem Hin-

tergrund hoher Spendensummen und Zusagen für humanitäre Hilfe versucht die Gesellschaft nun, die Rolle von Regierung und Gebern zu definieren.

In einem souveränen Staat, so die Meinung der Regierung und der politischen Klasse, sollten alle Aktivitäten innerhalb des Nationalstaates vorrangig in ihrer Verantwortung liegen. Sie sehen sich als Katalysatoren, wenn es um die Lösung von Problemen im Zusammenhang mit dem Erdbeben geht. Dies ist ein gewichtiges Argument; jedoch unter dem Vorbehalt, dass die Regierung die Kapazität besitzt, wie ein Staat zu agieren und öffentliches Vertrauen genießt. Doch das Vertrau-

en in staatliche Akteure ist aufgrund grassierender Korruption auf einen Tiefpunkt gesunken. Viele glauben, die Aufgabe übersteige die Möglichkeiten der Regierung.

Die internationalen Entwicklungspartner haben ihre eigene Sicht. Sie würden am liebsten den Modus Operandi bei der Nothilfe genauso handhaben wie immer. Das heißt, sie bleiben am Steuer, wenn es darum geht, wie Spenden gesammelt und in Nepal verteilt werden. Ihr Argument: eine Regierung, die noch nicht einmal gut geplante Hilfsleistungen unter normalen Umständen effektiv abwickeln kann, sei unter derart schwierigen Bedingungen vollkommen überfordert.

Mangel an Kapazitäten, schwerfällige Verfahren und politische Einflussnahme sind einige der Gründe dafür.

In einem Informationszeitalter mag die Lösung in einer abgestimmten Anstrengung liegen, die der Staat leitet oder koordiniert und dabei von Gebern und lokalen Organisationen gestützt wird. Die vorrangige Sorge gilt hierbei der Verwendung der Mittel für die beabsichtigten Zwecke und dem Schwund an undichten Stellen, falls es diese geben sollte. Alle, die mit dem Staat zusammen arbeiten, sollten diese Krise als Möglichkeit für Veränderungen nutzen. Das wäre letztendlich die Erwartung jedes nepalesischen Bürgers. Der Staat sollte sich auch vergegenwärtigen, dass er die volle Legitimierung besitzt, sich in allen Bevölkerungsgruppen auf eine konstruktivere Art zu engagieren.

Um jeden Preis sollten alle Zahlungsströme der Erdbebenhilfe transparent gemacht werden, so dass die notwendige öffentliche Kontrolle und Abhilfemaßnahmen stattfinden können. Die Regierung und die internationalen Entwicklungspartner sollten dieses Verfahren anführen. Die positive Rolle, die Regierung, Geberinstitutionen oder Individuen gespielt haben, indem sie Ressourcen beigesteuert ha-

ben, muss frei zugänglich veröffentlicht werden. Ein derartiges System wird dazu beitragen, diejenigen abzuschrecken, die mit voller Absicht oder routinemäßig aus Krisensituationen Profit schlagen. Den Anstrengungen aufrichtiger Akteure wird dadurch die gebührende Anerkennung zuteil.

Parallel dazu ist es wichtig, die „roten Flaggen“ zu identifizieren und zu publizieren: Das Abschöpfen von Hilfsgeldern, das Verschwinden von Geldern, Geld in den falschen Händen, Trittbrettfahren bei der Hilfsbedürf-

tigkeit, Begünstigung bei der Verteilung, Veruntreuung von Hilfsgeldern, akute Politisierung, Minderlieferung, Schwarzhandel und Profitgier im Beschaffungswesen sind Missstände, die das Management von Hilfsmaßnahmen sofort beseitigen sollte. Hier spielen zivilgesellschaftliche Organisationen wie Transparency International Nepal eine wichtige Rolle. |

*Ashish Thapa ist Geschäftsführer von Transparency International Nepal.*

*Übersetzung: Christa Dürr*



Mühsamer Wiederaufbau im Dorf Koshidekha – staatliche Mittel fließen viel zu langsam.



Bhaktapur, März 2016: In den mittelalterlichen Königstädten im Kathmandu-Tal wurden viel historische Kulturgüter beschädigt oder ganz zerstört



Ehemaliges Dorf Panipokhari: nach einem Jahr immer noch eine behelfsmäßige Wellblechhütten-siedlung (Distrikt Dolakha, März 2016)

# Compliance oder Non-Compliance – das ist hier die Frage

Vortrag von Stephan Grüninger am Vorabend der Mitgliederversammlung 2016 im DGB Gewerkschaftshaus in Berlin-Schöneberg

Von Izabela Grzywacz

Im November 2006 durchsuchen Ermittler Siemens-Büros in Deutschland und Österreich nach Hinweisen auf Korruption bei Auslandsgeschäften. Mehrere Manager werden verhaftet. Geständnisse bringen nach und nach ein weitverzweigtes System von schwarzen Kassen und Schmiergeldzahlungen ans Tageslicht. Es folgt eine jahrelange gerichtliche Aufarbeitung. Der Skandal kostet den Konzern schließlich mehr als 2,5 Milliarden Euro. Dabei ist der Siemens-Fall mitnichten eine Ausnahme. Die Wirtschaftsnachrichten der vergangenen Jahre lesen sich wie ein niemals endender Krimi. Zahlreiche Betrugs- und Korruptionsskandale haben namhafte deutsche Unternehmen wie etwa ThyssenKrupp oder VW bereits Milliarden Euro, viele Jobs und viel vom guten Image der deutschen Wirtschaft weltweit gekostet. Bemerkenswerterweise handelt es sich um große Unternehmen mit ausgebauter Compliance. „Was ist also schief gegangen?“, fragte Stephan Grüninger, Professor für Managerial Economics an der Hochschule Konstanz, in seinem Vortrag „Compliance zwischen Recht, Moral und Geschäft – benötigen wir eine Compliance 2.0?“ die rund 100 im Saal anwesenden Gäste am Vorabend der Mitgliederversammlung von Transparency Deutschland in Berlin.

Betroffen von Korruptionsskandalen ist auch immer wieder der Bankenbereich, eine von Regelwerken durchsetzte Industrie. „Die bisherigen Compliance-Systeme haben vollkommen versagt“, folgert Grüninger nüchtern. Systematisches Fehlverhalten, das eigentlich durch Compliance hätte verhindert werden sollen, sei das Ergebnis. Grüninger fordert deshalb ein Neudenken: „Wir brauchen Compliance 2.0“, erklärt er. Zu lange schon wurden Regelwerke, die an sich nicht alle unbedingt schlecht seien, oft nur für die Schubladen oder zum Schein produziert. Von Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit von Compliance in der Unternehmensstruktur und -kultur fehlt jede Spur. Genau das aber beraubt die Anti-Korruptionswaffe Compliance-Management-System, kurz CMS, ihrer Munition.

Können demnach mehr neue Richtlinien, mehr Prüfungen, mehr Kontrollen die Antwort sein? Diese Frage bewegt am Abend das Publikum besonders. Nicht, wenn es nach Grüninger geht. An die positive Wirkung von sich stapelnden Vorgaben und zu vielen Kontrollen glaubt er nicht. Diese führten eher zur Ablehnung und weniger zur Akzeptanz



Stephan Grüninger (rechts) diskutierte intensiv mit den Anwesenden im DGB Gewerkschaftshaus in Berlin-Schöneberg. Vorstandsmitglied Andreas Novak moderierte das Gespräch.

von Compliance. Was ist also der Schlüssel, um Compliance wirksamer zu gestalten?

Compliance in Unternehmen dürfe nicht isoliert in einer verstaubten Ecke stehen, sondern sollte interdisziplinär in die gesamte Führungskultur integriert werden, damit bestimmte ethische Normen und Regeln konsistent auch von den Mitarbeitern eingehalten werden. Vielversprechende Instrumente seien Trainings wie qualitativ hochwertige Compliance-Workshops für Führungskräfte, einschlägige, anonyme Führungskräfte- und Mitarbeiterbefragungen zum Thema Compliance & Integrität, anonyme Hinweisgeber-Systeme sowie starke und unabhängige Compliance-Bereiche und Posten, die im Unternehmen Akzeptanz und Durchsetzungsvermögen haben und respektiert werden.

Sind diese Instrumente vorhanden, werde es für Entscheidungsträger zunehmend schwieriger, sich bei einem Korruptionsskandal hinter vermeintlicher Unwissenheit zu verstecken. Und nur so, durch eine ernsthafte und für die Mitarbeiter damit auch glaubwürdige Herangehensweise an das Thema sei ein Gesinnungswandel in der Unternehmenskultur möglich. |

*Izabela Grzywacz ist seit April 2016 Büroleiterin und Referentin für Kommunikation in der Geschäftsstelle von Transparency Deutschland.*

*Die Thesen von Stephan Grüninger sind im Artikel „Compliance 2.0. So geht das nicht“ auf den Internetseiten von [compliance-manager.net](http://compliance-manager.net) nachzulesen.*

# Transparency Deutschland wählt neuen Vorstand – Vorsitzende Edda Müller im Amt bestätigt

Auf der Mitgliederversammlung von Transparency Deutschland am 11. Juni 2016 im DGB Gewerkschaftshaus in Berlin-Schöneberg ist ein neuer, zwölfköpfiger Vorstand gewählt worden. Neu im Amt sind Hartmut Bäumer und Markus Löning aus Berlin sowie die Hamburgerin Helena Peltonen-Gassmann. Im Amt bestätigt wurden Peter Conze (Berlin), Caspar von Hauenschild (München), Gabriele C. Klug (Köln), Dr. Christian Lantermann (Köln), Prof. Dr. Dr. Jürgen Marten (Berlin), Prof. Dr. Edda Müller (Berlin), Dr. Andreas Novak (Berlin), Dr. Gisela Rüb (Berlin) und Dr. Wolfgang Wodarg (Berlin).

Edda Müller wurde im Anschluss durch den neuen Vorstand als Vorsitzende wiedergewählt. In der Vorstandssitzung am 25. Juni 2016 in Berlin wurden Gabriele C. Klug und Hartmut Bäumer von den Vorstandsmitgliedern zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Damit hat Transparency Deutschland einen neuen geschäftsführenden Vorstand, der den Verein rechtsgeschäftlich nach außen vertritt.

ig |



Edda Müller bedankte sich bei Hedda von Wedel (links), die nicht mehr kandidiert hat, für das 9-jährige Engagement im Vorstand. Die Vorsitzende bedankte sich auch bei Marion Stein für ihre Arbeit, die ebenfalls aus dem Vorstand ausschied.

## Neu im Vorstand:



### Hartmut Bäumer:

Bis zu seiner Pensionierung 2014 war Bäumer Amtschef (Ministerialdirektor) im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur in Stuttgart. Heute ist er als beratender Rechtsanwalt in Berlin tätig.



### Markus Löning:

War von 2010 bis 2013 Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung und von 2002 bis 2009 Bundestagsabgeordneter mit den Schwerpunkten Europa- und Entwicklungspolitik. Heute berät er Unternehmen dabei, ihre Verantwortung für Menschenrechte wahrzunehmen.



### Helena Peltonen:

Hat über 36 Jahre lang bei der EU, bei den Konzernen Grace und ExxonMobil eine Vielzahl Stabs- und Managementaufgaben auf nationaler, europäischer und globaler Ebene wahrgenommen. Bei Transparency Deutschland engagiert sie sich insbesondere als Leiterin der Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein und als Mitglied der AG Internationale Vereinbarungen.

## Transparency beim OECD Integrity Forum in Paris

Das Forum der OECD für Integrität und Anti-Korruption (OECD Integrity Forum) bringt jedes Jahr Vertreter aus Politik, Privatsektor, Zivilgesellschaft und akademischem Bereich zu einem Austausch in Paris zusammen. Transparency Deutschland war dieses Jahr eingeladen, die Studie „Undress Corruption – Korruptionsvermeidung in der Bekleidungsindustrie: Szenarien aus Bangladesch“ vorzustellen. Die Studie ist gemeinsam von den Transparency-Sektionen Bangladesch und Deutschland erstellt worden. Auf einem Panel am zweiten Konferenztag präsentierte Angela Reitmaier, Leiterin der deutschen Transparency-Arbeitsgruppe Internationale Zusammenarbeit, den Standpunkt der Zivilgesellschaft zu den neuesten Entwicklungen bei unternehmerischen Sorgfaltspflichten. Sie wies auf den



Dr. Angela Reitmaier bei der Posterpräsentation von „Undress Corruption – Korruptionsvermeidung in der Bekleidungsindustrie: Szenarien aus Bangladesch“

Zusammenhang zwischen Korruption und Menschenrechtsverletzungen hin, wie er durch das Rana Plaza Unglück in Bangladesch deutlich geworden ist, und forderte, auch menschenrechtliche Sorgfaltspflichten gesetzlich zu veran-

kern. Sie hat dabei klargemacht, dass Integrität sowohl Korruptionsvermeidung als auch Achtung der Menschenrechte umfasst und dass diese Werte in einem Unternehmen auch gelebt werden müssen. CD |

## Korruptionsprävention im Beschaffungsamt der Bundeswehr

Transparency Deutschland, wer ist das eigentlich, fragte der gastgebende Antikorruptionsbeauftragte des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr anlässlich der Jahrestagung seiner Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Dienststellen Mitte Juni in Eckernförde. Korruptionsprävention sei zwar ein großes Thema in der Behörde, aber über die Arbeit von Transparency Deutschland wisse man nichts. Das sollte sich ändern: Moritz Boltz, Mitarbeiter in der Berliner Geschäftsstelle, stellte zunächst die Struktur und Arbeitsweise von Transparency Deutschland vor. In der anschließenden Diskussion mit den Antikorruptionsbeauftragten ging es vor allem um die Publikationen und die Kontaktaufnahme mit dem Verein. Die Teilnehmer wollten erfahren, welche Materialien von Trans-

parency Deutschland für ihre Arbeit interessant sein könnten. Zudem wurden die vom Verein herausgegebenen Indizes kontrovers diskutiert.

Nach der allgemeinen Vorstellung war es an Christian Heuking, Leiter der Transparency-Arbeitsgruppe Vergabe, einen fachlichen Input zum Thema Korruptionsprävention im Vergabewesen zu geben. Ausgehend von der Beschreibung des rechtlichen Rahmens erläuterte der Referent, der beruflich als Anwalt tätig ist, wo Einfallstore im Zuge des Vergabeprozesses bestehen. Dabei ging es auch um das Thema Compliance in Wirtschaft und Verwaltung. Die Antikorruptionsbeauftragten gaben zu bedenken, dass die Vergabe im Rüstungsbereich oftmals durch fehlenden Wettbewerb und Sicher-

heitsvorbehalte beeinflusst wird. Eine Vergabe von Aufträgen, wie sie sonst üblich sei, könne nicht so leicht umgesetzt werden, gerade deswegen müsse man gezielt über Lösungen nachdenken, forderte Heuking. Im weiteren Verlauf berichteten die Teilnehmer von ihren Erfahrungen in den jeweiligen Dienststellen: Zwar gebe es oft ausreichend Regelungen, diese seien aber nur selten bekannt. Generell bestehe eine hohe Hemmschwelle, sich mit dem Thema Korruption auseinanderzusetzen. Heuking verwies auf die Fortschritte, die in der Wirtschaft bereits erzielt wurden – von diesen könne die Verwaltung durchaus lernen. |

*Christian Heuking, Leiter der Arbeitsgruppe Vergabe  
Moritz Boltz, Geschäftsstelle*

# Große Verantwortung – Wenig Spielregeln

Wie können private Militär- und Sicherheitsfirmen besser reguliert werden?

Von Peter Conze und Moritz Boltz

Wie sind Fortschritte bei der Regulierung von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen im Kontext militärischer Auseinandersetzungen zu erzielen, wenn die deutsche Politik nur wenig Handlungsbedarf sieht? Mit dieser Frage leitete Moderator Peter Conze die Abschlussdiskussion eines nicht-öffentlichen Fachgesprächs ein, das im Juni in Berlin stattfand. Transparency Deutschland hatte gemeinsam mit dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingeladen, um über den Handlungsbedarf in Deutschland zu diskutieren und mögliche Optionen für eine Regulierung von privaten Akteuren zu erörtern.

Staaten und internationale Organisationen, aber auch Nichtregierungsorganisationen und transnationale Unternehmen setzen private Militär- und Sicherheitsunternehmen zur logistischen Unterstützung, zu Training und Wartung sowie zum Schutz ihrer Einrichtungen und Mitarbeiter ein. Trotz dieser Entwicklung ist der Einsatz der Akteure international und national nur unzureichend reguliert. Im Rahmen eines wissenschaftlichen Impulsvortrags wurde deutlich, dass Regulierungsvorhaben auf internationaler Ebene ins Stocken geraten sind. Eine UN-Konvention wird es auch in absehbarer Zeit nicht geben, da man sich international nicht auf die Frage einigen kann, welche Aufgaben auf keinen Fall an Unternehmen vergeben werden dürfen. Gerade deswegen spielen nationale Initiativen eine große Rolle.

Die deutsche Politik sieht jedoch keinen Handlungsbedarf und verweist darauf, dass hoheitliche Aufgaben, die dem Gewaltmonopol des Staates unterliegen, nicht an Unternehmen vergeben werden. In der Realität zeigt sich aber, dass militärische Kernaufgaben nicht definiert sind und sukzessive immer mehr Aufgabenbereiche an private Akteure vergeben werden. Dies ist allein schon auf den Kapazitätsmangel der Bundeswehr zurückzuführen, so die Teilnehmer des Workshops. Umso wichtiger ist es, dass die Unternehmen professionell agieren und für Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen werden. In der sehr offenen Diskussion wurde deutlich, dass sich die Vertreter aus der Wirtschaft nicht generell gegen eine Regulierung aussprechen. Regeln müssen

aber verhältnismäßig sein und dürfen nicht zum übermäßigen Wettbewerbsnachteil werden.

Orientierung, wie ein nationaler Ansatz aussehen könnte, lieferte eine Vertreterin des Schweizer Außenministeriums. In dem Nachbarland müssen alle Unternehmen akkreditiert werden und die Übernahme eines Auftrags melden und prüfen lassen. Die Schweiz arbeitet hierzu eng mit der *International Code of Conduct Association (ICoCA)* zusammen, deren Mitglieder Unternehmen, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen sind, die sich verpflichten, bestimmte Standards einzuhalten. In der folgenden Diskussion zeigte sich, dass das Schweizer Modell nicht eins zu eins auf Deutschland übertragbar ist. Dennoch kann man einzelne Elemente übernehmen und bezüglich des nationalen Kontexts anpassen. Besonders wichtig erschienen den Teilnehmern die Rolle des Auftraggebers und die Gestaltung der Verträge.

*„Fortschritte in der Regulierung von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen im Kontext militärischer Auseinandersetzungen sind aktuell vor allem durch bessere Verträge und eine transparente Auftragsvergabe zu erzielen.“*

Die eingangs gestellte Frage lässt sich also folgendermaßen beantworten: Fortschritte in der Regulierung von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen im Kontext militärischer Auseinandersetzungen sind aktuell vor allem durch bessere Verträge und eine transparente Auftragsvergabe zu erzielen. Es muss bei den Staaten angesetzt werden.

Sie müssen sicherstellen, dass die beauftragten Unternehmen vertraglich zur Einhaltung von Standards gezwungen werden. Dies gilt vor allem auch für die Weitergabe von Aufträgen an Subunternehmer. Als praxisorientierter Ansatz wurde zudem vorgeschlagen, die Mitgliedschaft in der ICoCA als Bedingung für die Zulassung zum Vergabeprozess zu machen – so wie in der Schweiz.

Transparency Deutschland beschäftigt sich seit drei Jahren mit dem Themenkomplex Korruptionsprävention in Sicherheit und Verteidigung und ist regelmäßig auf der Münchner Sicherheitskonferenz mit einer eigenen Veranstaltung vertreten. Um die ehrenamtliche Basis für die Arbeit in diesem Bereich zu verbreitern, sind Peter Conze aus dem Vorstand und Moritz Boltz aus der Geschäftsstelle auf der Suche nach Mitstreiterinnen und Mitstreitern. Sollten Sie Interesse an einer Mitarbeit haben, melden Sie sich bitte bei Moritz Boltz in der Geschäftsstelle: [mboltz@transparency.de](mailto:mboltz@transparency.de).

# Schleswig-Holstein: Kein weißer Fleck mehr auf der Transparency-Landkarte

Nachdem die Leiterinnen der Transparency Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein, Helena Peltonen und Ulrike Fröhling, bereits 2015 in Hamburg ein sehr erfolgreiches Einführungseminar durchgeführt hatten, wagten sie jetzt in Kronshagen bei Kiel einen zweiten Versuch. (Hinweis für alle, die mit der Geografie im Hohen Norden nicht so vertraut sind: Der Ort liegt verkehrstechnisch gefühlte 500 Kilometer nördlich von Hamburg.) Umso erfreulicher, dass Teilnehmer aus der ganzen Republik kamen: Freiburg, Köln, Berlin und Flensburg, um nur einige Orte zu nennen. Nach der Begrüßungsrunde hielt Vorstandsmitglied Wolfgang Wodarg den Grundsatzvortrag über Korruption. Zahlreiche Fragen und Diskussionen belegten das große Interesse und Engagement der Zuhörer. Was Geschäftsführerin Anna-Maija Mertens und Mo-

ritz Boltz aus der Geschäftsstelle zu berichten hatten, fand ebenfalls große Aufmerksamkeit. Beim Mittagessen wurde der Vormittag sehr intensiv diskutiert. Anschließend stellte Reiner Hüper die Arbeitsgruppe Strafrecht vor. Dabei machte er deutlich, dass Transparency Zugang zu Entscheidern hat und die Empfehlungen der Organisation oft auf fruchtbaren Boden fallen. Im letzten Teil der Veranstaltung stellten sich die sechs Transparency-Vertreter jeweils zehn Minuten Dreiergruppen zur Befragung. Bei diesen sehr intensiven Runden verging die Zeit wie im Fluge. Nicht alle Antworten konn-



ten in die Tiefe gehen, aber die Neugier war geweckt.

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Die Geschäftsstelle hat bereits sechs Aufnahmeanträge bekommen – ein Großteil davon aus Schleswig-Holstein, so dass die bislang eher weiße Transparency-Landkarte der Region künftig deutlich bunter wird.

Damit hat sich wieder einmal gezeigt, wie wichtig diese Einführungseminare für die Gewinnung neuer Vereinsmitglieder sind!

*Roland Eichner |*

## IMPRESSUM

Herausgeber: Transparency International Deutschland e.V.  
Verantwortlich: Christian Lantermann  
Kontakt: office@transparency.de

Redaktion: redaktion@transparency.de  
Redaktionsleitung: Dr. Heike Mayer  
Redaktionsteam: Dr. Christa Dürr (cd), Lukas Gawor (lg), Izabela Grzywacz (ig), Julia Klawitter, Martin Lycko (ml), Moritz Mannschreck (mm), Dr. Heike Mayer (hm), Anja Schöne (as), Sylvia Schwab (SSc), Dorthe Siegmund (ds), Lena Thomsen (lt)  
Editorial: Dr. Heike Mayer (verantwortlich)  
Themenschwerpunkt dieser Ausgabe: Dorthe Siegmund und Martin Lycko  
Nachrichten, Berichte, Kurzmeldungen: Anja Schöne (verantwortlich)  
Über Transparency: Dr. Heike Mayer (verantwortlich)  
Bundesländer im Vergleich: Lukas Gawor (verantwortlich)  
Rezensionen: Izabela Grzywacz (verantwortlich)


Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.6.2016  
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.9.2016  
Themenschwerpunkt der nächsten Ausgabe: Verwaltungstransparenz – Informationsfreiheit – Transparenzgesetze


Transparency International Deutschland e.V.  
Alte Schönhauser Straße 44 · 10119 Berlin  
Tel: 030/ 5498 98-0 · Fax: 030/ 5498 98-22  
Mail: office@transparency.de  
www.transparency.de


ISSN (Print): 2364-5024  
ISSN (Internet): 2364-5016

Layout: Julia Bartsch  
Druck: Umweltdruckerei Hannover  
Papier: Circle Matt White, 100% Recyclingpapier  
Auflage: 1.600  
Verbreitungsweise: unentgeltlich


Stärken Sie die Koalition gegen Korruption durch Ihren Förderbeitrag oder Ihre Spende!  
GLS Bank · BIC: GENO DE M 1 GLS · IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00

 Besuchen Sie uns bei Facebook!  
[www.facebook.com/TransparencyDeutschland](http://www.facebook.com/TransparencyDeutschland)

 Folgen Sie uns bei Twitter!  
[@transparency\\_de](https://twitter.com/transparency_de)

 Abonnieren Sie unseren RSS-Feed!

 Kennen Sie schon unseren Podcast?

 Die von Transparency Deutschland genutzte Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 legt fest, dass die Vervielfältigung und Verbreitung nur dann erlaubt wird, wenn der Name der Autorin/des Autors genannt wird, wenn die Verwendung nicht für kommerzielle Zwecke erfolgt und wenn keine Bearbeitung, Abwandlung oder Veränderung erfolgt.

Nicht unter die Lizenz fällt: Foto Seite 23: GIZ/Thomas Kaehlemann. Verwendung und Weitergabe nur mit Genehmigung des Urhebers.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers / der Verfasserin wieder.



# Vorstellung korporativer Mitglieder: GIZ – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit fusionierte am 1. Januar 2011 mit dem deutschen Entwicklungsdienst und der Bildungsorganisation InWent zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die GIZ beziehungsweise ihre Vorgängerin GTZ ist seit dem Jahr 2000 korporatives Mitglied bei Transparency Deutschland. Wir sprachen mit Cornelia Richter, Mitglied im Vorstand der GIZ.



Cornelia Richter

*Was waren die Beweggründe der GIZ bei uns korporatives Mitglied zu werden?*

Korruption ist eines der größten Entwicklungshemmnisse überhaupt. Daher ist wirkungsvolle und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit ohne Korruptionsbekämpfung nicht möglich. Mit Transparency Deutschland sind wir daher seit der Gründung eng verbunden, eine korporative Mitgliedschaft war dann konsequent. Auch als Mitglied im UN *Global Compact* hat sich die GIZ dem Prinzip verpflichtet, als Unternehmen gegen alle Arten der Korruption einzutreten.

*Was sind die besonderen Compliance-Risiken der GIZ im globalen Umfeld?*

Die GIZ arbeitet zu einem weit überwiegenden Teil mit öffentlichen Geldern, deren sorgfältige Verwendung einer besonderen Verantwortung unterliegt. Da die GIZ weltweit in über 130 Ländern mit ganz unterschiedlichen Rechtssystemen tätig ist, stellt der angemessene Umgang damit schon eine große Herausforderung dar. Besonderes Augenmerk erfordern Länder mit schwacher Governance-Struktur, ausgeprägter Korruption und prekärer Sicherheitslage. Für unsere Arbeit in solchen fragilen Kontexten haben wir besondere Vorsorge in kaufmännisch-finanziellen, personellen und sicherheitsbezogenen Bereichen getroffen. Wir entwickeln deshalb unser Anti-Korruptions-Management als Bestandteil des Compliance-Managements systematisch weiter.

*Compliance-Management-Systeme funktionieren nur, wenn sie in eine faire und transparente Führungskultur integriert sind. Wie sind Ihre Erfahrungen damit?*

In der Tat bleibt Compliance eine formale Hülle, wenn sie nicht vom integren Verhalten der Mitarbeiter – allen voran den Führungskräften – getragen wird. In der GIZ beziehungsweise ihrer Vorgängerorganisation GTZ wurde schon 2002 ein internes Integritätsmanagement eingeführt, das die Führungskräfte gezielt einbezieht. Durch die Integritätsberater wurden seither viele Maßnahmen zur internen Korruptions-Prävention initiiert, wie zum Beispiel Weiterbildungsmodule, Handreichungen und Beratungsangebote. Von dieser jahrelangen Grundlagenarbeit profitiert die heutige gelebte Compliance-Kultur der GIZ enorm. Unser Handeln orientiert sich dabei an den Prinzipien und Regeln eines GIZ-internen Verhaltenskodex, auf den jeder Mitarbeiter durch den Arbeitsvertrag verpflichtet wird. Bei begründetem Verdacht auf Verstöße sind die Mitarbeiter gehalten, die Integritätsberatung einzuschalten. Solchen Hinweisen wird immer nachgegangen, und nachweisbares Fehlverhalten führt zu entsprechenden Konsequenzen. Dabei schauen wir nicht nur auf individuelle Interessenkonflikte, sondern auch auf solche, die sich aus der Arbeits- und Aufgabenorganisation ergeben können.

*Wie hat der GIZ der Austausch über Compliance-Verstöße mit anderen korporativen Mitgliedern – im März 2016 – während eines Workshops gefallen? [Hinweis: Teilnehmer für die GIZ war Dr. Heinz-Michael Hauser]*

Diesen Workshop fanden wir sehr hilfreich. Wir möchten Transparency Deutschland daher gerne ermuntern, solche Plattformen eines vertrauensvollen Erfahrungsaustauschs zu stärken. Transparency hat einen Vertrauensvorsprung, der eine Diskussion von sensiblen, oft negativ besetzten Themen erst ermöglicht und Verbesserungen befördern kann. Damit wird ein Schritt in Richtung größerer Glaubwürdigkeit getan, den wir angesichts einer Reihe von bedeutenden Compliance-Fällen in Deutschland dringend benötigen.

*Welche Wünsche hat die GIZ an eine Nichtregierungsorganisation wie Transparency International?*

Die GIZ schätzt Transparency International als unabhängige und kritisch-konstruktive Vertretung der Zivilgesellschaft, als Treiber und Impulsgeber für die Themen Korruptionsprävention und Antikorruption weltweit. Deshalb aus unserer Sicht: weiter so! Dabei würden wir gerne unsere guten Kooperationserfahrungen mit Transparency-Chaptern in den diversen Partnerländern wie Bangladesch, Kenia oder Peru stärker zusammen mit Transparency Deutschland ausbauen. |

*Die Fragen stellte Caspar von Hauenschild.*

# Vorstellung nationaler Chapter: Transparency International USA

Interview mit Jacqueline de Gramont, Policy Director,  
Transparency International USA

Transparency USA:	Gegründet 1994 als gemeinnützige Organisation
Einkünfte 2014:	US\$ 1.2 Millionen
Stab von 5 festangestellten Mitarbeitern	



*Die Panama Papiere haben ein globales Netzwerk an Geheimhaltung und Korruption offengelegt. Mehr Transparenz wird nicht nur von Steueroasen gefordert, sondern auch von US Einzelstaaten wie Delaware und Nevada. Welche Position bezieht Transparency USA dazu?*

Anonyme Firmen sind nicht nur ein Problem in Delaware und Nevada, sondern auch in anderen Staaten der USA. Überall können Firmen gegründet werden, ohne dass der wirtschaftlich Berechtigte identifiziert werden müsste. Es ist wichtig, dass die Einzelstaaten diesbezügliche Informationen sammeln, Finanzinstitute identifizieren und verifizieren, wer der wirtschaftlich Berechtigte ist, und die Immobilienbranche untersucht, woher das Geld für Luxusimmobilien kommt und wer der eigentlich Nutzungsberechtigte ist. Wir haben deshalb eine [Kampagne](#) zur Offenlegung von wirtschaftlich Berechtigten gestartet.

*Wie ist das Verhältnis von individuellen zu korporativen Mitgliedern?*

Transparency USA ist derzeit keine Mitgliederorganisation. Korporative und auch einige individuelle [Unterstützer](#) leisten Beiträge, die ohne spezielle Zuordnung in den allgemeinen Haushalt einfließen.

Wir sind gerade dabei, uns in eine Mitgliederorganisation mit individuellen Mitgliedern aus allen Teilen der USA umzuwandeln, die für alle offensteht, die die Werte von Transparency

USA unterstützen und die Vorstellungen über den Kampf gegen Korruption teilen. Dadurch werden wir schneller mobilisieren können, mehr Gewicht in die nationale Debatte einbringen und unsere finanzielle Basis verstärken.

*Welche Aktivitäten lassen sich der neuen Strategie von Transparency International besonders gut zuordnen?*

Dazu zählt vor allem unser Engagement zu den wirtschaftlich Berechtigten, aber auch für mehr Transparenz und Verantwortlichkeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, zur Verbesserung von Compliance-Programmen von Unternehmen, zur Durchsetzung der OECD-Konvention gegen Auslandsbestechung und zur Verhinderung einer Schwächung der nationalen Korruptionsstrafbestimmungen. Transparency USA arbeitet aktiv mit an der G20 Antikorruptionsagenda und überwacht die Durchsetzung der Aktionspläne. Unsere neueste Initiative soll die Integrität von gewählten Vertretern auf allen staatlichen Ebenen und die Wahlverfahren stärken. Und wir setzen uns für mehr Transparenz und Verantwortlichkeit bei Entwicklungshilfe ein, insbesondere für Antikorruptionsmaßnahmen bei der Weltbank.

Im Rahmen dieser Initiativen arbeiten wir mit vielen verschiedenen Partnern zusammen und unterstützen dadurch den Aspekt einer „starken Bewegung“, den die Strategie 2020 besonders herausstellt.

*Was war der bislang größte Erfolg von*

*und was soll noch erreicht werden?*

Wir haben vieles erreicht, seit wir 1994 als eines der ersten Chapter von Transparency International gegründet wurden. Es ist schwer, daraus den „größten“ Erfolg auszuwählen. Kürzlich hat durch unsere Bemühungen das US-Finanzministerium ein Pilotprojekt in Miami und New York gestartet, das die Identifizierung der wirtschaftlich Berechtigten bei Käufen von hochwertigen Immobilien verlangt. Ähnlich haben wir uns für die Offenlegung der wirtschaftlich Berechtigten bei der Beschaffung der Weltbank eingesetzt. Sie wurde Teil der im Juli 2015 überarbeiteten Beschaffungsrichtlinien. Unsere Handreichung „*Verification of Anti-Corruption Compliance Programs*“ wurde gut aufgenommen. In der Washingtoner Hauptstadtregion nutzen zivilgesellschaftliche Organisationen erfolgreich unser Online-tool zur Überwachung von öffentlichen Aufträgen.

In Zukunft möchten wir weitere Fortschritte in den genannten Bereichen und in einem neuen Bereich erzielen: dem der Verantwortung der US-Regierung. Hier wird die neue Leiterin, Marian Currinder, einen Schwerpunkt auf die Integrität von gewählten Vertretern und Wahlverfahren setzen. |

*Die Fragen stellte Angela Reitmaier. Das Gespräch wurde von ihr ins Deutsche übersetzt.*

## BUNDESLÄNDER IM VERGLEICH

Schleswig-  
Holstein

## Politik

Es gibt keine Karenzzeit für Mitglieder der Landesregierung, wenn sie nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt Tätigkeiten übernehmen, die einen Bezug zu ihrer früheren Tätigkeit haben. Für Staatssekretärinnen und Staatssekretäre gilt das Landesbeamtengesetz, das nach ihrem Ausscheiden eine fünfjährige Anzeigepflicht vorsieht. Die Anzeigepflicht von Nebeneinkünften für Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag umfasst lediglich die Art der Tätigkeit und die daraus resultierenden Leistungen.

## Verwaltung

Die Richtlinie „Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein“ gilt jeweils fünf Jahre, aktuell bis zum 31.12.2017. Der Erlass „Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen“ vom 6.4.2010 ist im November 2012 durch Ausführungsbestimmungen umfangreich ergänzt worden. Für nicht zu beanstandende Aufmerksamkeiten gilt eine Bagatelgrenze von 10 Euro.

## Informationsfreiheit und Transparenzgesetz

Das 2012 in Kraft getretene „Informationszugangsgesetz für das Land Schleswig-Holstein“ hat das frühere Informationsfreiheitsgesetz aus dem Jahr 2000 sowie das Umweltinformationsgesetz ersetzt. Personen, die der Ansicht sind, dass ihr Informationsantrag zu Unrecht abgelehnt wurde, können das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein anrufen. Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien kommunaler Einrichtungen und Unternehmen müssen ihre Bezüge namentlich auf der Internetseite des Finanzministeriums und gegebenenfalls auch im Jahresabschluss veröffentlichen. Dies schreibt das „Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein“ vom 7. Juli 2015 („Transparenzgesetz“) vor. Anzugeben ist die Jahressumme sämtlicher erfolgsunabhängiger und erfolgsabhängiger Bezüge und Leistungen.

## Vergabe

Am 29.11.2013 ist das „Gesetz zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs“ in Kraft getreten und es wurde eine Informationsstelle im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie eingerichtet. In einer länderübergreifenden Kooperation mit Hamburg wird ein Korruptions- und Vergaberegister geführt, in dem Vergabesperr-

Bevölkerung:	2,83 Millionen (Stand 31.12.2014)
Regierende Parteien:	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, SSW
Sitzverteilung im Landtag:	CDU (22), SPD (22), Bündnis 90/ Die Grünen (10), FDP (6), Piraten- partei (6), SSW (3)
Nächste Wahl:	2017
Regionalgruppe:	Hamburg/Schleswig-Holstein
Mitglieder:	83

und Gesetzesverstöße festgehalten werden. In der Schleswig-Holsteinischen Vergabeverordnung sind die erhöhten Wertgrenzen des Konjunkturpakets II bis zum 31.12.2017 verlängert worden. Bei Liefer- und Dienstleistungen (VOL/A) ist eine freihändige Vergabe oder eine beschränkte Ausschreibung bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro zulässig. Ausschreibungen für Bauleistungen (VOB/A) bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro sind über eine freihändige Vergabe durchzuführen. Beschränkte Ausschreibungen ohne einen Teilnahmewettbewerb sind bis zu 1.000.000 Euro möglich.

## Hinweisgeber

2007 wurde eine Kontaktstelle zur Bekämpfung von Korruption eingerichtet. Seit August 2014 nimmt Hans-Werner Rogge, der ehemalige Direktor des Landeskriminalamtes, die Rolle des ehrenamtlichen Antikorruptionsbeauftragten wahr. Vertrauliche und anonyme Hinweise, aus denen sich ein Anfangsverdacht von Korruption ergibt, leitet dieser an die Polizei oder die Staatsanwaltschaft weiter. Ist dem Hinweisgeber Anonymität zugesichert worden, so darf der Antikorruptionsbeauftragte Angaben über die Identität der Person gegenüber Dritten nur mit dessen Genehmigung machen. Dies gilt allerdings nicht im Verhältnis zu den Strafverfolgungsbehörden. Neben der klassischen Erstattung einer Strafanzeige bei Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden kann die Polizei über eine Onlinewache kontaktiert werden. Hier ist die Angabe persönlicher Daten erforderlich.

## Strafverfolgung

Seit August 2002 gibt es eine der Staatsanwaltschaft Kiel und dem Landeskriminalamt Schleswig-Holstein unterstellte „Gemeinsame Ermittlungsgruppe Korruption“, die sich mit der Bekämpfung struktureller Korruption beschäftigt. Zudem wurde eine „Zentrale Stelle Korruption“ beim Generalstaatsanwalt geschaffen, die Erkenntnisse aus einschlägigen Strafverfahren sammelt, auswertet und Strafverfolgungsebenso wie Verwaltungsbehörden entsprechend berät.

## Zivilgesellschaft

48 Organisationen mit Sitz in Schleswig-Holstein beteiligen sich an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.

Lukas Gawor und Dr. Gisela Rüb |

## REZENSIONEN



Berlin: lexxion 2012  
ISBN 978-3-86965-194-1  
478 Seiten, 49,80 €

## Rinus van Schendelen: Die Kunst des EU-Lobbyings

Erfolgreiches Public Affairs Management im Labyrinth Brüssels

Während in Deutschland die Mehrheit der Koalitionsparlamentarier die Bequemhaltung vorzieht – nichts sehen, nichts hören und vor allem nicht dran rühren –, hat das Thema Transparenz des Lobbying in der Brüsseler EU-Kommission zu neuen Aktivitäten geführt. Stichwort: Öffentliche Konsultationen zu einem „verbindlichen Transparenzregister“. Über 6000 Treffen mit Lobbyvertretern hat die Kommission im vergangenen Jahr veröffentlicht. Da mag es gerechtfertigt erscheinen, nochmal das Buch von Rinus van Schendelen: „Die Kunst des EU-Lobbyings“ in die Hand zu nehmen. Es erschien erstmals 2010 in den Niederlanden und 2012

in deutscher Übersetzung. Mit großer Akribie wird auf 478 Seiten ausgebreitet, was amateurhaftes und was professionelles Lobbying ausmacht, welche Netze es zu spinnen gilt, welche Taktiken und Strategien zu bedenken und welche Nischen eventuell auszuleuchten sind, um erfolgreich die entsprechenden Interessen zu vertreten.

Nach der Lektüre dürfte jedem Leser klar geworden sein, dass ohne Lobbying in der EU, ohne das Know-How von Politikberatung, Thinktanks, Expertengruppen, Gutachtern, Interessenvertretungen der Wirtschaft und den Nichtregierungsorganisationen aus den 28 Mitgliedsländern, Parlament, Kommission und Rat ein wichtiger Input fehlen würde. Es ist allerdings auch ein Buch mit ausgeprägten Scheuklappen. Es fehlt die Einordnung in staatliche und gesellschaftliche Prozesse. Es gibt keine kritische Reflexion über die Auswirkungen auf eine Gesellschaft und ihren Zusammenhalt, wenn auf der einen Seite die professionelle Perfektion kapitalstarker mächtiger Interessen um Einfluss ringt und auf der anderen Seite schwächere Gruppen stehen, denen es an Kapital und Durchsetzungskraft fehlt. Transparenz der Einflussnahme spielt in diesem Buch keine Rolle. Will Lobbying aber langfristig erfolgreich sein, dann muss es sich dem demokratischen Selbstverständnis von Gesellschaften anpassen. Es kann auf Dauer nicht auf die Akzeptanz in der Gesellschaft verzichten. Transparenz ist eines der wichtigsten Kriterien, wenn es um Einflussnahmen auf demokratische Prozesse geht. Dass mit der perfekten Technik des „Public Affairs Managements“ aber alles gut wird, ist ein gefährlicher Irrglaube, den „Die Kunst des EU-Lobbyings“ fördert.

*Jochen Bäumel |*



München: C. H. Beck 2015  
ISBN 978-3-406-66697-1  
288 Seiten, 14,95 Euro

## Markus Meinzer: Steueroase Deutschland

Warum bei uns viele Reiche keine Steuern zahlen

Steueroasen – das sind immer die anderen, die kleinen paradiesischen Inselstaaten. Steuerhinterzieher und Geldwäscher

– das sind immer die Bösen, die Ganoven mit Geldkoffern. Mit seinem Buch schafft es Markus Meinzer den Leser zum Nachdenken und Umdenken zu bewegen.

Schritt für Schritt weist er anschaulich und anhand konkreter Beispiele auf die Defizite in der deutschen Gesetzgebung und Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Korruption und Geldwäsche hin. Denn unter dem Deckmantel des Steuergeheimnisses herrscht zwischen Behörden, Banken, Unternehmen und Fahndern strenge Verschwiegenheit, Passivität und Intransparenz. Im gnadenlosen Kampf um marktwirtschaftliche Standortattraktivität werden möglichst wenige Fragen gestellt. Internationale Großkonzerne, korrupte Staatsoberhäupter und gewiefte Investoren profitieren vom Wohlfühlklima der deutschen Diskretion.

Der Autor verdeutlicht, dass das Hauptproblem nicht bei den einzelnen Staaten oder Akteuren liegt sondern im gesamten System. Als Leser versteht man schnell: Steuergerechtigkeit ist kein Gewissensproblem Einzelner, sondern eine Grundsatzfrage für die Weltgemeinschaft. Es mangelt sowohl an bundesweiter und internationaler Kooperation bei Informationsaustausch und Steuerfahndung als auch an

einer Vision für ein globales Konzept der Zusammenarbeit und einheitlichen Standards. Leider fehlt dazu bisher auch der breite politische Konsens.

Das Buch eignet sich auch für Steuerlaien, um sich mit dem Thema erstmalig vertraut zu machen. Die aufgeführten Argumente und Thesen werden mit einer Vielfalt von

Fallbeispielen und Statistiken illustriert. Für besonders interessierte Leser wären auch Quellenangaben und Verweise auf Literatur wünschenswert gewesen. Auch hätte Markus Meinzer die Gelegenheit zu konkreten Handlungsempfehlungen gerne häufiger nutzen können. Dennoch ist das Buch in seiner Gesamtheit sehr gelungen und empfehlenswert.

*Marina Popzov |*



Berlin: Erich Schmidt Verlag 2015  
ISBN 978-3-503-16573-5  
177 Seiten, 34,95 Euro

## Pia Montag: Risikomanagement und Compliance im Mittelstand

Status quo und Erfolgsfaktoren der Implementierung

Das Buch von Pia Montag ist kein Praxisleitfaden, vielmehr ist es eine fundierte wissenschaftliche Arbeit, die das Zusammenspiel von Risikomanagement und Compliance aus zwei Perspektiven beleuchtet: zum einen aus theoretischer – insbesondere verhaltenswissenschaftlicher – und zum anderen aus empirischer Sicht. Hierzu hat die Autorin mittelständische Unternehmen zu ihrem Risikomanagement und Compliance-Management-System befragt und die knapp 200 Antworten ausgewertet. Die Kernfrage des Buches lautet: Wie können Risikoma-

nagement und Compliance erfolgreich in mittelständischen Unternehmen eingeführt und umgesetzt werden? Pia Montag ist heute als Dozentin an der FOM Hochschule für Ökonomie und Management tätig. Das Buch ist ihre Dissertation in Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Universität München; seine Erkenntnisse sind relevant für Unternehmen beziehungsweise das Unternehmensmanagement sowie Unternehmensberater. Wesentliche Erkenntnisse sind: 1. Risikomanagement und Compliance sind oftmals in Unternehmen im Kern bereits vorhanden und werden schon vielfach umgesetzt. Oftmals wird dies jedoch nicht explizit als Risikomanagement und Compliance betitelt. 2. Entscheidend dafür, ob Risikomanagement und Compliance erfolgreich eingeführt und umgesetzt werden, ist wesentlich die Unternehmenskultur. Gerade in stärker personenzentrierten mittelständischen Unternehmen ist das Verhalten der Führungspersonen ausschlaggebend, ob Risikomanagement und Compliance gelebt oder nur oberflächlich oder gar nicht praktiziert werden. Die Risikoeinschätzung ist heute wesentliches Element eines jeden Compliance-Management-Systems; ja, die Analyse und Bewertung von Compliance-Risiken ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Compliance in Unternehmen richtig verankert wird. Ausschlaggebend jedoch ist – und das ist wesentliche Erkenntnis des Buches – die Beispiel-funktion von Schlüsselpersonen im Unternehmen. Und hier liegt ein Forschungsfeld, zu dem es noch viele Fragen gibt. Es gibt bereits viele gute Praxisbeispiele hierzu; es ist ein Desiderat, diese in Buchform vor- und darzustellen.

*Marie-Carin von Gumpenberg |*



Berlin: Erich Schmidt Verlag 2015  
ISBN 978-3-503-16329-8  
297 Seiten, 49,95 Euro

## Peter Fissenewert: Praxishandbuch internationale Compliance-Management-Systeme

Grundsätze – Checklisten – Zertifizierung gemäß ISO 19600

Dieses Buch setzt Maßstäbe! ISO 19600, die neue internationale Richtlinie für Compliance-Management-Systeme, wird in dem Buch von Peter Fissenewert erstmalig im deutschsprachigen Raum ausführlich vorgestellt. Der Autor hat die

englische Fassung der ISO 19600 übersetzt und an die deutsche Unternehmenspraxis angepasst.

Der Autor beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Compliance; hat selbst viele Unternehmen beraten und kennt die vielfältigen Probleme, die mit der Einführung und Umsetzung von Compliance-Management-Systemen verbunden sind. Daher ist das Buch auch sehr praxisorientiert. Es enthält zahlreiche ISO-Checklisten, mit denen Unternehmen Schritt für Schritt prüfen können, wie Compliance-Management-Systeme nach ISO 19600 zu entwickeln, einzusetzen, beizubehalten und zu verbessern sind. Und darin liegt der Mehrwert des Buches!

Das Buch richtet sich vorwiegend an mittelständische Unternehmen. Denn hier zeigt sich in den letzten Jahren immer deutlicher der Bedarf nach solchen Systemen. Immer mehr gesetzliche Vorschriften nehmen Compliance-Elemente auf; die Vergabe öffentlicher Projekte an Unternehmen wird zunehmend an deren Aufstellung in Compliance-Fragen geknüpft; Zulieferunternehmen müssen Compliance-Management-Systeme vorweisen, wollen sie weiter im Geschäft bleiben.

Das Buch behandelt auch die Frage der Zertifizierung nach ISO 19600. Peter Fissenewert beschreibt, wie sich Unter-

nehmen sich auf eine derartige Zertifizierung vorbereiten können und wie diese aussehen kann. Die Praxis zeigt: Eine Zertifizierung schützt ein Unternehmen nicht vor Compliance-Verstößen; sie kann jedoch wesentlich dazu beitragen, das bestehende Compliance-Management-System nachhaltig zu verbessern. Es gilt: Mit funktionierendem Compliance-Management-System ist die Quantität und Qualität der schwerwiegenden Compliance-Verstöße deutlich reduziert.

Das Buch ist ein wichtiger Leitfaden für alle, die sich näher mit der ISO 19600 beschäftigen wollen. Die ISO-Checklisten bieten einen schnellen und einfachen Überblick aller Elemente des Compliance-Management-Systems nach ISO 19600. Die Fragen dienen als eine gute Richtschnur; deren Anpassung an die jeweilige Unternehmensbranche und Unternehmerstruktur ist individuell vorzunehmen. Das Buch ist in Papierform und als Online-Ausgabe erhältlich. Für weitere Auflagen wäre zu wünschen, die Fragenkataloge so zugänglich zu machen, dass Unternehmen und Unternehmensberater direkt mit diesen arbeiten können.

*Marie-Carin von Gumppenberg |*



Verlag Jürgen Lauber 2014  
ISBN: 978-2-8399-1464-2  
353 Seiten. 49,90 EUR

## Jürgen Lauber: BauWesen/BauUnwesen

Warum geht das Bauen in Deutschland schief?

Drei mutige Autoren – Jürgen Laube, Hans Kranz und Bernd Hanke – haben sich mit diesem Buch zum Ziel gesetzt, (schonungslos) die Gründe dafür offenzulegen, warum die kostentechnische und terminliche Realisierung von Bauvorhaben in Deutschland oft schiefgeht. Hierzu haben sie eine Analyse des Bauwesens in Deutschland vorgelegt und dargestellt, welche Faktoren verantwortlich sind. Dass sie hierbei das bestehende erhebliche Korruptionsrisiko nicht berücksichtigt haben, stellt ein kleines Manko dar. Zur Verdeutlichung der Thematik bietet das Buch – neben den grundsteinlegenden Teilen – gut recherchierte

Hintergrundberichte, unter anderem zu den aufsehenerregenden Großprojekten Elbphilharmonie und Flughafen Berlin Brandenburg. Dies führt dazu, dass das behandelte Thema – unterstützt durch gelungene Karikaturen – für jedermann nachvollziehbar ist.

Als Ursachen für die teils desaströse Durchführung von Bauvorhaben benennen die Autoren als Hauptfaktor geschönte Budgets, die notwendig sind, um die Vorhaben politisch „abgesegnet“ zu bekommen. Aber auch die mit schlecht geplanten Bauvorhaben einhergehenden Nachträge – die zudem durch nachträgliche Änderungswünsche verursacht werden – tragen zu ausufernden Kosten bei. An dieser Stelle verweist der Autor auf das Lukas-Evangelium (14,28-30), in dem bereits geschrieben steht, dass nur das gebaut werden sollte, was sich der Bauherr (finanziell) leisten kann, allerdings scheint dieser Grundsatz heute nur noch selten Gültigkeit zu haben. Auch die Überfrachtung der Planungs- und Bauprozesse durch Vorschriften, die noch dazu oft widersprüchlich sind, tragen zum Misslingen bei. Nicht zuletzt habe auch der (irrtümliche) Zwang, Bau- und Montageleistungen an den billigsten Anbieter vergeben zu müssen, einen Anteil am Desaster. All dies führt dazu, dass das Bauwesen zum tragischen und für die Steuerzahler zumeist teuren BauUnwesen wird.

Im letzten Kapitel werden Verbesserungsvorschläge vorgestellt, die als Gegenmaßnahmen geeignet sind. Primär wird hierbei auf eine Anpassung des Untreuetatbestands (Untersuchung bei Budgetüberschreitung von mehr als 10 Prozent) und auf die Veröffentlichung von Informationen

bezüglich Erstellung und Betrieb von Infrastrukturmaßnahmen gesetzt. Beide Aspekte verdienen es, bedacht zu werden. Schließlich werden auch Überlegungen angestellt, wie das Bauwesen auf eine neue Version 2.0 weiterentwi-

ckelt werden könnte, um eine grundlegende Wirkung und Verbesserung im Bauwesen zu erzielen. Alles in allem ein gelungenes Buch!

*Christian Lantermann |*



Berlin: Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit 2015  
ISBN 978-3-933111-15-9  
71 Seiten.  
Online unter  
[www.bits.de/public/pdf/rr15-1.pdf](http://www.bits.de/public/pdf/rr15-1.pdf)

## Otfried Nassauer / Christopher Steinmetz (Hrsg.): Wie geschmiert.

Deutsche Rüstungsexporte nach Griechenland und die Korruption

Fast bei allen größeren deutschen Rüstungsexporten nach Griechenland zwischen 2004 und 2014 ist Korruption mittlerweile erwiesen oder Gegenstand laufender Ermittlungen. Bestechung ausländischer Entscheidungs- und Amtsträger war in diesem Zeitraum nicht mehr erlaubt. Dennoch haben deutsche Rüstungskonzerne und deren Mitarbeiter systematisch „geschmiert“, um an lukrative Großaufträge für U-Boote, Panzerhaubitzen, Panzer und Luftverteidigungssysteme zu kommen. Unnütze und überteuerte Waffenkäufe haben zur Überschuldung Griechenlands beigetragen und belasten die Menschen in Griechenland und Deutschland noch heute mit hohen Kosten.

Das war eines der Ergebnisse der Veranstaltung „Wie geschmiert – Deutsche Rüstungsexporte nach Griechenland und die Korruption“ die sich am 30. Juni 2015 in Berlin erstmalig tiefgehend mit der Korruption bei Rüstungsgeschäften zwischen Deutschland und Griechenland im

betreffenden Zeitraum befasst hat. Das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) hat hierzu eine gleichnamige, sehr lesenswerte Broschüre herausgegeben. Mit einer erweiterten und ergänzten Dokumentation informiert sie zu den Kern-Fragen: Welche zuverlässigen Informationen gibt es? Welche Rahmenbedingungen ermöglichen die hohe Korruption? Was muss international und national zur Verhinderung und Bekämpfung von Korruption bei Rüstungsgeschäften getan werden?

Zur Broschüre haben zahlreiche Experten beigetragen. Andrew Feinstein und Paul Holden von Corruption Watch UK informieren eingangs über die Grundzüge des Verhältnisses von Rüstungsexporten und Korruption. Das Fazit: Der Waffenhandel ist wohl weltweit der korrupteste aller Handelsbereiche. Wenn es nicht gelingt, den Waffenhandel besser zu regulieren, transparent zu machen und von der politischen Sphäre zu trennen, wird er weiter dafür sorgen, dass die Welt zunehmend korrupt und immer gefährlicher wird. Olaf Kreuzer führt kurz in die deutsche Rechtslage zur Bekämpfung der Korruption und ihre Lücken ein. Nikolas Lentopoulos und Elisa Simantke, Initiatoren des Projektes „Germany-Greece: The Corruption Portfolio“, geben einen historischen Überblick über die Rolle deutscher Konzerne sowie die Bedeutung der Korruption in Griechenland. Christopher Steinmetz (BITS) schildert den „griechischen Honigtopf“ für deutsche Rüstungsexporte. Otfried Nassauer (BITS) und Tasos Teloglou, ein investigativer Journalist aus Athen, analysieren den derzeitigen Wissensstand über (potentielle) Korruptionsfälle bei deutsch-griechischen Rüstungsexportgeschäften der letzten 15 Jahre.

Dr. Marie-Carin von Gumppenberg, Mitglied bei Transparency Deutschland, empfiehlt zum Abschluss notwendige Maßnahmen und Instrumente zur Aufklärung, Prävention und Bekämpfung der geschilderten Korruption. Die Broschüre zeigt einen dringenden Handlungsbedarf für mehr Transparenz: auf deutscher Seite insbesondere bei der Genehmigung, auf griechischer Seite bei der Vergabe von Rüstungsprojekten.

*Norbert von Stillfried |*



Köln: W-Film-Produktion  
1 DVD. Laufzeit 93 Min.  
EAN 4250128418041

## Benjamin Best: Dirty Games

Das Geschäft mit dem Sport

Schon die ersten Minuten von „Dirty Games“ gehen unter die Haut: Ein Flugzeug landet in der Nacht auf dem Flughafen von Kathmandu in Nepal. Dort wartet ein Vater auf seinen Sohn. Der 27jährige kehrt in einem schlichten Holzсар zurück. Er starb als einer von vielen Gastarbeitern unter ungeklärten Umständen auf den Baustellen für die Fußball-WM 2022 in Katar. In langen ruhigen Bildern begleitet der preisgekrönte Dokumentarfilmer Benjamin Best die Familie

und den Sarg bis zur Beisetzung in einem nepalesischen Bergdorf. Eine Mutter weint herzerreißend, eine von ganz vielen. Bis zu 4000 Nepalesen, so schätzen Nichtregierungsorganisationen, werden bis zum Start der Weltmeisterschaft in Katar gestorben sein. Opfer unmenschlicher Arbeitsbedingungen in dem Golfstaat.

Filmmacher Best schlägt in diesen 93 sehenswerten Minuten über die schmutzigen Seiten des Sports nie laute Töne an. Er präsentiert nichts grundlegend Neues, aber er geht thematisch in die Tiefe wie selten in einem Film und kommt den Menschen dabei sehr nahe. Den Opfern, wie den Vertriebenen von Rio, deren Häuser für Olympia-Parkplätze platt gemacht wurden. Aber auch den Tätern, wie Charles Farrell, einem ehemaligen Top-Box-Manager, der freimütig zugibt, hunderte Boxkämpfe manipuliert zu haben.

Best berichtet von Wettskandalen in der US-Basketball-Profiliga NBA und von Korruption bei Fußball-WM-Vergaben. Über seine eindrucksvollen Protagonisten legt er die dahinter stehenden Systeme des Sports offen. Für ihn „mafiose, kriminelle Syndikate“. Etwas Hoffnung macht ihm der FC United of Manchester, ein 2005 von kommerz-geschädigten United-Anhängern gegründeter und selbstverwalteter Klub. Doch der spielt in England in der 6. Liga, kann deshalb wohl noch nicht als Stachel im Fleisch des Big-Football-Business angesehen werden. Nach diesem Film wünscht man sich allerdings ganz viele solcher Alternativ-Klubs, auch in Deutschland.

Der Film läuft über den Sommer in ausgewählten Kinos und ist ab September als DVD im Handel.

*Jochen Reinhardt |*

Transparency Deutschland bezieht von Verlagen kostenfreie Rezensionsexemplare, die in der Präsenzbibliothek der Geschäftsstelle verfügbar sind.



An Transparency International Deutschland e.V.  
Alte Schönhauser Straße 44  
D-10119 Berlin

Stärken Sie die Koalition gegen  
Korruption durch Ihren  
Förderbeitrag oder Ihre Spende!

GLS Bank

IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00

BIC: GENO DE M 1 GLS

Gläubiger-ID: DE50ZZZ00000023804

Ja, ich möchte Transparency International Deutschland e.V. unterstützen

durch eine einmalige Spende von ..... Euro

als Förderer mit einem regelmäßigen Beitrag von ..... Euro monatlich / jährlich

Herr  Frau

.....  
Titel

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße und Hausnummer

.....  
PLZ und Ort

.....  
Telefon

.....  
Fax

.....  
E-Mail

Ich ermächtige Transparency International Deutschland e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von Transparency International Deutschland e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

.....  
Geldinstitut

.....  
IBAN

.....  
BIC

.....  
Ort / Datum

.....  
Unterschrift



OUR GLOBAL MOVEMENT ▾ | POPULAR CONTENT ▾ |

[f](#) [t](#) [v](#) [i](#) [n](#)



HOME | WHO WE ARE ▾ | WHAT WE DO ▾ | GET INVOLVED ▾ | NEWS ▾ | DONATE | Search

You are currently - [Home](#) | [Who we are](#) | [Contact us](#)

## CONTACTS

## TRANSPARENCY INTERNATIONAL SECRETARIAT

### TRANSPARENCY INTERNATIONAL SECRETARIAT

[View Map, Address & Directions](#)

### TRANSPARENCY INTERNATIONAL EU LIAISON OFFICE

### TRANSPARENCY INTERNATIONAL WHERE YOU ARE



#### TRANSPARENCY INTERNATIONAL SECRETARIAT

Alt-Moabit 96  
10559 Berlin  
Germany

**General contact:**  
Telephone: +49 30 3438 200  
Fax: +49 30 3470 3912  
Email: [ti@transparency.org](mailto:ti@transparency.org)

**Media contact:**  
Telephone: +49 30 3438 20 666  
Email: [press@transparency.org](mailto:press@transparency.org)

Read about our [ethics/complaint systems](#)

Website: <http://www.transparency.org>

#### JOIN THE CONVERSATION

Below you'll find various social channels that you can connect with.



#### DIRECTIONS

On public transport:  
S-Bahn 5, 7, 9, 75 to 'Bellevue'  
U-bahn 9 to 'Turmstrasse'  
Bus 245 from main train station (Hauptbahnhof),  
Bus TXL from Tegel airport and Bus 187 from  
Schöneberg to 'Kleiner Tiergarten'

By car:  
Coming from Alt-Moabit, enter business complex.  
Public parking spaces available on the compound  
(please enter at No.94).

#### DONATE TO THE SECRETARIAT

[DONATE](#)

#### FOLLOW US ON SOCIAL MEDIA



Dienstag, 16 April 2019

Zum Seitenanfang

Suche...  Ok



Regionales Informationszentrum  
der Vereinten Nationen  
für Westeuropa

Deutsch

- [STARTSEITE](#)
- [KONTAKT/PRESSESTELLE](#)
- [PRESSEMITTEILUNGEN](#)
- [BIBLIOTHEK](#)
- [ARBEITSMÖGLICHKEITEN UND PRAKTIKA](#)

- [Kontakt in Deutschland](#)
- [Kontakt in Brüssel](#)
- [Anmeldung für den  
Presseverteiler](#)
- [Vorträge, Seminare, Besuch  
der UNO in Bonn](#)
- [Schlagzeilen](#)
- [Pressemitteilungen](#)
- [Newsletter](#)
- [Gaskommentare](#)
- [Publikationsverzeichnis](#)
- [UNRIC Kampagnen](#)
- [Links](#)
- [Index](#)



Die UNO in sozialen  
Netzwerken

**ÜBER DIE UNO**

- [Aufbau der UNO](#)
- [Charta](#)
- [Generalsekretär](#)
- [Frieden und Sicherheit](#)
- [Wirtschaftliche und Soziale  
Entwicklung](#)
- [Menschenrechte](#)
- [Umwelt](#)
- [Völkerrecht](#)
- [Internationale Tage und  
Jahre](#)

**Deutschland will UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren**



Nach jahrelanger Verzögerung will Deutschland die Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption ratifizieren. Das Bundeskabinett brachte dazu einen Gesetzentwurf auf den Weg. Das UN-Übereinkommen von 2003 verpflichtet die beteiligten

Länder unter anderem zur Bestrafung verschiedener Formen von Korruption gegenüber Amtsträgern und zur internationalen Kooperation in diesem Bereich. Bislang haben 171 der 193 UN-Mitgliedsstaaten die Konvention ratifiziert. Deutschland gehört noch nicht dazu und befindet sich damit in der Gesellschaft von Staaten wie Nordkorea, dem Sudan, Syrien oder Somalia. Jahrelang fehlte in Deutschland eine ausreichende gesetzliche Regelung gegen Abgeordnetenbestechung. Die Vorgaben der UN-Konvention waren daher nicht erfüllt. Im Februar hatte der Bundestag schließlich schärfere Regeln beschlossen: Bestechung und Bestechlichkeit von Parlamentariern kann künftig mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden. Damit ist der Weg frei für die Ratifizierung der UN-Konvention.

[Twittern](#) [Weiterempfehlen](#)

**UN in Deutschla...**

**UNRIC Verbindungsbüro in Deutschland, Bonn**

Tel.: +49 (0)228 / 815-2773 / 2778

- Allgemeine Anfragen: [info@unric.org](mailto:info@unric.org)
- Presse/Medien: [deutschland@unric.org](mailto:deutschland@unric.org)

**DIE VEREINTEN NATIONEN**

**17 ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG, DIE UNSERE WELT BIS 2030 VERÄNDERN WERDEN**

1 KEINE ARBEIT 	2 KEIN HUNGER 	3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN 	4 BEWEHRTE BEWAHRUNG 
5 GEGENSTÄNDLICHE GLEICHHEIT 	6 SAUBERE WASSER UND SANITÄRE LIEGESTÜLLE 	7 BELEBUNG UND SAUBERE ENERGIE 	8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTLICHE WACHSTUM 
9 BEWEHRTE INFRASTRUKTUR 	10 WENIGER UNGLEICHHEITEN 	11 BEWAHRTE STÄDTE UND GEMEINSCHAFTEN 	12 NACHHALTIGER KONSUM UND PRODUKTION 
13 KLIMASCHUTZ 	14 LEBENS-UND OZEANLEBENS 	15 LEBENS-UND ÖKOLOGIE 	16 FRIEDLICHE UND GERECHTE VERFAHREN 
17 PARTNER-SCHAFTEN FÜR DIE ERREICHUNG DER ZIELE 	<b>ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG</b>		Ausgabe 2016 <a href="http://www.un.org">www.un.org</a>

[Terms of Use](#)  
 [Copyright](#)  
 [Privacy Note](#)  
 [Sitemap](#)

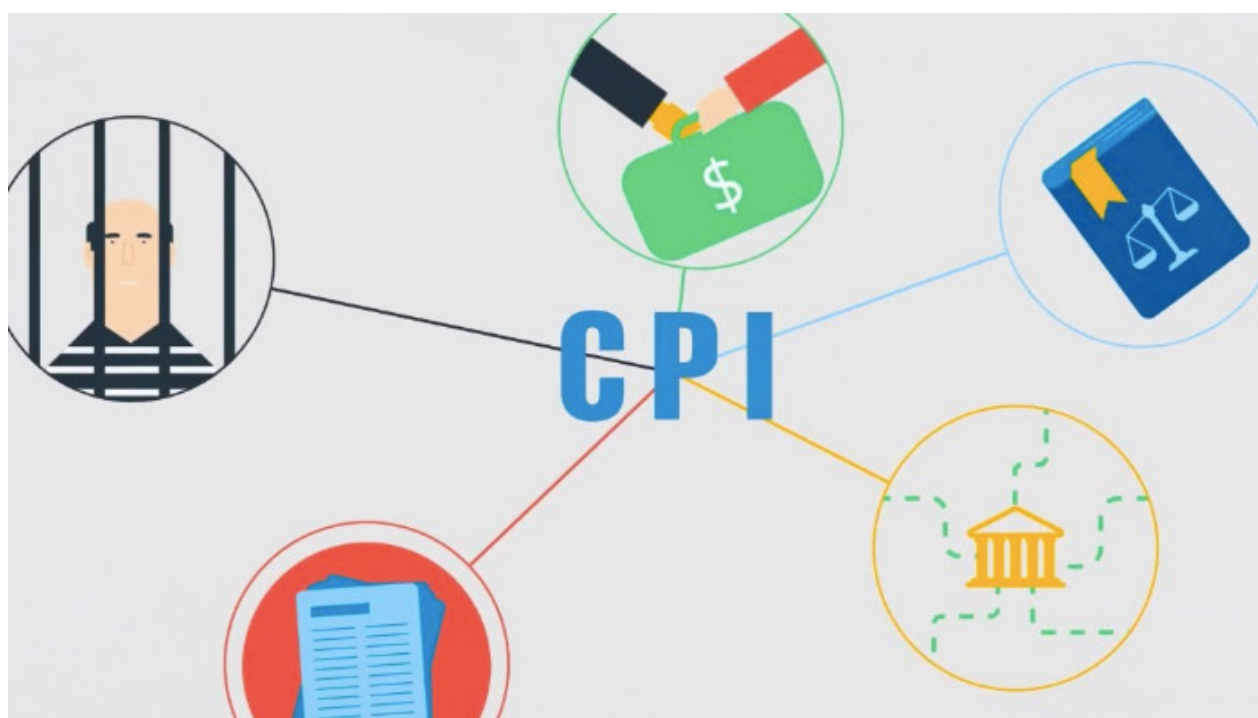
UNITED NATIONS Copyright 2019

Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa (UNRIC)  
 Verbindungsbüro in Deutschland  
 Platz der Vereinten Nationen 1, 53113 Bonn; Tel.: +49 (0)228 / 815-2773 / 2774 / 2778; Fax: +49 (0)228 / 815-2777

Unterstützen Sie den unabhängigen und frei zugänglichen europäischen Journalismus mit einer Spende für VoxEurop!

*ENTPACKEN DES CPI-INDEX VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL:*

## Ein Fokus auf die EU



Transparency International

8. Februar 2019 –

**Laut dem TI-Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index) 2018 schneiden die nordischen Länder im Kampf gegen die Korruption im weltweiten Vergleich erneut am besten ab. Wenn man jedoch die Daten seit 2012 betrachtet, scheinen die baltischen Staaten die aufsteigenden Sterne zu sein.**

**Alexander Damiano Ricci** for

---

Ende Januar 2019 veröffentlichte [Transparency International](#) (TI) seinen 24. Korruptionswahrnehmungsindex, d. h. eine Studie, die rund 180 Länder auf einer Skala von 0 (sehr korrupt) bis 100 positioniert. Neben einer weltweiten Rangliste analysiert der Bericht sechs globale Regionen im Hinblick auf ihre jüngsten Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung: Den asiatisch-pazifischen Raum, Subsahara-Afrika, der Doppelkontinent Amerika, der Nahe Osten und Nordafrika, Osteuropa und Zentralasien, sowie Westeuropa und die EU. Genauer gesagt misst der CPI-Index die

Fähigkeit der Staaten, das Problem anzugehen, indem die Wahrnehmung von Korruption in jedem Land bewertet werden, und zwar auf der Grundlage von [Umfragedaten und Expertenbewertungen](#).

In ganz Europa sorgte der Bericht für Schlagzeilen, zumal er hervorhob, dass der alte Kontinent und Westeuropa – obwohl sie besser abschneiden als andere Regionen – in den letzten Jahren nur mangelnde Fortschritte in dieser Angelegenheit gemacht haben.

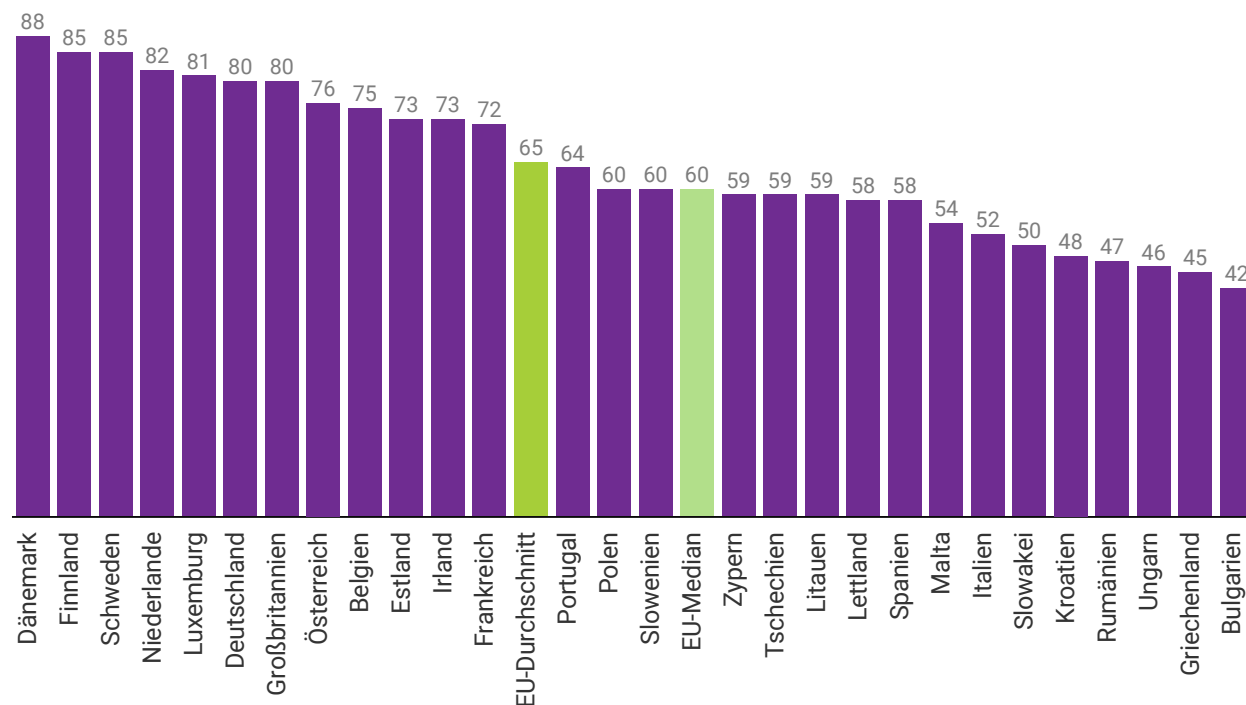
## Die Daten über die EU

Ausgehend von den Daten von TI haben wir uns auf die EU-Mitgliedstaaten konzentriert, allein um zu beobachten, wie es den Ländern 2018 und früher erging.

Abbildung 1 gibt einen Überblick über das Ranking für die EU. Laut dem TI-Bericht ist Dänemark „weltweit führend“. Damit steht das nordeuropäische Land auch an der Spitze des EU-Rankings, dicht gefolgt von Schweden und Finnland. Entscheidend ist, dass nur Länder aus Nord- und Westeuropa und dem Baltikum über den Durchschnitts- und Medianwerten liegen.

### CPI-Indexwert: EU-Länder

Je höher die Punktzahl, desto geringer die wahrgenommene Korruption.



Von EDJN Bearbeitung und Veröffentlichung dieser Grafik

Quelle: [Transparency International](#)

Policy Paper Serie „Wachstum im Wandel“

INITIATIVE  
WACHSTUM  
WANDEL

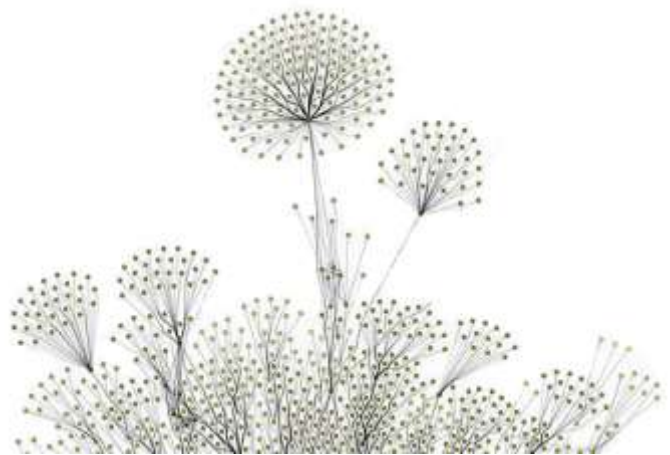


## Wachstum und Staatsausgaben

**Welche Spielräume hat staatliche Ausgabenpolitik unter den Bedingungen unsicherer Wachstumsprognosen und wie kann sie zu mehr Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen?**

Fritz Hinterberger, Elke Pirgmaier, Andrea Stocker,  
Johanna Schreiber, Robert Kalcik, Christine Ax

Februar 2013



Eine Initiative von



lebensministerium.at

SUSTAINABLE EUROPE  
RESEARCH INSTITUTE



ES GEHT UM WAS!  
www.seri.at



## Inhalt

Executive Summary.....	3
1 „Wachstum im Wandel“.....	7
1.1 Hintergrund.....	7
1.2 Policy-Science Stakeholder-Dialog.....	7
2 Fokus und Ziel dieses Policy Papers.....	8
3 Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben .....	9
3.1 Wie wirken Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum? .....	9
3.2 Wie wirkt Wirtschaftswachstum auf die Staatsausgaben und welche Herausforderungen ergeben sich bei geringem, stagnierendem oder sinkendem Wachstum? .....	14
4 Status Quo in Österreich .....	15
4.1 Höhe und Struktur der Staatsausgaben.....	15
4.2 Politik der letzten Jahre.....	16
4.3 Fehlende Transparenz macht die Steuerung schwer oder unmöglich .....	17
5 Wie kann eine nachhaltige Ausgabenpolitik einen Wachstumswandel zu mehr Nachhaltigkeit unterstützen? .....	18
5.1 Was versteht man unter nachhaltigen Ausgaben, was sind die Ziele von nachhaltiger Fiskalpolitik?.....	19
5.2 Voraussetzungen für eine nachhaltige Ausgabenpolitik .....	21
6 Handlungsvorschläge für den Umgang mit einer anhaltenden Wachstumsschwäche.....	25
7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	30
9 Referenzen .....	32



## Executive Summary

In diesem Policy Paper wird diskutiert, wie die öffentliche Ausgabenpolitik (um-)gestaltet werden könnte, um auch in wachstumsschwachen Zeiten ihre Ziele zu erreichen. Dafür werden zunächst die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben beleuchtet, die derzeitige österreichische Politik dargelegt und schließlich Maßnahmenvorschläge abgeleitet, welche die langfristige Vision einer Wirtschaft forcieren können, die widerstandsfähig, am Gemeinwohl orientiert und weniger stark vom Produktionswachstum abhängig ist.

### Wie wirken Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum?

In der neueren Literatur findet sich kein gesicherter positiver Zusammenhang zwischen hohen öffentlichen Ausgaben und langfristigem Wachstum. Die Beziehung scheint jedenfalls nicht-linear zu sein: nicht nur die Höhe, sondern vor allem die Struktur und die Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben sind wesentlich für das Wachstum (siehe z.B. Pitlik und Schratzenstaller, 2011).

Grundsätzlich wird den Ausgaben für wichtige öffentliche Dienstleistungen (allgemeine Verwaltung, öffentliche Sicherheit und Verteidigung), Infrastrukturausgaben (Transport, Kommunikation, etc.) und öffentliche Güter/Externalitäten (Gesundheitswesen, Bildung und Umweltschutz) ein wachstumsfördernder Effekt zugesprochen. Nicht wachstumsfördernd wirken Ausgaben für Umverteilung, soziale Sicherung, Zinszahlungen sowie Ausgaben für Erholung, Unterhaltung und Kultur (Pitlik und Schratzenstaller, 2011).

Trotz oder gerade wegen der großen Zahl von Studien, die sich mit dem Zusammenhang von Staatsausgaben und Wirtschaftswachstum beschäftigen, gibt es keine einfache Antwort, die für alle Staaten und konkreten historischen Konstellationen zutrifft. Nach Einschätzung der in dieses Policy Paper eingebundenen ExpertInnen ist sicher, dass ohne staatliche Leistungen und Gemeingüter die Wirtschaft nicht wachsen kann. Ohne Zweifel sinkt auch ab einem bestimmten Entwicklungsniveau und Pro-Kopf-Einkommen die Bedeutung der staatlichen Ausgaben für das Wirtschaftswachstum. Man kann außerdem davon ausgehen, dass ab einer bestimmten Höhe der Staatsquote die Wohlfahrtseffekte kippen und der hohe Staatsanteil an den Ausgaben zu einer Belastung für die Wirtschaft wird und Wirtschaftswachstum behindert. Und dies alles ist außerdem stets davon abhängig, ob sich die Volkswirtschaften in einer Rezession befinden oder ob sie eine Wachstumsphase durchlaufen.

### Wie wirkt Wirtschaftswachstum auf die Staatsausgaben und welche Herausforderungen ergeben sich bei geringem, stagnierendem oder sinkendem Wachstum?

Ein hohes Wirtschaftswachstum hat direkt und indirekt Einfluss auf die Staatsausgaben. *Direkt*, indem es die Notwendigkeit von bestimmten Ausgaben reduziert. Verringert sich beispielsweise infolge hoher Wachstumsraten die Arbeitslosigkeit, so sinkt auch der Bedarf an Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung. *Indirekt*, indem sich durch das Wirtschaftswachstum die Staatseinnahmen erhöhen, wodurch der Staat mehr Spielraum bei der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben hat, sofern die Mittel nicht in die Schuldentilgung fließen. Die meisten derzeit erhobenen Steuern und Abgaben (z.B. die beiden größten Kategorien: Steuern auf das Einkommen und auf den Konsum) sind vom Wirtschaftswachstum abhängig. Somit sind die Steuereinnahmen umso höher, je stärker die Wirtschaft wächst.

Dementsprechend ist es für den Staat in Zeiten stärkeren Wirtschaftswachstums einfacher, die Ausgaben zu finanzieren, ohne auf Steuererhöhungen oder weitere Kredite zurückgreifen zu müssen. Demgegenüber engt geringes Wirtschaftswachstum die Handlungsfähigkeit des Staates ein, da auch

die Steuereinnahmen geringer ausfallen. Da die Staatsausgaben jedoch gerade in Zeiten niedrigen Wachstums nicht beliebig reduziert werden können, wurden die notwendigen Mittel bisher regelmäßig über höhere Kreditaufnahmen bereitgestellt. Aufgrund nationaler und EU-weiter Verpflichtungen zur Budgetkonsolidierung lässt sich jedoch zukünftig die Verschuldung nicht beliebig erhöhen bzw. muss diese sogar vermindert werden. Da diese Regeln jedoch meist die Höhe der Verschuldung in Beziehung zum BIP setzen, ermöglicht ein Wachstum des BIP auch die Erhöhung der Staatsausgaben und damit auch der absoluten Höhe der Verschuldung

In wachstumsschwachen Zeiten stellen auch Steuererhöhungen keine geeignete Alternative dar. So sind drastische Einschnitte bei den Sozialleistungen kaum zu vermeiden, sofern nicht die Struktur der Staatseinnahmen und –ausgaben verändert wird.

### **Status Quo in Österreich**

Die Staatsausgaben beliefen sich in Österreich im Jahr 2011 auf rund 152 Mrd. Euro (das entspricht 50,5 % des BIP) und befinden sich damit im europäischen Spitzenfeld. In den Jahren vor der Wirtschaftskrise sind in Österreich die Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen. Demnach konnte auch der Schuldenstand zwischen 2000 bis 2007 verringert werden. Erst durch die Eingriffe während der Wirtschaftskrise (Bankenrettung, Konjunkturprogramme) stiegen die Ausgabenquote und der Schuldenstand wieder an.

Fast die Hälfte der Staatsausgaben entfällt auf Sozialausgaben, die sich aus monetären Leistungen (wie z.B. Pensionen, Familienbeihilfe oder Arbeitslosengeld) und sozialen Sachtransfers (z.B. Arzt- und Spitalsleistungen) zusammensetzen, wobei vom österreichischen Ausgabensystem im internationalen Vergleich ein relativ geringer wachstumsfördernder Effekt ausgeht (Pitlik und Schratzenstaller, 2011). In der mittelfristigen Finanzplanung gibt es zwei Bereiche, die besonders dynamisch wachsen: die staatlichen Zuschüsse zu den Pensionskassen und die Ausgaben für den Gesundheitsbereich. Gleichzeitig schrumpfen die Spielräume für Bildungsausgaben.

Die eingebundenen ExpertInnen bewerten die **mangelnde Transparenz** der Ausgabenpolitik als besonders kritisch. Weder die Finanzflüsse seien bekannt und „entwirrbar“ noch die Wirksamkeit der Ausgaben. Dies betreffe sowohl den Bereich der Subventionen und der Förderlandschaft als auch auch die Investitionen und Sozialausgaben. Es sei oft nicht bekannt, ob Ausgaben rein konsumtiv, vorsorgend, investiv oder kurativ sind. Das System sei äußerst komplex und schwer durchschaubar. Dies gelte nicht nur im Bereich der Wirtschaftsförderung, sondern auch in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Die ExpertInnen machen eine Vielzahl „politischer Blockaden“ (z.B. parteipolitische Einflussnahme, Kompetenzzersplitterung, hohe Parteienförderung, etc.) aus sowie eine mangelnde Bereitschaft, die Ausgabenpolitik nicht nur sozial, sondern auch ökologisch zu gestalten.

### **Wie sieht eine nachhaltige Ausgabenpolitik aus, die einen Wachstumswandel zu mehr Nachhaltigkeit unterstützen kann?**

Eine nachhaltige Ausgabenpolitik soll sicherstellen, dass auch für künftige Generationen trotz der vorhandenen Vorbelastungen finanzpolitische Handlungsspielräume bestehen. Dabei sollen bei einer zukunftssicheren Entwicklung neben haushaltspolitischen Aspekten ökonomische, ökologische und soziale Belange gleichrangig berücksichtigt werden.

Derzeit wird unter nachhaltiger Ausgabenpolitik eine zukunftsorientierte Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte zu Gunsten von produktivitäts- und innovationsfördernden Ausgaben verstanden, um Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. In **Zeiten anhaltender Wachstumsschwäche** ist darüber hinaus besonders darauf zu achten, dass auch die sozialen

Sicherungssysteme und eine gerechte Einkommensverteilung gewährleistet bleiben. Stehen weniger Mittel zu Verfügung, ist es umso notwendiger, ineffiziente Ausgaben zu kürzen und die Verwaltung zu reformieren. Hier geht es vorrangig darum, strukturelle Entwicklungen in den öffentlichen Haushalten (z. B. Umschichtung zu Ausgabenkategorien mit Investitionscharakter, Strukturreformen im Pensions-, Gesundheits- und Bildungssystem) in Gang zu setzen und die Budgetaufteilung zwischen den unterschiedlichen gebietskörperschaftlichen Ebenen besser zu koordinieren.

Ein entscheidender Punkt für eine langfristig nachhaltige Fiskalpolitik ist es auch, die **Risiken für die zukünftige finanzielle Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen zu reduzieren**. Diese Risiken rühren einerseits aus der **zunehmenden Alterung der Bevölkerung** und den daraus zu erwartenden Konsequenzen für das öffentliche Budget. Andererseits ist auch für die **zu erwartenden finanziellen Mehrbelastungen der Klimapolitik** in den öffentlichen Haushalten Vorsorge zu treffen.

Die ExpertInnen waren sich einig: Neue Prioritäten müssten sich in den Entscheidungen über Finanzflüsse und Transfers niederschlagen. Folgende Punkte wurden in diesem Zusammenhang als relevant für eine nachhaltige Ausgabenpolitik erachtet:

- Erhöhung der **Transparenz öffentlicher Finanzen** durch Bereitstellung von Daten, Analysen, Prognosen, Evaluationen.
- Stärkere **BürgerInnenbeteiligung und Selbstverantwortung**, um die Informationsbasis zu verbessern, wie z.B. die Steuermittel tatsächlich verwendet werden.
- **Abbau politischer Blockaden** (z.B. parteipolitische Einflussnahme, Kompetenzzersplitterung, hohe Parteienförderung, etc.), um gemeinsam die notwendigen fiskalpolitischen Handlungsspielräume zu erarbeiten.
- Neuausrichtung und stärkere Verbindlichkeit **institutioneller Rahmenbedingungen** (wie z.B. Maastricht-Kriterien, Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt, etc.).
- **Erhöhung der Effizienz und Effektivität der Staatsausgaben**, unter anderem durch:
  - Bereitstellung von Informationen über die Folgen und konkreten Wirkungen staatlicher Ausgabenarten, um unproduktive Ausgabenkategorien (wie den öffentlichen Konsum oder Subventionen) genauer beleuchten zu können.
  - Beurteilung der Effizienz mit Hilfe von „Nachhaltigkeitsparametern“ (z.B. Lebensqualität oder Ressourcenschonung).
  - Herausarbeiten von Handlungsoptionen für jene Ausgabenarten, von denen erwartet werden kann, dass sie eine doppelte Rendite bewirken (Stabilisierung der Wirtschaft im Sinne von Resilienz und eine Steigerung des Gemeinwohls).
- **Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben**, um die Erreichung der fiskalischen Tragfähigkeit von Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Zusätzlich müssten auch Ziele definiert werden, die einen stärkeren sozial- oder umweltpolitischen Blickwinkel haben (wie z. B. Armutsreduktion oder Verbesserung des Klima- und Ressourcenschutzes).

Die eingebundenen ExpertInnen gehen davon aus, dass die Politik inzwischen verstanden hat, dass ein fiskalpolitisches „Weiter so“ nicht sinnvoll und möglich ist. Dies eröffnete Spielräume für eine Diskussion im Sinne von „Wachstum im Wandel“.

Folgende Maßnahmen für die österreichische Politik und die Verwaltung, welche auch unter der Annahme eines dauerhaft niedrigen Wirtschaftswachstums realisierbar sind und die **Ausgabenseite** des Staates betreffen, wurden angeführt:

- **Umsetzung einer Staatsreform**, mit dem Ziel, die Ausgaben zu reduzieren. Sie soll die Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf die unteren Ebenen und die Beteiligungen

der BürgerInnen an den Haushaltsdebatten ermöglichen.

- **Aufbau einer schlanken, dynamischen und leistungsfähigen Verwaltung**, um Ineffizienzen im derzeitigen Ausgabensystem abzubauen.
- **Strukturreformen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Altersversorgung sowie in der öffentlichen Verwaltung und im Förderwesen** mit genauen Zielbestimmungen, um die langfristige Finanzierbarkeit der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen.
- **Größere Handlungsspielräume für die regionale Ebene**, um ihre Verantwortung zu stärken und ihr zu ermöglichen, ihre Dienstleistungen (Infrastruktur, Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Bildungseinrichtungen, Spitäler etc.) effizienter anzubieten.
- **Verbesserung der Daten-Transparenz und der Darstellung bestehender Transferbeziehungen auf Länder- und Gemeindeebene.**
- **Forcierung der Ausgaben in Zukunftsinvestitionen** (Bildung, Forschung und Entwicklung, Wissenschaft, Umwelt).
- **Einbettung aller Maßnahmen in eine ganzheitliche Strategie**, um die Effekte der Maßnahmen bestmöglich auszunutzen.

Kurzfristig kaum vermeidbare negative Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sollten möglichst gering gehalten werden, sodass mittelfristig die positiven Wirkungen einer nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte überwiegen. Dazu müsse die **Konsolidierungsstrategie** glaubwürdig und langfristig angelegt sein.

## Fazit

In diesem Policy Paper wurde die Diskussion eröffnet, wie eine nachhaltige Staatsausgabenpolitik gestaltet werden könnte, um auch in wachstumsschwachen Zeiten erfolgreich zu sein. Die Ausführungen verdeutlichen, dass der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben sehr komplex ist. Es handelt sich um ein dynamisches System, das als Ganzes schrumpfen und wachsen kann. Um dieses komplexe System besser zu verstehen, ist es notwendig, mehr über die Wirkungen der Staatsausgaben zu wissen. Es wurde versucht, aufbauend auf vorliegenden Erkenntnissen einige Politik- und Reformvorschläge abzuleiten, die den Erfolg der Ausgabenpolitik – auch in wachstumsschwachen Zeiten - sicherstellen.

Aus der Sicht der eingebundenen ExpertInnen ist klar, dass die derzeitigen Herausforderungen des demografischen Wandels und der hohen Schuldenbelastung rasches Handeln notwendig machen, um die öffentlichen Leistungen zukünftig finanzieren zu können. Sie empfehlen, den sich hieraus ergebenden Handlungsbedarf für die österreichische Fiskalpolitik der nächsten Jahre als Chance zu begreifen und eine nachhaltige Ausgabenpolitik zügig voranzutreiben.

Wie sich aus den angeführten Handlungsvorschlägen konkrete Politikvorgaben für eine staatliche Ausgabenpolitik herleiten lassen, die das Wachstum „wandeln“ ist noch weiter zu diskutieren und zu konkretisieren. Dafür sind sowohl fundierte sektorale Betrachtungen erforderlich (Welche Ausgaben in welchem Politikfeld haben welche Folgen?) als auch qualitative Analysen (Was verstehen wir unter Gemeinwohl und wie wirken sich diese Ausgaben auf das Gemeinwohl aus?).

# 1 „Wachstum im Wandel“

## 1.1 Hintergrund

Die Initiative „Wachstum im Wandel“ (WiW) geht von der Beobachtung aus, dass die Förderung und Unterstützung von Wirtschaftswachstum die bevorzugte Antwort der Politik auf Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut war und ist.

Die AutorInnen gehen davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren nicht wesentlich „ankurbeln“ lassen wird. Dennoch bleibt festzuhalten, dass Wachstumsraten keine exogene Größe sind. Sowohl die Staatsausgabenpolitik als auch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen nehmen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum.

In der Nachhaltigkeitsforschung ist man sich zunehmend darüber einig, dass die bisherigen Wachstumsmuster mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht kompatibel sind (siehe z.B. Victor, 2008; Jackson, 2009). Sie haben weder notwendigerweise Vollbeschäftigung, eine gerechtere Verteilung und erhöhtes Wohlbefinden geschaffen (Adger, 2006), noch haben sie zu einer Reduktion unseres Ressourcenverbrauchs (Dittrich et al., 2012) und damit der Umweltbelastung geführt (Millenium Ecosystem Assessment, 2005; Rockström et al., 2009).

Vielmehr ist heute sogar deutlich zu erkennen, dass nicht alles, was in der Vergangenheit gewachsen ist oder heute noch wächst, den BürgerInnen tatsächlich mehr Wohlstand bzw. Lebensqualität bringt oder ein gutes Leben ermöglicht. Der Wachstumspfad industrialisierter Länder wie Österreich war und ist neben positiven sozialen und ökologischen Auswirkungen auch mit negativen Begleiterscheinungen verbunden, die nicht ignoriert werden sollten. Es ist daher notwendig Wohlstand im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung neu zu definieren. Die öffentliche Ausgabenpolitik spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle.

## 1.2 Policy-Science Stakeholder-Dialog

Die Initiative „Wachstum im Wandel“ thematisiert im Rahmen von Policy-Science Stakeholder Dialogen, wie das österreichische Wirtschaftssystem vor dem Hintergrund des globalen Wandels (wie z.B. Ressourcenknappheit, Klimawandel, demographischer Wandel, etc.) dauerhaft stabilisiert werden kann. Langfristige Vision sind eine widerstandsfähige Wirtschaft und Gesellschaft, die sich am Gemeinwohl orientieren.

Dabei werden seit etwa zwei Jahren spezifische wachstumsrelevante Themenbereiche inhaltlich vertieft. Unter der Fragestellung „Wachstum und ...“ haben über 120 ExpertInnen und Stakeholder in einer Reihe von Workshops zu den Themen „Arbeit“, „Verteilung“, „Lebensqualität“, „Resilienz“, „Leadership“, „Energie“, „Ökosystemleistungen“ und „Geld“ diskutiert.

Das Wissen, das im Rahmen der verschiedenen Workshops entstanden ist, wurde in Form von „Policy Papers“ zusammengefasst. Dabei wurde versucht, vorliegende Ergebnisse aus der Literatur mit den Inputs der geführten Diskussionen bestmöglich zu kombinieren und einen Anreiz für weitere, tiefergehende Auseinandersetzungen mit dem jeweiligen Themenbereich zu geben. In den Entstehungsprozess der Policy Papers flossen teilweise auch schriftlich eingegangene Kommentare von ExpertInnen, sowie Ergebnisse aus anderen Policy Papers ein.

Auch das Policy Paper „Wachstum und Staatsausgaben“ ist eingebettet in den Policy-Science Stakeholder Dialog „Wachstum im Wandel“. Eine Reihe von ExpertInnen haben in zwei Workshops im November 2011 und Jänner 2012 zu seiner Entstehung beigetragen. Wie bei den mitwirkenden ExpertInnen möchten sich die AutorInnen beim Lebensministerium als Auftraggeber für ihre hilfreichen Inputs und Kommentare bedanken. Wir möchten außerdem darauf hinweisen, dass sich die in diesem Policy Paper zusammengefassten Diskussionen und Inhalte nicht mit der Meinung des Auftraggebers decken müssen.

Es handelt sich bei diesem Policy Paper weder um einen wissenschaftlichen Artikel noch um ein Konsenspapier aller beteiligten Akteure, sondern um eine bestmögliche Abbildung der Stakeholderdiskussionen.

Wir widmen dieses Policy Paper dem Gedenken an Ulla Hlawatsch, die diese Arbeit angeregt und inhaltlich stimuliert hat.

## 2 Fokus und Ziel dieses Policy Papers

Unter der Annahme, dass „Wachstum-as-Usual“ nicht auf Dauer aufrecht zu erhalten ist, befasst sich dieses Policy Paper damit, welche Herausforderungen und Fragen sich daraus für die Gestaltung der Staatsausgaben stellen und welche konkreten Ansatzpunkte und Empfehlungen sich daraus ableiten lassen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Stakeholderdiskussionen zielt das vorliegende Papier darauf ab, Herausforderungen und Lösungswege aufzuzeigen, die für ein nachhaltiges Wirtschaftssystem besonders relevant scheinen.

Der Rahmen orientiert sich an folgender Struktur: Zunächst werden die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben anhand der folgenden Fragen beschrieben:

- Wie wirken Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum?
- Wie wirkt Wirtschaftswachstum auf die Staatsausgaben und welche Herausforderungen ergeben sich bei geringem, stagnierendem oder sinkendem Wachstum?

Danach wird kurz auf den Status-Quo in Österreich eingegangen und es werden Probleme bzw. positive Ansätze aufgezeigt. Darauf aufbauend erfolgt die Diskussion, wie eine nachhaltige Ausgabenpolitik unter geänderten Wachstumsbedingungen aussehen könnte. Folgende Punkte stehen dabei im Mittelpunkt:

- Was versteht man unter nachhaltigen Ausgaben, was sind die Ziele von nachhaltiger Politik?
- Welche Voraussetzungen braucht eine nachhaltige Ausgabenpolitik?

Mit der Ableitung von Empfehlungen an die Politik wird dargelegt, in welchen Bereichen Handlungsbedarf zu sehen ist und wie mögliche Maßnahmen aussehen könnten. Eine kurze Zusammenfassung und Schlussfolgerungen beenden die Ausführungen in diesem Policy Paper.

Grundsätzlich ist klar, dass sich die staatliche Ausgabenpolitik nicht von anderen Themen wie etwa der Beschäftigungs- oder der Verteilungspolitik oder auch von Fragen der Lebensqualität trennen lässt. Diese Fragestellungen werden im Rahmen des „Wachstum im Wandel“-Prozesses in anderen Policy Papers behandelt und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Ausführungen.

Das Papier lässt auch die Staatseinnahmen weitgehend unbeachtet. Vielmehr wird der Fokus auf den Status-Quo und die Zukunft der Ausgabenseite gelegt, d.h. es konzentriert sich im engeren Sinne auf die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben.

### 3 Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben

Als Staatsausgaben werden alle Ausgaben bezeichnet, die die Gebietskörperschaften eines Staates (in Österreich: Bund, Länder, Gemeinden) tätigen. Zu den Staatsausgaben gehören beispielsweise auch jene für die Sozialversicherung, Investitionen und Förderungen bzw. Subventionen (siehe auch Kapitel 4.1).

Die Staatsausgaben stellen im Bereich der Fiskalpolitik ein wesentliches Instrument des Staates dar, um die Wirtschaft und die Konjunktur zu beeinflussen. Sie werden durch die Staatseinnahmen finanziert, die sich hauptsächlich aus Steuern und Abgaben zusammensetzen. Durch einen Überschuss an Einnahmen kann der Staat Schulden tilgen, Rücklagen für finanziell schwierige Zeiten bilden oder weitere Ausgaben tätigen. Da die Einnahmen zumeist jedoch nicht ausreichen, um die vielfältigen Ausgaben zu finanzieren, verschulden sich die meisten Staaten. Die Bedienung der daraus resultierenden Zinslast verringert den Spielraum für Staatsausgaben. Außerdem hängen fast alle heute erhobenen Steuern und Abgaben eng mit der Wirtschaftsleistung zusammen. Sinkt das BIP, gehen somit auch die Staatseinnahmen zurück, wodurch wiederum die Finanzierung der Staatsaufgaben erschwert wird.

Diesen grob umrissenen Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben widmet sich dieses Kapitel, wobei hier jedoch der Finanzierung der Staatsausgaben wenig Beachtung geschenkt wird.

#### 3.1 Wie wirken Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum?

Zunächst wird die Frage beleuchtet, ob und wie staatliche Ausgabenpolitik auf das Wirtschaftswachstum wirkt. Staatsausgaben werden oft als „Treiber“ des Wirtschaftswachstums verstanden. Inwieweit stimmt das und was passiert, wenn dieser Treiber „schwächelt“? Obwohl der Entwicklungsstand eines Landes für die Höhe und Zusammensetzung der Ausgaben wichtig ist, konzentriert sich die nachfolgende Diskussion dieser Fragestellung nur auf hochentwickelte Volkswirtschaften.

Grundsätzlich steht die Fiskalpolitik im Dienste wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele, die sich in Allokation, Verteilung und Stabilisierung unterteilen lassen.

Unter **Allokation** versteht man den Einsatz und die Verwendung knapper Ressourcen (Produktionsfaktoren und Güter) in den Produktions- und Verbrauchsprozessen. Gründe für die Allokationsfunktion durch den Staatssektor sind das Marktversagen bei der Bereitstellung von

öffentlichen und meritorischen Gütern und das Auftreten externer Effekte.

Mit der **Verteilungsfunktion** bezweckt der Staat eine Veränderung der Voraussetzungen und Ergebnisse der Verteilung, die sich durch den Markt ergibt. Durch die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben kann die öffentliche Hand die auf dem freien Markt zustande gekommene Einkommens- und Vermögensverteilung beeinflussen. Empirische Untersuchungen zeigen, dass von der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte ein größerer Umverteilungseffekt ausgeht als von der Einnahmenseite. Dies trifft auch für die österreichische Wirtschaft zu (siehe Guger et al., 2009).

Die **Stabilisierungsfunktion** beinhaltet die Glättung von Konjunktur- und Wachstumsschwankungen und die Auslastung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials. Der Staat kann seine Ausgaben und Einnahmen so steuern, dass er dämpfend oder expandierend auf den Wirtschaftsablauf einwirkt (siehe auch antizyklische Politik weiter unten).

Obwohl offensichtlich nicht direkt mit dem Ziel der Steigerung des Wirtschaftswachstums verknüpft nehmen Staatsausgaben durch ihre genannten Funktionen dennoch Einfluss auf das Wirtschaftswachstum, der entweder positiv oder negativ sein kann. Höhere Staatsausgaben und ein größerer öffentlicher Sektor vermögen die Wirtschaft besser zu stabilisieren, wenn sie durch makroökonomische Schocks getroffen ist. Höhere soziale Transferleistungen können nicht nur die Verteilung von Einkommen und Reichtum, sondern auch die Funktionsweise der Arbeitsmärkte verbessern und - unter bestimmten Umständen – zu einer Verringerung von sozialen Konflikten in der Gesellschaft und damit zu mehr Wachstum beitragen.

Auf der anderen Seite hat die Debatte über die angemessene Rolle und Größe des Staates auch gezeigt, dass in der Regel ein stetig wachsender öffentlicher Sektor das Wachstum verlangsamen oder hemmen kann. Gründe dafür sind Verdrängung von privater Nachfrage (crowding-out), ineffiziente Bürokratie oder die Notwendigkeit von hohen Steuereinnahmen, um die Ausgaben finanzieren zu können. Zumindest findet die neuere Literatur, auch wenn empirische Ergebnisse manchmal nicht robust sind, keinen positiven Zusammenhang zwischen hohen öffentlichen Ausgaben und **langfristigem** Wachstum. Die Beziehung zwischen öffentlichen Ausgaben und Wachstum scheint jedenfalls nicht-linear zu sein, sondern abhängig von der Art der Ausgaben und der Effizienz der öffentlichen Versorgung. So vertritt beispielsweise die **Theorie des endogenen Wachstums** die Ansicht, dass die Struktur und die Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben wesentlich für das Wachstum sind, vielleicht noch wichtiger als die Ausgabenhöhe (siehe Pitlik und Schratzenstaller, 2011).

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, die Staatsausgaben in produktive (wachstumsfördernde) und nicht-produktive (wachstumshemmende oder neutrale) zu unterscheiden. Als **produktiv** werden demnach jene Staatsausgaben angesehen, die direkt oder indirekt in die Produktionsfunktion privater Unternehmen eingehen und einen positiven Einfluss auf das Wachstum haben.

Grundsätzlich wird in der Literatur den Ausgaben für wichtige öffentliche Dienstleistungen (allgemeine Verwaltung, öffentliche Sicherheit und Verteidigung), Infrastrukturausgaben (Transport, Kommunikation, etc.) und öffentliche Güter / Externalitäten (Gesundheitswesen, Bildung und Umweltschutz) ein wachstumsfördernder Effekt zugesprochen. Nicht wachstumsfördernd wirken Ausgaben für Umverteilung, soziale Sicherung, Zinszahlungen sowie Ausgaben für Erholung, Unterhaltung und Kultur (Pitlik und Schratzenstaller, 2011).

Berechnungen von Pitlik und Schratzenstaller (2011) zeigen, dass nach dieser Klassifikation von den Staatsausgaben in Österreich im internationalen Vergleich ein eher geringer Wachstumseffekt (rund 40%, im Vergleich zu Spitzenreiter Korea mit rund 70%) ausgeht, was auf die Struktur der



österreichischen Staatsausgaben zurückzuführen ist (siehe auch Kapitel 4.1).

Generell ist es jedoch in der Praxis nicht klar ersichtlich, welche Arten von Staatsausgaben tatsächlich zu den produktiven gezählt werden können. Die Produktivität – also der wachstumsfördernde Effekt - von unterschiedlichen Arten öffentlicher Ausgaben, hängt entscheidend vom institutionellen und wirtschaftlichen Umfeld eines Landes ab. Im allgemeinen lässt sich feststellen, dass bei einer Expansion des öffentlichen Sektors vor allem nicht-produktive Ausgabenposten zunehmen. Grundsätzlich hat auch das Gesetz des abnehmenden Grenzertrags Gültigkeit, d.h. "zu viel" einer einzelnen Ausgabenkategorie ist immer ungünstig. Darüber hinaus können ineffizient erbrachte Dienstleistungen eine geringere oder sogar negative Wachstumsrate bewirken.

Die Wirtschaftswissenschaften sind immer wieder der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Staatsausgaben und Wirtschaftswachstum nachgegangen. Ihre Empfehlungen und Aussagen sind oft widersprüchlich. Dies liegt sowohl an den unterschiedlichen Herangehensweisen der wirtschaftspolitischen „Schulen“ als auch an einer nicht ausreichenden Datenbasis, die eine empirische Überprüfung staatlicher Ausgabenpolitik erschwert.

**Neoliberale ÖkonomInnen** gehen üblicherweise davon aus, dass ein möglichst freier Markt Angebot und Nachfrage regeln soll und auf diese Weise ein Optimum an Wohlstand für alle erzeugt. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, für „vollkommene“ Märkte zu sorgen. Alles was das „Angebot“, die Wirtschaftsakteure belastet oder die Preise verfälscht, ist in diesem Sinne kontraproduktiv. Von einem solchen Standpunkt aus sind Steuern und Staatsausgaben sinnvoll und notwendig, wenn ausgabenseitig dafür gesorgt wird, dass die Wirtschaftsakteure die Infrastruktur und das Umfeld vorfinden, in dem sie dann möglichst unbehelligt und frei von staatlichen Interventionen wirtschaften können. Gleichzeitig bewirken Steuern und Abgaben aus dieser Perspektive Probleme, weil sie einen Einfluss auf die Faktorpreise haben und damit auf die Wettbewerbssituation der Wirtschaftsakteure. Dies spielt sich natürlich nicht nur auf der regionalen oder nationalen Ebene ab, sondern auch auf der internationalen. In dem Maße, in dem ganze Volkswirtschaften miteinander konkurrieren – wie dies in der globalisierten Wirtschaft der Fall ist – hat der Staat mit seiner Ausgabenpolitik und seiner Steuerpolitik auch Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen auf den internationalen Märkten. **Liberales und neoliberale WirtschaftswissenschaftlerInnen stehen daher Staatsausgaben zunächst einmal grundsätzlich kritisch gegenüber.**

In neoklassischen makroökonomischen Theorien, auf denen die neoliberale Position fußt, können erhöhte Staatsausgaben eine positive Auswirkung auf die wirtschaftliche Produktion haben. Da sich Individuen in diesen Modellen perfekt rational verhalten, macht es für sie keinen Unterschied, ob staatliche Ausgaben durch Schulden oder Steuern finanziert werden. Am Ende des Tages bezahlen sie. Deshalb führt eine permanente, unerwartete Erhöhung der Staatsausgaben in neoklassischen Modellen zu einer sofortigen Reduktion der privaten Einkommen im selben Ausmaß. Die privaten Haushalte reagieren mit einer Steigerung ihres Arbeitsangebots, wodurch die Wirtschaft wächst, jedoch nicht im selben Ausmaß wie die staatlichen Ausgaben.

Während die Neoklassik der Fiskalpolitik nur eine unbedeutende Rolle für das langfristige Wirtschaftswachstum beimisst, vertritt die **endogene Wachstumstheorie** die Auffassung, dass Fiskalpolitik nicht nur temporäre sondern auch dauerhafte Effekte auf die Wachstumsrate hat. Wie bereits angesprochen, werden diesbezüglich **die Struktur und die Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben** als relevant angesehen, nicht nur die Höhe der Staatsausgaben (für eine Zusammenfassung der Literatur siehe z.B. Pitlik und Schratzenstaller, 2011).

Argumente für einen **positiven Zusammenhang** zwischen **Staatsausgaben, Wirtschaftswachstum**

**und Beschäftigung** werden vor allem von AnhängerInnen **keynesianischer bzw. neoklassischer Schulen** angeführt. John Maynard Keynes war und ist bis heute einer der einflussreichsten Wirtschaftstheoretiker, da auf Grundlage seiner Arbeiten in den 1930er Jahren die USA sehr erfolgreich aus der „großen Depression“ geführt werden konnten. Er war einer der geistigen Väter des „New Deal“. Die USA haben damals, dem Rat Keynes' folgend, mit großen Konjunkturprogrammen und mit der Schaffung staatlich finanzierter Jobs die eigene Wirtschaft wieder „angekurbelt“ - es kam zu einem langanhaltenden, selbsttragenden Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. In der Folge haben Staaten in aller Welt immer wieder versucht, eine solche antizyklische Wirtschaftspolitik zu realisieren. In Zeiten schwächelnden Wirtschaftswachstums wurden daher Konjunkturprogramme aufgelegt – oft auch schuldenfinanziert – um Wirtschaftswachstum zu bewirken. Diese Programme waren je nach Ausgangslage und Maßnahmen mehr oder weniger wirksam.

Eine **antizyklische Fiskalpolitik** versucht, durch die Gestaltung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben den Konjunkturzyklus auszugleichen. In einer Rezession müssen dazu Steuern und Abgaben gesenkt oder die Staatsausgaben erhöht werden. Die grundlegende Idee hinter keynesianischer antizyklischer Fiskalpolitik ist, dass der Staat durch seinen Konsum ein Wegfallen von aggregierten Investitionen oder privaten Konsumausgaben kompensieren kann. Die Staatsausgaben – erhöht um etwaige Multiplikatoreffekte<sup>1</sup> – füllen somit die Kluft, die durch die konjunkturbedingte schrumpfende Nachfrage aufgegangen ist. Die Höhe des Multiplikators ist eng verbunden mit der marginalen Konsumneigung der wirtschaftlichen Individuen. Je mehr von den staatlichen Ausgaben wieder für den Konsum verwendet werden, desto stärker ist der Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Produktion.

Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass diskretionäre antizyklische Fiskalpolitik signifikant positive Effekte auf Produktion und Konsum hat, **wenn ungenützte Ressourcen in der Wirtschaft zur Verfügung stehen**. Fiskalstimuli sind dann effektiv, wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist und die Kapazitäten der Volkswirtschaft nicht ausgeschöpft sind. In einer Phase des Aufschwungs jedoch würde expansive Fiskalpolitik dazu führen, dass die Zinsen steigen und Crowding-Out-Effekte auftreten, d.h. dass privater Konsum und Investitionen durch die staatliche Aktivität verdrängt werden. In weiterer Folge können Staatsausgaben in wirtschaftlich starken Phasen deflationäre Tendenzen hervorrufen.

Neben diskretionären Maßnahmen zählen auch die **automatischen Stabilisatoren** (z.B. höhere Arbeitslosenkosten bei Konjunkturabschwung) zur (kurzfristigen) Fiskalpolitik. Die Staatsausgaben (und Staatseinnahmen) passen sich automatisch an die konjunkturelle Entwicklung an; im Unterschied zu diskretionären Maßnahmen, die eine bewusste Entscheidung der Regierung voraussetzen. Automatische Stabilisatoren wirken somit rechtzeitig (sie reagieren automatisch ohne Eingreifen des Staates), befristet (sie passen sich der Veränderung der konjunkturellen Entwicklung an) und zielgerichtet (sie unterstützen jene Personen, die am stärksten benachteiligt sind) (EZB, 2002).

Im Abschwung wird bei antizyklischer Fiskalpolitik die konjunkturbedingte Erhöhung des staatlichen Budgetdefizits akzeptiert und nicht durch Abgabenerhöhungen oder Ausgabenkürzungen verhindert. Würde man zur Defizitreduktion die Abgaben erhöhen und/oder die Ausgaben senken, dann würde

---

<sup>1</sup> Der Multiplikator misst die Auswirkung der staatlichen Ausgaben auf die wirtschaftliche Produktivität. Investiert der Staat in eine Maßnahme 1 Milliarde Euro und man kann davon ausgehen, dass die Ausgabe einen Multiplikator von 1,5 hat, dann wächst das Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Mrd. Euro. Liegt der Multiplikator nur bei 0,7, dann steigt das reale BIP nur um 0,7 Mrd. Euro.

nach allgemeiner Auffassung die Konjunkturkrise verschärft. In Zeiten des Aufschwungs darf jedoch die konjunkturbedingte Verbesserung des Staatsbudgets nicht durch vermehrte Ausgaben oder Steuersenkungen ausgeglichen werden, weil dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gedämpft werden würde. So kann im Abschwung ein konjunkturbedingt höheres Defizit hingenommen werden, welches die Nachfrage stützt. Auf diese Weise werden die konjunkturellen Schwingungen gedämpft (ifo, 2001).

Neben diesen Maßnahmen, die hauptsächlich auf eine kurzfristige Konjunkturstabilisierung<sup>2</sup> abzielen, kann die Ausgabenpolitik auch eine **längerfristige Perspektive** verfolgen, wie dies in der bereits angesprochenen endogenen Wachstumstheorie der Fall ist. Eine längerfristig orientierte Fiskalpolitik läuft darauf hinaus, das **Potentialwachstum**<sup>3</sup> einer Volkswirtschaft zu steigern.

Während bei der kurzfristig angelegten Konjunkturpolitik die Nachfrageseite der Volkswirtschaft im Mittelpunkt steht, fokussiert eine langfristig angelegte Politik auf die Angebotsseite der Ökonomie. Zielgrößen sind dabei alle Faktoren, die das Wirtschaftswachstum determinieren und antreiben (z.B. Humankapital, technischer Fortschritt).

Entscheidungen über permanent wirkende Ausgaben (wie z.B. Infrastruktur-, Bildungs- und Forschungsausgaben), deren Wirkung sich erst mittelfristig entfaltet, werden aus gesamtwirtschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Erwägungen getroffen und sind nicht motiviert durch kurzfristige Konjunkturschwankungen.

Die Diskussion um den Effekt der Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum hat in den letzten zehn Jahren im Zuge der Krisenbekämpfungsmaßnahmen ein Revival erlebt<sup>4</sup>. Während in den 1980er und 1990er Jahren hauptsächlich monetaristische und neoliberale Wirtschaftspolitiken vorherrschten, sind in den Krisenjahren seit 2000 vermehrt diskretionäre keynesianische Fiskalmaßnahmen angewendet worden. Beispiele hierfür sind die Stimuluspakete der USA und der EU-Länder.

Auch der österreichische Staatsschuldenausschuss meint, dass expansive Fiskalpolitik in Krisenzeiten stabilisierend wirkt, sofern ausreichende fiskalpolitische Handlungsspielräume bestehen. Und zwar vor allem dann, wenn sich die staatlichen Konjunkturprogramme positiv auf die Erwartungen der Bevölkerung und die Wirtschaftsaussichten eines Landes auswirken (Hauth und Grossmann, 2011).

Jedoch kann die Ausgabenpolitik sehr abrupt zum Risikofaktor für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes werden. Dazu führen Hauth und Grossmann (2011) an, dass die Finanzmärkte seit der letzten Krise in wesentlich stärkerem Ausmaß länderspezifische Ausfallsrisiken einpreisen, wodurch die Finanzierungskosten stark divergieren und die Refinanzierung der Staatsschuld erschwert wird. Dies kann speziell für kleinere Staaten, denen eine geringere Krisenfestigkeit bescheinigt wird, problematisch werden.

Allgemein kann aus den zur Verfügung stehenden Daten und Studien abgeleitet werden, dass die

---

<sup>2</sup> Unter **Konjunktur** versteht man den kurzfristig schwankenden Verlauf der Wirtschaft bzw. des Wirtschaftswachstums. Als kurzfristig werden Zeiträume von wenigen Jahren verstanden, in denen sich das Wirtschaftswachstum entsprechend stärker oder schwächer entwickelt.

<sup>3</sup> Unter Potentialwachstum versteht man das Wachstum des Produktionspotentials, also des BIPs, welches sich ergeben würde, wenn die vorhandenen Produktionsfaktoren zum jeweils besten Stand der Technik langfristig weitgehend ausgelastet sind. Kurzfristige Konjunktüreinflüsse bleiben beim Potentialwachstum unberücksichtigt (Steindl, 2006).

<sup>4</sup> Im *Journal of Economic Literature* erschien 2011 eine Reihe von Artikeln, die sich mit den Auswirkungen der Fiskalpolitik auf das Wirtschaftswachstum beschäftigen (siehe Ramey, 2011; Taylor, 2011; Parker, 2011).

Multiplikatoren am geringsten sind, wenn Staatsausgaben nur temporär erhöht werden, oder wenn die zusätzlichen staatlichen Ausgaben durch Steuern finanziert werden, die sich negativ auf das disponible Einkommen auswirken. Ein großes Problem ist jedoch der Mangel an Daten, da Rezessionen selten und starke Rezessionen noch seltener sind.

Was kann daraus geschlossen werden? Staatsausgaben wirken, wenn überhaupt, in einer Rezession vor allem kurzfristig auf das Wirtschaftswachstum, während längerfristig die Effekte eher negativ sind. Steuersenkungen haben dagegen geringeren oder keinen Einfluss auf das Konsumniveau und von einer Erhöhung staatlicher Transferzahlungen sind keine Multiplikatoreffekte zu erwarten.

Trotz oder gerade wegen der großen Zahl an Studien, die sich mit dem Zusammenhang von Staatsausgaben und Wirtschaftswachstum beschäftigen, geht der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften heute davon aus, dass es keine einfache Antwort gibt, die für alle Staaten und konkreten historischen Konstellationen zutrifft. Sicher ist, dass ohne staatliche Leistungen und Gemeingüter die Wirtschaft nicht wachsen kann. Zweifellos scheint auch, dass ab einem bestimmten Entwicklungsniveau und Pro-Kopf-Einkommen die Bedeutung der staatlichen Ausgaben für das Wirtschaftswachstum sinkt. Man kann auch davon ausgehen, dass ab einer bestimmten Höhe der Staatsquote die Wohlfahrtseffekte kippen und der hohe Staatsanteil an den Ausgaben zu einer Belastung für die Wirtschaft wird und Wirtschaftswachstum behindert. Und dies alles ist außerdem stets davon abhängig, ob sich die Volkswirtschaften in einer Rezession befinden oder ob sie eine Wachstumsphase durchlaufen.

### **3.2 Wie wirkt Wirtschaftswachstum auf die Staatsausgaben und welche Herausforderungen ergeben sich bei geringem, stagnierendem oder sinkendem Wachstum?**

Ein hohes Wirtschaftswachstum hat direkt und indirekt Einfluss auf die Staatsausgaben. *Direkt*, indem es die Notwendigkeit von bestimmten Ausgaben reduziert. Verringert sich beispielsweise infolge hoher Wachstumsraten die Arbeitslosigkeit, so sinkt auch der Bedarf an Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung. *Indirekt*, indem sich durch das Wirtschaftswachstum die Staatseinnahmen erhöhen, wodurch der Staat mehr Spielraum bei der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben hat, sofern die Mittel nicht in die Schuldentilgung fließen. Die meisten derzeit erhobenen Steuern und Abgaben (z.B. die beiden größten Kategorien Steuern auf das Einkommen und auf den Konsum) sind vom Wirtschaftswachstum abhängig. Die Entwicklung der Lohnsteuer hängt beispielsweise von der Höhe der Beschäftigung und der Löhne ab. Die Umsatzsteuer wird von der Höhe des Konsums von Gütern und Dienstleistungen beeinflusst. So sind die Steuereinnahmen umso höher, je stärker die Wirtschaft wächst (Anschau, 2007).

Dementsprechend ist es für den Staat in Zeiten stärkeren Wirtschaftswachstums einfacher, die Ausgaben zu finanzieren, ohne auf Steuererhöhungen oder weitere Kredite zurückgreifen zu müssen.

Demgegenüber engt geringes Wirtschaftswachstum die Handlungsfähigkeit des Staates ein. In wachstumsschwachen Zeiten verringern sich die finanziellen Spielräume für die Ausgaben des Staates, da auch die Steuereinnahmen geringer ausfallen. Da die Staatsausgaben jedoch gerade in Zeiten niedrigen Wachstums nicht beliebig reduziert werden können, wurden die notwendigen Mittel bisher regelmäßig über höhere Kreditaufnahmen bereitgestellt. Aufgrund nationaler und EU-weiter Verpflichtungen zur Budgetkonsolidierung lässt sich jedoch zukünftig die Verschuldung nicht beliebig

erhöhen bzw. muss vermindert werden. Die Reduzierung der Finanzierungsdefizite kann sowohl durch eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen, sei es über Steuern und/oder Sozialbeiträge, als auch durch eine Senkung der staatlichen Ausgaben erreicht werden. In wachstumsschwachen Zeiten stellen Steuererhöhungen jedoch keine geeignete Alternative dar. So sind drastische Einschnitte bei den Sozialleistungen kaum zu vermeiden, sofern nicht die Struktur der Staatseinnahmen und –ausgaben verändert wird.

Auch ist die Finanzierung der Staatsausgaben problematisch, wenn die Politik mit einem Anstieg des Wirtschaftswachstums rechnet, dieses jedoch ausbleibt (Anschau, 2007). Hier zeigt sich ebenfalls, dass die Fiskalpolitik so umgestaltet werden sollte, dass sie nicht auf hohe Wachstumsraten angewiesen ist.

## 4 Status Quo in Österreich

### 4.1 Höhe und Struktur der Staatsausgaben

Die Staatsausgaben beliefen sich in Österreich im Jahr 2011 auf rund 152 Mrd. Euro (das entspricht 50,5 % des BIP) und befanden sich damit im europäischen Spitzenfeld. In den Jahren vor der Wirtschaftskrise sind in Österreich sowohl die Staatsausgaben als auch die Staatseinnahmen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen: Im Jahr 2000 lagen die Ausgaben bei 52,2 % des BIP, die Einnahmen bei 50,3 %. 2008 beliefen sich die Ausgaben auf 49,3% und die Einnahmen auf 48,3 % des BIP (Statistik Austria 2011). Demnach konnte auch der Schuldenstand zwischen 2000 und 2007 verringert werden. Erst durch die Eingriffe während der Wirtschaftskrise (Bankenrettung, Konjunkturprogramme) stiegen die Ausgabenquote und der Schuldenstand wieder an.

Eine detaillierte Darstellung der Ausgabenarten für die letzten Jahre liefert die folgende Tabelle.

Aufgabenbereich	2008	2009	2010	2011
	in % der Staatsausgaben insgesamt			
01. Allgemeine öffentliche Verwaltung	13,1	13,1	13,0	12,9
02. Verteidigung	2,0	1,5	1,4	1,4
03. Öffentliche Ordnung und Sicherheit	3,0	3,0	2,9	2,9
04. Wirtschaftliche Angelegenheiten	10,7	10,3	10,9	10,5
05. Umweltschutz	0,9	1,0	1,0	1,0
06. Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste	1,1	1,2	1,3	1,2
07. Gesundheitswesen	15,7	15,6	15,5	15,6
08. Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion	2,0	2,0	2,0	2,0
09. Bildungswesen	10,9	10,9	10,9	11,0
10. Soziale Sicherung	40,5	41,3	41,3	41,5
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0
<b>Staatsausgaben insgesamt, in Mio. EUR</b>	<b>139.494</b>	<b>145.360</b>	<b>150.588</b>	<b>152.040</b>

Q: STATISTIK AUSTRIA - Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen. Erstellt am: 13.04.2012

Fast die Hälfte der Staatsausgaben entfällt auf Sozialausgaben, die sich aus monetären Leistungen (wie z.B. Pensionen, Familienbeihilfen oder Arbeitslosengelder) und sozialen Sachtransfers (z.B. Arzt- und Spitalsleistungen) zusammensetzen. Weitere wichtige Ausgabenpositionen bilden der Personalaufwand und die Förderungen, die jeweils 19% und 17% der gesamten Staatsausgaben ausmachen (siehe Statistik Austria<sup>5</sup>). Der Sachaufwand und die Investitionstätigkeit ziehen ebenfalls

5

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/oeffentliche\\_finanzen\\_und\\_steuern/oeffentliche\\_finanzen/einnahmen\\_und\\_ausgaben\\_des\\_staates/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/einnahmen_und_ausgaben_des_staates/index.html)

hohe Ausgaben nach sich. Schließlich verursacht auch die Zinsbelastung (enthalten im Ausgabenbereich allgemeine öffentliche Verwaltung) hohe Ausgaben. Während der Zinsaufwand (in % des BIP) in den 1990er Jahren zwischen 3,2 und 3,5 % schwankte, sank er von 3,2% im Jahr 2000 auf 2,3% im Jahr 2008. Infolge der Krise erhöhte er sich danach wieder auf 2,5% (BMF, 2012). Daher haben sich auch seit Jahrzehnten die Schulden nicht reduziert, sondern allenfalls hat sich das Ausmaß der Neuverschuldung etwas verringert.

Geht man davon aus, dass die Staatsschulden weiterhin ansteigen bzw. hoch bleiben, werden sich durch die Zinslast und die notwendige Schuldentilgung andere Ausgaben (Staatskonsum, Finanzierung der Sozialleistungen, etc.) reduzieren. Die österreichische Politik ist jedoch grundsätzlich darauf ausgerichtet, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, wodurch eine massive Staatsverschuldung in den nächsten Jahren nicht zu erwarten ist, sofern keine unvorhergesehenen Schocks eintreten. Eher relevant ist, wie stark Österreich zur Budgetkonsolidierung die Staatsausgaben senken (bzw. Steuern erhöhen) und dadurch die österreichische Bevölkerung belasten wird.

Insgesamt weist die Entwicklung der Staatsfinanzen auf die Dringlichkeit des Reformbedarfs hin, da sich hohe staatliche Defizite und Schuldenstände sehr schnell negativ auf die realen Lebenssituationen der BürgerInnen auswirken können.

Die zunehmende Alterung der österreichischen Bevölkerung zieht ebenfalls zusätzliche finanzielle Belastungen für die öffentlichen Haushalte nach sich. In der mittelfristigen Finanzplanung gibt es zwei Bereiche, die besonders dynamisch wachsen: die staatlichen Zuschüsse zu den Pensionskassen und die Aufwendungen für den Gesundheitsbereich. Diese Ausgaben nahmen in den letzten Jahren jährlich um 4% zu. Ihr Anteil an den Bundesausgaben liegt derzeit bei über 42% und sie sollen zwischen 2011 und 2015 auf rund 49% der Gesamtausgaben steigen – dies ist ein Zuwachs von 11%. Gleichzeitig schrumpfen die Spielräume für Bildungsausgaben.

Wie in anderen EU-Staaten gewannen auch in Österreich Ausgliederungen aus dem öffentlichen Sektor an Bedeutung. Neben einer effizienteren Leistungserbringung liegen die Gründe dafür in einer Verbesserung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der Erfüllung der fiskalischen Maastricht-Kriterien sowie in Versuchen zur Reform der staatlichen Aufgabenerfüllung (Prammer, 2009). Ausgliederungen können den Staat allerdings längerfristig gesehen belasten. So können aufgrund außerbudgetärer Finanzierungen langfristige Verbindlichkeiten für den Staat entstehen, etwa weil der Staat Garantien für Tilgungen oder Zinsaufwand bzw. Haftungen ausgegliederter Einrichtungen übernimmt (z.B. ÖBB, Bundesimmobiliengesellschaft, ASFINAG).

## 4.2 Politik der letzten Jahre

Trotz kurzer Phasen der Stagnation oder Rezession ist die Entwicklung der früh industrialisierten, westlichen Industrienationen seit Jahrzehnten von Wirtschaftswachstum *und* einer expansiven Fiskalpolitik geprägt. Auf alle Zustände wirtschaftlichen „Ungleichgewichts“ lautete bisher die politische Antwort: „Wir brauchen Wachstum“. Notfalls wurde es durch staatliches Handeln stimuliert.

Beispielsweise wurden zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise in Österreich im Jahr 2009 umfassende Schritte zur Konjunkturbelebung und zur Belebung der Kaufkraft und Nachfrage in die Wege geleitet. Diese Maßnahmen, wie das Bankenhilfspaket zur Stabilisierung des österreichischen Finanzmarktes (mit einem Volumen von insgesamt 100 Mrd. Euro) und die Konjunkturpakete I und II (mit den Schwerpunkten verstärkte Infrastrukturausgaben, Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen, Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie Erhöhung des

öffentlichen Konsums und der Subventionen) belasteten jedoch die öffentlichen Haushalte massiv.

Einen echten Zwang zur Überprüfung staatlicher Ausgaben hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben. Dies gilt nicht alleine für Österreich sondern für nahezu alle europäischen Länder und viele Länder weltweit. Das hat offensichtlich auch Ursachen im „politischen System“. Der Erfolg von PolitikerInnen und Parteien und die Legitimation von staatlichem Handeln waren bisher eng mit den Erwartungshaltungen von Interessensgruppen verbunden – von der Landwirtschaft, über Universitäten und Forschungseinrichtungen bis zu Arbeitslosen und PensionistInnen. Die Politik versuchte, es „allen Recht zu machen“.

Die Reduktion der Schuldenquote wurde in der Vergangenheit häufig vernachlässigt; auch wurden hauptsächlich Konsolidierungsmaßnahmen verfolgt, die nur vorübergehend eine Defizitreduktion bewirkten. Der budgetpolitische Handlungsspielraum wurde durch die Finanzkrise noch zusätzlich reduziert, wodurch eine langfristige Konsolidierungsstrategie umso notwendiger ist (Hauth und Grossmann, 2011).

Auch wenn in Österreich in den letzten Jahren einige Reformschritte gesetzt wurden (z.B. Haushaltsrechtsreform des Bundes, Verbesserung der Datenlage – siehe auch Kapitel 4.2), fand eine substantielle Verwaltungs- und Staatsreform bisher noch nicht die ausreichende politische Unterstützung. Zwar wurde in den Jahren 2009 und 2010 eine Arbeitsgruppe damit betraut, Lösungsansätze in den unterschiedlichsten Problem- und Handlungsfeldern (z.B. Bildung, Gesundheit und Pflege, Effizienz der Verwaltung, effizientes Förderungswesen, BürgerInnenorientierung und Deregulierung, Aufgabenreform und Strukturbereinigung, Beamtenpensionen) zu erarbeiten, welche jedoch nur in wenigen Bereichen umgesetzt wurden (z.B. E-Government und Optimierung der Supportprozesse sowie Angleichung der BeamtInnenpensionsregelungen der Länder an jene des Bundes) (Rechnungshof, 2011). Solche Einzelmaßnahmen und Teilreformen sind jedoch voraussichtlich nicht ausreichend, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu wahren.

Dass es bisher einen „Automatismus“ in Richtung steigende Staatsausgaben gab, bedeutet nicht, dass sich hieraus bereits eine echte fiskalpolitische „Notwendigkeit“ ergibt. Zumal es auf die entscheidende Frage nach dem Beitrag dieser Ausgaben zum Gemeinwohl noch keine befriedigenden Antworten gibt.

Vor diesem Hintergrund scheint eine kritische Würdigung und Überprüfung aller staatlichen Ausgaben sinnvoll. In diesem Zusammenhang wäre es hilfreich, die Auswirkungen staatlicher Ausgaben auf das Gemeinwohl, die Wirtschaft und Beschäftigung genauer zu analysieren (siehe Kapitel 4.3). Notwendig erscheint auch eine klare Zielsetzung für die staatliche Ausgabenpolitik von morgen: welche Aufgaben sollen ins Zentrum staatlicher Zukunftsvorsorge gerückt werden? Damit beschäftigen sich die Kapitel 5 und 6 dieses Papiers.

### **4.3 Fehlende Transparenz macht die Steuerung schwer oder unmöglich**

In Österreich wird die Transparenz finanzpolitischer Verantwortlichkeiten durch ein komplexes System gemeinschaftlicher Abgaben sowie Gebietskörperschaften-übergreifender Transfers und Kostenerstattungen erschwert. Eine effiziente Erbringung öffentlicher Leistungen ist laut Rechnungshof aufgrund unklarer Kompetenzen und der Zersplitterung von Aufgaben nicht einfach zu realisieren. Aufgaben der Daseinsvorsorge können nicht entsprechend koordiniert und gesteuert werden, da die notwendigen Strukturen und Steuerungselemente fehlen. Dies reduziert vor allem im Gesundheitswesen, im Sozial- und Pflegebereich sowie beim Nahverkehr die Effizienz der

Aufgabenerfüllung (Rechnungshof, 2011).

So wichtig die Staatsausgaben für die Wirtschaft und die Zukunft unbestrittenermaßen sind (welchen Zusammenhang man dabei auch unterstellt), so erstaunlich ist es, wie wenig WirtschaftsforscherInnen offensichtlich darüber wissen.

Von den ExpertInnen wurde sehr deutlich die mangelnde Transparenz bei der Ausgabenpolitik beschrieben und kritisch bewertet. Weder sind die Finanzflüsse bekannt und „entwirrbar“ noch die Wirksamkeit der Ausgaben. Dies gilt nach Meinung der ExpertInnen sowohl für den Bereich der Subventionen und der Förderlandschaft als auch für Investitionen und Sozialausgaben. Es ist oft nicht bekannt, ob Ausgaben rein konsumtiv sind, ob sie vorsorgend, investiv oder kurativ sind. Und es wurde von den ExpertInnen auch beklagt, dass diejenigen, die an diesen Umverteilungsprozessen beteiligt sind und ein Interesse am Status Quo haben, kein ausgeprägtes Interesse an Transparenz haben.

Margit Schratzenstaller weist darauf hin, dass die Anreizwirkungen und die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen oft nicht bekannt seien, außerdem fehlten Informationen über Aktivitäten (Wirtschaftsmaßnahmen, Infrastrukturmaßnahmen), die nicht von der öffentlichen Hand getätigt werden. Bei sozialen Transferzahlungen sei häufig unklar, ob es sich um Geldtransfers oder Sachleistungen handelt. Daher seien auch die resultierenden Beschäftigungseffekte nicht abschätzbar. Außerdem fehle die Kenntnis darüber, ob in bestimmten Bereichen über Steuererleichterungen oder über die Ausgaben gesteuert werden solle. Die zu Verfügung stehenden Zahlen seien reine Inputbetrachtungen, die keine Rückschlüsse auf den Output und über Effekte auf die Umwelt, die Lebensqualität und das Wirtschaftswachstum zuließen. Während das Wissen über den Bund noch ausreichend sei, treffe dies für Länder und Gemeinden nicht zu. Aus diesen Feststellungen lasse sich erkennen, dass das System äußerst komplex und schwer durchschaubar sei. Dies gelte nicht nur im Bereich der Wirtschaftsförderung, sondern auch in den Bereichen Gesundheit und Bildung.

Ob Wachstum gut oder schlecht sei, wurde in der Diskussion für nicht entscheidend gehalten. Unter den gegenwärtigen ökonomischen und institutionellen/politischen Rahmenbedingungen wurde es allerdings für sehr unwahrscheinlich gehalten, dass

1. das bisherige Wachstum aufrecht zu erhalten ist und dass
2. die österreichische Bundespolitik zurzeit über die Informationen verfügt, die notwendig wären, um im Sinne einer nachhaltigeren Entwicklung die Ausgabenpolitik zu überdenken und neu zu gestalten.

Auch polit-ökonomische Faktoren wie Glaubwürdigkeit und Durchsetzbarkeit der Budgetpolitik beeinflussen das Vertrauen in die finanzpolitische Handlungsfähigkeit eines Landes. Hohe Transparenz (z. B. laufende Evaluierungen, öffentliche Berichtspflichten, unabhängige Fiskalgremien etc.) ist in diesem Zusammenhang ebenfalls von entscheidender Bedeutung (Staatsschuldenausschuss, 2010).

Die ExpertInnen machten eine Vielzahl „politischer Blockaden“ (z.B. parteipolitische Einflussnahme, Kompetenzzersplitterung, hohe Parteienförderung, etc.) aus. Zudem fehle oft eine Gesamtsicht sowie die Bereitschaft, die Ausgabenpolitik nicht nur sozial, sondern auch ökologisch zu gestalten.

## 5 Wie kann eine nachhaltige Ausgabenpolitik einen



## Wachstumswandel zu mehr Nachhaltigkeit unterstützen?

### 5.1 Was versteht man unter nachhaltigen Ausgaben, was sind die Ziele von nachhaltiger Fiskalpolitik?

Aus Nachhaltigkeitssicht ist ein Wandel von einer kurzfristig orientierten Haushaltspolitik zu einer **langfristig angelegten tragfähigen Fiskal- und insbesondere Ausgabenpolitik** notwendig. Dabei sollen neben haushaltspolitischen Aspekten ökonomische, ökologische und soziale Belange bei einer zukunftssicheren Entwicklung gleichrangig berücksichtigt werden.

Als nachhaltig versteht Raffelhüschen (2002) vereinfacht ausgedrückt eine Politik, „die man von der Gegenwart bis in alle Zukunft und damit für alle zukünftigen Generationen unverändert fortführen kann. Unverändert heißt hier, dass bei konstanter Steuer- und Beitragslast auch zukünftig alle Menschen gleichbleibende staatliche Leistungen empfangen können. Seit langem herrscht Einigkeit darüber, dass die kurzfristig orientierten Indikatoren der traditionellen Haushaltsrechnung vor allem in Zeiten des demografischen Wandels keinerlei Rückschlüsse auf die Nachhaltigkeit einer Finanzpolitik erlauben“.

Die Bewertung der **langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen** leitet sich vielmehr von der „intertemporalen Budgetbeschränkung“ ab, wonach die heutigen öffentlichen Verbindlichkeiten, welche sich aus der heutigen Verschuldung und dem abdiskontierten Wert der künftigen Ausgaben ergeben, dem abdiskontierten Wert der künftigen Einnahmen entsprechen müssten (Grossmann et al., 2008). Diese intertemporale Sichtweise lässt sich damit begründen, dass zukünftige Generationen von heutigen öffentlichen Investitionen profitieren werden und dadurch auch an der Finanzierung beteiligt sein sollen. Dabei wird auch davon ausgegangen, dass die Investitionen zusätzliche Erträge bringen, mit denen die zusätzlichen Schulden finanziert werden können.

Entscheidende Faktoren für Nachhaltigkeit sind somit die **Höhe der Schuldenquote** und das **Vorgehen bei der Haushaltskonsolidierung**. Einerseits kann eine Politik, die zu steigenden Schuldenquoten führt, nicht als nachhaltig bezeichnet werden, weil sie den Entscheidungsspielraum künftiger Generationen reduziert. Andererseits werden notwendige Zukunftsinvestitionen (z.B. um Bildungsarmut zu reduzieren) eingeschränkt, wenn die Schuldenquote zu stark verringert wird. Eine nachhaltige Ausgabenpolitik soll sicherstellen, dass auch für künftige Generationen trotz der vorhandenen Vorbelastungen finanzpolitische Handlungsspielräume bestehen. Da der demografische Wandel und insbesondere der damit verbundene Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials auf Dauer auch die wirtschaftliche Dynamik in Österreich negativ beeinflussen dürften, sollte die Fiskalpolitik frühzeitig gegensteuern, um die Grundlagen für eine nachhaltige Wirtschaft zu erhalten.

Ein wichtiger Punkt für eine langfristig nachhaltige Ausgabenpolitik ist es auch, die **Risiken für die zukünftige finanzielle Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen zu reduzieren**. Diese Risiken rühren einerseits aus der **zunehmenden Alterung der Bevölkerung** und den daraus zu erwartenden Konsequenzen für das öffentliche Budget (Auswirkungen insbesondere auf die Pensions-, Gesundheits- und Pflegeausgaben – siehe auch Kapitel „Strukturreformen in den Bereichen Gesundheit und Altersversorgung öffentliche Verwaltung und im Förderwesen“).

Außerdem wäre auch für die **zu erwartenden finanziellen Mehrbelastungen durch die Klimapolitik** in den öffentlichen Haushalten Vorsorge zu treffen. Der Klimawandel stellt nach Meinung vieler

ExpertInnen eine langfristige potentielle Gefahr für das öffentliche Budget dar<sup>6</sup>. Viele Studien (das wohl bekannteste Beispiel stellt der Stern-Review dar) weisen auf die wirtschaftlichen und fiskalpolitischen Gefahren des Klimawandels hin, wenngleich auch die Abschätzung der tatsächlichen Kosten sehr unterschiedlich ausfällt und mit großen Unsicherheiten behaftet ist, vor allem was die Kausalitäten zwischen Ursache (z.B. Ressourcenausbeutung und Treibhausgasemission) und Wirkung (z.B. Erderwärmung und Naturkatastrophen) betrifft. Jedenfalls legen die vorliegenden Berechnungen und Analysen den Schluss nahe, dass der Klimaschutz immer teurer wird, je länger mit entsprechenden Gegenmaßnahmen zugewartet wird. Auch wenn die Kosten für den Klimaschutz heute beträchtlich scheinen, ist zu erwarten, dass diese in Zukunft noch wesentlich höher sein werden. Auf Basis der vorliegenden Erkenntnisse überwiegen somit die Vorteile eines entschlossenen und raschen Handelns die drohenden Kosten der Untätigkeit.

Derzeit wird unter nachhaltiger Ausgabenpolitik eine zukunftsorientierte Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte zu Gunsten von produktivitäts- und innovationsfördernden Ausgaben verstanden, um Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. In **Zeiten anhaltender Wachstumsschwäche** ist besonders darauf zu achten, dass auch die sozialen Sicherungssysteme und eine gerechte Einkommensverteilung gewährleistet bleiben. Stehen weniger Mittel zu Verfügung, ist es umso notwendiger, ineffiziente Ausgaben zu kürzen und die Verwaltung zu reformieren. Hier geht es vorrangig darum, strukturelle Entwicklungen in den öffentlichen Haushalten (z. B. Umschichtung zu Ausgabenkategorien mit Investitionscharakter, Strukturreformen im Pensions-, Gesundheits- und Bildungssystem) in Gang zu setzen und laufend zu optimieren und die Budgetaufteilung zwischen den unterschiedlichen gebietskörperschaftlichen Ebenen besser zu koordinieren.

Laut Workshop-Teilnehmer Friedrich Schneider kann eine nachhaltige Ausgabenpolitik nur dann gewährleistet werden, wenn mehr Transparenz sichergestellt ist, der Föderalismus besser funktioniert und die Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften verbessert wird (mit der Wahrung des Konnexitätsprinzips).

Um die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist zumindest auch zukünftig ein positiver Primärsaldo erforderlich. Das bedeutet, dass der Staat nur den Zinsaufwand, nicht aber die operativen Ausgaben durch Schulden finanziert.

Die empirische Literatur legt den Schluss nahe, dass Budgetkonsolidierungen vor allem dann erfolgreich sind, wenn sie überwiegend über die Ausgabenseite erfolgen. Für Österreich scheint laut Schuh (2011) eine ausgabenseitige Konsolidierung deshalb sinnvoll, da die Einnahmenquote im internationalen Vergleich relativ hoch ist und der demografische Wandel den Druck auf die Staatsausgaben erhöht. Daher sei es entscheidend, die Staatsaufgaben möglichst **effizient** zu erfüllen. Der Frage, wie man Ineffizienzen bekämpfen kann, um finanzielle Spielräume für eine nachhaltige Ausgabenpolitik zu schaffen, käme daher große Bedeutung zu.

---

<sup>6</sup> Der Klimawandel führt bereits jetzt zu enormen volkswirtschaftlichen Kosten durch Schäden, die extreme Wetterereignisse verursachen. Die Münchner Re, die weltweit größte Rückversicherung führt jährlich einen niedrigen zweistelligen Milliardenbetrag direkt auf den Klimawandel zurück. Seit 1980 summieren sich die Schäden durch solche Naturkatastrophen nach den von der Rückversicherung erhobenen Daten auf 1100 Milliarden Euro) bzw. durch Anpassungsmaßnahmen, die gesetzt werden (müssen), wie z.B. Bauten von Dämmen, Einrichtung von Warnsystemen etc. Nicholas Stern hat in seinem berühmten Report berechnet, dass die Folgekosten des Klimawandels um ein Vielfaches höher sind als jene, die für eine Stabilisierung der Treibhausgase in der Atmosphäre auf 500-550 PPM aufgewendet werden müssten.

Die Ausführungen dieses Kapitels haben gezeigt, dass eine **langfristige Perspektive** bei der Beurteilung der Nachhaltigkeit von öffentlichen Ausgaben besonders wichtig ist. Nur so wird es möglich, Spielräume für soziale und ökologische Prioritäten in der Ausgabenpolitik zu schaffen und die angesprochenen zukünftigen Herausforderungen meistern zu können.

## 5.2 Voraussetzungen für eine nachhaltige Ausgabenpolitik

Für eine nachhaltige Ausgabenpolitik ist zunächst die **langfristige Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen** eine wichtige Grundvoraussetzung. Sie ist eng mit der Höhe der Staatsschulden und dem notwendigen Ausmaß der Haushaltskonsolidierung verbunden. Sind die Schulden zu hoch, fehlt der Spielraum, um in Zukunft die Staatsausgaben angemessen finanzieren und die großen Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigen zu können. Aus ökonomischer Sicht lassen sich Staatsschulden dann rechtfertigen, wenn sie entweder die **Konjunktur stabilisieren** (kurz- bis mittelfristige Wirkung) oder einen **Lastenausgleich zwischen den Generationen ermöglichen** (längerfristige Wirkung).

Zumindest ist ein mittelfristig tragfähiger Haushalt anzustreben, der gewisse konjunkturbedingte Schwankungen des Budgetsaldos erlaubt, damit die **automatischen Stabilisatoren**<sup>7</sup> (siehe Kapitel 2.1) wirksam werden können. So ist auch im Österreichischen Stabilitätsprogramm der mittelfristige Abbau der Defizite (bis 2016) vorgesehen.

Bei der Diskussion um das Ausmaß und den Zeitraum der Budgetkonsolidierung ist aber auch eine **längerfristige Perspektive** zu beachten, die über den Zeithorizont des Stabilitätsprogramms hinausgeht. Wie bereits in Kapitel 5.1 angeführt, bergen die prognostizierten demographischen Veränderungen und der fortschreitende Energie- und Ressourcenverbrauch für die öffentlichen Haushalte erhebliche Risiken in sich. Geht man außerdem davon aus, dass das Wirtschaftswachstum weniger schnell ansteigt als es derzeitige Prognosen vermuten lassen, so sollte man auf die drohenden Mehrbelastungen entsprechend vorbereitet sein. Sollte sich die Politik nicht oder zu spät darauf einstellen, so könnte es zu Vertrauensverlusten in der Bevölkerung kommen. Rasche Reformen in den in Kapitel 5 angesprochenen Bereichen sind daher ein wesentlicher Schritt, um sich auf die zukünftigen Herausforderungen einzustellen.

Auch eine langfristige Haushaltsplanung (wie sie für den Bund in der Haushaltsrechtsreform umgesetzt wurde) ist notwendig, um die zukünftigen Entwicklungen entsprechend zu berücksichtigen. Die Konsolidierungsstrategie darf jedoch nicht bei Zukunftsinvestitionen ansetzen (in Bildung, Forschung und Entwicklung, Wissenschaft, Ressourcen- und Klimaschutz), die eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung unterstützen.

Um den Anpassungsbedarf für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung des Gesamtstaates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) transparenter zu machen, wäre es auch zielführend, die traditionellen Finanzindikatoren wie Defizitquote und Schuldenquote durch Indikatoren zu ergänzen, welche auch die künftigen Verpflichtungen des Staates erfassen und soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen (Haberfellner und Part, 2009).

Die ExpertInnen waren sich einig: Wenn man darüber redet, wie Staatsausgaben nachhaltig gestaltet

---

<sup>7</sup> Die Europäische Kommission führt sogar die Hälfte bis zwei Drittel der erhöhten Defizite aus der letzten Wirtschaftskrise auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zurück, d.h. ihr Beitrag zur Stützung der Nachfrage war demnach beträchtlich (Europäische Kommission, 2009a, 2009b, 2010).

werden können, sind **Steuerungsmöglichkeiten** erforderlich. Die neuen Prioritäten müssten sich in den Entscheidungen über Finanzflüsse und Transfers niederschlagen. So weist beispielsweise Margit Schratzenstaller darauf hin, dass „wir umfassendere Modelle [brauchen], wie man Nachhaltigkeitseffekte und Beschäftigungseffekte stimulieren und simulieren kann. Wir brauchen ex-post- und nicht nur ex-ante-Simulationen.“ Dabei wurde eine Vielzahl von Unsicherheiten und „wild cards“ thematisiert. So erschweren beispielsweise die Ausgliederungen die Vergleichbarkeit von Statistiken. Prammer (2009) weist darauf hin, dass die für Österreich ausgewiesene Brutto-Investitionsquote des Staates mit 1% des BIP im Vergleich zum Euro-Raum (2,6%) relativ niedrig ist. Berücksichtigt man auch die Investitionen der ausgegliederten Unternehmen, so verbessert sich die Situation in Österreich auf gut 2% des BIP. Die verringerte Staatsquote existiert nur auf dem Papier, da die Verbindungen zwischen ausgegliederten Einheiten und Staat sehr eng bleiben. Gerade in Krisenzeiten werden Konjunktur- und Beschäftigungspakete unter Rückgriff auf Investitionsprogramme von ÖBB oder ASFINAG lanciert; die Ausgaben dafür sind jedoch aufgrund der Ausgliederung nicht mehr direkt beim öffentlichen Sektor sichtbar. Prammer empfiehlt daher, implizite Verbindlichkeiten von Ausgliederungen zu berücksichtigen.

Unklar sei unter anderem auch der Zusammenhang zwischen Wachstum und Produktivität und die sich hieraus ergebenden Folgen für die Beschäftigung. So stellt sich beispielsweise die Frage, ob die Produktivität sinkt, wenn das Wachstum zurückgeht. Auch gilt es zu klären, wie sich spezifische wachstumsrelevante Entscheidungen ganz konkret auf das Pro-Kopf-Einkommen auswirken. Ohne weitere Erkenntnisse dürfe daher der Reformbedarf (z.B. bei den Alterssicherungssystemen) mit dem Argument einer angeblich höheren Produktivitätsentwicklung in der Zukunft nicht in Frage gestellt werden.

Die **Transparenz öffentlicher Finanzen**, die durch Bereitstellung von Daten, Analysen, Prognosen, Evaluationen etc. erhöht werden kann, ist jedenfalls ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Ausgabenpolitik.

Erste Schritte in Richtung einer Verbesserung der statistischen Datenlage und –qualität wurden bereits gesetzt. Beispielsweise liefert die Statistik Austria seit einigen wenigen Jahren COFOG-Daten<sup>8</sup>, welche die öffentlichen Ausgaben nach Aufgabenbereichen ausweisen und somit eine Analyse der öffentlichen Ausgabenstruktur zulassen, die auf Basis der bisherigen VGR-Daten nicht möglich war. Auch die Transparenzdatenbank geht in die Richtung einer verbesserten und transparenteren Datenbereitstellung.

Zusätzlich wäre es notwendig, das **Rechnungswesen der Gebietskörperschaften** zu harmonisieren und weiterzuentwickeln, um über vergleichbare Datengrundlagen zu verfügen. Auch in diesem Bereich wurden auf Bundesebene bereits wichtige Reformschritte eingeleitet. So hat sich der Bund mit Jänner 2013 vom System der Kameralistik verabschiedet und ist auf eine doppelte Buchführung (inklusive Vermögensbilanz) umgestiegen. Diese **Haushaltsrechtsreform** war notwendig, da Informationen über den Jahreserfolg bzw. die tatsächliche Höhe von Vermögen und Schulden fehlten bzw. irreführend waren. So wurden beispielsweise langfristige Investitionen und Abschreibungen, aber auch Spekulationsverluste nicht erfasst. Auch wichen die in den Rechnungsabschlüssen ausgewiesenen Finanzschulden deutlich vom öffentlichen Schuldenstand nach den Maastricht-Kriterien ab

---

<sup>8</sup> COFOG (Classification of the Functions of Government) ist die Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates und gehört zum System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Diese funktionelle Klassifikation dient vor allem zur Darstellung bestimmter (Ausgaben-)Ströme nach dem damit verbundenen Verwendungszweck (Haberfellner und Part, 2009).

(Rechnungshof, 2011). Auf Länderebene gibt es bisher noch keine doppelte Buchführung und somit auch keine vollständige Vermögensbilanz. Daher sollten die Länder dem Beispiel des Bundes folgen, um die Vergleichbarkeit der Länderbudgets zu erhöhen.

Unabhängige Fiskalgremien (wie z.B. der Staatsschuldenrat) können auf nationaler Ebene ebenfalls zu mehr Transparenz und zur Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen beitragen, indem sie durch ihre Arbeit die derzeit asymmetrische Information zwischen Politik und Bevölkerung reduzieren (Debrun, 2011).

Zu einer Erhöhung der Transparenz kann auch eine stärkere **BürgerInnenbeteiligung**<sup>9</sup> beitragen, um eine nachhaltige Ausgabenpolitik umzusetzen. Sie soll u.a. die Informationsbasis erhöhen, wie die Steuermittel tatsächlich verwendet werden. Derzeit ist der Zugang zu Informationen eingeschränkt, wodurch schwer nachvollzogen werden kann, wo Ineffizienzen vorliegen. Den BürgerInnen sollte gemäß dem Subsidiaritätsprinzip mehr Selbstverantwortung zugesprochen werden.

Außerdem bedarf es dem Willen der Politik und der öffentlichen Verwaltung, um eine nachhaltige Ausgabenpolitik umzusetzen. Es geht daher darum, die bereits angesprochenen **politischen Blockaden** abzubauen, um gemeinsam die notwendigen fiskalpolitischen Handlungsspielräume zu erarbeiten.

In diesem Kontext ist es besonders wichtig, die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) in Einklang zu bringen. Da laut Rechnungshof sämtliche öffentlichen Aufgaben auf die einzelnen Gebietskörperschaften verteilt sind und sich die Aufgabenbereiche vielfach überschneiden, müssen Bund, Länder und Gemeinden jedenfalls eine gemeinsame Problemsicht entwickeln und sich zum vereinbarten Lösungsweg bekennen (Rechnungshof, 2011). Denn eine nachhaltige Ausgabenpolitik kann nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn alle Beteiligten gemeinsam an der Problemlösung arbeiten.

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass der **Finanzausgleich reformiert** wird (vereinfachte und transparentere ‚Gestaltung, sowie Stärkung der Eigenverantwortung und Abgabenaufonomie). Nicht nur die am Policy Paper beteiligten ExpertInnen, sondern auch der Staatsschuldenausschuss (2012) und der Rechnungshof (2011) regen an, die vielfältigen und intransparenten Transferströme (z.B. Länderkopffquotenausgleich, Gemeindegkopffquotenausgleich, Bedarfszuweisungen an die Gemeinden, Zweckzuschüsse) zwischen den öffentlichen Haushalten zu reduzieren. Dadurch können die Effizienz des gesamten Systems erhöht und Einsparungen erreicht werden. Auch würde eine Verringerung der Zweckbindungen im Finanzausgleich den Gestaltungsspielraum der Gebietskörperschaften ausweiten.

Zudem kommt der Neuausrichtung und stärkeren Verbindlichkeit **institutioneller Rahmenbedingungen** große Bedeutung zu. Die hohe Staatsverschuldung zeigt, dass die vorhandenen institutionellen Schranken offensichtlich nahezu wirkungslos sind. Sie müssten so gesetzt werden, dass sie die Politik zu einer nachhaltigen Ausgabenpolitik bewegen (Stichwort:

---

<sup>9</sup> Wenn es um die Verteilung von öffentlichen Geldern geht, ist der BürgerInnenhaushalt – auch partizipatives Budget genannt – ein spannendes Instrument der BürgerInnenbeteiligung. Bei dieser Form können sich BürgerInnen auch ohne aktives Mandat an der Planung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben beteiligen. Erstmals umgesetzt wurde diese „demokratische Finanzpolitikform“ 1989 im brasilianischen Porto Alegre. Seitdem hat sich die Idee der partizipativen Budgetgestaltung weltweit in verschiedenen Formen ausgebreitet. In Europa werden BürgerInnenhaushalte in Deutschland, Frankreich und Spanien veranstaltet. Die Bandbreite reicht von direkt-demokratischen Instrumenten, bei denen BürgerInnen direkte Entscheidungen über einen Teil des Gesamtbudgets treffen können, bis zur Diskussion von Vorschlägen und Einbringung eigener Ideen.

Schuldenbremse). Außerdem sollte das bestehende Instrumentarium der EU zur Überwachung der Fiskaldisziplin, insbesondere der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt, überdacht und effektiver eingesetzt werden.

Die **Erhöhung der Effizienz und Effektivität der Staatsausgaben** ist ebenfalls ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige Abgabepolitik. Effizient bedeutet, öffentliche Finanzmittel so einzusetzen, dass entweder der Output bei gegebenem Input maximiert oder der Input bei fixiertem Output minimiert wird. Dadurch wird die Ausgabendynamik gedämpft und die Steuerbelastung verringert bzw. die Budgetkonsolidierung erleichtert. Die Effektivität zielt auf die Erreichung einer bestimmten Wirkung ab.

Ineffizienzen sind häufig auf die komplexe, zumeist verfassungsrechtlich verankerte Aufgaben- und Ausgabenverteilung zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaftsebenen zurückzuführen. Die höchsten Effizienzsteigerungspotentiale werden in den Bereichen Gesundheit und Bildung gesehen, da hier die Finanzierungs- und die Aufgabenverantwortung zwischen den staatlichen Regierungsebenen auseinanderfallen.

Während viele Leistungen bis zu einer bestimmten Ausgabenhöhe am effizientesten durch den Staat bereitgestellt werden können, sind gleichzeitig Anzeichen vorhanden, dass die öffentliche Hand Ausgaben für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen tätigt, welche von der Privatwirtschaft effizienter erbracht werden könnten. In der Regel besitzt der Staat ein Monopol in seinen Tätigkeitsbereichen, wodurch es langfristig zu fehlendem Innovationsdruck und Ineffizienz kommen kann. Kurzfristig kann der fehlende Wettbewerb dazu führen, dass öffentliche Leistungen zu überhöhten Kosten hergestellt und angeboten werden (Nowotny 1999, S. 54). Daher ist es offensichtlich wichtig, unproduktive Ausgabenkategorien (wie den öffentlichen Konsum oder Subventionen) genau zu beleuchten. Dazu werden (wie schon beim Thema Transparenz angesprochen) mehr Informationen über die Folgen und konkreten Wirkungen staatlicher Ausgabenarten benötigt. Bei der Beurteilung sollten „**Nachhaltigkeitsparameter**“ (z.B. Lebensqualität/Ressourcenschonung) eine Rolle spielen.

Die Forderung nach Erhöhung der Effizienz und Effektivität wurde in Österreich bereits aufgegriffen, indem beispielsweise die neue **Haushaltsrechtsreform** des Bundes darauf abzielt, mehr Augenmerk auf die von der Verwaltung **erreichten Leistungen und Ergebnisse** (Wirkungs- und Ergebnisorientierung in der Haushaltsführung) zu richten und den Fokus nicht bloß auf die Mittelverteilung zu legen. Es müssten allerdings weitere intensive Anstrengungen zur strukturellen Haushaltskonsolidierung unternommen werden, um (in Zeiten einer Wachstumsschwäche) gravierendere Einschnitte zum Abbau der Defizite zu vermeiden und einen Anstieg der Schuldenquote zu verringern. Diese sollten jedenfalls eine Haushaltsrechtsreform auf **allen** staatlichen Ebenen sowie eine stärkere Zusammenführung von Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung umfassen.

Auch müssten Handlungsoptionen für jene Ausgabenarten herausgearbeitet werden, von denen erwartet werden kann, dass sie eine doppelte Rendite bewirken (Stabilisierung der Wirtschaft im Sinne von Resilienz und eine Steigerung des Gemeinwohls).

Eng mit der Effizienz ist auch die **Qualität der öffentlichen Finanzen** verbunden. Österreich beschäftigt sich auf EU-Ebene seit einigen Jahren entlang der folgenden Stränge mit diesem Thema<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Der Wirtschaftspolitische Ausschuss (WPA) der EU richtete Mitte 2004 eine eigene Arbeitsgruppe „Quality of Public Finances“ (AG QPF) ein, die aus fiskalpolitischen Experten aus allen 27 EU-Mitgliedsländern sowie Vertretern der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank, der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der akademischen

(Haberfellner und Part, 2009):

- Größe des öffentlichen Sektors bzw. Höhe der Staatsausgaben,
- solide und nachhaltige öffentliche Finanzen,
- Zusammensetzung, Effizienz und Effektivität öffentlicher Ausgaben,
- Struktur und Effizienz von Einnahmensystemen und
- fiskalische Steuerung.

Was unter der Verbesserung der Qualität öffentlicher Finanzen zu verstehen ist, hängt davon ab, welches Ziel erreicht werden soll. Die primären Zielsetzungen, die auf EU-Ebene und auch in Österreich angepeilt werden, liegen in der Förderung von Wachstum und Beschäftigung (indem verstärkt in „zukunftsorientierte“ Bereiche wie Bildung, Forschung und Entwicklung oder Infrastruktur investiert wird) und in der Sicherstellung fiskalischer Nachhaltigkeit. Darüber hinaus müssten auch Ziele definiert werden, die einen **stärkeren sozial- oder umweltpolitischen Blickwinkel** einnehmen, z.B. Armutsreduktion oder Verbesserung des Klima- und Ressourcenschutzes (Haberfellner und Part, 2009), die vor allem im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung von großer Bedeutung sind.

Eine umfassende und ganzheitliche **Staatsreform**, die alle Verwaltungsebenen einschließt und BürgerInnen an den Haushaltsdebatten beteiligt, hielten die ExpertInnen für ebenso notwendig wie hilfreich. Eine solche brauche jedoch Zeit und könne nur bei entsprechend breiter politischer Willensbildung umgesetzt werden. Im Zuge der Staatsreform müssten und könnten Effizienz, Transparenz und Nachhaltigkeit der Ausgabenpolitik ins Zentrum gerückt und die BürgerInnen in den Wandel einbezogen werden.

Die StakeholderInnen gehen davon aus, dass die Politik inzwischen verstanden habe, dass ein fiskalpolitisches „Weiter so“ weder sinnvoll noch möglich sei. Dies eröffne Spielräume für eine fiskalpolitische Diskussion im Sinne von „Wachstum im Wandel“.

## 6 Handlungsvorschläge für den Umgang mit einer anhaltenden Wachstumsschwäche

Ziel dieses Abschnittes ist es, Maßnahmen für die österreichische Politik und die Verwaltung vorzuschlagen, um die langfristige Vision einer Wirtschaft zu forcieren, die widerstandsfähig, am Gemeinwohl orientiert und weniger stark vom Produktionswachstum abhängig ist. Diesem Ziel folgend werden **Alternativen** diskutiert, welche auch unter der Annahme eines auf Dauer niedrigen Wirtschaftswachstums realisierbar sind und die **Ausgabenseite** des Staates betreffen.

Die im Workshop diskutierten und im Folgenden beschriebenen Maßnahmen seien aber nicht nur in Zeiten einer anhaltenden Wachstumsschwäche, sondern auch im Hinblick auf eine generelle Verfassungs- und Verwaltungsreform, die auch schon seit vielen Jahren gefordert wird, so schnell wie möglich umzusetzen. Daher sind die präsentierten Vorschläge auch nicht vollkommen neu.

### 1. Umsetzung einer Staatsreform

Die Diskussion sollte bei einer Staatsreform ansetzen. In der Vergangenheit wurden zusätzlich

---

Welt (v. a. Forschungsinstitute, Universitäten) besteht. Wichtige Aufgaben der AG QPF sind unter anderem die Verbesserung der Datengrundlagen, die Messbarkeit und Vergleichbarkeit der Qualität öffentlicher Finanzen in den EU-Mitgliedstaaten sowie die Durchführung einer systematischeren gesamtheitlichen Analyse (Haberfellner und Part, 2009).

Verwaltungen geschaffen, um das Staatsystem zu bewältigen. Viele Gesetze seien zu abstrakt, zu bürokratisch, für die Wirtschaft zu teuer und langfristig nicht mehr finanzierbar. Die Ausgaben für die soziale Sicherung müssten nicht so hoch sein, wenn gesetzliche Rahmenbedingungen rechtzeitig gesetzt und an die aktuellen Herausforderungen angepasst würden.

Obwohl angemerkt wurde, dass eine Föderalismusreform in Österreich notwendig sei, wurde dieses Thema von den ExpertInnen nicht mit konkreten Reformschritten präzisiert. Viel spräche dafür, sich die Schweiz (mehr direkte Demokratie und BürgerInnennähe, stärkerer Föderalismus, gleiche Steuerhoheit von Kantonen und Bund) zum Vorbild zu nehmen und in die Entscheidungen über die Ausgaben der Gemeinden die BürgerInnen stärker mit einzubeziehen. Dass sich hieraus Einsparungen für die öffentlichen Haushalte ergeben können, belegen Studien, wie beispielsweise jene von Lars Feld: „Die empirischen Untersuchungen für die Schweizer Kantone und Gemeinden (sowie für die US-Bundesstaaten) deuten im Wesentlichen darauf hin, dass in direkt-demokratischen Gebietskörperschaften weniger ausgegeben wird, weniger Steuern eingenommen werden, eine geringere Staatsverschuldung besteht, weniger Steuern hinterzogen werden und eine höhere Wirtschaftskraft, gemessen am BIP pro Kopf, resultiert.“ (Feld, 2004).

Jedenfalls wurde betont, dass eine Staats- und Gesetzgebungsreform Hand in Hand mit einer Verwaltungsreform gehen müsse.

## 2. Aufbau einer schlanken, dynamischen und leistungsfähigen Verwaltung

Wie im Stabilitätsprogramm 2011–2014 erkennbar, stellt eine schlanke, dynamische und leistungsfähige Verwaltung ein besonderes Anliegen der österreichischen Bundesregierung dar. Die Bundesregierung hat eine eigene Arbeitsgruppe unter Einbindung der Länder eingerichtet, die eine Reihe von Konsolidierungsvorschlägen zur Verwaltungsreform erarbeitet hat. Diesen Vorschlägen sollte verstärkt Beachtung geschenkt werden, da eine übersichtliche Verwaltung unerlässlich ist, um **Spielräume und Ineffizienzen des derzeitigen Ausgabensystems** aufzudecken.

Eine Verwaltungsreform auf die Kürzung öffentlicher Leistungen oder einen Rückzug des Staates aus für das Gemeinwohl wichtigen Leistungsbereichen zu reduzieren, wäre unzweckmäßig. Auch der effiziente Mitteleinsatz, die Transparenz und Qualität des staatlichen Handelns sowie mehr BürgerInnenorientierung sind wesentliche Aspekte.

Immer wiederkehrende Forderungen, die sich auch in den rund 600 Vorschlägen der angesprochenen Arbeitsgruppe niederschlagen, sind (Rechnungshof, 2011):

- „Bereinigung der Kompetenzzersplitterung,
- Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung,
- Verbesserung der Kooperation und Abstimmung insbesondere an den Schnittstellen der Gebietskörperschaften,
- laufende Aufgabenkritik, gemessen auch an den gesellschaftlichen, demografischen, technischen Veränderungen,
- Festlegung von konkreten Wirkungszielen mit aussagekräftigen, messbaren Indikatoren, um die Treffsicherheit der eingesetzten Mittel sicherzustellen,
- faktenbasierte gründliche Planung der Ausgaben über zumindest mittelfristige Planungsperioden,
- kontinuierliche Steuerung der Aufgabenerfüllung durch Kostenrechnungssysteme, regelmäßiges und institutionalisiertes Controlling und nachfolgende Evaluierung,
- Stärkung der Finanzkontrolle.“



Im Hinblick auf den Konsolidierungsbedarf ist es offensichtlich wichtig, dass mit der Umsetzung der Vorschläge rasch begonnen wird, unabhängig davon, ob diese zu einmaligen Einsparungen führen oder mittel- und langfristige Auswirkungen haben.

Aufgrund der bereits mehrfach angesprochenen finanziellen Beziehungen und Abhängigkeiten der Gebietskörperschaften und den damit verbundenen Verflechtungen der Finanzströme (Steuerverbund, komplexes Transfersystem zwischen den Gebietskörperschaften, vielfach auseinander fallende Finanzierungs-, Aufgaben- und Ausgabenverantwortung) muss eine Reform laut Rechnungshof alle staatlichen Ebenen umfassen (Rechnungshof, 2011).

### **3. Strukturreformen in den Bereichen Gesundheit und Altersversorgung, öffentliche Verwaltung und im Förderwesen**

Wie bereits an mehreren Stellen dieses Policy Papers beschrieben, ist die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (nicht nur) in Zeiten einer anhaltenden Wachstumsschwäche anzustreben. Die Auswirkung der Alterung der Bevölkerung auf den Staatshaushalt stellt eine der größten Herausforderungen dar. Es ist daher offensichtlich notwendig, die öffentliche Verschuldung rasch zu verringern, die beschäftigungspolitischen Herausforderungen aufzugreifen und geeignete Reformen der Altersversorgung, des Gesundheitswesens und der Langzeitpflege in Angriff zu nehmen. Die langfristige Finanzierbarkeit der öffentlichen Haushalte macht somit Strukturreformen in den folgenden Bereichen erforderlich (Pitlik et al., 2010; Rechnungshof, 2011):

- Gesundheit (vor allem im Spitalswesen), Pflege und Pensionen (den sogenannten drei Aging-Ausgabenbereichen),
- öffentliche Verwaltung bzw. Staatsorganisation (Föderalismusreform) sowie
- Subventionen/Förderungen.

Ein **nachhaltiges Gesundheitswesen** kann einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung der Staatsausgaben leisten (Rechnungshof, 2011). Derzeit bestehen beispielsweise Probleme im Bereich der zersplitterten Organisationsstruktur (im Krankenanstaltenbereich und im niedergelassenen Bereich), der intransparenten Finanzierungsstruktur, der mangelhaften Datenqualität und Qualitätssicherung, der unzureichenden Prävention und Gesundheitsförderung sowie der unzureichenden Evaluierung von Reformmaßnahmen, um nur einige Anknüpfungspunkte zu nennen.

Grundsätzlich sollten Gesundheitsleistungen auf der adäquaten Versorgungsebene erbracht werden (in vielen Fällen reichen auch ambulante Behandlungen aus). Generell scheint ein stärker auf Prävention ausgerichteter und ein „breiterer“ Ansatz notwendig zu sein: Das Gesundheitswesen könnte seinen Blick über den engen Fokus „Krankheit“ erheben und das Ganze der Gesundheit und Gesunderhaltung – also auch die krankmachenden Faktoren in der Lebens- und Arbeitswelt in den Fokus nehmen.

Im Bereich der **Pflege** liegen die Herausforderungen in einer zersplitterten Rechtslage, in fehlenden Qualitätsvorgaben und in fehlenden Reaktionen auf die sich abzeichnenden demographischen Entwicklungen. Lösungsansätze bestehen in der Schaffung einer einheitlichen Rechtsgrundlage für die Gewährung von Pflegegeld und in der Reduktion der Anzahl der Entscheidungsträger und Bescheid erlassenden Stellen sowie im Controlling zur Reduktion der Verfahrensdauer und zur Sicherstellung der Qualität der Gutachten (Rechnungshof, 2011).

Reformbedarf besteht nach wie vor auch im Bereich der **Pensionen**. Das österreichische Pensionssystem (mit unterschiedlichen Gesetzesgrundlagen und vielen Übergangsregeln) ist nicht sehr transparent und für BürgerInnen nur schwer durchschaubar, wodurch ein hohes Maß an

Unsicherheit über die zukünftige Ausgestaltung der öffentlichen Altersvorsorge besteht. Trotz einiger Reformen ist das System auch unzureichend auf die prognostizierte Bevölkerungsalterung vorbereitet (Schuh, 2010). Deshalb haben österreichische PensionsexpertInnen im September 2012 einen Aufruf für eine **umfassende und nachhaltige Reform des österreichischen Pensionsversicherungssystems** gestartet (EcoAustria et al., 2012). Der auszuarbeitende Reformvorschlag sollte innerhalb eines Jahres vorliegen und „die finanzielle Nachhaltigkeit auch bei ungünstigen demografischen und ökonomischen Entwicklungen gewährleisten, die Fairness innerhalb und zwischen den Generationen wie auch zwischen Berufsgruppen und Dienststellen und damit die breite Unterstützung dieses wichtigen Teilbereichs des österreichischen Wohlfahrtsstaats herstellen, und eine einfache und transparente Struktur erstellen, um den Individuen u.a. auch mehr Selbstbestimmung ihrer Erwerbsbeteiligung und Ruhestandsentscheidung zu ermöglichen. Fairness und Transparenz sind auch wichtig, um zusammen mit den entsprechenden Ausbildungs- und Arbeitsmarktmaßnahmen die Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer zu stärken und die weiblichen Arbeitnehmer in ihrer selbstbestimmten Erwerbsbeteiligung zu unterstützen“ (EcoAustria et al., 2012).

Der Aufruf enthält die Empfehlung, einheitliche beitragsbezogene Pensionskonten auf Umlagebasis für alle als zentrale Säule vorzusehen und mit einer Grundsicherungssäule für Armutsbekämpfung und einer freiwilligen Säule auf Kapitaldeckungsbasis zu verbinden, um den Anforderungen der demografischen Alterung und der Globalisierung besser zu entsprechen.

Im Bereich der **Förderungen und Subventionen** geht es darum, das im internationalen Vergleich mit einem hohen Volumen versehene Förderungswesen effizienter zu gestalten, indem beispielsweise quantifizierbare Förderungsziele definiert, überschneidende Förderungsbereiche und Mehrfachförderungen vermieden und eine österreichweite Förderungsdatenbank geschaffen werden. Es bestehen hohe Einsparungsmöglichkeiten, wenn die Ausgaben dem EU-Schnitt angepasst und die Verwaltung der Förderungen massiv gestrafft würden (Pitlik und Schratzenstaller, 2011). Im Hinblick auf eine nachhaltige Gestaltung des Förderwesens ist auch der **Abbau von umweltkontraproduktiven Förderungen** notwendig.

Vorschläge zur Verwaltungs- und Staatsreform wurden bereits unter den Punkten 1 und 2 diskutiert.

In allen genannten Bereichen müsste eine gesellschaftliche Zielbestimmung zur Festlegung jeweiligen Ziele sowie der entsprechenden Aufteilung zwischen staatlicher und privater Aufgabenerfüllung einerseits sowie Finanzierung andererseits erfolgen, die auch auf mögliche externe Effekte in den jeweiligen Bereichen abstellen mit dem Effekt, diese weitgehend zu reduzieren.

#### **4. Ermöglichung von größeren Handlungsspielräumen für die regionale Ebene**

Das WIFO (Pitlik et al., 2010) erwartet, dass Länder und Gemeinden gemeinsam das von der Bundesregierung erwartete Defizit von 0,6% des BIP in den nächsten Jahren nicht überschreiten. Angesichts der Defizite in den Jahren 2009 und 2010 von knapp 1% des BIP bedarf es jedoch offensichtlich stärkerer Anstrengungen von Ländern und Gemeinden, um dieses Ziel zu erreichen. Zukünftig werden Regionen und Gemeinden für eine nachhaltige Entwicklung eine wesentlich größere Rolle spielen und auch mehr Verantwortung übernehmen müssen. Diese Entwicklung hat stückweise begonnen, hat in der Gesamtsicht aber noch großes Entwicklungspotenzial. Auf Gemeindeebene könnte dies bedeuten: Weg von der „All-Inclusive“ und hin zur Halbpensionsebene. Derzeit werden viele Dienstleistungen (Infrastruktur, Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Bildungseinrichtungen, Spitäler etc.) von den Gemeinden abgedeckt. Es ist durchaus vorstellbar, dass der/die mündige BürgerIn im Sinne des Gemeinwohls wieder mehr Verantwortung und Aufgaben selbst trägt, um die Ausgabenseite der Gemeinden zu reduzieren. Dass sich hieraus Einsparungen für die öffentlichen Haushalte ergeben

können, belegen Untersuchungen von Lars Feld für die Schweiz (siehe Feld, 2004).

Die Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse auf untere Gebietskörperschaftsebenen wird jedoch vom Bundesministerium für Finanzen sehr kritisch gesehen. Caroline Haberfellner weist in ihrer schriftlichen Stellungnahme zu diesem Policy Paper darauf hin, dass sich „der österreichische Föderalismus bekanntlich durch besonders ineffiziente Mehrfachgleisigkeiten und Reformblockaden auszeichnet. Eine solche Forderung würde diese Fehlentwicklungen wohl eher verstärken. Für ein kleines Land wie Österreich solle die Erzielung von Synergieeffekten im Vordergrund stehen und nicht die Verstärkung der kostspieligen Zersplitterung von Agenden. Es gehe vielmehr darum, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung zusammenzuführen und dadurch auch die Treffsicherheit von Maßnahmen zu erhöhen.“

Unumstritten ist jedenfalls, dass in vielen Verwaltungsbereichen ein besser koordiniertes Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden auf Basis einer wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung notwendig wäre.

### **5. Verbesserung der Daten-Transparenz auf Länder- und Gemeindeebene**

Zudem müsse die intransparente Datenlage und die Darstellung bestehender Transferbeziehungen auf Länder- und Gemeindeebenen dringend verbessert werden. Anstelle einer rein input-orientierten Betrachtung sei eine genauere Darstellung der Anzeizeffekte, eine detaillierte Auflistung und Beschreibung der Ausgaben (z.B. Trennung kurativer und präventiver Ausgaben) und eine vollständigere Diskussion der Wechselwirkungen ebenso anzustreben – wie eine Bewertung der Ausgaben unter den Gesichtspunkten Nachhaltigkeit, Subsidiarität und Gemeinwohl (Pitlik et al, 2010).

Die Forderung nach fiskalischer Nachhaltigkeit verlangt auch eine langfristige Haushaltsplanung, die zukünftige Entwicklungen stärker in die Gestaltung der öffentlichen Haushalte einbezieht, insbesondere die demografischen Veränderungen der Bevölkerung und die dadurch bedingten Anforderungen an staatliche Ausgaben. Das neue Bundeshaushaltsgesetz sieht daher vor, alle drei Jahre eine langfristige Budgetprognose (über 30 Jahre) zu erstellen. Diese Verpflichtung, die bisher nur für den Bund gilt, müsste auch auf Länder und Gemeinden ausgedehnt werden (Rechnungshof, 2011).

Um das Rechnungswesen von Ländern und Gemeinden zu verbessern, wäre eine umfassende Reform der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) notwendig, welche die Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände regelt. Sie entspricht dem „Kontenrahmen“ der Kameralistik (dem Rechnungswesen der öffentlichen Haushalte), regelt jedoch nicht die Budgets der ausgegliederten Einrichtungen, in denen die Länder bereits mehr als 20% ihrer Ausgaben abwickeln. In vielen Bundesländern scheinen daher beispielsweise die hohen Schulden von ausgegliederten Spitälern nicht in der offiziellen Budgetbilanz auf.<sup>11</sup>

Außerdem sind laut Staatsschuldenausschuss strenge und einheitliche Standards für Veranlagungs- und Finanzierungsgeschäfte (einschließlich Transparenz) für alle Gebietskörperschaften zu entwickeln, die überdies nur risikoarm sein dürften (Staatsschuldenausschuss, 2012).

### **6. Forcierung der Ausgaben in Zukunftsinvestitionen**

---

<sup>11</sup> Siehe dazu beispielsweise einen Artikel im Standard vom 24.01.2013; <http://derstandard.at/1358304402080/Wie-man-Laender--und-Gemeindefinanzen-transparent-macht>

Die Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben der letzten Jahre sollte sich laut Pitlik et al. (2010) in Österreich mittelfristig positiv auf die Wirtschaft auswirken, daher sollten Ausgabensenkungen überwiegen und auf die Kürzung von Zukunftsinvestitionen (Bildung, Forschung und Entwicklung, Wissenschaft, Ressourcen- und Klimaschutz) verzichtet werden. Vielmehr seien neben effizienzsteigernden Reorganisationsmaßnahmen in diesen Schlüsselbereichen forcierte Ausgaben zu empfehlen (Aktivkomponente).

Beispielsweise sei im Bereich des Ressourcen- und Klimaschutzes zukünftig mit zusätzlichen Kosten zu rechnen, die sich bisher noch nicht in den öffentlichen Ausgaben niedergeschlagen hätten (siehe auch die weiter oben beschriebenen Risiken der langfristigen Tragfähigkeit). Daher sei es notwendig, rechtzeitig in präventive Maßnahmen zu investieren, um hohe Schäden und Folgekosten der Untätigkeit (siehe z.B. Kosten aus der Nichterreichung des Kyoto-Protokolls) vermeiden zu können.

### **7. Einbettung aller Maßnahmen in eine ganzheitliche Strategie**

Wie erfolgreich die Effekte dieser Maßnahmen sein können, hängt von deren Einbettung in eine Gesamtstrategie ab. Die kurzfristig kaum vermeidbare Phase negativer Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sollte möglichst gering gehalten werden, sodass mittelfristig die positiven Wirkungen einer nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte überwiegen. Dazu muss die **Konsolidierungsstrategie** glaubwürdig und langfristig angelegt sein. Eine Beachtung dieser Grundsätze findet sich in den Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung nur ansatzweise. Diese enthalten eine Reihe punktueller Einzelmaßnahmen, deren Einbettung in Strukturreformen auf der Ausgabenseite sowie in eine wachstums- und beschäftigungsfördernde ökosoziale Steuerreform noch aussteht (Pitlik et al., 2010).

## **7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

In diesem Policy Paper wurde die Diskussion eröffnet, wie eine nachhaltige Staatsausgabenpolitik gestaltet werden könnte, um auch in wachstumsschwachen Zeiten erfolgreich zu sein. Dazu wurden zunächst die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben beschrieben und die derzeitige Situation in Österreich skizziert. Danach wurden grobe Empfehlungen gegeben, wie eine nachhaltige Ausgabenpolitik aussehen könnte, um darauf aufbauend erste Vorschläge für Reformen anzusprechen. Die dargestellten Inhalte basieren auf zwei Stakeholder-Workshops und auf einer umfassenden Literaturlauswertung. Dabei wurde versucht, die geführten Diskussionen bestmöglich darzustellen und einen Anreiz für eine weitere, tiefergehende Auseinandersetzung mit diesem Themenbereich zu setzen.

Die Ausführungen verdeutlichen, dass der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben sehr komplex ist. Es handelt sich dabei um ein dynamisches System, das als Ganzes schrumpfen und wachsen kann. Um dieses komplexe System besser verstehen zu können, ist es notwendig, die Wirkungen der Staatsausgaben besser zu analysieren. Es wurde versucht, aufbauend auf vorliegenden Erkenntnissen einige Politik- und Reformvorschläge abzuleiten, die den Erfolg der Ausgabenpolitik – auch in wachstumsschwachen Zeiten – sicherstellen.

Nach den geführten Diskussionen scheint es klar, dass die derzeitigen Herausforderungen des demografischen Wandels und der hohen Schuldenbelastung rasches Handeln notwendig machen, um die Staatsausgaben zukünftig finanzieren zu können. Die eingebundenen ExpertInnen empfehlen, den sich hieraus ergebenden Handlungsbedarf für die österreichische Fiskalpolitik der nächsten Jahre als Chance zu begreifen und eine nachhaltige Ausgabenpolitik zügig voranzutreiben.



Aus der Sicht der eingebundenen ExpertInnen ist klar, dass die derzeitigen Herausforderungen des demografischen Wandels und der hohen Schuldenbelastung rasches Handeln notwendig machen, um die öffentlichen Leistungen zukünftig finanzieren zu können. Wie sich aus den angeführten Handlungsvorschlägen konkrete Politikvorgaben für eine staatliche Ausgabenpolitik herleiten lassen, die das Wachstum „wandeln“ ist noch weiter zu diskutieren und zu konkretisieren. Dafür sind sowohl fundierte sektorale Betrachtungen erforderlich (Welche Ausgaben in welchem Politikfeld haben welche Folgen?) als auch qualitative Analysen (Was verstehen wir unter Gemeinwohl und wie wirken sich diese Ausgaben auf das Gemeinwohl aus?).

## 9 Referenzen

- Adger, W. N. (2000): Social and ecological resilience: are they related? *Progress in Human Geography* 24(3): 347-364.
- Anschau, T. (2007). Wirtschaftswachstum als Grundlage politischen Gestaltens. Aufsatz des Institut für Wachstumsstudien Nr. 3 (2007).  
[http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft3/Wirtschaftswachstum\\_Grundlage\\_politischen\\_Gestaltens.pdf](http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft3/Wirtschaftswachstum_Grundlage_politischen_Gestaltens.pdf).
- Ax, Ch., Hinterberger, F. (2013). Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt und wie wir wieder heraus kommen. München: Ludwig Verlag.
- BMF (2012). Budgetbericht 2012.  
[https://www.bmf.gv.at/Budget/Budgetsumberblick/Sonstiges/Budgetsumberblick/Budgetentwurf2012/Budgetbericht\\_2012.pdf](https://www.bmf.gv.at/Budget/Budgetsumberblick/Sonstiges/Budgetsumberblick/Budgetentwurf2012/Budgetbericht_2012.pdf)
- Debrun, X. (2011). The Theory of Independent Fiscal Agencies: Where Are We? And Where Do We Go From There? In: *Wirtschaftspolitische Blätter* 1/2011.
- Dittrich, M., S. Giljum, et al. (2012): Green economies around the world? Implications of resource use for development and the environment. Vienna, SERI.
- EcoAustria, European Centre for Social Welfare Policy and Research, HIS (2012). Aufruf für eine umfassende und nachhaltige Reform des österreichischen Pensionsversicherungssystems. Wien, 24.09.2012. [http://www.ihs.ac.at/vienna/resources/PR/Aufruf\\_und\\_Liste\\_NDC\\_FINAL.pdf](http://www.ihs.ac.at/vienna/resources/PR/Aufruf_und_Liste_NDC_FINAL.pdf)
- Europäische Kommission (2009a). Economic Crisis in Europe: Causes, Consequences and Responses, *European Economy*, 7/2009, Brüssel.
- Europäische Kommission (2009b). European Economic Forecast Autumn 2009, *European Economy*, 10/2009, Brüssel.
- Europäische Kommission (2010). European Economic Forecast Spring 2010, *European Economy*, 2/2010, Brüssel (2010)
- Europäische Zentralbank – EZB (2002). Die Wirkungsweise automatischer Stabilisatoren im Euro-Währungsgebiet. Monatsbericht April.
- Feld, L. (2004). Ein Finanzreferendum auf Bundesebene – Chancen, Risiken und Ausgestaltung. Im Auftrag der Kommission für Konjunkturfragen (KfK) im Rahmen des Jahresberichts 2004.
- Grossmann B., Hauth E., Wimmer G. (2008). Struktur und Tragfähigkeit der Staatsverschuldung sowie Schuldenstrukturpolitik Österreichs. Studie im Auftrag des Staatsschuldenausschusses.
- Guger, A. et al. 2009. Umverteilung im Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitische Studienreihe. Band 1. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Wien.
- Haberfellner, C., Part, P. (2009). Die Verbesserung der Qualität öffentlicher Finanzen als Teil der Recovery-Strategie nach der Krise. BMF Working Paper 3/2009.  
[https://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/WorkingPapers/WP\\_3\\_2009\\_v2.pdf](https://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/WorkingPapers/WP_3_2009_v2.pdf)
- Hauth, E., Grossmann, B. (2011). Budgetentwicklung der Bundesländer in Österreich im Krisenjahr

2009 und Ausblick.

[http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/studie\\_text\\_budgetentwicklung\\_bundeslaender\\_2009\\_final\\_tcm163-235699.pdf](http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/studie_text_budgetentwicklung_bundeslaender_2009_final_tcm163-235699.pdf)

- ifo – Institut für Wirtschaftsforschung (2001). Finanzpolitik im Spannungsfeld des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Zwischen gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und wirtschafts- und finanzpolitischem Handlungsbedarf. Gutachten des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen.
- Jackson, T. (2009): Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet. Earthscan, London.
- Millenium Ecosystem Assessment (2005): Ecosystems and Human Well-Being: Synthesis. Washington, DC, United Nations Environment Programme.
- Nowotny, E. (1999). Der öffentliche Sektor: Einführung in die Finanzwissenschaft. Berlin, Springer-Verlag.
- Parker, J.A. (2011). On Measuring the Effects of Fiscal Policy in Recession. *Journal of Economic Literature*, 703-718.
- Pitlik, H., Schratzenstaller, M. (2011). Growth Implications of Structure and Size of Public Sectors. WIFO Working Papers, No. 404, October 2011.
- Pitlik, H., Bock-Schappelwein, J., Handler, H., Hölzl, W., Reinstaller, A., Pasterniak, A. (2010). Verwaltungsmodernisierung als Voraussetzung für nachhaltige Effizienzgewinne im öffentlichen Sektor, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung Im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen.
- Prammer, D. (2009). Öffentliche Ausgliederungen: Bilanzkosmetik oder nachhaltige Verbesserung? – Fallstudie für Österreich. In: OENB (2009). Wirtschaftskrise und wirtschaftspolitische Antworten – einige ausgewählte Themen. Quartalsheft zur Geld- und Wirtschaftspolitik der Österreichischen Nationalbank.
- Raffelhüschen, B. (2002). Ein Plädoyer für ein flexibles Instrument zur Analyse nachhaltiger Finanzpolitik, in: Wirtschaftsdienst 2002, Nr. 2.
- Ramey, V.A. (2011): Can Government Purchases Stimulate the Economy. *Journal of Economic Literature* , 673-685.
- Rechnungshof (2011). Verwaltungsreform 2011. Vorschläge des Rechnungshofes zur Verwaltungsreform. 3. Auflage.
- Rockström, J., Steffen, W., Noone, K., Persson, A., Chapin, F. S., Lambin, E. F., Lenton, T. M., Scheffer, M., Folke, C., Schellnhuber, H. J., Nykvist, B., De Wit, C. A., Hughes, T. Van der Leeuw, S., Rodhe, H. Sorlin, S., Snyder, P. K., Costanza, R., Svedin, U., Falkenmark, M., Karlberg, L., Corell, R. W., Fabry, V. J., Hansen, J., Walker, B., Liverman, D., Richardson, K. Crutzen, P. Foley, J. A. (2009): A safe operating space for humanity. *Nature*, 461, 472-475.
- Schuh, U. (2011). Was bringt die Schuldenbremse? Policy Note No. 1, EcoAustria.
- Schuh, U. (2010). Ein nachhaltiges Pensionssystem für Österreich, IHS Wien.  
[http://www.jungeindustrie.at/dokumente/4/PensionenZukunft\\_final.pdf](http://www.jungeindustrie.at/dokumente/4/PensionenZukunft_final.pdf)
- Staatsschuldenausschuss (2010). Empfehlung des Staatsschuldenausschusses zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 201, [http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/empf2010\\_2\\_tcm163-216433.pdf](http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/empf2010_2_tcm163-216433.pdf).

Staatsschuldenausschuss (2012). Empfehlung des Staatsschuldenausschusses zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2013. [http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/empf2012\\_2\\_tcm163-252291.pdf](http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/empf2012_2_tcm163-252291.pdf)

Steindl, S. (2006). Potentialwachstum in Österreich. Schätzung und Diskussion der angebotsseitigen Wachstumschancen, WIFO Monatsberichte 12/2006.  
[http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=MB\\_2006\\_12\\_04\\_POTENTIALWACHSTUM\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=MB_2006_12_04_POTENTIALWACHSTUM$.PDF)

Taylor, J.B. (2011). An Empirical Analysis of the Revival of Fiscal Activism in the 2000s. *Journal of Economic Literature*, 686-702.

Victor, P. A. (2008): *Managing without growth: slower by design, not disaster*. Cheltenham, UK; Northampton, MA, Edward Elgar.



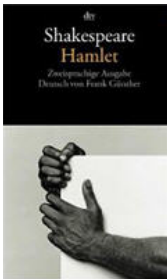
- [Über uns](#)
  - [Impressum](#)

## Wer hat das gesagt?

---

### Etwas ist faul im Staate Dänemark

[William Shakespeare](#) in [Hamlet](#)



„Etwas ist faul im Staate Dänemark“, konstatieren Marcellus und Horatio, zwei Nachtwächter auf dem Schloss Elsinore, als sie dem Geist ihres kürzlich verstorbenen Königs begegnen in der wohl bekanntesten Tragödie Shakespeares. Und auch Hamlet selbst, der Prinz von Dänemark, trifft eines Nachts auf den ermordeten Vater, und schwört, seinen Tod zu rächen. So beginnt eine unheilvolle Geschichte, die zur Quelle einiger geflügelter Worte wurde. Die obigen Worte werden gern zitiert, wenn man einen Verdacht äußern möchte, ohne dass man ihn konkretisieren kann.

[Hamlet bei Amazon ansehen](#)

- [Zitat kommentieren](#) • Schlagwörter: [Verdacht](#)
- Zitat weitersagen: [Twitter](#), [Facebook](#)

### Zitat kommentieren

Name

Pflichtangabe.

E-Mail

Pflichtangabe.   
Wird nicht veröffentlicht.

Webseite

Kommentar

---

### Zitat suchen:

### Zitat Kategorien:

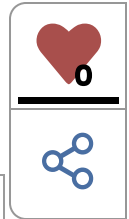
- [Esoterik](#)
  - [Jon Kabat-Zinn](#)
    - [Im Alltag Ruhe finden](#)
- [Film](#)

# WS \ Wirtschaft und Schule

Suchbegriff ...

454 Unterrichtsmaterialien

Suchen



## Produktivität

Die Produktivität ist ein Maß für die Leistungsfähigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. In allgemeiner Form gibt die Produktivität das Verhältnis von Produktionsmenge (Output) und Faktoreinsatzmenge (Input) wieder. Je nachdem, welcher Produktionsfaktor betrachtet wird, erhält man entweder die Arbeitsproduktivität, die Kapitalproduktivität oder die totale Faktorproduktivität aus Arbeit und Kapital. Langfristig ist die Kapitalproduktivität gefallen und die Arbeitsproduktivität stark gestiegen. Zu dieser Entwicklung hat vor allem beigetragen, dass Beschäftigte an ihren Arbeitsplätzen mit immer leistungsfähigeren Maschinen arbeiten.

### Kennzahl für die Tarifpolitik

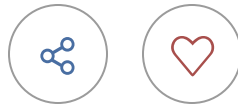
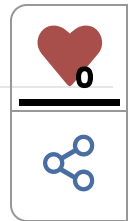
Die Produktivität hat für eine Volkswirtschaft große Bedeutung, denn ein Produktivitätsplus ermöglicht wachsende Reallöhne und ein höheres Wohlstandsniveau. Daher kommt der Produktivität auch eine zentrale Rolle in der Tarifpolitik zu: Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität bestimmt im Wesentlichen den Spielraum, der für Lohn- und Gehaltserhöhungen zur Verfügung steht. Diese Produktivitätsregel gilt jedoch nur in Zeiten von Vollbeschäftigung. Bei hoher Arbeitslosigkeit müssen die Tarifpartner dagegen auch jene Menschen berücksichtigen, die nicht am Verhandlungstisch sitzen: die Arbeitslosen. Das heißt, Lohnsteigerungen müssen bei hoher Arbeitslosigkeit hinter dem

Produktivitätsfortschritt zurückbleiben. Nur so bleibt den Unternehmen genug Geld für Investitionen, die dann – mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – für mehr Arbeitsplätze sorgen.

### Mehr Informationen

- [IW-Köln-Studie: Produktivität im internationalen Vergleich](#)

(Stand: Oktober 2011)



Zurück

### NEWSLETTER



Erhalten Sie monatlich neues Unterrichtsmaterial – kostenlos, unverbindlich, frei verwendbar!

E-Mail-Adresse eingeben...

Abonnieren

Datenschutzerklärung akzeptieren\*

> [Zur Datenschutzerklärung](#)

### ÜBER UNS

[Kontakt](#)

[Über uns](#)

**Besuchen Sie auch unsere Partnerseiten**

[SCHULEWIRTSCHAFT](#)

[JUNIOR](#)

[FIT FÜR DIE WIRTSCHAFT](#)

[M+E-BERUFE-info](#)

[M+E-vermitteln.de](#)

[Wirtschaftslexikon](#)

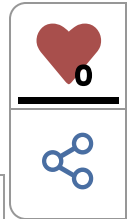
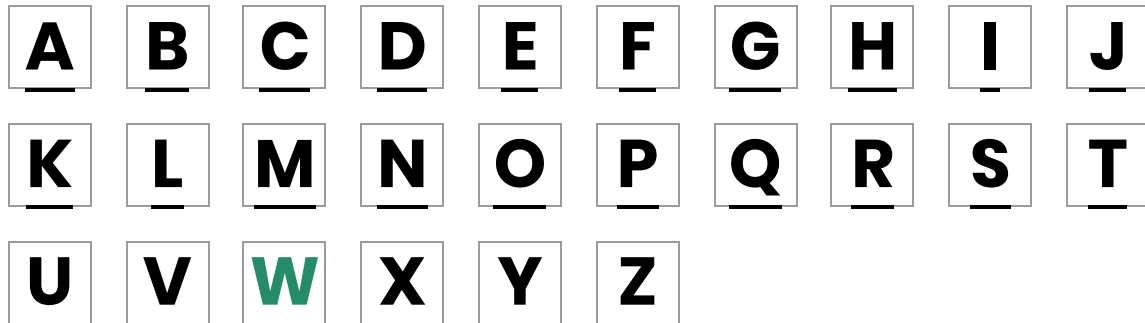
[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

Suchbegriff ...

454 Unterrichtsmaterialien

Suchen

**WS \ Wirtschaft und Schule**

## Wirtschaftswachstum

Nach allgemein gebräuchlicher Definition spricht man von Wirtschaftswachstum, wenn die Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen, genauer gesagt das "reale Bruttoinlandsprodukt" (BIP) zunimmt. Die Wachstumsrate misst den prozentualen Zuwachs des realen BIP von Jahr zu Jahr.

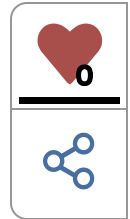
Grundsätzlich kann das Wirtschaftswachstum auf zwei Wegen zustande kommen: Zum einen durch eine verbesserte Auslastung der Kapazitäten, zum anderen durch eine Ausweitung der Produktionskapazitäten, also zum Beispiel den Kauf neuer Maschinen. Ein wichtiges Maß für die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen ist das Wachstum pro Kopf der Bevölkerung. Denn wenn das Wachstum der Bevölkerung größer ist als das Wirtschaftswachstum, dann sinkt das BIP je Einwohner - der Wohlstand nimmt also ab.

Zu den Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftswachstums zählt vor allem der technische Fortschritt. Aber auch Investitionen in Sachkapital und in die "Köpfe" (Humankapital) sowie die Infrastruktur entscheiden über die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft. Neuere Ansätze unterstreichen zudem die Bedeutung der politischen Stabilität und der institutionellen Rahmenbedingungen, also der Ordnungspolitik, für das Wachstum. Diese Faktoren und vor allem der rapide Fortschritt in den Informations- und Kommunikationstechnologien gelten auch als wesentliche Antriebskräfte der so genannten New Economy.

Wirtschaftliches Wachstum gilt fast überall auf der Welt als eines der Hauptziele staatlicher Wirtschaftspolitik. Denn Wachstum, so wird argumentiert, erhöht den Lebensstandard der Bevölkerung, schafft Arbeitsplätze, kann soziale Konflikte besser zu lösen helfen, erleichtert den Strukturwandel und macht es schließlich auch möglich, mehr Geld in Aufgaben wie den Umweltschutz und die Entwicklungshilfe zu investieren.

Allerdings gibt es auch Skeptiker: Ihre Kritik am Wachstum in den Industrieländern geht davon aus, dass der materielle Lebensstandard in diesen Staaten bereits ausreichend ist. Die Produktion und der Verbrauch einer trotzdem ständig wachsenden Gütermenge verursachen demnach immer größere Umweltbelastungen und verknappen so kostbare Ressourcen. Als weiteres Argument gegen das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern führen die Kritiker an, aufgrund der hohen Arbeitsproduktivität sei Vollbeschäftigung durch Wachstum ohnehin nicht mehr zu realisieren.

Aus dieser Kritik ist die Forderung nach qualitativem Wachstum entstanden: Wachstum soll demnach zuallererst umweltverträglich und ressourcenschonend sein. Technischer Fortschritt, wie zum Beispiel die Mikroelektronik, soll dafür sorgen, dass der Wert der Güter durch eine höhere Qualität zunimmt – und nicht durch den Einsatz von mehr Material. Was die sparsame Verwendung der Ressourcen angeht, rennen die Kritiker allerdings offene Türen ein, denn die Ressourcenintensität der gesamtwirtschaftlichen Produktion und des Wachstums geht schon seit Jahrzehnten immer weiter zurück.(Gg)



Zurück

**NEWSLETTER**

**ÜBER UNS**

[Kontakt](#)

Robert B. Vehrkamp

# Die ökonomischen Konsequenzen der Korruption

*Korruption ist ein weltumspannendes Phänomen, das – wie die jüngsten Fälle bei BMW, Infineon, Siemens und Volkswagen deutlich machen – auch in Deutschland aktuell ist.*

*Wie äußert sich Korruption, welche Folgen hat sie für die Volkswirtschaft, und wie lässt sie sich bekämpfen? Robert Vehrkamp behandelt die ökonomischen Konsequenzen der Korruption, Johann Graf Lambsdorff und Mathias Nell die Reformmaßnahmen, die für ihre wirksame Bekämpfung erforderlich sind.*

Eine allgemein akzeptierte Legaldefinition der Korruption gibt es bis heute nicht. Dennoch gehen die meisten Definitionsversuche in der Literatur davon aus, dass sich Korruption konstituiert durch Machtmissbrauch zur privaten Vorteilsnahme, dass also Machtmissbrauch und private Vorteilsnahme die wesentlichen Definitionsmerkmale von Korruption darstellen. So definiert z.B. die in Berlin ansässige private Nichtregierungsorganisation Transparency International Korruption als den „heimlichen Missbrauch von öffentlich oder privatwirtschaftlich eingeräumter Stellung oder Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil“<sup>1</sup>. Als wichtigste Erscheinungsformen der Korruption unterscheidet Transparency International dabei zum einen die „administrative Korruption“ als die illegale Beeinflussung administrativen Handelns z.B. durch Zahlungen an öffentliche Amtsträger zur widerrechtlichen Erlangung von Aufträgen oder Genehmigungen und zum anderen die „politische Korruption“ als die Beeinflussbarkeit oder direkte Käuflichkeit politischer Entscheidungen.

Nachteilig an dieser Klassifikation in administrative und politische Korruption ist ihre Begrenzung auf den öffentlichen Bereich. Um die ebenso weit verbreitete Korruption innerhalb des privatwirtschaftlichen Sektors zu integrieren, bietet es sich deshalb an, verallgemeinernd von Agenten- und Prinzipal-Korruption zu sprechen<sup>2</sup>. Korrupte Agenten zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich zu ihrem privaten Vorteil über für sie verbindliche Regeln hinwegsetzen, die ihnen von ihrem jeweiligen Prinzipal auferlegt sind. Ein sowohl für den öffentlichen wie den privaten Bereich besonders relevantes Beispiel ist dafür der Missbrauch von Aus-

schreibungs- und Auftragsvergaberichtlinien gegen Zahlung von Bestechungsgeldern.

Für korrupte Prinzipale ist dagegen der Tatbestand der Korruption schon deshalb nicht als einfacher Missbrauch der ihnen gesetzten Regeln zum eigenen Vorteil zu fassen, weil Prinzipale diese Regeln in weitem Umfang selber definieren und setzen können. Aus diesem Grund ist Prinzipal-Korruption häufig sehr viel schwerer nachweisbar als korruptes Verhalten regelabhängiger Agenten. Die Identifikation von Prinzipal-Korruption setzt ein klares und justiziables Verständnis darüber voraus, welches Verhalten eines Prinzipals als legal und legitim und welche Verhaltensweisen als illegal und illegitim betrachtet werden. Der Rahmen derartiger Normenbindung z.B. in Gestalt von öffentlichem Verfassungsrecht oder privatrechtlicher Corporate Governance ist für Prinzipale meist deutlich weiter definiert als für verhaltensregelabhängige Agenten, weshalb sich eine auch justiziable Aufdeckung und Verfolgung korrupter Prinzipale zumeist schwieriger gestaltet als bei der Agenten-Korruption.

## Netzwerk-Korruption

Ein weiterer interessanter Aspekt der Prinzipal-Korruption ist deren Abgrenzung gegenüber legaler und legitimer Lobbytätigkeit zur Vertretung von Sonder- und Gruppeninteressen im gesellschafts- und unternehmenspolitischen Entscheidungsprozess. Die Literatur versucht sich einem derart um Lobbytätigkeit erweiterten Verständnis der Korruption von Entscheidungsträgern durch den Begriff der „Netzwerk-Korruption“ zu nähern, wobei unter Netzwerk-Korruption

<sup>1</sup> Vgl. Transparency International: Was ist Korruption?, Online Dokument: [http://www.transparency.de/Was\\_ist\\_Korruption.45.0.html](http://www.transparency.de/Was_ist_Korruption.45.0.html) (Zugriff am 20.11.2005).

<sup>2</sup> Vgl. dazu für den öffentlichen Bereich die Anwendung der Prinzipal-Agenten-Theorie auf das Phänomen der Korruption Johann Graf Lambsdorff: Wachstumsbremse Korruption – Der Corruption Perception Index von Transparency International, in: Stefan Emptner, Robert B. Vehrkamp (Hrsg.): Wirtschaftsstandort Deutschland, VS-Verlag, Wiesbaden, erscheint im Frühjahr 2006.

*Dr. Robert B. Vehrkamp, 41, ist Mitglied des Präsidiums und Dozent für Makroökonomie und Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Zeppelin University in Friedrichshafen.*

„Interaktionen innerhalb einer sozialen Struktur“ verstanden werden, „die sich durch einen pauschalen und unsymmetrischen Vorteilstausch auszeichnen, wie er durch den Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz ‚Man kennt sich und man hilft sich‘ ausgedrückt wird“<sup>3</sup>. Auch wenn die inhaltlichen Abgrenzungsprobleme eines derartig erweiterten Korruptionsbegriffs sich schon demokratietheoretisch als nicht trivial herausstellen, ist es dennoch bemerkenswert, dass auch eine so einflussreiche internationale Nichtregierungsorganisation wie Transparency International ihre Definition von Korruption inzwischen auf Phänomene derartiger Netzwerk-Korruption ausgedehnt hat.

Für die empirische Erfassung von Korruption bedeutet eine derartige Definition darüber hinaus, dass aufgrund der „pauschalen und unsymmetrischen“ gegenseitigen Vorteilsgewährung diese nicht zwangsläufig mit der expliziten Zahlung von Bestechungsgeldern verbunden sein muss. Die Vorteilsgewährung innerhalb einer bestimmten sozialen Struktur ist noch nicht einmal mehr zwangsläufig reziprok, und sie kann darüber hinaus zeitlich versetzt erfolgen, womit die Strafbarkeit von Korruption konstituierende Kausalität von Vorteilsgewährung und Vorteilsannahme kaum mehr nachweisbar sein dürfte. Dennoch dürfte die Erweiterung des Korruptionsbegriffs um das Phänomen der Netzwerk-Korruption auch polit-ökonomische Implikationen haben, deren nähere Erforschung eine Herausforderung für die Korruptionsforschung darstellt, für deren Bewältigung sich insbesondere das Instrumentarium der politischen Ökonomie als geeignet erweisen könnte.

### Zur Ökonomie der Korruption

Rein ökonomisch interpretiert ist Korruption zunächst eine „anomale Transaktion“, die zumeist der „Herstellung eines Monopols innerhalb eines eigentlich funktionierenden Polypols“ dient, um aus den Monopolrenten der Korruptionsnachfrager die private Vorteilsnahme des Korruptionsanbieters (z.B. in Form direkter Bestechungsgelder) zu finanzieren<sup>4</sup>.

Ein einfaches Beispiel mag diesen Zusammenhang erläutern: Kauft eine Kommune oder Firma A (= Prinzipal) durch Vermittlung seines Beamten a (= Agent) von einer Firma B ein Produkt nicht zum Wettbewerbspreis  $x$  sondern zu einem höheren Preis  $(x+y)$ , fallen für den Prinzipal Transaktionskosten der Korruption in Höhe von  $y$  an. Diese Transaktionskosten der Korruption

sind aus der Sicht der begünstigten Firma B die Renten eines temporären Monopols, das a im Auftrag von B durch Missbrauch der ihm anvertrauten Vermittlungsmacht dadurch geschaffen hat, dass er die Wettbewerber aus der Auftragsvermittlung ausgeschaltet und B den Auftrag zu einem um  $y$  über dem Marktpreis liegenden Angebotspreis regelwidrig zugeteilt hat. Der Agent a hat damit einen potentiell polypolistischen Wettbewerbsmarkt in ein temporäres Monopol transformiert. Aus der dabei für B anfallenden Monopolrente bezieht er schließlich eine Provision von B, weil dieser bei einer marktkonformen Auftragsvergabe nicht wettbewerbsfähig gewesen wäre und somit den Auftrag nicht erhalten hätte.

Damit lassen sich auch die ökonomischen Kosten von Korruption analog zur Monopoltheorie als Wohlfahrtskosten eines temporären Monopols beschreiben: der korrupte Agent agiert als Anbieter eines temporären Monopols, dessen Wohlfahrtsverluste der Verringerung der Gleichgewichtsnachfrage durch das korruptionsbedingt verteuerte Angebot entsprechen.

Einer derart theoretisch begründeten Vermutung gesamtwirtschaftlich negativer Wohlfahrtseffekte von Korruption standen in der älteren Korruptionsforschung immer wieder Thesen entgegen, die entweder derartig begründete Wohlfahrtsverluste von Korruption bestritten oder gar einen Schritt weiter gingen und die ökonomische Vorteilhaftigkeit von Korruption behaupteten. Korruption wird dabei zumeist als ein notwendiges Übel zum Ausgleich bestehender Schwächen in den institutionellen Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft interpretiert. Korruption führt dann, wenn sich „first-best-Szenarien“ aufgrund institutioneller Mängel kurzfristig nicht herstellen lassen, zumindest zu „second-best-Szenarien“, in denen Korruption gegenüber dem imperfekten Status quo sogar zu temporären Wohlfahrtsgewinnen führen könne.

Die am häufigsten zitierten Beispiele derartiger „second-best-Szenarien“ einer wohlfahrtssteigernden Korruption berufen sich dabei zum einen auf die so genannte Beschleunigungswirkung von Korruption, und zum anderen auf deren Vertrauen und Erwartungssicherheit schaffende Effekte in Umständen mit institutioneller Unsicherheit<sup>5</sup>. Die Interpretation von Bestechungszahlungen als Beschleunigungskosten („Schmiergelder“) einer ineffizienten Verwaltung oder

<sup>3</sup> Vgl. Michael Schefczyk: Paradoxe Korruption, in: Stephan A. Jansen, Birger P. Priddat (Hrsg.): Korruption – Multidisziplinäre Perspektiven zu Funktionen und Folgen der Korruption, ZU-Schriften der Zeppelin University zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik, VS-Verlag, Wiesbaden 2005, S. 116.

<sup>4</sup> Vgl. zum Folgenden Birger P. Priddat: Schwarze Löcher der Verantwortung: Korruption – Die negative Variante von Public-Private Partnership, in: Stephan A. Jansen, Birger P. Priddat (Hrsg.), a.a.O., S. 85-110 und hier insbesondere S. 86-92; sowie zur Beschreibung der Kosten von Korruption mit Hilfe der Monopoltheorie Andrei Shleifer, Robert Vishny: Corruption, in: Quarterly Journal of Economics, 108 (3), 1993, S. 599-617.

Bürokratie setzt jedoch voraus, dass Korruption derartige Ineffizienzen für die Korruptionsnachfrager überwindet, ohne dabei Dritten zu schaden. Übersehen wird dabei jedoch, dass eine Bürokratie, die zur Überwindung eigener Ineffizienzen Bestechungsgelder kassiert, einen Anreiz hat, eben diese Ineffizienzen zu schaffen und zu erhalten. Damit schädigen sie die normalen Nachfrager ihrer Verwaltungstätigkeit, die einer noch geringeren Verwaltungseffizienz ausgesetzt sind als im ohnehin schon ineffizienten Status quo ohne Korruption.

Ähnliches gilt auch für das Argument, Korruption lasse sich systemtheoretisch als „Mechanismus der Schaffung von Verlässlichkeit und Vertrauen“ interpretieren, „ (...) denn Korruption kriminalisiert, macht erpressbar und schafft damit die Basis für ein Vertrauen, das zwar auf Heimlichkeit angewiesen ist, aber genau daraus ein wie immer zeitlich begrenztes Selbstvertrauen schöpfen kann“<sup>6</sup>. Auch hier wäre einzuwenden, dass bereits die Notwendigkeit von Kriminalisierung und Heimlichkeit alleine ausreichen dürfte, um ausländische Investoren und damit zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland abzuschrecken, woraus wiederum eine gesamtwirtschaftlich negative Wohlstandswirkung von Korruption resultieren würde.

Die Haltbarkeit derartiger Behauptungen ökonomisch vorteilhafter Korruption beruhen in der älteren Literatur auch darauf, dass die entgegengesetzten Auffassungen über die Wohlstandseffekte von Korruption mangels geeigneter empirischer Indikatoren zur Messung von Korruption nicht überprüfbar waren.

### Die Messbarkeit von Korruption

In der öffentlichen Diskussion des Phänomens der Korruption wird allein die Aufdeckung spektakulärer Korruptionsfälle häufig bereits als geeigneter Indikator einer auch insgesamt zunehmenden Korruption interpretiert. Eine derart vereinfachte Sichtweise ist jedoch schon deshalb nicht zulässig, weil die Aufdeckung von Korruptionsfällen nicht über das Ausmaß von Korruption informiert, sondern zunächst lediglich über ihre im Einzelfall erfolgreiche Aufdeckung. Auch in Deutsch-

land beweist die zunehmende öffentliche Wahrnehmung administrativer, wirtschaftlicher und politischer Korruption alleine noch keine Zunahme der Korruption. Vielmehr dürfte auch in Deutschland die Zunahme aufgedeckter Korruptionsfälle vor allem das Resultat der seit einigen Jahren verschärften Beobachtung und Verfolgung von Korruption sein.

Zur verstärkten öffentlichen Wahrnehmung der Korruption hat aber auch die wissenschaftliche Diskussion des Themas Korruption in den vergangenen zehn Jahren einen erheblichen Beitrag geleistet. Vor allem die empirische Forschung zu den ökonomischen Konsequenzen der Korruption hat erhebliche Fortschritte dabei erzielt, die theoretisch vermutbaren ökonomischen Kosten von Korruption qualitativ und auch quantitativ zu konkretisieren. Allein in den vergangenen zehn Jahren sind mehr als 50 empirische Studien zu den ökonomischen Folgen von Korruption erschienen<sup>7</sup>. Im Folgenden werden die Ergebnisse dieser Forschung im Rahmen eines Literaturüberblicks zusammengefasst und diskutiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den qualitativ und quantitativ messbaren ökonomischen Konsequenzen der Korruption.

Zusammenfassend bestätigt sich dabei die bereits in der älteren Literatur vor allem mikrotheoretisch begründete Vermutung, dass Korruption erhebliche gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsverluste verursacht. Die Weltbank bezeichnet Korruption deshalb inzwischen als das weltweit größte Hindernis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vieler Länder. In aktuellen Schätzungen geht die Weltbank davon aus, dass weltweit mehr als 1 Billion US\$ an Schmiergeldern bezahlt werden, was bei einem globalen BIP in Höhe von ca. 30 Billion US\$ einer Korruptionsmarge in Höhe von über 3% entspricht. Bei aller Vorsicht, mit der solche Quantifizierungen zu interpretieren sind, erscheint diese Größenordnung durchaus plausibel. So werden z.B. in der öffentlichen Bauwirtschaft in Deutschland die üblichen Korruptionsmargen bei Großprojekten auf 1,5% bis 3% und bei kleineren Auftragsvolumina auf bis zu 10% geschätzt. Länder, die unter Korruption leiden und diese entschlossen bekämpfen, können nach Schätzungen der Weltbank ihr Pro-Kopf-Einkommen um bis zu 400% erhöhen<sup>8</sup>.

<sup>5</sup> Siehe dazu exemplarisch die Beispiele vorteilhafter Korruption bei N.H. Leff: Economic development through bureaucratic corruption, in: *American Behavioural Scientist*, 8 (3), 1964, S. 8-14; sowie die kritische Diskussion derartiger Ansätze bei Michael Szeftczyk: Korruption als Politikverfahren, in: S. Frick, R. Penz, J. Weiß (Hrsg.): *Der freundliche Staat*, Marburg 2001, S. 77-100 und hier insbesondere S. 80 ff.

<sup>6</sup> Vgl. Dirk Baecker: Korruption, empirisch, in: *taz* vom 24.1.2001, S. 14; sowie umfassender in ähnlichem Sinne Stephan A. Jansen: Elemente „positiver“ und „dynamischer“ Theorien der Korruption – Multidisziplinäre Provokationen zur Form der Korruption, in: Stephan A. Jansen, Birger P. Priddat (Hrsg.), a.a.O., S. 11-42.

<sup>7</sup> Siehe dazu Axel Dreher, Thomas Herzfeld: *The Economic Costs of Corruption: A Survey and New Evidence*, mimeo, Juni 2005; sowie J. Graf Lambsdorff: *Consequences and Causes of Corruption – What do We Know from a Cross-Section of Countries?*, Diskussionsbeitrag der Universität Passau, 2005, V-34-05.

<sup>8</sup> Vgl. World Bank Group: <http://www.worldbank.org/publicsector/anticorrupt/index.ctm>. (Zugriff am 25.11.2005).



Die empirische Erforschung der ökonomischen Folgen von Korruption, auf denen auch derartige Schätzungen und Quantifizierungsversuche der negativen Wohlfahrtseffekte von Korruption beruhen, hat sich in der wissenschaftlichen Literatur seit Mitte der neunziger Jahre in drei Stufen vollzogen:

Zunächst kam es bis Mitte der neunziger Jahre zur Entwicklung verschiedener empirisch messbarer Korruptionsindizes. Erst diese verschiedenen Korruptionsindizes ermöglichten durch ihre Quantifizierung des Ausmaßes von Korruption eine weitergehende empirische Erforschung der ökonomischen Folgen von Korruption im Rahmen ökonometrischer Korrelationsanalysen. Die dabei entstandenen Korruptionsindizes lassen sich wiederum in drei unterschiedliche Kategorien einteilen<sup>9</sup>: Zum einen in Indizes wie den International Country Risk Guide und den Index Business International, die auf den Einschätzungen von Länderexperten beruhen, also in Anlehnung an die empirische Einschätzung von Länderrisiken durch Experten international tätiger Unternehmen und Banken entstehen.

Eine zweite Kategorie von Korruptionsindizes entstand durch die Befragung in- und ausländischer Geschäftsleute und durch Befragungen der Öffentlichkeit, die vor allem von der Weltbank sowie im Rahmen ihrer internationalen Standortrankings vom World Economic Forum in Genf und vom Institute for Management and Development in Lausanne durchgeführt wurden.

Eine dritte Kategorie von Korruptionsindizes versuchen derartige Einzelbefragungen zu aggregieren und dadurch als kombinierte Indizes die Fehlerbandbreite zu reduzieren und die Anzahl der erfassten Länder zu erhöhen. Prominenteste Beispiele dieser Kategorie sind der Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International sowie der Graft-Index der Weltbank. Für die Ermittlung des CPI für Deutschland wurden im Auftrag von Transparency International im Jahr 2005 alleine 16 verschiedene Umfragen von zehn unabhängigen Quellen verwendet. Insgesamt umfasste der Index von Transparency International nach 146 Ländern 2004 im Jahr 2005 bereits 159 Länder.

Allen Korruptionsindizes gemeinsam ist, dass sie auf subjektiven Einschätzungen und Wahrnehmungen von Korruption beruhen und auf die Verwendung objektiver Korruptionsindikatoren verzichten. Sie bilden damit jeweils lediglich subjektive und auf den Zeitpunkt der jeweiligen Befragung und den jeweils befragten Personenkreis bezogene Einschätzungen über

das Ausmaß von Korruption ab und sind schon aus diesem Grund für dynamische Zeitreihenanalysen der Entwicklung von Korruption ungeeignet. Der Verzicht auf die Einbeziehung objektiver Korruptionsindikatoren, wie z.B. der Anzahl an Korruptionsverfahren oder deren Aufklärungsquote, scheiterte bislang vor allem an den weltweit stark varianten Legaldefinitionen von Korruption und der länderindividuell stark variierenden Effizienz der Justiz- und Vollzugsorgane. Auch wenn die Quantifizierung von Korruption auf der Grundlage subjektiver Einschätzungen nicht unumstritten ist, scheint dennoch das Ausmaß der Konsistenz der Resultate der verschiedenen vorliegenden empirischen Korruptionsindikatoren zumindest eine Stütze ihrer Validität zu sein.

### Ökonomische Konsequenzen

Unberührt von derart prinzipiellen Einwänden wurden die nunmehr verfügbaren Korruptionsindizes von der empirischen Forschung begierig aufgegriffen und haben seit Mitte der neunziger Jahre zu einem wahren Boom der empirisch orientierten Korruptionsforschung geführt. Diese zweite Stufe der empirischen Korruptionsforschung, deren Konjunktur bis heute ungebrochen anhält, widmet sich vor allem der Untersuchung gesamtwirtschaftlicher Folgen von Korruption mit Hilfe ökonometrischer Korrelationsanalysen, in denen die unterschiedliche und zumeist an makroökonomischen Zeitreihen gemessene gesamtwirtschaftliche Performance eines Landes durch das Ausmaß der Korruption erklärt wird. Die vorliegenden Studien unterscheiden sich dabei vor allem durch die Verwendung unterschiedlicher Korruptionsindizes, die Berücksichtigung unterschiedlicher Ländergruppen und unterschiedlicher Untersuchungszeiträume sowie durch die Untersuchung unterschiedlicher ökonomischer Zeitreihen, deren länderindividueller Verlauf als abhängige Variable im Rahmen der Korrelationsanalysen mit Hilfe der jeweils verwendeten Korruptionsindizes erklärt werden sollen.

In einer dritten Stufe der empirischen Korruptionsforschung wird nun seit einiger Zeit versucht, die gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtseffekte von Korruption nicht nur durch direkte Korrelation ausgewählter ökonomischer Einzelzeitreihen mit den verfügbaren Korruptionsindizes zu ermitteln, sondern darüber hinaus auch die indirekten Wohlfahrtseffekte der Korruption in die Berechnungen einzubeziehen. Die Herausforderung derartiger Studien besteht darin, mit Hilfe der Korruptionsindizes komplexere Korrelationsanalysen durchzuführen, die nicht lediglich die beobachtbaren Wohlstandsunterschiede (z.B. gemessen

<sup>9</sup> Siehe dazu Axel Dreher, Thomas Herzfeld, a.a.O., S. 2 f.

am Niveau oder der Wachstumsrate des BIP) direkt durch Korruption erklären, sondern darüber hinaus auch deren indirekte Wachstumswirkungen erfassen, die, vermittelt über die Effekte von Korruption auf z.B. das Investitionsverhalten, die Inflation oder den Bildungsstandard einer Volkswirtschaft, ebenfalls ihr Wachstumspotential beeinflussen. Weil derartige Studien aber noch wenig verbreitet und ihre ersten Ergebnisse noch wenig robust erscheinen, wird im Folgenden vor allem auf die bereits besser gesicherten Erkenntnisse der empirischen Messung direkter Korruptionseffekte zurückgegriffen („Stufe 2“). Immerhin sei jedoch darauf hingewiesen, dass auch die bisher vorliegenden Studien der dritten Stufe auf erhebliche gesamtwirtschaftliche Kosten von Korruption verweisen: so haben Dreher/Herzfeld<sup>10</sup> bei Verwendung des International Country Risk Guide-Korruptionsindex die direkten und indirekten Wachstumsverluste durch Korruption in Höhe von einem Indexpunkt des International Country Risk Guide-Index (Skala von 1-100) auf durchschnittlich 0,13% des BIP oder 425 US\$ Pro-Kopf-Einkommen geschätzt.

### Wachstum, Investitionen und Produktivität

Als eines der gesicherten Ergebnisse der empirischen Korruptionsforschung gilt heute in der Literatur der vielfach erwiesene negative Zusammenhang zwischen Korruption und dem Pro-Kopf-Niveau sowie der Pro-Kopf-Wachstumsrate des BIP: Je größer die mit Hilfe der empirischen Korruptionsindizes gemessene Korruption in einem Land ist, desto geringer ist sein am BIP gemessenes Wohlstandsniveau und desto geringer sind seine durchschnittlichen Wachstumsraten. Dieser von Mauro<sup>11</sup> erstmals auf Basis von 68 untersuchten Ländern nachgewiesene Zusammenhang wurde seither durch zahlreiche Studien bestätigt, die sich auf unterschiedliche Zeiträume und Ländergruppen beziehen und die alternative Korruptionsindizes zur Quantifizierung des Ausmaßes der Korruption verwenden, so dass der negative Zusammenhang zwischen Korruption und BIP-Niveau und -Wachstum als robust gelten darf<sup>12</sup>.

Dennoch stellt sich gerade für den negativen Zusammenhang zwischen Korruption und BIP die Frage nach der Kausalität, weil die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Korrelationsanalysen in Bezug auf

die Richtung der Kausalität des Zusammenhangs zwischen BIP-Performance und Korruption nicht eindeutig interpretierbar sind. Ebenso vereinbar mit den empirischen Ergebnissen wie theoretisch plausibel ist sowohl die Verursachung von Wachstumsverlusten durch Korruption als auch die gegenteiliger Kausalität, die vermutet, dass Korruption nicht Determinante sondern Resultante eines geringen Wohlstandsniveaus und eines geringeren Wirtschaftswachstums ist. Ähnliches gilt für den ebenfalls empirisch gesicherten negativen Zusammenhang zwischen dem Grad der Korruption und dem Grad der Verteilungsungleichheit: Je größer die Korruption desto größer fallen auch die Einkommensunterschiede einer Volkswirtschaft aus. Es ist offensichtlich, dass auch hier eine umgekehrte Kausalität plausibel erscheint: Ebenso wie Korruption zu Ungleichheit führt, kann Ungleichheit Korruption erst verursachen. Die vorliegenden Korrelationsergebnisse sind insofern mit Vorsicht zu interpretieren. So würde eine umgekehrte Verursachung der Korruption durch Armut und Ungleichheit auf die Existenz eines Teufelskreises armer Länder hinweisen, in denen Armut, Ungleichheit und Korruption sich als Armuts-Korruptions-Spirale gegenseitig verstärken.

Eindeutiger wird das Bild allerdings durch die Einbeziehung der empirischen Messung indirekter Wohlfahrtseffekte der Korruption. So gilt als gesichert und vielfach bestätigt, dass Korruption sich ebenso negativ auf die Höhe nationaler und internationaler Investitionen sowie die Höhe ausländischer Direktinvestitionen auswirkt wie auf die Produktivität des eingesetzten Kapitalstocks. Geht man nun weiter davon aus, dass in- und ausländische Investitionen sowie eine höhere Produktivität des eingesetzten Kapitals das Niveau und das Wachstum des BIP fördern, stützten diese Ergebnisse eher die Vermutung einer Verursachung von Wohlstandsverlusten durch Korruption. In einer 69 Länder umfassenden Studie kommt Lambsdorff<sup>13</sup> aufgrund des negativen Zusammenhangs zwischen Korruption und der durchschnittlichen Produktivität des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks zu dem Ergebnis, dass eine Verbesserung im TI-Korruptionsindex um 6 Punkte (Skala des Index ist 1-10) einen Zuwachs des BIP in Höhe von 20% bewirken kann.

In einer neueren Studie haben Méon/Sekkat<sup>14</sup> darüber hinaus nachgewiesen, dass der negative Zusammenhang zwischen Korruption und Wachstum umso größer ausfällt, je ineffektiver das politische System

<sup>10</sup> Vgl. Axel Dreher, Thomas Herzfeld, a.a.O., S. 1 sowie S. 9-14.

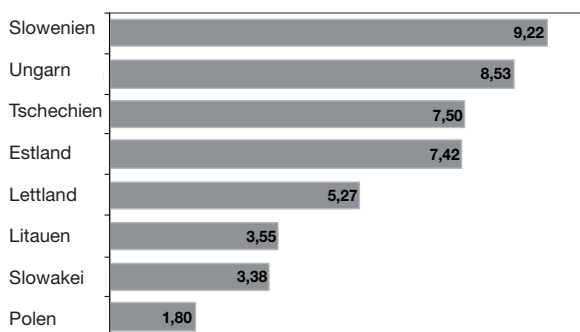
<sup>11</sup> Vgl. Paolo Mauro: Corruption and Growth, in: Quarterly Journal of Economics, 60 (3), 1995, S. 681-712.

<sup>12</sup> Siehe dazu die aktuellen Literaturübersichten und -diskussionen bei Axel Dreher, Thomas Herzfeld, a.a.O., S. 4 f.; sowie bei J. Graf Lambsdorff: Consequences and Causes of Corruption, a.a.O., S. 6 ff.

<sup>13</sup> Vgl. J. Graf Lambsdorff: How Corruption Affects Productivity, in: Kyklos, 56 (4), 2003, S. 459-476.

<sup>14</sup> Vgl. P.-G. Méon, K. Sekkat: Does Corruption Grease or Sand the Wheels of Growth?, in: Public Choice, 122, 2005, S. 69-97.

**Beschäftigungserfolge<sup>1</sup> der MOE-8-Länder**



<sup>1</sup> Ergebnisse des osteuropäischen Beschäftigungsrankings: Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit normiert auf einer aufsteigenden Punkteskala von 1-10.

Quelle: Bertelsmann Stiftung.

und je instabiler das Rechtssystem eines Landes funktioniert. Daran ist insbesondere interessant, dass ein solcher Zusammenhang der bereits weiter oben aus theoretischen Überlegungen verworfenen These einer positiven Beschleunigungs- und Stabilisierungsfunktion von Korruption auch empirisch widerspricht.

**Arbeitsmarkt und Beschäftigung**

Auch wenn der normalerweise enge Zusammenhang zwischen der Wachstums- und Beschäftigungs-Performance einer Volkswirtschaft auf der Grundlage des empirischen Zusammenhangs zwischen Korruption und Wachstum einen solchen auch zwischen Korruption und Beschäftigungslage einer Volkswirtschaft vermuten lässt, liegen bis heute nur wenige Studien vor, in denen der Zusammenhang zwischen Korruption und der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs-Performance getestet wurde. Eine Ausnahme ist die auf dem Internationalen Beschäftigungs-Ranking der Bertelsmann Stiftung<sup>15</sup> beruhende Studie von Vehrkamp/Hafemann<sup>16</sup>, in der für die Gruppe der insgesamt acht osteuropäischen Transformationsstaaten Estland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Slowenien und Ungarn (= MOE-8-Länder) deren unterschiedliche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Performance mit Hilfe der Ergebnisse des Transparency-International-Korruptionsindex erklärt wird. Als zu erklärende Zielgröße wurde dabei zur Messung der Beschäftigungserfolge eine aggregierte Zielgröße verwendet, in die sowohl

<sup>15</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Beschäftigungspolitik in Osteuropa, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2004.

<sup>16</sup> Vgl. Robert B. Vehrkamp, Klaus Hafemann: Korruption, Arbeitsmarkt und Beschäftigung: Ergebnisse einer empirischen Analyse für die osteuropäischen Transformationsländer, in: Stephan A. Janßen, Birger P. Priddat (Hrsg.), a.a.O., S. 205-219.

**Wirkungsgrößen und ökonometrische Schätzergebnisse**

Wirkungsgröße	Koeffizient	Signifikanzniveau
Rechtsstruktur und Sicherheit der Eigentumsrechte	0,3376	p < 0,001
Korruption	0,4125	p < 0,001
Zugang zu wertstabilem Geld	0,3495	p < 0,001
Adjustiertes Bestimmtheitsmaß	66,49%	
F-Test	> 99,9%	

die Arbeitslosenquote als auch das Wachstum der Erwerbstätigenzahl als Teilgrößen eingehen, wobei das Gewicht der Erwerbstätigenzunahme mit sinkender Arbeitslosenquote abnimmt.

Die im Untersuchungszeitraum 1995-2003 auf einer aufsteigenden Skala von 1-10 bewerteten sehr unterschiedlichen Beschäftigungserfolge der acht Länder (vgl. dazu die Abbildung) konnten dabei sehr weitgehend durch drei institutionelle Faktoren erklärt werden, bei denen neben den Indikatoren „Rechtsstruktur und Sicherheit der Eigentumsrechte“ und „Zugang zu wertstabilem Geld“ auch die Wirkungsgröße „Korruption“ einen hochsignifikanten und damit eigenständigen Beitrag zur Erklärung der länderindividuellen Beschäftigungslagen leisten konnte (vgl. dazu die Tabelle).

Insgesamt lassen sich diese empirischen Ergebnisse derart interpretieren, dass die Unterschiede in der Arbeitsmarktentwicklung der osteuropäischen Beitrittsländer sich zu fast zwei Dritteln (= 66,49%) aus den drei genannten Wirkungsfaktoren erklären lassen. Der so genannte F-Test zeigt außerdem, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 99,9% der Zusammenhang zwischen den Wirkungsgrößen und der Zielgröße nicht rein zufälliger Natur ist.

Der negative Zusammenhang zwischen Korruption und Beschäftigungslage bestätigt sich in der Einzelbetrachtung für die MOE-8-Länder auch dann, wenn sie auf den isolierten Zusammenhang zwischen Beschäftigungslage und dem Wirkungsfaktor Korruption beschränkt wird. So war das beschäftigungspolitisch mit Abstand am erfolgreichste Land Slowenien auch gleichzeitig das gemessen am Transparency-International-Korruptionsindex korruptionsärmste aller MOE-8-Länder. Spiegelbildlich verzeichnete das beschäftigungspolitisch am wenigsten erfolgreiche Land Polen auch gleichzeitig die höchsten Werte im Transparency-International-Korruptionsindex.

Interessant an diesen Ergebnissen ist auch, dass sie weitere Einsichten in den viel diskutierten dynamischen

Zusammenhang zwischen dem Wohlstandsniveau einer Volkswirtschaft und dem Grad ihrer Korruption zulassen. Dabei kann zunächst die in der Literatur schon aus theoretischen Erwägungen inszwischen verworfene Vermutung, es handele sich bei Korruption um ein typisches Wohlstandsphänomen reicher Länder, auf der Grundlage der für die MOE-8-Länder ermittelten Zusammenhänge auch empirisch nicht bestätigt werden. Darüber hinaus widersprechen die Resultate der Hypothese, Korruption könne zumindest in Kick-off-Phasen der Entwicklung von Schwellenländern eine positive Initialfunktion haben, in dem sie z.B. internationale Direktinvestitionen attrahiert, die ohne die vertrauensbildende Absicherung durch Korruption entweder nicht getätigt würden oder deren Ertragserwartungen im Verlauf solcher Kick-off-Phasen derart hoch sind, dass selbst zusätzliche Risiken der Korruption diese nicht verhindern können. Für die diskrete Wachstumsphase zwischen 1995-2003, in der die meisten der MOE-8-Länder ihre ausgeprägte Wachstumsschwäche nach dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft überwinden und sogar überkompensieren konnten, ist ein solcher positiver Zusammenhang zwischen Korruption und Wachstum empirisch jedoch nicht feststellbar, auch nicht in der Einzelfallanalyse und obwohl es sich bei den betrachteten Ländern um Volkswirtschaften vergleichbarer Evolutionsstufen handelt<sup>17</sup>.

### Staatsausgaben und öffentliche Infrastruktur

Zu den weiteren negativen ökonomischen Konsequenzen der Korruption gehört deren negative Auswirkung auf die Zusammensetzung und Effizienz staatlicher Ausgaben, die Höhe staatlicher Einnahmen sowie die Qualität zahlreicher öffentlicher Dienstleistungen wie Gesundheitsvorsorge, Sicherung der Umweltqualität und die Qualität der öffentlich bereitgestellten Infrastruktur<sup>18</sup>. Bei der Zusammensetzung öffentlicher Ausgaben konnte nachgewiesen werden, dass Korruption die öffentlichen Ausgaben zu Lasten von Bildungs- und Gesundheitsausgaben und gleichzeitig systematisch zu Gunsten von Militär- und Rüstungsausgaben verzerrt.

Tanzi/Davoodi<sup>19</sup> haben für insgesamt 68 Länder für den Zeitraum 1980-95 einen negativen Zusammenhang zwischen Korruption und der Qualität des öffentlichen Straßennetzes sowie der öffentlichen

Elektrizitätsversorgung aufgezeigt. Darüber hinaus wurden auch die staatlichen Einnahmen durch Korruption signifikant negativ beeinflusst.

Johnson/Kaufmann/Shleifer<sup>20</sup> haben für 49 lateinamerikanische Länder einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen Korruption und der Größe der Schattenwirtschaft innerhalb der untersuchten Volkswirtschaften nachgewiesen. Das ist schon deshalb bemerkenswert, weil es der üblichen Interpretation der Schattenwirtschaft als Ausweichreaktion einer überregulierten die Ursache einer offensichtlich zu wenig oder zu schlecht regulierten offiziellen Wirtschaft hinzufügt. Einhergehend mit dem bereits weiter oben diskutierten Resultat, dass der negative Zusammenhang zwischen Korruption und Wachstum umso größer ausfällt, je ineffektiver das politische System und je instabiler das Rechtssystem eines Landes funktioniert, ergibt sich daraus aus ökonomischer Sicht ein optimaler Grad der Regulierung, bei dem Korruption ebenso hinreichend vermieden werden kann, ohne dabei die Wachstumskräfte einer Volkswirtschaft durch Überregulierung unnötig zu lähmen.

### Schlussfolgerungen

Die empirische Forschung der ökonomischen Konsequenzen von Korruption hat in den vergangenen zehn Jahren deutliche Fortschritte gemacht. Voraussetzung dafür war die Entwicklung empirischer Korruptionsindizes, die eine zumindest auf subjektiven Einschätzungen und Wahrnehmungen beruhende ordinale Quantifizierung des Grades der Korruption einer Volkswirtschaft erlauben. Die Entwicklung und regelmäßige Berechnung derartiger Indizes hat eine inzwischen sehr umfang- und facettenreiche Anzahl empirischer Studien über die ökonomischen Konsequenzen von Korruption ausgelöst, in denen diese Effekte nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ untersucht wurden.

Bei aller gebotenen Vorsicht der Interpretation sind dabei inzwischen zahlreiche robuste Resultate erzielt worden, durch die die negativen Wohlfahrtseffekte von Korruption über zahlreiche Länder und Ländergruppen und für unterschiedliche Zeiträume als empirisch signifikant bestätigt werden konnten. Das gilt vor allem für den negativen Zusammenhang zwischen Korruption und den in- und ausländischen Investitionen sowie der Produktivität einer Volkswirtschaft, und damit indirekt

<sup>17</sup> Vgl. dazu Stephan A. Jansen, a.a.O., S. 17 und ebenda insbesondere Fußnote 20.

<sup>18</sup> Vgl. dazu die Literaturübersichten bei Axel Dreher, Thomas Herzfeld, a.a.O., S. 7 f.; sowie bei J. Graf Lambsdorff: Consequences and Causes of Corruption, a.a.O., S. 9 f.

<sup>19</sup> Vgl. dazu V. Tanzi, H. Davoodi: Corruption, Growth, and Public Finances, in: A.K. Jain (Hrsg.): Political Economy of Corruption, London 2001, S. 89-110.

<sup>20</sup> Vgl. dazu S. Johnson, D. Kaufmann, A. Shleifer: The Unofficial Economy in Transition, in: Brookings Papers on Economic Activity, 27 (2), S. 159-239.

auch für die gesamtwirtschaftliche Wachstums- und Beschäftigungs-Performance einer Volkswirtschaft. Als Desiderat verbleibt eine auch ökonometrisch noch verbesserte und verfeinerte Untersuchung und Absicherung der vermuteten Kausalbeziehungen zwischen Korruption und denjenigen gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsindikatoren, für die auch eine umgekehrte Kausalität der Korruption als Resultat von Armut und Ungleichheit zumindest theoretisch plausibel erscheint.

Die Entwicklung empirischer Korruptionsindizes und die darauf aufbauenden empirischen Forschungen der ökonomischen Korruptionskonsequenzen sind aber nicht nur wissenschaftsimmanent von Bedeutung. Sie haben im vergangenen Jahrzehnt darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag auch zur öffentlichen und veröffentlichten Wahrnehmung von Korruption und ihren ökonomischen Konsequenzen geleistet und damit auch die zur Prävention und Bekämpfung von Korruption hilfreiche öffentliche Skandalisierung und Moralisierung von Korruption gefördert. Allein die zahlreichen internationalen Initiativen gegen Korruption, wie z.B. die „World Bank Anti-corruption Strategy“ (1997), die OECD Convention on Bribery of Foreign Public Officials in international Business“ (1997) oder der „Anti-corruption Treaty“ der Vereinten Nationen (2003) zeigen, dass die gestiegene Wahrnehmung auch zunehmende Aktivitäten zur Korruptionsvermeidung initiiert hat.

Über geeignete Maßnahmen der Korruptionsvermeidung vermögen empirische Studien über die ökonomischen Konsequenzen der Korruption alleine jedoch noch keine Auskunft zu geben. Dazu ist eine ebenso gründliche empirische Untersuchung der Gründe für Korruption erforderlich. Auch dabei konnten mit Hilfe der empirischen Korruptionsindizes bereits valide Ergebnisse erzielt werden, die als Grundlage für Handlungsempfehlungen der Korruptionsvermeidung hilfreich sind. So wurde z.B. die plausible Vermutung disziplinierender und motivierender Effekte vergleichsweise hoher Beamtengehälter zur Korruptionsprävention weitgehend verworfen, während die positiven Effekte einer unabhängigen Justiz sowie einer „good governance“ insgesamt sich auch empirisch bestätigt haben<sup>21</sup>.

Damit konnten zumindest zwei ältere Glaubenssätze der Korruptionsforschung durch die empirischen Forschungsergebnisse als Mythen entlarvt werden: dass nämlich Korruption und ihre ökonomischen Konsequenzen nicht messbar und dass Korruption und ihre negativen Konsequenzen durch institutionelle Vorkehrungen im Rahmen von „good governance“ nicht vermeidbar oder zumindest begrenzt ist<sup>22</sup>.

---

<sup>21</sup> Vgl. dazu den Literaturüberblick zu den empirischen Gründen der Korruption bei Johann Graf Lambsdorff: *Consequences and Causes of Corruption*, a.a.O., S.11 ff.

<sup>22</sup> Siehe dazu Daniel Kaufmann: *Back to Basics – 10 Myth About Governance and Corruption*, in: *Finance and Development*, 42 (3), 2005.

Johann Graf Lambsdorff

## Korruption – Ausmaß und ökonomische Folgen

*Die jüngsten Korruptionsskandale haben in der Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür geschärft, dass Politiker und Beamte nicht immer der Allgemeinheit dienen, sondern für staatliche oder kommunale Aufträge sowie Steuernachlässe Bestechungsgelder (oder illegale Parteispenden) annehmen oder bei der Privatisierung von staatlichem Vermögen in die eigene Tasche wirtschaften. Welches Ausmaß hat die Korruption inzwischen angenommen? Wie sind ihre ökonomischen Folgen?*

Seit einigen Jahren hat die Forschung sich des Themas Korruption angenommen. Hierbei geht es unter anderem darum, das Ausmaß und die ökonomischen Folgen der Korruption zu quantifizieren. Prominentes Beispiel für den ersten Themenkomplex ist der Korruptionsindex von Transparency International, welcher jährlich unter meiner Leitung an der Universität Göttingen erstellt wird. Dieser bestimmt das Ausmaß der Korruption, definiert als Missbrauch öffentlicher Macht zu privatem Nutzen gemäß der Wahrnehmung von Geschäftspersonen und Länderanalysten. Ein hohes Ausmaß an Korruption spiegelt hierbei eine hohe Frequenz von Bestechungszahlungen wider, hohe Kosten aufgrund solcher Zahlungen und ein hohes resultierendes Hindernis für die Wirtschaft.

Die Daten wurden in den Jahren 2000 bis 2002 gesammelt. Der Index ist aus insgesamt 15 Quellen zusammengesetzt, welche von neun unterschiedlichen Institutionen stammen: Dem World Economic Forum, dem World Business Environment Survey der Weltbank, dem Institute of Management Development (in Lausanne), PricewaterhouseCoopers, der Political and Economic Risk Consultancy (in Hong Kong), dem Economist Intelligence Unit, dem State Capacity Survey der Columbia University, Nations in Transit von Freedom House sowie einer Umfrage von Gallup International im Auftrag von Transparency International.

Jede dieser Quellen stellt hierbei einen Korruptionsindex bereit, welcher in einem aufwendigen statistischen Verfahren zu einem einheitlichen Index zusammengefasst wird. Dieser Ansatz und die Tat-

sache, dass mindestens drei Quellen für ein Land benötigt werden, sichert ein hohes Maß an Präzision. Die hohe Korrelation zwischen den Quellen ist ein Indikator für einen den subjektiven Werten zugrunde liegenden Wahrheitsgehalt. Sowohl Umfragen bei lokalen Geschäftspersonen als auch solche bei auswärtigen Unternehmern und Länderanalysten fördern ähnliche Werte zutage. Dies ist ein Hinweis darauf, dass kulturelle Unterschiede in den Bewertungen eine untergeordnete Rolle spielen.

### Der aktuelle Korruptionsindex

Deutschland hatte im Jahre 1995 noch mit einem achtbaren Wert von 8,3 abgeschnitten. Ein perfekter Wert von 10 wird dabei für ein sauberes Land vergeben; der Wert 0 deutet auf ein Höchstmaß an Korruption hin. Kontinuierlich ist Deutschland auf den diesjährigen Wert von 7,3 abgerutscht. Hier hatten sich unter anderem der Parteispendenskandal und die Korruptionsvorwürfe der letzten Jahre bemerkbar gemacht. Dabei lässt das Abrutschen Deutschlands im Index nicht eindeutig auf eine reale Verschlechterung schließen; es scheint auch eine Ernüchterung unter den Befragten eingesetzt zu haben, so dass im Lichte der jüngsten Enthüllungen eventuell der achtbare Wert des Jahres 1995 den Befragten zu hoch erscheint. Die Möglichkeit einer realen Verschlechterung ist aber genauso wenig auszuschließen.

Während der Korruptionsindex ein durchweg besseres Abschneiden der industrialisierten Länder aufweist, sind hierzu auch interessante Ausnahmen festzustellen. Singapur war noch in der 70er Jahren von hoher Korruption geprägt und hat seinen wirtschaftlichen Aufschwung zum Teil der konsequenten Bekämpfung der Korruption unter einer autoritären Führung zu verdanken. Botswana hingegen verdankt sein niedriges Korruptionsniveau einer ausgeprägten

---

*Dr. Johann Graf Lambsdorff, 37, ist Privatdozent am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere monetäre Ökonomik der Universität Göttingen und Berater von Transparency International.*

## KORRUPTION

### Transparency International Corruption Perceptions Index 2002

Rang	Land	Punkt- wert <sup>1</sup>	Unter- suchungen <sup>2</sup>	Stand.- Abw. <sup>3</sup>	Rang	Land	Punkt- wert <sup>1</sup>	Unter- suchungen <sup>2</sup>	Stand.- Abw. <sup>3</sup>
1	Finnland	9,7	8	0,4	52	Tschechische Rep.	3,7	10	0,8
2	Dänemark	9,5	8	0,3		Lettland	3,7	4	0,2
	Neuseeland	9,5	8	0,2		Marokko	3,7	4	1,8
4	Island	9,4	6	0,4		Slowakei	3,7	8	0,6
5	Singapur	9,3	13	0,2		Sri Lanka	3,7	4	0,4
	Schweden	9,3	10	0,2	57	Kolumbien	3,6	10	0,7
7	Kanada	9,0	10	0,2		Mexiko	3,6	10	0,6
	Luxemburg	9,0	5	0,5	59	China (Volksrep.)	3,5	11	1,0
	Niederlande	9,0	9	0,3		Dominik. Republik	3,5	4	0,4
10	Großbritannien	8,7	11	0,5		Äthiopien	3,5	3	0,5
11	Australien	8,6	11	1,0	62	Ägypten	3,4	7	1,3
12	Norwegen	8,5	8	0,9		El Salvador	3,4	6	0,8
	Schweiz	8,5	9	0,9	64	Thailand	3,2	11	0,7
14	Hongkong	8,2	11	0,8		Türkei	3,2	10	0,9
15	Österreich	7,8	8	0,5	66	Senegal	3,1	4	1,7
16	USA	7,7	12	0,8	67	Panama	3,0	5	0,8
17	Chile	7,5	10	0,9	68	Malawi	2,9	4	0,9
18	Deutschland	7,3	10	1,0		Usbekistan	2,9	4	1,0
	Israel	7,3	9	0,9	70	Argentinien	2,8	10	0,6
20	Belgien	7,1	8	0,9	71	Elfenbeinküste	2,7	4	0,8
	Japan	7,1	12	0,9		Honduras	2,7	5	0,6
	Spanien	7,1	10	1,0		Indien	2,7	12	0,4
23	Irland	6,9	8	0,9		Russland	2,7	12	1,0
24	Botswana	6,4	5	1,5		Tansania	2,7	4	0,7
25	Frankreich	6,3	10	0,9		Simbabwe	2,7	6	0,5
	Portugal	6,3	9	1,0	77	Pakistan	2,6	3	1,2
27	Slowenien	6,0	9	1,4		Philippinen	2,6	11	0,6
28	Namibia	5,7	5	2,2		Rumänien	2,6	7	0,8
29	Estland	5,6	8	0,6		Sambia	2,6	4	0,5
	Taiwan	5,6	12	0,8	81	Albanien	2,5	3	0,8
31	Italien	5,2	11	1,1		Guatemala	2,5	6	0,6
32	Uruguay	5,1	5	0,7		Nicaragua	2,5	5	0,7
33	Ungarn	4,9	11	0,5		Venezuela	2,5	10	0,5
	Malaysia	4,9	11	0,6	85	Georgien	2,4	3	0,7
	Trinidad & Tobago	4,9	4	1,5		Ukraine	2,4	6	0,7
36	Weißrussland	4,8	3	1,3		Vietnam	2,4	7	0,8
	Litauen	4,8	7	1,9	88	Kasachstan	2,3	4	1,1
	Südafrika	4,8	11	0,5	89	Bolivien	2,2	6	0,4
	Tunesien	4,8	5	0,8		Kamerun	2,2	4	0,7
40	Costa Rica	4,5	6	0,9		Ecuador	2,2	7	0,3
	Jordanien	4,5	5	0,7		Haiti	2,2	3	1,7
	Mauritius	4,5	6	0,8	93	Moldawien	2,1	4	0,6
	Südkorea	4,5	12	1,3		Uganda	2,1	4	0,3
44	Griechenland	4,2	8	0,7	95	Aserbaidshjan	2,0	4	0,3
45	Brasilien	4,0	10	0,4	96	Indonesien	1,9	12	0,6
	Bulgarien	4,0	7	0,9		Kenia	1,9	5	0,3
	Jamaika	4,0	3	0,4	98	Angola	1,7	3	0,2
	Peru	4,0	7	0,6		Madagaskar	1,7	3	0,7
	Polen	4,0	11	1,1		Paraguay	1,7	3	0,2
50	Ghana	3,9	4	1,4	101	Nigeria	1,6	6	0,6
51	Kroatien	3,8	4	0,2	102	Bangladesch	1,2	5	0,7

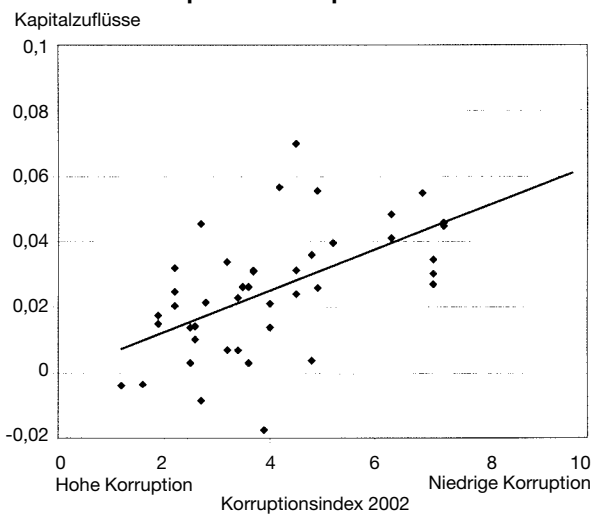
Eine ausführlichere Beschreibung der für den CPI 2002 angewandten Methodik ist erhältlich unter: [www.uni-goettingen.de/~uwvw](http://www.uni-goettingen.de/~uwvw)

<sup>1</sup> *Punktwert*: bezieht sich auf den Grad der Korruption, wie er von Geschäftsleuten und Risikoanalysten wahrgenommen wird und bewegt sich zwischen 10 (nicht korrupt) und 0 (äußerst korrupt);

<sup>2</sup> *Untersuchungen*: bezieht sich auf die Anzahl der Untersuchungen, die das Abschneiden eines Landes bewerten. Insgesamt wurden 15 Untersuchungen von 9 unabhängigen Institutionen verwendet. Um in den CPI 2002 aufgenommen zu werden, musste jedes Land in mindestens drei Untersuchungen vorkommen;

<sup>3</sup> *Standardabweichung*: bezeichnet Unterschiede im Wert der Quellen: je größer die Standardabweichung, desto größer die Differenzen in den Ergebnissen zwischen den Quellen für ein und dasselbe Land.

**Abbildung 1**  
**Korruption und Kapitalzuflüsse<sup>1</sup>**



<sup>1</sup> Jährliche Nettokapitalimporte als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, 1970-1995 (bereinigt um Pro-Kopf-Einkommen, Sparquote und Rohstoffvorkommen).

Kultur der dezentralen Entscheidungsfindung und Partizipation. Chile genießt bereits seit langem eine Reputation der Integrität und hat seit letztem Jahr Deutschland im Index überrundet.

### Ökonomische Schäden

Ein hohes Maß an Korruption ist nicht nur deswegen schädlich, weil das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und Bürokratie erschüttert wird. Vielmehr geht Korruption mit ökonomischen Einbußen einher. Ausländische Investoren werden gegenüber Inländern übervorteilt, weil sie die für Korruption landesüblichen Usancen nicht beherrschen. Korruption bei der Steuererhebung, der Lizenzvergabe oder der Kontrolle von Umweltauflagen bringen schwer zu kalkulierende Risiken und Kosten hervor. Nachdem Investitionen erst einmal versunken sind, können Unternehmer in einem korrupten Land nicht auf das Funktionieren rechtstaatlicher Institutionen hoffen, um ihr Eigentum zu schützen. Investoren bevorzugen deswegen korruptionsfreie Länder. Ein negativer Einfluss der Korruption wurde empirisch bereits für Direktinvestitionen

<sup>1</sup> Für Untersuchungen zu Direktinvestitionen siehe S.-J. Wei: How Taxing is Corruption on International Investors, in: Review of Economics and Statistics, LXXXII (1), 2000, S. 1-11. Zu Untersuchungen zur Investitionsquote siehe P. Mauro: Corruption and Growth, in: Quarterly Journal of Economics, 110 (3), 1995, S. 681-712; P. Mauro: The Effects of Corruption on Growth, Investment, and Government Expenditure: A Cross-Country Analysis, in: Corruption and the Global Economy, Washington D.C.: Institute for International Economics, 1997, S. 83-107; sowie J.E. Campos, D. Lien, S. Pradhan: The Impact of Corruption on Investment: Predictability Matters, in: World Development, 27 (6), 1999, S. 1059-67.

und die Investitionsquote (Verhältnis von Investitionen zum Bruttoinlandsprodukt, BIP) eines Landes nachgewiesen<sup>1</sup>.

Eigene Berechnungen wurden für die durchschnittlichen Nettokapitalimporte zwischen 1970 und 1995 durchgeführt. Abbildung 1 zeigt eine graphische Gegenüberstellung des diesjährigen Korruptionsindex mit den durchschnittlichen Nettokapitalimporten (wobei der Einfluss weiterer Variablen im Rahmen einer multivariaten Analyse bereinigt wurde; der Zusammenhang ist auch robust in Bezug auf Endogenitätstests). Hierbei mag der zeitliche Abstand der beiden Variablen ins Auge fallen. Gleiche Ergebnisse resultieren jedoch auch bei einem Vergleich mit älteren Korruptionsindizes. Abbildung 1 weist eine hochsignifikant positiv verlaufende Regressionsgerade auf. Eine Verbesserung im Korruptionsindex um einen Punkt führt dabei zu vermehrten jährlichen Kapitalzuflüssen in Höhe von 0,5% des Bruttoinlandsprodukts.

Korruption übt auch einen negativen Einfluss auf die Arbeits- und Kapitalproduktivität aus. Die Allokation von Ressourcen wird durch Korruption verzerrt. Projekte, welche hohe Bestechungszahlungen versprechen, werden bevorzugt gegenüber solchen, welche der Öffentlichkeit zu Gute kommen. Es sind nicht mehr die qualifizierten Unternehmer, die einen Auftrag erhalten, und es sind nicht mehr die befähigten Bewerber, die einen Arbeitsplatz erhalten. Stattdessen kommen diejenigen zum Zuge, welche die höchsten Bestechungsgelder bezahlen oder die besten Verbindungen besitzen. Öffentliche Investitionen leiden darunter, dass Kontrollmechanismen zur Qualitätssicherung mit Hilfe von Bestechung unterlaufen werden. Korrupte Beamte verlangsamen ferner unter Umständen ihr Arbeitstempo, damit die Bezahlung von Beschleunigungsgeldern umso notwendiger wird.

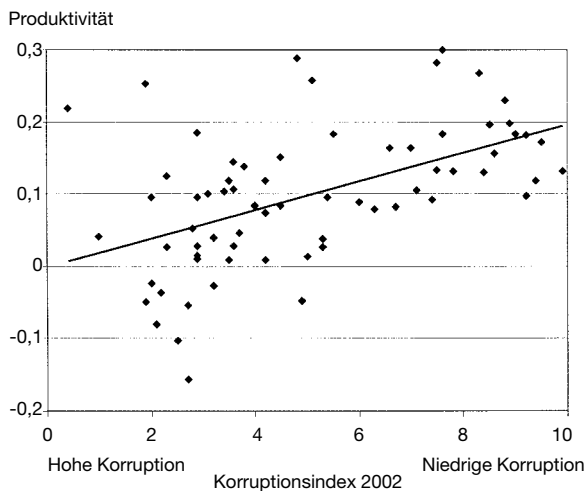
### Risiko der Aufdeckung

Das Risiko der Aufdeckung steigt mit der Anzahl an korrupten Transaktionen, der Anzahl involvierter Personen und der Einfachheit und Standardisierung der Prozedur. Aber das Risiko steigt nicht unbedingt mit dem Wert der Transaktion. Dies bewirkt, dass einmalige, große Transaktionen eine gute Basis für das Eintreiben von Bestechungsgeldern bieten. Als Folge bevorzugen korrupte Entscheidungsträger kapitalintensive, technologisch anspruchsvolle und den Kundenwünschen angepasste Produkte gegenüber

<sup>2</sup> Siehe hierzu G. C. Winston: The Appeal of Inappropriate Technologies: Self-Inflicted Wages, Ethnic Price and Corruption, in: World Development, 7 (8/9), 1979, S. 835-45.



**Abbildung 2**  
**Korruption und Produktivität<sup>1</sup>**



<sup>1</sup> Produktivität, gemessen als Verhältnis von BIP zu Kapitalstock, 2000 (bereinigt um Pro-Kopf-Kapitalstock).

standardisierten und arbeitsintensiven Produkten<sup>2</sup>. Das sichtbarste Zeichen des negativen Einflusses der Korruption auf die Produktivität sind die in vielen Ländern sichtbaren Bauruinen, bei denen jegliche ordentliche Planung der Selbstbereicherung der involvierten Personen weichen musste.

Empirisch lässt sich ein negativer Einfluss der Korruption auf die Produktivität erneut mit Hilfe einer Ländervergleichsstudie aufweisen. Produktivität ist das Verhältnis von Output zu Input. Auf eine makroökonomische Ebene bezogen kann sie durch das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt zu Kapitalstock gemessen werden, wobei die letztgenannte Größe durch die aggregierten (und abgeschriebenen) Investitionen der letzten Jahrzehnte bestimmt wird. Hierbei ergibt sich der in Abbildung 2 dargestellte Zusammenhang (wobei der Einfluss weiterer Variablen im Rahmen einer multivariaten Analyse bereinigt wurde; der Zusammenhang ist auch robust in Bezug auf Endogenitätstests). Eine Regressionsgerade weist eine hochsignifikant positive Steigung auf. Eine Verbesserung um 5 bis 6 Punkte im Korruptionsindex bewirkt dabei eine Erhöhung der Produktivität um 0,1, also 10%. Da der gemessene Kapitalstock im Durchschnitt doppelt so groß ist wie das BIP, entspricht dies einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um ca. 20%.

Deutschland hatte sich, wie erläutert, von 1995 bis heute um einen Indexpunkt verschlechtert. Sollte dies tatsächlich in voller Höhe eine Zunahme an Korruption bedeuten (was nicht gesichert ist) und die Ergebnisse

aus der Querschnittsanalyse auf Zeitreihen übertragbar sein (was auch nicht gesichert ist), so hätten die jährlichen Nettokapitalimporte nach Deutschland hierdurch um 0,5% des BIP abgenommen. Die Produktivität wäre gesunken und hätte ein einmaliges Absinken des BIP um 4% bewirkt. Wie angedeutet, sind diese Ergebnisse mit Vorsicht zu genießen. Aber sie erscheinen angesichts der mittlerweile vielerorts angestellten empirischen Untersuchungen nicht unrealistisch.

### Reformmaßnahmen

In Anbetracht der verheerenden ökonomischen Auswirkungen erscheinen die Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung in Deutschland unzureichend. Ein Ausschlussregister für Unternehmen, die sich mit unlauteren Mitteln um öffentliche Aufträge bemüht haben, wäre hier ein sicherlich wirkungsvolles Mittel. Eventuell wird ein solches Register noch vor der Bundestagswahl beschlossen. Es sollte dadurch ergänzt werden, dass Unternehmen bei nachgewiesener Bestechung hohe Geldstrafen bezahlen müssen. Hiermit kann verhindert werden, dass Unternehmen einen Anreiz haben, ihre Mitarbeiter zur Akquisition mit Hilfe von Bestechung anzustiften.

Es ist aber auch mehr Transparenz der öffentlichen Verwaltung notwendig. Gerade das gute Abschneiden der Skandinavischen Länder im Korruptionsindex verdeutlicht dies. Ein diesbezüglicher Entwurf der Regierung ist in den Mühlen diverser Interessengruppen zermahlen worden. Hier bedarf es eines neuen, mutigen Ansatzes nach der Bundestagswahl. Auch die unzureichende Ausstattung der Staatsanwaltschaften war kürzlich Gegenstand von Kritik. Während schärfere Gesetze gegen Korruptionsdelikte vor wenigen Jahren in Kraft traten, scheint derzeit ein Vollzugsdefizit zu existieren. Nicht zuletzt sind aber auch die Politiker selber zu erhöhter Offenlegung gefordert. Jeder Bürger sollte sich in Zukunft über die Nebeneinkünfte unserer Parlamentarier informieren können. Hier ist nicht ersichtlich, warum Deutschland unter das Niveau vieler wenig entwickelter Länder sinken sollte, in denen eine solche Offenlegung bereits existiert.

In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, die Arbeit von Lobbyisten einer stärkeren Kontrolle zu unterziehen. Ihr Einwirken auf Politiker ist manchmal in einer Grauzone, bei der die gegenseitige Hilfestellung auf Kosten der Allgemeinheit gehen kann. Gerade deshalb müssen sie besonderen Transparenzgeboten unterliegen. Dies beinhaltet insbesondere eine Lizenzierungspflicht, Rechnungslegungsvorschriften und Publizitätspflichten.

[Startseite \(/\)](#) > ... > [Recht \(/topic/recht-38\)](#) > [Privatrecht \(/topic/privatrecht-243\)](#) > [Wettbewerbsrecht, Gewerblicher Rechtsschutz, Urheberrecht \(/topic/wettbewerbsrecht-gewerblicher-rechtsschutz-urheberrecht-312\)](#) > [Wettbewerbsrecht \(unlauterer Wettbewerb\) \(/topic/wettbewerbsrecht-unlauterer-wettbewerb-335\)](#)

## Bestechung

### Definition

Bei „Bestechung“ handelt es sich um den Straftatbestand des §§ 334 StGB mit dieser amtlichen Überschrift, der im StGB im Abschn. „Straftaten im Amt“ (§§ 331 ff. StGB) eingeordnet ist. Es geht dabei um eine Straftat eines Amtsträgers. Der Begriff wird jedoch im Volksmund und oft auch im Fachsprachgebrauch wesentlich weiter als Sammelbegriff und synonym mit [Korruption \(/definition/korruption-40626\)](#) gebraucht. In seinen (volks-) wirtschaftlichen, negativen Auswirkungen wesentlich gravierender ist der analoge Tatbestand des § 299 StGB „Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr“, den das StGB für vergleichbare Straftaten in der Privatwirtschaft bereithält. In der jüngeren Vergangenheit hat diese Vorschrift v.a. bei der strafrechtlichen Aufarbeitung des Siemensskandals Anwendung gefunden.



[\(/autoren/stb-birgitta-dennerlein-71\)](#)

### **StB Birgitta Dennerlein**

**(/autoren/stb-birgitta-dennerlein-71)**

**selbständig (/autoren/stb-birgitta-dennerlein-71)**

Diplom-Betriebswirtin (BA), Steuerberaterin

[\(/autoren/stb-birgitta-dennerlein-71\)](#)

Autoren dieser Definition

Empfehlungen

Suche

A B C D E F G H I J K L M N O P Q R S T U V W X Y Z

Wirtschaftslexikon24.com

Ausgabe 2018

Home

Top 10

Fachbereiche

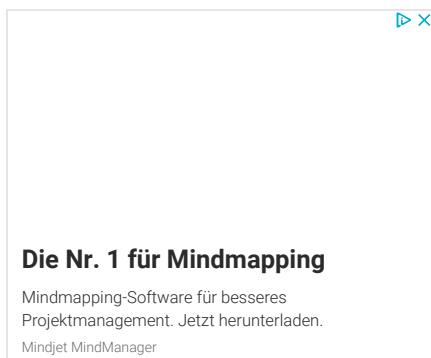
News

Hilfe &amp; FAQ

HOME / WIRTSCHAFTSLEXIKON / Bestechung

Geben Sie hier den gesuchten Fachbegriff ein

# Bestechung



**Die Nr. 1 für Mindmapping**

Mindmapping-Software für besseres Projektmanagement. Jetzt herunterladen.

Mindjet MindManager

ist das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Geschenken oder anderen Vorteilen an einen Amtsträger oder an einen Angestellten eines geschäftlichen Betriebes mit dem Ziel, als Gegenleistung bestimmte Vorteile gewählt zu bekommen (z.B. Bestechung Aufträge, Unterlassung einer Amtshandlung). Man unterscheidet aktive Bestechung (Anbieten) und passive Bestechung (Annehmen). Sie ist nach §§ 331 ff StGB bzw. § 12 UWG für das Bundesgebiet geregelt und strafbar.

Form der Verhaltensbeeinflussung, wobei durch Anbieten, Versprechen oder Gewähren individueller Vorteile sichergestellt werden soll, dass eine Person, die von einer anderen Person oder Institution beauftragt ist, Entscheidungen trifft oder Handlungen ausführt oder unterlässt, die im besonderen Interesse des Vorteilgebers liegen. Der Vorteil kann materieller (z.B. Schmiergeld) oder immaterieller (z.B. prestigesteigernde Aufmerksamkeit) Art sein. Im Geschäftsverkehr sind die Bestechung durch Angestellte oder Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs (aktive Bestechung) oder aber deren Bestechlichkeit (passive Bestechung) nach § 12 UWG mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr belegt. Die Bestechungshandlung muss aber zu einer unlauteren Bevorzugung beim Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen führen. Die Strafverfolgung geschieht nur auf Antrag (§22 UWG). Die aktive bzw. passive Bestechung von Amtsträgern ist ein Offizialdelikt. Das Strafgesetzbuch unterscheidet zwischen Vorteilsnahme (§331 StGB) und Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) sowie zwischen passiver (§ 332 StGB) und aktiver Bestechung (§ 334 StGB). Literatur: Sivers, R., Bestechung und Bestechlichkeit von Angestellten, Diss., Kiel 1963. Jacoby, N., et al., Bribery and Extortion in World Business, New York, London 1977. Richter, H.-E., Die hohe Kunst der Korruption, Hamburg 1989.

Siehe: Schmiergelder +

Vorhergehender Fachbegriff: Bestätigungsvermerk | Nächster Fachbegriff: Bestellüberwachung

Griechenland

## Gut geschmiert ist halb gewonnen

Korruption gehört in Griechenland allzu oft zum Geschäft. Die neue Regierung will das ändern und fordert auch von Deutschland Unterstützung.

Von **Nadine Oberhuber**

10. April 2015, 16:35 Uhr / 191 Kommentare



Ein Graffiti zeigt den ehemaligen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou © Reuters

Die neue griechische Regierung will vieles anders machen als ihre Vorgänger. Eines ihrer wichtigsten Ziele: Die grassierende Korruption im Land soll endlich effektiv bekämpft werden. Ministerpräsident Alexis Tsipras forderte zuletzt auch Hilfe von Deutschland: "Eine Aufgabe wäre es, gemeinsam daran zu arbeiten, die Korruption zu bekämpfen, die Griechenland leider nach wie vor knebelt", sagt er während seines Besuchs in Berlin [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-03/alexis-tsipras-merkel-treffen-berlin>]. "Wir möchten hierbei Hilfe und Unterstützung von der deutschen Regierung erfahren."

Wie schwerwiegend das Korruptionsproblem in Griechenland ist, zeigt ein einzige Zahl: 24 Prozent. So hoch ist der Anteil der Wirtschaftsleistung, der am Fiskus vorbei läuft, schätzen internationale Beobachter. Im Korruptionsindex CPI der Organisation Transparency International liegen die Griechen auf Platz 69 von 174. Zusammen mit

Bulgarien, Rumänien, Brasilien, Senegal, Swasiland und, ja, Italien. 60 Prozent aller Griechen haben laut Transparency schon einmal Bestechungsgeld bezahlt oder kassiert.

Seit es Parteien in Griechenland gibt, festigen die Mächtigen im Land ihre Herrschaft durch Korruption und Staatsausbeutung, sagt Andreas Stergiou, Professor für Politologie an der Universität Kreta, der zum griechischen Klientelismus forscht. Das Land funktioniere nach dem Prinzip "Schmieren und geschmiert werden". Die Hauptprobleme heute: Es gibt keine zentrale Erfassung, weder bei Steuern, noch beim Kataster, also den Liegenschaften. Lange versickerten so auch Millionensubventionen der EU. Weil niemand erfasst, wem welcher Olivenacker gehört, aber 20 Bauern ihn als ihren eigenen anmelden, fließen 20 mal Subventionen für dasselbe Stück Land.

### **Transparenz von außen notwendig**

Hinzu kommt ein Labyrinth von Behörden. Mehr als 15 staatliche Stellen sind für die Korruptionsbekämpfung zuständig. Das Problem: Sie funktionieren nicht oder können verhängte Sanktionen nicht durchsetzen, weil sie auf eine schwache Justiz treffen. Im ganzen Land sollen 30 Staatsanwälte gezielt gegen Korruption ermitteln. Zum Vergleich: Allein in München arbeiten mehr Wirtschaftsstaatsanwälte. Zudem können viele der griechischen Kollegen weder Bilanzen lesen, noch wirklich Englisch, das behindert die Bearbeitung internationaler Fälle, in die Unternehmen verstrickt sind. Und die extrem schlechte Bezahlung griechischer Richter, Staatsanwälte und Polizisten trägt auch nicht gerade dazu bei, dass die Geld von außen ablehnen.

Das Haupthemmnis aber ist, dass viele Staatsbedienstete selbst zum Kreis einer nationalen Elite gehören, die sich gegenseitig Vergünstigungen und Posten zuschanzt. Daran scheiterte der Kampf gegen Korruption bisher. Zuletzt als der 2013 eingesetzte Generalsekretär für Steuereinnahmen für spektakuläre Festnahmen sorgte und kurz darauf von der Regierung von Antonis Samaras wieder abgesetzt wurde. Mächtige und wohlhabende Griechen hatten sich gegen seine Arbeit gewehrt. "Das Klientensystem hat es geschafft, die Instanzen zur Bekämpfung der Korruption extrem zu kastrieren", sagt Kostas Bakouris von Transparency Griechenland. "Jetzt helfen nur Transparenzmechanismen jenseits der offiziellen Behörden."

Und diese Transparenz von außen müsse nun auch aus Deutschland kommen, fordert Politikforscher Stergiou. "Die Deutschen müssen ihre Mitschuld anerkennen, statt die Griechen als Parasiten zu beschimpfen." Zwar könne nur eine grundlegende Verfassungsreform endlich die Hindernisse der Justiz aus dem Weg räumen, aber "wenn die Deutschen helfen wollen, dann müssen sie die Namen und Praktiken offenlegen." Die Namen von denjenigen Unternehmen, die Kapital aus der Schwäche der griechischen Behörden geschlagen haben.

## Wie kann Deutschland helfen?

Auch Tsipras geht es vor allem um Fälle wie den von Siemens, an dem die Justiz noch heute arbeitet, ohne dass bisher ein echtes Urteil ergangen ist. Es müsse doch nach zehn Jahren endlich einmal Recht gesprochen werden. Vor Jahren soll Siemens bei der Privatisierung des griechischen Telekommunikationsnetzes, bei Rüstungsgeschäften und der Installation der Sicherheitssysteme für Olympia 2004 üppiges Bestechungsgeld gezahlt haben.

Tsipras' Vorgänger einigten sich 2012 außergerichtlich mit dem Münchner Konzern. Dafür bekam Athen 80 Millionen Euro Schulden für die Ausstattung von Staatsbetrieben erlassen und erhielt zusätzlich 90 Millionen Euro für die Korruptionsbekämpfung. Doch Tsipras will den Fall nicht einfach abhaken, sondern fordert jetzt ein Verfahren gegen die Beteiligten. Natürlich geht es um die Abschreckungswirkung und darum, ein Exempel zu statuieren.

Dass vor allem deutsche Firmen ins Visier der Griechen geraten sind, liegt daran, dass hiesige Exportunternehmen häufig im Ausland aktiv sind und so oft mit Korruption in Kontakt kommen. Zudem bewegen sie sich oft in stark korruptionsanfälligen Branchen, zu denen laut Forschung Bau, Versorgung und Rüstung gehören. Während der deutsche Staat und sein Beamtenapparat recht gut gegen Korruption aufgestellt sind, laut CPI-Statistik belegt die Bundesrepublik Platz 12, ließe sich die Kontrolle der Unternehmen noch verbessern. "Bis 1998 herrschte auch bei uns noch das Bewusstsein, Bestechung ist ein Kavaliersdelikt", sagt Norbert Graf Stillfried, Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaft bei Transparency Deutschland. Seitdem droht ein Gesetz Unternehmen Strafen an, wenn sie im Ausland Schmiergeld zahlen.

## Deutschland könnte Strafermittler ausbilden

Die Firmen stecken in einem Dilemma, wenn sie in korrupten Ländern investieren wollen: "Wenn Sie in solchen Märkten mitmachen wollen, dann müssen Sie die Eintrittskosten bezahlen, sonst geht die Tür nicht auf", stellt Wirtschaftsethik-Professor Birger Priddat von der Universität Friedrichshafen fest. Zur Not erfinden Firmen neue Bezahlformen, um Gesetze zu umgehen: Sie gründen Beraterfirmen und zahlen "Beraterhonorare". Oft genug fliegen solche Geschäfte nicht auf: "Was Auslandsbestechung angeht, haben wir in Deutschland ein Vollzugsproblem. Solche Fälle kann unsere Staatsanwaltschaft oft nur verfolgen, wenn es Kooperation mit ausländischen Behörden gibt", heißt es von Transparency.

Deshalb ist gegenseitige Amtshilfe einer der Punkte, den die Bundesrepublik anbieten könnte. Die deutsche Justiz hat zwar selber ein Personalproblem, doch sie könnte helfen, spezielle Strafermittlerteams für Griechenland auszubilden. "Der griechischen Justiz und den Steuerbehörden fehlen schon die elementaren Mittel, um die

Korruption zu erfassen", sagt Korruptionsexperte Stergiou. "In anderen Ländern können sich die Behörden auf Experten, ausreichende finanzielle Mittel und technische Hilfe stützen. In Griechenland ist oft fraglich, ob Staatsanwälte überhaupt eine Sekretärin oder einen Computer zur Verfügung haben. Auch da könnte die deutsche Regierung helfen."

Eine "Beamtaskforce" für unangemeldete Kontrollen wäre ebenfalls eine Idee, sagt Priddat. Sofern solche Einsatzkräfte extern angeworben werden. Denn die interne Überwachung scheiterte vielfach, wie beim geplanten Behördenportal im Internet, auf dem die griechischen Staatsdiener ihre Arbeit dokumentieren sollten. Es wurde einfach nicht gepflegt. Und Datenbanken zur Offenlegung von Politikervermögen "dienen nur der Wahrung des Scheins", urteilt Griechenlands Transparency-Chef Bakouris.

Auch Hotlines für Whistleblower wären nötig sowie Gesetze zu deren Schutz. Was passiert, wenn man sie nicht schützt, zeigte der Fall eines griechischen Journalisten [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-02/griechenland-reformen-gastbeitrag-kostas-vaxevanis-magazin-hotdoc>]: Er entging nur knapp einer Verurteilung wegen "der illegalen Veröffentlichung persönlicher Daten", nachdem er die sogenannte Lagarde-Liste mit Namen mutmaßlicher Steuerflüchtlinge im Netz veröffentlicht hatte.

Menü | Politik Meinung Wirtschaft Panorama Sport Kultur Netzwerk Wissenschaft mehr ▼

## WIRTSCHAFT

Schlagzeilen | DAX 11.951,89 | Abo

Nachrichten > Wirtschaft > Staat & Soziales > Korruption > Griechenland: Parlament darf Novartis-Skandal nicht untersuchen

Schmiergeldaffäre in Griechenland

### Parlament darf Novartis-Skandal nicht untersuchen

Nach einer hitzigen Debatte beschlossen die griechischen Parlamentarier, den Korruptionsskandal um Novartis ein für allemal aufzuklären. Ein Ausschuss kommt nun zu dem Schluss: Sie dürfen gar nicht.



Griechisches Parlament (Archivbild)

REUTERS



Freitag, 27.04.2018 18:33 Uhr

Drucken Nutzungsrechte Feedback Kommentieren

Das griechische Parlament darf sich im [Korruptionsskandal um den Pharmakonzern Novartis](#) nicht an den Ermittlungen beteiligen. Zu diesem Schluss kam ein parlamentarisches Komitee, das im vergangenen Monat mit ersten Aufklärungsversuchen beauftragt worden war. Die Parlamentarier würden nicht über die nötige Jurisdiktion verfügen, um Untersuchungen in dem Fall anzustellen, teilte Theodoros Dritsas, Leiter des Komitees, mit.

Nach Anschuldigungen wegen mutmaßlicher Begünstigung des Schweizer Pharmakonzerns Novartis wurden konkrete Vorwürfe wegen Korruption gegen zehn griechische Politiker laut. Im Februar stimmten die [griechischen Abgeordneten nach einer hitzigen Debatte](#) für eine parlamentarische Untersuchung in dem Fall. Daraufhin wurde ein Komitee gegründet, welches sich die Vorwürfe genauer anschauen sollte.

#### Beschuldigte Politiker: "Tsipras veranstaltet Hexenjagd"

Die griechischen Politiker sind laut griechischem Gesetz vor den Ermittlungen sicher. Nur das Parlament kann ihre Immunität aufheben. Auch deshalb hatten



Ermittler den Fall im Februar an das Parlament weitergeleitet. Nun aber stoßen die Ermittlungen erneut an juristische Grenzen.

Anmelden

Gleichzeitig laufen jedoch separate Untersuchungen beim Pharmakonzern Novartis in der Schweiz. Im vergangenen Jahr wurden bei einer Razzia die Büros des Unternehmens in Athen durchsucht.

Staatsanwälte gehen Zeugenaussagen nach, denen zufolge Ärzte, Beamte und Politiker Schmiergelder von Novartis angenommen haben. Zu den Beschuldigten gehören die ehemaligen Regierungschefs Antonis Samaras und Panagiotis Pikramenos, Zentralbankchef Ioannis Stournaras, EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos und sechs andere ehemalige Minister und Vizeminister sowie Tausende Ärzte. Die Beschuldigten haben bisher alle Vorwürfe von sich gewiesen und die Untersuchung als Hexenjagd durch den sozialistischen Staatschef Alexis Tsipras bezeichnet.

#### **Hunderttausende Euro Strafzahlungen in USA, Südkorea und China**

Dem Schweizer Konzern wird vorgeworfen, zahlreiche Menschen bestochen zu haben, um die Preise für seine Medikamente in die Höhe zu treiben und durch die zügige Genehmigung eigener Produkte den Markt zu beherrschen.

Sollten die Ermittlungen ergeben, dass ein Novartis-Manager unethisch gehandelt habe, wolle der Konzern eigenen Angaben zufolge "schnell und entschieden handeln". Seit 2015 musste Novartis wegen Bestechungsermittlungen in Südkorea, den USA und China Hunderte Millionen Euro zahlen.

Die Ergebnisse des griechischen Komitees sollen im Mai im Parlament besprochen werden.

ans/Reuters

 [Zur Startseite](#)

#### **Diesen Artikel...**

[Drucken](#) | [Feedback](#) | [Nutzungsrechte](#)

 [Teilen](#)

 [Twittern](#)

 [E-Mail](#)

